

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 335 ==

Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter

Von

Dr. Adolf Waas

1938

Verlag Dr. Emil Ebering in Berlin

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965


Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit setzt in gerader Linie fort, was mit den früheren Untersuchungen, die 1917 und 1923 unter dem Titel: „Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit“ erschienen, begonnen wurde. Sie hofft den Beweis erbringen zu können, daß der deutsche Staat des Frühmittelalters auf rein germanischen Elementen sich aufbaut, und zwar auf dem Muntrecht in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, und daß nur der Glanz des alten Namens von römischen und karolingischen Einrichtungen geblieben ist. Diese Erkenntnis ist aber nicht nur für das geschichtliche Bild des mittelalterlichen Königtums von größter Bedeutung, sondern weit darüber hinaus für unser aller Bewußtsein vom Wesen und Werden unseres Volkes. Wir kennen heute die Bedeutung des völkischen Erbes, wir kennen die Macht des „Gesetzes nach dem du angetreten“ im Leben nicht nur des einzelnen, sondern auch der Völker. Darum muß es ein wesentliches Anliegen des Volkes sein, nach den Kräften zu fragen, welche die ersten Anfänge seines staatlichen und geschichtlichen Lebens trugen. Dazu will die vorliegende Arbeit beitragen.

Dr. Adolf Waas.



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Erstes Kapitel.

Unsere Fragestellung.

Die beiden Ausgangsfragen: 1. Nach der germanischen oder römischen Wurzel des alten deutschen Staates. 2. Nach seinen Machtmitteln: Herrschaftliche Bindungen oder rein volksrechtlicher Staat. — Ausgangspunkt für diese Fragen: 1. Politische Erfahrung. — 2. Der Stand der Forschung: A: Hinweis auf germanische Elemente. — B: Hinweis auf herrschaftliche Elemente des frühmittelalterlichen Staates: a) Züge aristokratischen Aufbaus gegen Demokratie und Staatsorganisation. — b) Das Lehenswesen. — c) Die Eigenkirche. — d) Freigrafschaften. — e) Die Natur herrschaftlicher Elemente im Staatsaufbau.

Lücken im Gesamtbild des deutschen Frühmittelalters, die eine Nachprüfung des überkommenen Bildes notwendig machen. — Mangelnde Übereinstimmung der Verfassungsgeschichte mit der allgemeinen politischen und der Kulturgeschichte. — Die Frage nach Grafschaft und Königsbann als Voraussetzung zur Beantwortung der gestellten Fragen.

Die Frage nach der Vorgeschichte und Frühzeit der Germanen beschäftigt heute die wissenschaftliche und halbwissenschaftliche Forschung in starkem Maße, und das neuerwachte Interesse weiter Kreise unseres Volkes verfolgt mit Spannung diese Arbeiten. Das ist sehr verständlich und vollberechtigt. Denn ein gesteigertes nationales Wollen und Denken der Gegenwart muß die Frage nach Ursprung und Werden von Volk und Nation als vordringlich herausstellen. Doch wir sind nicht nur Germanen, wir sind — und das ist für uns wesentlicher — Deutsche. So sollte man erwarten, daß das Forschen nach dem Ursprung des deutschen Volkes innerhalb der germanischen Welt noch nachdrücklicher und noch stärker von dem allgemeinen Interesse getragen sei, d. h. speziell das Fragen nach Wesen und Art des deutschen Volkslebens in dem Zeitpunkt, in dem es zum erstenmal einheitlich handelnd und in einem Staat geformt in Erscheinung tritt, und in dem der Begriff

„deutsch“ zuerst sich findet, in der Zeit also, in der das deutsche Volk sich losgelöst hat aus dem weiten abendländischen Kreise des Karolingerreiches und auf sich gestellt sein staatliches Leben gestaltet. Art und Form des öffentlichen Lebens dieser Zeiten müssen also die gespannte Aufmerksamkeit aller derer auf sich ziehen, die die Erkenntnis von Wesen und Schicksal unseres Volkes als die von ihnen geforderte Aufgabe spüren. Denn wir wissen, daß der Goethe'sche Satz von der grundlegenden Bedeutung der einmal geprägten und sich stetig entwickelnden Form als Gesetz im Leben der Völker wie der einzelnen gilt. Die erste geprägte Form deutschen geschichtlichen Lebens weist aber das Frühmittelalter auf. Und doch ist der Grundcharakter und das Gesamtbild deutschen Volkslebens dieser Frühzeit deutscher Geschichte kaum Gegenstand erneuter Untersuchung und Darstellung geworden. Einzelnen Gestalten hat sich zwar ein gesteigertes Interesse zugewandt, wie Widukind, Heinrich I., Otto I. und Heinrich dem Löwen, aber das Gesamtbild dieser Jahrhunderte ist davon unberührt geblieben. Dabei ist es keineswegs so, als ob diese Zeitspanne so abschließend erforscht, oder mit so klassischer Gültigkeit dargestellt sei, daß neuer Kräfteinsatz hier verfehlt erschiene. Denn die allgemeinen Darstellungen zeigen zwar ein abgeschlossenes sich relativ gleichbleibendes Bild dieser Epoche. Aber wesentliche Fragen stehen für uns heute unbeantwortet oder nur unbefriedigt geklärt hinter diesem ererbten Bild des Frühmittelalters. Ehe wir aber eine Antwort auf diese noch offenen Fragen gefunden haben, ist eine wirklich befriedigende, lebendige Darstellung nicht nur der führenden Persönlichkeiten sondern auch der geschichtlichen Lebensformen und des Gesamtablaufes der Geschichte dieser Jahrhunderte unmöglich. Die vorliegende Untersuchung will darum als Vorarbeit einer späteren historischen Darstellung einen verfassungsgeschichtlichen Beitrag zu der notwendig zu klärenden Frage liefern, welche Grundlinien der Aufbau des staatlichen und volklichen Lebens im deutschen Frühmittelalter aufweist, um die dort wirksamen Kräfte erkennen zu können.

Zwei Einzelfragen sind es vor allem, die der Aufhellung bedürfen. Sie könnten etwa so formuliert werden:

Haben wir im frühen deutschen Mittelalter einen Staat vor Augen, der aus deutschen Elementen aufgebaut uns ein Bild gibt von urtümlich deutschem staatlichem Leben, oder ist das römische Erbe vermittelt durch den karolingischen Staat so stark, daß wir wenig mehr von germanischem deutschem Wollen und Denken verspüren?

Die zweite Frage gilt den Mitteln des Staatsaufbaues und der Staatserhaltung, und zwar in erster Linie dem Ethos, der geistigen Haltung, den Rechtsbegriffen und den Willensmächten, die Volk und Staat (oder König) miteinander verbinden. Speziell auf das Frühmittelalter bezogen würde sie lauten:

Haben wir einen Staat vor uns, dem persönliche herrschaftliche Bindungen (also solche nicht spezifisch staatlichen Charakters) wie etwa der Gedanke der Gefolgschaft oder der Sippenherrschaft das Gepräge gegeben haben, oder hat der Amtscharakter des römischen Reiches und das fränkische allgemeine Volksrecht durch das Medium des Karolingerreichs dem frühmittelalterlichen deutschen Staat einen amts- und volksrechtlichen Stempel aufgedrückt?

Diese beiden Fragen werden uns von zwei verschiedenen Seiten aufgenötigt: von unserer eigenen politischen Erfahrung der letzten Jahre und von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung aus.

Von der ersten Seite aus führt die heute gesteigerte Aufmerksamkeit auf die Frage der Reinerhaltung oder Vermischung von Rassen und Kulturen dazu, nach dem römischen oder germanischen Faktor im Aufbau des deutschen Mittelalters zu forschen. Ebenso haben wir erfahren, daß entscheidend für Wesen und Entwicklungskraft eines Staates und Volkes die Kraft der beides tragenden und formenden Machtmittel sind, und zwar nicht nur der äußeren sondern mehr noch der geistig-seelischen Kräfte, der Gedankenreihen und Willensmächte, die ein Volk und seine Stände verbinden, und seine Kräfte erst für das Ganze nutzbar machen. Auch wissen wir heute, daß diese nicht immer einen spezifisch staatlichen Charakter haben müssen, sondern daß auch andere Bindungen in das Ganze des Staats- und Volkslebens eingebaut werden können. Diese Erfahrung bestimmt

auch unseren geschichtlichen Blick. Wir sehen klarer, daß man einen Staat, ein Volk oder eine Zeit nicht kennt, und ihr Handeln und ihr Schicksal nicht verstehen und erfassen kann, wenn man nicht diese tragenden Kräfte über die von außen sichtbaren Formen staatlichen Lebens hinweg erfaßt hat. So muß auch an das deutsche Frühmittelalter die Frage nach den geistigen Grundlagen seines staatlichen und volkhaften Seins erneut gerichtet werden. Das heißt aber entsprechend den Möglichkeiten dieser Zeit fragen, wo die entscheidende Stütze für das Königtum zu suchen ist, in eigentlich staatlichen vom Karolingerreich ererbten Gedanken- und Willenskräften, oder in solchen herrschaftlicher oder gar grundherrlicher Natur. Da aber beide, sowohl staatliche wie herrschaftliche Stützen des Königtums erst dann ganz historisch erfaßt sind, wenn wir wissen, ob sie ihrem Wesen nach römisch oder germanisch sind, verbinden sich die beiden gestellten Fragen auf das engste miteinander.

Auch die Entwicklung der geschichtlichen Forschung der letzten Jahre drängt zur Beantwortung dieser beiden Fragen. Denn wir besitzen heute zwar dank eingehender Untersuchungen der letzten Jahrzehnte eine gute Kenntnis der römischen und germanischen Elemente deutschen mittelalterlichen Lebens, aber von dem Durchdringungsprozeß und von der Verwertung der vorhandenen Elemente, von ihrem Einbau in das frühmittelalterliche Leben ist unsere Kenntnis (abgesehen von den eingehender durchforschten Gebieten des Lehns- und des Eigenkirchenwesens) nur gering. Das germanische Recht hat in den Werken von Planitz und Cl. von Schwerin in letzter Zeit zusammenfassende und gründliche Darstellungen gefunden.¹ Andererseits wissen wir aus den eingehenden Forschungen von Alfons Dopsch,² in wie weitem Maße der römische Staat und

1. Hans Planitz, *Germanische Rechtsgeschichte*, Berlin 1936. — Claudius von Schwerin, *Germanische Rechtsgeschichte*. Berlin 1936. — Ders. *Der Geist des altgermanischen Rechts in: Germanische Wiedererstehung*. 1926. Er unterscheidet hier S. 206 ff. drei Perioden: die heidnisch-germanische Zeit, „eine zweite, die durch das Wirken des antiken und christlichen Einflusses gekennzeichnet ist“, und die dritte der Rezeption.

2. Alfons Dopsch, *Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der euro-*

die römische Kultur Bausteine für den Aufbau des fränkischen und karolingischen Reiches geliefert haben. Auch für das Frühmittelalter kennen wir das Erbe an römischen Elementen aus Dopschs Büchern und den Zustrom romanischer Kulturelemente durch Werke wie Percy Schramm's *Renovatio*³ und Kerns Untersuchungen.⁴ Das Zurückdrängen des germanischen Erbes im frühmittelalterlichen Recht tritt auch in den genannten Darstellungen von Planitz und Cl. von Schwerin deutlich zutage. Es bleibt aber unklar, ob diesen romanisierenden Tendenzen eine aktiv gestaltende Kraft des Frühmittelalters gegenüberstand, oder ob nur ein Erbe germanischer Vergangenheit dem Angriff fremder Elemente ausgesetzt war. Es wäre wesentlich zu wissen, wie weit als Gegenspieler gegen das Eindringen römischen Denkens eine voll lebenskräftige Gestaltungskraft germanischer Art vorhanden war, ob sie sich durchzusetzen wußte, und auf welchem Wege, ob die vorhandenen romanischen und römischen Elemente umgestaltet und dem germanischen Denken angepaßt wurden, ob neue Lebensformen aus germanischem Geiste heraus geschaffen wurden, und ob alte germanische Formen den neuen Bedürfnissen angepaßt wurden.⁵ Wir fragen also nach der gestaltenden Kraft germanischen Denkens und Wollens im Frühmittelalter. Mit einem Hinweis auf die germanische Vorzeit und ihr Erbe ist es dabei nicht getan. Denn abgesehen davon, daß unser Bild der germanischen Urzeit Deutschlands und ihrer Lebensformen durch die Mannigfaltigkeit der deutschen Stämme und die Dürftigkeit der Überlieferung noch recht unklar ist, und abgesehen davon daß lange Jahrhunderte das Frühmittelalter von der „germanischen Urzeit“ trennen, wollen und müssen wir wissen, ob und wie dieser germanische Faktor das Leben des Frühmittelalters geformt und

päischen Kulturentwicklung. 2 Bände. 2. Aufl. Wien 1923/24. — Ders. Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit. 2 Bde. Weimar 1912/13.

3. Percy Ernst Schramm, *Kaiser, Rom und Renovatio*. Leipzig 1929.

4. Fritz Kern, *Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter*. Leipzig 1914.

5. In derselben Richtung stieß Otto Höflers Vortrag „Das germanische Kontinuitätsproblem“ vor. Doch geht es (auch für Höfler) um mehr als um Kontinuität. Vgl. *Hist. Zs.* 157. S. 21/22.

gestaltet hat, und wie er den Gegenkräften aktiv entgegentrat. Denn die einfache Tatsache des vorhandenen Erbes allein genügt nicht, um die Vorgänge dieser Zeit zu erfassen. Die Frage ist grundlegend für die gesamte deutsche Kultur- und Geistesentwicklung. Denn sie richtet sich auf die Grundlagen mittelalterlichen und damit altdeutschen Lebens. Die Forschung müht sich heute auf dem Gebiet der Religion und der Volkskunde diesen Kampf germanischer und christlicher Elemente zu erkennen und darzustellen. Auf dem Gebiet der staatlichen Entwicklung aber fehlt uns Entsprechendes, fehlt uns vor allem eine Untersuchung des Staatsaufbaus der Ottonen auf diese Frage hin.⁶

Unsere Kenntnis der Geschichte der Ottonen ist zwar in den letzten Jahren sehr gefördert worden,⁷ das aber macht die bestehende Lücke noch fühlbarer. Wir wissen zwar, daß im 9./10. Jahrhundert eine schwere Krise das staatliche und volkliche Leben unseres Volkes bedrohte. Wir wissen auch, daß sie durch die Kraft der Ottonenkönige überwunden wurde, wir spüren, daß unter ihren schaffenden Händen ein neuer Staats- und Volksaufbau wurde, der aus sich selbst heraus verstanden sein will. Wir kennen Einzelmaßnahmen gut, aber kaum mehr. Wir haben kein plastisches Bild des Neuen, das da geworden ist, und wissen die Kräfte nicht klar zu fassen, die hier das Leben gestaltet haben. Ehe wir aber das scharf sehen können, werden wir das deutsche Mittelalter nicht in seinem Innersten erfassen. Denn es ist nicht nur Fortsetzung und Entartung des Karolingerreichs, sondern durchgegangen durch die Krise des 9./10. Jahrhunderts ist es ein Neues geworden, neue Kräfte sind am Werk, vielleicht auch alte mit neuer Kraft; diese gilt es zu fassen und zu verstehen. Alles das verlangt eine Untersuchung der gestaltenden Verarbeitung der gegebenen Elemente im Werk der Ottonen.

6. Höfler forderte a. a. O. S. 25 in diesem Sinn „eine Volkskunde des Politischen“.

7. Alfons Dopsch, Grundlagen S. VII. Vgl. dazu auch die von Mitteis, Lehnrecht und Staatsgewalt S. 8 aufgestellte Forderung einer dynamischen Erfassung des deutschen Mittelalters, die nachdrücklichst unterstrichen werden muß.

Die zweite Frage, die sich auf die Stärke des eigentlich staatlichen Elementes im Aufbau des deutschen mittelalterlichen öffentlichen Lebens richtet, ist schon oft gestellt worden. Man hat wiederholt versucht, die Grundherrschaft als den eigentlich entscheidenden Faktor herauszuarbeiten, dem vor den staatlichen Elementen im engeren Sinne der Vorrang gebühre. Zuletzt und am entschiedensten vertrat diese Ansicht Karl Lamprecht.⁸ Doch die herrschende Meinung geführt von Georg von Below⁹ trat dem scharf gegenüber und hat sich in ihrer Position zu behaupten gewußt. Es kann heute — und mit Recht — als allgemein anerkannt betrachtet werden, daß dem Grundeigentum in der Form der Grundherrschaft des Frühmittelalters (für sich genommen) kein entscheidendes Gewicht für den Aufbau staatlichen und volklichen Lebens innewohnt. So blieb das im 19. Jahrhundert vorherrschende Bild des frühmittelalterlichen Staates im wesentlichen unangetastet.

Das 19. Jahrhundert aber hat die Welt des Frühmittelalters mit seinen eigenen Augen gesehen und mit den Maßstäben eines demokratischen und zugleich bürokratisch organisierenden und zentralisierenden Jahrhunderts gemessen. Es glaubte deshalb auch dort die ihm vertrauten Züge zu finden. Der römische Einschlag im fränkischen Staate, das Erbe der römischen Organisation, gab dieser Betrachtungsweise Anknüpfungspunkte genug, um ein solches System aufzubauen. So sah man die Ottonen als Erben und Fortsetzer eines primitiv organisierten, ursprünglich zentralisierten, demokratisch gestalteten Staates an; das Land organisatorisch eingeteilt in Grafschaften, an ihrer Spitze ein Graf als eine Art Beamter mit festgesetzten Befugnissen, ihm gegenüber die Masse der Freien, die über den Schichten der Unfreien und Halbfreien einander gleichgestellt im echten Ding in demokratischer Weise entscheidend mitredeten. Die Durchbrechung dieses Aufbaues durch Herzogtümer und Immunitäten sah man nicht als eine prinzipielle Änderung an, man betrachtete auch sie als Instanzen des beamtenmäßigen regierten Staates. Auch im Adel sah man im wesent-

8. Karl Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, 4 Bde. Leipzig 1886.

lichen den Amtsadel des Grafenamtes. Fand man dem entgegenstehende Züge, so bezeichnete man sie als Mißbräuche ohne grundlegende Bedeutung. Das alles hatte einen demokratischen und amtsstaatlichen Grundzug und ergab ein einheitliches Bild, so wie es dem Denken des 19. Jahrhunderts entsprach.

Doch als die Forschung tiefer drang, fand sie ein ganz anderes Gepräge frühmittelalterlichen Lebens an den untersuchten Stellen. So wies Otto von Dungern nach, daß von der Karolingerzeit bis zum Ende des 10. Jahrhunderts ein Adelskreis bestand und herrschte, eine Blutsgemeinschaft von Familien, die „über alle öffentliche Gewalt kraft eigenen angeborenen Rechtes“ gebot.¹⁰ Von Dungern zeigte auch, daß diese Adelsfamilien überall die Hoheitsrechte, d. h. die Grafenrechte ausübten „kraft der persönlichen Zugehörigkeit zum alten Blutsverband adliger Geschlechter“;¹¹ und v. Dungern steht mit dieser Auffassung nicht allein. Auf dem Weg von Einzeluntersuchungen kommen Alfons Dopsch, Hans Hirsch, Hermann Aubin und Ernst Mayer zu ähnlichen oder entsprechenden Ergebnissen.¹² Vor allem sind die Resultate von Hans Hirsch,¹³ die die Eigenständigkeit der Go-Gerichte erwiesen haben, hier von großer Bedeutung, ebenso wie die Untersuchungen Kerns, die die außerordentliche Bedeutung des Widerstandsrechts im staatlichen Leben des Mittelalters dargetan haben. Denn ein solches Widerstandsrecht in der Hand des Adels verträgt sich wohl mit dem von v. Dungern gezeichneten Bild einer Adelsherrschaft, nicht aber mit dem ererbten des deutschen mittelalterlichen Staates.

Man beachte in diesem Zusammenhang auch, was der ausgezeichnete feinsinnige Kenner des Mittelalters Huizinga in seinem Buche „Herbst des Mittelalters“ von seinem Geist sagt: Hochmut, *superbia*, sei die Sünde des Frühmittelalters, es frage

9. Georg von Below, Der deutsche Staat des Mittelalters. Band 1. Leipzig 1914. — Ders. Historische Zeitschrift 63, 294 und zahlreiche andere Zeitschriftenaufsätze.

10. Otto von Dungern, Adelsherrschaft im Mittelalter. 1927. S. 8 ff.

11. ebd. S. 40.

12. ebd. S. 11.

13. Hans Hirsch, D. hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter 1922.

nicht nach Reichtum, aber um so leidenschaftlicher nach Gefolge und Ehre.¹⁴ Anhänglichkeit an den Fürsten, an den Gefolgsheerrn von primitiv impulsivem Charakter baut staatliches Leben auf, Treue und Gemeinschaft sind die Angelpunkte des Lebens für den Gefolgsmann, Ehre und Macht durch Gefolgschaft für den Herrn. Darum bestimmen Fehden und Ehre und Macht das Leben im Kleinen wie im Großen, in primitivem Gedankenkreis um der Rache willen Fehde mit Fehde verbindend.

Dies Gemälde, ein Stück des farbenprächtigen Gesamtkunstwerks Huizingas, charakterisiert eine kraftvolle, rein aristokratisch empfindende Welt. Alles das paßt sehr wohl zu dem, was uns v. Dungenrns Forschungen sehen gelehrt haben, aber nicht zu dem ererbten Bilde von dem demokratisch gedachten, in Grafschaften eingeteilten Staat. Das aristokratische Element im Aufbau des Mittelalterlichen Lebens verlangt nach klarer Herausarbeitung und Abgrenzung.

Schon immer wies das Lehnswesen auf diesen aristokratisch-herrschaftlichen Charakter des mittelalterlichen öffentlichen Lebens hin. Darum lehnten auch Forscher wie Georg von Below¹⁵ auf das entschiedenste die Bezeichnung des mittelalterlichen Staates als Lehnstaat ab. Denn sie spürten, daß damit das ihnen vorschwebende Bild frühmittelalterlichen öffentlichen Lebens gefährdet war. Ein Lehnstaat konnte nicht auf Amts- und Volksrecht aufgebaut sein, und keinen rein öffentlich-rechtlichen Charakter, so wie sie ihn sich dachten, haben. Auch Andreas Heusler hat sich in ähnlichem Sinne geäußert.¹⁶ Doch die große Bedeutung des Lehnswesens für den frühmittelalterlichen Staat steht fest, und Bedenken wie die v. Belows dürfen uns nicht den Blick dafür versperren. Stimmen unsere Grundanschauungen über das Wesen des mittelalterlichen Staates damit nicht überein, so müssen diese nachgeprüft werden. Wir besitzen heute die große Darstellung von Heinrich Mitteis,¹⁷ die die Macht des Lehnswesens im Früh-

14. J. Huizinga, *Herbst des Mittelalters* S. 29 ff.

15. Georg von Below, *D. dt. Staat d. Mittelalters*. S. 319 ff.

16. Andreas Heusler, *Dt. Verfassungsgeschichte*. S. 138 ff.

17. Heinrich Mitteis, *Lehnrecht und Staatsgewalt*. Weimar 1933.

mittelalter neu bestätigt. Noch deutlicher reden die Arbeiten von Otto Hintze.¹⁸ Er bezeichnet den Staat des Mittelalters unumwunden als Feudalstaat, und spricht von dem „Überwiegen des Persönlichen über das anstaltliche Element in der Ausübung der Herrschaft auf Grund der germanischen Auffassung der Herrschaft als eines persönlichen Rechtes des Herrschers als Mitglied einer erbcharismatisch begabten Sippe“. Mitteis ist zurückhaltender, läßt aber die Bezeichnung des mittelalterlichen Staates als Lehnstaat zu, wenn man damit sagen wolle, „daß das Reich in erheblichem Maße darauf angewiesen war das verlorene Kapital unmittelbar ausgeübter Amtsgewalt durch lehnsrechtliche Bindungen zu ersetzen“.¹⁹ Der Unterschied zwischen dem Feudalstaat Hintzes und dem Lehnstaat von Mitteis braucht uns hier nicht zu beschäftigen. Die große Bedeutung des Lehnswesens für den Gesamtaufbau des mittelalterlichen öffentlichen Lebens wird aus beiden Darstellungen einleuchtend. Das aber bedroht von neuem das Bild einer amts- und volkrechtlichen Staatsorganisation des Frühmittelalters, und wäre geeignet, ein an seine Stelle tretendes, von aristokratisch-herrschaftlichen Zügen bestimmtes Bild zu stützen und zu tragen. Schritt für Schritt führen also von einander unabhängige Einzeluntersuchungen auf diesem Wege weiter.

Auch die Untersuchungen von Ulrich Stutz,²⁰ die uns das Institut der Eigenkirche kennen gelehrt haben, schließen sich hier an. Denn wenn der König Eigenkirchenherr der königlichen Abteien und der Bischofskirchen in der gleichen Weise ist wie jeder Dynast über seine Hausklöster oder die von ihm gegründeten Kirchen, so stehen wir hier augenscheinlich vor „einem System persönlicher Herrschaftsmittel“ allergrößten Ausmaßes (um mit Hintze zu reden) und nicht vor „rationalen anstaltlichen Einrichtungen“, wenn diese persönlichen Herrschaftsmittel auch im Interesse des staatlichen Lebens als „Funktions-

18. Otto Hintze, Sitzungsber. d. pr. Akademie d. Wiss. Phil.-hist. Kl. 20, 1929. S. 322 ff.

19. Mitteis a. a. O. S. 444/445.

20. Ulrich Stutz, Die Eigenkirche als Element mittelalterlichen germanischen Kirchenrechts. 1914. Dazu zahlreiche Abhandlungen desselben Verfassers.

ersatz“ verwandt wurden, wie dies in paralleler Weise mit dem Lehnrechte geschah. Die Wichtigkeit dieses Elementes erhöht sich noch, seit wir wissen, daß die Vogteien der Zeit vor dem Kirchenkampf ebenfalls Ausdruck kirchlichen Herrschaftsrechtes sind.²¹ Ein zweiter großer Machtfaktor stellt sich also dem Lehnrecht zur Seite als Aufbaumittel des Ottonischen Staates. Auch er hat (wenn wir das Wort *feudal* vermeiden wollen) den Charakter des persönlichen Herrschaftsrechtes, und zwar germanischen Gepräges (trotz der neuerdings wieder aufgezeigten, zweifellos auch vorhandenen römischen Wurzel des Eigenkirchenrechtes). Wichtig ist dabei, daß eine gewisse innere Verwandtschaft von Eigenkirchenrecht, Vogtrecht und Lehnrecht durch die Beziehungen zum germanischen Muntrecht ohne weiteres erkennbar ist, was allerdings noch der näheren Untersuchung bedarf.

Daneben beginnt ein weiterer Faktor königlicher Herrschaft deutlicher sichtbar zu werden, der auch die Neigung hat, das alte herrschende, stets angenommene System der Gaugrafschaften zu sprengen: die sogenannten Freigrafschaften. Meine Untersuchungen im zweiten Teil von „Vogtei und Bede“²² konnten zeigen, daß ihnen eine weit größere Bedeutung für das Ganze der Königsmacht zukam, als man im Allgemeinen annahm. Die Forschungen Fedor Schneiders²³ über staatliche Siedlung im italienischen und deutschen Reichsteil haben seitdem die Bedeutung der Freigrafschaften noch nachdrücklich unterstrichen. Auch diese Frage bedarf noch eingehender Untersuchung. Augenscheinlich hat der König in diesen Gebieten eine besondere Herrschaftsstellung, die aus seinem allgemeinen Königsrechten allen Volksgenossen gegenüber nicht

21. Adolf Waas, *Vogtei und Bede*. 2 Bde. (= Arbeiten zur dt. Rechts- u. Verfassungsgeschichte, Heft 1 u. 5.) 1919 u. 1923. Auf die Einwände gegen die Ergebnisse dieses Buches wird an späterer Stelle unserer Arbeit einzugehen sein.

22. Adolf Waas, *Zur Frage der Freigrafschaften*. = Zeitschr. d. Sav.-stiftg. f. Rechtsgesch. 38, germ. Abt. 146 ff. — Ders. *Vogtei und Bede*, II. S. 54 ff.

23. Fedor Schneider, *Staatliche Siedlung im frühen Mittelalter*. = Aus Sozial- u. Wirtschaftsgesch. Gedächtn.schr. f. G. v. Below 1928. S. 16 ff.

herzuleiten ist. Einerlei nun, ob meine wiederholt ausgesprochene Annahme, daß es sich auch hier um Muntrecht handelt, richtig ist oder nicht, jedenfalls sind es Gebiete eines königlichen Sonderrechts außerhalb der allgemeinen Grafschaftsverfassung.

Alle diese Einzelergebnisse nötigen uns, erneut den Versuch zu machen, das Bild der öffentlichen Zustände des Frühmittelalters schärfer zu erkennen, und sie, soweit das möglich ist, aus ihren eignen Gedanken zu verstehen und nicht aus dem Denken späterer Jahrhunderte.

Wir fanden zahlreiche Hinweise auf eine aristokratisch-herrschaftliche Struktur dieser Zeit. Das muß uns veranlassen, zunächst die Frage nach dem Verhältnis von Volks- und Herrschaftsrecht im Aufbau des frühmittelalterlichen Staates zu stellen. Wir sind uns bewußt, damit eine Frage aufzuwerfen, die in dieser Form den Menschen des Frühmittelalters fremd war. Aber das Problem ist wesentlich. Denn der Unterschied ist tiefgreifend und lange nachwirkend, wenn auch beides im Bewußtsein eines Volkes sich ineinander verschlingen kann. Volksrecht erwächst aus dem Gemeinschaftswillen eines ganzen Volkes, und erbaut ein Gemeinwesen sozusagen von unten her, Herrschaftsrecht dagegen von oben aus. Es umfaßt zunächst nicht alle Volksgenossen, sondern nur diejenigen, die ein besonderes Band mit dem König als Herrn verknüpft. Volksrecht steht auf dem Boden der allgemeinen Zugehörigkeit zum Volk, Herrschaftsrecht auf dem eines besonderen vertragsähnlichen Verhältnisses. Auf Volksrecht kann sich nur der König oder sein Beauftragter stützen, auf Herrschaftsrecht dagegen jeder Herr eines größeren oder kleineren Machtbereichs. Gegenseitigkeit der Pflichten kann bei beidem gegeben sein, bei keiner Form ist der Untertan rechtlos oder schutzlos, aber bei beidem ist dies innerlich völlig anders begründet. Die Scheidung deckt sich nicht mit der von Demokratie und Diktatur oder Republik und Monarchie. Denn wir fragen hier nicht nach der Staatsform sondern nach seiner aufbauenden und erhaltenden Kraft. Die verschiedensten Staatsformen können sich auf Volksrecht sowohl wie auf Herrschaftsrecht stützen. Weil es nun aber in dieser Frage um das innere Verhältnis des Einzelnen zum Staat und des Staates zu ihm geht, ist ihre Beantwor-

tung entscheidend für unser Urteil über die Art (nicht über die Stärke) des Staatsbewußtseins der einzelnen Volksgenossen einer Epoche. Eine herrschaftliche Struktur des Staates hat, um nur Einzelnes hervorzuheben, sicherlich die viel stärkere, persönliche Wärme einer Treuerverpflichtung von Person zu Person, erzeugt aber unter ungünstigen Verhältnissen nur allzu leicht Untertanengeist und Untertänigkeit, während eine rein volksrechtliche Struktur mit der Gefahr einer gewissen Kühle und eines geringeren persönlichen Verpflichtetseins ein stolzeres Zugehörigkeitsgefühl zum Volksganzen verbinden kann, aber nicht verbinden muß.

Wir fragen also nach Grundlagen und Art deutscher Staatsverbundenheit im Frühmittelalter und damit nach einem der wichtigsten Faktoren deutschen Schicksals, wenn wir nach der rechtlichen Struktur des frühmittelalterlichen Staates fragen. Und wenn es keine eindeutige Antwort auf die Frage geben sollte, so müßte sich doch aus dem Nebeneinander der Kräfte die entscheidende Komponente herausarbeiten lassen.

Wir sind uns dabei bewußt, noch nicht nach den letzten treibenden Kräften geschichtlichen Werdens zu fragen. Denn wir suchen Recht, Rechtsformen und Rechtsgedanken aufzudecken, nicht aber zu zeigen, welche Mächte diese Gedanken und Formen zu benutzen, und in ihnen ein Reich aufzubauen oder zu erhalten vermochten. Diese Frage führt in das Gebiet der Geschichtsphilosophie hinüber. Darum ist aber die Bedeutung von Rechtsformen und Rechtsgedanken nicht geringer zu veranschlagen. Denn einmal ist der Effekt nicht nur von der schaffenden Kraft, sondern auch von den Formen abhängig, in denen das Leben eines Volkes gestaltet wird. Vor allem aber entscheiden gerade die angewandten Rechtsgedanken darüber, mit welcher Intensität ein Volk bereit ist, seine Kraft an einer bestimmten Stelle einzusetzen, d. h. ob eine geplante Tat oder eine bestehende Macht im Herzen eines Volkes den Widerhall findet, den sie lebensnotwendig braucht. Denn ob eine Macht sich entfalten kann oder zugrunde geht, hängt weitgehend davon ab, ob sie ihr Wollen und Tun so formen kann, daß es in die rechtlichen und sittlichen Denkformen eines Volkes sich einfügt und einpaßt. Darum erschließt erst die Kenntnis der

inneren gedanklichen Struktur eines Staates den Blick für seine Art, seine besondere Kraft und Schwäche und die Eigentümlichkeiten seines Auf- und Abstieges. Wir haben also zu fragen: Ist der Staat der Ottonen direkte Fortsetzung oder Erneuerung des Staates der Karolinger mit einem vorwiegend volks- und amtsrechtlichen Charakter oder beruht er auf einem System von herrschaftlichen (also ursprünglich privatrechtlichen) Machtmitteln in der Hand des Königs.

Die Frage nach solchen persönlichen und herrschaftlichen Machtmitteln des Königs war bisher meist verknüpft mit der Fragestellung: öffentlich oder privat. Georg von Below wehrte sich gegen die Anerkennung solcher persönlicher Herrschaftsmittel als entscheidende Faktoren vor allem darum, weil er — und mit Recht — den öffentlichen Charakter des mittelalterlichen Staates unter allen Umständen als gesichert glaubte nachweisen zu können. Die Anerkennung persönlicher Machtmittel des Königs als wesentlich für den Staatsaufbau schien ihm damit unvereinbar.

Schon Keutgen²⁴ wandte sich nachdrücklich gegen diese Fragestellung. Kürzlich griff nun Heinrich Mitteis die Frage in weitem Umfange wieder auf. Er will entgegen allen denen, die die Scheidung von öffentlichem und privatem Recht auf das Mittelalter nicht anwenden wollen, da diese Unterscheidung dem Mittelalter fremd gewesen sei,²⁵ an der Verwendung dieses Begriffspaares zum mindestens als heuristischem Prinzip festhalten, da wir für unser heutiges juristisches Denken und die juristische Praxis diese Unterscheidung trotz aller dahinter stehenden Einheit alles Rechts stets brauchen,²⁶ aber er zieht die Grenzlinien anders, als dies bisher (mit Ausnahme von Keutgen) meist geschah. Er argumentiert so: man verwendete für Rechtsgeschäfte des öffentlichen Lebens im Mittelalter Rechtsformen des privaten Lebens, da das öffentliche Leben keine eigenen Rechtsformen ausgebildet hatte. Durch die Verwendung

24. Friedrich Keutgen. Der deutsche Staat des Mittelalters. 1918.

25. Otto von Gierke, Privatrecht I. S. 27. — Fr. Kern, Recht und Verfassung im Mittelalter = Hist. Zs. 120. S. 31. (1919) Horneffer, Entstehung d. Staates S. 142.

26. H. Mitteis, a. a. O. S. 6, 10, 11.

privater Formen werden aber öffentliche Rechtsakte nicht zu privaten. Die Stellung des Rechtsaktes im gesamten Rechtsleben entscheidet. Darum ist auch ein Lehensverhältnis, das die Formen privaten Lebens verwendet, noch kein privates Rechtsverhältnis, sondern eine Funktion des öffentlichen Lebens.²⁷ Er fährt fort: „auf gewissen Stufen muß der Staat sich privatrechtlicher Formen bedienen, es tritt eine Art Funktionsersatz ein, um den Ausfall an echtem öffentlichem Recht zu decken“.²⁸ Er betrachtet es geradezu als seine Aufgabe, „das Lehensrecht aus dieser Verbannung zu erlösen, ihm seine wahre Natur als Teil der öffentlichen Rechtsordnung wiederzugeben“.²⁹ Damit ist die Diskussion um ein wesentliches Stück weitergeführt. Denn es ist klar gezeigt, daß aus der Sphäre des privaten Rechts stammende Machtmittel der Funktion nach öffentliche oder besser gesagt staatliche sein können, daß also ein Gemeinwesen nichts an „Staatlichkeit“ verliert, wenn es als „Funktionsersatz“ solche Machtmittel aus dem Gebiete des privaten Herrschaftsrechtes übernimmt. Nur ist damit die Unterscheidung nicht aufgehoben. Denn wenn solche Machtmittel auch der Funktion nach staatlich sind, so sind sie doch ihrer Herkunft und damit ihrem Grundcharakter nach privatrechtlicher (oder besser gesagt herrschaftlicher) Natur und verlieren von diesem Charakter nichts durch die Einbeziehung in den Staat. Es sind zwar öffentliche aber herrschaftliche Rechte, die sich von denen des allgemeinen Volksrechts scharf abheben, da sie nicht wie jene alle Volksgenossen erfassen, sondern nur diejenigen, die besondere herrschaftliche Bindungen (z. B. Lehensverhältnis, Gefolgschaft) an das Königtum fesseln. Wenn man also nach dem herrschaftlichen oder volkrechtlichen Charakter von Staatseinrichtungen fragt, so ist damit die „Staatlichkeit“, d. h. die Öffentlichkeit im Sinne der Funktion in keiner Weise in Frage gestellt, und der Charakter der Gemeinschaft als Staat dadurch ebensowenig in Zweifel gezogen. Denn es geht nicht an, die Staatlichkeit eines Gemeinwesens darum ab-

27. ebd. S. 5, 8.

28. ebd. S. 9.

29. ebd. S. 5.

zuleugnen, weil es seine Machtstellung zum Teil Mitteln verdankt, die nicht speziell staatlichen, sondern privatrechtlichen, herrschaftlichen Charakter haben.

Der Stand unserer heutigen Kenntnis des deutschen Frühmittelalters drängt aber nicht nur zur Beantwortung der beiden eingangs gestellten Fragen oder des Fragenkomplexes, zu dem beide verschmelzen, sondern er weist darüber hinaus die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Gesamtbildes frühmittelalterlichen staatlichen Lebens auf.

Die Antworten vergangener Zeiten können uns nicht mehr genügen. Denn wir kennen sie als Gestaltungsversuche, die in romantischem Sinn Wunschgebilde ihrer Tage als Fatamorgana in der Welt längstvergangerer Jahrhunderte zu sehen glaubten. So zeichnete Justus Möser getragen von der Idee einer Hebung des deutschen Bauernstandes das Bild von freien in sich selbst ruhenden germanischen Bauern. In gleicher Weise sah Georg Waitz und seine Zeit das Bild eines demokratischen germanischen und fränkischen Staates und ebenso der marxistische Sozialismus das eines germanischen Urkommunismus. Alle diese Bilder beruhen auf derselben Selbsttäuschung. Alle sind heute zerstört oder so verblaßt, daß sie keine Überzeugungskraft mehr haben.³⁰ Ein warnendes Beispiel für uns, wenn wir ein neues Bild erarbeiten wollen. Vor dieser Notwendigkeit stehen wir aber. Denn auch das im 19. Jahrhundert durch Georg Waitz und Heinrich Brunner begründete, von Georg von Below verteidigte, alle Handbücher noch beherrschende Bild des frühmittelalterlichen deutschen Staatslebens kann uns nicht mehr genügen.

Unsere Darstellungen der deutschen mittelalterlichen Verfassungsgeschichte pflegen von dem Staate Karls des Großen auszugehen. Mit gewissem Recht. Denn daß hier der Ausgangspunkt und in vielem auch die Grundlinien für die kommenden Jahrhunderte gegeben sind, wird niemand leugnen wollen. Da aber die Quellen für den karolingischen Staat gut sind, die Nachrich-

30. Otto von Dungern, Adels Herrschaft im Mittelalter. S. 45.

Vgl. auch Georg von Below, Der deutsche Staat des Mittelalters, 1914, mit eingehender historiographischer Darstellung.

ten über die folgenden Jahrhunderte dagegen dünn fließen, haben unsere Darstellungen ganz von selbst die Verfassungsverhältnisse dieser folgenden Zeiten nicht für sich als eine eigene Welt mit starkem Eigenleben angesehen, ja diese Möglichkeit gar nicht ernsthaft erwogen, sondern sie stets nur in Relation zu den Zeiten des fränkischen Reiches betrachtet. Neueinrichtungen wie beispielsweise die Ottonischen Immunitäten erschienen immer nur als Abänderungen der karolingischen Institutionen, über die man ein Bedauern oft deutlich zum Ausdruck brachte. So kennzeichneten sich die Verfassungszustände des Frühmittelalters als Zerfallserscheinungen der karolingischen Verfassung; und durch den stärkeren oder geringeren Grad dieses Zerfalls charakterisierten sich Jahrzehnte und Jahrhunderte bis hin zu dem Untergang der Staufennacht, der stets im Hintergrund dieses Bildaufbaues stand. Ausgespannt zwischen der Macht Karls des Großen und der Machtlosigkeit des Interregnums schien eine trotz aller Schwankungen stetig absteigende Linie den Verfall des fränkischen Staates im Ostreiche zu bezeichnen und damit das staatliche Leben dieser Jahrhunderte wenn auch in mannigfachen Abschattierungen zu charakterisieren. Der „Zerfall der karolingischen Grafschaftsverfassung“ und andere ähnliche Schlagworte behaupten noch heute das Feld zur Kennzeichnung des deutschen Frühmittelalters.

Stimmt nun aber dies Bild der Verfassungsentwicklung mit den uns sonst bekannten Linien des geschichtlichen Geschehens überein? Ergibt sich aus dem Zerfall fränkischen Staatslebens die Erklärung für das, was uns fast als ein Wunder erscheinen muß: für die Tatsache, daß nach dem katastrophalen Niedergang im 9. und zu Beginn des 10. Jahrhunderts eine Macht aufstieg, die in der starken Hand der Ottonen wenige Jahrzehnte später führend im Abendland dasteht, Rom beherrscht und mit der orientalischen Großmacht Byzanz als ernstzunehmender Gegenspieler verhandeln kann? Woher diese neue Kraft, wenn diese Zeitspanne sich nur als Verfall charakterisiert? Die Verfassungsgeschichte kann nur dann ihre Aufgabe als erfüllt betrachten, wenn sie das innere Gefüge eines Staates im Zusammenhang mit seiner Leistung nachweisen, also die Grundlinien des Staatsaufbaues aufzeigen kann, die einem solchen

Anwachsen der Staatsmacht entsprechen, und es zu erklären vermögen. Eine neue Machtentfaltung baut sich stets auf einer neuen Strukturierung des Staatsgefüges auf, sie mag nun offen oder verdeckt sein. Hier klafft in unserem Bilde des deutschen Mittelalters eine große Lücke: Die Macht des Königtums steigt im 10. Jahrhundert glanzvoll auf, und gerade in derselben Zeit scheint der ganze Aufbau des Staates im Innern zu zerfallen, die alte karolingische Grafschaftsverfassung ebenso wie die Eingliederung der Kirche, da ja die Ottonischen Immunitäten angeblich eine Zerstörung des Reichsuntertanenverbandes³¹ bedeuten sollen. Gerade an diesem Punkte, in der Beurteilung der Immunitäten, ist allerdings schon eine Wandlung des Urteils eingetreten. Man beginnt heute allgemein auch die positive Seite dieser Ottonischen Immunitätsverleihungen zu betonen.³² Aber die Wendung in der Beurteilung hat bisher nur diese eine Stelle erfaßt und setzt auch hier erst ein.

Neuerdings häufen sich jedoch die kritischen Stimmen gegenüber einer solchen überkommenen Beurteilung. Am schärfsten urteilt Otto von Dungern, wenn er sagt: „Diese Umwandlung . . . als Zerfall der karolingischen Grafschaftsverfassung zu betrachten, ist ein armer und unfruchtbarer Gesichtspunkt.“³³ Ähnlich Mitteis: „Aber auch hier erweisen sich Epochen, denen man nur zu leicht den Charakter der Verfallzeit beizulegen geneigt ist, als die eigentlich produktiven.“³⁴ Auch Hintze's Kritik an von Below's Darstellung³⁵ hat ähnlichen Charakter. Er schließt aus der Unwahrscheinlichkeit einer solchen Verfallsentwicklung, daß der karolingische Staat selbst einen anderen Charakter gehabt habe. Doch bleibt für uns zunächst gleichgültig, welchen Schluß er zieht, der wunde Punkt ist jedenfalls klar gesehen.

In einer sehr lehrreichen Skizze für einen Neuaufbau eines Bildes des mittelalterlichen Staates sagt Hermann Heimpel in gleichem Sinne: „Wir müssen uns abgewöhnen, die deutsche

31. Georg von Below, D. dt. Staat S. 258.

32. z. B. Fr. Keutgen, Der deutsche Staat d. Mittelalters. I. S. 36 u. a. dazu: Alfons Dopsch, Der deutsche Staat d. Mittelalters. M.J.ö.G. 36. S. 1 ff.

33. O. v. Dungern a. a. O. S. 52.

34. H. Mitteis a. a. O. S. 206.

35. Hintze, Feudalismus, Stzgsber. d. preuß. Akad. d. Wiss. 1929, S. 322.

Verfassungsgeschichte nur als eine Verfallsgeschichte fränkischer Formen zu betreiben, als Auflösung und Weiterfeudalisierung des fränkischen Ämterwesens schlechthin. Wir müssen vielmehr der deutschen Geschichte ihr eigenes Gesetz geben.“³⁶ Das kann nach allem Obengesagten nur unterstrichen werden.

Doch wenden wir unsern Blick über die engsten Kreise der politischen Geschichte hinaus, so tritt uns auch von da aus dieselbe Fragestellung entgegen. Denn auch das kulturelle Leben Deutschlands zeigt in dieser mit der Ottonenherrschaft beginnenden Periode nach vorausgegangenem Niederbruch stärkstes eigenes Leben. Überall wohin man sieht, ist schöpferische Kraft am Werk, großangelegte Rodungsarbeit schafft allenthalben neuen Nährboden. Ein großer Teil des heutigen deutschen Bauernlandes wird damals dem Wald abgerungen. Dabei bringt die Verbindung germanischer Lebensformen mit römischer Technik, so wie sie vor allem die Klöster vermitteln, vielerorts neue für Jahrhunderte maßgebende Formen der Arbeit und des Arbeitslebens hervor. Trotz der Dürftigkeit unserer Quellen kennen wir eine Fülle ausgeprägter starker Persönlichkeiten aus dieser Zeit, die eine hohe persönliche Kultur zeigen, jedoch so daß sie stets im Dienst des Ganzen steht. Die größte geistige Leistung dieser Tage ist aber darin zu sehen, daß das Christentum, das zunächst nur rein äußerlich übernommen worden war, jetzt in schwerem Ringen mit germanischem Wollen und Denken verschmilzt. Gerade auf diesem Gebiet beginnt sich das Dunkel zu lichten. Wir sehen, wie das Karolingerreich zwar machtpolitisch und organisatorisch die Grundlage geschaffen hat für eine Christianisierung der deutschen Stämme, voran der Sachsen, daß aber die entscheidende innere Auseinandersetzung erst im 10. Jahrhundert zu leisten war, da germanisches Denken das christlich-antike Gedankengut nicht fassen konnte ohne eine starke Anpassung an die eigenen Gedankenreihen, wie dies der Heliand uns am klarsten vor Augen stellt. Man will das fremde Gut erfassen und schafft dabei Neues, dem Eigenen Verwandtes. So erzeugt dies Jahrhundert oft entgegen seiner eigenen Absicht eine neue Gedankenwelt, die in ihrer Struktur germa-

36. H. Heimpel, Deutschlands Mittelalter, Deutschlands Schicksal. S. 42.

nisch, in ihren Stoffen und sachlichen Gegebenheiten aber christlich-antik, oder von dort stark beeinflußt ist. Es entsteht eine neue, germanische und zugleich christliche geistige Welt, die sich nun in intensivster Tätigkeit auswirkt.³⁷

Der Gedanke liegt nahe, daß auch im Aufbau staatlichen Lebens eine ähnliche Auseinandersetzung eine ähnliche neue Struktur geschaffen habe.

Ein Blick auf das Gebiet der Kunst verstärkt diese Annahme. Von der Kunst aus gesehen faßt Wilhelm Pinder sein Urteil über die Ottonenzeit in die Worte zusammen: „jene stärkste und beinahe deutscheste Periode“.³⁸ Er ist sich dabei voll bewußt, daß die Kunst dieser Zeit stark beeinflußt ist von Byzanz und Frankreich aus, daß sie also fremde Elemente in ihren Leistungen verarbeitet; aber eben dies Verarbeiten, dieses Durchdringen mit deutscher Anschauungs- und Denkweise gibt ihm das volle Recht, von der stärksten und beinahe deutschesten Periode zu reden. Denn diese „romanischen“ Kirchen am Harz, in Westfalen und am Rhein, diese Ottonischen Miniaturen verkörpern eine deutsche Kunst und zeugen von der Kraft und Fähigkeit auch fremde Elemente in die eigene Gestaltung einzubeziehen. Es ist „die unbedingt größte Kunst, die jene Zeit ringsum gesehen hat“ sagt Pinder,³⁹ und weiter: „Es ist wahrhaft ein Stil, und einer der größten, die Deutschland hervorgebracht hat“.⁴⁰ Diese Kunst ist aber trotz aller übernommenen Formen nicht „romanisch“ sondern germanisch, deutsch. Die innere Haltung erweist sich dabei als wichtiger als die äußeren Gleichheiten mit Fremden. Sie ist Beweis einer aktiven, lebendigen kulturellen Gestaltungskraft. „Das erste künstlerische Zeugnis einer nunmehr verwirklichten rein deutschen Volkseinheit“ nennt Pinder diese Kunst. Er und andere wie Walter Greischel und Paul Frankl haben uns gezeigt,⁴¹ wie nach

37. Zu dieser Frage liegt zahlreiche Literatur vor, die hier nicht aufgeführt zu werden braucht.

38. W. Pinder, *Deutsche Dome*. S. VII.

39. W. Pinder, *Die Kunst der deutschen Kaiserzeit*. S. 119.

40. W. Pinder, a. a. O. S. 148.

41. W. Pinder, a. a. O. S. 123 ff. — Paul Frankl, *D. frühmittelalterliche und romanische Baukunst* = *Handbuch d. Kunstwissenschaft*. 1926. —

der kulturellen Lücke der schweren Reichskrise um 900⁴² unter den Ottonen und in den folgenden Jahrzehnten eine rege spontane Bautätigkeit überall in Deutschland einsetzt,⁴³ die reinste und schönste Kunst mit einem kraftvollen Charakter zeigt, eine anfängliche Schwerfälligkeit allmählich überwindend. Ebenso sind aber auch andere Gebiete des künstlerischen Lebens, wie die Miniaturenkunst durch eine hohe Blüte gerade in diesen Jahren gekennzeichnet. Von da aus sieht Pinder in den Ottonen „die eigentlichen Gestalter Deutschlands“.⁴⁴ Die Gültigkeit dieses Urteils wird zu prüfen sein. Aber es liegt nahe, von der Entfaltung der künstlerischen Kräfte auf eine entsprechende Gestaltungskraft im inneren Aufbau des staatlichen und volkhaften Lebens zu schließen. Denn wir wissen, daß Kunst Ausdruck der Gesamtkräfte eines Volkes zu sein, und deren Charakter zu spiegeln pflegt. Sollte nicht auch ein neuer Bau des öffentlichen Lebens mit germanischem Charakter trotz des römischen Baumaterials entstanden sein in Erfüllung der damals gestellten Aufgabe, die durch das Karolingerreich übermittelten römischen Elemente auch des öffentlichen Lebens mit eigenen Kräften zu meistern und in eigene Formen umzuprägen? Auch von dieser Seite aus ergeben sich also zum mindesten schwere Zweifel an der Richtigkeit des uns überkommenen Bildes frühmittelalterlichen öffentlichen Lebens.

Hermann Heimpel⁴⁵ sieht, wie sein schon genannter Vortrag zeigt, mit aller Deutlichkeit, daß dies Bild nicht genügt und daß andere Kräfte außer den eigentlich staatlichen, und zwar augenscheinlich positive und solche germanischer Prägung bestimmend

Walter Greischel. Die Baukunst der Ottonen in: „Magdeburg in der Politik der deutschen Kaiser“. 1936.

42. Frankl, a. a. O. S. 49: „Mit der gesamten Kultur war die kirchliche Baukunst durch diese 100 Jahre Krieg in ihrer Entwicklung unterbrochen“.

43. Vor 1000 sind folgende deutschen Dome und Kirchen gebaut: Mainz, Augsburg, Quedlinburg, Gernrode, Essen, St. Pantaleon-Köln, Wimpfen Peterskirche, Oberzell-Reichenau, Mittelzell, St. Castor-Coblenz. 1001: St. Michael-Hildesheim. 1015: Straßburg und Merseburg. Vgl. Frankl, S. 50-60.

44. W. Pinder, a. a. O. S. 121, 122.

45. Herm. Heimpel, Der Staat d. abendländ. Mittelalters. 1933, S. 42 ff.

am Bau des frühmittelalterlichen Staates mitgewirkt haben. Doch kann er sich von dem alten Bilde nicht ganz trennen. So bleibt für ihn nur die Möglichkeit, das Charakteristische des Frühmittelalters in einem Dualismus einerseits amts- und volksrechtlicher, andererseits aristokratisch-herrschaftlicher Elemente zu sehen. Das wird jedenfalls den oben aufgezeigten Widersprüchen weit besser gerecht als ältere Auffassungen, befriedigt aber doch nicht, da es den Aufstieg des Ottonischen Staates auch nicht zu erklären vermag. Denn es hat keine rechte Überzeugungskraft, wenn man als ursächliche Kraft der großen Gestaltung des Ottonischen Staates nur eine Wiederbelebung „karolingischen Amtsgeistes“, die zur Überwindung der „bloß lehensmäßigen Bindung der Herzogtümer“ geführt habe, aufzuzeigen vermag. Sollten hier nicht andere Kräfte am Werk gewesen sein, und zwar eigenständige und nicht nur wiederbelebende, germanische und nicht römisch-fränkische, die nur noch in der Erinnerung lebendig sein konnten?

Außerdem erscheint die Annahme eines solchen an sich schon schwer glaubhaften Dualismus nur dann gerechtfertigt, wenn keine einheitliche Erklärung mehr möglich ist. Wir wissen ohne weiteres zwar nicht, ob die heute so oft geforderte Einheit des Rechts im Mittelalter bestand; aber glaubwürdiger ist doch wohl jedes Bild, das eine einheitliche Grundlinie aufzuweisen hat, einem dualistischen gegenüber. Allerdings darf das sicherlich nicht allein entscheidend sein. Denn wenn unsere Quellen den Dualismus des öffentlichen Lebens zeigten, so müßten wir das Suchen nach einer Einheit des Gesamtbildes einstellen. Ehe es aber so weit ist, ist es wichtig, die Frage, ob keine Einheitlichkeit der Erklärung möglich ist, immer wieder mit allem Ernst zu stellen.

Andererseits kann dem heutigen Stande der Wissenschaft nach das Gefüge des frühmittelalterlichen Staates nicht nur aus herrschaftlich-aristokratischen Elementen irgendwelcher Art aufgebaut gewesen sein. Denn einer solchen Annahme steht als großes unüberwindlich scheinendes Hemmnis das Weiterbestehen der karolingischen Grafschaftsverfassung als des wesentlichsten Teiles der Verfassung gegenüber. Es ist trotz aller Hinweise

auf aristokratisch-herrschaftliche Charakterzüge, die wir fanden, nicht möglich, über Heimpels dualistische Auffassung des frühmittelalterlichen Staatswesens hinauszukommen, wenn die Grafchaftsverfassung des fränkischen Reiches das Mittelalter hindurch in der Weise bestand, wie man mit guten Gründen immer annehmen zu müssen glaubte. Ihre Existenz scheint aber durchaus gesichert, klar nachweisbar aus den Quellen und stets von neuem nachgewiesen, und zwar nicht nur in ihrer äußeren Form sondern in ihrem alten Wesen. Von den Kapitularien Karls des Großen über die stets wiederkehrende Bezeichnung aller Orte nach Gau und Grafschaft in den Urkunden des Frühmittelalters, über die stetige Erwähnung der Grafen in den Zeugenreihen und die urkundlichen und erzählenden Berichte von Grafengerichten führt ein gerader, anscheinend völlig gesicherter Weg zu den Rechtssätzen des Sachsenspiegels und der anderen Rechtsbücher und weiter zu den entstehenden Territorialstaaten. Denn Georg von Below und zahlreiche von ihm angeregte Untersuchungen haben immer wieder versichert, den rechtlichen Ursprung der Landeshoheit vornehmlich im Grafenamt nachweisen zu können. Besteht diese Anschauung von dem unerschütterten Fortbestand des Grafenamtes durch das Frühmittelalter hindurch zurecht, so bleibt trotz allem, was sich sonst nachweisen ließ, für die herrschaftlich-aristokratischen Machtmittel eigenen Rechtes nur ein relativ kleiner Raum. Dann kann das Gesamturteil nur Dualismus heißen, wie es Heimpel uns vorgetragen hat, so wenig einleuchtend eine solche Gegensätzlichkeit in der Grundstruktur auch sein mag. Es kommt darum alles darauf an, ob das uns überkommene Bild der Grafchaftsverfassung der Wirklichkeit entspricht, ob unsere Quellen seine Richtigkeit erweisen.

Wir müssen darum die Beantwortung der oben gestellten Fragen zurückstellen, bis wir uns Klarheit über den Charakter des frühmittelalterlichen Grafenamtes verschafft haben. Denn da das Grafenamt in unmittelbarem Zusammenhang mit römischen Einrichtungen steht, muß unser Urteil über die römische oder germanische Wurzel des deutschen Mittelalters ebenfalls von dem Ausgang dieser Untersuchung des Grafchaftssystemes abhängig gemacht werden.

Da nun aber das Hauptargument für das Bestehen des Grafen-
amtes im deutschen Frühmittelalter d. h. für volkrechtlich vom
König eingesetzte Grafen als Beamte die Tatsache ist, daß der
Königsbann nach dem Zeugnis des Sachsenspiegels vom König
dem Grafen übertragen wird,⁴⁶ wenden wir uns zunächst einer
Untersuchung des Wesens des Königsbannes im deutschen
Frühmittelalter zu.

46. Sachsenspiegel I. 2. § 2. — III. 64 § 4 u. 5.

Zweites Kapitel.

Der Königsbann.

§ 1. *Der Königsbann der Karolingerzeit.*

Ältere und neuere Anschauungen über den Königsbann. — Der Königsbann der Karolingerzeit. — Die Bannfälle. — Die königliche Munt- und Banngewalt im fränkischen Reich. — Das Bannrecht als Ausdruck des germanischen Muntrechtes. —

§ 2. *Der Königsbann des Frühmittelalters.*

Der Sprachgebrauch. — Königsbann, Gerichtsbarkeit und Munt. — Der Königsbann im Vermögensrecht. — Der Forstbann. — Der Marktbann. — Königliche Bannbezirke in Stadt und Land. — Der Burgbann. — Grundherrliche Bannrechte und Königsbann. — Königsbann und Grafschaft. — Königsbann und Immunität. — Ergebnis: Königsbann beweist Königsschutz, und kennzeichnet die Bannbezirke königlichen Muntrechtes. Daneben stehen Bannrechte anderer Herren. —

§ 3. *Der Königsbann im Sachsenspiegel.*

Die Grafschaften Eikes als königliche Herrschaftsbezirke. — Der Königsbann des Sachsenspiegels als Ausdruck der Königsmunt. — Die Neuordnung Karls des Großen als Grundlage dafür. — Der Heliand. — Die alt-sächsische Volkstradition. — Die sächsischen Urkunden als Zeugnisse. — Der Königsbann im Schwabenspiegel. — Sachsenspiegel, sächsische Freigerichte und die anderer Landschaften. — Freigericht und Femgericht. — Die rechtsgeschichtliche Literatur zum Sachsenspiegel. — Der Königsbann, Zusammenfassung.

§ 1. *Der Königsbann der Karolingerzeit.*

Auch wenn uns nicht die Verbindung mit dem Problem des Grafenamtes zu einer Untersuchung des Königsbannes führte, hätten wir allen Anlaß, seine Betrachtung in den Vordergrund zu rücken. Denn soviel darüber auch gestritten sein mag, als Befehlsgewalt hat er jedenfalls zu gelten. Wenn wir darum nach den wesentlichen Machtmitteln des Königtumes fragen, ist

es von selbst gegeben, daß wir uns dorthin wenden, wo ein Recht als Befehlsgewalt des Königs schlechthin bezeichnet wird, und festzustellen suchen, ob wir an dieser markanten Stelle auf Volks- und Amtsrecht oder auf herrschaftliches Recht stoßen.¹ Wir fragen, weil wir wissen, daß wir damit einen zentralen Punkt ins Auge fassen. Was wir hier finden, wird uns Aufschluß über das Wesen des Königtums geben können. Es ist darum auch kein Zufall, daß gerade über den Königsbann viel gestritten und geschrieben worden ist. Schon die älteren Darstellungen wie Zöpfl's Rechtsgeschichte reden viel vom Königsbann als Ausdruck der königlichen Rechtsgewalt² in dem Sinne, daß alle Gerichtsgewalt vom Könige durch den Königsbann an die Richter übertragen werde. Eine lebhaftete Diskussion entstand aber erst, seit Otto von Zallinger 1882 mit ausführlichen Darlegungen ein kurz vorher erschienenenes Buch von Georg Meyer auf das lebhafteste angriff.³ Meyer hatte behauptet, nur für die Vögte habe die Notwendigkeit königlicher Bannleihe bestanden, nicht aber für Grafen und Fürsten. Im Gegensatz dazu verstehe der Sachsenspiegel unter dem Königsbann nur das Recht, die erhöhte Buße von 60 s zu fordern. Dagegen wendet sich v. Zallinger mit Nachdruck. Er kann mit gewichtigen Gründen die Gleichstellung von Königsbann und Bannbusse widerlegen, und verwirft auch die anderen Sätze Meyers. Er hält an der alten Lehre vom Bann als dem Ausdruck der „allgemeinen Gerichtsbarkeit“ des Königs, der Grafen und Fürsten in gleicher Weise umfaßt, mit allem Nachdruck fest; nur nimmt er einen früheren Übergang des Rechtes der Bannleihe auf geistliche Fürsten an, als bisher üblich war. Eine zweite Arbeit v. Zallingers änderte das Ergebnis nicht ab,⁴ sondern ergänzte

1. Ich habe schon einmal zur Frage des Königsbannes Stellung genommen: Vogtei und Bede I. S. 133—140. Das dort Gesagte muß aber wesentlich erweitert werden, ist auch an einzelnen Stellen durch die Untersuchungen von Hans Hirsch (Die hohe Gerichtsbarkeit S. 173 ff.) überholt.

2. Zöpfl, Dt. Rechtsgeschichte³. S. 412.

3. Otto v. Zallinger, Über d. Königsbann. M.I.ö.G. 3. 1882. S. 539 ff. gegen: Georg Meyer, D. Verleihung d. Königsbannes u. d. Dingen bei markgräflicher Huld. Jena 1881.

4. Zur Geschichte der Bannleihe. M.I.ö.G. 10. 1889. S. 224 ff.

und festigte es nur. G. Seeliger,⁵ Ph. Heck,⁶ Hans Fehr⁷ und Eckard Meister⁸ behandelten in den folgenden Jahren den Königsbann. Das brachte gewisse Modifikationen; so sah Heck im Königsbann eine missatische Gewalt, speziell das Gericht über Eigen und Ungericht Schöffenbarer, und zwar nur für die sächsischen Grafen. Seeliger stellte die Frage in den Zusammenhang mit andern Verwendungen des Bannes und mit der Bildung von Bannbezirken, ein wichtiger fruchtbarer Gedanke; aber das bedeutete keine grundsätzliche Abweichung von der herrschenden Lehre. Da entfachte im Jahre 1915 ein Aufsatz von Hans von Voltelini: „Königsbannleihe und Blutbannleihe“⁹ von neuem die Diskussion. Das Wesentliche an diesem Aufsatz ist nicht, daß er den alten Satz erneuerte, daß der Königsbann gleichzusetzen sei mit dem Recht, die Sechzigschillingbuße zu fordern,¹⁰ denn dieser Satz war widerlegt und ist in der Folge mit Recht wiederholt als zu eng zurückgewiesen worden, sondern das Wesentliche war, daß er sah, daß der Königsbann ursprünglich nicht unbedingt mit dem Blutbann zusammenfällt, sondern daß das erst eine spätere Entwicklung des Mittelalters ist. Dagegen betont er nachdrücklich, daß der Bann dazu bestimmt ist, einen höheren Frieden zu sichern. Er findet den Königsbann nur dort, wo ein solcher besonderer Frieden vorhanden oder nötig ist: „Seinen Vögten leiht der König den Königsbann, weil die königlichen Städte und das Königsgut höher gefriedet sind“ und ebenso wird er den sächsischen Grafen und gelegentlich den Vasallengrafen geistlicher Fürsten geliehen, anderen Grafen jedoch nicht. „Ein allgemein deutsches

5. Gerhard Seeliger, Die soziale u. politische Bedeutung d. Grundherrschaft. = Abh. d. phil.-hist. Kl. d. kgl. sächs. Ges. d. Wiss. XXII, 1. 111 ff.

6. Heck, Ph., D. Sachsenspiegel u. d. Stände d. Freien. Halle 1905. — Ders., Die Bannleihe im Sachsenspiegel = Zs. d. Savignystiftg. f. Rechtsg. 37 (1916) S. 260 ff. u. a. zahlr. a. Stellen.

7. Hans Fehr, Fürst u. Graf im Sachsenspiegel. 1906. — Ders.: Über d. Königsbann. = Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 37 (1916) germ. Abt. 247 ff.

8. Eckard Meister, Ostfälische Gerichtsverfassung im Mittelalter. 1912.

9. Hans v. Voltelini, Königsbannleihe und Blutbannleihe. = Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 36 (1915) germ. Abt. S. 290 ff.

10. Diese Ansicht vertritt u. a. auch E. Mayer, Dt. u. franz. Verf.gesch. I. 350 ff. und Gerh. Seeliger in Hoop's Reallexikon II. 326.

Institut ist die Königsbannleihe . . . nicht gewesen“, sagt er (hiermit entschieden überspitzt formulierend). Die Königsbannleihe an die Vögte bringt er in ursächlichen Zusammenhang mit der Hirsauer Klosterreformbewegung in der Weise, daß die Einsetzung des Vogts durch den König aufhört, wo die Reform durchgeführt wird, und an ihre Stelle die Bannleihe tritt, da man den Schutz des Königs auch in dieser Form sich erhalten zu können glaubt. Es wird nach Voltelinis Meinung, durch den Königsbann kein königliches Gericht geschaffen, aber man sah es später als solches an und beanspruchte seine Vorrechte.

Dieser Aufsatz von H. von Voltelini wurde von Hans Fehr¹¹ und Philipp Heck¹² lebhaft angegriffen, und zwar in der Hauptsache an ihrem oben angegebenen verwundbaren Punkte. Heck ging über die Kritik hinaus, und legte seine eigenen Anschauungen über den Königsbann dar, die eine wesentliche Abweichung von der herrschenden Theorie zeigen. Er macht zunächst im Anschluß an ähnliche Andeutungen v. Voltelinis auf die Unsicherheit in der Deutung der Sachsenspiegelstellen aufmerksam. Seiner Meinung nach läßt sich aus ihnen nur eine Königsbannleihe der Vögte, aber nicht auch der Grafen folgern. Eine solche hat seiner Meinung nach nie, auch nicht in Sachsen bestanden. Der Königsbann aber ist mehr als das Recht, die Sechzigschillingbuße zu fordern. Er ist eine „besondere vom König stammende Gerichtsgewalt“. Von diesem Satz aus erscheinen dann seine Ausführungen nicht als eine Widerlegung, sondern als eine Weiterführung der Gedanken v. Voltelinis. Doch sieht Heck keine Veranlassung gegeben, darum die Feudalisierung Deutschlands vorzudatieren. Denn der Graf sei auch ohne Bannleihe „ein dem König unmittelbar verpflichteter und damit königlicher Beamter und seine staatlichen Pflichten gingen den Vasallenpflichten vor“. Damit findet Heck den Anschluß wieder an das herrschende Bild des mittelalterlichen staatlichen Lebens, in das zunächst seine Ausführungen sich schlecht einzufügen schienen.

11. Hans Fehr, Über den Königsbann. Exkurs zu: D. Staatsauffassung Eikes von Reggau. = Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 37 (1916) germ. Abt. 247 ff.

12. Heck, Ph. Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 37 (1916) germ. Abt. 260 ff.

Hans Hirschs Untersuchungen gehen nicht vom Sachsen-
spiegel sondern im wesentlichen von der Vogteigerichtsbarkeit
aus. Hier baut er v. Voltelinis Ergebnisse aus und legt dar,
wie der Königsbann ursprünglich nicht mit dem Blutbann zu-
sammenfällt, sondern eine weitere Bedeutung hat, wie man dann
aber seitens der Hirsauer Klosterreformbewegung Wert auf die
Königsbannleihe legte, um auf diese Weise einen Rückhalt am
König auch dann noch zu haben, als das Kloster aufhörte könig-
liches Kloster zu sein, und wie der König selbst ein Interesse
daran hatte, nach dem Zerbrechen des Eigenkirchenrechts durch
die Bannleihe noch einen gewissen Einfluß zu behalten. Doch
beschränkt man dabei den Königsbann auf die drei echten
Dinge. Die Bannleihe ist hier deutlich als Produkt des Kloster-
reformkampfes erwiesen. Erst die süddeutschen Spiegler bauten
auf ihr den Satz auf, daß alles Gericht vom König herrühre.
Doch entsteht die Bannleihe nur dort, wo Königsschutz oder
königliches Eigentum vorlag,¹⁴ also in königlichen Klöstern und
Städten.

Hans Hirsch stützt sich bei diesen Untersuchungen auf die
Resultate von Alfons Dopsch,¹⁵ der dieselbe ursächliche Ver-
bindung des Königsbanns mit Königsschutz und Königseigen fest-
stellt, und auf meine in der gleichen Richtung zielenden Aus-
führungen in „Vogtei und Bede“ verweist, (die aber damals
noch neben dem aus Königsschutz entspringenden Bann eine
zweite Art des Königsbanns, die sich auf Amtsrecht stützt, an-
nahmen).¹⁶

Bewähren sich diese zuletzt von Hirsch vorgetragenen An-
schauungen über den Königsbann aus Königsschutz, so müßte
das zu großen Konsequenzen für unsere Anschauungen vom
mittelalterlichen deutschen Königtum führen. Doch bedarf diese

13. Hans Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter.
S. 173—183.

14. S. 181/2.

15. A. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II. 123.

16. A. Waas, Vogtei u. Bede I. 128—140. Dazu Besprechung v. Planitz
= Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 54 (1920) germ. Abt. S. 426/7. Inwieweit die
damals von mir vorgetragenen Anschauungen zu modifizieren oder zu er-
weitern sind, wird noch zu erörtern sein.

Auffassung noch der gründlichen Nachprüfung. Einstweilen kann die entgegengesetzte These, die den Königsbann im allgemeinen Amtsrecht verwurzelt glaubt, als *communis opinio* gelten. So bezeichnet H. Brunner den Bann als „Merkmal der Obrigkeit“ schlechthin¹⁷, und so sagt K. Beyerle, daß „der Gedanke einer allgemeinen Untertanenschaft unter dem König einen staatsrechtlichen Rückhalt“ in der Tatsache fand, daß „Gericht und Bannleihe in der Reichsgewalt grundsätzlich ihre Spitze“ hatten,¹⁸ oder O. von Zallinger,¹⁹ daß „sich in dem ausschließlichen Bannleiherecht des Königs das staatsrechtliche Prinzip offenbarte, daß die hohe Gerichtsgewalt allein und unveräußert beim König ruhe“. Ähnlich erklärt Hans Fehr: „Wir stoßen hier unfehlbar auf das Rudiment eines alten Beamtenverhältnisses . . . die Königsbanntreger nähern sich viel mehr den Beamten . . . ihre Gerichtsgewalt ist unmittelbare königliche Amtsgewalt“²⁰ und Gerhard Seeliger: „Die Übertragung des Königsbannes an die Vögte ist der Abschluß jener Entwicklung, die den Vogt zum Bevollmächtigten des Staates macht“.²¹ Ähnlich äußert sich auch H. Glitsch.²² Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren,²³ vor allem auch aus den Lehrbüchern. Auch die neueste Behandlung der Frage durch Hermann Wießner²⁴ geht im allgemeinen den gleichen Weg. Er sieht im Bann eine stets vom König herzuleitende Gewalt, „die Projektion der *potestas regia* auf einen kleineren Raum und beschränktere Verhältnisse“ (S. 123), und im Königsbann „die weitgespannte

17. H. Brunner, Dt. Rechtsgeschichte II. S. 35.

18. K. Beyerle, Die Pflieghaften = Zs. d. Sav.stiftg. f. R.G. 35 (1914) germ. Abt. S. 294.

19. O. v. Zallinger, Zur Geschichte der Bannleihe. M.I.ö.G. X. 225.

20. Hans Fehr, Die Staatsauffassung Eikes S. 190/1.

21. Gerh. Seeliger, Die Grundherrschaft S. 94.

22. H. Glitsch, Zentenar (1917) S. 150.

23. R. Sohm versucht das Wesen des Königsbannes vom römischen Recht aus zu erfassen. Er sagt: „Das Imperium der deutschen Verfassung ist die Banngewalt“. Dieser Versuch ist schon deshalb verfehlt, weil ein so rein germanischer Begriff wie die Banngewalt nicht mit den Begriffen des römischen Rechts zu erfassen ist. (Sohm: Die altdeutsche Reichs- u. Gerichtsverfassung, Bd. 1.)

24. Herm. Wießner, Twing u. Bann. Wien u. Leipzig 1935.

Befehlsgewalt des Königs nach allen ihren Richtungen... als Heerführer ... Richter ... Schutzherr der Armen und Schwachen ... als Grundherr" (S. 118 ff.). Wießner löst sich also von der Erklärung des Königsbannes nur aus der Gerichtsbarkeit zwar ab, er sieht, daß der Bann und der Königsbann einen weiteren Wirkungskreis haben, aber er sieht auch ebenso wie die genannten Forscher den Königsbann als Ausdruck der allgemeinen volksrechtlichen Königsgewalt speziell staatlicher Art an.

So tritt eine fast geschlossene Front für diese Erklärung des Königsbannes ein. Aber aus dem Gesagten geht doch auch hervor, daß der älteren wohlformulierten Anschauung die Ansätze zu völlig anderen Auffassungen schroff gegenüberstehen, schärfer vielleicht als das manchem, der abweichende Anschauungen vertrat, zum Bewußtsein gekommen sein mag. Eine nochmalige Inangriffnahme der Frage erscheint darum notwendig.

Unsere Untersuchung soll in diesem Einzelfall wie im Ganzen in der Hauptsache dem deutschen Frühmittelalter, also der Zeit der Ottonen und Salier gelten. Wir müssen aber, um die Entwicklung in ihrem Gange verfolgen zu können, auch häufig der Stauferzeit und in stärkerem Maße noch der Karolingerzeit unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Doch soll dabei stets das Schwergewicht bei der genannten frühmittelalterlichen Periode liegen. Die Untersuchung der vorausgehenden und nachfolgenden Zeiten kann und will keineswegs erschöpfend sein. Hier werden weitere Untersuchungen Ergänzungen und Erweiterungen liefern müssen. Mit diesem Vorbehalt fragen wir zunächst nach dem Wesen des Königsbannes in der Karolingerzeit, so wie es uns vor allem die Kapitularien erkennen lassen.

Bannrechte hat — das muß einleitend gesagt werden — nicht nur der König, sondern auch Grafen,²⁵ Bischöfe²⁶ u. a. Das letztere muß auffallen, denn der Bann des Grafen kann zwar eine Delegation königlichen Amtsrechtes sein, für die Bischöfe ist dies aber kaum annehmbar, besonders da der bischöfliche Bann innerhalb der kirchlichen Machtsphäre ver-

25. Cap. I. 35/104 von 802 cap. 57. — Cap. I. 73/165 von 811. — M. G. Leges V. S. 275 cap. XL.

26. Cap. I. 176/359 cap. 1. 2.

wendet wird. Schon an dieser Stelle wird eine Ableitung des Bannes aus dem königlichen Amtsrecht unwahrscheinlich.

Suchen wir zunächst vom sprachlichen Ausdruck her das Wesen des Bannes zu fassen, dort wo das Wort den umfassendsten Sinn hat, so finden wir, daß sich „bannen“ als Ausdruck einer Herrenmacht noch lange im volkstümlichen Sprachgebrauch lebendig erhalten hat, wie die 1821 erschienene Realenzyklopädie von Ersch und Gruber erweist. Bannen hat hier die Bedeutung von „Herr oder Meister von etwas werden“ oder der „Überlegenheit eines Mannes oder Thiers über ein anderes“, „er kann ihn bannen“ steht statt bezwingen, überwältigen.²⁷ Alles das wird ohne speziellen Bezug auf königliche Rechte von jeder Herrenmacht ausgesagt. So lebt das Wort noch im 19. Jahrhundert, und so lebt es heute noch in Ausdrücken wie „jemand mit dem Blick bannen“ u. a. Augenscheinlich stehen wir hier vor der Grundbedeutung des Wortes.

In den mittelalterlichen Quellen bedeutet der Bann²⁸ in einer Weiterentwicklung des obengenannten Grundcharakters

27. Ersch und Gruber, Bd. 7. S. 321.

28. Die Etymologie des Wortes ist nach Kluges Untersuchungen (Etym. Wörterbuch 1921, S. 36), auf denen auch die Ausführungen H. Wießners fußen (S. 25 ff.), als gesichert anzunehmen. Entgegen der Ansicht von Grimm, der es mit „binden“ in Verbindung bringen wollte (Dt. Wörterbuch S. 1114), ist es als mit griech. *φημι*, sanskr. *bhan*, latein. *fari* und *fama* zusammengehörig zu betrachten. Die Grundbedeutung ist danach feierliche Rede, Befehl, Macht, Gewalt, Befugnis. Doch genügt es nicht das zu wissen. Denn von der Etymologie aus kommt man über farblose Allgemeinheiten nicht hinaus. Darum ist eine terminologische Untersuchung der Verwendung von Bann und *bannus* im deutschen Frühmittelalter unerläßlich. Die vielen Darstellungen des Bannes geben keine genügende terminologische Grundlage zur Erörterung der Frage des darunter verstandenen Rechtsbegriffes. Denn das Wort wird in mannigfacher Bedeutung verwendet.

Das Dt. Rechtswörterbuch zeigt diese verwirrende Fülle von Gebrauchsmöglichkeiten des Wortes.

I. Feierlicher Spruch: 1. Zauber durch Bannformeln.
2. Verkündigung. Eheaufgebot.
3. Friedegebot.
4. Schöffenspruch.
5. Urkunde.

den unter Strafe stehenden Befehl,²⁹ ohne daß zunächst zu sagen wäre, auf welches Recht dieser sich stützt; und zwar kann dies der Befehl zu Gericht zu kommen,³⁰ der Befehl zum Königsdienst im Kriege und im Frieden³¹ oder — und das ist wichtig — der Befehl sein, der eine bestimmte Person oder Sache

-
- | | |
|--|---|
| II. Gebot u. Verbot: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemein. 2. Befehl, der einen Wald der allgem. Nutzung entzieht: Forstbann. 3. Rebenbann. 4. Fischbann. 5. Bann über Wiesen und Felder. 6. Heeresaufgebot. |
| III. Zwangsrechte: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Weinbann, Vorrecht des Weinverkaufs. 2. Brotbann. Backofenzwang. 3. Mühlenbann. 4. der ban von den lederen. |
| IV. Brüche. Im Befehl angedrohte Geldstrafe. Buße. | |
| V. Kirchenbann. Exkommunikation. | |
| VI. Verbannung: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Acht. Friedloslegung. 2. Landes- u. Stadtverweisung. 3. Eingrenzung. 4. Verbannungsrecht. |
| VII. Gebiet: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Herrschaftsgebiet. 2. Bestimmte Teile der Markung. 3. Heerbanngebiet. 4. Kirchlicher Bezirk. 5. Deichbezirk. |
| VIII. Gericht: | <ol style="list-style-type: none"> 1. Gerichtsgewalt. Gerichtsbarkeit. 2. ban van schepenen. 3. Kirchliches Sittengericht in Basel. 4. Mittelniederdeutsche Gerichtssitzung. 5. Der freie Bann (Femgericht). 6. ius sinodale, ius patronatus. |

Das sind 28 verschiedene Bedeutungen, die eine einheitliche Erklärung verlangen, aber bisher noch nicht gefunden haben. Über den Sprachgebrauch des Frühmittelalters im besonderen wird später zu sprechen sein.

29. Cap. I. 33/98 von 802 cap. 40. ... nostrum bannum vel decretum ...

30. Dipl. Car. 88/128 v. (774/5) ... ante nos per bannum nostrum venire faciat ... M. G. Leges V. S. 275 XL. Lex Chamavorum.

31. M. G. Leges V. S. 254 LXV, 1. Lex Ribuariorum: si quis legibus in utilitatem regis sive in hoste seu in reliquam utilitatem bannitus fuerit ...

schützt.³² Auf die Nichtbefolgung des Befehls wird eine bestimmte Strafe gesetzt. Geht der Befehl vom Grafen aus, so sind es nach der *Lex Chamavorum* 4 solidi,³³ sonst auch andere Sätze, z. B. 10 solidi;³⁴ geht er vom König aus, so beträgt die Strafe 60 solidi.³⁵ Der Bann des Königs steht also neben anderen Bannbefehlen, aber er ist in dem Nachdruck, der auf ihm liegt, d. h. in der Strafe, die seine Nichtbefolgung bedroht, von allen anderen Bännen geschieden. Hier liegt also zweifellos eine Erhöhung königlichen Bannrechtes über alle anderen vor, womit aber noch nicht gesagt ist, daß diese Scheidung sich mit unserer von öffentlichem und privatem Recht deckt.

Doch wir sind über den Inhalt des fränkischen Königsbannes, genauer gesagt über die Fälle, bei denen der König dies Machtmittel des durch hohe Strafandrohung verschärften Befehls anwendete, aus den Kapitularien gut unterrichtet, und zwar stehen die Bestimmungen, die uns Aufschluß geben, an besonders hervorgehobenen Stellen: so am Abschluß des großen und für den ganzen Staatsaufbau besonders wichtigen Capitulare missorum generale von 802,³⁶ zweitens als besonderer auf königlichen Befehl beigefügter Zusatz zur *Lex Baiuvarorum*³⁷ und drittens in dem berühmten Capitulare Saxonicum,³⁸ dort ausdrücklich als eine allgemein fränkische Einrichtung bezeichnet. Wir dürfen schon daraus schließen, daß die dort formulierten Sätze eine besondere Bedeutung für das staatliche Leben haben sollen, daß sie also geeignet sind, uns Wichtiges vom Wesen des Königsbannes und des Königtums zu sagen. Das findet darin seine Bestätigung, daß diese Bestimmungen, wenn auch in etwas abgewandeltem Wortlaut, an zahlreichen

32. Cap. I. 70/160 von 810 oder 811. Cap. I. 34/99 von 802 und zahlreiche weitere Belege in den Anmerkungen.

33. M. G. Leges V. S. 275. XL.

34. Cap. I. 26/28 von 775—790.

35. M. G. Leges V. S. 254 LXV, 1.: ...60 solidos multetur... Cap. I. 70/160 von 810, 811. cap. 4. ...bannum dominicum componere cogatur... Cap. I. 68/157 v. 801—813 cap. 1. 2. ...60 solidis componatur...60 solidos in bannum nostrum componat. Cap. I. 27/71 von 797: Franci, si regis bannum transgressi sunt, solidos 60 componunt. ...

36. Cap. I. 33/98 von 802 cap. 40 mit einer besonders hervorhebenden Einleitung.

anderen Stellen der Kapitularien wiederkehren, mit Nachdruck das hier Gesagte immer von neuem wiederholend.³⁹ Alle diese Kapitularien legen drei Fälle fest, die der Banngewalt des Königs vorbehalten sind,⁴⁰ d. h. stets mit Anwendung des Königsbannes bestraft werden: 1. jeder Angriff auf die stets unter Königsschutz stehenden Kirchen, Witwen und Waisen,⁴¹ 2. Raub, Brandstiftung und Eindringen in ein fremdes Haus mit der Absicht zu töten oder zu rauben, 3. die Nichterfüllung eines königlichen Befehls im Heeresdienst. Und wenn an anderer Stelle der Kapitularien acht solche Bannfälle genannt sind,⁴² so ist dies nur eine andere Einteilung und Zählung derselben Fälle, da dann 1—4 den Schutz der Schutzlosen, 5—7 Raub, Brandstiftung und Heimsuchung und 8 den Ungehorsam im Heer bezeichnet. Eine größere Auseinanderziehung der einzelnen Fälle läßt so aus dreien acht werden, oder wahrscheinlicher umgekehrt eine Zusammenfassung der Zusammengehörigen aus acht drei.

Der erste der drei Bannfälle ist seinem Charakter nach völlig eindeutig; hier liegt Königsschutz vor. Alle, die von anderen nicht geschützt werden, die also macht- und darum schutzlos sind, umfaßt dieser besondere Königsschutz, dessen machtvolle Hand der Königsbann darstellt. Er wird häufig direkt als Munt bezeichnet,⁴³ häufiger wird ausdrücklich gesagt, daß der

37. Cap. I. 68/57 von 801—803. Capitula ad legem Bawariorum addita.

38. Cap. I. 27/71. v. 797. Capitulare Saxonium... ut de illis capitulis, pro quibus Franci, si regis bannum transgressi sunt, solidos sexaginta componunt, similiter Saxones solvent....

39. Cap. I. 34/101 von 802 cap. 18. — Cap. I. 59/146 v. 803—813. — Cap. I. 104/214. cap. 6.

40. quod per semetipsum consuetus est bannire....

41. Meist „minus potentes“ genannt. In Capit. I. 110/244 von 780—790: Kirchen, Witwen, Waisen und pauperinus, qui se ipsus defendere non possunt, qui dicuntur unvermagon....

42. Cap. I. 110/224 (von 780—790) Summula de bannis. Ebenso zählt acht Fälle Cap. I. 68/157 von 801—803 (oben genannt).

43. Cap. I. 33/98 von 802. cap. 40. — Cap. I. 34/101 von 802 cap. 18. ...de banno domini imperatoris et regis, quod per semetipsum consuetus est bannire, id est de mundeburde ecclesiarum, viduarum, orfanorum... — Cap. I. 104/214 cap. 6. — Cap. I. 59/146 von 803—813.

Königsbann einen besonders gesicherten Frieden Schutzbefohlenen gewähren soll⁴⁴ z. B. mit den Worten: *per bannum regis pacem habeant*⁴⁵ oder es tritt der Bann in enge Verbindung mit dem Treueid⁴⁶ oder dem *verbum regis*,⁴⁷ einem terminus, den wir in der Rechtssprache der Zeit als Ausdruck des Muntverhältnisses wohl kennen.⁴⁸ In allen diesen Fällen ist „Munt“ völlig wörtlich zu nehmen. Wir haben kein Recht, dies Wort nur bildlich zu deuten, etwa als Bezeichnung eines allgemeinen Untertanenschutzes, der diese Schutzlosen umfassen soll, sondern es handelt sich, wie deutlich gesagt wird, um Munt- und Schutzherrschaft im eigentlichsten Sinne, die den König zum Muntherrn (ja wir könnten sagen zum Vormund, wenn dies nicht zu modern klänge) der genannten Schutzbedürftigen macht, so wie alle im Lande, die einer Familie, Sippe oder einer besonderen Schutzherrschaft angehören, in solche Muntverhältnisse eingegliedert sind. Augenscheinlich tritt dort, wo kein anderer Schutz eines Muntherrn da ist, und wo eigene Macht nicht schützen kann, dieser Königsschutz an die Stelle. Diese sonst Schutzlosen stehen in einem besonderen über den allgemeinen Untertanenverband weit hinaus gehenden, engen Schutzverhältnis zum König. Der königliche Bannbefehl schützt sie anders als andere Volksgenossen. Das bedeutet aber, daß für den Aufbau des öffentlichen Lebens die bestehenden Muntverhältnisse als notwendig anerkannt werden, ja daß sie geradezu als das Normale angesehen werden. Fehlen sie, so tritt in diesen Ausnahmefällen der Schutz des Königs ergänzend an die Stelle, um das fehlende Muntverhältnis zu schaffen. Dieser Königs-

44. Cap. I. 68/157 von 801—813. — Cap. I. 69/158 von 810. — Cap. I. 77/171 von 801—813.

45. Cap. I. 77/171 von 803—813.

46. Cap. I. 33/98 von 802 cap. 39.

47. Cap. II. 242/157 ff. von 860... *de dei banno et de nostro verbo bannimus... bannimus ex dei et nostro verbo...* M. G. Leges V. S. 228. *Lex Ribuarum... si quis puellam... qui in verbo regis... est... de munde-burde abstulerit, bis 30 solidos culpabilis iudicetur...*

48. Vgl. dazu Waitz, Abhandlungen 372 ff. Heusler, Institutionen I. 108 ff. Fustel de Coulanges, Les Origines... S. 299 ff. Brunner, Rechtsgeschichte I. S. 93 Anm. 6. Th. Sickel, Beiträge z. Diplomatik III. 255.

schutz ist aber keineswegs einer andern beliebigen Schutzherrschaft gleichzusetzen. Denn er ist hervorgehoben durch den höheren Bußensatz. Der König erscheint damit als der erste aller Muntherren, als Muntherr besonderer Qualität, nicht nur besonderer Quantität, das hieße besonderer Macht; aber er bleibt dabei Muntherr, wie es andere auch sind. Aus dem allen gewinnen wir ein Bild, das römischen Denken in keiner Weise entspricht, das aber auch von allen modernen staatsrechtlichen Gedanken und von allen Darstellungen des fränkischen Staates, die auf solchen beruhen, weit abliegt.

Eine Einzelheit noch beleuchtet ergänzend und bestätigend das gewonnene Bild der königlichen Schutzherrschaft über die Schutzlosen. Wir lesen wiederholt: *Ut iumenta pacem habeant similiter per bannum regis.*⁴⁹ Dieser Schutz der hilflosen Tiere, der natürlich nicht wörtlich als eine Schutzherrschaft wie andere zu fassen ist, aber doch in ihrem Bilde verdeutlicht werden soll, fügt sich leicht dem oben gezeichneten Bilde des Königsbannes als Werkzeug des Königsschutzes über Schutzlose ein, ist aber von jeder anderen Auffassung des Königsbannes aus ganz unverständlich.

Auch der zweite der genannten Bannfälle hat einen ähnlichen Charakter. Denn aus der Reihe der Vergehen werden hier einige herausgegriffen, und mit dem Bann des Königs belegt, es sind diejenigen, bei denen die Munt- und Schutzgewalt anderer mißachtet oder durchbrochen worden ist. Die ausführlichste Spezifikation enthält die *Summula de bannis* von 780—790:⁵⁰ *Qui raptum facit, hoc est qui feminam ingenuam trahit contra voluntatem parentum suorum. Qui incendium facit infra patriam, hoc est qui incendit alterius casam aut securiam. Qui harizhut facit, hoc est qui frangit alterius sepem aut casam cum virtute . . .* Hier wird in allen drei Einzelpunkten nicht das Leben und nicht das Eigentum, sondern das Muntrecht von Untertanen geschützt, im ersten Fall die Munt über Familienangehörige, im zweiten Fall die über Haus und Hof. Denn Munt umfaßt, wie noch darzutun sein wird, Rechte über Personen

49. Cap. I. 77/171 von 801—813 cap. 3.

50. Cap. I. 110/224 von ca. 780—790.

oder auch über ein bestimmtes Gebiet. Beide Bestimmungen ergänzen sich. Wurden zunächst die außerhalb der Munt stehenden Schutzlosen mit dem Königsbann beschirmt, so jetzt die Munt- und Schutzrechte der anderen großen und kleinen Muntherren selbst bis hin zu dem Familienoberhaupt. Auch sie schützt der königliche Bann. Dieser Charakter der Bestimmungen ergibt sich auch aus einem Vergleich der Kapitularienstellen untereinander. Denn stets wird das feindliche Eindringen in ein fremdes Haus, d. h. das Brechen des Muntrechtes des Hausherrn oder Sippenführers am stärksten herausgehoben und betont, so daß man spürt, daß hier der entscheidende Tatbestand vorlag.⁵¹

Es läßt sich also aus dem Nebeneinander des ersten und zweiten Bannfalles erschließen, daß über den voll anerkannten Muntrechten einzelner sich ein weiter Bogen königlichen Rechtes ausspannt, dazu berufen und bereit, mit königlichem Munt- und Bannrecht einzugreifen, wo andere Munt fehlt oder versagt. Wo kein anderer Muntherr da ist, wird es der König; wo die Munt eines anderen nicht geachtet wird, hilft königliche Munt; und wo die Munt eines anderen versagt, tritt königliche Munt an die Stelle. Der König ist Muntherr neben anderen und über anderen Muntherren. Seine Muntgewalt reicht über den ganzen Kreis des Volkes hin, tritt aber nur da in Kraft, wo sie notwendig erscheint. Es geht keineswegs alle Schutzgewalt vom Könige aus. Andererseits ist aber auch das Königtum nicht nur Muntgewalt, und darum nicht jeder Befehl des Königs Bannbefehl. Es gibt bestimmte Bannfälle, d. h. Anlässe zum Einsatz der königlichen Munt- und Banngewalt. Bei ihnen kann der König jederzeit seine Munt- und Banngewalt einsetzen, und muß es, so wie er stets Muntgewalt dort hat, wo er selbst Muntherr ist, also in den seiner eigenen Munt unterstehenden Herrschaftsbezirken und Kirchen.

In diesen engen Umkreis eigenster Munt führt es, wenn wir die Androhung des Königsbannes bei der Verletzung des Haus-

51. Cap. I. 70/160 von 810/811. ...si quis domum alienam cuiuslibet infregerit. ...bannum domnicum solvat. Cap. I. 104/214 cap. 6. ...et nullus presumat hostiliter alium in propria domo querere... bannum domnicum componat... u. a. Stellen.

rechtes der mit Immunität und Königsschutz ausgestatteten Kirchen immer wieder finden,⁵² also Bestimmungen, die zu der sogenannten „engeren Immunität“ der Ottonenzeit hinführen. Hier wahrt der König mit dem Königsbann seine eigenen Rechte als Muntherr der geschützten Kirche, hier steht das Muntrecht des Königs nicht mehr über, sondern neben dem Muntrecht anderer Herren. Es füllt nicht wie bei dem Königsschutz der Schutzlosen die Lücken anderer Rechte aus, sondern es steht jetzt selbst mit ihnen konkurrierend, dabei aber in der Macht des Bannes allen anderen durch das größere Gewicht des königlichen Bannes überlegen, mitten unter denen anderer Herren. Ebenso liegt es, wenn königlicher Bann einen dem König vorbehaltenen Forst schützt,⁵³ oder wenn ein Stück königlichen Domaniallandes als bannus bezeichnet wird.⁵⁴ Doch tritt diese Verwendung des Bannes im engsten Kreis, d. h. in der Herrschaft über Königsgut und Königskirchen, noch nicht überragend vor anderen Verwendungen des Bannes hervor.⁵⁵

Der letzte der drei Bannfälle scheint der einfachste und ist doch vieldeutig im Gegensatz zu den beiden ersten. Die Verweigerung der Heeresfolge wird mit der Strafe des Königsbannes belegt,⁵⁶ und darüber hinaus die Nichterfüllung militärischer Befehle vor dem Feind,⁵⁷ was im Grunde ja mit der Verweigerung der Heeresfolge identisch ist. Ein klarer Tatbestand liegt also vor. Der Königsbann erfaßt hier alle ohne Unterschied.

52. Cap. I. 136/281 von 818/19 cap. 1. de honore ecclesiarum.

53. Cap. I. 33/98 von 802 cap. 39... ut in forestes nostras feramina nostra nemine furare audeat ... banniamus firmiter... Wießner a. a. O. S. 97 macht einen Fall des Wildbanns bei Gregor v. Tours namhaft, doch ist die Bezeichnung Bann dort nicht gebraucht.

54. Schöpflin, *Alsatia diplomatica* 82/67 v. 817 ... *curtis dominica... bannus totaliter cum omni mundeburde et libera utilitate...*

55. Ob wir diese Rechte am Königsgut heute als öffentlich oder privat bezeichnen würden, ist dabei zunächst belanglos. Die Frage wird später zu erörtern sein.

56. Siehe oben die Anmerkung 36—42 angeführten drei oder acht Bannfälle. Die ältesten Belegstellen für den fränkischen Heeresbann sind wohl: Gregor v. Tours V. (M. G. Scr. rer. Merow. I, 1. S. 221, 21) u. Fredegar (M. G. S. S. II. IV. S. 157 cap. 73). Vgl. dazu H. Wießner a. a. O. S. 92/93.

57. Cap. I. 70/160 v. 810/11 cap. 4.

Aber es ist wahrscheinlich, daß auch hier dem Königsbannbefehl zur Heeresfolge ein mit dem Muntrecht eng zusammenhängender Gedanke zugrunde liegt, nämlich die im germanischen Denken allenthalben beheimatete Auffassung, daß der König im Kriege gewissermaßen Gefolgsherr aller seiner Mannen ist, daß ihn hier ein Führer- und Gefolgschaftsverhältnis an die Spitze aller stellt, unbeschadet der engsten Bindung der eigentlichen königlichen Gefolgschaft. Ein solcher Gedanke ist römischen Denken und ebenso dem des 19. Jahrhunderts vollkommen fremd, entspricht aber dem, was wir von dem germanischen Heer wissen. Denn aus Tacitus erfahren wir deutlich, daß das Heer nach Muntgruppen aufgebaut ist, und auch so kämpft. Die Gefolgschafts- und Familienbindung ist für die leidenschaftliche Hingabe des einzelnen im Kampf entscheidend.⁵⁸ Gefolgschaftstreue baut und hält das Heer. Eine Konsequenz daraus bedeutet es nur, wenn die Befehlsform des Gefolgsherrn im Kriege für das ganze Heer maßgebend ist, also der Königsbann. Auch die damit gegebene Ausnahmestellung des Krieges entspricht germanischer Denkweise, denn wir wissen beispielsweise, daß man Herzöge oft nur für Kriege zu wählen pflegte. Augenscheinlich besteht also im Kriege ein Ausnahmezustand, der alle Heeresangehörigen in das enge Treuverhältnis zum königlichen Herren einbezieht, und sie alle der Banngewalt des Königs unterstellt. Es umfaßt also der Königsbann, der im Frieden ein Sonderverhältnis zum Könige ausdrückt und nur bei Sonderfällen wirksam wird, im Krieg alle unmittelbar und zu jeder Stunde, so daß dort der durch Sonderbuße verstärkte Herrenbefehl, der Königsbann, an alle Kämpfer ohne Unterschied ergeht.

Hervorzuheben ist noch, daß der königliche Bannbefehl, wie ausdrücklich betont wird, sich nur an Freie wendet, was auch aus dem Muntrecht leicht zu verstehen ist, da ein Munt- und Treuverhältnis nur Freie mit dem König verbinden kann. Für Unfreie zahlt ihr Herr den Bann, oder es wird eine körperliche Bestrafung durch den Herrn verlangt.⁵⁹

58. Tacitus, *Germania*. cap. 14.

59. Cap. II. 271/301 v. 861. Cap. I. 70/160 v. 811. cap. 4. ...servus vero...pro banno disciplina corporali subiaceat.... Cap. I. 136/281 v.

Die 3 (oder 8) hervorgehobenen Bannfälle und der Bann der Immunitäten sind also einheitlich zu fassen und einheitlich zu erklären, wenn der Königsbann Ausdruck der dem König in Krieg und Frieden zustehenden Muntgewalt ist. Der Bann wird aber über diese Fälle hinaus angewendet.

Ein Sonderfall liegt vor, wenn der Königsbann verwendet wird, um königlichen Münzen die Gültigkeit im Verkehr zu garantieren,⁶⁰ wie wir dies in einem Capitulare von 861 kennen lernen. Auch hier handelt es sich um die Sicherheit der Durchführung eines königlichen Willensaktes, wie er in der Schaffung der Münze vorliegt, durch den königlichen Bannbefehl. Doch scheint er hier für ein Recht des Königs als König, für ein Kronrecht im eigentlichen Sinne, eingesetzt zu werden. Es wird das aber nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, wie sehr das Münzrecht mit dem Königsgut zusammengebracht und als königliches Herrenrecht betrachtet wird.

Noch eine Verwendung des Bannes ist zu besprechen: die *missio in bannum*, d. h. die Konfiskation, die gerichtliche Einziehung von Eigentum. Von ihr reden die Kapitularien recht oft.⁶¹ Aber da in diesem Falle nicht von der hohen 60-Schillingbuße, sondern nur von einer Zahlung von 10 *solidi* die Rede ist,⁶² kommt hier augenscheinlich nicht der Königsbann, sondern der Bann des Grafen in Anwendung. Also gerade hier, wo man, wenn der Königsbann Ausdruck der königlichen allgemeinen Gerichtshoheit wäre, den Königsbann erwarten müßte, findet er sich in den Quellen nicht, sondern nur der Bann des Grafen. Das ist aber wohl verständlich, wenn der Königsbann Ausdruck einer besonders gesteigerten königlichen Schutz- und

818/19. Cap. I. S. 435 ff. cap. 30. Auch *coloni*, *fiscalini* und *beneficiarii servi* zahlen als unter Munt stehende Leute die Strafe nicht selbst.

60. Cap. II. 271/301 von 861 ... *quia bonum denarium et bene pensentem post hunc bannum nostrum eiecerit, medietatem Francilis banni componat...*

61. Cap. I. 26/28 v. 775—790. Cap. I. 134/268 v. 816. Cap. I. 136/283 v. 818/819 cap. 11. 12.

62. ... *res illius in forbanno mittantur ... si vero super bannum in domum suam intrare praesumpserit, aut solidos decem aut unum bovem pro emendatione ipsius banni componat...* Cap. I. 26/28 von 775/790.

Muntherrschaft ist, die die entsprechenden Rechte anderer, also auch die Bannrechte der Grafen in ihrem Wirkungsbereiche voll anerkennt.

Nun zeigen aber die Kapitularien deutlich die Tendenz, dem Worte Bann einen begrenzteren Sinn beizulegen, und zwar in zweifacher verschiedener Weise. Einmal bedeutet Bann oft an Stelle des Befehls und der sie tragenden Gewalt die auf Übertretung des Befehls gesetzte Strafe; *bannum dominicum componere* ist häufig in den Kapitularien zu lesen.⁶³ Außerdem aber finden sich auch Anfänge zur Entwicklung einer engeren Bedeutung des Bannes als Gerichtsban. Da die unter den Königsban gestellten Verbrechen (Heimsuchung, Brandstiftung, räuberischer Einbruch) in Befolgung des Bannbefehls gerichtlich verfolgt werden müssen, bedeutet der Bann hier den Befehl zur strikten und unverzüglichen Ausübung der Gerichtsbarkeit, und zwar zur Verfolgung der unter Königsban stehenden Verbrechen. Wenn jedoch Ausführungsbestimmungen für diese geforderte Gerichtsbarkeit gegeben⁶⁴ und im Anschluß an Bestimmungen über den Königsban Betrachtungen darüber angestellt werden, daß es Pflicht des Königs sei, für die Sühnung aller Verbrechen zu sorgen,⁶⁵ so ist der Keim schon gegeben, aus dem sich die Auffassung des Bannes als Gerichtsban, d. h. als rechtliche Grundlage aller hohen Gerichtsbarkeit später entwickeln konnte, da man hier Königsban und Gericht in kausalem Zusammenhang stehend vor Augen sah.

Über die ausführenden Organe dieser Königsbannbefehle wissen wir wenig. In erster Linie werden die Königsboten genannt, aber auch Grafen finden wir mit der Ausübung speziell des Heerbannes beauftragt, doch kann es sich hier zum mindesten in Friedenszeiten nicht um die Regel, oder um altes stets

63. Cap. I. 34/101 von 802. Cap. I. 59/146 von 803—813 und zahlreiche andere Stellen.

64. Cap. I. 7/17 von 596 cap. 8. Childeberti II. decretio.

65. Cap. I. 33/98 von 802 cap. 40. Die oben genannten hier besonders betonten Bestimmungen über den Königsban gehen voraus. Dann folgt: ...ubi autem aliquid inultum esse credimus, sic ad emendandum omne studio et voluntate certamen habeamus, ut cum Dei adiutorio hoc ad emendationem perducamus....

gültiges Herkommen handeln,⁶⁶ da wir im Jahr 811 hören, daß freie Gaugenossen dem Grafen erklären, sie seien zwar auf den Befehl des Königsboten zur Ausführung der Königsbanngebote verpflichtet, nicht jedoch, wenn sie den Befehl durch den Grafen erhalten.⁶⁷ Nun setzt zwar dieses Capitulare ausdrücklich fest, daß auch durch den Grafen der königliche Bannbefehl erfolgen kann, und dann Gehorsam beanspruchen muß, aber man sieht doch deutlich, daß dies eine nicht volksgewohnte Form des Banngebotes war. Königliche Autorität mußte sie neu bestätigend durchsetzen. Ein ähnlicher Schluß läßt sich aus dem Gebot Karls des Großen ziehen, das den Grafen die Erhebung einer Heerbannsteuer verbietet, wenn nicht ein eigens von der Königspfalz entsandter Königsbote diese Steuer fordert.⁶⁸ Wenn dies Gebot auch zunächst nur für Italien Gültigkeit hat, so können wir doch besonders in den Zeiten Karls des Großen daraus auf ähnliche Verhältnisse auch in Deutschland und Frankreich schließen. Die Übertragung des Bannes an die Grafen bedeutet also entweder eine Ausnahme oder eine den Franken zunächst fremde Neumaßnahme.

Sieht man sich in den Quellen nach Fällen des Königsbannes in Grafenhand um, so findet man im gerichtlichen Leben den Grafen zwar oft einen Bann handhaben, aber bei näherem Zusehen stellt er sich in den meisten Fällen eindeutig als Grafenbann und nicht als Königsbann heraus, wie dies oben gelegentlich der Vermögenseinziehungsbestimmungen gezeigt wurde. In einem Falle nur hören wir von einer Handhabung des Königsbannes neben dem Königsboten auch durch den Boten

66. Vgl. dazu H. Brunner, Dt. Rechtsgesch. II § 81, der nachweist, daß der Graf nur kraft eines Spezialmandats über den Königsbann verfügen kann.

67. Cap. I. 73/165 von 811. cap. 6. ...dicunt ipsi comites, quod alii eorum pagenses non illis obediant nec bannum domini imperatoris adimplere volunt, dicentes quod contra missos domini imperatoris pro heribanno debeant rationem reddere nam non contra comitem...

68. Cap. I. 99/207 von 781—810 ...ut haribannum aut aliquod coniectum pro exercitali causa comites de liberis hominibus recipere aut requirere non praesumant, excepto si de palacio nostro aut filii nostri missus veniat, qui illum haribannum requirat...

des Grafen. In einer Urkunde Karls des Großen für Saint Denis heißt es: *tunc missus noster vel comitis super noctes XXI ante nos per bannum nostrum venire faciat.*⁶⁹ Auch hier steht der Königsbote an erster Stelle, seine Sache ist das Gebot mit dem Königsbann, die Stellvertretung darin durch den Grafen ist möglich, aber augenscheinlich nicht die Regel. Aber auch sachlich bedeutet in diesem Fall die Handhabung des Königsbannes durch den Grafen wenig, da er in diesem Falle nur Überbringer eines ergangenen Königsbefehles ist.⁷⁰

Wenn in Sachsen eine andere Regelung besteht, und der Graf dort immer in seiner Grafschaft den Königsbann handhabt, und für seine Übertretung die erhöhte Buße von 60 Schillingen fordern kann, so ist das, wie ja auch allgemein anerkannt ist, als eine Sonderregelung aufzufassen, die in der *Capitulatio de partibus Saxonie* ausdrücklich als Ausnahme bekannt gemacht wird.⁷¹ Diese Tatsache ist wichtig. Denn darum sind von hier aus keinerlei Rückschlüsse auf den Charakter der fränkischen Grafschaften im allgemeinen möglich. Diese zeigen ein anderes Bild, das durch das abweichende der sächsischen nicht bestimmt werden kann. Denn so vieles an der Geschichte des fränkischen Grafenamtes noch unklar sein mag, das steht jedenfalls fest, daß das von den Römern übernommene Amt des *comes* mit dem *grafio* der Franken zu einer Einheit verschmolzen ist, und daß der aus dieser Verschmelzung hervorgegangene fränkische Graf ebenso wie der spätrömische *comes* als Vertreter der allgemeinen, alle Untertanen umfassenden Staatsgewalt in seinem Bezirk zu gelten hat, Militär- und Zivilgewalt dabei mit einander vereinigend. Im Frieden ist er vor allem charakterisiert durch die ihm zustehende hochrichterliche Gewalt und Polizeimacht in seinem Gebiet, im Krieg durch die

69. Dipl. Car. 88/128 von (774/775).

70. Es wäre auch möglich, daß sich das *per bannum nostrum* des Nebensatzes nur auf den Hauptfall des Hauptsatzes, die Vorladung durch den Königsboten bezieht und nicht auf den anderen zugefügten Fall der Ladung durch einen Grafen.

71. Cap. I. 26/28 v. 775—790. cap. 31. ...*dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel maioribus causis in solidos LX...*

Führung des Grafschaftskontingents. Das Grafenamt behält diesen amts- und volksrechtlichen Charakter auch, als man nur noch in den Grafschaftsbezirken ansässige Grundherren zu Grafen machte. Die Macht, obrigkeitliche Befehle durchzuführen, erwuchs dann allerdings größtenteils aus der eigenen Herrenstellung, aber der Charakter des Grafenamtes blieb doch gewahrt; es ist Ausdruck der das ganze Volk ohne Sonderung umfassenden Königsgewalt, in verstärktem Maße dort, wo auf ehemals römischem Boden die Erinnerung an den römischen comes an der Spitze der römischen civitas und an römische staatliche Begriffe noch in Resten lebendig ist. Daß dieser Graf in der Regel nur den Grafenbann, und nur bei königlichem Sonderauftrag den Königsbann handhabt, beweist deutlicher als alles andere, daß der Königsbann nicht etwa Auswirkung der allgemeinen, allumfassenden volksrechtlichen Königsgewalt sein kann, sondern einem Spezialrecht des Königs Ausdruck verleiht, so wie es die königliche Schutzherrschaft darstellt. Königsbann und Grafschaft gehören im fränkischen Reich im allgemeinen verschiedenen Rechtskreisen an.

Bedarf also der Graf eines Sonderauftrags, um den Königsbann zu handhaben, so scheint der Königsbote regelmäßig ohne besonderen Auftrag mit seiner Vollmacht zu gebieten. Da nun aber Königsboten anscheinend königliche Aufträge und Aufsichtsrechte aller Art auszuführen hatten, so scheint der Schluß nahe zu liegen, daß auch der Königsbann jedem königlichen Recht seinen Ursprung verdanken kann ohne auf eine besondere Art königlicher Rechte beschränkt zu sein. Doch ist dem gegenüber zweierlei zu sagen: Einmal wissen wir gar nicht, ob der Königsbann bei allen Handlungen der Königsboten zur Anwendung kommt. Wir wissen nur, daß sie über ihn verfügen können, aber nicht ob dies für alle Fälle gilt. Aber auch wenn dies der Fall ist, wenn also die Königsboten stets als Königsbannboten anzusehen sind, so wäre es sehr wohl denkbar und in der Gesamtentwicklung verständlich, wenn die Karolinger versuchten, dies Königsbannrecht durch die Königsboten über seinen ursprünglichen Bereich hinaus auszudehnen. Der Gedanke lag nahe, da die Friedensschutzaufgabe des Königs überall Anlaß zum Eingreifen als oberster Schutzherr geben konnte.

Dann wäre der Königsbann in der Hand der Karolinger in Verbindung mit der Einrichtung der Königsboten über seinen engsten ursprünglichen Wirkungskreis im Munt- und Schutzrecht hinaus vorgetrieben worden, und, so lange die Königsboten bestanden, auf dem Wege gewesen, das zu werden, als was man ihn immer betrachtet hat⁷²: zu einem Ausdruck aller königlichen Rechte. Doch würde dieser relativ kurze Ausdehnungsversuch uns auch dann noch nicht berechtigen, das Wesen des Königsbannes von da aus zu bestimmen.

Für welche von beiden Auffassungen des Königsbannes in der Hand der Königsboten wir uns auch entscheiden, das gewonnene Bild des fränkischen Königsbannes wird dadurch jedenfalls nicht abgeändert. Wir haben allerdings nur die Umrisse gewonnen. Diese werden noch mannigfach zu ergänzen sein. Das Gewonnene schließt sich aber bereits zu einem klaren Bilde zusammen:

Der Königsbann kennzeichnet eine Gruppe königlicher Rechte, die schon dadurch, daß sie mit dem Königsschutz und königlichen Herrschaftsrechten im engsten Zusammenhang stehen, sich deutlich von anderen abheben. Es sind keineswegs alle Rechte des fränkischen Königs. Der Kreis seiner Rechte ist viel größer, aber die durch den Königsbann charakterisierten schließen sich unter ihnen zu einer festen Gruppe zusammen. Ihr Grundzug ist — um es zunächst negativ zu sagen — nicht demokratisch, er entspricht nicht einem Beamtenstaat, entstammt nicht einem alle Untertanen in gleicher Weise bindenden Volksrecht und ist für römisches und römisch geschultes Denken sehr befremdlich. Zweierlei charakterisiert diese Rechte: Einmal sind sie rein herrschaftlicher Natur, oder doch herrschaftlich gedacht. Denn bestimmend für sie ist das Muntrecht, und Muntrecht ist Herrschaftsrecht. Zweitens aber umfaßt dies Königsbannrecht nur im Kriege alle Glieder eines Volkes, sie alle im Treuverhältnis zu einem Führer im Sinne des Gefolgschaftsverbandes zusammenschließend, im Frieden greift es aber im allgemeinen nur da ein, wo ein engeres Schutzverhältnis zum König besteht, wo anderer Schutz nicht oder

72. Vgl. dazu die Bemerkung oben S. 34.

nur in ungenügendem Maße besteht, oder wo die Macht des kleinen Muntherren nicht genügt, um sich selbst und seinen Bannkreis zu schützen, und den Frieden des Volkes aufrecht zu erhalten. Aber der Königsbann tritt in der Regel nicht in Kraft, wo das Muntrecht anderer schützt. Diese Munt- und Herrenrechte aristokratischer Herren sind damit voll anerkannt und in den Aufbau des Volkslebens bewußt eingebaut. Der Königsbann umfaßt keineswegs, wie dies bei einem absoluten Herrscher oder in einem demokratisch aufgebauten Staate der Fall sein müßte, alle, sondern er legt sich über die bestehenden Munt Herrschaften, sie ergänzend und auf neuer Ebene zusammenschließend. Das Königtum füllt die Lücken des aristokratisch gestalteten Lebens aus, ihm ist aber auch das zugewiesen, was die Aristokratie von sich aus nicht leisten kann: die Führung im Krieg, der Schutz der Schutzlosen, der Schutz der Schirmherrschaften und des umfassenden Ganzen. Das zweite Charakteristikum der durch den Königsbann in Erscheinung tretenden Rechte ist ihr militärischer Charakter: Im Frieden sind die aristokratischen Herrschaften anerkannt, im Kriege dagegen nicht. Da herrscht das Recht des Königsbannes. Hier tritt die Anerkennung der aristokratischen Rechte zurück, nur im Aufbau des Heeres bleiben sie lebendig, sonst verlieren sie ihre Kraft vor der im Kriege sich zu voller Höhe steigernden Macht des Königsbannes. So gesehen weist der Königsbann auf eine Welt aristokratischen Kriegerkönigtums als sein Ursprungsland hin. Nur dort kann er erwachsen sein, und seine charakteristische Erscheinungsform erhalten haben.

Solches aristokratische kriegerische Führertum ist auch in dem Staat der Merowinger und Karolinger lebendig. Doch ist es nicht die einzige Quelle, aus der das Königtum dieser Zeit seine Kraft zieht. Versuchen wir diese zu scheiden, so treten zunächst germanisches Volkskönigtum und das Erbe der römischen Staatsmacht auseinander. Daneben behauptet aber das Eigentum am Königsgut und das Herrschaftsrecht über Kirchen und andere Bezirke und Gruppen, sowie das königliche Gefolgschafts- und Lehnswesen eine besondere Stellung. Wo liegt nun aber, wenn wir so gliedern, das Bereich des Königsbannes? Sicherlich nicht in den weiterlebenden Resten römischen staat-

lichen Rechtes. Sie bestehen im fränkischen Reich neben den germanischen geschilderten Königsrechten, wenn auch in der Praxis mannigfach verknüpft. Das Netz der Comitatus, das alten Reichsteile auf ehemals römischem Boden, die Civitates am Rhein und in Gallien, die Überreste römischen Steuerwesens, der allgemeine Untertanenverband des Römerreiches, das alles bildet eine Welt römischen Erbes, die dem aufgezeigten Aufbau fränkisch-germanischen Königsherrentums ursprünglich vollkommen fremd ist.

Anders steht es mit dem Lehnswesen. Soweit es germanischen Ursprungs ist, und auf dem Gefolgschaftswesen beruht, oder soweit es von germanischen Herren germanisch gedacht wird, ist es mit der Welt des Königsbannes eng verwandt. Denn Muntrecht bestimmt das Lehnswesen wie den Bann. Aber trotzdem deckt sich der Rechtskreis des Lehns- und Gefolgschaftswesens nicht mit dem Wirkungsbereich des Königsbannes.

Auch der Komplex von Rechten, der dem König in dem Besitz des Reichs- und Königsgutes gegeben ist, ist nicht mit dem Bezirk des Königsbannes identisch. Doch hier ist die Beziehung sehr eng, ja der Kreis des Königsbannes scheint diesen engeren Rechtskreis zu umschließen. Denn hier ist der König selbst Hausherr, selbst Muntherr und hat so wie jeder kleine Herr Eigentumsrechte an Boden und Unfreien und Muntherrenrechte über freie Hintersassen. Königliche Eigenkirchen erweitern diesen Kreis beträchtlich. Da wir aber wissen, daß Immunität und Königsschutz aus verschiedenen Quellen kommend, im Karolingerreich zusammengefloßen sind,⁷³ und daß dieses Sonderrecht der Königsschutzmunität in gleicher Weise Domänen und Eigenkirchen umfaßt, stehen wir hier einem weiten Machtbereich gegenüber, in dem derselbe Königsschutz in intensiver Weise gilt, als dessen Ausdruck wir oben den Königsbann kennen gelernt haben. Wir haben darum auch an einzelnen Stellen die Verwendung des Wortes Königsbann im Bereich der Domänen und Eigenkirchen feststellen können, so bei königlichen Forsten. Aber auch diese Anwendung umgrenzt nicht den Geltungsbereich des Königsbannes.

73. Vgl. Adolf Waas, Vogtei und Bede I. S. 99 ff.

Als bedeutsamster Bezirk des Königsbannes aber bleibt der Rechtsbereich des alten germanischen Königtums. Hier ist Muntherrschaft und der kriegerische Grundcharakter gegeben. Der Königsbann hat also als Ausdruck des germanischen Elementes im karolingischen Reiche zu gelten, und zwar ebenso des im Königsrecht enthaltenen Königsschutzrechtes wie der Herrschaftsrechte im Bereiche des Reichsguts, Eigenkirchenrechtes und Lehnswesens. Dabei muß die Frage zunächst offen bleiben, wie beides sich zueinander verhält. Auch innerhalb des Reichsguts und Lehnrechtes entstammt der Königsbann deutlich dem deutschen Element beider, d. i. der in beidem enthaltenen germanischen Munt, da der ursächliche Zusammenhang von Königs-munt und Königsbann uns immer wieder entgegentritt. So läßt sich der Königsbann genauer noch als Ausdruck des germanischen Muntelementes im karolingischen Staate bestimmen. An diesem Ergebnis ändert sich nichts, auch wenn der Königsbann zeitweise über diese Grenzen hinaus sich Geltungsbereich verschaffte.

§ 2. *Der Königsbann des Frühmittelalters.*

Unsere Aufgabe wird es nun sein müssen, zu untersuchen, ob das Bild, das wir von dem Königsbann⁷⁴ in karolingischer Zeit gewonnen haben, sich auf die Zeit übertragen läßt, die für uns im Mittelpunkt des Interesses stehen soll: auf das deutsche Frühmittelalter. Schon bei flüchtiger Durchsicht der Quellen, vor allem der Urkunden, ergibt sich, daß das Wort hier viel häufiger gebraucht wird als in karolingischer Zeit. Kaum eine Kaiserurkunde, die nicht in irgendeinem Zusammenhange von der Banngewalt und dem Königsbann redete, ein deutliches Zei-

74. Wir reden vom Königsbann, obwohl die Quellen ihn häufig *bannus imperialis* nennen. Denn für die Unterscheidung königlicher und kaiserlicher Bannrechte fehlt jeder Anhaltspunkt. Die Bezeichnung Königsbann ist aber nicht nur in unserer geschichtlichen und rechtsgeschichtlichen Literatur eingeführt, sondern auch die der Spiegler also der wichtigsten Rechtsquellen. Vor allem entspringen die Königsbannrechte so wie in karolingischer Zeit dem Rechtstitel des Königs und haben (in Deutschland wenigstens) mit dem Kaisertum nichts zu tun.

chen, daß der Begriff des Bannes und des Königsbannes im Staatsleben der Ottonen und Salier an Wichtigkeit gewonnen hat. Dieser Reichtum an Belegen ermöglicht es auch zunächst auf breiterer Grundlage die sprachliche Verwendung des Wortes zu untersuchen.

Auch in dieser Zeit wird „Bann“ in den Urkunden häufig in dem allgemeinen Sinn von „Befehl“ und „unter besonderer Strafandrohung stehendem Befehl“⁷⁵ angewendet, so wie wir das bereits in den karolingischen Quellen kennen gelernt haben.⁷⁶ Doch ist diese Verwendung wenig markant, sie gibt wenig Aufschluß über den Charakter dieses Bannbefehls. Aber schon die meistgebrauchte Gleichsetzung mit dem entsprechenden lateinischen Wort führt uns weiter. Denn meist wird *bannus* als gleichbedeutend mit *districtio*, *distringere* und *constringere* angewendet, also zur Kennzeichnung einer Zwangsgewalt, die sich keineswegs auf die staatlichen Obrigkeitsrechte im öffentlich-rechtlichen Sinne, keineswegs auch auf die Gerichtsbarkeit beschränkt, sondern zwingende Herrengewalt schlechthin darstellt. „*Banno constringere*“, „*districtio bannus*“ und ähnliche Verbindungen sind sehr häufig.⁷⁷ Schärfer noch ist diese Gleichsetzung zum Ausdruck gebracht, wenn es heißt, „*bannum mittere seu distringere*“⁷⁸ oder „*distringere vel inbannire*“;⁷⁹ und noch klarer ist der Charakter dieser Bann- und Zwangsrechte angegeben in der ausführlichen Untersuchung der Urkunde Ottos I. für Magdeburg. Denn dort entspricht einem vorausgegangenen

75. Dipl. I. Otto I. 203/282 v. 959. Dipl. I. Otto I. 430/583 v. 973. Dipl. II. Otto II. 94/108 v. ca. 975. Const. I. 425/608 v. 1085. Dipl. III. Heinr. II. 479/610 v. 1022. Dipl. III. Heinr. II. 503/644 v. 1023. Dipl. IV. Konr. II. 107/150 v. 1027.

76. Siehe oben S. 37.

77. Const. I. 2/3 v. 932. Cap. 3. Dipl. I. Otto I. 11/98 v. 937. Dipl. II. Otto II. 16/24 v. 967. Dipl. II. Otto III. 48/450 v. 988 ... *a bannita districtione* ... Dipl. II. Otto III. 175/585 v. 995. Dipl. II. Otto III. 208/619 v. 996. Dipl. II. Otto III. 197/605 v. 996. Dipl. IV. Konr. II. 278/384 v. 1038. Dipl. IV. Konr. II. 137/185 v. 1029. Dipl. IV. Konr. II. 234/319 v. 1036. Dipl. IV. Konr. II. 156/209 v. 1030. Dipl. IV. Konr. II. 278/385 v. 1038. Dipl. IV. Konr. II. 173/231 v. 1031.

78. Const. I. Otto III. 20/46 v. 992.

79. Dipl. II. Otto III. 192/600 v. 996.

„bannum“ später „districcionis aut discipline sententiam vel regulam“ und „legem aut disciplinam exercendi potestatem“.⁸⁰

Und noch im zwölften Jahrhundert lesen wir im ersten Straßburger Stadtrecht (neben einer später zu betrachtenden jüngeren Auffassung des Bannes): *Imperator ei bannum . . . et omnem potestatem stringendi tribuit*.⁸¹ Hier liegt also eine ausdrückliche Definition des Königsbannes als *potestas distringendi* vor. Eine zweite Stelle desselben Stadtrechtes ergänzt das auf das beste, dort heißt es: *habeat . . . potestatem cogendi et constringendi iudicatos, quem vocant bannum*. Und wenn wir später im Habsburger Urbar auf jeder Seite stets wiederkehrend die Formel „twing und ban“ finden, so zeigt das, daß man das ganze deutsche Mittelalter hindurch in gleicher Weise Bann und obrigkeitliche Zwangsgewalt als gleichbedeutend miteinander ansah.⁸² Hier liegt zweifellos die Grundbedeutung des Wortes Bann vor, wie wir das in ähnlicher Weise, doch weniger präzise, in karolingischer Zeit feststellen konnten. Einige weitere Gleichsetzungen bestätigen diesen Herren-Charakter der Bann- und Zwangs- d. h. Befehlsgewalt, denn *potestas*,⁸³ *regimen*⁸⁴ und *disciplina*,⁸⁵ die mit der Banngewalt gleichgesetzt werden, weisen nach dieser Richtung hin.⁸⁶ Es muß dabei offenbleiben, ob diese Befehlsgewalt privaten oder öffentlichen Charakter hat.

80. Dipl. I. Otto I. 300/415 v. 965.

81. Altmann-Bernheim, *Ausgew. Urkk.* 159/356 v. ca. 1150.

82. Vgl. dazu H. Wießner a. a. O. S. 25 ff. Daß „twing und ban“ im Habsburger Urbar sich nicht auf den Königsbann sondern auf die Bannrechte von Herrschaften des Landes bezieht, ist hier bedeutungslos, da es uns hier nur auf den Sinn des Wortes ankommt.

83. Dipl. II. Otto II. 29/38 v. 973 . . . *potestatem aut bannum* . . . Dipl. III. Heinr. II. 107/132 v. 1006 . . . *bannum aut aliquam potestatem* . . .

Vgl. auch oben Anm. 80 und 81. Vgl. auch H. Wießner S. 17/18, der glossenartige Einschübe in Urkunden zitiert.

84. Dipl. II. Otto III. 175/585 v. 995 . . . *regimen et districcionem placiti ac banni nostri* (wiederholt in der Urk.). Ähnlichen Sinn hat es, wenn häufig in den Urkunden bestimmt wird (z. B. Dipl. IV. Konr. II. 278/385 v. 1038) . . . *homines . . . sub banno et constrictione . . . manere decernimus* . . .

85. Dipl. I. Otto I. 294/411 v. 965. Dipl. II. Otto III. 41/441 v. 988. Vgl. auch oben Anm. 80.

86. Vgl. zu diesen Gleichsetzungen G. Seeliger, *Grundherrschaft* S. 117: „Ob dieser Prozeß als Übertragung des „bannus“ . . . charakterisiert wird

Jedenfalls aber zeigen diese Parallelen, daß „Bann“ mehr umfaßt als Gerichtsgewalt. Da diese aber die wesentlichste Erscheinungsform dieses Herrenrechtes ist, weist auch die Banngewalt immer häufiger eine enge Verbindung mit der richterlichen Tätigkeit auf,⁸⁷ so daß sie geradezu mit der gerichtlichen Befehlsgewalt, mit dem Vorladungsbefehl gleichgesetzt erscheint.⁸⁸ Doch bedeutet das nicht mehr, als daß eine einzelne Seite der Banngewalt besonders hervorgehoben wird auf Kosten der anderen, aber es besagt ganz und gar nicht, daß die Banngewalt sich darin erschöpft habe. Eine ähnliche Erscheinung fanden wir schon in der Karolingerzeit, nämlich die Bezeichnung der Bannbuße mit dem Worte Bann, ein Sprachgebrauch, der dem ganzen Mittelalter geläufig war.⁸⁹ Aber so wenig das besagt, daß Bann im ganzen Mittelalter nur eine Geldbuße gewesen sei, und unter Königsbann nur die 60-Schillingsbuße zu verstehen sei, so wenig läßt sich aus der Bezeichnung einer richterlichen Gewalt als Banngewalt erschließen, daß diese den ganzen Umfang von jener darstelle. Da aber an diese Betonung der gerichtlichen Funktion des Bannes eine spätere Entwicklung sich anfügt, werden wir später darauf zurückzukommen haben. Zunächst ist es nicht mehr als eine Akzentuierung, die aber keineswegs die Regel bildet.

oder als Erwerb des *districtus* oder der *functio publica*, der *potestas* u. dergl., ist für die Beurteilung der Vorgänge gleichgültig.“

87. Dipl. II. Otto II. 245/277 v. 981 ... *ut de nullius comitis placito banno aut iussione curam habeant* ... Dipl. II. Otto II. 142/159 v. 976 ... *diudicet sive banno constringat* ... Dipl. II. Otto III. 366/795 v. 1000. Dipl. II. Otto III. 175/585 v. 995 ... *districcionem placiti et banni* ... Vgl. H. Wießner a. a. O. S. 40—42 mit zahlr. Belegen.

88. Const. I. 2/3 v. 932 cap. 2 ... *ad placitum bannire* ... Dipl. II. Otto II. 16/24 v. 967 ... *nostro banno constringant omnes viros* ... *ad omnem iusticiam faciendam* ... Dipl. II. Otto II. 81/97 v. 974, ähnlicher Wortlaut. Dipl. II. Otto III. 48/449 v. 988 ... *cum districcione banni* ... *venire iussit pro indaganda rei veritate* ... Dipl. II. Otto II. 230/258 v. 980 ... *ad mallum eos banniat* ...

89. Dipl. II. Otto II. 42/51 v. 973. — 66/78 v. 973. — 89/103 v. 974. — 189/219 v. 979. — 210/238 v. 980. Dipl. II. Otto III. 12/408 v. 985. — 15/412 v. 985. — 43/443 v. 988. — 62/469 v. 990. — 93/504 v. 992. — 142/552 v. 994. — 176/586 v. 995. — 280/705 v. ca. 998. — 311/737 v. 999. — 318/744 v. 999. Dipl. III. Heinr. II. 115/141 v. 1006. — Dipl. IV. Konr. II. 8/9 v.

Sie tritt an Bedeutung ganz zurück vor der engen Verbindung, die der Begriff Bann in den frühmittelalterlichen Urkunden mit dem des Friedens und Friedensschutzes, und noch präziser oft formuliert, mit dem der Munt, eingeht. Es wäre kaum nötig dafür Belege anzuführen; denn fast jede Immunitätsurkunde redet davon, daß die mit Immunität und Königsschutz ausgestattete Kirche⁹⁰ mit der Kraft des Königsbannes geschützt, Frieden haben, und daß umgekehrt jedes andere Bannrecht als das des Königs in ihrem Gebiet ausgeschlossen sein soll. Das bedarf keiner Deutung mehr. Die Tatsache, daß die Aufnahme in den Königsschutz den Königsbann zusichert und zugleich andere Bannrechte ausschließt, zeigt den ursächlichen Zusammenhang von Munt und Bann deutlich. Und da die Immunitätsurkunden, die solche oder ähnliche Bestimmungen enthalten, eine große Masse unter den Kaiserurkunden des Frühmittelalters ausmachen, ergibt sich die Bedeutung dieses Zeugnisses ohne weiteres. Gerade an dieser Stelle ist die oben schon erwähnte große Ausweitung der Verwendung des Königsbannes eingetreten. Wir werden an anderer Stelle noch darauf zurückzukommen haben. Aber auch schon, ehe wir zu solchen Erwägungen uns wenden, zeigt der Sprachgebrauch die stete enge Verbindung von Bann und Friede.⁹¹ Der Bann des Königs

1024. — 137/185 v. 1029. — Const. I. 23/49 v. 998. — 75/127 v. 1104. — 217/308 v. 1162. — 339/485 v. 1191. — 438/642 v. 1023—1025. Wirtemb. U.B. I. 278 v. 1075. Zur Beurteilung vgl. G. Seeliger, Grundherrschaft S 112: „Wer den „bannus“ im Sinne von Busse besitzt, hat gewöhnlich auch den bannus, der als die zur Bußerhebung berechnete und den entsprechenden Zwang ausübende Gewalt aufzufassen ist.“

90. Über den Zusammenfall von Immunität und Königsschutz im deutschen Mittelalter vgl. Adolf Waas, Vogtei u. Bede I. S. 99 ff.

91. Dipl. I. Otto I. 219/301 v. 961 ... in tali banno ... protecta ac patrocinata ... 307/422 v. 965. Dipl. II. Otto II. 39/49 v. 973. — Otto III. 43/443 v. 988 ... bannum et pacem ... bannus et pax ... — 124/536 v. 993 ... pacem et bannum. — 208/619 v. 996. Dipl. III. Heinr. II. 1/1 v. 1002 ... bannus ac pax ... 326/412 v. 1014. — 327/413 v. 1014. — Dipl. IV. Konr. II. 137/185 v. 1029: Friede als Folge des Bannes. — 173/232 v. 1031: Friede als Folge des Bannes. — 222/303: Es entspricht sich: bannum nostrum und habeant pacem ... — 234/319 v. 1036. — Const. I. 425/608 v. 1085 cap. 18. Cod. dipl. Anhalt. II. 220/167 von 1256 ... sub banno regio ... firmam pacem induximus ... Mühlhäuser Reichsrechtsbuch

erscheint geradezu als die friedewirkende Kraft. Klarer noch führt in die Rechtsgedanken der Zeit die häufige Zusammenfügung von Munt und Bann ein.⁹² Sie geht so weit, daß das Wort Bann bisweilen geradezu mit Munt übersetzt werden muß.⁹³ Das ist für die Frage nach dem eigentlichen Sinn der Banngewalt weit wichtiger als die oben besprochene Verbindung von Gericht und Bann, da der Bann im Sinne des Rechts zur gerichtlichen Ladung eine Folge des Königsschutzes und damit eine

39, 2 S. 154 und 5, 4 S. 104. Dt. Rechtswörterbuch I. 1193 zitiert Friesche Wetten II. 119. Aus späterer Zeit: Grimm, Weistümer II. 40/41, Weistum des „Königsreichs“ bei Horchweiler an der Saar. Bei Beginn des Gerichts: ... der huber anfahet und spricht bann und frieden von wegen und gewalt eines römischen königs Die zahlreichen Stellen, in denen der Friede als Folge des Banns erscheint, beweisen, daß in der formelhaften Wendung „Bann und Friede“ nicht zwei verschiedene Dinge nebeneinandergestellt werden, sondern dieselbe Tatsache der Schutzherrschaft in einer Häufung des Ausdrucks nach Ursache und Wirkung hin gekennzeichnet wird. Bann und Friede siehe Dt. Rechtswörterbuch I. Sp. 1200 ff. Bann des Erzbischofs (früherer Königsbann ihm übertragen): Keutgen Urkunden 141/145 v. 1165. Medebacher Stadtrecht, Beyer. Mittelrhein. U. B. II. 15/319 ff. von ca. 1220 in curia Monasteriensi.... Vgl. dazu v. Volte-
lini a. a. O. 304 ff.

92. Dipl. II. Otto II. 178/203 v. 978 ... res ipsius aecclesiae omnes in nostro mundiburdio et banno ... consistant ... Stengel, Immunität S. 428 ff. stellt die Synonyma für Immunität und Königsschutz zusammen. Dabei ist als einzelnes Substantiv bannus, und als Zusammenfügung zweier Substantiva mundiburdium mit defensio, tuitio, bannus und advocatia ... Belege dafür siehe dort. Die in fränkischer Zeit häufige Verbindung mit sermo oder verbum als Bezeichnung der Munt verschwindet fast ganz. Sie kommt ausnahmsweise noch vor Dipl. III. Heinr. II. 54/65 v. 1003. Die dagegen öfters vorkommende Verbindung von Bann und Treuerverpflichtung wird nur von der Bedeutung des Bannes als Äußerung der Königsmunt aus verständlich, und beweist auch so die Richtigkeit dieser Deutung. Const. I. Heinr. IV. 330/468 v. 1191: sub debito fidelitatis et banni. Ebenso 331/470 und 332/471 v. 1191. Vgl. auch H. Wießner a. a. O. S. 23, 43/4 u. 99 mit zahlreichen Belegen besonders aus Chur (S. 43/4).

93. Dipl. I. Otto I. 302/417 von 965 ... nostro ... banno munitum ... Dipl. III. Heinr. II. 64/79 v. 1004 ... bannum quoque nostrum super res ... concessimus ... ut nullus comes ... folgt die Immunitätsformel. Schöpf-
lin 76/70 Fälschung ... bannum super abbaciam eandem dabimus ... Dipl. II. Otto III. 252/668 v. 997 quicquid nos ... sub banno nostro tenuimus ... ipse archiepiscopus ... habeant ... Dipl. IV. Konr. II. 173/231 v. 1031. Gudenus II. 9/939 v. 1232.

Teilerscheinung eines umfassenden Bannrechtes sein kann, nicht aber umgekehrt der Königsschutz eine Folge von Gerichtsrechten, denn Munt und Königsschutz sind viel zu prägnante Rechtsbegriffe allgemein bekannten Inhaltes, um etwa nur den Rechtsschutz zu bezeichnen, den jede Gerichtsbarkeit in sich enthält.

Übersehen wir nochmals diese terminologischen Untersuchungen des Wortes „Bann“ im frühen Mittelalter, so ergibt sich deutlich, daß das Wort in engster Verbindung mit Bezeichnungen des Herrenrechtes und der Schutz- und Muntgewalt steht, beides auf das Engste oft miteinander verbindend. Die nachbarlichen Beziehungen zu Bezeichnungen von Gerichtsrechten erscheinen daneben sekundär, da sie als Folgeerscheinungen von Herrschaftsrechten gefaßt werden können. Es bestätigt sich also das oben für die Karolingerzeit gewonnene Ergebnis, nur daß das Gewicht der Zeugnisse für einen schutzherrschaftlichen Charakter des Begriffes durch die Fülle der ihn bezeugenden Urkunden noch weit verstärkt erscheint. Im Gegensatz zu dem Bann der Karolingerzeit steht aber die Tatsache, daß wir im Frühmittelalter fast ausschließlich von dem Schutz von königlichen Kirchen und königlichem Gut durch den Königsbann, fast gar nicht aber von dem allgemeineren Schutz der Schutzlosen oder der sich über den anderen Herrschaften ausbreitenden Schutzherrschaft des Königs, oder auch von dem Heerbann hören, wie dies in der Karolingerzeit so oft der Fall war. Augenscheinlich ist der oben gekennzeichnete dichtere Kreis der Königsmunt, der Kreis eigener Schutzherrschaft oder das Eigentum des Königs, beträchtlich an Bedeutung gewachsen.

Doch sehen wir uns zunächst nach den karolingischen Bannfällen im Frühmittelalter um.

Von dem Heerbann ist im deutschen Mittelalter kaum noch die Rede, und wenn er genannt wird, wie in den Urkunden der Ottonen für Kloster Hornbach,⁹⁴ so ist meist darunter eine Heersteuer zu verstehen, die den alten Heerbann abgelöst hat,⁹⁵ wie

94. Dipl. I. Otto I. 117/199 v. 950 ... aut censum vel freda aut tributa seu heribannum aut aliqua exacta ... Dipl. II. Otto III. 124/536 v. ca. 993. Ähnlicher Wortlaut.

95. Dipl. III. Heinr. II. 189/223 v. 1009 ... aut bannum aut heribannum exigere presumat Dipl. II. Otto III. 104/515 v. 992. Hier sind augen-

solche Heersteuern an verschiedenen Stellen in Deutschland uns bekannt sind.⁹⁶ Doch findet sich auch gelegentlich noch die alte Bedeutung des Bannes als militärischer Königsbefehl vor dem Feind.⁹⁷ Aber diese Fälle sind selten geworden. Das entspricht durchaus der Entwicklung des deutschen Heerwesens im ganzen, wo das alte Volksaufgebot zurücktritt vor den Heeren der Lehensritter, und nur noch in seltenen Notfällen als außerordentliche Ausnahmeerscheinung auf dem Schauplatz der Geschichte auftritt. Dieser „Bannfall“ ist also unwichtig geworden, er hat allmählich fast nur noch historische Bedeutung.

Ein anderer Fall, der Schutz der Schutzlosen, wird auch in dieser Form nicht mehr genannt. Zwar reden die Arengen gern noch von der Pflicht des Königs, Wahrer des Friedens zu sein, die Kirchen zu schützen usw.,⁹⁸ im allgemeinen aber hat dieser Schutz konkretere Formen angenommen, er findet sich nur dort, wo Kirchen unter Königsschutz stehen. Durch die Verbreitung der Immunität ist dieser sehr reale Herrschaftsrechte darstellende Königsschutz so allgemein geworden, daß der Schutz der Schutzlosen hier nicht mehr in Anwendung gebracht zu werden braucht. So weit Königsschutz und Immunität reichen, schützt der König nicht mehr nur, weil die Kirche sonst schutzlos wäre, sondern weil er selbst Muntherr seiner eigenen Kirchen ist. Daß hiermit das Wirkungsbereich des Königsbannes sehr erweitert worden ist, wurde schon besprochen. Ob der Königsbann dabei in der Hand des Königs verbleibt, oder dem Vogt

scheinlich Dienstmannen gemeint, und kein allgemeiner Heeresbann. Vgl. O. Bögl. Die Auffassung v. Königtum u. Staat S. 31. Auch Ducange III. 653 unter *heribannus* kennt mit Ausnahme von zwei Fällen übertragener Bedeutung nur Belege aus karolingischer Zeit.

96. Vgl. Waas, Vogtei und Bede II. S. 81 ff. G. Waitz, Verfgesch. VIII. S. 159/160, vor allem 160 Anm. 2. K. Fr. Eichborn, St.- u. Rechtsgesch. II. 455 ff.

97. Thietmar, Merseburgensis episc. Chronicon (Scriptores rerum German. Schulausg. S. 136). VI, 5. . . . *interdicta est omnibus per bannum regalem a palatino comite fuga* . . .

98. Vgl. O. Bögl. Die Auffassung vom Königtum und Staat im Zeitalter d. sächsischen Könige und Kaiser. = Erlanger Abhandlungen Bd. 14. 1932, S. 21 ff.

des Immunitätsherrn, oder gar diesem selbst übertragen wurde, bleibt in diesem Zusammenhange zunächst belanglos.

Was den dritten „Bannfall“, das Verbot von Raub, Brandstiftung und Heimsuchung angeht, so wäre eine doppelte Entwicklung an sich denkbar. Es könnte sich aus dieser Gerichtsbarkeit über einige besonders schwere Fälle eine allgemeine Verwendung des Königsbannes für alles Blutgericht unmittelbar entwickelt haben, so daß alles Hochgericht dann im Könige allein begründet wäre, so wie dies 1149 die *Sententia de advocatia*⁹⁹ festzustellen scheint. Es könnte aber auch in dem Maße, in dem die Bedeutung von Königsmunt und Immunität stieg, innerhalb des Bereichs des Königsbanns die Gerichtsbarkeit der Königsbanngebiete so in den Vordergrund getreten sein, daß die allgemeine Gerichts- und Strafandrohung für die genannte Gruppe von Verbrechen dem gegenüber verblaßte. Diese Möglichkeit hat zunächst nicht die Wahrscheinlichkeit, sich aus den Urkunden als richtig zu erweisen, für sich. Denn eine Reihe von Urkunden rückt, wie wir oben schon bei der Untersuchung des Sprachgebrauchs sahen,¹⁰⁰ Bann und hohes Gericht eng zusammen. Hier wird eine Gerichtsbarkeit mit dem Königsbann begründet, so in der Urkunde Heinrichs II. für die Magdeburger Besitzungen in Thüringen, in der es heißt: *nostrum regalem bannum super omnes eiusdem episcopii proprietates in Duringia . . . concedimus . . . ea quoque ratione, ut . . . advocatus inibi placitum ad leges ac iusticias faciendas habeat*.¹⁰¹ Eine entsprechende Beziehung läßt sich auch aus den Hamburger Privilegien erschließen.¹⁰² Doch ist mit solchen Sätzen

99. Const. I. 127/181 v. 1149 ... quod nullus posset causas vel lites, que ad advocatorum ius pertinerent, audire vel terminare vel placita advocatie tenere, nisi qui bannum de manu regia recepisset....

100. s. o. S. 37 u. 56 Anm. 87 u. 88.

101. Dipl. III. Heinr. II. 199.

102. Dipl. I. Otto I. 11/98 v. 937 ... capitis banno ob capitis furtum vel quocumque banno constringat ... Dipl. II. Otto II. 16/24 v. 967 dazu: *Ipsi vero advocati nostro banno constringant omnes viros ... ad omnem iusticiam faciendam ...* Ähnlich: Dipl. II. Otto II. 61/70 v. 773, Otto III. 40/439 v. 998. Dipl. III. 50/59 v. 1003. — 325/410 v. 1014. Vgl. dazu: Dipl. II. Otto III. 256/673 v. 997 (gefälschte Teile v. 1107—1112). Stumpf 3505 v. 1145. — Monumenta Boica II. N. 8 v. 1158.

noch nicht der Zusammenfall von Banngewalt und Hochgerichtsbarkeit erwiesen. Denn der königliche Bann kann die Gerichtsbarkeit in dem betreffenden Fall umfassen, aber selbst mehr sein. Die Bannrechte müssen sich nicht mit der Gerichtsbarkeit erschöpfen, keineswegs mit ihr identisch sein. Das bestätigt sich durch die Beobachtung, daß diese Zeugnisse nur den Sonderfall von Gericht im Bereich der Königsmunt bei Kirchen mit Immunität und Königsschutz betreffen. Daß hier der Königsbann friedewirkend und über Friedebrecher richtend herrscht, ist nach allem vorher Gesagten selbstverständlich. Auch die von H. v. Voltolini¹⁰³ und Hans Hirsch¹⁰⁴ in ihrer Bedeutung für die Geschichte des Bannes beleuchteten Privilegien der Hirsauer Klostergruppe gehen darüber nicht hinaus. Denn daß die Gerichtsbarkeit innerhalb aller dieser Immunität auf den Königsschutz und den Königsbann zurückzuführen ist, beruht nur auf der bereits oben dargestellten, in ihrer Bedeutung noch immer unterschätzten Ausdehnung und Intensivierung der Königsmunt über Kirchen im Frühmittelalter und ihrem Zusammenfall mit der Immunität. Wo Königsschutz (Immunität) besteht, wird er sichtbar in dem Wirken des Königsbannes. Die Einzelrechte, die die Königsherrschaft (d. i. Königsmunt) gibt, stehen unter dem Machtbefehl des königlichen Bannes, sind also auf ihn zurückzuführen. Wenn darum innerhalb des Bereiches des Königsschutzes über Kirchen Gerichtsrechte und Königsbann als ursächlich verbunden erscheinen, so besagt das nicht mehr, als daß der Königsbann königliche Muntgerichtsbarkeit begründet, besagt aber gar nichts für andere Gerichte, die nicht Königsschutzgerichte und damit nicht Königsbanngerichte sind. Alle Zeugnisse, die man für eine allgemeine Gerichtshoheit des Königs auf Grund des Königsbanns herangezogen hat, sind darum daraufhin zu prüfen, ob sie sich nicht etwa nur auf den Kreis der Königsschutzgerichte beziehen. Als eines der wichtigsten dieser Zeugnisse kann die *Sententia de advocatia et foro competenti* von 1149¹⁰⁵ gelten. Sie betrifft nur die Gerichtsbar-

103. Hans v. Voltolini, Zs. d. Sav.stg. f. Rechtsgesch., Germ. Abt. 36 (1915) S. 322 ff.

104. Hans Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im Mittelalter. S. 177 ff.

105. Const. I. 127/181 v. 1149. *Sententia de advocatia ... quod nullus*

keit innerhalb kirchlichen mit Immunität und Königsschutz ausgestatteten Gebietes, nicht aber außerhalb dieser Gewalt liegende Rechtskreise. Ebenso beziehen sich auch die *Concessio banni regalis* Rudolfs von Habsburg von 1281¹⁰⁶ und die *Infeodatio bonorum ecclesiae Pataviensis* von 1277¹⁰⁷ nur auf Kirchengut unter Königsschutz. Bei Nichtberücksichtigung der Adresse, an die sie gerichtet sind, scheinen diese Urkunden allerdings eine Begründung aller Hoch-Gerichtsbarkeit mit dem Königsbann zu beweisen. Doch ihre Beziehung auf Immunitätsgebiete deckt diesen Trugschluß auf. Denn wenn auch nicht überall der König als Schutzherr genannt ist, so ist das belanglos, da seit den Tagen der Ottonen und Salier der Königsschutz weit mehr Kirchen umfaßt als den engen Kreis der königlichen Eigenklöster, vor allem alles bischöfliche Gut.

Die Entstehung dieses Mißverständnisses wurde begünstigt durch den Umstand, daß man, wie schon der Sprachgebrauch gezeigt hat, die Gerichtsbarkeit unter den Munt- und Bannrechten so hoch einschätzte, daß man sie vor allen anderen, oft sogar allein „Bannrecht“ nannte, als ob keine anderen Rechte im Bann eingeschlossen, und als ob Bann und Gericht miteinander zu identifizieren wären. Doch hieraus auf eine Begründung des Hochgerichts durch den Bann in allen Fällen zu schließen, wäre ein Trugschluß. Das Gerichtsrecht kann eine Folge des Bannes sein. Bei Königsschutzgerichten geht die Hochgerichtsbarkeit auf den Königsbann zurück. Daraus können aber keine weiteren Schlußfolgerungen gezogen werden, vor allem nicht für die Gebiete, die nicht unter Königsschutz stehen. So gesehen verlieren die Stellen, die am klarsten zu reden schienen, ihre Beweiskraft, so z. B. das erste Straßburger Stadtrecht,¹⁰⁸

posset causas vel lites, que ad advocatorum ius pertinerent, audire vel terminare vel placita advocatie tenere, nisi qui bannum de manu regia recepisset ...

106. Const. III. 285/290 v. 1281 ... *bannum regalem transmittimus cum plenaria potestate iudicandi in causis sangwinum in bonis capituli memorati, ubi de iure iudicare tenetur ...*

107. Const. III. 651/2/640 v. 1277 *potestatem iudicandi de crimine et iudicium sanguinis exercendi ... concessio ipsis eo iure, quod bannum vulgariter appellatur ...*

108. Altmann-Bernheim 159/356 von ca. 1150.

in dem vor der Definition des Bannes als *omnem potestatem stringendi* die zweite steht, die ihn erklärt als: *gladii vindictam in huiusmodi dampnandos* und wo an einer anderen Stelle dem *stringendi* ein *iudicatus* zugesetzt wird, so daß es jetzt heißt: *potestatem cogendi et constringendi iudicatus, quod vocant ban-num*. Im 13. Jahrhundert wird die ausdrückliche Benennung bestimmter Hochgerichtsrechte als Bann noch deutlicher. Das beste Beispiel ist eine Königsurkunde von 1277, in der es heißt: *Exnunc autem dedimus et concessimus officialibus predicti episcopi plenam et liberam potestatem iudicandi de crimine et iudicium sanguinis exercendi . . . concesso ipsis eo iure quod ban-num vulgariter appellatur*.¹⁰⁷ Doch bezieht sich auch diese Urkunde auf Kirchengut im Königsschutz, sie hebt also nur im Bereich der Königsbann- und Muntrechte das Blutgericht besonders heraus. Das läßt jedoch nicht den Schluß zu, daß etwa innerhalb des Königsschutzes das Blutgericht allein noch den Inhalt des Königsbannes darstelle. Das macht eine auch auf Kirchengut bezügliche Urkunde Rudolfs von Habsburg deutlich, die in ähnlicher Weise das Blutgericht hervorhebt, dann aber fortfährt: *ac omnia alia exercendi, que possunt et debent in bonis huiusmodi exerceri*.¹⁰⁸ Also weder eine Begründung aller Hochgerichts- und Blutgerichtsbarkeit in dem Königsbann noch eine Einschränkung der Königsbannrechte innerhalb des Königsmuntkreises auf die Blutgerichtsbarkeit kann aus diesen Urkunden erschlossen werden, die nur die Blutgerichtsbarkeit unter den Königsbannrechten besonders akzentuieren.

Es ist dabei zu beachten, daß die Gerichtsrechte, die man in den genannten Königsurkunden des 12./13. Jahrhunderts hervorhebt, auf die man also augenscheinlich damals besonderen Wert legte, nicht Hochgerichtsrechte im allgemeinen sondern Blutgerichtsrechte sind. Das erklärt diese Unterstreichung. Denn wir wissen aus den Untersuchungen von H. Glitsch, H. Hirsch und A. Gasser,¹⁰⁹ daß die deutschen Könige im Zusam-

109. Heinrich Glitsch, Der alamannische Zentenar und sein Gericht in: Berichte ü. d. Verh. d. kgl. sächs. Ges. d. Wiss. zu Leipzig, Phil.-hist. Kl. 69, 2. 1917. Hans Hirsch a. a. O. Adolf Gasser, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft. 1930. Bespr. v. U. Stutz Zs. d. Sav.stg. f. R.G. Germ. Abt. 51, 743.

menhang mit den Landfriedensordnungen und der staufischen Regalienpolitik bestrebt waren, eine namens des Königs ausgeübte Blutgerichtsbarkeit überall im Lande durchzuführen. Eine solche war dort ohne weiteres gegeben, wo sie selbst Vogtei- oder Bannrechte und damit die hohe und Blutgerichtsbarkeit besaßen. So lag es im Sinne dieser allgemeinen königlichen Politik, wenn man die Blutgerichtsrechte unter den Bannrechten hervorhob und unterstrich, wo sich irgendeine Gelegenheit dazu ergab. Damit änderte sich rechtlich nichts. Nur eine Akzentverschiebung war eingetreten. Als Beispiele dafür können das Straßburger Stadtrecht und die genannten Königsurkunden dienen.

Auch eine andere Urkunde Rudolfs von Habsburg ist in diesem Zusammenhang zu betrachten. Denn obwohl sie das Wort Königsbann nicht gebraucht, so ist doch wahrscheinlich von ihm die Rede. Dem 1274 in Hagenau versammelten Königsgericht wird die Frage vorgelegt, si aliquis altam justiciam infra limites regni nostri tenere licite valeat vel habere, qui ipsam justiciam a nobis non teneat vel ab alio eam nostra serenitate tenente. Die Antwort des Gerichtes lautet: quod nulli altam tenere vel exercere justiciam liceat infra ambitum regni nostri, qui eam a nobis aut ab alio ipsam a nobis tenente justiciam non teneat memoratam.¹¹⁰ Entscheidend für die Deutung dieser Urkunde ist die Übersetzung des zweimal betont wiederkehrenden *infra limites (ambitum) regni nostri*. Umfaßt *regnum* hier das ganze Reich, so wird alles Hochgericht vom König abgeleitet, bedeuten die *limites regni* aber nur ein „Reich“ im Sinne des „Ingelheimer Reichs“ also einen königlichen Bannbezirk, so steht diese Urkunde den voraus besprochenen gleich, die von der Blutgerichtsbarkeit in den Kreisen königlichen Herrschaftsrechtes reden. Die Betonung von „*infra limites regni nostri*“ und „*infra ambitum regni nostri*“ spricht deutlich für die Beziehung auf Königsbannkreise. Denn es ist kein Grund dafür

110. M. G. Const. III. 27/28 von 1274. Der Spruch ist in Hagenau gefällt, wo ein solches *regnum* lag, und vor allem für Lüttich bestimmt, wo Kirchengut unter Königsschutz und wahrscheinlich auch ein Komplex anderer königlicher Herrschaftsrechte vorhanden sind.

abzusehen, warum man ein völlig bedeutungsloses weil selbstverständliches „innerhalb der Grenzen unseres Königreiches“ in Anfrage und Spruch bei der dort üblichen Sparsamkeit mit Worten hätte einfügen sollen, und zwar zweimal an betonter Stelle. An sich wäre auch die Deutung als „Königreich“ im umfassenden Sinne nicht völlig ausgeschlossen. In den Urkunden des ganzen Mittelalters kommen beide Verwendungen des Wortes vor, in zunehmendem Maße die engere. Wir kennen solche „Reich“ genannten Herrschaftsbezirke in Aachen, Emmerich, Cröv, Ingelheim, in der Pfalz¹¹¹ und in Flandern.¹¹² Dort ist diese Bezeichnung meist erst nachweisbar, als die Urkunden mit dem 14. Jahrhundert zahlreicher werden, ohne daß daraus geschlossen werden könnte, daß diese prägnante Verwendung des Wortes erst dem Spätmittelalter angehöre. Denn auch 1198 ist in den Marbacher Annalen von *regnum et advocatia Schaffhausen* die Rede.¹¹³ Ebenso wird das Wort aber auch schon in der Karolingerzeit verwendet. Im *Capitulare Saxonicum* von 797¹¹⁴ wird z. B. dem König das Recht zugesprochen, sächsische Übeltäter außerhalb ihrer Heimat „*infra sua regna aut in marcu*“ anzusiedeln. Das kann schon der Gegenüberstellung mit den Marken wegen nur „Reiche“ im Sinne königlicher Herrschaftsbezirke bedeuten. Und wenn 839 bei einer Reichsteilung¹¹⁵ Sachsen im Gegensatz zu anderen Gebieten als „*regnum Saxoniae cum marchis suis*“ bezeichnet wird, so kann damit auch nur ein solches Königsherrschaftsgebiet in Sachsen gemeint sein. Deutlicher noch redet eine Urkunde Karls des Großen für Prüm von 775,¹¹⁶ in der vom Recht der Königsleute die Rede ist, *sicut reliqui infra regna nostra habuerint fiscali*. Aber auch in der

111. Nachweise siehe Karl Rübel, *Die Franken* S. 138, 432, 433, 434 ff. Diese Nachweise Rübel's haben ihre Gültigkeit unabhängig von der Richtigkeit seiner Hypothesen. Er macht auch noch weitere „Reiche“ in Westfalen wahrscheinlich.

112. Heinrich Sproemberg: *Die Entstehung der Grafschaft Flandern* = *Hist. Studien* (Ebering) 282, S. 11 u. 55.

113. M. G. Schulausgabe S. 72 zu 1198.

114. M. G. Capit. I. 27 von 797 cap. 10.

115. M. G. Capit. II. 200/58 v. 839.

116. M. G. Dipl. Car. 109/154 v. 775.

urkundenarmen Zeit des Frühmittelalters ist diese prägnante Verwendung des Wortes (wenn auch weniger deutlich) nachweisbar. Wenn in der berühmten Ottonischen Schenkung von 962 vier Städte als „de proprio nostro regno“ bezeichnet werden,¹¹⁷ kann das wohl nur auf königliche Herrschaftsrechte bezogen werden. Und wenn königliche Herrschafts- und Eigentumsrechte mit „ad regnum pertinere“ oder „de regno suo esse“ bezeichnet werden,¹¹⁸ so sind hier doch jedenfalls königliche Herrschaftsrechte mit dem Worte regnum zusammengefaßt, fraglich allerdings ob hier in dem Sinne eines räumlich begrenzten Bezirkes. In anderen Fällen¹¹⁹ kann das Wort beide Bedeutungen haben. Jedenfalls aber hat „regnum“ und „Reich“ das ganze Mittelalter hindurch auch den Sinn des Herrschaftsbezirkes gehabt, so daß also von hier aus einer solchen Deutung der Hagenauer Urkunde von 1274 nichts im Wege steht. Dann wäre Absicht des Spruches die Festlegung der Notwendigkeit zu direkter oder indirekter Bannleihe für den Richter im Hochgericht innerhalb von Königsbannkreisen und die Ausschließung des Hochgerichts in der dritten Hand.

Aber auch wenn man sich dieser naheliegenden Deutung der Hagenauer Urkunde nicht anschließen will, besagt die Urkunde doch nichts für die Begründung des Hochgerichts mit dem Königsbann. Denn bezieht man sie nicht auf königliche Herrschaftsgebiete oder unter Königsmunt stehendes Kirchengut, so entfällt jeder Anlaß, den Spruch auf den Königsbann und die Bannleihe zu beziehen, von denen in der Urkunde ja mit keinem Wort die Rede ist. Die Urkunde sucht dann, wie das auch andere Zeugnisse des 13. Jahrhunderts tun — alle Blutgerichtsbarkeit auf den König zurückzuführen. Sie gehört dann in den Kreis der Zeugnisse für eine „reichsrechtliche Theorie der Blutgerichtsbarkeit“ im 13. Jahrhundert, wie sie Adolf Gasser nennt, und wie sie an anderer Stelle ausführlicher zu besprechen sein

117. M. G. Dipl. I. Otto I. 235/325 von 962.

118. M. G. Dipl. III. Heinr. II. 433/554 v. 1020. M. G. Dipl. VIII. Lothar III. 60/95 von 1134.

119. Wenn z. B. die bayerische Ostmark orientale regnum heißt M. G. Dipl. Konrad II. 212/290 v. (1034). M. G. Dipl. III. Heinr. II. 317/397 v. 1014.

wird. Diese Tendenz bestand im 13. Jahrhundert im Zusammenhang mit den Landfriedensordnungen und der staufigen Politik. Doch hat das mit dem Königsbann gar keine prinzipiellen Beziehungen mehr. Man benutzte allerdings dort, wo der Königsbann sein Bereich hatte, wo also der König von jeher im eigenen Herrschaftsbezirk über die Gerichtsbarkeit verfügte, den Bann dazu, die Blutgerichtsbarkeit des Königs entsprechend der neuen Tendenz zu betonen. Doch blieb dabei die alte rechtliche Grundlage der Blutgerichtsbarkeit in dem königlichen Schutz- und Herrschaftsrecht unverändert. Königsbann und Zurückführung aller Gerichte auf den König stehen in keinem ursächlichen Zusammenhang, soweit es sich nicht um Königsmuntgerichte handelt. Wie weit aber eine königliche Blutgerichtshoheit über die Grenzen der Königsschutzgebiete hinaus damals erstrebt oder geschaffen wurde, liegt, da hier keine Beziehungen zum Königsbann bestehen, zunächst außerhalb des Bereiches unserer Untersuchung.

Wenn also auch, wie schon H. v. Voltolini,¹²⁰ Hans Hirsch¹²¹ und Adolf Gasser¹⁰⁹ beobachtet haben, die Akzentuierung der Gerichtsbarkeit, und zwar der Blutgerichtsbarkeit auch innerhalb der Königsbannkreise im 13. Jahrhundert deutlich hervortritt, so wird sie doch nur innerhalb der Grenzen königlicher Muntherrschaft mit dem Königsbann begründet. Es sind also von hier aus keine von unseren Ergebnissen abweichende Schlüsse auf das Wesen des Königsbannes oder auf seine Auffassung im 13. Jahrhundert zu ziehen.

Auch die Praxis der Urkunden zeigt dasselbe Bild. Denn in diesen langen Jahrhunderten fehlt aber auch jedes Zeugnis dafür, daß der Königsbann außerhalb der königlichen Bannbezirke weltlichen oder geistlichen Charakters etwa zur Bestrafung von Raub, Brandstiftung und Heimsuchung ganz allgemein verwendet worden wäre, wie wir dies in den Kapitularien kennen gelernt haben. Zwar Reste des alten karolingischen Bannrechtes müssen sich erhalten haben zum mindesten in dem Rechtsempfinden. Das geht aus der von Hans Hirsch¹²² aufge-

120. H. v. Voltolini a. a. O. S. 316 ff.

121. Hans Hirsch a. a. O. S. 176 ff.

122. Hans Hirsch a. a. O. S. 153.

zeigten Tatsache hervor, daß die Landfriedensbewegung an die Bestimmungen der Kapitularien anknüpfte. In beiden lebt dieselbe Rechtsauffassung, die die Schutzpflicht des Königs dort eingreifen läßt, wo die lokalen Gewalten nicht genügen, um den Frieden des Volkes aufrecht zu erhalten.

Doch haben wir bei dem Gang unserer Untersuchungen noch weite Gebiete des rechtlichen Lebens, vor allem alle Eigentums- und Besitzrechte beiseite liegen lassen. Das gilt es nun nachzuholen und festzustellen, ob sich dort der Königsbann als Ausdruck der allgemeinen volksrechtlichen Gerichtsbarkeit oder einer rein staatlichen Befehlsgewalt des Königs nachweisen läßt.

Hier begegnen wir dem Banne zunächst als „missio in ban-num“ d. i. als Beschlagnahme des Vermögens¹²³ von Verbrechern und anderen Bestraften. Ihrem Charakter nach ist diese Maßnahme nur ein Teil der Friedlossetzung durch den König, wie wir sie vor allem in den Urkunden Barbarossas häufig finden,¹²⁴ und wie sie sich in der Reichsacht erhalten hat. Es ist dies eine Folge des weiten, alle Volksgenossen umspannenden Königs-schutzes, wie ihn uns die Urkunden der Karolinger kennen lehren. Wer über das ganze Volk hin schützt, wo andere nicht schützen oder wo die Schutzherrschaft anderer verletzt wird, kann den Friedebrecher nun auch kraft seiner Schutzgewalt, also mit seinem Bann, außerhalb des diesen Frieden schützenden allgemeinen Muntverhältnisses stellen:¹²⁵ „extra sermonem suum ponat eum“ heißt es in der Lex Salica¹²⁶ mit der bekannten Gleichsetzung von sermo und mundiburdium; er wird damit zum hostis publicus imperii.¹²⁷ Ganz deutlich sind hier die Zusammenhänge von mittelalterlichem Bann und der germanisch-

123. Dipl. I. Otto I. 340/465 v. 967. Dipl. II. Otto III. 295/720 v. 998... si quis igitur huius nostri precepti ... violator extiterit, omnes res illius sub nostro banno permaneant Brunner, Rechtsgesch. II. 488 ff. — Grundzüge S. 81.

124. Constit. I. 154/217. — 155/218. — 213/301. — 215/305 cap. 4. — 304/432. — 305/433. — 316/447. — 358/508. — 359/510. — 322/461.

125. Brunner, Rechtsgesch. II. 458 ff. — Grundzüge S. 81.

126. Lex Salica. Ausg. v. Geffken (1898) S. 56 Titel 56, 1.

127. Const. I. 314/432 v. 1186... quatenus sepedictum comitem tamquam bannitum et publicum hostem imperii habeatis...

karolingischen Auffassung des Königtums gegeben, die wir kennen gelernt haben, so daß auch die Vermögenseinziehung, die als besonders wichtige Einzelmaßnahme dieser Bannitio bisweilen allein genannt wird, damit ihre Erklärung findet.

Die zweite Form, in der der Bann im Vermögensrecht auftritt, ist die Bestätigung einer Schenkung mit dem Königsbann. Am häufigsten verwendet der König seinen königlichen Bann zur Bestätigung seiner eigenen Schenkungen an Kirchen und Klöster.¹²⁸ Doch dieser häufigste Fall läßt am wenigsten Schlüsse auf das Wesen des Bannes zu, denn hier könnte der Bann ebensowohl die Bekräftigung des Schenkungsaktes mit der volksrechtlichen königlichen Autorität, wie Ausdruck des Königsschutzes sein, in dem im früheren Mittelalter alle Schenkungen des Königs verbleiben.

Wenn in Italien häufig im Königsgericht vom Kaiser (oder dem Pfalzgrafen an des Königs statt) Kirchen und Klöstern ihr Besitz mit dem Königsbann bestätigt wird,¹²⁹ so ist das Ausdruck königlicher Munt. Denn dabei kommt stets eine bestimmte Zeremonie in Anwendung: Nach der Investierung berührt der Bannende mit einem Stab das vor ihm gebeugte Haupt des zu Schützenden, und, wenn dies möglich, auch die zu schützenden Besitzungen, ein Symbol der Schirmherrschaft des Königs, die auch das Gut der Kirche schützend mit umfaßt. Der Stab hat

128. Dipl. I. Otto I. 203/282 v. 959 ... nostro regio banno nostreque potestatis adiumentis predictis monachis ... concessimus Dipl. II. Otto III. 252/668 v. 997 ... concedimus atque sub affirmatione banni nostri donamus ... Dipl. III. Heinr. II. 93/117 v. 1005. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

129. Dipl. I. Otto I. 416/458 v. 972. Dipl. II. Otto II. 255/295 v. 981. Dipl. II. Otto II. 315/371 v. 983 ... misit bandum super caput ... Dipl. II. Otto III. 193/601 v. 996 ... misit bandum supra caput denominati abbatis et supra ipsas res ... Dipl. II. Otto III. 227/641 v. 996 ... ut mittatis bannum vestrum super nos et supra iam dictis locis per fustem, quem in sua tenebat manu, bannum suum imperiale misit Dipl. II. Otto III. 339/767 v. 999 ... insuper et imperiale bannum superimposuit ... Dipl. III. Heinr. II. 299/369 ff. v. 1014 ... per fuste, quam ipse sua tenebat manum, misit bannum ipsius domini imperatoris super eandem Eufrazia abbatissa et super ... Dipl. III. Heinr. II. 465/591 v. 1022 ... posuit bannum super caput ... 467/594 v. 1022 ... posuit bannum super caput eius...

im allgemeinen als Symbol der Munt zu gelten. Da es sich auch hier stets um kirchlichen Besitz handelt, hat das Auftreten des Munt-Symbols in dieser feierlichen Bestätigung königlichen Schutzes nichts auffallendes. Wir finden diese Form der Besitzbestätigung nur in Italien, innerhalb weniger Jahrzehnte, ob sie auch sonst Verwendung fand, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

Aber wir besitzen Zeugnisse, die von einer viel weiteren Verwendung des Königsbannes im Besitz- und Eigentumsrecht berichten. Der Königsbann wird in bestimmten Fällen sogar gefordert. In einer Halberstädter Urkunde von etwa 1215 lesen wir: *sed quoniam nulla donatio proprietatis robur firmitatis obtinere potest, nisi comitie testimonio et banni regalis auctoritate firmetur*,¹³⁰ und zwar gelegentlich einer Schenkung die ein Graf an ein Kloster macht. Hiernach scheint es also zunächst, als ob alles Eigentum im Grafending unter Königsbann übereignet werden müsse, so daß man für alle Grafschaftsgerichte den Königsbann als Regel annehmen müßte, also eine im Königsbann sich darstellende Gerichtshoheit des Königs überall da, wo im Ding Eigentum veräußert wird. Zudem steht dies Zeugnis nicht allein, sondern wir besitzen eine große Zahl von anderen Urkunden, die von Übertragungen von Eigentum im echten Ding des Grafen unter Königsbann berichten. Wilhelm Sickel hat in seiner Arbeit „Zur Geschichte des Bannes“ eine Liste von 158 Urkundenbelegen dafür meist aus dem 12. und 13. Jahrhundert zusammengestellt.¹³¹ Die Tatsache kann also als durchaus gesichert gelten. Doch fällt bei der Durchsicht dieser Urkunden auf, daß 116 von 158 Zeugnissen aus dem Gebiet Niedersachsens stammen, also 73% aller Belege.¹³² Und wenn wir anderwärts in der Literatur auf solche Eigentumsübertragungen unter Königsbann im Grafending stoßen, so kommt die Nachricht meist

130. U. B. d. Hochstifts Halberstadt I. 487/434 (v. 1215).

131. Wilh. Sickel. Zur Geschichte des Bannes. Marburg 1886. S. 27-41.

132. Es sind dies die Nummern 31—115, 118—129, 131—149. Bei einigen dieser Urkunden ist der Königsbann nicht genannt aber wahrscheinlich (Nr. 32, 53, 54, 58, 67, 102, 105, 112, 119, 122, 125, 129, 146, 149). In einigen Fällen ist ein Vogtting wahrscheinlicher als ein Grafending: 71, 76. Aber alle stammen aus Niedersachsen.

wieder aus Sachsen. Als Beispiel diene die Liste von 86 Urkunden zur Pflughaftefrage, die Beyerle veröffentlicht hat, die fast alle von solchen Rechtsakten reden, freilich meist ohne das Wort Königsbann zu gebrauchen,¹³³ oder die Stelle des Sachsenspiegels: ...ane ob men uph eigen klaget oder uph eyne schephenbaren vrien man ungerichte claget des ne mach die richtere nicht richten, wen ze echter dingstat unde under koninges banne....¹³⁴ Diejenigen Urkunden der Sickel'schen Liste aber, die nicht nach Sachsen gehören, zerfallen in drei Gruppen; die eine von ihnen berichtet von Eigentumsübertragungen vor ausdrücklich genannten königlichen Gerichten, den Schultheissengerichten zu Duisburg, Aachen, Oppenheim und Frankfurt und dem Gericht eines königlichen Landvogts, wo die Verwendung des Königsbannes nach dem oben Gesagten selbstverständlich ist;¹³⁵ bei der zweiten Gruppe wird in ähnlicher Weise der Königsbann in Gerichten unter Königsschutz stehender hoher Geistlicher, wie der Erzbischöfe von Mainz und Köln und des Bischofs von Metz verwendet.¹³⁶ Die letzte Gruppe weist gar keinen Königsbann, sondern nur den allgemeinen Bann jedes Grafen- oder Vogtgerichtes auf,¹³⁷ fällt also für unsere Betrachtungen weg. So bleiben nach Abzug der oben besprochenen Verwendung des Königsbannes in königlichen Gerichten und für königliches Gut und ebenso für ihnen nahe stehenden Gerichte Geistlicher nur die Zeugnisse aus Sachsen übrig. Ich kenne aber keinen Fall der Verwendung des Königsbannes zur Eigentumsübertragung außerhalb Sachsens und außerhalb königlicher oder durch Königsmunt geschützter kirchlicher Rechtssphäre.¹³⁸

133. Zschr. d. Sav.stiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 35 (1914) S. 301-376.

134. Sachsenspiegel I. 59. § 1.

135. Nr. 9. 15. 21. 29. 130. Über die Urk. Nr. 14 s. unten.

136. Nr. 1. 2. 3. 4. 5. 12. 22. 24. 28. 30. Dabei ist es fraglich, ob in allen Fällen der Königsbann gemeint ist.

137. Nr. 6. 7. 8. 10. 11. 13. 16. 17. 18. 19. 20. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 116. 117. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. Die Regelmäßigkeit, mit der sonst der Königsbann, und zwar ausdrücklich als solcher genannt ist, läßt keinen Zweifel daran, daß hier kein Königsbann gemeint sein kann.

138. In Const. I. 439/646 von 1027 ist wahrscheinlich an beiden Stellen der Grafenbann gemeint, da er an einer der Stellen zweifellos gemeint

Denn auch die von H. v. Voltelini zitierte Urkunde,¹³⁹ in der im Jahr 1215 ein Graf von Wied eine Schenkung an Kloster Romersdorf mit dem Königsbann bestätigt,¹⁴⁰ entstammt augenscheinlich einem königlichen Bannbezirke. Denn wenn es sich um eine in jedem Grafenamt gültige Verwendung des Königsbannes handelte, hätte die Bemerkung der Urkunde, daß die Führung des Königsbannes ein Sonderrecht der Grafen von Wied und ein Gewohnheitsrecht dieses Gebietes darstelle, keinen Sinn. Außerdem aber wissen wir, daß nach der Schenkung des Gutes ein Graf von Rennenberg noch Ansprüche auf Einnahmen aus dem Gut hatte, auf die er erst 1248 verzichtete,¹⁴¹ augenscheinlich liegt also eine Belastung dem Grafen gegenüber auf dem Gut, wie wir dies aus Freigrafenschaften kennen. Dazu kommt, daß das Becken von Neuwied mit Wahrscheinlichkeit größtenteils altes Reichsgut und Reichsherrschaftsgebiet ist,¹⁴² als dessen Verwalter die Grafen von Wied u. a. sich die Herrschaftsrechte des Reiches allmählich selbst zuzueignen wußten. Alles das

sein muß. In Dipl. II. Otto II. 293/345 v. 983 werden die Aussagen im Königsgericht unter Eid und Königsbann gemacht. Ebenso 296/349 v. 983. Diese beiden Erwähnungen des Königsbanns lassen also keine Schlüsse auf allgemeine Verwendung des Königsbannes zu. Die im Deutschen Rechtswörterbuch I. 1200-01 genannten Fälle von Bann und Friedewirkung bei Besitzübertragung lassen keinen Königsbann, sondern nur den Grafenbann erkennen, soweit es sich nicht um oben gekennzeichnete Fälle handelt.

139. H. v. Voltelini a. a. O. S. 321.

140. Günther, Cod. dipl. Rheno-Mosellanus II. 44/136 v. 1218 ... *qua donatione in campo ... solemniter et rationabiliter iuxta consuetudinem terre facta nos ad maiorem firmitatem eiusdem bannum imperialem, sicut iuris nostri fuit, super ea fecimus proclamari*.... zitiert bei W. Sichel unter Nr. 14.

141. ebd. II. 104/200 v. 1242.

142. Dies geht schon daraus mit Wahrscheinlichkeit hervor, daß die Ezzonen-Pfalzgrafen dort wie auf so vielem Reichsgut der Gegend die entscheidende Machtstellung hatten, und daß die beherrschende Burg des fraglichen Gebietes die Reichsburg Hammerstein ist, die Heinrich II. für das Reich erwarb. Denn wir wissen von vielen solchen Reichsburgern, daß sie dort angelegt oder erworben wurden, wo es galt die um diese Burg herumliegenden Reichsgüter und Reichsherrschaftsbezirke zu schützen. In diesem Schutzkreis der Reichsburg befinden wir uns augenscheinlich hier. Wir werden an einer anderen Stelle auf dies Gebiet zu sprechen kommen müssen. Vgl. dazu Beyer Mittelrhein. U. B. II. LVIII, LXVI.

macht Königsherrschaft, Königsmunt und damit auch Königsbann in diesem Gebiet wahrscheinlich und keineswegs auffallend.

Es verbleiben also als Zeugnisse für eine Eigentumsübertragung unter Königsbann außerhalb königlicher Herrschafts- oder Vogteikreise nur die aus Sachsen. Wir müssen daher darin eine spezifisch sächsische Einrichtung sehen, die den Rechten königlicher Herrschaftsbezirke angeglichen oder nachgebildet sein muß. Damit erklärt sich auch leicht der in den Urkunden bei dieser Gelegenheit häufige Hinweis auf „*jus et consuetudo terre*“, „*jura terre*“ „*iure Westfalico*“ oder anderes,¹⁴³ die ein Sonderrecht Westfalens in diesem Punkte beweisen. Dann aber ist es sehr wohl möglich, die Halberstädter Urkunde von 1215, von der wir ausgingen, nur auf Sachsen zu beziehen; da von einer Schenkung in Sachsen die Rede ist, tun wir damit dem Wortlaut keinerlei Gewalt an. Alle Wahrscheinlichkeit spricht für diese Deutung.

Wir wissen aber außerdem, daß in Sachsen auf Grund der Bestimmungen Karls des Großen der Königsbann in einer außerordentlichen Weise Gültigkeit hatte, denn die *Capitulatio de partibus Saxonie* bestimmte:¹⁴⁴ *Dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel de maioribus causis*. Wenn dies sich auch zunächst dem Wortlaut nach nur auf Strafsachen bezieht, so gehen wir sicherlich nicht fehl, auch die Verwendung des Königsbannes bei Eigentumsübertragungen auf solche königliche Sonderbestimmungen zurückzuführen, besonders da von der erweiterten Verwendung des Königsbannes in Sachsen in den Kapitularien und Geschichtsschreibern dieser Tage häufig die Rede ist. Sachsen ist seit den Tagen Karls des Großen ein Land besonderer Geltung des Königsbannes. Wir lassen dabei zunächst die Frage offen, ob der Königsbann hier ausnahmsweise der Grafenamtsgewalt der karolingischen Gaugrafen zugefügt wird, oder ob der hier geltende Königsbann Bannbezirke des königlichen Rechtes schafft, wie sie in anderen

143. Cod. dipl. Anhalt. II. 220/167 v. 1256. Erhard. Cod. dipl. hist. Westf. I. 75/57 v. 1092. Wilmans, Westf. U. B. III. 1646/859 v. 1299. Wilmans, Westf. U. B. III. 241/132 v. 1227.

144. Cap. I. 26/68 v. 775—790. cap. 31.

Teilen des Reiches bestanden. Wir werden bei der Behandlung des Sachsenspiegels auf diese Frage einzugehen haben. Hier ist es für uns zunächst nur von Wichtigkeit festzustellen, daß die Eigentumsübertragung unter Königsbann in Sachsen als eine lokale Ausnahmerecheinung für das Ganze des Bannrechtes nichts auszusagen vermag, daß wir aus ihr keine Schlüsse für das Wesen des Bannrechtes ziehen können, geschweige denn sonst gefundene Ergebnisse abzuändern genötigt wären.

Es bleibt also für das Eigentumsrecht bestehen, was wir oben bereits für die Strafgerichtsbarkeit gefunden hatten: der Königsbann des deutschen Mittelalters ist nicht Ausdruck einer allgemeinen königlichen Gerichtsbarkeit, sondern Ausdruck der königlichen Schutzherrschaft, und zwar im Gegensatz zur Karolingerzeit fast ausschließlich Ausdruck der Königsmunt im eigentlichen Sinn des Herrschaftsrechtes des Kaisers und Königs über Kirchen, Klöster und Gebiete seines Sonderrechts.

So sind die Bannfälle der Karolingerzeit zwar nicht aufgehoben, aber vor anderen kräftigeren und für die Machtstellung des Königs wichtigeren Schutzrechten, d. h. den oben genannten Königsherrschaftsrechten in den Ottonischen Immunitäten und anderen Herrschaftsgebieten in den Hintergrund getreten. Der Bann der Karolingerzeit zeigte eine latente, in bestimmten Fällen realisierte Königsmunt, der Königsbann des deutschen Mittelalters dagegen zeigt an, wo der König kraft besonderer Schutzrechte Herr, und zwar Muntherr im eigentlichen Sinne ist. Der Begriff des Königsbannes hat sich also spezialisiert, und einen konkreteren Inhalt gewonnen dabei Ansätze der Karolingerzeit, die schon in diese Richtung wiesen, ausbauend.

Wir haben aber unseren Weg durch die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten des Königsbannes noch nicht beendet. Unsere Aufmerksamkeit galt bisher der Terminologie, dem Schicksal der karolingischen „Bannfälle“, dem Heerbann und den in dem Bann enthaltenen Gerichtsrechten. Aber das Bereich des Königsbannes geht beträchtlich darüber hinaus. Er tritt uns im deutschen Frühmittelalter in drei weiteren Formen entgegen. Sie stellen keine Neuschöpfungen dar, aber sie zeigen den starken Ausbau älterer Ansätze nach bestimmter Richtung hin. Es

sind dies der Forstbann, der Bann der Märkte und die Bannbezirke auf dem flachen Land und in den Städten. In allen diesen Formen enthält der Bann auch Gerichtsrechte, er gibt auch das Recht zur Erhebung der Königsbannbuße, aber das ist nicht wesentlich. Denn der Königsbann ist mehr als das. Er ist aus der Königsmunt entspringendes friedewirkendes Herrschaftsrecht, und zwar hier besonders deutlich als solches über Land und Leute sich erstreckendes Recht erkennbar auch durch den Schleier hindurch, den die Mangelhaftigkeit unserer Quellen über das frühe Mittelalter legt. Alle diese drei Formen des Königsbannes haben eine große Ausdehnung über das ganze Reich hin, wie die große Zahl der von ihnen berichtenden Königsurkunden beweist. Wir stehen hier also vor einem für den Gesamtaufbau des Reiches sehr wichtigen Machtkomplex.

Bei dem Wild- und Forstbann¹⁴⁵ tritt das im Bann enthaltene Gerichtsrecht zurück, da es zunächst unbewohnte Wälder sind, über die der Bann sich erstreckt, und die dadurch zu Forsten gemacht werden, d. h. zu Sonderbezirken königlichen Herrschaftsrechtes. Sie sind ursprünglich in der Hand des Königs, werden aber dann immer häufiger von ihm vergeben, und zwar vor allem an Bistümer des Reiches. Deutlich zeigen die Urkunden den ursächlichen Zusammenhang von Bann und Forst:¹⁴⁶ der Königsbann ist es, der aus dem Wald den Forst macht. Dieser charakterisiert sich als das durch den Königsbann gefriedete königliche Waldgebiet. Manchmal rückt in diesen Urkunden der Begriff „Bann“ als Ausfluß eines Herrschaftsrechtes in solche Nähe des Eigentumsrechtes, daß man beides für identisch miteinander halten möchte,¹⁴⁷ doch mit Un-

145. Zur Frage des Forstrechts vgl. Hermann Thimme, *Forestis*, Archiv f. Urkundenforschung 2, 1909. S. 101—154. F. Philippi, *Forst u. Zehnte* in ders. Zs. 2, 1909, S. 327 ff.

146. Dipl. III. Heinr. II. 8/10 v. 1002 ... sub banno usuali more ad forestum deputatur ... Ebd. 491/625 v. 1023. Ebd. 379/483 v. 1018 ... banno nostro imperiali constringere et ut rustice dicunt forestare Ebd. 505/646 v. 1024 ... legali banno forestum fecimus ... Dipl. IV. Konr. II. 107/150 v. 1027. — Ebd. 127/185 v. 1029. — Ebd. 173/231 v. 1031.

147. Dipl. II. Otto II. 221/250 v. 980 ... super forestum eundem bannum nostrum facere iussimus nostraeque dominationis auctoritate Dipl. II. Otto III. 243/660 v. 997 ... nostri iuris proprietatem bannum

recht, denn an weit mehr Stellen wird das Eigentumsrecht am Wald und das Bannrecht darüber deutlich unterscheiden, entweder in der Weise, daß der Wald geschenkt wird und dazu auch das Bannrecht,¹⁴⁸ oder so, daß das Eigentumsrecht an dem Wald der Kirche schon gehört und nur der Bann über den Wald, der ihn zum Forst macht, neu verliehen wird.¹⁴⁹ Worin besteht dann aber das Bannrecht? Wie sonst schon bekannt, tritt uns auch hier seine friedewirkende Kraft¹⁵⁰ und die Gültigkeit der 60-Schilling-Buße entgegen.¹⁵¹ Der gewährte Friede erscheint zunächst als Schutz des Wildes, nur der Inhaber des Bannes oder seine Beauftragten dürfen es jagen. Es ist dies der eigentliche Wildbann.¹⁵² In dem Augenblick aber, in dem Rodungen in dem Wald vorgenommen werden (selbstverständlich mit Genehmigung des Banninhabers), erweitern sich die Bannrechte, wie wir dies aus zahlreichen Weistümern und Urbarn wissen.¹⁵²

nostrum super forestos Ebd. 252/668 v. 997. Hildesh. U. B. I. 108/106 v. 1065 ... bannum super quoddam forestum ... in proprium dedimus ...

148. Dipl. I. Otto I. 29/115 v. 940. Dipl. II. Otto II. 50/59 v. 973. — 90/104 v. 974. — 275/319 v. 982. — Dipl. II. Otto III. 233/648 v. 996. — Dipl. III. Heinr. II. 184/218 v. 1008. — 244 v. 1012. — Dipl. III. Heinr. II. 253/291 v. 1012. — Dipl. IV. Konr. II. 50/57 v. 1026. — 173/231 v. 1031.

149. Dipl. III. Heinr. II. 54/65 v. 1003 ... regalis potentie bannum tam super propriam ipsius Adelberonis terram quam super domorum pontificalium ... sive omnium illorum hominum terras, qui ... collaudabunt...

150. Dipl. I. Otto I. 302/417 v. 965 ... banno munitum ... Dipl. II. Otto III. 358/787 v. 1000 ... tuta ac defensa munitata ac in perpetuum forestata ... nostrum imperialem bannum Dipl. III. Heinr. II. 326/412 v. 1014 ... pacem et securitatem ... Ebd. 327/413 v. 1014 ... bannum nostrum ... pacem et securitatem ... Sachsenspiegel II. 61. § 1. Schwabenspiegel 236 S. 108. Dipl. II. Otto III. 43/443 v. 988 ... bannum et pacem (wiederholt). Dipl. III. Heinr. II. 1/1 v. 1002 ... bannum et pacem In beiden Fällen ist bannus et pax als ein Begriff zu fassen. Ähnliches an vielen anderen Stellen.

151. Dipl. I. Otto I. 110/193 v. 949. Dipl. II. Otto II. 39/49 v. 973. Dipl. III. Heinr. II. 367/469 v. 1017. Quellen zur Schweizer Geschichte III. 13. Constit. I. 217/308 v. (1162).

152. Dipl. II. Otto III. 93/504 v. 992. Dipl. III. Heinr. II. 54/65 v. 1003. — 80/100 v. 1004. — 188/223 v. 1008. — 235/271 v. 1011. — 244/281 v. 1012. — 327/413 v. 1014. — 496/632 v. 1023. Dipl. IV. Konr. II. 149/201 v. 1030. Constit. I. 455/683 v. 1156.

153. Wir nennen nur einzelne Beispiele: Beyer, Mittelrhein. U. B. II. 15/391 ff. v. ca. 1220: Liber annalium iurium archiepiscopi Trevirensis

Denn nun unterstehen alle Inhaber der neugeschaffenen Hufen (Wildhufner oder geforstete Leute) der Bann- oder Vogteigerichtsbarkeit des Banninhabers oder seines beauftragten Forstmeisters, sie zahlen Abgaben von ihrem Gut, genießen aber andererseits Schutz und gewisse Anrechte an der Nutzung von Wald und Weide. Diese Wildhufen nehmen durch die Rodungsarbeit oft einen beträchtlichen Umfang an, so zählt man im Lorsche Wildbann 74 Hufen¹⁵⁴ und im Büdinger Reichswald eine ganze Reihe Dörfer.¹⁵⁵ So entstehen im Frühmittelalter unter Macht und Schutz des Forstbanns¹⁵⁶ aus der Herrschaft über Wald und Wild Herrschaften über Dörfer und ganze Gebiete. Sie schließen Gerichtsrechte ein, aber sie zeigen deutlich, daß die Gerichtsrechte nicht den Kern des Bannrechtes ausmachen, sondern daß sie nur Folgerungen aus dem sind, was das Wesen des Königsbannes ist: aus königlicher Schutz- und Muntherrschaft.¹⁵⁷

S. 401, 410 (Birkenfeld), 417 (Ehrenbreitstein), 418 (Oftending), 424 ff. (Spurkinberg). Grimm, Weist. I. S. 498 Dreieichenhain v. 1338. — Ebd. 463 ff. Lorsche Wildbann von 1423. — Fbd. III. S. 426 ff. Büdinger Reichswald v. 1380.

154. Grimm, Weistümer I. S. 463 ff. ... dies ist der wildban in dem bruche da inne liegend 74 huben, der giebt jeglich 5 untz an einen heller ... und die hubner sullen ahn St. Gertrudentag dem bischofe von Mainz rechtsprechen zu Lorsch über den wildban (ein ehemalig königlicher, dann an Mainz geschenkter Forst).

155. Grimm, Weist. III. 426—32 v. 1380. Wir werden von diesem Reichswald noch im 4. Kapitel ausführlich zu reden haben.

156. Nicht in allen Urkunden, die von Forsten reden, wird der Forstbann ausdrücklich genannt, ohne daß das etwa das Fehlen des Königsbanns in dem betreffenden Gebiet besagen würde. Das zeigt der willkürliche Wechsel von Urkunden mit und ohne Erwähnung des Königsbannes, besonders deutlich etwa in einer einheitlichen Gruppe von Urkunden Konrads II. für Salzburg alle aus dem Jahr 1027 (Dipl. IV. Konr. II. 104/147. — 105/148. — 107/150). In zwei der Urkunden kommt das Wort Bann nicht vor, wohl aber in der dritten, augenscheinlich ohne sachlichen Unterschied. Ebenso wird in dem Trierer Güterverzeichnis von 1220 (Anm. 153) ausführlich von dem Forst Spurkinberg geredet, ohne den Bann zu nennen. Nur an einer Stelle heißt es *per totum bannum* im Sinne von „im ganzen Forst“. Daß es der Königsbann ist, der diesen Bannbezirk schuf, zeigt die 60-Schilling-Buße.

157. Sie ist vom Eigentumsrecht zu unterscheiden.

Auch der Marktbann erweist vor allem anderen seine friedewirkende Kraft. Andere Eigenschaften des Bannes treten davov weit zurück.¹⁵⁸ Verleiht der König das Marktrecht in einem Ort, so fügt er auch seinen Bann dazu, d. h. die Kraft des Bannes soll die ungestörte Ausübung des Marktrechtes garantieren. Für alle, die als Käufer oder Verkäufer zu dem Markte kommen, gilt der Königsfriede unter der schützenden Kraft des Königsbannes, so daß für den Bruch des Friedens die bekannte 60-Schillings-Buße zu zahlen ist. Wer sich um den Markt herum ansiedelt, lebt ganz unter Schutz und Herrschaft des königlichen Bannes. Zur Ausführung dieses Schutzes, d. h. zur Aburteilung der Bannbrüche findet ein Gericht unter dem mit der Wahrung der königlichen Bannrechte beauftragten Vogt statt.¹⁵⁹ Da der neue Inhaber des Marktrechtes das stärkste Interesse an den finanziellen Erträgnissen des Marktbannes hat, legt, wie das nicht zu verwundern ist, auch das Privileg darauf den Nachdruck, so daß bannus oft geradezu als Bezeichnung des finanziellen Ertrags erscheint.¹⁶⁰ Dabei ist jedoch nicht zu erkennen,

158. Dipl. II. Otto III. 367/796 v. 1000 ut omnes homines causa negotiationis ad ipsum mercatum ineuntes negotiantes euntes et redeuntes talem pacem obtineant, qualem detinent qui nostra publica merchata visitent, quicumque vero de his aliquem inquietaverit, nostrum bannum imperialem componat Dipl. I. Otto I. 430/583 v. 973. Dipl. II. Otto II. 197/605 v. 996. Dipl. II. Otto III. 357/786 v. 1000. — 364/793 v. ca. 1000. — 372/799 v. 1000. — 399/832 v. 1001. Dipl. III. Heinr. II 78/98 v. 1004 ... regio banno ... habeantque ibidem negociantes pacem nostrae auctoritatis et defensionis sicut in maioribus nostri regni locis et civitatibus ... Ebd. 79/99 v. 1004. Dipl. IV. Konr. II. 144/195 v. 1030. — 234/319 v. 1036. — 154/205 v. 1030. — 222/303 v. 1035.

159. Dipl. IV. Konr. II. 278/384 v. 1038....ut advocatus ... hiis diebus, quibus annualis mercatus inibi celebrari ... solet fieri, ...potestatem habeat banno nostro constringendi omnes qui illuc convenerint ad omnem iusticiam faciendam ... Ebd. 222/303 v. 1035. Dipl. III. Heinr. II. 214/251 v. 1010.

160. Dipl. I. Otto I. 430/583 v. 973. Dipl. II. Otto II. 165/185 v. 977. Dipl. II. Otto III. 48/150 v. 988. — 23/421 v. 985. — 55/460 v. 989 ... teloneum et bannum ibi accipiat... Ebd. 104/515 v. 992. — 142/552 v. 994 ... atque teloneum cum banno nostro inde accipiant ... Dipl. III. Heinr. II. 109/134 v. 1006. — 141/167 v. 1007. Dipl. III. Heinr. II. 187/222 v. 1008. — 190/224 v. 1009. Dipl. IV. Konr. II. 234/319 v. 1036.

ob dieser nur aus der Buße für Übertretungen oder aus einer von allen zu zahlenden Abgabe, etwa einer Marktsteuer, besteht. Das letzte erscheint jedoch wahrscheinlich, da die häufige Erwähnung des Bannes in der Reihe der finanziellen Rechte erst dann recht verständlich erscheint, wenn nicht nur die unregelmäßig entfallenden Bannbußen gemeint sind, sondern eine regelmäßige Steuer. Freilich wird meist neben dem Bann noch ein *theloneum* oder *vectigal* des Marktes genannt, augenscheinlich eine Abgabe von den zum Markte gebrachten Waren. Diese kann nicht unter „Bann“ begriffen sein, er muß eine zweite Abgabe, eine Schutzsteuer enthalten, wie wir das in den Stadtrechten späterer Generationen vorfinden. Eine Vorstufe der Stadtrechte bedeutet es, wenn die Urkunden wiederholt auf ein allgemein bei den Märkten unter Königsschutz geltendes Recht verweisen.¹⁶¹ Der Marktbann umfaßt also Schutzherrschaft und Banneinnahme jedesmal gemeinsam, einerlei ob man beide erwähnt oder nicht, da beide einen als allgemein bekannt vorausgesetzten Rechtskomplex bilden. Dabei ist es für uns zunächst belanglos, ob die Verleihung des Marktrechtes selbst ebenfalls einen herrschaftlichen Charakter trägt, oder Kronrecht ist im Sinne dessen, was wir heute als öffentliches Recht bezeichnen. Denn der Marktbann ist von dem Marktrecht stets deutlich geschieden,¹⁶² die Gründung des Marktes wird genehmigt, und dann der neue Markt geschützt. Es sind dies zwei Akte, wenn auch in der Praxis der erste Schritt erst durch den zweiten durchführbar wird, da die Gründung erst durch den Schutz lebensfähig wird, und sie nur unter der Voraussetzung der Schutzherrschaft überhaupt gestattet wird. Alles das fügt sich in das bereits gewonnene Bild des Königsbannes vollkommen ein, und bestätigt so von neuem dessen Richtigkeit.

161. Dipl. II. Otto III. 311/737 v. 999. — 357/786 v. 1000. — 364/793 v. ca. (1000). — 367/769 v. 1000 ... cum omni theloneo et banno sicut publicum mercatum n ceteris civitatibus et villis colitur ... Ebd. 399/832 v. 1000. Dipl. III. Heinr. II. 78/98 v. 1004. — 79/99 v. 1004. Dipl. IV. Konr. II. 144/195 v. 1030.

162. Dipl. II. Otto III. 66/473 v. 990 habeat mercatum ... ut autem firminus ... consistat, regium bannum illuc dedimus ... Dipl. II. Otto III. 197/605 v. 996. Dipl. IV. Konr. II. 222/303 v. 1035. — 234/319 v. 1036.

Häufig überschreitet jedoch die Geltung der Banngewalt die Grenze des Marktes. Seeliger machte bereits nachdrücklich darauf aufmerksam, daß oft der mit dem Marktrecht gewährte Bann zu einer ständigen Gerichtsbarkeit über den Markort geführt hat.¹⁶³ In diesen Fällen hat die Verleihung des Königsbannes einen anderen, umfassenderen Sinn bekommen. Sie besagt dann, daß die Schutzherrschaft nicht nur über den Markt und nicht nur an den Markttagen, sondern über den ganzen Ort und zu allen Zeiten von nun an dem König oder dem Beschenkten zustehen soll. Sobald eine Siedelung bei dem Markt entsteht, erwächst eines aus dem anderen. Darum ist oft in den Urkunden nicht klar zu ersehen, ob nur der engere Marktbann oder der weitere Bann über den Markort gemeint ist, einzelne klare Beispiele weisen aber deutlich auf den weiteren Umfang der Bannrechte hin; so z. B. die Urkunde Ottos III. für Passau von 999, in der er schenkt: *bannum . . . et totius publice rei districtum, tali tenore ut . . . praesul . . . omnem publicam rem hartenus nobis in eadem civitate Bataviensi pertinentem habeat et firmiter infra civitatem et extra perpetualiter teneat . . .*¹⁶⁴ oder das Diplom Konrads II., das Würzburg *totius civitatis eiusdem districtum* und das Marktrecht überträgt unter dem Schutz seines Bannes, für dessen Bruch die übliche Königsbannbuße zu bezahlen ist . . .¹⁶⁵ oder wenn Konrad II. Bremen den Markt und das Bannrecht zu Stade schenkt *et quicquid inde regius rei publice fiscus obtinere poterit* mit dem Zusatz: *homines vero, qui in predicto predio quoquo modo se habitacula faciant, sub banno et constrictione advocati . . . manere decernimus . . .*¹⁶⁶ Andere Urkunden sprechen dies nicht ebenso klar aus, lassen aber denselben Tatbestand erkennen,¹⁶⁷ daß nämlich

163. Gerhard Seeliger. Die soziale u. polit. Bedeutung der Grundherrschaft des frühen Mittelalters (= Abh. d. phil.-hist. Kl. d. kgl. sächs. Ges. d. Wiss. 22, 1.) S. 117.

164. Dipl. II. Otto III. 306/733 v. 999.

165. Dipl. IV. Konr. II. 154/205 v. 1030. Zur Gleichsetzung von *districtus* mit Bann vgl. oben Anm. 77—80 und unten Anm. 166.

166. Dipl. IV. Konr. II. 278/384 v. 1038.

167. Dipl. I. Otto I. 307/422 v. 965 . . . *bannum . . . quin etiam negotiatores eiusdem incolae loci nostre tuitionis patrocinio condonavimus . . .*

im Anschluß an den Marktbann die Bannherrschaft über einen ganzen Ort oder eine ganze Stadt übertragen wird. Es muß also in diesen Fällen vor der Schenkung ein Kreis von Leuten oder ein Gebiet in oder bei dem Ort bestanden haben, dessen Einwohner königlicher Herrschaft d. h. der Königsmunt unterstanden, und durch den Königsbann gefriedet waren. Es muß dies nicht stets Reichsgut sein, denn wir sahen oben, daß Eigentum und Herrschaftsrecht oft verschiedene Wege gehen können, wie wir dies z. B. auch in Villingen beobachten, wo der Ort bereits dem Grafen Berthold gehörte, als ihm Otto III. das Marktrecht cum . . . totius publice rei banno schenkte.¹⁶⁸ Es kann das Eigentum dieser Bezirke also in anderer Hand liegen, die Bannherrschaft aber noch bei dem König, so daß sie reine „Bannbezirke“ darstellen, wie Seeliger sie genannt hat, Sondergebiete des Königsbannes und des Königsschutzes. Dabei ist die Beziehung dieser Herrschaftsrechte auf den Boden erst sekundär, so wie alle Muntrechte sich von den Personen auf den Boden, auf dem diese sitzen, übertragen. Diese königlichen Herrschaftsrechte treten, soweit wir sehen können, in Abgaben der ihr unterworfenen Leute und in Gerichtsrechten in Erscheinung, die ein Beauftragter des Königs ausübt. Über den Umfang dieses königlichen Herrschaftsgerichtes werden wir noch zu reden haben. Zunächst ist aber festzustellen, daß diese königlichen Munt Herrschaftsrechte, wenn sie sich über Kirchen oder über Domänen erstrecken mit der vielbesprochenen Immunität verbunden, oder im deutschen frühen Mittelalter als mit Immunität gleichbedeutend erscheinen, in der Weise, daß der Königsschutz der Kirche die Immunität, d. h. die herrschaftliche Reichsunmittelbarkeit zur Folge hat.¹⁶⁹ Dies bestätigen die deutschen Diplomata auf das deutlichste, da für diese Bannbezirke die bekannten Immunitätsformeln häufig verwendet werden.¹⁷⁰ Sie sind also Immuni-

(bestätigt von Otto III. 40/439 v. 988). Dipl. II. Otto II. 147/165 v. 977. Dipl. II. Otto III. 34/433 v. 987 . . . bannum ad regium ius respicientem in loco G. Dipl. IV. Konr. II. 16/18 v. 1025. — 82/111 v. 1027.

168. Dipl. II. Otto III. 311/737 v. 999.

169. Vgl. Adolf Waas, Vogtei u. Bede I. 99 ff.

170. Dipl. I. Otto I. 77/157 v. 946. — 27/113 v. 940. Dipl. II. Otto II. 198/225 v. 979. — 222/251 v. 980. Vgl. auch G. Seeliger, Grundherrschaft S. 113.

tätsbezirke meist kleineren Umfangs, die nicht eine Kirche selbst mit ihrem Gut, sondern nur einen Bezirk mit bäuerlichen oder bürgerlichen Siedlern umfassen. Sie gehören zu den Immunitätsbezirken des Reichsguts, solange sie in königlicher Hand sind, nur daß sie nicht königliche Fronhöfe, sondern Reichsbauern oder Reichsbürger unter dem königlichen Munt- und Bannrecht umfassen. Der Unterschied zwischen dem, was unsere Urkunden meist als Immunität bezeichnen (Königsmunt über Kirchen und ihr Gut oder über Reichsgutskomplexe), und den Bannbezirken ist also vom Objekt her, nicht aber von der Art der Herrschaftsgewalt aus bestimmt.

Wir kennen solche Bannbezirke städtischer und ländlicher Art, ohne daß mit dieser Unterscheidung eine wesentliche Grenze gezogen wäre, beides geht häufig ineinander über. In den Bischofsstädten römischer Grundlage ließen sich diese Bezirke königlichen Muntherrschaftsrechtes als Erbschaft der römischen civitas nachweisen, ein interessantes Beispiel dafür, wie römische, rechtlich ganz anders zu fassende Rechte von den erobernden Germanen auf ihre Weise gestaltet wurden; sie übernahmen das Gebiet, seinen Namen und seine rechtliche Sonderstellung. Aber da die dieser zugrunde liegenden römischen Rechtsbegriffe ihnen fremd waren, setzten sie ihren Munt- und Schutzherrschaftsbegriff an deren Stelle, und schufen so auf alter Grundlage neues für sie lebendiges Recht. In Trier, Chur, Speyer, Worms und Mainz ließ sich diese Wandlung aufweisen, in dem Weiterbestehen eines römischen Distrikts als Bannbezirk königlicher Muntherrschaftsrechte.¹⁷¹ Innerhalb seiner Grenzen sitzen freie Leute unter Königsmunt, sie zahlen dafür eine Abgabe und besuchen das Gericht, das ein Beauftragter des Königs unter königlichem Bann abhält. Alle diese Rechte gehen in wechselndem Geschick an die Bischöfe über, aber auch unter bischöflicher Muntherrschaft ist der königliche Ursprung meist noch klar zu erkennen, so beispielsweise in Worms, wo diese Leute nach ihrer Herkunft noch im Hofrecht Bischof Burkhard's

171. Vgl. dazu und zu dem Folgenden: Adolf Waas, Königtum, Bistum und Stadtgrafschaft in den mittelrheinischen Bistümern. = Histor. Vierteljahrsschr. 1921. S. 398—425.

aus dem Anfang des 11. Jahrhunderts „Königsleute“ (fiscalini) heißen.¹⁷² In Speyer erklärt Herzog Konrad der Rote, der Inhaber der Herrschaft über ein Gebiet in und um die Stadt mit Steuer- und Gerichtsrechten, daß er omnem potestatem intra civitatem et extra . . . ex regali tradicionem et donatione habe,¹⁷³ in Trier heißt dieser Bannbezirk „Grafschaft“, ohne daß er mit einer Gaugrafschaft das geringste zu tun hätte, eine Urkunde von 902 gibt den Inhalt ihrer Rechte an als: monetam . . . theloneum omneque tributum infra civitatem et extra per omnen comitatum . . . et cunctos censuales atque fiscales et medemam agrorum,¹⁷⁴ und noch das älteste Trierer Stadtrecht¹⁷⁵ läßt Umfang und herrschaftliche Art dieser „Grafschaft“ deutlich erkennen, die inzwischen vom Bischof dem Pfalzgrafen übergeben worden ist. Ebenso können wir in Chur diese „Grafschaftsrechte“, wie sie auch dort heißen, von den Karolingerzeiten bis zum Habsburger Urbar verfolgen.¹⁷⁶ Auch für Straßburg¹⁷⁷ und Passau¹⁷⁸ gilt Ähnliches. Alle diese Bannbezirke decken sich keineswegs mit dem Grundeigentum der Kirche oder des Schutzherrn, sie sind davon unabhängig, so wie Grundeigentum und Muntherrschaft jede ihr eigenes Bereich für sich haben, oder doch haben können. Zweifellos waren alle diese Bezirke als civitates des römischen Reichs einmal Gebiete des reinen Amtsrechts, und wurden als solche von den Frankenkönigen übernommen. Aber dabei blieb es nicht. Gemäß den Rechts-

172. M. G. Leges. Sect. IV. Bd. I. S. 640 ff.

173. Remling, U. B. z. Gesch. d. Bisch. z. Speyer I. 13/11 v. 946. = Hilgard, Speyrer U. B. 4/3.

174. Beyer, Mittelrh. U. B. I. 150/214 v. 902 = Mühlbacher Nr. 2002 (1950).

175. Kentenich, G. Das älteste Trierer Stadtrecht. Trierisches Archiv 7, 1904. S. 78 ff. Die Abhängigkeit der Handwerker und ihrer Zünfte von dem Schutzherrn, die hier in der Zahlung von Steuern besonders deutlich in Erscheinung tritt, und die sich auf diese „Grafschaft“ beschränkt, läßt die herrschaftliche Stellung dieses „Grafen“ klar erkennen.

176. Waas a. a. O. S. 408—412. Vgl. auch H. Wießner, Twing u. Bann S. 43 u. 44.

177. Dipl. II. Otto II. 267/310 v. 982. Straßb. U. B. 282/216 v. 1243. Fritz Kiener, Studien zur Verfassung d. Territoriums der Bischöfe von Straßburg S. 105.

178. s. o. Anm. 164.

begriffen der germanischen Herren trat eine königliche Munt-herrschaft an die Stelle, so wie wir sie an allen diesen Stellen im deutschen Frühmittelalter vorfinden. Die Frage nach der Zeit dieser Wandlung muß zunächst offen bleiben, ob sie bei der fränkischen Besitzergreifung oder erst später mit der Verstärkung des germanischen Elements eintrat, wissen wir nicht. Jedenfalls liegt sie aber vor der Mitte des 10. Jahrhunderts.

Auch Städte auf nicht römischer Grundlage, aber ursprünglich königlichen Rechtes, zeigen deutlich solche geschlossenen Bannbezirke königlichen Schutzrechtes wie z. B. Magdeburg,¹⁷⁹ Würzburg und Bremen.¹⁸⁰ Doch es kommt für uns ja nicht auf eine auch nur annähernde Vollständigkeit, sondern auf Erkenntnis der Struktur königlicher Herrschaft an, wie sie in den besprochenen typischen Beispielen uns entgegentritt.

Wir können darum nicht auf Einzelheiten der Sonderentwicklung einzelner Orte eingehen; wichtig aber ist, daß alle königlichen und alle unter Königsschutz stehenden Städte solche Bannbezirke königlichen Muntrechtes darstellen, denn überall dort spannt sich, ungeachtet aller Eigentumsverhältnisse, königliche Vogtei d. i. königliche Muntherrschaft über ein begrenztes Gebiet aus. Sie tritt in Erscheinung in Schutzherrschaft, Gericht und Steuer, äußerlich charakterisiert durch den Königsbann. Ob diese königliche Schutzherrschaft durch machtvolle Dynasten der königlichen Hand entwunden wird, ob es den Städten gelingt, sie selbst in die Hand zu bekommen, sie abzuschütteln oder auf ein unwesentliches Maß herabzudrücken, ist für diese Betrachtung zunächst belanglos. Der Ausgangspunkt liegt überall in solchen königlichen Munt- und Bannbezirken.

Ländliche Bannbezirke schließen sich den städtischen ohne weiteres an. Ein Beispiel dafür ist die genannte Trierer Stadtgrafschaft, denn sie umfaßt außer der Stadt ein großes Stück des Moseltales oberhalb Trier. Aber auch kleinere Städte wie Weilburg an der Lahn¹⁸¹ und Bingen¹⁸² sind Mittelpunkte solcher

179. Dipl. I. Otto I. 300/415 v. 965. Dipl. II. Otto II. 198/225 v. 979.

180. s. o. Anm. 165 und 166.

181. Dipl. III. Heinr. II. 21/24 v. 1002.

182. Dipl. II. Otto II. 306/363 v. 983 ... ius potestative infra et extra Pinguam civitatem in omnibus rebus ubicumque positis possideant

ländlichen Bezirke königlichen Bannrechts, ebenso wie wir dies in den Fällen beobachtet haben, in denen solche Bannbezirke sich an das Marktrecht anschließen. Wir kennen Beispiele aus allen Gegenden Deutschlands. Als besonders klarer Fall sei ein Bannbezirk bei Hof Dahlum genannt, den Heinrich II. dem Kloster Gandersheim schenkt,¹⁸³ in ihm sitzen freie Bauern, die dem König unmittelbar untertan sind, und eine Abgabe von 500 Widdern dem König entrichten. Der zuweilen in den Urkunden hervortretende enge Zusammenhang dieser Banngebiete mit königlichen Forsten¹⁸⁴ oder königlichen Fronhöfen,¹⁸⁵ zeigt ebenfalls ihren Charakter als königliches Herrschaftsgebiet. Meist sind jedoch die Angaben der Urkunden zu kurz, um Einzelheiten erschließen zu können, doch lassen auch die knappen aber in der großen Reihe der Urkunden sich ergänzenden Worte der Diplome einen Schluß auf den herrschaftlichen Charakter oder auf die dafür bezeichnenden Steuerrechte der dem Bann unterworfenen Leute meist zu.¹⁸⁶ Besonders erwähnt sei, daß in ein-

et banno sub territorio eiusdem civitatis et in locis contiguis dehunc eo banno quod vulgariter banpennic dicitur ... es folgt Grenzbeschreibung.

183. Dipl. III. Heinr. II. 206/241 v. 1009 ... bannum ad nostras manus specialiter pertinentem in predicto pago Amberga, quingentos arietes, quod ex debito liberi homines nunc vel antecessorum nostrorum temporibus ipsi vel parentes ipsorum ad supra dictum locum semper solverunt largimur ... ut nullus predictorum liberorum alicui preter Gandeneshamensi se subdat ecclesie ... Vgl. auch Dipl. III. Heinr. II. 492/626 v. 1023.

184. Dipl. II. Otto II. 15/22 v. 967. — 58/463 v. 989. — 66/78 v. 973. — Dipl. II. Otto III. 9/405 v. 985. Hamb. U.B. (Lappenberg) I. 87/85 v. 1062 nostrique banni districtum super omnes ipsam terram inhabitantes, forestum etiam cum banno regali per totum pagum Wimodi cum insulis ...

185. Dipl. II. Otto III. 9/405 v. 985.

186. Dipl. I. Otto I. 27/113 v. 940 ... bannum habeant super homines hier in Verbindung mit dem Burgbann, von dem noch zu reden sein wird. Dipl. I. Otto I. 73/152 v. 945 ... bannum supra duas villas ... Ebd. 77/157 v. 946 vom Herausgeber irrtümlich als Marktbann bezeichnet. Vgl. G. Seeliger Grundherrschaft S. 115. Dipl. I. Otto I. 207/287 v. 960 ... vallem quoque Pergallie cum omni districtione placiti et banni ... Dipl. II. Otto II. 222/251 v. 980 ... bannum nostrum in villis ... ad regium et imperiale ius hactenus pertinentem... Dipl. II. Otto II. 228/256 v. 980 ... bannum quoque et teloneum in ... seu cuiuscumque modi utilitatis ad nostrum ius teneri videbatur.... Dipl. II. Otto II. 279/325 v. 982.

zelen Fällen¹⁸⁷ dieser Bannbezirk als Mark bezeichnet wird, oder in engsten Zusammenhang mit der Mark steht. Wir werden darauf zurückzukommen haben.

Ist unsere Auffassung vom Wesen dieser Bannbezirke richtig, so ist es nicht abzusehen, warum nicht Banngebiete anderer Herren neben denen des Königs stehen sollten, sicherlich nicht Bezirke eines Bannes gleicher Intensität, aber doch eines dem königlichen verwandten, schwächeren Bannrechts. Ist der Bann eine Ableitung von Kronrechten im engsten Sinn, also von Rechten, die wir heute öffentlich-rechtlich nennen würden, wie beispielsweise einer allgemeinen Gerichtshoheit, so wäre das unmöglich, dann müßten alle vorhandenen Banngebiete ihr Bannrecht direkt oder indirekt vom König ableiten. Außerdem ist es schon darum wichtig, nach solchen außerköniglichen Banngebieten zu fragen, da aus dem Vergleich beider Arten des Bannrechtes Rückschlüsse auf das Wesen des Bannes sich ergeben müssen. Denn es geht nicht an, wenn nach dem Wesen der Bannrechte gefragt ist, die Antwort nur von den Erscheinungsformen der einen Art des Bannes herzuleiten. Solche Bannrechte finden wir aber überall in Deutschland neben vom König übertragenen Bannrechten sehr häufig, und zwar erfahren wir von ihnen, sobald man die Rechte einzelner Herren aufzuzeichnen beginnt, also Güterverzeichnisse und Urbare anlegt.

Dipl. II. Otto III. 312/739 v. 999 = Heinr. II. 15/17 v. 1002 . . . omnem districtum super villam . . . et super cuncta, que ad eundem villam pertinent, videlicet publice rei subiecta, teloneum vero monetam et negocium generale fermentate cerevisie quod vulgo gruit nuncupatur, immo quicquid in iam dicta villa ad publicum bannum sive districtum pertinere visum est . . . Dipl. III. Heinr. II. 106/131 v. 1006 . . . bannum etiam nostrum super eundem locum et quaecumque potestas ad nos respicere videtur. . . . Ebd. 21/24 v. 1002 . . . omnem dominicatum, quicquid ad regias suscepit manus . . . cum regio banno . . . Ebd. 111/136 v. 1006 . . . bannum . . . nostrum super eundem locum omnemque utilitatem, que ad nos inde iure pertinere videtur . . . Ebd. 199/233 v. 1009. — Dipl. IV. Konr. II. 82/111 v. 1027. Stumpf, Acta Imperii 485/682 v. 1162. Schöpflin 360/305 v. 1196 . . . quandam petitionem vel exactionem . . . in villa et banno. . . . Hamburger U. B. (Lappenberg) I. 87/85 v. 1062 . . . nostrique banni districtum super omnes ipsam terram inhabitantes . . .

187. Dipl. II. Otto II. 15/22 v. 967. — 284/331 v. 982. — Dipl. IV. Konrad II. 4/5 v. 1024.

Sie alle von königlichen Rechten ableiten zu wollen, geht schon wegen der großen Ausdehnung dieser Rechte nicht an. Außerdem werden sie meist als Bann des Erzbischofs (oder wer der Herr sein mag) bezeichnet und von den Fällen, in denen der Königsbann mit seiner 60-Schillingsbuße in ehemals königlichen Gebieten gewahrt bleibt, deutlich geschieden. Ihr Charakter ist überall rein herrschaftlich. Wir greifen als Beispiel zwei Trierer Urbare aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts heraus: Aus dem Güterverzeichnis des Klosters St. Maximin¹⁸⁸ ist über Bannrechte Folgendes zu erschließen: Das Kloster besitzt nicht in allen den Dörfern, wo es Besitzungen hat, Bannrechte, aber in 12 Dörfern werden uns solche genannt. Sie erstrecken sich weiter als der Grundbesitz des Klosters und umfassen auch Bauern, die auf ihrem Allod sitzen (*quicumque in banno nostro sunt et si super allodium suum morentur*). Alle dem Bann Unterworfenen sind zu begrenzten Frondiensten verpflichtet etwa von drei Tagen, in der Heuernte beim Pflügen oder beim Dreschen. Die Fischer leisten keine Dienste, zahlen aber dreimal im Jahr eine Steuer. Die Nutzung von Wasser und Weide ist innerhalb des Bannbezirkes gemeinsam, gemeinsam auch die Mühle, denn die Benutzung der herrschaftlichen Mühle ist Pflicht. In einem Dorf ist beim Tod eines Bauern eine Abgabe (*corimedium*) zu zahlen, es ist aber nicht ersichtlich, ob in diesem Dorf Unfreie dem Bann unterworfen sind, oder ob die Freiheit durch diese Abgabe nicht gemindert wird. Alle Einwohner des Bannes sind verpflichtet, die 3 echten und die gebotenen Dinge der Klosterherrschaft zu suchen. Alles in allem ist es das Bild einer Dorfgemeinschaft unter der Herrschaft des Klosters. Der herrschaftliche Charakter des Bannrechtes steht trotz der damit verbundenen Gerichtsrechte ganz außer Frage. Das etwa gleichzeitige erzbischöflich Trierische Güterverzeichnis¹⁸⁹ ergänzt dies Bild der Bannrechte auf das beste. Es zählt 15 Banngebiete des Erzbischofs auf, stets mit Angabe der Steuer oder der Frondienste, die die diesem Bann Unterworfenen zu leisten haben. Dabei ergibt sich aus einer zweimal wieder-

188. Beyer, *Mittelrhein*. U. B. I. 16/428 ff. Anf. d. 13. Jhds.

189. Ebd. 15/391 ff. von ca. 1220.

kehrenden Angabe, daß die Steuer eine Ablösung von Frondiensten oder ähnlichen Leistungen darstellt. An einer anderen Stelle können wir erschließen, daß sich Freie mit Allod unter den Leuten des Bannes befinden, denn denen, die Allod haben, werden die Frondienste erlassen, augenscheinlich aber auch Hörige anderer Herren, wie aus einer Bemerkung hervorgeht. Die Größe dieser Gebiete ist sehr verschieden, das größte gehört wohl zu Hunbach bei Montabaur. Es umfaßt etwa 15 Ortschaften. Diese landwirtschaftlichen Bannrechte sind nicht die einzigen, aber der Fischereibann, der bestimmte Gewässer dem Erzbischof vorbehält, und dafür besondere Bann-Fischer vorsieht, der Forstbann und der Marktbann lassen sich leicht (wenn sie nicht Übertragungen königlicher Rechte darstellen), als Abarten desselben herrschaftlichen Bannes erklären, der sich nur verschieden ausdrückt, je nach der Art der ihm unterstellten Leute und Gebiete. Ein etwas älteres Weistum des Stiftes St. Simeon zu Trier¹⁹⁰ beschreibt uns einen entsprechenden herrschaftlichen Bannbezirk, der acht Orte umfaßt, und dessen Einwohner alle zu 9 Tagen Frondienst im Jahr verpflichtet sind. In einem Güterverzeichnis von Rupertsberg bei Bingen hat „Bann“ einen noch stärker ausgeprägten grundherrlichen Charakter, denn dort erscheint die Flur eingeteilt in Bänne, die etwa den sonst vorkommenden Gewannen entsprechen.¹⁹¹ Im Habsburger Urbar ist die Formel „twing und ban“¹⁹² auf jeder Seite beliebig oft zu finden zur Bezeichnung „eines Herrschaftsrechts, das das Recht, die für die landwirtschaftliche Ordnung erforderlichen Gebote und Verbote zu erlassen, mit Bußen von 3—9 Schilling“, und andere Rechte umfaßt;¹⁹³ also eines grundherrlichen Bannrechts, das schon in den Bußsätzen seine Unabhängigkeit vom Königsbanne zeigt. Es enthält Gerichtsrechte, allerdings nur niederer Art, während das Hochgericht, bezeich-

190. Ebd. II. 13/162 v. ca. 1200.

191. Ebd. II. 14/365 ff. (S. 381) von 1200.

192. Man beachte, wie genau die Formel „twing und ban“ der in den deutschen Königsurkunden so häufig beobachteten Verbindung von *bannus* mit *constringere* oder *districtio* entspricht. Vgl. oben S. 54/5.

193. Paul Schweizer (der Herausgeber des Habsburger Urbars), Habsburger Urbar Bd. III. S. 547 ff.

net durch die Formel „düb und frevel“ stets davon getrennt wird, was auch die Zusätze, wie *twing un bann* ... untz an den *lib*¹⁹⁴ *twing* und *bann âne* über das *plut*¹⁹⁵ bestätigen. Welche der im Urbar genannten Abgaben als Folge dieses Bannrechtes zu betrachten sind, ist schwer festzustellen. Doch ist der Zusammenhang mit wirtschaftlichen Abgaben besonders beim Weinbau deutlich.¹⁹⁶ Auch im Habsburger Urbar deckt sich aber das im Bann zutage tretende Herrschaftsrecht keineswegs mit dem Grundeigentum, wie beispielsweise der Streit um den *Twing* und *Bann* zu *Wolen* beweist, wo der größte Grundherr trotz seiner mit seinem Grundbesitz begründeten Forderung das Bannrecht nicht erhält.¹⁹⁷ Auch an anderen Stellen des Urbars hören wir, daß freie Leute¹⁹⁸ oder Leute anderer Herren¹⁹⁹ diesem Bannrecht unterworfen sind, daß es sich also weiter ausdehnt als die Eigentumsrechte. Doch nicht erst in diesen Urbaren des 13. und 14. Jahrhunderts finden wir diese grundherrlichen Bannrechte, sondern auch in den Urkunden des Frühmittelalters, wenn auch natürlich seltener, da die kurzen, formelhaften Angaben der Urkunden uns wenig von dem inneren Aufbau der Herrschaften erkennen lassen, ehe diese in Urbaren ihre eigenen Rechte selbst fixieren. Doch *Bannweide*,²⁰⁰ *Bannabgaben* in Geld oder *Naturalien*²⁰¹ und *Frondienste* sind auch hier in *Banngebieten*²⁰² erkennbar, in gleicher Weise wie

194. Habsb. Urbar II. S. 552: *Lehen* v. 1361: Aargau.

195. Habsburger Urbar II. S. 477: *Lehen* von 1361: Thurgau.

196. Habsburger Urbar II. S. 414: ... 6 *fuder wins ze banwin* ... *win geltes in dem banne ze Tanne* ... Ähnlich S. 427, 428, 429, 430, 431, 445. Zur Wahrnehmung der Bannrechte werden *Bannwarte* eingesetzt. Wir hören davon: I. S. 2, 9, 13, 50, 52, 87, 426, 444, 445. — II. 424, 433, 438.

197. Habsb. U. I. 167. Vgl. dazu Paul Schweizer, Habsb. U. III. 549.

198. Habsb. U. I. 182 zu *Lutertal* und zu *Offerseya*.

199. Habsb. U. I. 65 *Amt Wehr*.

200. Dipl. II. Otto III. 325/753 in den in Betracht kommenden Teilen *Fälschung* vom Ende d. 12. Jhds. *bannum quoque eiusdem ville cum* *iusticia que vulgo dicitur mast* ... *Oorkondenboek van Holland* 9/6 v. ca. 1150 *rosbannare id est ut equi commune pabulum habeant post abscisionem feni* ...

201. Dipl. III. Heinr. II. 517/665 *Fälschung* d. 12. oder 13. Jhds. *Const. I.* 437/633 v. 1023 ... *bannitum ieunium* ...

202. Dipl. II. Otto II. 245/277 v. 981 ... *alicuius operis iugum iussum*

in den Urbaren, und beweisen so, daß diese herrschaftlichen Bannrechte alt sind. Viktor Ernst hat in Schwaben die Untersuchung dieser Bannbezirke und ihrer Geschichte für ein größeres Gebiet durchgeführt, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sie eine ganz allgemeine Erscheinung im Aufbau des frühmittelalterlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebens darstellen, daß die Macht des niederen Adels auf diesen herrschaftlichen Rechten ruht.²⁰³ Auch Fritz Rörig wies solche Bannbezirke nach und verfolgte sie bis in die Karolingerzeit zurück.²⁰⁴

Wenn wir in den Städten Bannbezirke innerhalb der Bannmeile oder anderer Grenzen finden,²⁰⁵ so sind dies entsprechende Rechte, soweit es sich hier nicht um den Königsbann handelt, dessen Ausübung der König anderen übertragen hat. Die Erklärung dieser Bannrechte machte stets Schwierigkeiten. Aus dem Grundeigentum waren sie nicht abzuleiten, da dies, wie man deutlich sah, oft in anderen Händen lag, so versuchte sie Paul Schweizer mit den Grafschaftsrechten,²⁰⁶ Koehne aber mit der Burgbau- und Verteidigungspflicht, als sog. Burgbann (von dem noch zu reden sein wird), in ursächlichen Zusammenhang zu bringen,²⁰⁷ beide aber ohne dies wirklich glaubhaft machen zu können. Auch bei diesen vorgeschlagenen Erklärungen²⁰⁸ blieb die Frage unbeantwortet, warum der Königsbann einen so völlig anderen Sinn und Charakter haben sollte als der Bann

aut bannum prescripti predii cultoribus deinceps imponat... Dipl. II. Otto III. 261/678 v. 997 ... sine banno atque servicio.

203. v. Ernst. Mittelfreie. 1920. — Ders. Die Entstehung d. nied. Adels. 1916. — Ders. Die Entstehung des Grundeigentums. 1926.

204. F. Rörig. Luft macht eigen. = Festgabe Gerhard Seeliger. 1920.

205. Vgl. z. B. Medebacher Stadtrecht. Keutgen, Urkunden 141/145 v. 1165 cap. 8.

206. Paul Schweizer, Habsb. U. III. 547 ff. 599.

207. Karl Koehne, Studien über die Entstehung der Zwangs- und Bannrechte. = Zs. d. Sav.stftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 38 S. 172 ff.

208. Weitere Literatur zur Frage der Zwangs- und Bannrechte: Hermann Wießner, Twing und Bann. 1935. — Heinrich Brunner, Zwangs- und Bannrechte = Holtzendorffs Enzyklopädie. — Stieda, Zwangs- und Bannrechte = Handwörterb. d. Staatswiss.³ VIII. 1163 ff. — Stier-Somlo, Zwangs- und Bannrechte = Wörterb. d. Volkswirtschaft³ II. 1495 ff. — G. v. Below, Bannmeile = Wörterb. d. Volkswirtschaft³ I, 344.

anderer Herren, denn die ganz farblose angenommene Grundbedeutung von Bann als Befehl unter Androhung bestimmter Strafe oder von allgemeiner königlicher Befehlsgewalt, wie sie Wießner zum Ausgangspunkt nimmt,²⁰⁸ genügt nicht als Antwort auf diese Frage. Aber man ging ihr meist überhaupt aus dem Weg, stellte sie gar nicht, und begnügte sich damit, die Frage nach dem Königsbann und nach grundherrlichen Bannrechten völlig getrennt zu behandeln und zu beantworten, ohne nach einem hinter beiden liegenden Grundcharakter der Bannrechte zu fragen, sehr zum Schaden des ganzen Problems. Alle diese Schwierigkeiten lösen sich, wenn, wie wir es aus den Quellen erschlossen haben, das Bannrecht im Frühmittelalter stets ein Herrschaftsrecht darstellt, das an sich einheitlich ist, sich aber seiner Intensität nach in zwei Gruppen spaltet, je nachdem ob der Bann als Königsbann königliche Muntrechte zum Ausdruck bringt, oder als Banngewalt kleinerer Herren deren beschränktes Herrschaftsrecht darstellt.

Alle diese Untersuchungen über die Bannbezirke finden ihre Bestätigung durch die genannten Arbeiten von Viktor Ernst und den Aufsatz von Fritz Rörig „Luft macht eigen.“²⁰⁹ Er weist solche Gebiete persönlich bindender Herrschaftsrechte nach, und betont nachdrücklich ihre große Bedeutung. Sie sind nach seiner Auffassung — und ganz mit Recht — „als die eigentlichen Erben der karolingischen Gerichtsverfassung des platten Landes“ und als die „Vorstufen der Territorialstaaten“ zu betrachten. Er nennt sie auch gelegentlich „territorialisierte Munt“, erwähnt ihre Bezeichnung als Bann, aber doch ohne klar herauszustellen, daß es die Munt ist, die diese Bezirke schafft, und deren Ausdruck der Satz: „Luft macht eigen“ ist. Er arbeitet klar die Konkurrenz eines räumlichen und personalen Herrschaftsprinzips heraus, ohne die diese Gegensätzlichkeit verdeutlichende

209. Fritz Rörig. Luft macht eigen. = Festgabe Gerhard Seeliger zum 60. Geburtstage 1920 S. 51 ff. Die Arbeit von Ulrich Stutz: Zur Herkunft von Zwing und Bann (Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. 57, 1937 S. 289 ff. erschien erst nach Abschluß unserer Untersuchungen. Sie könnte in den meisten Darlegungen und dem reichen beigebrachten Material eine Bestätigung unserer Auffassung der Bannrechte sein, wenn nicht Stutz doch an dem obrigkeitlichen Charakter aller Zwing- und Bannrechte festhielte.

Gegenüberstellung von Grundherrschaft und Muntherrschaft zu geben, die erst diese Rechtsverhältnisse des Mittelalters verständlich macht. Doch bleibt der Aufsatz neben den Arbeiten von Ernst eine der wichtigsten, Wesentliches beitragende Untersuchung zu unserer Frage. Obwohl Rörig solche Bannbezirke (*potestas, seigneurie*) schon im 10. Jahrhundert nachweisen kann und Ansätze dazu schon in den Kapitularien findet, hält er sie im allgemeinen für Produkte des 12. und 13. Jahrhunderts, ohne daß dafür ein zureichender Grund gegeben wäre. Wertvoll ist auch der Hinweis Rörigs auf die gleiche Entwicklung in Frankreich, er fußt dabei im wesentlichen auf dem Werk von Daresté de la Chavanne.²¹⁰

Noch ein Wort über den Burgbann²¹¹ ist zuzufügen. Man hat darin meist ein besonderes Recht militärischer Natur sehen wollen, das Recht, die Einwohner eines Burggebietes zu Befestigungsarbeiten und Verteidigung aufbieten zu können. Mir scheint hier nur ein Sonderfall der wohlbekannten Bannbezirke vorzuliegen. Ihr Mittelpunkt ist in diesem Falle eine Burg, so wie wir einen Markt, eine Stadt, ein Dorf oder einen Fronhof als Mittelpunkt eines solchen Bannbezirkes fanden, und zwar kann dies je nach seiner Entstehung ein Bezirk königlichen oder eines anderen herrschaftlichen Bannes sein. Daß bei dem Vorhandensein einer Burg die Herrschaft von den ihrem Schutz Unterworfenen Dienste in der Burg fordern konnte, so wie wir sie sonst Dienste bei der Ernte und der Aussaat fordern sahen, ist selbstverständlich. Diese Dienste stellen aber keinen rechtlichen Sonderfall dar, sondern sind herrschaftliche Dienste unter der Macht des Bannes, wie andere auch. In Echternach hören wir auf Grund des königlichen Schutz- und Bannrechts von der Gültigkeit der 60-Schillingbuße im Bannbezirk der Burg unter dem Namen „Burgbann“.²¹² Otto II. schenkt Gandersheim urbalem *bannum*, quem vulgariter *burgban* vocant, ohne

210. *Histoire des classes agricoles en France*. 2. Aufl. Paris 1858.

211. Vgl. dazu: S. Rietschel. *Das Burggrafenamt*. Leipzig 1905. — Erich Schrader. *Das Befestigungsrecht in Deutschland*. Göttinger Diss. 1908. — Alexander Coulin. *Befestigungshoheit und Befestigungsrecht*. Leipzig 1911.

212. Beyer, *Mittelrhein* U. B. II. 37/22 v. 1095.

daß dieser von irgendeinem anderen Bannbezirk unterschieden wäre,²¹³ ebenso schenkt Otto I. Kloster Corvei einen *bannum quem burgban vocant*. Er enthält sicherlich auch die Verpflichtung von Diensten zum Burgenbau oder -unterhalt (*bannum super homines qui ad prefatum coenobium et ad civitatem circa illud debent constructam confugere et in ea operari*), aber es ist mehr als das, denn an anderer Stelle ist er gleichgesetzt mit *iudiciaria potestas super prefatos homines*, was auf einen der uns bekannten, hier an die Burg angelehnten Bannbezirke schließen läßt.²¹⁴ Auch der Kölner Burgbann ist nichts anderes, als ein Hochgerichtsbezirk mit erhöhtem Frieden.²¹⁵ Wir werden in den ostdeutschen Burgwarden und Burggrafschaften noch ebensolche Burgbannbezirke kennen lernen, die in ostdeutschem Kolonialland eine große Bedeutung gewonnen haben.

Alle diese Burgbannrechte fügen sich also dem oben gewonnenen Bild der Bannrechte und des Königsbannes leicht ein. Doch läßt sich ein endgültiges Urteil über das Wesen des Königsbanns nicht gewinnen, ohne sein Verhältnis zur Grafschaft zu klären. In karolingischer Zeit verfügt sicher der Graf, — das ausübende Organ der volksrechtlichen Gerichtshoheit des Königs, — nur bei besonderem königlichen Auftrag über den Königsbann. Das entspricht unserer Deutung des Königsbanns vollkommen. Hat aber der frühmittelalterliche Graf wirklich, wie man bisher stets annahm, in allen Fällen die Verfügung über den Königsbann, und ist damit der Königsbann Ausdruck der ihm übertragenen richterlichen Gewalt der allgemeinen Gerichtshoheit des Volksrechts, so steht das mit der oben ge-

213. Dipl. II. Otto II. 214/241 v. 980.

214. Dipl. I. Otto I. 27/113 v. 940. Diese Auffassung des Corveyer Burgbannes findet seine Bestätigung durch Const. I. 184 v. 1150. Denn der Burgbann, den da ein Corveyer Ministeriale beansprucht, ist Gerichtsbarkeit innerhalb des Burgbezirkes, also jedenfalls mehr als ein Anrecht auf Befestigungs- oder Verteidigungsdienste, die aber selbstverständlich auch vorliegen.

215. Heinr. v. Loesch, Die Grundlagen der ältesten Kölner Gemeindeverfassung. 2. Burgbann und Bannmeile. = Zs. d. Sav.stiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 53 (1933) S. 120—132. Dort ist auch ältere Literatur zusammengestellt. — Damit schließt sich auch Köln dem oben gewonnenen Bild der Bannbezirke in den Bischofsstädten auf römischer Grundlage an.

fundenen Deutung des Königsbannes zweifellos im Gegensatz. Entweder muß also der Königsbann im Frühmittelalter einen anderen Charakter haben, d. h. er muß (entsprechend der älteren Annahme) Ausdruck dieser allgemeinen volksrechtlichen Gerichtshoheit des Königs geworden sein — dem stünden dann allerdings alle unsere bisherigen Erkenntnisse entgegen — oder die Grafschaften müßten eine Wandlung in ihrem Wesen durchgemacht haben, sie müßten selbst Königsbanngebiete sein, wenn der Königsbann für ihr Bestehen eine *conditio sine qua non* sein soll, d. h. wenn der Königsbann erst den Grafen zum Grafen machte. Doch noch ist es nicht erwiesen, daß alle Grafen des Frühmittelalters mit dem Königsbann ausgestattet waren. Aber auch wenn nur ein Teil der Grafschaften, und gar ein wesentlicher Teil regelmäßig mit dem Königsbann ausgestattet war, würde die oben genannte Alternative zu Recht bestehen. Denn es ist schwerlich anzunehmen, daß Grafschaft oder Königsbann nebeneinander an verschiedenen Stellen in derselben Zeit einen grundverschiedenen Charakter gehabt haben sollten. Gehört darum auch nur bei einem wesentlichen Teil der Grafschaften Königsbann und Grafschaft zusammen, so müssen beide entweder dem Umkreis des allgemeinen Volksrechts und Amtsrechts oder beide dem Herrschaftsrechte angehören. Wenn Grafschaft und Königsbann im Frühmittelalter stets oder doch bei wesentlichen Teilen der Grafschaften organisch miteinander verbunden sind, muß also ein Wandel gegenüber der Karolingerzeit eingetreten sein, da dort beides nicht in einem wesenhaften Zusammenhang steht. Entweder hat sich der Königsbann vom Ausdruck der königlichen Schutzherrschaft zum Kennzeichen der staatlich-volksrechtlichen Gerichtshoheit verändert, oder die Grafschaften haben einen schutzherrschaftlichen Charakter bekommen, sind, wenn der Königsbann in ihnen herrscht, Gebiete der königlichen Schutzherrschaft, und, wenn nur ein Grafenbann in ihnen zu finden ist, Bezirke einer Adels herrschaft mit gräflicher Gerichtsbarkeit geworden. Eine dritte Möglichkeit sehe ich nicht.

Nun wissen wir von einer solchen Änderung des Charakters der Grafschaften. Im 13. und 14. Jahrhundert sind sie zweifellos als Herrschaftsgebiete ihrer gräflichen Herren ohne

Amtscharakter zu betrachten. Da besteht aber auch die Königsbannleihe nicht mehr. Sie sind der Hand des Königs entglitten. Die Frage ist nun, ob der zweifellos eingetretene Wandel der Grafschaften mit dem Schwinden der Königsbannleihe eingetreten ist, oder schon zu einem früheren Termin, ob also die Grafschaften des 10.—12. Jahrhunderts den Grafschaften der Karolingerzeit gleichen, oder ob sie bereits denen des Spätmittelalters näher stehen, ob sie, wenn sie mit dem Königsbann ausgestattet sind, schon zu Königsbannbezirken im Sinne königlicher Herrschaftsbezirke geworden sind, oder noch den volkrechtlichen Amtscharakter der Karolingerzeit tragen, und ebenso ob die Grafschaften ohne Königsbann, wenn es solche gibt, diesen amtsrechtlichen Charakter gewahrt haben, oder zu allodialen Herrschaftsbezirken mit gräflicher Gerichtsbarkeit geworden sind.

Doch wir greifen damit schon unserer Untersuchung vor. Denn ehe wir den Charakter der Grafschaften zu bestimmen suchen, muß die Frage des Königsbannes völlig geklärt sein. Es muß (zur Bestätigung unserer Ergebnisse) aus seinem Verhältnis zu den Grafschaften ein Schluß auf das Wesen des Königsbannes gezogen werden können. Dafür ist es entscheidend, ob der Königsbann in Verbindung mit allen Grafschaften auftritt, oder nur in solchen „Grafschaften“ herrscht, die Bezirke königlichen Herrschaftsrechtes sind, wie wir solche schon unter der Bezeichnung als Grafschaft kennen gelernt haben. Denn nur wenn der Königsbann in allen Grafschaften in gleicher Weise zu Hause ist, kann er Ausdruck der allgemeinen Gerichtshoheit des Königs sein. Ein Königsbann aber, der sich nur in „Grafschaft“ genannten Königsschutzbezirken fände, müßte von königlichen Herrschaftsrechten hergeleitet werden.

Wir lassen dabei die Grafschaften des Sachsenspiegels zunächst bei Seite, um sie dann gesondert behandeln zu können.

Vorweg ist zu bemerken, daß die terminologische Bezeichnung als Graf und Grafschaft, comes, comitatus oder comitia auf unsere Frage nach dem Charakter der so bezeichneten Gewalten oder Bezirke noch keine Antwort gibt. Denn diese termini beschränken sich nicht auf volkrechtliche Amtsgraftchaften, sondern wir haben bereits oben gesehen, daß mit dem

Namen Grafschaft bisweilen Rechtskomplexe bezeichnet werden, die mit einem volksrechtlichen Grafenamt gar nichts zu tun haben, sondern Bannbezirke darstellen.²¹⁶ Wir haben außerdem erfahren, daß in entsprechender Weise die sächsischen „Grafen“, die unter Königsbann Eigentumsübertragungen bestätigen, im Besitz einer königlichen Ausnahmenvollmacht sind, und daher zum mindesten bei dieser Handlung nicht als Grafen im Sinne des karolingischen Grafenamtes zu betrachten sind.²¹⁷ Es wird also die Bezeichnung „Graf“ häufig nicht in dem prägnanten Sinn gebraucht, der den Inhaber eines volksrechtlichen Grafenamtes bezeichnet, sondern in einer allgemeineren Bedeutung etwa des an der Spitze eines Bezirkes oder einer Summe kleinerer Gebietsteilchen stehenden mit hochrichterlichen Befugnissen ausgestatteten Mannes.²¹⁸ Wir werden also dort, wo wir die Bezeichnung „Graf“ finden, noch nicht daraus auf ein volksrechtliches Grafenamt schließen können, und wo wir „Graf“ und Königsbann in Verbindung miteinander finden, nach anderen Kennzeichen für den Charakter dieser Grafschaft suchen müssen. Doch wenden wir uns der Frage: Königsbann und Grafschaft nun zu.

Außer den oben besprochenen Urkunden, die von Eigentumsübertragungen unter Königsbann vor einem „Grafen“ berichten, sind mir folgende Fälle eines Zusammentreffens von Graf und Königsbann begegnet: 1. Als Heinrich IV. dem Erzbischof Hamburg die Grafschaft des Grafen Bernhard in drei Gauen überträgt, fügt die Urkunde hinzu *forestum etiam cum nostro banno regali per omnem comitatum, hiis tantum venationibus exceptis*, quas...²¹⁹ Da hier vor und nach der Erwähnung des Bannes von Forstrechten die Rede ist, ist dieser Bann augenscheinlich als königlicher Forstbann über alle in der Grafschaft gelegenen Forsten zu fassen. 2. Aus einer Urkunde Ottos II. für das Bistum Seben-Brixen von 978²²⁰ geht hervor, daß Königsmunt und Königsbann über Besitzungen der Kirche

216. S. o. Seite 84.

217. S. o. Seite 71 ff.

218. Vgl. Waas, Vogtei u. Bede II. S. 98—101. Dort zahlreiche Belege.

219. Hamburg. U. B. (Lappenberg) I. 88/87 v. 1062.

220. Dipl. II. Otto II. 178/203 v. 978.

von jeher — und zwar vor und nach der Schenkung dieses Bezirkes an die bischöfliche Kirche — in Form einer „Grafschaft“ ausgeübt wurden. Das zeigt, daß die Verhältnisse hier in Parallele zu dem benachbarten Bistum Chur sich entwickelt haben, wo eine ebensolche „Grafschaft“ des Königs bestand, die sich aber bei näherem Zusehen deutlich als ein königlicher Bannbezirk erweist.²²¹ Ihr Wesen steht also weit von dem einer volksrechtlichen Grafschaft ab, ebenso aber auch von dem Charakter des römischen Verwaltungsbezirks, aus dem sie einmal entstanden ist. Dessen Charakter hat sich in germanischer Hand vollkommen verändert. 3. Otto III. schenkt 985 dem Bistum Lüttich die Grafschaft Huy, behält sich aber eine Abgabe daraus vor mit der Begründung *propter debitum nobis ab omnibus honorem vel propter bannum legalius faciendum*.²²² Diese Motivierung zeigt den muntrechtlichen Charakter, denn wir kennen die Verwendung des Wortes honor für die Schutzherrschaft auch sonst. Die enge Verbindung von honor mit dem Königsbann und die Begründung einer Steuer mit beidem, also als Munt- und Schutzsteuer, läßt keine andere Deutung zu. Hier verbleibt die geschenkte Grafschaft auch nach der Schenkung in einem abgeschwächten Königsschutz, wofür eine Abgabe zu entrichten ist. Auch diese „Grafschaft“ reiht sich also den vorbesprochenen Beispielen an.

4. Wenn Heinrich II. bei der Schenkung der Grafschaft Cambrai an den dortigen Bischof ihm das Recht gibt, *comitem eligendi, pannos habendi*²²³ so könnte das an sich ebensowohl eine Amtsgrafschaft im herkömmlichen Sinne mit zugehörigen Grafenbann sein, wie (analog den anderen geschenkten Grafschaften) ein Bannbezirk mit der Bezeichnung einer „Grafschaft“. Dann müßte unter dem Bann der Königsbann verstanden werden. Für die letzte Auffassung spricht auch die Tatsache, daß die Grafschaft in *proprium* geschenkt wird. Denn wenn es auch denkbar wäre, daß ein Amt in *proprium* verschenkt wird, so ist dies doch unwahrscheinlich. Die herrschaft-

221. Vgl. Waas, *Histor. Vierteljahrsschr.* 1921 S. 408 ff.

222. Ebd. 16/413 v. 985. v. 988. I. (erodnen)

223. Dipl. III. Heinr. II. 142/168 v. 1007.

liche Form der Übertragung spricht jedenfalls mehr für einen herrschaftlichen als einen rein volksrechtlichen Charakter der geschenkten Grafschaft. Einerlei jedoch wie man sich hier entscheidet, ein Zusammentreffen von Königsbann und volksrechtlicher Amtsgrafschaft ist in keinem Falle erwiesen.

5. Die Grafschaft Bessungen, die im Jahre 1013 von Heinrich II. an Würzburg geschenkt wird,²²⁴ beweist ihren königsherrschaftlichen Charakter deutlich durch ihre ursprüngliche Zugehörigkeit zu dem alten Königshofe Gerau und dem Königsforst Dreieich. 6. Dasselbe gilt von einer Reihe anderer Grafschaften. Wenn wir zu entscheiden haben, ob in einer Urkunde eine rein amtsrechtliche Grafschaft oder ein Bannbezirk des Königs verschenkt wird, und die Urkunde nur termini des Herrschaftsrechts wie *jus et dominium*, *proprium* u. a. verwendet, liegt der Schluß auf einen königsherrschaftlichen Bannbezirk jedenfalls näher als der auf ein reines Amt, obwohl es theoretisch auch denkbar wäre, daß man ein Grafenamt als Eigentum des Königs betrachtet und so in den Formen der Eigentumsübertragung dem Bischof geschenkt hätte. Aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit läßt sich doch von den Rechtsformen, in denen der König über eine Grafschaft verfügt, auf deren innere Struktur schließen, besonders da Gegengründe nicht namhaft gemacht werden können. Denn der Name „Grafschaft“ stellt, wie wir sahen, keinen solchen dar. Zu dieser Gruppe gehören die Grafschaften Waldsassen und Rangau, die Otto III. im Jahre 1000 dem Bistum Würzburg schenkt *cum omni districto placito et banno nostro imperiali*²²⁵ mit dem Zusatz, daß sie *de nostro jure et dominio in jus et dominium . . . episcopi* übergehen sollen. Auch von der Grafschaft Cambrai hören wir, daß sie in *proprium* geschenkt wird,²²³ und von der Grafschaft Bessungen, die Heinrich II. an Würzburg schenkt, heißt es in *jus atque dominium* und *comitatum potestative possideant, teneant* . . .²²⁴ In allen diesen Fällen ist der Charakter der Grafschaft als königlicher Bannbezirk sehr wahrscheinlich, besonders da im Einzelfall wie bei Bessungen klarere Beweise

²²⁴. Ebd. 268/318 v. 1013.

²²⁵. Dipl. II. Otto III. 366/795 v. 1000.

dafür vorliegen. 7. Das deutlichste Beispiel aber für die Zusammengehörigkeit von Königsbann und Grafenrechten in einer Grafschaft, die sich bei näherem Zusehen nicht als Amtsgrafschaft, sondern als Bannbezirk erweist, stammt aus Utrecht. Eine Urkunde Konrads II. unterrichtet uns darüber und ein Schiedsspruch Barbarossas in einem Streit zwischen dem Bischof von Utrecht und dem Grafen von Holland über die Grafschaften Ostergo und Westgo in Friesland.²²⁶ Die Bannleihe des Grafen vom König steht außer Frage,²²⁷ aber auch der herrschaftliche Charakter dieser „Grafschaft“. Schon ihre Teilung zwischen dem Bischof und dem Grafen von Holland zeigt ebenso wie der Wortlaut der Urkunde,²²⁸ daß dabei die finanziellen Rechte, wie sie Gerichtseinnahmen allein nicht darstellen können, im Vordergrund stehen. Aber die Urkunde wird noch deutlicher, der Satz: *aeque dividunt omnes redditus curtium ad comitatum pertinentium et omnia commoda emolumenta quae de comitatu vel de iudiciis comitatus provenerint* läßt keinen Zweifel an dem Charakter der Grafschaft als einem Bezirk ehemals königlicher Herrschaftsrechte zu, da Abgaben von Fronhöfen und Steuern, die von Gerichtseinnahmen deutlich geschieden werden, die hier maßgebenden Herrschaftsrechte klar zum Ausdruck bringen. Auch wissen wir, daß Heinrich IV. diese Grafschaften der bischöflichen Kirche von Utrecht schenkte und sie dabei als *bona* bezeichnete,²²⁹ was auch nur in diesem Sinn gedeutet werden kann.

Hier wie in den anderen Fällen wird deutlich, daß wir augenscheinlich dort überall, wo in „Grafschaften“ der Königsbann auftritt, keine Amtsgrafschaft, sondern eine Grafschaft

226. Dipl. IV. Konr. II. 64 v. 1026 ... cum omni utilitate ... bannum statuimus illi dare, quemcumque vellet episcopus ad regendum elegere... Oorkondenboek van Holland I. 146/93 v. 1165.

227. ambo concorditer eligent sibi comitem, qui vices eorum gerat in praedicto comitatu, qui praesentatus ab eis domino imperatori bannum et potestatem iudicandi a manu domini imperatoris accipiat...

228. aequae participant de praedicto comitatu ... et neuter eorum alio maius habeat in hoc comitatu commodum vel proficuum aequae dividunt ... omnia commoda et emolumenta

229. G. Waitz, *Ausgew. Urkunden* 4/10 v. 1089 ... bona eius in nostram potestatem accepimus, de quibus comitatum ... tradidimus.

königlichen Bannrechtes, d. h. einen königlichen Bannbezirk vor uns haben.

Von den sächsischen Freigrafschaften und dem Sachsen-
spiegel abgesehen, kenne ich keine weiteren Fälle einer Verbin-
dung von Königsbann und Grafschaft. Denn alle die Immuni-
tätsurkunden, die durch den Königsbann jeden fremden Bann
in dem geschützten Gebiet ausschließen, sagen keineswegs, daß
die ausgeschlossenen Banngewalten von Grafen und anderen
Herren irgend etwas mit dem Königsbann der immunen Ge-
biete zu tun haben. Die Königsmunt, die sich im Königsbann
äußert, schließt als Immunität andere Bannrechte aus, da es
keine anderen Herrschaftsrechte geben kann, wo die Königsmunt
ihre schützende Herrscherhand breitet. Auch die allgemeinen
Sätze, die alles Hochgericht auf den Königsbann zurückzuführen
schienen, scheiden außer den Sätzen des Sachsenspiegels und
der anderen Rechtsbücher aus, da sie, wie sich zeigen ließ, für
königsmuntgeschütztes Kirchengut oder für königliche Städte
erlassen sind. Vom Sachsenspiegel wird aber jetzt ausführlicher
zu reden sein. Dann erst werden wir unsere Untersuchung des
Königsbannes abschließen können.

Vorher aber ist noch kurz die Frage nach dem Umfang der
Gerichtsbarkeit innerhalb des Umkreises des Königsbannes, also
zugleich innerhalb der Immunität, zu erörtern. Beides ist zu-
sammenzufassen, da Königsbann und Immunität ja nur ver-
schiedene Äußerungen des Königsmuntrechtes sind,²³⁰ der Bann,
wenn wir ein Bild gebrauchen wollen, das Schwert, die Immuni-
tät der Frieden königlicher Muntherrschaft. Die Frage nach dem
Umfang der Gerichtsbarkeit kann hier nicht wohl umgangen
werden, obwohl sie für unsere Erörterungen nicht von ausschlag-
gebender Bedeutung ist. Denn es kommt uns zunächst auf das
Wesen von Bann und Königsmunt an, nicht aber auf den Grad,
in dem sie sich wirklich durchsetzen konnten. Daß das aber die
entscheidende Frage für den Umfang der Immunitätsgerichts-
barkeit ist, haben mit Recht H. Aubin und Hans Hirsch betont,²³¹

230. Adolf Waas, Vogtei und Bede I. S. 99.

231. Hans Hirsch, Die Hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, S.
135 ff. — Herm. Aubin, Histor. Studien (Ebering) Heft 143 S. 157.

zugespitzt zu dem Satz, daß man diese Frage nicht von den Immunitätsprivilegien aus, sondern durch Untersuchung der faktischen Rechtsentwicklung lösen müsse. Doch läuft nun umgekehrt eine solche Untersuchung, wie sie in dem Buch von Hirsch eine Reihe wichtiger Ergebnisse uns gebracht hat, Gefahr, über den faktischen Machtverhältnissen die prinzipielle Rechtslage aus dem Gesichtskreis zu verdrängen, und Einzelentwicklungen als Regel anzusehen, oder den späteren Entwicklungsstand als ursprünglich gegeben anzusehen, so daß die prinzipielle Einstellung von ihm abgeleitet werden könnte. Für diese bleiben die Immunitätsurkunden doch stets von entscheidender Bedeutung. Sie sprechen aber so deutlich immer wieder von der Grenze, die der Macht des Grafen und jedes anderen Richters dort gezogen ist, wo die Immunität anfängt, daß wenn nicht sehr gewichtige Zeugnisse dagegen sprechen (von dem Grenzgebiet der Streitigkeiten mit Auswärtigen abgesehen) an der Annahme des Hochgerichtes der Immunität, wenigstens in der Absicht des Verleihers festgehalten werden muß, ohne Rücksicht darauf, ob sich dieser Rechtszustand unter den faktischen Machtverhältnissen überall durchführen ließ. Und wenn eine Gruppe von Urkunden, die besonders nachdrücklich dem Vogt allein das Recht zur Vorladung und Verhaftung sichert,²³² die Möglichkeit offen zu lassen scheint, daß diese Leute dann dem Gericht des öffentlichen Richters durch den Vogt zugeführt werden, so schließen andere Diplome diese Möglichkeit durch ausdrückliche Bestimmungen aus.²³³ Im 12. und 13. Jahrhundert

232. Dipl. I. Otto I. 85/167 *nemoque ad mallum convocandi homines eiusdem ecclesie, servos, litos vel liberos habeat potestatem, nisi advocatus* Dipl. II. Otto II. 230/258 v. 980 *comes nullus ... nec bannum inde requirat vel publicum ad mallum eos banniat vel aliquam super eos potestatem exerceat, sed tantummodo monachi et advocatus* Osnabrücker U.B. I. 147/131 v. 1051.

233. Dipl. II. Otto II. 16/24 v. 967 ... *advocati nostro banno constringant omnes viros ... ad omnem iusticiam faciendam* ... Ebd. 61/71 v. 973 ... *ut nullus dux ... capitis banno ob capitis furtum vel capitis vel alio quolibet banno constringat aut aliquam iusticiam facere cogat* *advocati praedictos homines banno nostro ob capitis furtum recte faciendi constringant* Fast wörtlich bestätigt von Otto III. (40/439) und Heinr. II. (50/59 u. 325/410). Dipl. II. Otto II. 245/277 v. 981 ... *ut de nullius comi-*

besteht an dem Hochgerichts- und Blutgerichtscharakter der Immunitätsgerichte²³⁴ wohl kaum ein Zweifel. Wir sind aber nur dann berechtigt, eine so gewichtige Wandlung vom 10. zum 12. Jahrhundert hin anzunehmen, wenn klare eindeutige Zeugnisse für das Fehlen der Hochgerichtsbarkeit in Immunitäten aus dem Frühmittelalter vorliegen. Es müßten dies Zeugnisse sein, deren Regelungen über den Umkreis des königlichen Bannrechtes hinausgehen, und das Verhältnis von unter Königsmunt stehenden zu außerhalb ihrer stehenden Gerichten und Leuten regeln, nicht aber solche, die nur Bestimmungen über die Abgrenzung der Rechte von Obervogt und Untervogt enthalten. Dies ist aber augenscheinlich der Fall, wenn z. B. in Möllenbeck²³⁵ in Notfällen bei schweren todeswürdigen Verbrechen die Aburteilung durch den Herzog vorgesehen wird, der allem Anschein nach als oberster Schutzherr (nächst dem König) anzusehen ist. Ebenso ist es aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Hofrecht des Bischofs Hermann von Bamberg für Osterhofen, wo auch der Herzog sich bestimmte Fälle vorbehalten hat.²³⁶ Ähnlich ist vielleicht auch der entsprechende Satz in der Hamburger Urkunde Ottos I. von 937²³⁷ zu verstehen, wo für den

tis placito banno aut iussione curam habeant ... Dipl. III. Heinr. II. 199/233 v. 1009 ... ut omnium comitum contradictione remota ... advocatus inibi placitum ad leges et iusticias faciendas habeat ... Vgl. auch Anm. 234.

234. Const. I. Friedr. I. 320/457 v. 1188 ... (die Rechte des Vogts dem Schultheißen gegenüber begrenzend) ... advocati nichil iuris haberent nisi tantum in tribus casibus, in furto videlicet in pugna et in raptu ... Const. III. 285/290 v. 1281 ... bannum regalem transmittimus cum plenaria potestate iudicandi in causis sangwinum in bonis capituli ... Const. III. 651/2/641 v. 1277 ... plenam et liberam potestatem iudicandi de crimine et iudicium sanguinis exercendi ... Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren, vor allem können die Sätze des Schwabenspiegels u. a. Rechtsbücher hier angeführt werden.

235. Dipl. II. Otto II. 189/215 v. 979 ... illa iuris sanctione quod necessario propter capitale crimen in praesentia ducis et iudicium solet finiri ...

236. Monumenta Boica XII. 344 ff. v. 1170—1177.

237. Dipl. I. Otto I. 11/98 v. 937 ... quod si quisquam illorum incorrigibilis extiterit, ut ab eo corrigi non valuerit, tunc ab advocato idem praesentetur iudiciariae potestati, ceteri vero in subditione archiepiscopi per maneant ...

Fall, daß die Macht der Kirche nicht ausreicht (aber nur dann) der Rechtszug an eine nicht näher bezeichnete *iudiciaria potestas*, wohl einem Obervogt, als Möglichkeit festgesetzt wird, eine Bestimmung, die wie deutlich aus der Urkunde hervorgeht, die Rechte der Kirche nicht beschränken, sondern ihr eine Hilfe geben soll, wenn sie einer solchen bedarf. Daß diese Unterstützungsmöglichkeit nur eine Ergänzungsbestimmung ist, geht daraus hervor, daß man in den Bestätigungsurkunden den Satz als unnötig wegließ, weil die inzwischen erstarkte Kirche eine solche Hilfe nicht mehr brauchte. Dies Beispiel zeigt, wie sehr die faktische Rechtsausübung von den jeweiligen Machtverhältnissen abhängig war. Eine solche später beliebig weggelassene Kannvorschrift, die im Interesse der Kirche liegt, kann aber keinesfalls eine verminderte Rechtskraft des die Leute umschließenden Königsbannes beweisen, und darauf kommt es uns in diesem Zusammenhange allein an. Auch der allgemeine Gedanke, daß der König seine, seiner Munt unterstehenden Leute, nicht beliebig von jedem Richter aburteilen lassen konnte, spricht dafür. Allerdings hatte in karolingischer Zeit die Königsmunt, trotz deutlicher Sonderrechte der Königsmuntleute wahrscheinlich noch kein Ausscheiden aus der Grafschaft zur Folge.²³⁸ Aber die Konsolidierung der Königsmunt in der Ottonenzeit, von der oben die Rede war, führte notwendig dazu. Ebenso machte die Entstehung zahlreicher allodialer Grafschaftsgerichte,²³⁹ von denen der König seine Leute wohl schwerlich abgeurteilt haben wollte, da hier Königsherrschaft gegen Privatherrschaft stand, diese Intensivierung der von anderen sich abscheidenden Königsbannggebiete erforderlich, so wie es in den Immunitätsurkunden immer wieder betont wird.

Das schließt nun aber nicht aus, daß in den Streitfällen mit Auswärtigen eine Zone von Rechtsfällen bestand, die je nach

238. Cap. I. 93/196 o. J. (*Capitularia Italica*). — I. 102/209 v. 801—810. (*Capit. Italicum*). — I. 159/321 v. 823 (*Cap. Ital.*). — *Dipl. Karol.* 69/100 v. 772. Es ist dabei zu beachten, daß diese Zeugnisse mit Ausnahme des letzten alle aus Italien stammen, so daß über die Muntverhältnisse im deutschen Reichsteil damit noch wenig gesagt ist. Die Urkunde Karls des Großen für Prüm zeigt deutlich Vorrechte der Königsleute, doch wir erfahren leider nichts Genaueres über sie. (*Dipl. Karol.* 109/154 v. 775).

239. Vgl. Otto von Dungern, *Adelsherrschaft im Mittelalter*. 1927.

den lokalen faktischen Verhältnissen vor das Immunitätsgericht oder vor auswärtige Gerichte gezogen werden konnten. Eine Passauer Urkunde weist auf Rechtgepflogenheiten hin,²⁴⁰ nach denen in bestimmten Fällen dieser Art das auswärtige Gericht zuständig war, und ein ähnliches Bild zeigt die Wormser Urkunde Heinrichs II. von 1014,²⁴¹ wobei dort allerdings alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die hier genannten *comites nostri*, die *cum iudicio scabinionum et iuramento liberorum hominum* Recht sprechen und die Gültigkeit des 60-Schillings-Königsbannes für sich beanspruchen, Freigrafen in königlichen Bannbezirken sind, wie wir solche in Worms und Umgebung kennen.²⁴² Dann aber hätten wir hier nur die Rechtsabgrenzung zweier königlicher Bannbezirke vor uns. Aber wie auch diese Frage der Prozesse mit Klagen Auswärtiger am einzelnen Ort geregelt war, das prinzipielle Ausscheiden der Gerichtsherrschaft des Königsbannes über die Immunitätsleute aus fremden Gerichten ist davon unberührt. Auch daß daneben vielerorts, wie Hirsch²⁴³ gezeigt hat, ein Blutgericht des Gografen bei handhafter Tat besteht, ändert daran im wesentlichen nichts. Ob Hirsch's Scheidung von Hochgericht und Blutgericht in der von ihm vertretenen Form aufrechterhalten werden kann, soll hier nicht untersucht werden.

Unsere Untersuchung des Königsbannes kann aber nicht zu einem Abschluß gebracht werden, ehe wir das Zeugnis des Sachsenspiegels und der anderen Rechtsbücher darüber gehört haben. Damit greifen wir zugleich die oben gestellte aber ohne Antwort gelassene Frage auf, ob Sachsen als Gebiet des Königsbannes im Sinne der Bannbezirke zu gelten hat, oder ob dort

240. Dipl. II. Otto III. 21/419 v. 985 ... nisi ea lege vel iure quo aecclesiastici servi ab extraneorum pulsati reclamacionibus pro satisfacienda iusticia ad placitum ire compellantur (vorher ist von freien Leuten die Rede).

241. Dipl. III. Heinr. II. 319/399 v. 1014 ... si autem extra familiam cum extraneo aliquo rixam habuerit, advocatus suus comiti pro eo iusticiam faciat ... Die Urkunden Heinrichs II. 501/639 v. 1023 u. 507/648 v. 1024 regeln Streitigkeiten zwischen zwei Immunitätsbezirken, und sind darum für unsere Frage unergiebig.

242. Vgl. Adolf Waas. *Histor. Vierteljahrsschr.* 1921. S. 416 ff.

243. Hans Hirsch, *Die hohe Gerichtsbarkeit im dt. Mittelalter.* 1922.

dem Gaugrafen im karolingischen Sinne der Königsbann zugestanden worden ist. Es ist dabei unnötig die Bedeutung der Prüfung dieses Zeugnisses zu unterstreichen, da es selbstverständlich ist, daß die erste zusammenfassende Darstellung deutschen Rechtslebens an sich schon an erster Stelle berufen ist, Antwort auf unsere Frage zu geben, wie viel mehr aber noch, wenn dieses Werk die Fülle der Qualitäten und die sichere Zuverlässigkeit aufzuweisen hat, die wir an dem Buch Eikes zu schätzen wissen.

§ 3. Der Königsbann im Sachsenspiegel.

Alle unsere bisherigen Untersuchungen drängen zu der Frage hin, ob die Grafschaften des Sachsenspiegels rein amtsrechtlichen und volkrechtlichen oder herrschaftlichen Charakter haben, wie er sich in herrschaftlicher, grund- oder munt-herrlicher Abhängigkeit der Grafschaftsinsassen von dem König oder seinem Grafen zu erkennen geben mußte.

Zunächst ist festzustellen, daß in den sächsischen Grafschaften oder Freigrafschaften, wie sie in den Urkunden meistens genannt werden, zweifellos der Königsbann die Grundbedingung für die Abhaltung des Hochgerichts ist. Der Richter muß, um sein Amt ausüben zu können, den Königsbann vom König empfangen.²⁴⁴ Das spricht unseren bisherigen Erkenntnissen nach dafür, daß königliches Herrschaftsrecht in diesen Grafschaften zu Hause ist. Doch wir wollen uns zunächst nicht auf unsere bisherigen Untersuchungen berufen, sondern die Angaben des Sachsenspiegels selbst reden lassen.

Diesem Königsbanngericht des Freigrafen unterstehen freie Leute, und zwar Schöffenbare und Pflieghefte²⁴⁵ oder Biergeldens.²⁴⁶ Das wäre mit einem volkrechtlichen Grafenamt an sich sehr wohl vereinbar. Doch wir erfahren mehr von dem Verhältnis des Grafen zu den Leuten seiner Grafschaft, oder besser gesagt von dem Verhältnis der Grafschaftsleute zum

244. I. 59. 1. — III. 64. 5.

245. I. 2. 1—4.

246. III. 45. 4. — III. 80. 1. — III. 64. 8. — Glosse zu III. 64. 8: Birgel-den dat sijn plechften, di egen in deme lande hebben, dar si plegē af dun.

König, dessen Rechte der Graf vertritt. Als dritte Gruppe stehen neben beiden die Landsassen, sie bilden die niederste Stufe. Alle drei Gruppen sind deutlich voneinander geschieden, und zwar muß diese Scheidung wesentlich sein, denn sie steht markant hervorgehoben an der Spitze des Sachsenspiegels,²⁴⁷ und die wichtigste Institution der Grafschaft, das Schöffenamts, hängt von ihr ab, ebenso wie die Gerichtszuständigkeit der Grafschaftsbauern. Die Einteilungsprinzipien müssen uns also Wesentliches über die innere Struktur der Grafschaften sagen können. Unterscheidend ist aber für diese Gruppen die Größe ihres Gutes in der Grafschaft. Landsassen haben kein solches Grafschaftsgut, sie „comen unde varen in gastes wise unde haben nichein eigen ime lande“.²⁴⁸ Pflughafte und Schöffenbare dagegen haben Grafschaftsgut, und zwar die Schöffenbaren nicht unter drei Hufen.²⁴⁹ Da dies Grafschaftsgut also maßgebend für die grundlegende Einteilung ist, muß es für das Ganze wesentlich sein; die Rechtslage der Grafschaftsbauern wird wesentlich von hier aus zu bestimmen sein. Die entscheidende Frage dafür ist, ob dies Grafschaftsgut freies Allod der Bauern ist, oder ob es und seine Inhaber in einem herrschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zum König stehen.

Die Antwort darauf ergibt sich aus vier Tatsachen:

1. Alles Grafschaftsgut fällt bei erbenlosem Tod des Inhabers an den König oder seinen Beauftragten, und zwar bis drei Hufen an den Schultheißen, als den Vertreter des Grafen,²⁵⁰ bis 30 Hufen an den Grafen und über 30 Hufen unmittelbar an den König. Ausdrücklich festgelegt ist das für die Pflughaften,²⁵¹ aber auch für die Schöffenbaren mit Sicherheit zu er-

247. I. 2. 1—4.

248. III. 45. 6. — I. 2. 4.

249. III. 80. 1. III. 81. 1. *... dar se schöffen bi den grafen unde bi dem künig ...*

250. Daß der Schultheiß der Vertreter des Grafen ist siehe I. 59. 2. — III. 52. 2. 3.

251. III. 80. 1. ...irstift eyn eygen von eyneme bîrgelden erbelôs, dri hûven oder dâ beneden, das hôret in daz schultheidûm; von sweme iz irstirbt von drîzich hûven oder dâ beneden, daz hôret in de grâveshof; is iz mêr den drîzich hûven, sô is iz deme coninge alliz lédich.

schließen, da von auf diese Weise frei gewordenem Grafschaftsgut Schöffenbarer gesprochen wird.²⁵² Ein solches Erbrecht an erbenlosem Gut (Heimfall) findet sich aber überall dort, wo ein herrschaftliches Anrecht an Leuten oder ihrem Gut besteht.

2. wird dies Grafschaftsgut als des „riches gude“ bezeichnet. In III. 81. 1 wird ausdrücklich bestimmt, daß ein neu-geschaffener Schöffe mit einer bestimmten Quote Reichsgut ausgestattet werden soll, und daß man dies Gut aus dem Grafschaftsgut, soweit es verfügbar ist, nehmen soll.²⁵²

3. aber zahlen die Pfleghaften von diesem Grafschaftsgut dem Schultheißen (d. h. aber dem König durch seinen und des Grafen Beauftragten) eine Steuer.²⁵³ Schöffenbare sind anderer Dienste wegen davon befreit. Für alle Streitigkeiten der Pfleghaften besteht ein besonderes Gericht unter dem Schultheißen.²⁵⁴ Ihm fällt auch kleineres erbenloses Gut der Pfleghaften zu, so wie die Steuern an ihn zu zahlen sind. Das Verhältnis der Pfleghaften zum Schultheißen hat also ein ausgesprochen herrschaftliches Gepräge, wie auch schon daraus hervorgeht, daß man vom Schultheiß und seinen Biergeldern oder Pfleghaften spricht.²⁵⁵ Der Schultheiß erscheint als ausführendes Organ nicht der rein richterlichen, sondern der herrschaftlichen Gewalt des Königs bzw. seines Grafen. Sein Gericht entspricht dem Schultheißengericht der geistlichen Immunitäten, dem rheinländischen Buding. Ebenso wie diese neben dem Hochgericht des Kirchenvogts stehen, und die Schultheißengerichte der Städte neben den Burggrafen- und Vogteigerichten, ebenso ergänzen sich Schultheißengerichte und Grafengerichte des Sach-

252. III. 81. 1. Tzageit aber der schepene binnen eytir grâveschaph. der koning mût wol des riches dinstman mit urdêlen vrî lâzen unde zu schephene dâ machen, durch daz men rechtes become unde koninges ban dâ halden moge. Her sol aber des riches gûdes alsô vele zu eigene ene geben, daz se schepen dâ abe wesen mogen, ir iowelkeme drê hûve oder mê; daz gût mût her wol nemen ûz deme gûde der grâveschaph, swâr iz die grêve ledic hât, durch daz der schepen eigen in der grâveschaph irstorben ist.

253. Glosse zu III. 64. 8. siehe Anmerkung 246. — III. 91. 3.

254. I. 2. 3. — III. 45. 4.

255. III. 64. 8.

senspiegels. Alle diese den Sachsenspiegelgerichten ähnelnden Gerichte aber sind Gerichte in Gebieten der Königsmunt und des Königsbanns, was auch für die Sachsenspiegelgerichte dasselbe wahrscheinlich macht. Auch der Name „Pflege“ kennzeichnet die Steuer des Pfleghaften als herrschaftliche Schutzsteuer, sie weist also auf das Munt- und Schutzrecht als maßgebend für dies Rechtsverhältnis deutlich hin. Denselben Schluß erlaubt außerdem die enge Verbindung, in der Zins und Pflege im Sachsenspiegel auftreten (III. 77. 1. — II. 58. 2. — II. 54. 1. Glosse), wie das nur bei einem herrschaftlichen Charakter auch der Pflege verständlich ist.

Dem scheint zunächst die Tatsache zu widersprechen, daß das besprochene Grafschaftsgut im Spiegel als „eygen“ bezeichnet wird. Doch kann nach dem Gesagten unbelastetes Eigen ohne jede herrschaftliche Untertänigkeit hier nicht gemeint sein. Denn wir kennen ja die Lasten, die darauf liegen. Ebenso wie die Leute frei heißen und frei sind in Untertänigkeit unter der Schutzherrschaft des Königs, weil sie frei von jeder anderen Herrschaft nur ihm allein untertan sind, ebenso heißt dies Gut eygen trotz der herrschaftlichen Belastung vom König aus, trotzdem es zugleich Reichsgut genannt wird und bei erbenlosem Tod dem König heimfällt. Es zeigt sich hier, was an anderen Stellen noch deutlicher werden wird, daß Eigentum am Boden und Herrschaft verschiedene Wege gehen können, so wie bei immunem Kirchengut das Eigentum der Kirche, die Schutzherrschaft aber dem König oder seinem Vogt zusteht. Eigengut kann sehr wohl einer Herrschaft unterstehen. Aus einem einzelnen Wort kann sich ohne den rechtlichen Zusammenhang kein Bild gewinnen lassen.

4. zeigt die Zusammenfassung und gleichartige Behandlung der sächsischen Freigrafschaften mit Kirchenvogteien unter Königsbann die Zusammengehörigkeit von beidem. Königliche Vogteien sind aber, wie wir wissen, Gebiete königlicher Munt-herrschaft über diese Kirchen und ihr Gut, und der Vogt der vom König mit der Ausübung dieser Schutzherrschaft betraute Vertreter.²⁵⁶ Am deutlichsten ist diese Zusammenfassung in

256. Vgl. dazu Adolf Waas, Vogtei und Bede I. (1919).

I. 59. 1., wo Eike zunächst von allen Gerichten unter Königsbann redet — also für Sachsen von Grafschaften und Kirchengvogteien des Königs — dann in demselben Zuge von dem Königsbann in Kirchengvogteien, um dann sofort einen Satz anzuschließen, der sich wieder auch auf die sächsischen Grafschaften, also wieder auf alle Königsbanngerichte bezieht. Alle drei Sätze bilden eine Einheit, sie reden von den Königsbanngerichten, der zweite von einem Sonderfall von diesem: von den Kirchengvogteien, der dritte kehrt ohne Gegensätzlichkeit zu allen Gerichten königlichen Bannes zurück. Die Gleichartigkeit von königlicher Vogtei und königlicher Grafschaft wird dabei vorausgesetzt. Das Gleiche läßt sich aus der Zusammenfügung von beidem in der Frage der Gewedde erschließen.²⁵⁷ Auch die Zusammenstellung des Gografen²⁵⁸ und des Burmeister als gräflichen Unterbeamten mit den Untervögten weist, wenn auch weniger deutlich, in derselben Richtung (III. 56. 3. Einige Handschriften setzen dort für burmester voget). An sich könnte nun eine solche Zusammenfassung von Grafschaften und Kirchengvogteien auf zweifache Weise zu erklären sein. Es könnte ein rein staatliches volksrechtliches Gericht und ein Herrschaftsgericht zusammengefaßt sein, weil beide (obwohl verschiedenartig) im Königsbann staatliche Autorisation erhalten. Sie können aber auch zusammengefaßt sein, weil sie beide gleichartig sind und in gleicher Weise durch den Königsbann als Königsherrschaftsgerichte legitimiert werden. Diese Möglichkeit hat an sich schon die Wahrscheinlichkeit größerer Einfachheit und größerer Nähe der beiden zusammengefaßten Institutionen für sich. Sie erhält aber Sicherheit (soweit solche überhaupt zu erreichen ist) durch die oben aufgezeigte Herrschaftsstellung des Königs und seines Grafen den Grafschaftsbauern des Sachsenspiegels gegenüber, die sich bei den Pflughaften in der Steuerzahlung von ihrem Grafschaftsgut, bei den Schöffenbaren in ihrer Ausstattung mit Reichsgut, bei beiden durch den Heimfall an den König bei erbenlosem Tode offenbart. So erweisen die drei ersten Punkte den herrschaftlichen Grund-

257. III. 64. 3.

258. I. 2. 4. ...gôgreven ding ... dar unde ine iowelkeme vogetdinge...

charakter dieser Grafschaften, den der vierte Punkt ebenfalls zum mindesten wahrscheinlich machen kann. Ich wüßte aber keine Bestimmung in Eikes Gesetzbuch zu nennen, die dem entgegenstände.

Außerdem haben wir aber einwandfreie Zeugnisse für den Aufbau des öffentlichen Lebens in Sachsen von königlichem Herrschaftsrecht aus. Die Zeugnisse des Sachsenspiegels stehen neben solchen der Urkunden. Die Schöffen werden im Spiegel als „des rikes scepenen“²⁵⁹ bezeichnet, im Gerichtsaufbau ist von dem „riche binnen Sassen“²⁶⁰ die Rede und das Grafschaftsgut heißt „riches gude“.²⁶¹ Hält man das zusammen mit der sonst überall üblichen Bezeichnung von königlichen Bannbezirken als rich oder regnum (wie z. B. im Ingelheimer, Cröver und Aachener Reich im regnum von Schaffhausen, im Einrich, Muntarichshuntara u. a.) so wird auch in dem vorliegenden Falle die Deutung von rich in demselben prägnanten Sinne einleuchtend.²⁶¹ Ihre volle Bestätigung findet diese Annahme eines besonderen ausgedehnten königlichen Herrschaftsgebietes Sachsen durch die Reichsteilung von 839,²⁶² in der den comitatus des auf römischer Grundlage stehenden Westteiles und den ducatus des Ostteiles als einzige Ausnahme das regnum Saxonie cum suis marchis in deutlichem Gegensatz gegenübertritt. Das läßt keine andere Deutung mehr zu, als daß Sachsen durch das Vorherrschen königlicher Herrschaftsbezirke charakterisiert wird als regnum Saxonie in einem nahezu geschlossenen Sinne. An Ausschließlichkeit ist dabei natürlich nicht zu denken. Es gibt in Sachsen ebenso andere Gebietsteile, wie es Königsherrschaftsbezirke auch in anderen deutschen Landschaften gibt. Die größere Dichte solcher ist es, die Sachsen als Regnum schlechthin erscheinen läßt.

259. Prosa-vorrede des Sachsenspiegels. Meiner Deutung der Pfleghaften schließt sich völlig an Fedor Schneider: Entstehung von Burg und Landgemeinde in Italien. (Abh. z. mittl. u. neueren Gesch. 68, 1924) S. 38/9.

260. I. 18. 3.

261. Vergleiche oben S. 66.

262. M. G. Capit. II. 200/58 v. 839. Die Urkunde wählt augenscheinlich die termini bewußt aus und grenzt sie sorgfältig gegeneinander ab.

Alle diese Einzeltatsachen zusammengenommen, der Heimfall erbenlosen Grafschaftsgutes an den König, seine Charakterisierung als des riches güde, die herrschaftliche Steuerpflicht der Pfleghaften, die Zusammenfassung von Grafschaften und Kirchenvogteien, die prägnante Verwendung von riche im Sinne eines königlichen Bannbezirkes, alles das läßt keinen Zweifel mehr daran, daß die Grafschaften des Sachsenspiegels keine reinen Amtsgrafschaften eines alle Volksgenossen auf Grund nur ihrer Volkszugehörigkeit umfassenden Volksrechts sind. In diesen Grafschaften ist der König nicht nur der König des allgemeinen Volksrechtes, sondern darüber hinaus Schutzherr; die Grafschaftsbauern sind nicht nur seine Untertanen im staatsrechtlichen Sinne des Wortes, sondern seine Untertanen im schärferen Sinne, als Ausdruck einer herrschaftlichen Untertänigkeit, sie unterstehen seiner durch den Königsbann sich auswirkenden Schutzherrschaft, sie zahlen eine Schutzherrschaftssteuer zur Anerkennung dieses Rechtsverhältnisses.

Damit bestätigt sich das allenthalben sonst gewonnene Bild auch durch die Angaben des Sachsenspiegels. Es läßt sich nun mit aller Bestimmtheit sagen: Wo Königsbann sich im deutschen Frühmittelalter findet, stehen wir in dem Bereich eines königlichen Bannbezirkes unter königlicher Schutz- und Muntherrschaft.

Der Sachsenspiegel läßt erkennen, daß es neben diesen Königsbannbezirken, mögen sie Grafschaften oder Kirchenvogteien sein, auch andere Gebiete und andere Gerichte in Sachsen gibt. Er nennt vor allem die Markgrafschaften. Die Grafschaften des Spiegels werden dadurch scharf von den Markgrafschaften unterschieden, daß in ihnen der Königsbann gilt, in den Markgrafschaften dagegen nicht,²⁶³ was wieder deutlich die hervorhebende und bevorrechtende Bedeutung des Königsbannes für die Grafschaften zeigt. Er ist für sie (und die Vogteien) als königliche Herrschaftsgebiete kennzeichnend. Alles andere faßt Eike unter der Bezeichnung „bûten kuninges banne“ zusammen.²⁶⁴ Diese Scheidung wird mit allem Nachdruck durch-

263. I. 58. 1. — II. 12. 4. — II. 12. 16. — III. 64. 7. — III. 65. 1.

264. II. 12. 3. — III. 70. 1.

geführt. Dort gilt nur das Gewedde von 30 Schillingen, hier das des Königsbannes von 60 Schillingen. Außerdem ist für die Markgrafschaften, die für uns zunächst dies „buten kuninges banne“ repräsentieren sollen, die Allgemeinheit ihres Gerichtes kennzeichnend. „Da vint jewelk man urdêl über den andern“ heißt es von der Markgrafschaft²⁶⁵ oder „swâ men nicht ne dinget under kuninges banne, dâ mût jewelk man wol ordel vinden über den andern“,²⁶⁶ während in den Grafschaften nur bestimmte der Grafschaft verbundene Leute: die Schöffenbaren und Pflegehaften, ihren Gerichtsstand haben. Es hebt also der Königsbann einerseits und die Zuständigkeit für bestimmte Gruppen von Personen und bestimmte Fälle andererseits die Grafschaften Eikes aus anderen Gerichten heraus. Doch sind es die Markgrafschaften nicht allein, die dies „buten kuninges banne“ bilden. Allodiale Herrschaftsbezirke sind sicherlich außerdem vorhanden.²⁶⁷ Doch stehen sie abseits und der Sachsenspiegel scheint sie nicht anzuerkennen, da er alles Gericht vom König hergeleitet wissen will. Die Markgrafschaften, auf die wir hier nicht näher einzugehen brauchen, sind für Eike augenscheinlich die wichtigsten Vertreter der Gerichte und Bezirke außerhalb der Königsmunt. Die Möglichkeit, daß in Sachsen ein volksrechtliches Grafschaftssystem neben den Eike'schen Königsbanngrafschaften gestanden habe, ohne von Eike erwähnt zu sein, ist ganz ausgeschlossen. Man hätte nicht zwei heterogene Institute mit demselben Namen bezeichnen können, und man hätte nicht von dem einen reden können, ohne die anderen zu erwähnen.

265. III. 65. 1.

266. III. 70. 1.

267. Die großen kirchlichen und Laienherrschaften entstehen dadurch in einem Gebiet ursprünglich königlicher Schutzgewalt, daß der Adel und die Stifter die Verwaltung der königlichen Freigrafschaften (meist in einzelnen Teilen) an sich bringen. Daraus suchen sie dann unter Abschüttelung der königlichen Oberherrschaft Gebiete eigenen Herrschaftsrechtes zu machen. Der Vorgang ist bei allen sächsischen Dynastengeschlechtern zu beobachten, wie in ähnlicher Weise allenthalben im Reich. Das beste Beispiel dafür stellt die Politik Erzbischof Adalberts von Bremen oder die der Welfen dar. Vgl. dazu auch Hildebrand, Ruth. Der sächsische „Staat“ Heinrichs des Löwen. (Histor. Studien. hrsg. v. Ebering. 302.) 1937.

Zum mindesten hätte man ihrer so weit gedenken müssen, wie es mit den Markgrafschaften geschieht.

Die Auffassung der Grafschaften des Sachsenspiegels als Königsbanngrafschaften liegt auch schon darum nahe, weil wir ihre Weiterentwicklung als Freigrafschaften kennen, wie sie später stets ausdrücklich bezeichnet werden.²⁶⁸ Und wir wissen, daß diese Freigrafschaften oder Freigerichte ein anderes Gepräge hatten, als wir es bei den Amtsgrafschaften dem herrschenden Bilde nach zu sehen gewohnt sind. Man hat sie und die aus ihnen erwachsenden Femgerichte als Reste alter Grafschaften des Volksrechts oder als Sonderentwicklungen betrachtet, ohne aber beides erklären zu können. Einen besonderen Charakter haben sie jedenfalls. Wenn aber die Grafschaften des Sachsenspiegels normale volksrechtliche Amtsgrafschaften wären, müßte zwischen ihnen und den Freigrafschaften oder Freigerichten eine deutliche Trennungslinie zu finden sein. Doch von einer solchen fehlt jede Spur. Man hat auch nie versucht eine solche aufzuzeigen. Deutlicher wird dies noch, wenn man die Femgerichte, die sich aus den Freigerichten entwickelt haben, oder besser die mit den Freigerichten des Spätmittelalters identisch sind, dem ererbten Bilde der Amtsgrafschaften gegenüberstellt. Sie sind etwas Grundverschiedenes. Was liegt dann aber näher, als anzunehmen, daß sie nie Amtsgrafschaften des Volksrechts waren, sondern stets Freigrafschaften im Sinne königlicher Bannbezirke und königlicher Banngerichte? Als solche konnten die Femgerichte auch ihrer Natur nach mit anderen Freigerichten und Königsbanngerichten im Reich in Verbindung treten, und so mit einem Netz miteinander verbundener Königs-(Frei-)gerichte versuchen der erstarkenden landesherrlichen Gerichtsbarkeit die Reste königlicher Banngerichtbarkeit entgegenzustellen. So erhalten auch die Femgerichte einen neuen Sinn. Als Verteidiger königlichen Herrscherrechts erscheinen sie, als Vollstrecker mittelalterlichen Königswillens, als die Macht des Königtums längst abgesunken war.

Doch wenden wir uns wieder dem Sachsenspiegel zu. Unser Ergebnis hat darum besondere Wichtigkeit, weil damit die Sätze

268. Vgl. dazu Theodor Lindner, Die Veme, 1888.

des Sachsenspiegels, die die Ausübung der Hochgerichtsbarkeit in den Grafschaften an den Königsbann als Voraussetzung binden, nun nicht mehr als Zeugnisse für die Übertragung aller Hochgerichtsrechte mit dem Königsbann gelten können. Denn der Königsbann wird allerdings für die Ausübung der „Grafschaftsgerichtsbarkeit“ gefordert, aber da diese sächsischen „Grafschaften“ Königsgrafschaften, d. h. Gebiete königlicher Schutzherrschaft sind, wird er damit von dem Spiegler nur innerhalb der Grenzen königlicher Herrschaft gefordert. Alle anderen Gerichte bleiben „buten kuninges banne“.

Dabei ist eine naheliegende Verwechslung zu vermeiden: Der Sachsenspiegel leitet allerdings alles Gericht von dem Könige her (III. 52. 2), ohne jedoch den Königsbann mit dieser Forderung in irgendeinen Zusammenhang zu bringen. Und das bedeutet einen großen Unterschied. Von der Herleitung alles Gerichtes vom König zu der Forderung einer allgemeinen Königsbannleihe für alles Hochgericht ist ein weiter Weg. Der Sachsenspiegel vertritt hier einen Satz, den Adolf Gaßner im Anschluß an Hans Hirsch die „reichsrechtliche Theorie der Blutgerichtsbarkeit“ nennt,²⁶⁹ eine im 13. Jahrhundert verschiedentlich nachweisbare Forderung. Wir werden in anderem Zusammenhang noch ausführlicher von ihr zu reden haben. Jedenfalls darf aber — und das kann uns vorläufig genügen — das Institut des Königsbannes mit dieser theoretischen Zurückführung allen Gerichtes auf den König nicht in Zusammenhang gebracht werden.³¹

Doch kehren wir zu den sächsischen Grafschaften zurück. Sind sie zur Zeit Eikes, also im Anfange des 13. Jahrhunderts, königliche Bannbezirke mit der Bezeichnung „Grafschaft“, so können sie entweder durch Entartung aus ursprünglich rein volksrechtlichen, von aller Munt und Herrschaftsgewalt des Königs unabhängigen Grafschaften entstanden sein, oder sie können dies Gepräge königlicher Schutzherrschaft schon getragen haben, seit Karl der Große mit einschneidenden gesetzlichen Maßnahmen die Verhältnisse Sachsens neu regelte. Gegen die erste Annahme spricht schon die alte Bezeichnung als regnum

269. Vgl. oben Anm. 109

Saxonie, von der schon die Rede war, denn sie macht mindestens im 9. Jahrhundert den königsherrschaftlichen Charakter dieser Grafschaften wahrscheinlich. Doch ist es dafür von Wichtigkeit sich den Akt bewußter Gestaltung altsächsischen Lebens durch Karl den Großen zu vergegenwärtigen, in der Hoffnung dort Wesentliches über den Aufbau des sächsischen öffentlichen Lebens zu erfahren. Auch wenn diese Neugestaltung durch Karl wesentliche Züge alten sächsischen Lebens der vorfränkischen Zeit beibehalten hat, wird ein Bild dieser Verhältnisse hier am besten zu gewinnen sein, da uns die Quellen wenigstens Einiges darüber erzählen. Neuerdings hat Karl Lintzel diese Maßnahmen Karls und die Kämpfe, die ihnen vorausgingen ausführlich dargestellt.²⁷⁰ Wir folgen außer den Urkunden im Wesentlichen dieser Darstellung, ohne uns auf Einzelheiten, die noch strittig sind, einzulassen.

Bei den Sachsen bestand von jeher ein großer Abstand zwischen dem Adel einerseits und den Freien und Liten andererseits,²⁷¹ wie es überall dort verständlich ist, wo ein Adel siegreich als Herrenschaft in ein Land eingedrungen ist. Bei der Unterwerfung des Sachsenlandes durch Karl den Großen hat, soweit wir sehen können, der Adel zeitweise mit den Franken gemeinsame Sache gemacht, während Widukind an der Spitze der niederen Freien, der Bauern und Liten, Widerstand leistete, letzten Endes jedoch vergeblich. Im Fortschreiten der Unterwerfung wurden zahlreiche immer wieder erneuerte und abgeänderte Verträge den Sachsen aufgenötigt, in denen sie immer wieder Treue geloben mußten.²⁷² So stellten diese „Verträge“ ein allgemeines Munt- und Treue-Verhältnis zwischen dem Frankenkönig und dem Sachsenvolk her, das für die Folgezeit bestimmend wurde. Das Vorgehen der Franken stellt sich zusammenfassend etwa so dar: 777 wurde den Sachsen eröffnet,

270. Martin Lintzel, *Der sächsische Stammesstaat und seine Eroberung durch die Franken*. (Histor. Studien, hrsg. v. Ebering, 227.) 1934. Die Quellenzeugnisse stellte schon früher Karl Rübel zusammen. Karl Rübel, *Die Franken*. 1904. S. 109, 124 ff., 194, 403 ff. Den Deutungen Rübel's können wir uns allerdings nicht anschließen.

271. Lintzel a. a. O.

272. Zusammenstellung bei Lintzel S. 47.

daß sie ihre Vollfreiheit und ihr Allod verloren hätten, wenn sie noch einmal die Treue brächen. Die Reichsannalen berichten zu diesem Jahr, daß die Sachsen²⁷³ nach ihrer Landessitte all ihre Freiheit und ihr Allod zum Pfand für ihre Treue setzten,²⁷⁴ oder wie wir sagen können, setzen mußten. 779 werden diese Verträge nochmals beschworen, aber bald darauf brach der Aufstand wieder aus, der 782 mit dem Bluturteil von Verden niedergeworfen wurde.²⁷⁵ Darauf machte man mit den Drohungen Ernst, und führte jetzt die neue Grafschaftsverfassung ein,²⁷⁶ die, wie aus dem Zusammenhang sich ergibt, eine Änderung in den Rechten der Freiheit und des Allods bedeutete, jedoch so, daß die Freiheit des Standes gewahrt wurde, wie aus dem *Poeta Saxo* hervorgeht.²⁷⁷ Dasselbe Gedicht zeigt aber auch, daß man mit einem Teil glimpflich verfuhr, daß dieser keinen Zins oder Tribut zahlen sollte, und es leuchtet ein, daß diese Begünstigten nur die mit Karl verbündeten Großen des Landes gewesen sein

273. Ob dies sich auf alle Sachsen bezog, oder ob uns hier nur die Nachricht über einen Teil vorliegt, ist belanglos, da ähnliche Akte einander folgen.

274. *Annales regni Francorum* (Script. rer. Germ. Schulausgabe. S. 48). ... *ibique multitudo Saxonum ... secundum morem illorum omnem ingenuitatem et alodem manibus dulgtum fecerunt, si amplius immutassent secundum malam consuetudinem eorum, nisi conservarent in omnibus christianitatem vel fidelitatem supradicti domini Karoli regis...*

275. Rübel S. 129 nimmt an, daß der entscheidende Akt schon 778 liege auf Grund einer Stelle der *vita Hludowici* und der unten genannten Annalen. Nach dem *Poeta Saxo* wäre 803 das bedeutsamste Jahr. Aller Wahrscheinlichkeit nach folgten verschiedene sich ergänzende Akte aufeinander.

276. *Annales Laureshamenses* zu 782 = M. G. SS. I. S. 32 (XV) *constituit super eam ex nobilissimis Saxones genere comites. Annales Moselani* (M. G. SS. XVI. S. 497) *ex nobilissimis Saxonum genere ... Annales Maximiani* (M. G. SS. XIII. S. 21), *ex nobilibus Francis atque Saxonibus...*

277. *Poeta Saxo* (M. G. SS. I. S. 260 f.) Jahr 803 *huc omni Saxonum nobilitate collecta, simul hac pacis leges inierunt ut ... at vero census Franconum regibus ullum solvere nec penitus deberent atque tributum, cunctorum pariter statuit sententia concors sed tantum decimas divina lege statutas sub iudicibus quos rex imponerat ipsis...* Die Zuverlässigkeit der Angaben des *Poeta Saxo* stellt im Gegensatz zu Georg Waitz Meyer, Dt. u. franz. Verf.gesch. I. 39 fest.

können. Aus ihnen wurden auch zum großen Teil die neuingesetzten Grafen genommen, zum geringeren Teil allerdings auch aus Franken,²⁷⁶ denn man mischte bewußt den sächsischen und fränkischen Volksstamm miteinander. Man deportierte damals Gruppen von Bauern aus Sachsen und siedelte sie auf Königsland unter Königsschutzherrschaft in Franken oder anderen Teilen des Reiches an, so wie umgekehrt Gruppen fränkischer Bauern ebenfalls unter dem Schutze des Königsbannes in Sachsen angesiedelt wurden,²⁷⁸ jedoch so, daß die fränkischen Ansiedler bei weitem in der Minderheit blieben.

Einige Jahrzehnte später brach noch einmal ein Aufstand der unterworfenen Sachsen aus; der sogenannte Stellinga-Aufstand, hervorgerufen von Lothar, dem Sohne Ludwigs des Frommen. Er versprach den Frilingen und Liten, die die große Masse des Volkes ausmachten, die Rückkehr zu den alten sozialen und rechtlichen Verhältnissen der Zeiten vor der Unterwerfung. Daraufhin brach der Aufstand los, und es gelang beinahe, die Herren aus dem „Reich“ zu vertreiben.²⁷⁹ Diese Stellinga-Empörung zeigt sehr deutlich noch einmal den Charakter der Neuorganisation Karls des Großen in ihrer Doppelseitigkeit: neben der Schaffung des „Reiches“ steht die Begründung der Herrenstellung einer gehobenen Schicht.

Die Kapitularien ergänzen die Lücken dieses Bildes. Sie stellen, wie stets, so auch in den sächsischen Kapitularien, kein systematisches Gesetzbuch dar, sondern eine Aneinanderfügung der jeweils nötig gewordenen Verordnungen in mannigfachen Wiederholungen und Häufungen. Vor allem kehrt die Festlegung

278. Rübel S. 109 ff., 194 ff.¹⁶ Vgl. auch M. G. Formulae 288 ff.

279. Nithard, Hist. (Script. rer. Germ. Schulausg. S. 41. IV, 2.) ... hinc etiam in Saxoniam misit, frilingis lazzibusque, quorum infinita multitudo est, promittens, si secum sentirent, ut legem quam antecessores sui tempore, quo idolorum cultores erant, habuerant, eandem deinceps habendam concederent. Qua supra modum cupidi, nomen novum sibi, id est Stellinga, imposuerunt, et in unum conglobati, dominis e regno pene pulsus, more antiquo qua quisque volebat, lege vivebat Vgl. auch Annales Bertiniani zu 841. S. 26. ... obtionem cuiuscumque legis vel antiquorum Saxonum consuetudinis ... Stellinga ist wahrscheinlich von stat = Stelle, Hof abzuleiten. Der Name zeigt wohl die Aufständischen als Kämpfer für eine andere Hofverfassung.

des Königsbannes für den neugeschaffenen Bannbezirk immer wieder. Man sieht daraus, wie bedeutsam der Königsbann für die neue Gestaltung war. Es waren Grafschaften des Königsbannes, die aus der Rechtskraft des Bannes hier geschaffen wurden. Und zwar gilt der Königsbann in doppeltem (allerdings doch zusammengehörenden) Sinne, einmal wird er in bewußter Übertragung des für alle Franken geltenden Rechtes angewendet bei Vergehen gegen die bekannten karolingischen Bannfälle²⁸⁰ also als Bann des fränkischen Volkskönigs, zweitens aber wird den Grafen der Königsbann mit der 60-Schillingsbuße für bestimmte Fälle übertragen zur Ausübung des ihnen übertragenen Amtes (in suo ministerio), d. h. zur Durchführung der königlichen Schutzherrschaft. Wir hören darüber Näheres: Der Bann soll die Durchführung der Rechtspflege sicherstellen, insbesondere die Auslieferung eines Verbrechers erzwingen,²⁸¹ Bestechung verhindern,²⁸² und die Appellation an den König sichern,²⁸³ ebenso soll er ungerechtfertigte Pfändung verhindern²⁸⁴ und die Vermögenseinziehung möglich machen.²⁸⁵ Die Sonderstellung dieser sächsischen Bannbezirke wird dadurch noch besonders betont, daß in Notfällen eine Erhöhung der königlichen Bannbuße über 60 Schillinge hinaus gestattet wird.²⁸⁶ Auch Einzelheiten erfahren wir. So wird die Sonderstellung der „getreuen Sachsen“ als Parteigänger des Königs²⁸⁷ in den Kapitularien deutlich erkennbar, was unsere aus erzählenden Quellen gewonnenen Ergebnisse bestätigt. Ebenso begegnet aber auch die uns aus dem Sachsenspiegel geläufige Unterscheidung von regna (Bannbezirken) und Markgrafschaften überall

280. Cap. I. 27/71 v. 797.

281. Cap. I. 26/68 v. 775—790, cap. 24.

282. Ebd. cap. 28.

283. Ebd. cap. 26.

284. Ebd. cap. 25.

285. Ebd. cap. 27. Der Graf wird als ausführendes Organ des Königsbannes in allen diesen Fällen nicht ausdrücklich genannt, ist aber wie cap. 31 zeigt, augenscheinlich damit beauftragt.

286. Cap. I. 27/71 v. 797 cap. 9.

287. Cap. I. 27/71 v. 797 cap. 9. „una cum consensu Francorum et fidelium Saxonum“ . . .

im Reich.²⁸⁸ Auch die wiederholt vorkommende Einteilung der Sachsen in *nobiles*, *ingenui* und *liti* mag der Einteilung des Sachsenspiegels entsprechen. Sie stammt sehr wahrscheinlich aus altsächsischer Zeit und wurde von Karl dem Großen beibehalten. Die Königsmunt änderte an dieser Gruppeneinteilung nichts, denn ihr unterstanden alle.

Urkunden und Chroniken der Karolingerzeit sind also sehr wohl im Stande, die oben gestellte Frage zu beantworten. Die von Karl geschaffenen Zustände, vor allem die Aufrichtung einer Königsbannherrschaft über das ganze Land hin, entsprechen dem Bilde, das uns der Sachsenspiegel bietet, durchaus. Nichts nötigt uns zu der Annahme einer etwa zwischen beidem stehenden grundstürzenden Änderung.²⁸⁹ Auch fügt sich diese Annahme in das Gesamtbild der Politik Karls sehr wohl ein. Denn wir wissen, daß er auch an anderen Stellen, z. B. bei den spanischen Ansiedlern, die Munt- und Schutzherrschaft zur Sicherung neuer Verhältnisse an gefährdeten Stellen des Reiches verwendete. Daß er aber auf einem Boden, der nie römisch war, seinen Grafschaften ein anderes Gesicht gab, als sie es in den alten Gebieten aus der geschichtlichen Entwicklung heraus besaßen, darf uns nicht wundernehmen. Das staatsmännische Genie ist stets elastisch und nicht an bestimmte ererbte Formen gebunden.

Stellen wir uns das gewonnene Bild nochmals kurz vor Augen. Zur Sicherung der fränkischen Herrschaft über die unterworfenen Sachsen wurden sie alle unter Königsmunt gestellt unter Wahrung ihres freien Standes und unter Beibehaltung ihrer alten Gliederung. Vorhandene Herrschaftsbezirke wurden wahrscheinlich ebenso übernommen; an ihre Spitze wurde ein Graf gestellt, oder der an der Stelle schon stehende sächsische Große mit der Grafengewalt betraut, d. h. mit der Ausübung der königlichen Muntherrschaft. Er wird zu diesem

288. Ebd. cap. 10 *infra sua regna aut in marcu*

289. Eine gewisse Änderung bedeutet die wohl anzunehmende Entstehung allodialer Herrschaftsbezirke und Grafschaften durch Entfremdung königlicher Rechte vom König. Doch ist das im ganzen gesehen nicht wesentlich.

Zweck mit dem Königsbann ausgestattet. Einen Teil der Grafen nahm man aus den eingesessenen sächsischen Herren, einen anderen holte man aus Franken, ebenso wie fränkische und andere Siedler neben den sächsischen Bauern angesiedelt wurden. (Es findet sich deshalb noch im Sachsenspiegel die Unterscheidung von Herren und Schöffen sächsischen, fränkischen und schwäbischen Rechts.)²⁹⁰ Eine Abgabe zur Anerkenntnis der Muntherrschaft des Königs über seine Leute wird innerhalb dieser Bannbezirke bezahlt, eine dünne Oberschicht aber, die mit dem Frankenkönig gemeinsame Sache gemacht hatte, davon befreit, gewiß auch mit der Begründung der als Schöffen oder als Ritter (soweit sie ritterlich lebten) zu leistenden Dienste. Anders sind die Markgrafenschaften aufgebaut. In den Bannbezirken und ebenso in den der Königsmunt unterstehenden Immunitäten gibt es außer den Hörigen und Halbfreien nur der Königsmunt unterstehende Bauern, die man deshalb, weil sie niemand als dem König unterstehen, Freibauern nennt, ihre Gerichte Freigerichte und ihre Bezirke Freigrafenschaften, so wie man später die königlichen Städte als Freistädte bezeichnen konnte. Alles das stimmt mit dem Sachsenspiegel völlig überein.

Ist es nun aber so, daß durch die Schaffung des „Reiches“ in Sachsen der König den Sachsen in erster Linie als Muntherr gegenübersteht, so ist es auch verständlich, daß im Heliand der in den auf die Neuordnung Karls folgenden Jahrzehnten in Sachsen entstand, der König so oft mit Worten bezeichnet wird, die den Muntherrn kennzeichnen. Er heißt drohtin, herro, fro, radgebo, landesward, waldand muntboro.²⁹¹ Es treffen bei diesen Bezeichnungen des Königs von der Muntgewalt her zwei Ursachen zusammen: einmal faßte der Germane die Königsmacht mit Vorliebe in dieser Weise auf, in Sachsen aber wirkte stärker noch in demselben Sinne die dort gegebene besondere Schutz-

290. Sachsenspiegel, ProsaVorrede.

291. Emil Lagenpusch, Das germanische Recht im Heliand (Untersuchungen zur dt. Staats- u. Rechtsgesch. 46) S. 2 ff. Anton Stonner, Germanentum und Christentum, Regensburg 1934 S. 59—73. Hier sind auch die Belege für die nähere Charakterisierung des Königtums im Heliand als Munt und Gefolgherrschaft, seine Verpflichtung, Schutz und Friede zu gewähren, zusammengestellt. Lagenpusch a. a. O. S. 7.

und Muntherrschaft des Königs. Wie stark der Muntgedanke alles Denken im mittelalterlichen Sachsen beherrschte, zeigt gerade wieder der Heliand, in dem auch das Verhältnis des „Christ“ zu seinen Jüngern als Gefolgschaft, also als Munt, aufgefaßt wird und ebenso die Beziehungen des Christen zu dem „Christ“. Treue, wie sie der Mann seinem Herrn schuldet, ist hier der bestimmende Faktor, erleichtert durch den Doppelsinn des Wortes *fides* als Treue und Glaube. Auch die Vorrede zum Schwabenspiegel schildert uns Gott als den mächtigen Munt-herrn, der „den rechten fride“ schafft, „der frid si mit iu“ ist sein Gruß, und als seinen Pfleger d. h. als seinen Vertreter in der Muntherrschaft setzt er Petrus ein, „das er phleger were uber den rechten fride, und gap im den gewalt daz er den himel uf slzze allen den, die den fride hielten, und swer den fride breche, daz er dem den himel vor beslütze.“²⁹²

Ebendieselbe Verwendung des Muntgedankens zur Verdeutlichung des Verhältnisses von Gott und Mensch zeigt auch der Poeta Saxo.²⁹³ Denn hier wird die Bekehrung der Sachsen unter dem Gesichtspunkt einer Muntherrschaft des Christengottes, die sich über der des Königs ausspannt, angesehen. Das Treugelöbnis dem Christengott gegenüber und der Eintritt in seinen Dienst (*fidei se subdere vellent catholicae* [mit Doppelsinn von *fides*] *Christoque deo servire per aevum*) sind der geistliche Ausdruck der in den aufgenötigten Verträgen eingegangenen Verpflichtung der Sachsen, die sie so wie dem Frankenkönig auch dem Christengott verbinden soll. Auch die Geistlichkeit soll *fidem Domino placitam* lehren. Man sieht hier schon, was später noch deutlicher werden wird, wie alle Vorgänge des öffentlichen Lebens unter dem Gesichtspunkt von Muntherrschaft, von Gefolgschaft und Treue gesehen werden, weil diese Begriffe — und diese allein — dem politischen Denken des Germanen fest eingegraben waren. Doch verstärkt in Sachsen die dort vorliegende Rechtslage die Eindringlichkeit dieser Denkweise, so die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigend.

292. Schwabenspiegel (Ausgabe Gengler) I. 2. S. 3. Stonner, a. a. O. — Vgl. auch Hans Fehr, Das Recht in der Dichtung, 1931, der dasselbe auch in Otfrieds Evangelienbuch zeigt.

293. Poeta Saxo (M. G. SS. L. S. 216 ff.) zum Jahr 805.

Andererseits zeigt diese Ausschließlichkeit des Denkens in Munt- und Treuebegriffen deutlich, warum Karl darauf das gesamte öffentliche Leben Sachsens aufbaute, und daß er Recht daran tat. Er gab diesem öffentlichen Leben die sicherste Grundlage, die es dort geben konnte: den Muntgedanken, oder von der anderen Seite aus denselben Gedankenkomplex gesehen: den Gefolgschafts- und Treuebegriff. Diese Gedankenwelt kannte der Sachse; hier hatte der Aufbau des Königtums festen Boden, der auf keine andere Weise zu erreichen gewesen wäre, und diese Muntgedankenwelt, begründete das sächsische Mittelalter.²⁹⁴

Die sächsische Tradition hat die Tatsache des Aufbaues des sächsischen öffentlichen Lebens durch den Eingriff Karls des Großen noch lange zäh festgehalten,²⁹⁵ allerdings in mannigfacher Entstellung. Karl der Große erscheint da als der Begründer der Femgerichte, die als Fortsetzung der Freigerichte zu gelten haben. Da man sich außerdem bewußt war, daß das Rechtsbild des Sachsenspiegels auf den entscheidenden sächsischen Rechtssatzungen Karls des Großen ruhte, und daß andererseits die Femgerichte aus den Gerichten des Sachsenspiegels erwachsen waren, wird von der Volkstradition der Sachsenspiegel Karls dem Großen zugeschrieben und damit mit den Kapitularen Karls, aber ebenso auch mit den Rechtssatzungen der Femgerichte identifiziert in kühner Überspringung jahrhundertelanger Abstände. Bei Heinrich von Herford (zur Zeit Kaiser Karls IV.) findet sich die erste Fixierung dieser sächsischen Volkstradition,²⁹⁶ die wenn auch in Verzerrungen, so doch zu tiefst richtig gesehene Zusammenhänge festhält.

Noch eine Bemerkung zum Heliand sei hier zugefügt. Er kennt keine Grafen.²⁹⁷ Er kennt den Herzog und auch den Waldboten, der wohl als Königsbote zu gelten hat, er kennt auch, wie

294. Wir beschränken uns in dieser Charakterisierung des Gesamtaufbaues hier auf Sachsen, das als „regnum“ eine Sonderentwicklung hatte. Es wird später zu untersuchen sein, wie weit das hier Gefundene auch für das übrige Deutschland Gültigkeit hatte.

295. Vgl. Th. Lindner, Die Veme S. 466—471.

296. Heinrich von Herford. Hrsg. v. Potthast S. 30.

297. Vgl. Lagenpusch a. a. O. S. 11.

oben schon besprochen, den Muntherrn in mannigfachen Bezeichnungen, aber keinen Grafen. Da aber zur Zeit des Helianddichters Grafschaften in Sachsen bestanden, müssen die Grafen entweder als vom Frankenkönig eingesetzte Machthaber so unpopulär gewesen sein, daß der Dichter den Grafentitel vermied, oder man faßte sie als das auf, was sie ja auch waren, als Vertreter des Muntherren, so daß die Bezeichnungen der Muntgewalt den Grafentitel als unwesentlich in den Schatten stellten, zwei Möglichkeiten, die beide mit dem gewonnenen Bild der sächsischen Verhältnisse übereinstimmen.

Doch wir haben nicht nur nach der Verbindung der Jahrhunderte in der Volkstradition zu fragen, sondern uns auch Rechenschaft darüber zu geben, was uns die Urkunden des Frühmittelalters, also der Zeitspanne zwischen den Kapitularien Karls und dem Sachsenspiegel zu sagen wissen.

Die Urkunden, die uns über die sächsischen Grafschaften in diesen Jahrhunderten berichten, zerfallen in zwei Gruppen. Die einen sehen die Grafschaften von außen und reden von ihrem äußeren Schicksal, die anderen berichten von Vorgängen in ihrem Inneren selbst. Es sind meist Gerichtsurkunden des Grafen- oder des Schultheißengerichts der Grafschaft.

Wir wenden uns zunächst der ersten Gruppe zu. Sie berichtet überwiegend über die Schenkungen von Grafschaften an Kirchen. Meist werden diese wie ein Grundstück, ein Forst oder ein anderes nutzbares Recht zu Eigentum (in proprium) geschenkt.²⁹⁸ Bei entsprechenden Urkundenzeugnissen kamen wir bereits oben zu dem Schluß, daß die Tatsache, daß diese Grafschaften zu Eigentum besessen und in den Formen des privaten Besitzes veräußert werden, den herrschaftlichen Charakter der Grafschaften zwar nicht beweisen, aber doch wahrscheinlich machen kann, da man für die Übertragung eines von Herrschaftsrechten freien Amtes keine herrschaftlichen Rechtsformen wie

298. Dipl. III. Heinr. II. 444/566 v. 1021. Hildesh. U. B. I. 86/85 v. 1051. — 111/108 v. 1068. Hamburger U. B. (Lappenberg) I. 88/87 v. 1062. — 89/88 v. 1062. Dipl. III. Heinr. II. 225/261 v. 1011. — 344/439 v. 1016. Erhard, Regesta hist. Westf. I. 61 ff. v. 1061.

Übertragung zu Eigentum angewandt hätte.²⁹⁹ Wollte man aber einwenden, man habe keine anderen Formen gekannt, oder andere Formen seien dem Rechtsdenken des Volkes zu fremd gewesen, und man habe darum herrschaftliche Formen auf die Übertragung von volksrechtlichen Reichsämtern angewandt, so würde gerade dieser Umstand das Fehlen eines volksrechts-
amtsrechtlichen Denkens und seinen Ersatz durch herrschaftliche Begriffe beweisen. Jedenfalls konnte man, wenn man, so wie es hier geschah, Grafschaften Kirchen zu eigen und zu freier Verfügung schenkte, nicht mit der Weiterführung der geschenkten Grafschaft als Amt rechnen, sie mußten naturgemäß mit anderen benachbarten Herrschaftsrechten der Kirchen verschmelzen. Selbst wenn also die Grafschaften bis zu der Schenkung an die Kirchen noch Amtscharakter gehabt hätten, gab man ihn mit diesem Schenkungsakt preis. Das aber ist unwahrscheinlich. Auch wäre an sich schon die Übertragung eines reinen Amtes an eine Kirche, die es (als Blutgerichtsbarkeit) nicht selbst ausüben konnte, eine mindestens sehr auffallende Erscheinung. Wir haben uns nur durch die Häufigkeit solcher Übertragungen und die Selbstverständlichkeit, die diese allem Anschein nach für die Menschen des Mittelalters hatten, so sehr daran gewöhnt, daß wir das Auffallende daran, wenn Ämter verschenkt wurden, leicht übersehen. Doch dieser innere Widerspruch entfällt, wenn es Königsbannbezirke waren, die man schenkte. Für den herrschaftlichen Charakter dieser Grafschaften spricht ferner die Art, wie ihr nutzbarer Charakter in vielen Fällen herausgehoben oder ganz allein betont wird. Man spürt aus diesen Urkunden, daß es auf diese nutzbaren Rechte bei der Schenkung vor allem ankam.³⁰⁰ Solchen bedeutenden finanziellen Nutzen konnten aber die unregelmäßigen und für den Herrn der Grafschaft — anders als für den Grafen selbst — verhältnismäßig unergiebigem Gerichtsgefälle nicht abwerfen, sondern nur Steuern, die, wie wir wissen, auch wirklich in den königlichen

299. Vgl. oben S. 98/9.

300. Dipl. III. Heinr. II. 440/562 v. (1021). Hildesh. U. B. I. 111/108 v. 1068. Dipl. IV. Konr. II. 178/237 v. 1032. Erhard, Regesta hist. Westf. I. 61 ff. v. 1011. Dipl. III. Heinr. II. 307/385 v. 1014. Halberst. U. B. I. 55/76 v. 1051. Hamburger U. B. (Lappenberg) I. 79/78 v. 1057.

Bannbezirken, den Freigrafschaften, von dem pfleghaften Land bezahlt wurden. Adam von Bremen³⁰¹ nennt uns die Preise, die Erzbischof Adalbert von Bremen für jede der erworbenen Grafschaften gezahlt hat. Es waren 1000 Pfund Silber, ein für die Zeit außerordentlich hoher Preis. Adam von Bremen hielt ihn augenscheinlich selbst für außerordentlich hoch. Auch hören wir, daß die Summen eine so schwere Belastung für das reiche Erzbistum Bremen bedeuteten, daß man den Kirchenschatz angreifen mußte. Das ist aber nur dann verständlich, wenn man nutzbare Herrschaftsrechte erwarb und nicht nur ein Amt, das man weiter verleihen mußte, da man es selbst nicht ausüben konnte, das also zwar einen gewissen Machtzuwachs, aber keine wesentlichen finanziellen Erträge versprach. Die hier überall stark hervortretenden Steuern dieser geschenkten Grafschaften beweisen an sich schon deren herrschaftlichen Charakter, da wir wissen, daß die Beden Schutz-, Herrschafts- und Muntrechten entstammen.³⁰² Auch die Tatsache, daß Grafschaften gekauft und verkauft werden,³⁰³ will aus den angeführten

301. Adam von Bremen, Schulausgabe 3. Aufl. 1917 S. 149. Buch III. cap. 8 Imperator autem Bremæ ... cortem quæ Balga dicitur, fratribus optulit, ecclesie vero comitatum Fresie concessit ... S. 171 cap. 28. Tunc exiam sibi data est spes acquirendi vel accipiendi comitatus vel abbatias vel predia, quæ magno deinceps periculo ecclesie mercatumus, ut puta cenobia Lauressa vel Corbeia, comitatus autem Bernardi et Ekibrecti, predia verò Sincicum, Plisna, Groningon, Dispargum et Lismona. S. 188 cap. 46 noster presul statuit omnes comitatus, qui in sua dyocesi aliquam iurisdictionem habere videbantur, in potestatem ecclesie redigere. Quapropter ab initio quidem illum maximum Fresie comitatum a Caesare indeptus est de Fivelgœ Pensionem librarum dicunt esse mille argenti, quarum ducentas ille solvit Alter comitatus erat Utonis, qui per omnem parrochiam Bremensem sparsim diffunditur, maxime circa Albiam. Pro quo archiepiscopus Udoni tantum optulit in precarie nomen de bonis ecclesie quod aestimatur singulis annis reddere mille libras argenti, cum utique tanta quantitate precii maior possit ecclesie fructus omni anno parari Tercius erat comitatus in Fresia ... pro quo noster pontifex regi pactus est se mille libras argenti daturum. Cuius pecunie summam, cum facile non posset habere, prohi dolor! iussit cruces, altaria, coronas, et cetera ornamenta ecclesie deponi. II. cap. III. fol. 101.

302. Vgl. Adolf Waas, Vogtei und Bede II, S. 54 ff. VI. 10.

303. z. B. Halberst. U. B. II. 930/174 v. 1257. Beispiele dafür aus späterer Zeit ließen sich in beliebiger Zahl beibringen.

Gründen ebensowenig wie eine Schenkung zu eigen zu einem reinen Amtsrecht der Grafschaften passen. Die Erzählung Adams von Bremen ist aber keineswegs die einzige Stelle, an der wir von solchen Käufen hören. Sie gehören zu den Erscheinungen, von denen oft die Rede ist, sobald nur die Zahl der erhaltenen Urkunden größer wird. Ebenso zeigt die Art und Weise, wie bei Adam von Bremen und anderen der Erwerb von Gütern und Grafschaften zu einem Ganzen zusammengefügt wird, wie z. B. in den Worten *acquirendi et accipiendi comitatus vel abbatias vel predia*,³⁰⁴ daß man hier Gleichartiges ohne Unterscheidung, eben den Besitz von Herrschaftsrechten an verschiedenen Objekten einheitlich fassen konnte. In ähnlicher Weise werden oft Grafschaften und Forsten oder Grafschaften und Reichshöfe als nutzbare Rechte zusammengefaßt,³⁰⁵ was denselben Schluß gestattet. Das gleiche gilt aber vielleicht mit noch größerer Deutlichkeit, wenn eine „Grafschaft“ als Pertinenz einer Burg erscheint, wie dies wiederholt begegnet.³⁰⁶ Besonders augenfällig ist es, wenn eine der Burgen den Namen Muntburg führt, der auf den herrschaftlichen Charakter des ganzen Rechtskomplexes hinweist.

Bisweilen nennen die Urkunden das Wort Grafschaft nicht, sondern umschreiben den Begriff. Dann aber zeigt die Umschreibung deutlich den Charakter als königlicher Bannbezirk. So, wenn wir lesen: *fiscum etiam, quem hucusque ad nostras manus de liberis hominibus per eundem pagum recepimus*.³⁰⁷ Solche in ihrer rechtlichen Kennzeichnung eindeutigen Umschreibungen³⁰⁸

304. Buch III. cap. 27 S. 115.

305. Dipl. III. Heinr. II. 307/385 v. 1014. Dipl. IV. Konr. II. 178/237 v. 1032. Const. I. 279/385 v. 1180 *cum omni iure et iurisdictione, videlicet cum comitatibus, cum advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis* ... Hildesheimer U. B. I. 167/149 v. 1108 *comitatum situm in pago, que dicitur Herthega, terram quoque cum silvula circumiacentem* ... Ebd. I. 308/292 v. 1158 ... *comitatum suum videlicet et forestum* ...

306. Muntburg: Dipl. III. Heinr. II. 259/303 v. 1013, Hildesh. U. B. I. 54/44 v. 1013. — Ebd. 60/52 v. 1013. Einbeck: U. B. d. Stadt Goslar I. 241/275 v. 1158; *herthegam cum omni iure et iurisdictione* ...

307. Dipl. II. Otto II. 390/821 v. 1001.

308. Zu obiger Urkunde hinzu: Hildesh. U. B. I. 60/52 (nach 1013) Dipl.

werden aber mit „Grafschaften“ so zusammengefügt, daß die Gleichartigkeit deutlich wird,³⁰⁹ und so erhellt, daß die ausdrückliche Bezeichnung eines solchen Rechtskomplexes als „Grafschaft“ irrelevant ist, daß auch dort, wo das Wort fehlt, häufig Bannbezirke in Grafenhand gemeint sind.

An einzelnen Stellen erfahren wir auch Näheres über den Inhalt der Grafenrechte, leider allerdings erst aus dem 13. Jahrhundert; so aus einer Halberstädter Urkunde von 1270, die den herrschaftlichen Charakter der dort in eigentümlicher Weise zwei Herren gemeinsam unterstehenden Grafschaft deutlich erkennen läßt, nämlich an dem dem Grafen zustehenden Heimfallsrecht erbelosen Gutes, am Geleitsrecht und den herrschaftlichen Bestimmungen über die Nahrungsmittelgewerbe.³¹⁰ Alles das bestätigt unsere bereits durch die Untersuchung des Königsbannes, des Sachsenspiegels und der Kapitularien gewonnene Auffassung vom Wesen der sächsischen frühmittelalterlichen „Grafschaften“ als königliche Bannbezirke des Königmuntrechtes.

Noch eine andere Beobachtung führt zu demselben Ergebnis: die Betrachtung der räumlichen Verhältnisse dieser an Kirchen geschenkten frühmittelalterlichen Grafschaften Sachsens. Rudolf Werneburg³¹¹ hat sie bereits 1910 untersucht und auf die auffallende Zersplitterung in kleine Bezirke, die den Namen „Gau“ tragen, aufmerksam gemacht. Er zog daraus den Schluß, daß „Gau“ zwar um 950—1050 den Gerichtsbezirk bezeichnen sollte, daß das Wort diese Bedeutung aber um 1050 verlor, so wie es sie ursprünglich auch nicht hatte. Von da an bezeichnete Gau seiner Ansicht nach nur noch eine Landschaft oder einen zusammengehörigen Landstrich. Aus dem Material, das Werneburg zusammengetragen hat, können aber weitergehende Schlüsse gezogen werden: 1. daß Gau immer ein rein

III. Heinr. II. 206/241 v. 1009. Hamburg. U. B. (Lappenberg) I. 87/85 v. 1062. Dipl. III. Heinr. II. 210/247 v. 1009. — Ebd. 260/304 v. ca. 1013.

309. Hildesh. U. B. I. 60/52 (nach 1013).

310. Halberst. U. B. II. 1221/351 v. 1270. Vgl. auch Dipl. III. Heinr. II. 266/316 v. 1013, nach späterem Auszug . . . in comitatu Dediconis, und was ihm daselbst weiter durch der freyen Leute Absterben angefallen . . .

311. Rudolf Werneburg. Gau, Grafschaft u. Herrschaft in Sachsen. Göttinger Diss. 1910. S. 22 ff., 47 ff.

geographischer Begriff war, und nie prägnant einen Gerichtsbezirk bezeichnete, eine Anschauung zu der auch W. selbst stark hinneigt. Darüber hinaus aber 2., daß solche aus kleinen, mannigfach ineinander geschobenen Partikelchen sich zusammensetzende Grafschaften kein organisiertes System von Grafenämtern bilden können, zum mindesten nicht mehr in der Zeit, in der sie sich in den Urkunden in dieser Weise aufzeigen lassen. Aber auch auf den Charakter der einzelnen Grafschaft lassen sich daraus Schlüsse ziehen. Denn eine solche Gemengelage der Grafschaftsteile — wenn dieser Ausdruck erlaubt ist — würde, schon wenn wir sonst nichts wüßten, auf eine herrschaftliche Struktur dieser Grafschaften schließen lassen, so wie man allgemein gewohnt ist, auf Zersetzung der Amtsgrafschaften und auf entstehende Territorialstaaten zu schließen, wo man solche Verhältnisse im 12. und 13. Jahrhundert vorfindet.

Sehen wir uns einzelne Beispiele an: Eine Urkunde Heinrichs II. schenkt an Gandersheim die Grafschaft eines Grafen Boto *infra hos quippe pagos Gandesemigawi, Grenigawi, Fritthenigawi, Flenithigawi, Auganagawi, Vinzigawi, Eriggawi et insuper quicquid in his duobus gawis Svilbergawi et Ommergawi visus est habere*.³¹² Es wird also eine Grafschaft verschenkt, die sich über 7 Gaue erstreckt, nicht mitgerechnet die dazu gehörigen Besitzungen in 2 weiteren Gauen. Schon diese zur Grafschaft gehörigen einzelnen Güter zerstreuter Lage beweisen, daß hier eine Summe von auf den Boden bezogenen Herrschaftsrechten vorliegen muß. Die Vielfalt der auseinanderliegenden Gaue, die eine Grafschaft bilden, führt zu demselben Schluß. Und solche Mannigfaltigkeit von kleinen Gauen und Gauteilen als Inhalt einer Grafschaft (nicht etwa als die Summierung von Grafschaften verschiedener Grafen) ist keineswegs selten, sondern in den Urkunden Niedersachsens fast die Regel.³¹³ Einige Beispiele mögen dafür genügen: Es erhält 1001 Paderborn die Bestätigung einer Grafschaft in 5 Gauen,³¹⁴ 1011 die Schenkung

312. Dipl. III. Heinr. II. 444/566 v. 1021.

313. Gegenbeispiele: Grafschaften nur in einem Gau: Dipl. III. Heinr. II. 259/303 v. 1013 u. Hildesh. U. B. I. 164/149 v. 1108.

314. Dipl. II. Otto III. 387/816 v. 1001, bestätigt Dipl. III. Heinr. II. 45/53 v. 1003.

einer solchen in nicht weniger als 16 Gauen,³¹⁵ 1021 in 3 Gauen,³¹⁶ 1021 in 5 Gauen,³¹⁷ 1032 in 3 Gauen.³¹⁸ Ebenso bekommt Gandersheim 1021 eine Grafschaft in 9 Gauen,³¹² Hildesheim 1051 die Grafschaft eines Grafen in 6 Gauen,³¹⁹ 1068 eine solche in 3 Gauen,³²⁰ Halberstadt eine solche in 4 Gauen,³²¹ Hamburg 1057 eine in 2 Gauen,³²² und ebenso 1062 eine solche in 3 Gauen.³²³ Schon diese Zusammenstellung zeigt, daß diese „Grafschaften“ keine geschlossenen Amtsbezirke darstellen können, sondern nur verstreute Herrschaftskomplexe. Das bestätigt sich, wenn man dem Umfang der einzelnen Grafschaftsteile nachzugehen sucht. Eine Karte auf der auch nur ein Teil davon eingezeichnet ist,³²⁴ zeigt, wie eng diese nebeneinander liegen. Sie können meist nicht mehr als wenige Ortschaften umfassen. Diese Erkenntnis verstärkt sich noch durch die Beobachtung, daß häufig zwei oder mehr verschiedene Grafschaften in einem einzigen kleinen „Gau“ genannten Gebiet nebeneinander bestanden haben müssen. Am deutlichsten wird das in Paderborner Urkunden. Dies Bistum war 1001 im Besitz von Grafenrechten,³¹⁴ 1011 erhält es weitere, die bisher Graf Haholt hatte,³¹⁵ 1021 ebenso die bisherigen Grafschaftsrechte von Dodico,³¹⁶ und in einer zweiten Schenkung die des Grafen Liudolf,³¹⁷ 1032 endlich die des Grafen Hermann.³¹⁸ Diese Grafenrechte aber, die bisher in verschiedenen Händen waren, treffen in zahlreichen Orten und Gebieten zusammen. In folgenden Fällen haben zwei, in einem Falle sogar drei der genannten Herren Grafenrechte in demselben Gau: Treveresgau, Patergau, Aagau, Augau, Soratfeld, Ittergau, Sinatfeld, Netgau, Hessengau, also in neun Fällen. Aber auch die Grafenrechte verschiedener Bistümer

315. Dipl. III. Heinr. II. 225/261 v. 1011, bestätigt ebd. 344/439 v. 1016.

316. Dipl. III. Heinr. II. 439/561 v. 1021.

317. Ebd. 440/562 v. (1021).

318. Dipl. IV. Konr. II. 178/237 v. 1032.

319. Hildesh. U. B. I. 86/85 v. 1051. — Ebd. 96/96 v. 1057.

320. Ebd. I. 111/108 v. 1068.

321. Halberst. U. B. I. 77/56 v. 1052.

322. Hamb. U. B. (Lappenberg) I. 79/78 v. 1057.

323. Ebd. I. 88/87 v. 1062.

324. z. B. Spruner-Menke, Handatlas z. dt. Gesch. d. Mittelalters u. d. neueren Zeit.

treffen in mehreren dieser Gaue zusammen: Hildesheim und Halberstadt in Nordthüringen und Darlingau,³²⁵ Paderborn und Gandersheim im Augau,³²⁶ Magdeburg und Hamburg in Anger,³²⁷ und dies Zusammenstoßen könnten wir weit häufiger noch beobachten, wenn unsere Quellenüberlieferung besser wäre. Dabei liegen die Bestandteile, die die Grafschaft eines Grafen ausmachen, keineswegs nachbarlich angrenzend zusammen, wie dies am deutlichsten die Grafschaft des Haholt zeigt, deren Einzelteile auf dem linken Ufer der ganzen mittleren Weser zerstreut liegen. Auch Adam von Bremen berichtet von einer Grafschaft, *qui per omnem parochiam Bremensem sparsim diffunditur, maxime circa Albiam*.³²⁸ Alles das zeigt, daß diese sächsischen Grafschaften Summen von Herrschaftsrechten sind, die ursprünglich dem König zustanden, und von ihm vergeben werden.

Doch versuchen wir, ehe wir diesen Schluß endgültig ziehen, diese Vielfältigkeit kleiner Grafschaftsstelle entsprechend der herrschenden Anschauung von der Zusammengehörigkeit von Gau und Grafschaft zu erklären. Sie müßten dann als Zeugnisse einer bereits eingetretenen Zersetzung der karolingischen Gau-Grafschaften gedeutet werden. Doch hier kommen wir sofort in Schwierigkeiten, besonders, wenn man an der Anschauung, daß der Gau der Gerichtsbezirk des Grafen oder mehrerer Grafen sei, festhalten will. Denn die Gaunamen, denen man doch allgemein ein hohes Alter zusprechen möchte, zeigen bereits diese Zersplitterung, sie bezeichnen hier in sächsischem Gebiete ganz kleine, oft nur wenige Dörfer umfassende Landstriche. Die Zersplitterung muß also bereits bestanden haben, als diese Gaunamen entstanden. Das aber ist mit dem Begriff der karolingischen Grafschaft, von dem diese Betrachtungsweise ausging, unvereinbar. Aber auch wenn man die Zusammengehörigkeit von Gau und Grafschaft aufgibt, bleiben die größten Schwierigkeiten. Denn da 1001 eine solche Grafschaft in fünf Gauen als im Besitz der Kirche befindlich bestätigt wird, müßte

325. Halberst. U. B. I. 76/55 v. 1051 und 77/56 v. 1052.

326. siehe oben Anm. 312 und 318.

327. Dipl. III. Heinr. II. 210/247 v. 1009. Hamb. U. B. (Lappenberg) I. 88/87 v. 1062.

328. Adam von Bremen lib. III. cap. 45. Schulausgabe S. 127.

die Zersetzung der karolingischen Grafschaften — wenn solche der Entwicklung zugrunde gelegt werden sollten — schon vor 1000 in großem Ausmaße erfolgt, ja schon stellenweise abgeschlossen gewesen sein. Denn die Grafschaften, die von 1000 ab in großem Umfange an Kirchen geschenkt werden, zeigen hier in Sachsen allenthalben schon die Zersplitterung, und zwar nicht nur etwa eine Zwei- oder Dreiteilung dieser oder jener Grafschaft, sondern eine völlige Zerstückelung und Vermischung in kleinsten Teilen. Das widerspricht aber der bisherigen Auffassung der Grafschaften des 10. Jahrhunderts vollkommen. Was bleibt denn zeitlich noch übrig als Geltungsbereich der von den Ottonen angeblich erneuerten oder wiederbelebten karolingischen Grafschaftsverfassung, wenn im Kernland des Ottonenreichs zur Zeit seines Höhepunktes wenige Jahrzehnte nach seiner Konsolidierung eine so völlige Auflösung der angenommenen Grafenamtsbezirke nachzuweisen ist? Ein solcher Auflösungsprozeß kann doch selbst nicht das Werk weniger Jahre sein. Er müßte also begonnen haben, gerade als die Macht der Ottonen so weit befestigt war, daß an eine Erneuerung der alten Grafschaften hätte gedacht werden können.

Auch die Annahme der herrschenden Lehre, daß der Sachsenspiegel uns noch die alten ererbten Grafschaftsverhältnisse, also volksrechtliche Amtsgrafschaften, wie sie die Karolinger gekannt hatten, schildere, steht mit einer solchen Zersplitterung der Grafschaften, wie sie uns die Urkunden 2 Jahrhunderte vor dem Sachsenspiegel zeigen, in schroffem unververeinbarem Gegensatz. Dieser Zustand, den uns die genannten Urkunden um 1000 erkennen lassen: kleine Gerichts- und Herrschaftsbezirke, von denen sich meist mehrere, oft nicht zusammenhängende Stücke in der Hand eines Grafen oder Freigrafen zusammenfinden, entspricht genau dem Aufbau der sächsischen Freigrafschaften des Hochmittelalters und der Freigerichte und Femgerichte des Spätmittelalters, so wie wir sie aus Urkunden dieser Zeit kennen. Daß im Laufe des Mittelalters immer mehr von diesen Freigrafschaften in der Hand eines geistlichen oder weltlichen Herren zusammengefaßt wurden, ist nicht von prinzipieller Bedeutung. So ist der Sachsenspiegel von beiden Seiten von einem Bilde umgeben, das dem, das wir oben unabhän-

gig davon aus dem Spiegel selbst gewannen, auf das beste entspricht.

Sollte diese Beharrungstendenz nun rückwärts gesehen nur bis zu Jahr 1000 etwa zurückreichen, und vorher eine Zeit der Zersetzung und des grundlegenden Umsturzes anzunehmen sein? und zwar nicht etwa eine Zersetzung in der großen uns wohlbekannten Krise um 900, sondern in der Zeit stolzesten Aufstieges des neuen deutschen Reiches? Das ist m. E. kaum denkbar, ist aber auf alle Fälle abzulehnen, wenn kein Quellenzeugnis uns zu dieser Annahme nötigt und uns verbietet, die Verhältnisse, die wir um 1000 kennen lernen, im wesentlichen für alt anzusehen. So bleibt uns das Ergebnis, daß schon zum mindesten seit den Tagen Karls des Großen das öffentliche Leben des Landes in kleinen Herrschaftsbezirken pulsierte, die mosaikartig das Ganze des Sachsenlandes bildeten. Dabei sind meist einige von ihnen, auch wenn sie keinen räumlichen Zusammenhang haben, unter der im Namen des Königs ausgeübten Muntherrschaft eines Herrn und Grafen zusammengefaßt. Dann hätte Karl der Große nicht die Großen der Sachsen und herbeigezogene fränkische Herren über organisatorisch bestimmte Landesbezirke gesetzt, sondern die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zur Grundlage nehmend, den Dynasten dort als seinen Freigrafen mit der Ausübung seiner königlichen Herrschaftsrechte betraut, wo er bisher als eigener Herr gesessen hatte. Das würde also besagen, daß die Vielseitigkeit der niedersächsischen Karte des späteren Mittelalters schon über Karl den Großen hinaus vorzudatieren wäre. Dann würde sich aber auch das das ganze Mittelalter hindurch andauernde Streben einzelner übermächtiger sächsischer Geschlechter, möglichst viele Grafschaften an sich zu ziehen, aus der Vielfältigkeit des Grafschaftsgefüges gut erklären lassen. Denn jede Teilung großer Komplexe in kleinere mußte eine solche Entwicklung erleichtern. Auch würde diese Entwicklung sich leicht in das Bild einfügen, das uns auf dem Material anderer Landschaften aufbauend von Dungen entworfen hat.

Dies Bild sich kristallartig zusammenfügender sächsischer Freigrafschaften muß vorläufig noch als Hypothese gelten. Aber es spricht viel Wahrscheinlichkeit dafür. Denn es scheint mir

die einzige Möglichkeit zu sein, ein lebendiges Ganze aus der Mannigfaltigkeit der Urkundenzeugnisse zu gewinnen. Auf entsprechende Ergebnisse von A. Bauer in seinen Untersuchungen der schwäbischen Gaue sei hier schon aufmerksam gemacht.³²⁹

Die zweite Gruppe von Urkunden, die aus dem Leben innerhalb der Freigrafschaften berichtet, ist in der Literatur so oft behandelt worden, daß wir sie nur im Zusammenhang mit den wichtigsten Werken der großen Sachsenspiegelliteratur später behandeln können. Wir verweisen hier nur auf die Reihe von Urkunden, die Beyerle zur Pfleghaftenfrage des Sachsenspiegels zusammengestellt hat,³³⁰ und die das oben entworfene Bild der in Freigrafschaften mit den Schöffenbaren zusammengefaßten, unter Königsschutz stehenden und abgabepflichtigen Pfleghaften völlig bestätigen. Ob der Graf überall selbst das Freigericht in der Hand behalten hat, oder sein Vertreter, der Schultheiß so sehr hervortritt, daß der Graf nur als „Stuhlherr“ im Hintergrund steht, scheint mir eine Frage zweiter Ordnung zu sein, so wichtig sie für die landesgeschichtliche Einzelerkenntnis ist. Augenscheinlich sind hier die einzelnen Landschaften verschiedene Wege gegangen. Was wir im Sachsenspiegel schon gesehen haben, daß der Schultheiß den Grafen vertreten kann, bestätigen diese Urkunden an zahlreichen Stellen,³³¹ und wenn das feststeht, ist die Frage, in welchen Bezirken diese Vertretung die Regel wird, von geringerer Bedeutung. Auch an zwei weiteren Stellen, an denen der Sachsenspiegel ein gewisses Halbdunkel

329. Für Schwaben kommt zu demselben Ergebnis: A. Bauer, Gau und Grafschaft in Schwaben. 1927.

330. Zs. d. Sav.stiftg. f. Rechts.gesch. germ. Abt. 35 (1914) S. 301—376.

331. Schultheiß als Vertreter des Grafen Gerichtsvorsitzender (in einigen Fällen der Schultheiß Dingleiter, der Graf Ehreuvorsitzender) bei Beyerle a. a. O. in folgenden Urkunden (Zählung nach Beyerle): A. 7. 8. S. 309 ff. = Cod. dipl. Anhalt. II. 46. 47. v. 1220/21. A. 17. S. 320 = Halb. U. B. II. 763 v. 1246. A. 18. S. 321 = Scheid. Mantissa docc. 452 v. 1247. A. 21. S. 324 = Hildesh. U. B. II. 958 v. 1254. A. 22. S. 332 = Cod. dipl. Anhalt. II. 166 v. 1256. A. 29. S. 332 = Halb. U. B. I. 140 v. 1274. A. 31. S. 334 = Halberst. U. B. II. 1315 v. 1276. A. 33. S. 337 = Ebd. 1401a von 1282. A. 35. S. 339 = Halberst. U. B. I. 268 v. 1295. A. 36 S. 340 = Ebd. 269 v. 1295. A. 40. S. 344 = Halberst. U. B. III. 2335 v. 1341. A. 41. S. 345 = Ebd. 2337 v. 1341.

läßt, ist die Bestätigung unserer Ergebnisse durch die genannte Urkundengruppe besonders erwünscht: einmal wird die Zuständigkeit der Pfleghaften auch vor dem Grafengericht³³² und zweitens der herrschaftliche Charakter der Pfleghaftigkeit hier deutlich.³³³ Doch sind diese Fragen so eingehend in der diese Urkunden deutenden Literatur behandelt worden, daß wir auch auf diese eingehen müssen.

Vorher aber müssen wir uns noch dem Schwabenspiegel als dem wichtigsten Vertreter der mit dem Sachsenspiegel verbundenen Rechtsbücher zuwenden. Denn einmal enthält der Schwabenspiegel den vielzitierten Satz: Swer des bannes von dem künige niht enhat, der enmac niht gerihten wan ze hut und ze hare,³³⁴ der unserer Auffassung des Königsbannes zu widersprechen scheint, zweitens aber muß es zunächst unverständlich erscheinen, daß, wenn der Sachsenspiegel nur auf Grund der speziellen sächsischen Verhältnisse zu verstehen ist, seine Rechtssätze im Schwabenspiegel und anderen Rechtsbüchern mit verhältnismäßig geringen Abweichungen für nichtsächsische Teile Deutschlands übernommen wurden.

Was zunächst den zitierten Satz angeht, so darf er nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden, der die Begrenzung seiner Gültigkeit deutlich anzeigt. Denn die Überschrift des Kapitels, in dem er steht, heißt (in der Gengler'schen Ausgabe)³³⁵ „wie man mit des küniges banne rihten sol“. Es ist also in diesem Kapitel nur von Gerichten unter Königsbann im Gegensatz zu anderen die Rede. Der erste Paragraph handelt vom Notrichter in Königsbanngebieten, der „Vogt“ genannt wird, (da doch des küniges ban ist); der zweite beginnt: „Ein vogetei ist niht reht lehen . . .“, daß aber Vogteien, einerlei ob Kirchenvogteien oder weltliche, Muntgebiete und Bannbezirke sind, wissen wir. Dann folgt im dritten Paragraphen der zitierte Satz. Auf ihn folgt in § 4 die Bestimmung, daß Pfaffenfürsten, denen der König königliche Rechtskomplexe verliehen hat,³³⁶

332. A. 1—3 S. 301 ff. = Osnabrücker U. B. I. 205, 214, 216 v. 1090—97.

333. A. 10. S. 311 = Westf. U. B. IV. 221 v. 1233.

334. Genglers Ausgabe S. 69 LXXV. § 3. — Wackernagel S. 48. 92.

335. cap. LXXV S. 69.

336. Hat ein pfaffen fürste Regalia von dem künige . . . Zur Bannleihe siehe XCV § 4.

(also Bannbezirke, Freigrafschaften, Kirchenvogteien, Reichsstädte) dem Richter den Blutbann nicht geben dürfen, sondern daß sie den Richter zur Bannleihe zum König senden, oder brieflich darum nachsuchen müssen. Laienfürsten, die solche Königsbanngerichte vom König erhalten haben,³³⁷ können dagegen den Königsbann selbst dem Richter leihen, doch muß, wenn ein Laienfürst selbst mehrere solche Königsbanngerichte hat (also etwa mehrere Freigrafschaften, oder eine solche und eine Kirchenvogtei oder die Vogtei einer Reichsstadt), der Bann für jeden dieser Bezirke besonders verliehen werden.³³⁸ Es folgen dann Sonderbestimmungen über das Gericht über Eigen bei Königsbann (§ 5 und Anfang von § 6) und über die Bannleihe beim Tode des Königs. Mit diesen schließt das Kapitel ab. Es stellt so ein einheitliches Ganze dar unter dem Thema des Königsbanngerichts. In diesem Zusammenhang verliert aber der Satz, von dem wir ausgingen, völlig die allgemeine Bedeutung, die man ihm hat beilegen wollen. Er kann nicht beweisen, daß für alles Blutgericht der Königsbann gefordert gewesen sei, sondern er bezieht sich nur auf Gerichte königlichen Munt- und Herrschaftsrechtes, in denen der Königsbann Ausdruck der besonderen königlichen Herrschaft ist, und als solcher nachdrücklich betont und zäh festgehalten werden soll. Insbesondere soll sich die Bindung dessen, der den Königsbann ausübt, an den königlichen Herren nicht lockern. Deshalb betont man das Erfordernis der Bannleihe. Der Schwabenspiegel vertritt zwar an anderer Stelle deutlich die Theorie, daß alle Hochgerichts-

337. Dirre dinge bedarf ein leien fürste niht, der gerihte enphahet von dem künige ...

338. Und hat ein leien fürste sunderiu gerihte, da man über menschen blut rihten sol, der sol ieglichem rihter besundern sinen ban lihen. An sich könnte sich dieser Satz auch auf Königsbanngerichte und andere Gerichte in der Hand eines Laien beziehen, in der Weise, daß der Gerichtsherr dann je nach der Art des betreffenden Gerichts dem Richter seinen eigenen Bann oder den Königsbann leiht. Auch diese Deutung würde am Gesamtbild des Kapitels nichts ändern. Doch scheint mir diese Erklärung gekünstelt und dem ganzen Zusammenhang nach sehr unwahrscheinlich zu sein, da in dem ganzen Kapitel oft nur „ban“ gesagt wird, wenn der Königsbann gemeint ist.

barkeit im König ihren Ursprung habe,³³⁹ wie dies ähnlich auch im Sachsenspiegel und in anderen Urkunden ausgesprochen wird. Es ist dies die sogenannte „reichsrechtliche Theorie der Blutgerichtsbarkeit“, von der schon in anderem Zusammenhang die Rede war³⁴⁰ und noch einmal ausführlicher zu sprechen sein wird. Hier ist wichtig festzustellen, daß die Forderung der Bannleihe nicht im Zusammenhang mit dieser Theorie erscheint, und daß umgekehrt, wie wir schon einmal an anderer Stelle betont haben,³⁴⁰ diese „reichsrechtliche Theorie“ keineswegs die Forderung der Königsbannleihe bedeutet. Denn diese Rechtstheorie des 13. Jahrhunderts sagt gar nichts über die Form aus, in der diese Ableitung der Blutgerichtsbarkeit Ausdruck finden soll. Wo, wie in königlichen Bannbezirken und königlichen Kirchenvogteien (Immunitäten) der Königsbann die Form der Herrschaft über das Land bedeutete, war er natürlich auch die gegebene Form, die Abhängigkeit der Blutgerichtsbarkeit vom König zum Ausdruck zu bringen. Diese Form fand die reichsrechtliche Theorie vor. Dafür aber, daß etwa diese Tendenzen, die königliche Blutgerichtsbarkeit über die Grenzen königlicher Herrschaftsbezirke hinaus auszudehnen, auch versucht hätten, den Bereich des Königsbanns damit zusammen zu erweitern, fehlt auch der geringste Anhaltspunkt.

Außerdem zeigt die Formulierung des Satzes im Schwabenspiegel und der Zusatz: „da von mac nieman gesprechen, daz dehein gerihte sin eigen si. Swer des giht, der spricht wider reht“,³³⁹ daß die Ansicht des Spieglers nicht die allgemeine ist, sondern daß ihr gewichtige Stimmen entgegenstehen, die behaupten, ein Gericht kraft eigenen Rechtes zu haben. So beweist gerade die nachdrückliche Betonung des Satzes von der Ableitung aller Gerichtsbarkeit vom König, daß man z. Z. des Spiegels auf manchen Seiten diese Ableitung ablehnte.

Die oben genannte Stelle: „wie man mit des küniges banne richten sol“ zeigt schon, daß die Aufmerksamkeit des Spieglers vornehmlich auf Königsbanngerichte gelenkt ist, die meist als Vogteien bezeichnet werden. Das gleiche läßt noch deutlicher

339. Schwabenspiegel (Gengler) LXXXV. S. 78.

340. s. o. S. 64 u. 115.

der Beginn des Schwabenspiegels erkennen, wo vom Gericht schlechthin und vom Vogtgericht ohne jede Unterscheidung gesprochen wird, z. B. Kap. III:³⁴¹ *Swa gerihte ist, da sol ein bütel sin oder mehr dan einer, der sol des vogetes dinc gebieten. Etwa ist gewanheit, daz man gebiutet des vogetes dinc dristunt in dem iare . . .* Es folgen Bestimmungen über Rechte eines Burggrafen, denen sich solche über die Hochgerichtsbarkeit des Vogtes anschließen. Damit soll, wie gesagt wird, der Abschnitt über diese Gerichte vorläufig abgeschlossen sein.³⁴² Man sieht, das Vogtgericht ist für den Schwabenspiegel das Gericht schlechthin, einerlei ob Kirchenvogteigerichte oder solche weltlicher Vogteien gemeint sind. Von Grafschaften ist im Schwabenspiegel nur an einer Stelle die Rede.³⁴³ Leider hören wir dort aber so wenig von ihnen, daß wir uns kein Bild von dem Charakter der Grafschaften des Schwabenspiegels machen können. Nur das eine wird deutlich, daß Grafschaften und Markgrafschaften im Schwabenspiegel nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie des Interesses stehen; ob sie Königsbanngerichte, oder Grafschaften allgemeiner Art ohne Königsbann sind, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. In erster Linie ist der Schwabenspiegel aber an Vogtgerichten unter Königsbann, und zwar, da er den Burggrafen neben dem Vogt kennt, wahrscheinlich an städtischen Vogtgerichten interessiert, wie dies, wenn die Annahme seiner Herkunft aus Augsburg richtig ist, leicht zu verstehen ist.

Von hier aus läßt sich auch die zweite Frage beantworten: Wenn Königsbanngerichte im Schwabenspiegel im Mittelpunkt des Interesses stehen, so hat man in einem unter Königsbann stehenden Gebiet das Rechtsbuch der Königsbannbezirke

341. Schwabenspiegel (Gengler) III. S. 5 f. und IV. S. 6.

342. IV. (S. 6) § 3. Hernach sagen wir mer von gerihte, wie man ein iegliche sache rihten sol. . . . das vorausgehende Kapitel handelt also von einem speziellen Gericht, nämlich dem Königsbanngericht, wie daraus hervorgeht, daß der Inhalt Bestimmungen über das Vogtgericht und das des Burggrafen ist.

343. XCV S. 85 § 1 und 2. . . . geschiht diz in einer graveschaft oder in einer marche dehein wider worfen urteil, du vor einem graven wider worfen wirt, die mac man niht geziehen an den marcgraven, ez habe danne der grave die graveschaft von im.

schlechthin, den Sachsenspiegel, sich zum Vorbild genommen, nicht allein deshalb, weil er das allgemein gültige Recht enthält, sondern mehr noch, weil er das Recht des Königsbannes den Königsgebieten darbot. Es soll damit keineswegs gesagt sein, daß der Sachsenspiegel nur dort etwas zu sagen hatte, wo königliches Sonderrecht mit dem Königsbanne das öffentliche Leben gestaltete — ganz und gar nicht, denn der größte Teil des Sachsenspiegels enthält Bestimmungen des allgemeinen Rechtslebens, die überall anwendbar waren — aber von doppelter Bedeutung war er für die Königsbanngebiete überall in Deutschland. Eine erste Durchsicht der Handschriften scheint zu ergeben, daß der Sachsen- und Schwabenspiegel gerade dort abgeschrieben und umgearbeitet wurden, wo königliche Bannbezirke als Freigrafschaften oder Reichsvogteien städtischer oder ländlicher Art bestanden. Die Frage wird im Einzelnen noch zu untersuchen sein.

Wir besitzen eine vollgültige Parallele dazu, genau gesagt sogar eine Wiederholung des Vorgangs, wie sie in der Geschichte selten sind: Im 15. Jahrhundert hat man aus zahlreichen süddeutschen Reichsgebieten mit Königsbannrecht nach Sachsen geschickt, und die dort in den Königsbanngerichten (den Freigerichten, oder wie man damals auch sagte Femgerichten) aufgestellten Rechtssatzungen in Abschriften erbeten, um sie der Rechtssprechung im eigenen Freigericht zugrunde zu legen.³⁴⁴ Vor allem ist es die „Arnsberger Reformation“, die vielfach begehrt wird, wie anderthalb Jahrhunderte vorher der Sachsenspiegel. Es ist genau derselbe Vorgang in verschiedenen Jahrhunderten, der das Gewicht der Freigerichte unter Königsbann für das gesamte deutsche Rechtsleben uns plastisch vor Augen stellt. Ebenso zeigt es die Bedeutung der sächsischen

344. Von den bei Th. Lindner, Veme S. 201 ff. genannten Femgerichtsbüchern stammen 8 von 23 nicht aus Westfalen, sondern stellen solche Übernahmen westfälischen Königsrechtes auf andere Gebiete dar. Die Handschriften dieser Femgerichtsbücher befinden sich heute in Darmstadt, Nürnberg (2), München (3), Wiesbaden und Wertheim am Main. Darin u. a. „Frankfurter Fragen“ (= Antworten von Fragen des Frankfurter Gerichts an den Rat von Dertmund über das dort geltende und nach Frankfurt zu übernehmende Recht) siehe Th. Lindner, Veme S. 282 ff.

Freigrafschaften, die um ihrer Geschlossenheit willen zum Vorbild werden. Dazu beleuchtet der Vorgang deutlich — und das ist für uns noch wichtiger — das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit aller deutschen Königsbanngerichte über die Grenzen von Landschaften und Territorien hinweg.

Es ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit, daß der Sachsenspiegel selbst in den Freigerichten, in denen er entstand, besonders stark benutzt wurde, auch noch in den Zeiten, in denen wir sie als Femgerichte kennen lernen.³⁴⁵ Zahlreiche Handschriften, Auszüge und Bearbeitungen zeigen das. Diese Tatsache selbst beweist aber auch wieder, daß der Sachsenspiegel in der Hauptsache Königsbannrecht darstellt, und macht verständlich, daß er nicht überall in Deutschland in gleicher Weise gesucht und verwandt wurde. Außerdem aber stellen diese Handschriften und Auszüge des Sachsenspiegels gewissermaßen die Querverbindung zu den obengenannten Femgerichtsbüchern dar, die selbst teilweise auf dem Sachsenspiegel fußen.³⁴⁶ Wir wissen, daß in den Femgerichten das Bewußtsein lebendig war, daß der Sachsenspiegel Femgerichtsrecht biete.³⁴⁶

Die ganze Frage der Femgerichte bedarf noch einmal einer eingehenden Bearbeitung außerhalb der westfälischen lokalen Geschichtsforschung, die hier vieles Gute geleistet hat. Aber der lokale Gesichtspunkt führt zu leicht zu einer Verengerung des Blickes. Man darf die Femgerichte nicht als eine nur westfälische Sonderentwicklung fassen. Denn sie beschränken sich nicht nur auf Westfalen. Sie gehören in das Ganze der deutschen Geschichte. Sie sind als Reste der Königsgerichte im ganzen Reiche zu fassen, die selbständig werden, als die Königsmacht zerfällt. Und hier in ihrem letzten Existenzkampf zeigen die Femgerichte, welche Kraft den uralten Königsbanngerichten

345. *Informatio ex speculo Saxonum*, 15. Jhd. „Wie man Freischöffen machen soll“ (Auszug a. d. *Sachsensp.*) liegt dem „Großen Rechtsbuch“ zugrunde. Vgl. Lindner S. 253, 278.

346. Th. Lindner a. a. O. 255. Schreiben des Freigrafen Wyncke von Vaelbrecht von 1483. Vgl. auch Schröder-Künßberg, *Lehrb. d. dt. Rechtsgeschichte* S. 732.

bäuerlicher Art innewohnte, und welche Bedeutung sie für das gesamte deutsche Rechtsleben hatten.³⁴⁷

Doch kehren wir nochmals zum Schwabenspiegel zurück. In noch einem Punkte weicht der Schwabenspiegel vom Sachsenspiegel entscheidend ab: die Einteilung der Freien ist hier eine ganz andere. Sie ist hier nicht von der Freigrafschaft und ihrem Gericht her gesehen, wie in Sachsen, sondern von allem Gericht unabhängig. Maßgebend ist hier der Gedanke der Untertänigkeit, einerlei ob es sich um Lehen oder andere Formen handelt: „die ander frien ze man hant“ bilden die Gruppe der *semper frien*; die „die der hohen frien man sint“, heißen die *Mittelfreien*. Die dritte Gruppe, die der *Landsassen*, wird gebildet von den „geburen die da fri sind“,³⁴⁸ und zwar scheint aus dieser wie aus anderen Stellen³⁴⁹ hervorzugehen, das nur die letzte Gruppe Bauern enthält. Die Einteilung und ihr Prinzip weicht also von der des Sachsenspiegels grundlegend ab, was leicht zu verstehen ist. Denn man konnte, so wie der Sachsenspiegel tut, nur dort die Freien nach Gesichtspunkten der Freigrafschaft einteilen, wo der Hauptteil des ganzen Landes in Freigrafschaften sich aufbaute, wie dies für Sachsen anzunehmen ist, aber nicht für andere deutsche Landesteile in gleicher Weise. Man setzte deshalb hier, weit von der Vorlage abweichend, eine ganz andere Einteilung an die Stelle.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auch den Deutzenspiegel und die anderen vom Sachsenspiegel abhängigen Rechtsbücher zu untersuchen auf ihre Stellung zu dem Sonderrecht der königlichen Bannbezirke. Aber was heute unterbleibt, muß ein andermal geschehen, vor allem auch, um zu verfolgen, wie das prinzipiell in Stadt und Land gleiche Königsbannrecht sich im Laufe der Geschichte an den einzelnen Stellen verschiedenen entwickelt, je nach der Macht der Gemeinde, der Bauern oder Bürger, des Richters und seines Geschlechtes und des Königs. Rechtliche Grundlage und sie wandelnde, gestaltende und benutzende faktische Macht sind, wie oft in der Geschichte,

347. Vgl. oben S. 123.

348. Schwabenspiegel (Gengler) II. S. 5, von frien liuten.

349. Vgl. Cap. XIX. S. 19 und CXXXIV S. 115.

auch hier die beiden in gegenseitiger Spannung stehenden gestaltenden Gewalten.

Wir aber müssen nochmals zum Sachsenspiegel zurückkehren, um das Verhältnis der hier vorgetragenen Deutung des Spiegels zu den wichtigsten diesen Gegenstand behandelnden Schriften darzutun, selbst auf die Gefahr hin, manches zu wiederholen, was schon einmal ausgeführt wurde.³⁵⁰

Zunächst sei auf drei Einzeluntersuchungen niedersächsischer Landschaften aufmerksam gemacht, deren sachliche Spezialarbeit unsere Untersuchungen aufs beste ergänzt. Vor allem ist dies die sorgfältige Arbeit von Richard Graewe: „Freie, Freigut, Freistuhl in den ehemaligen Freigrafschaften Hülscheid und Lüdenscheid“.³⁵¹ Sie behandelt zwar fast ausschließlich spätere Urkunden bis zum 17. und 18. Jahrhundert hin, aber dadurch, daß ihr ausführliches Material zur Verfügung stand, gibt sie ein gutes zuverlässiges Bild der lange Zeit festgehaltenen Verhältnisse dieser Freigrafschaften: Freibauern sitzen auf Freigut und zahlen von diesem dem Freigrafen eine Abgabe, außerdem sind sie gerichtspflichtig in dem Gericht dieses Freigrafen. Dort werden unter dem Beisitz von Schöffen Kriminalfälle dieser Freien gerichtet und Veräußerungen von Freigut u. a. vorgenommen, und zwar sind diese Schöffen in Westfalen Adlige und Bauern, in Ostfalen nur Adelige. Die Unterstellung unter den König ist in dem Maße, in dem die Macht des Königtums nachläßt, verblaßt. Die Grafen sind Stuhlherren geworden, d. h. sie üben die Herrschaft nicht mehr selbst aus, sondern setzen den Freigrafen ein, aber auch sie unterstehen einer noch höheren Stuhlherrschaft, im vorliegenden Falle dem Herzog von Cleve, sonst häufig dem Erzbischof von Köln. Wichtig ist außerdem der Nachweis, daß in Ostfalen das Freigut vereinzelt und Streubesitz ist, in Westfalen aber überwiegt und meist geschlossen zusammenliegt. Graewe macht für Lüdenscheid wahrscheinlich, daß dort ursprünglich alles Gut Freigut war, während z. Zt. der

350. Vgl. Adolf Waas, Zs. d. Sav.stiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 38. S. 154 ff.; ders., Vogtei und Bede II. S. 65 ff.

351. In: Jahrbuch des Vereins f. Orts- u. Heimatkunde i. d. Grafschaft Mark, Bd. 40 (1927). S. 1—223.

Untersuchung die benachbarten Kirchenspiele folgende Zahlen aufweisen: Hülscheid 4 : 1, Lüdenscheid 3 : 1, Meinerzhausen, Willingwerde, Rönsahl, Valbert 1 : 1, Herscheid, Kierspe 1 : 2, Halver 1 : 3, Brechersfeld 1 : 3, Kelleramt 1 : 6. Den herrschaftlichen Charakter der Freigrafschaften zeigt der durch die Jahrhunderte erhaltene enge Zusammenhang mit dem Wildbann.³⁵² Der Unterschied von Stadt und Land ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Die Bürgermeister und Bürger der Städte stellen mit den Bauern zusammen die Schöffen des Freigerichts, da die Königsbannrechte ursprünglich in Stadt und Land dieselben waren. — Alles das stimmt mit unseren Ergebnissen aufs beste überein, so daß wir hier eine willkommene auf anderer Grundlage gewonnene Bestätigung finden. Dagegen verläßt Graewe den Boden seiner materialgegründeten Untersuchung mit der Behauptung, daß alle diese Freibauern auf fränkischem Reichsland angesiedelte fränkische Militärkolonisten gewesen seien. Für einen Teil stimmt das sicherlich, aber keineswegs für alle. Daß daneben in überwiegender Zahl Sachsen die Freibauern bildeten, wurde oben besprochen.

Die Dortmunder Grafschaft hat, wie die Untersuchungen Rübel und Nieses³⁵³ zeigen, eine ähnliche Struktur. Im Gebiet um die Reichshöfe sitzen Freie, „Reichsleute“ genannt, auf Königshufen und zahlen eine Abgabe. Die Grafschaft Dortmund hat denselben Doppelcharakter, wie wir ihn wiederholt kennen lernten als Gerichts- und Verwaltungsbezirk der königlichen Rechte, (wobei die Frage, ob die Königsfronhöfe selbst der Verwaltung des Grafen unterstellt waren, offen bleiben kann).³⁵⁴ Auch hier übt der Graf die Gerichtsbarkeit nicht selbst aus, sondern setzt einen Freigrafen ein.

In Goslar³⁵⁵ besteht ein ähnlicher Bezirk, der sich von der Höhe des Harzes bis zur Ebene erstreckt, und im Königsgericht

352. S. 44 ff.

353. Karl Rübel, Beiträge zur Geschichte Dortmunds u. d. Grafschaft Mark. Hans Niese, Die Verwaltung des Reichsgutes im 13. Jahrhundert. 1905. S. 195 ff.

354. Diese Frage ist noch ungeklärt. Niese spricht für die Zugehörigkeit der Reichshöfe.

355. Karl Frölich, Die Gerichtsverfassung von Goslar im Mittelalter = Untersuchungen zur deutschen Staats- u. Rechtsgesch., 103, Breslau 1910.

in Goslar dingpflichtig ist; auch er zeigt den herrschaftlichen Charakter deutlich durch den Zusammenhang mit Forstbannrechten. Abweichend steht aber ein Reichsvogt hier an der Spitze. Dies Beispiel zeigt deutlich, wie unwesentlich die Amtsbezeichnung ist, Grafen, Freigrafen, Vögte und Schultheißen können dieselben Rechte ausüben. Eine Uniformierung des Titels kennt das Mittelalter hier nicht. Bedeutsam ist auch, daß wir hier verfolgen können, wie Heinrich III. und Heinrich IV. und nach ihnen wieder die Stauferkönige die Reichsrechte, die ihnen und ihren jeweiligen Vorgängern zu entgleiten drohten, festhielten und straff zusammenfaßten.

Heinrich von Minnigerode³⁵⁶ untersucht eine andere, nicht minder wichtige Freigerichtsgruppe auf Grund eines reichhaltigen Materials. Das Ergebnis ist das gleiche. Wichtig ist vor allem seine gründliche Untersuchung der Abgabepflicht, des Freizinses und des Königzinses. Dabei macht v. Minnigerode einen Unterschied von Freidingleuten und Königsfreien und sieht ihn darin gegeben, daß die Königsfreien auf Reichsgut sitzen, so wie die Reichsfreien der Dortmunder Gegend. Das ist jedoch, wie die Einzelheiten seiner eigenen Untersuchungen beweisen, die immer wieder die gleiche Lage beider Gruppen dartun, eine künstliche Unterscheidung ohne Grundlage in den Quellen,³⁵⁷ soweit nicht eine örtliche Sonderentwicklung vorliegt. Das zweite Verdienst der Arbeit von M. sehe ich darin, daß er die Bedeutung des Umrittes und damit zusammenhängender Rechte und Rechtssymbole, wie die Räumung und Verpfählung, sowie der Königsgastung herausstellt, die im Zusammenhang gesehen den herrschaftlichen Charakter der Rechte des Königs im Freigerichtsgebiet deutlich erkennen lassen.

Die genannten Schriften befassen sich nicht unmittelbar mit dem Sachsenspiegel, sondern mit Einzelgebieten des alten Sach-

356. Heinrich Freiherr von Minnigerode, Königsgut, Königsgericht, Königsgastung im altsächsischen Freidingrechte. Göttingen 1928.

357. Wenn lokal eine solche Unterscheidung in Urkunden des Spätmittelalters oder der Neuzeit vorkommt, so wäre es Aufgabe der Lokalforschung die Entwicklung aufzudecken, die zu einer solchen Scheidung geführt hat, wenn nicht nur eine lokale sprachliche Verschiedenheit der Benennung von einem Ort zum anderen oder von einer Landschaft zur anderen vorliegt.

sens. Doch besitzen wir einen großen mannigfach ineinander greifenden Komplex von eingehenden gründlichen Untersuchungen unmittelbar zum Sachsenspiegel.³⁵⁸

Zwei Werke von Ph. Heck und Hans Fehr, die etwa gleichzeitig erschienen, gingen voran. Fehr geht von dem Gegensatz zwischen dem normalen Grafengericht und dem Königsbanngericht aus, den er klar sieht. Er stellt fest, daß der Königsbann in der „ordentlichen Amtsgewalt“ nicht enthalten ist,³⁵⁹ weiter daß, wo man mit Königsbann richtet, Königsgericht statthat, das der Amtsgrafschaft fremd ist,³⁶⁰ und daß dem Grafen als solchem die Vollmacht fehlt, den Königsbann zu handhaben. Alles das ist deutlich erkannt und mit Recht zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen gemacht. Aber nun zieht er nicht den naheliegenden Schluß, daß die „Grafen“ des Spiegels als Königsbannrichter etwas anderes sind, als das, was unsere Literatur Grafen nennt, sondern er sucht Königsgericht und Grafengericht im Sachsenspiegel nebeneinander zu stellen in der Weise, daß er dem Grafengericht, dem er die Eigenschaft als echtes

358. Konrad Beyerle, Die Pflēghaften. Zs. d. Sav.stftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. Bd. 35 (1914), S. 212 ff. Hans Fehr, Fürst und Graf im Sachsenspiegel = Berichte über d. Verh. d. kgl. sächs. Ges. d. Wiss. z. Leipzig, phil.-hist. Kl. 58 (1906), S. 2—100; ders., Die Staatsauffassung Eikes von Reggau = Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 37 (1916), S. 131 ff. Philipp Heck, Beiträge zur Geschichte der Stände im Mittelalter, Bd. 2: Der Sachsenspiegel u. d. Stände d. Freien, 1905; ders., Pflēghafte und Grafschaftsbauern in Ostfalen, 1916 (bespr. Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 37 (1916), S. 697 ff.); ders., Die Standesgliederung der Sachsen im frühen Mittelalter, 1927; ders., Die Bannleihe im Sachsenspiegel = Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 37 (1916) S. 260 ff.; ders., Eine neue Theorie der sächsischen Freidinge = Zs. d. hist. Vereins f. Niedersachsen 80 (1915), S. 396 ff.; ders., Blut u. Stand im altsächsischen Rechte und im Sachsenspiegel, Tübingen 1935. Eckard Meister, Ostfälische Gerichtsverfassung im Mittelalter, 1912. Erich Molitor, Die Stände der Freien in Westfalen und der Sachsenspiegel, jur. Diss. Münster 1910. F. Philippi, Zur Gerichtsverfassung Sachsens im hohen Mittelalter = Mitt. d. Inst. f. österr. Gesch.forsch. 35 (1914), S. 209 ff.; ders., Pflēghafte, Eigen und Reichsgut = M. I. ö. G. 37 (1916), S. 39 ff. Claudius von Schwerin, Besprechung von Ph. Heck, Zs. d. Sav.stftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 37 (1916) S. 697 ff. Otto Schnettler, Vemefragen = Festschr. zur 23. Vers. dt. Bibliothekare in Dortmund. 1927.

359. Fürst u. Graf S. 48.

360. a. a. O. S. 57.

Ding abspricht, alle *causae maiores*, außer den Königsbannsachen, diese aber dem Königsgericht zuweist,³⁶¹ eine Zerreißung des Grafengerichts des Spiegels, die ihre innere Unmöglichkeit schon in sich trägt, abgesehen davon, daß der Spiegel keinen Anhaltspunkt zu dieser Trennung bietet. Die Erklärung aber des Königsbannes aus missatischer Gewalt, die auch bei Heck wiederkehrt, besagt im Grunde nichts. Ein deutlicher Beweis, zu welchen Konstruktionen es führen muß, wenn man von der richtigen Grundlage aus, der Konsequenz ausweicht, den Grafen des Sachsenspiegels als Freigrafen des königlichen Herrschaftsrechts zu betrachten.

Der Ausgangspunkt des Werkes von Heck (mannigfach durch Aufsätze ergänzt) ist dem von Fehr verwandt. Auch er kann die Rechtsverhältnisse nur der ländlichen Bezirke Sachsens allein genommen nicht mit dem Sachsenspiegel in Einklang bringen, da er dort alles umfassende Grafschaften und engere Bezirke des Grafschaftsgutes scheidet; wohl aber findet er eine klare Entsprechung des Bildes, das der Sachsenspiegel zeichnet, in den Städten, soweit sie königlichem Schutz unterstehen. Es liegt auch hier dieselbe klare Erkenntnis der Gegensätzlichkeit von Königsbanngericht und normalem Grafenamt zugrunde. Heck weicht dem Schluß, daß die Grafen Sachsens keine Gaugrafen im allgemeinen Sinne, sondern Freigrafen sind, dadurch aus, daß er den Sachsenspiegel nur für die städtischen Verhältnisse gültig angesehen haben will. Daran, daß die städtischen Verhältnisse dem Bilde des Sachsenspiegels im wesentlichen entsprechen (bei beiden Königsbann, Abgabe der Freien an den Inhaber des Königsbannes und ein Schulzengericht), und daß der Spiegler auch die städtischen Verhältnisse darstellen wollte, kann kaum ein Zweifel sein; aber die Notwendigkeit, die ländlichen Gebiete aus dem Geltungsbereich des Sachsenspiegels auszuschließen, ist darum noch nicht gegeben und entfällt völlig in dem Augenblick, in dem man auch auf dem Lande Königsbanngebiete (Freigrafschaften) allein annimmt (von den Immunitäten und allodialen Grafschaften abgesehen), die in ihrer rechtlichen Struktur als Königsbanngebiete, d. h. als Herrschafts-

361. a. a. O. S. 66—78.

kreise über freie und steuerpflichtige Königsmuntleute genau den städtischen Gebieten ihren Grundverhältnissen nach entsprechen, so sehr sich auch die einzelnen Kreise je nach den dort bestehenden Machtverhältnissen verschieden entwickelt haben können. So dringt Heck zu dem richtigen Schluß vor, daß die im Sachsenspiegel gezeichneten Rechtsverhältnisse nur auf Königsbanngebiete passen; aber er glaubt mit Unrecht diese allein in Städten finden zu können. Von den drei Gründen, auf die sich Heck stützt, bestehen die beiden ersten, nämlich das psychologische Argument, daß Eike die Städte nicht übersehen konnte, und daß in den ostfälischen Städten dieselben Verhältnisse bestehen, durchaus zu Recht, während der dritte Grund, „der negative Befund“ auf dem Lande sein Fundament verliert bei der Gleichsetzung von Grafen und Freigrafen im ländlichen Sachsen.

Auch das vielumstrittene Buch von Eckard Meister: „Ostfälische Gerichtsverfassung im Mittelalter“, geht von demselben Widerspruch der Königsbanngerichte des Sachsenspiegels zu den als allgemein angenommenen karolingischen Amtsgrafschaften aus. Er scheidet die Freigerichte scharf von den Grafengerichten und nimmt als Richter im Freigericht (landschaftlich verschieden) den Schultheißen oder Freigrafen an. Das Freigericht wird dadurch gekennzeichnet, daß dort eine bestimmte Gruppe freier Bauern dingpflichtig ist, und zwar durch das mit Abgaben an den an der Spitze des Freigerichtes stehenden Schultheißen oder Freigrafen belastete Gut. Obgleich Meister deutlich den fließenden Charakter der sprachlichen Bezeichnungen von Graf und Freigraf sieht,³⁶² sucht er doch in Sachsen scharf zwischen beiden zu scheiden, und sieht nicht, daß auch die Grafen des Sachsenspiegels Freigrafen oder ihre Stuhlherren sind, daß ihr Gericht mit dem von ihm krampfhaft gesuchten Freigericht identisch ist. Ebenso wenig sieht er, daß die Freigerichte, deren Charakter er klar herausstellt, auf einem anderen Recht ruhen, als die Amtsgrafschaften des allgemeinen Landgerichts. Eine überscharfe Scheidung von öffentlichem und privatem Recht versperrt Meister den Weg zu dieser Erkenntnis, da er den

362. Meister a. a. O. S. 131 ff.

Aufbau der Freigerichte auf privaten Rechten unter allen Umständen ablehnen zu müssen glaubt, ohne zu bedenken, daß er damit eine Scheidung an die Rechtsverhältnisse des Sachsen-spiegels heranträgt, die dem Mittelalter zum mindesten in dieser Schärfe unbekannt ist. Ist königliches Herrschaftsrecht für den mittelalterlichen Menschen öffentlich, weil es Königsrecht ist, oder privat, weil es Herrschaftsrecht ist? Die Frage ist so, wie wir später sehen werden, nicht zu beantworten, sie ist falsch gestellt. Darum kann aber auch von da aus nicht die Untersuchung über das den Freigrafschaften zugrunde liegende Recht abgebrochen werden, noch ehe sie begonnen. — Auch ist die von Meister und mit ihm von Beyerle und Philippi vollzogene Einteilung: Pfleghafte = Freibauern zum Freigericht, Schöffenbare zum Grafengericht, unhaltbar, und doch ist sie bei Meister eine der Grundlagen für die Unterscheidung von Freigericht und Grafengericht. So endet Meisters Buch, das mit der klaren Herausarbeitung des Sondercharakters der Freigerichte begann, doch in Unklarheit, da wo er Grafengericht und Freigericht zu sondern sich bemüht. Doch hat sein Werk, vielumkämpft von allen Seiten, die Diskussion über die Frage der Freigerichte sehr lebhaft in Gang gebracht.

Die gründliche Arbeit Konrad Beyerles hat speziell den Stand der Pfleghaften auf Grund der Urkunden der Sachsen-spiegelzeit eingehend untersucht, und konnte im allgemeinen zu gesicherten Ergebnissen vordringen. Er zeigt deutlich den Stand der Pfleghaften als den zum mindesten in Ostsachsen vorherrschenden, überall findet er die mit einer Steuer an den Grafen belasteten Pfleghaftenhufen und das Freigericht unter dem Grafen oder Schultheißen, an dem die Pfleghaften dingpflichtig sind. Er sieht die herrschaftliche Handhabung des Rechts über die Pfleghaften,³⁶³ betrachtet aber diesen Zustand der herrschaftlichen Abhängigkeit der pfleghaften Bauern als eine Entartung, da er mit seinem überkommenen Bild der Grafschaften als Amtsgrafschaften des Landrechtes nicht übereinstimmen wollte. Man sieht deutlich, es ist derselbe stets gesehene Widerspruch, der immer wieder zu neuen Konstruktionen führt, weil man den Be-

363. Beyerle a. a. O. S. 388 ff. bis 398.

griff des Grafenamtes in der alten Form nicht anzutasten wagt. — Ein zweiter Grund dieser Auffassung Beyerles liegt darin, daß er die Steuer der Pflegehaften aus einer Heersteuer ableitet. Doch ruht diese Deutung der Pflegehaftensteuer auf einer einzigen sehr späten Urkunde, deren Wortlaut dazu sehr unklar ist. Heersteuerabgaben bestanden sicherlich, haben aber mit der Pflegehaftenabgabe, deren herrschaftlichen Charakter Beyerle selbst sieht (von ihm als Entartung gedeutet), nichts zu tun, wie auch Heck und Philippi klar herausgearbeitet haben. Diese Steuer stimmt in ihrem herrschaftlichen Charakter völlig mit dem überein, was wir an anderer Stelle über den Ursprung der deutschen Steuern feststellen konnten.³⁶⁴ So führen, von der Deutung der Steuern abgesehen, Beyerles Untersuchungen zu einem guten Bild der Pflegehaften und ihres Gerichtes, nur wird dies durch die Gleichsetzung Freigraf = Gaugraf des Landrechtes an eine falsche Stelle gerückt und so im Ganzen mit falschem Vorzeichen versehen.³⁶⁵

Auch Philippi geht von der mehrfach beobachteten Ausgangsspannung von Freigrafschaft des Spiegels und Grafschaft aus, aber er zieht entschiedenere weitergehende Schlüsse als die anderen genannten Arbeiten. Vor allem legt er Wert darauf, das bereits mehrfach von andern beobachtete herrschaftliche Verhältnis des Grafen zum Pflegehaftengut als Obereigentum und das Gut selbst als Reichsgut zu bezeichnen. Der König hat ein Obereigentum an allen den als „Eigen“ bezeichneten Grundstücken, die Nutznießung steht den Bauern gegen eine Abgabe an den Grafen zu, der den König vertritt. Damit kommt Philippi dem Tatbestand, wie wir ihn fanden, sehr nahe. Da er aber an dem Bild des Grafen im erbten Sinne festhält, muß auch er die herrschaftliche Auffassung des Verhältnisses von Graf und Freibauern (er sagt „privatrechtlich“, eine Bezeichnung, die wir in diesem Zusammenhang vermeiden wollen) als eine Entartung betrachten, und die vorgefundenen Verhältnisse aus einem allgemeinen Bodenregal ableiten unter Heranziehung der Parallele

364. Waas, Vogtei und Bede II. S. 75 ff.

365. In ähnlicher Weise steht in Schnettlers Darlegungen die Gleichung Freigraf = Graf im Sinne des karolingischen Gaugrafen grundlegend im Vordergrund.

einer brandenburgischen Militärkolonie, Erklärungen, denen wir nicht zustimmen können und die die von ihm anfänglich gewonnene Erkenntnis verdunkeln.

Zum Schluß sei auf die beiden Stellen hingewiesen, an denen ich früher schon meine Auffassung vom Wesen der Freigrafschaften als königlichen Muntherrschaften dargestellt habe.³⁶⁶ Im Wesentlichen stimmen sie mit dem hier Gesagten überein, nur zweierlei ist zu ergänzen oder zu modifizieren. Einmal ist an beiden Stellen das Verhältnis von Freigrafschaft und Gaugrafschaft in Sachsen nicht deutlich genug herausgestellt, es blieb damals noch die Möglichkeit offen, daß neben den Freigrafschaften des Königmuntrechts andere Grafschaften des allgemeinen Volksrechts bestünden. Heute muß ich diese Möglichkeit für das Sachsengebiet verneinen, wenn man von den Markgrafschaften, deren Untergrafschaften und allodialen Grafschaften absieht, die jedoch nicht als Grafschaften des allgemeinen Volksrechtes gelten können. Zweitens aber hatte ich damals die zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß gebende Scheidung von öffentlich-rechtlich und privatrechtlich auf die Freigrafschaftsfrage angewendet. Ich halte es heute aber für richtiger, diese dem Mittelalter in dieser Form fremden Kategorien zunächst nicht anzuwenden. Wir werden an anderer Stelle diese Frage eingehender zu besprechen haben.

Wir können nun unsere Untersuchungen über den Königsbann abschließen. Auch die Betrachtung des Sachsenspiegels und des Schwabenspiegels hat unsere Ergebnisse vollauf bestätigt. Wir wissen nun, daß im deutschen Frühmittelalter der Königsbann die starke Hand des Königs darstellt, mit der er seine königlichen Muntrechte ausübt, einerlei, ob sie sich über geistliche oder weltliche Besitzungen erstrecken. Diese Königmunt ist Herrschaftsrecht zunächst über die ihr unterworfenen Leute, aber sekundär auch über ihr Gut, von dem sie zu Abgaben an den königlichen Muntherrn oder dessen Beauftragten verpflichtet sind. Sie ist von dem Geschützten aus gesehen, das Recht auf Schutz und Frieden, wie dies in einer erhöhten Buße

^{366.} Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 38, S. 146 ff. und Vogtei und Bede II. S. 65 ff.

für den Bruch dieses Friedens unter dem Königsbann zum Ausdruck kommt. Äußerlich kommt dabei Schutz und Herrschaft bisweilen so zur Erscheinung, daß sich das geschützte Land eng an eine Burg des königlichen Beauftragten anlehnt.³⁶⁷ Diese Königsmunt schließt auch gewisse Gerichtsrechte ein, da im Gebiete königlicher Sondergewalt kein anderer Machthaber, und sei er auch Graf oder Herzog, der schützenden und richtenden Gewalt des königlichen Schutzherrn in den Arm fallen darf. Das bedeutet: alle diese Gebiete des Königsbannes haben Immunität. Auch grundherrschaftliche Rechte sind mit dieser Banngewalt des Königs verbunden, so wie sie auf tieferer Stufe jede Banngewalt eines Grundherrn enthält. Diese Schutzmacht und Herrschaftsgewalt des Königsbannes erstreckt sich über Stadt und Land, über geistliches und weltliches Gut, ohne Unterschied der Rechtsgrundlage aber in mannigfacher Abstufung je nach den faktischen Mächten, die sich der königlichen Macht einfügen oder entgegenstellen: die Kirchenvogteien, die Herrschaft über die Reichsstädte, die Freigrafschaften, Freigerichte und die weltlichen Reichsvogteien ebenso wie ein Teil der „Grafschaften“ und die Bannbezirke sind alle nur verschiedene Erscheinungsformen derselben königlichen Muntgewalt, desselben Königsbannes.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie unsere Bezeichnung öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich auf diese Königsherrschaftsmacht anzuwenden ist — später soll davon die Rede sein — auch nicht, ob diese Herrschaft über das Land, die die Abgaben begründet, als „Obereigentum“ zu bezeichnen ist. Zunächst kommt es uns darauf an, die Bedeutung zu erkennen, die diese Königsherrschaft für den Aufbau des deutschen Königtums hatte. Schon die soeben angedeutete Fülle ihrer Erscheinungsformen beweist die umfassende Weite dieser Macht, und die Zusammenfügung von Gerichts-, Steuer- und Bannherrschafts-

367. Man vergleiche dazu etwa in Osterleys historisch-geograph. Wörterbuch S. 467, wieviele mittelalterliche Namen v. Burgen u. Städten mit Munt gebildet sind. Auch die Verbindung von Munt mit richi = regnum kommt wiederholt vor. Besonders bezeichnend ist es, wenn Burgen, die zum Schutz eines Königsbannbezirkes angelegt werden, mit Namen bezeichnet werden, die Munt enthalten. So der Kalsmunt bei Wetzlar, die Muntburg a. d. Ocker oder Münzenberg in der Wetterau.

rechten die Kraft dieses Rechtes. Wir kennen kein Recht des deutschen Mittelalters, das an herrschaftlicher Macht dem Königsbann gleichkäme, und es läßt sich jetzt schon sagen, daß dieser Königsbann neben der Lehenshoheit die stärkste, sicherste Machtquelle des deutschen Königtums darstellt. Wir werden den Königsbegriff des deutschen Mittelalters und sein Verhältnis zur faktischen Königsmacht noch zu untersuchen haben. Das läßt sich jetzt schon feststellen, daß die reale Existenz des Königtums und der Königsmacht nur dann zu verstehen ist, wenn man den Königsbann und die Königsmunt voll einzuschätzen in der Lage ist. Wir werden deshalb die Frage der Ausdehnung dieser Königsbannbezirke in Deutschland noch unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

Will man die Frage nach der Bedeutung des Königsbannes im Ganzen der mittelalterlichen Königsmacht beantworten, so muß die Aufmerksamkeit in erster Linie dem Grafenamte gelten. Denn es ist der eigentliche Repräsentant des allgemeinen, von Herrschaftsrechten unabhängigen Volksrechts, so wie es in dem fränkischen Reiche bestand, und das Grafenamt müßte diese Stelle weiterhin auch im frühmittelalterlichen Staate einnehmen, wenn es in dem Maße auf dem Volksrecht aufgebaut wäre, wie man bisher annahm. War der Königsbann und mit ihm der Königsschutz das wichtigste Macht- und Herrschaftsmittel des Königs im Frühmittelalter, so bleibt kein nennenswerter oder gar kein Raum für eine Amtsgrafschaft. Bestimmt aber die Amtsgrafschaft den Aufbau des Ottonenreiches, so wie den des fränkischen Staates, so bleibt die Macht des Königsbannes und des Königsschutzes von zweitrangiger Bedeutung.

Wir werden darum unsere Untersuchung dieser Frage zuwenden müssen. Einige wichtige Beiträge dazu haben wir bereits gewonnen. Denn daß wir in Sachsen, also im Kernland der Ottonen, statt des erwarteten volkrechtlichen Grafenamtes, herrschaftliche „Grafschaften“ des Königsbann- und Königsschutzrechtes fanden, und daß die wichtigste Rechtsquelle des Mittelalters, der Sachsenspiegel, uns auch solche und keine Amtsgrafschaften im herkömmlichen Sinne schildert, ist schon ein erstes wichtiges Ergebnis zu dieser Frage nach dem Grafschaftsaufbau des Ottonenreiches.

Drittes Kapitel.

Die Grafschaft.

Die Grafschaften des fränkischen Reichs. — Herrschaftliche Tendenzen in ihnen. — Königsbanngrafschaften im Karolingerreich. — Karolingische und mittelalterliche Grafschaft. — Das Grafschaftsproblem und die Frage der Vollfreiheit. — Grafschaften, die der König an geistliche Stifter schenkt. — Die Würzburger Grafschaften. — Die Burgwarde des deutschen Ostens und ihre Grafschaften. — Burgsuchungen. — Einheitlicher Charakter aller dieser Königsbannbezirke. — Allodiale Grafschaften.

Gibt es volkrechtliche Amtsgrafschaften? — Allgemeine Rechtssätze über Grafschaften. — Spätmittelalterliche Grafschaften und Landgrafschaften. — Erbllichkeit und Gebundenheit der Grafschaften an Burgen. — Grafschaft und Immunität. — Grafschaft und allodiale Grafschaft. — Gau und Grafschaftssystem. — Fehlende Belege für volkrechtliche Grafschaften. — Der angebliche Nachweis von volkrechtlichen Grafschaften in der Literatur.

Wir haben in den vorausgehenden Abschnitten schon wiederholt der Untersuchung der mittelalterlichen deutschen Grafschaften vorgreifen müssen.¹ Wir wissen bereits, daß die untersuchten Grafschaften Sachsens Königsbannbezirke darstellen, und daß die Grafschaften der rheinischen und süddeutschen Bischofsstädte Mainz, Worms, Speyer, Trier, Chur und Passau aus römischen Bezirken zu ebensolchen geworden sind. Außerdem tragen, wie wir sahen, eine Reihe von „Grafschaften“, die von deutschen Königen an Kirchen geschenkt wurden, den gleichen Charakter königlicher Bannbezirke.² Damit ist schon das ererbte Bild des mittelalterlichen Grafschaftssystems wesentlich abgewandelt. Denn diese nachgewiesenen Abweichungen von

1. Es sei vor allem auf die Darstellung des Problems S. 94 ff. hingewiesen.

2. Vgl. oben S. 124 ff. Es waren dies die Schenkungen Ottos II. für Brixen, Ottos III. für Würzburg und Lüttich, Heinrichs II. für Cambrai und für Würzburg und Barbarossas für Utrecht.

dem bisherigen Bild, würden nur ein sehr durchlöcherteres Grafenschaftssystem des allgemeinen Volksrechtes noch zulassen, da diese Königsbanngrafschaften durch ihren Charakter in scharfen Gegensatz zu den aus dem römischen Reich übernommenen und mit germanischen Elementen durchsetzten *comitatus* des fränkischen Reiches treten. Stellen wir uns, um den Gegensatz voll zu erfassen, das bekannte Bild der fränkischen Grafschaften nochmals vor Augen.³

Im spätrömischen Reich, so wie die Franken es eroberten, war die kleinste, aber auch lebenskräftigste Verwaltungseinheit der Provinzen die *civitas*, die Stadt und zugehörigen Landbezirk umfaßte. An ihrer Spitze stand ein *comes*, der Militärgewalt und höchste richterliche Gewalt mit seinen Verwaltungsrechten vereinigte. Der Titel stammt ursprünglich aus der ganz davon abliegenden Atmosphäre des Hofes, ist aber in den spätrömischen Provinzen vorwiegend für dieses Verwaltungsamt gebräuchlich. Diese *civitates* und *comites* übernahm das fränkische Reich. Dort vermischten sie sich mit germanischen Bezeichnungen und Begriffen, speziell wurden *comes* und *grafio* allmählich zu einem einheitlichen Begriff. Von den ursprünglichen Funktionen der *grafiones* wissen wir wenig. Wahrscheinlich waren sie Vollstrecker der richterlichen Gewalt. Jedenfalls muß aber zur Zeit der Eroberung oder kurz danach ihre Funktion der der *comites* ähnlich gewesen sein, so daß beides miteinander verschmelzen konnte zu dem merowingischen und karolingischen Grafen, den die Urkunden in ihrer lateinischen Sprache *comes* nennen. Sie wurden auf römischem Boden also die Nachfolger der römischen *comites*, aber nur so weit die erobernden Franken ihrem Wesen fremde Funktionen eines ausgebildeten durchorganisierten Staatswesens übernehmen konnten und wollten. Mit anderen Worten: trotz dieser Kontinuität des Amtes germanisierte es sich bald in der Hand der Franken. Seine ganzen

3. Wir folgen dabei im Wesentlichen der Darstellung Brunners (R.G. II. § 82 S. 217 ff.), weichen allerdings in der Deutung der Tatsachen von ihm bisweilen ab. Daß unsere Untersuchung der Verhältnisse des fränkischen Reichs keinen abschließenden Charakter haben soll und kann, wurde schon betont. Sie soll nur so weit geführt werden, wie für das Verständnis des Mittelalters notwendig ist.

Linien vereinfachten sich. Eines aber blieb unverändert: die Vereinigung höchster Zivil- und Militärgewalt für den ihm unterstellten Bezirk in der Hand des Grafen (*comes*). Auch der landschaftliche Bezirk blieb auf altrömischem Boden fast immer bestehen, nach wie vor als Amtsbereich des Grafen, wenn auch unter mannigfach wechselndem Namen (deutsch: Gau). Die von den Römern meist ausgenutzte geographische Zusammengehörigkeit eines Landstriches unterstützte diese Konstanz der Entwicklung. Die Vereinigung von Militär- und Zivilgewalt blieb auch ein Charakteristikum der Grafschaft das ganze Mittelalter hindurch, mit der Modifikation, daß mit dem Verblassen des alten Heerbannes immer mehr nur die richterliche Gewalt im Hochgericht und die Polizeigewalt den Grafen charakterisierte. Wie weit daneben später Herrschaftsrechte für das Wesen des Grafen bestimmend waren, wird im einzelnen zu untersuchen sein. Solche Herrschaftsrechte, die mit dem eigentlichen von Rom ererbten Grafenamte seinem Wesen nach nichts zu tun haben, wurden schon für die Grafschaft bedeutsam, als der König sich im Jahre 614 verpflichtete nur in der Grafschaft selbst ansässige Grundherren zu Grafen zu machen, die nun durch Lehens- und Treubande mit dem Könige verbunden wurden. Wie weit auch im römischen Reich schon eine solche Auswahl der Grafen (*comites*) üblich war, soll uns hier nicht beschäftigen. Jedenfalls bedeutet diese Regelung einmal eine starke Einschränkung des königlichen Verfügungsrechtes über die Grafschaften; denn die Grafen werden nur schwer absetzbar, da es nur wenige Konkurrenten in einem Bezirk geben kann, und da Macht dazu gehört, eine Absetzung eines in der Grafschaft mächtigen Grundherren durchzuführen. Außerdem zeugt dies Gesetz aber auch von einer Wandlung im inneren Aufbau der Grafschaft. Denn die Macht, die Rechtsordnung im Namen des Königs aufrechtzuerhalten und die Befehle des Königs durchzuführen, gibt nun nicht mehr allein oder auch nur überwiegend die königliche Autorität, sondern die eigene herrschaftliche Macht des Grafen, die er neben dem Grafenamt in seinem Bezirk hat. Allzuleicht erscheint dann das Amt nur als Ergänzung der herrschaftlichen Machtstellung des gräflichen Herren. Die aristokratische Herrenschaft drohte das Grafenamt in das

Ganze ihrer Machtstellung einzufügen, wenn auch der König die Verfügung über das Amt noch aufrechterhielt. Karl der Große und mit ihm die mächtigsten der Frankenkönige verstanden es trotz dieser großen Gefahr, die Grafen in Abhängigkeit zu erhalten und den Amtscharakter der Grafschaften, der durch die Bestimmung von 614 ernstlich gefährdet werden konnte, durchzusetzen. Dazu diente Karl von allem das Institut der Königsboten (*missi*). Ihre stetige Kontrolle hielt den Amtscharakter aufrecht. Solange sie diese Kontrolle durchführten, konnte ein ernstliches Abweichen von dem Amtscharakter nicht eintreten. Doch in den schwachen Händen der Nachfolger Karls zerbrach dies ungemein wichtige Reichsinstitut, die Macht des Adels wuchs, und die Erblichkeit der Grafschaften setzte sich unter diesen günstigen Bedingungen größtenteils durch. Auf dem Reichstage von Quiercy von 877 wird die Erblichkeit vom Vater auf den Sohn schon als Regel angesehen. Das herrschaftlich aristokratische, selbstherrliche Element ist also unter den Nachfolgern Karls des Großen stark im Vordringen. Die vom König kontrollierte Amtsgewalt wird in den Grafschaften zurückgedrängt. Das spricht sich besonders deutlich in den in karolingischer Zeit immer wiederkehrenden Versuchen der Grafenherren aus, ihr Amt in eine Herrschaft umzugestalten, d. h. den Bereich der gräflichen Amtsrechte von den eigenen Herrschaftsrechten nicht mehr zu scheiden, sondern beides ineinanderfließen zu lassen. Immer wieder müssen die Kapitularien und Diplome der Karolinger solche Versuche der Grafen zurückweisen oder einzuschränken suchen, immer wieder den Grafen verbieten, von den Leuten ihres Amtsbezirkes Steuern, Frondienste u. a. zu verlangen über das den König und den Königsboten zu leistende *servitium* hinaus,⁴ und zwar zeigen die Einzelangaben sowie der Zusammenhang dabei deutlich den herrschaftlichen Charakter der zu unrecht geforderten Abgaben.⁵

4. M. G. Cap. I. 57/144 v. 801—814 cap. 2. — 93/197 o. J. cap. 6. — Dipl. Karol. 217/289 v. 812. — Cap. I. 132/261 von 815.

5. z. B. Cap. I. 57/144 v. 801—814 cap. 2 ... *ut liberi homines nullum obsequium comitibus faciant, nec vicariis neque in prato, neque in messe, neque in aratura aut vinea et coniectum ullum vel residuum eis resolvant excepto servitio quod ad regem pertinet et ad herbannitores vel de his*

Diese Tendenz läßt sich in den Grafschaften der spanischen Siedler beobachten,⁶ macht sich aber auch überall sonst bemerkbar. Innerhalb gewisser Grenzen ist sie auch geduldet und anerkannt worden,⁷ wahrscheinlich bestand hierin die „Bezahlung“ der Grafen. Auch von oben her, vom König aus, ist eine gewisse Tendenz zur Erfüllung der Grafschaften mit herrschaftlichem Inhalt zu beobachten, und zwar darin, daß man bisweilen die Ausübung muntherrlicher Rechte des Königs, die mit dem ursprünglichen Grafenamt nichts gemein haben, den Grafen überträgt. Bei der Betrachtung des Bannes haben wir schon solche Spezialmandate der Grafen kennen gelernt, da sie für diese Fälle mit dem Königsbann ausgestattet wurden. In erster Linie ist dies die immer wiederkehrende Beauftragung der Grafen mit dem Königsschutz über Kirchen, Witwen und Waisen,⁸ also mit der Königsbanngewalt in einem der bekannten karolingischen Bannfälle.⁹ Aber auch die Verwaltung von speziellen königlichen Herrschaftsrechten, z. B. von Forsten des Königs,¹⁰ wird zuweilen zu den Aufgaben der Grafen gerechnet, ebenso gelegentlich die Verwaltung von Reichsgut,¹¹ die Erhebung von Abgaben an den königlichen Pfalzen¹² oder auch von Zöllen.¹³

qui legationem ducunt.... Die Dona, die an den König gegeben werden, sind davon scharf zu scheiden. Sie haben einen ganz anderen Charakter. Es wird ausdrücklich betont, daß sie nicht als „Tribut oder Zins betrachtet“ werden dürfen. (Cap. I. 132/261 v. 815 cap. 5. — Vgl. auch Cap. I. S. 168 von 804—811.)

6. Cap. I. 132/261 von 815. — 133/263 von 816. — Dipl. Carol. 217/289 von 812.

7. Cap. I. 93/106 o. J. cap. 5. Es wird verboten, von den servi, aldiones aut libellarii der Kirchen angaria seu servitia publica vel privata zu fordern. Dann heißt es: Ceteri vero liberi homines qui vel commendationem, vel beneficium aecclesiasticum habent, sicut reliqui homines iusticias faciant augenscheinlich mit Beziehung auf die vorher genannten Dienste und Abgaben.

8. Cap. I. 33/94 v. 802 cap. 14. — 90/190 von 781 cap. 1. — 102/209 v. 801—810 cap. 4. — 136/281 v. 818/9 cap. 3. 4. — 158/319 v. 822 cap. 7.

9. Siehe oben S. 39.

10. Cap. I. 141/291 v. 819. Siehe auch Anm. 11.

11. Cod. Laureshamensis I. 65/347. — Cap. I. 105/217 cap. 9.

12. Cap. I. S. 210 cap. 5.

13. Cap. II. 253/249. — Dipl. Carol. 12/17 v. 759. — Vgl. zu Anm.

Augenscheinlich konnte die Ausübung solcher königlichen Herrschaftsrechte ebensowohl wie besonderen Beamten (*actores*) auch mit besonderem Auftrag den Grafen übergeben werden. Ihre Stellung bekam damit eine gewisse Doppelseitigkeit von Amtsrecht und Herrschaftsrecht, ein Ansatz, der für die weitere Entwicklung bedeutsam werden konnte. Ein gutes Beispiel dafür gibt die Geschichte der Grafschaft Flandern im ausgehenden 9. Jahrhundert. Die Machthaber dieser Landschaft heißen Grafen und üben sicherlich auch richterliche Funktionen aus, aber die Machtgrundlage, auf der ihre Existenz ruht, wird in der Hauptsache gebildet von ihnen überwiesenen königlichen Rechten an königlichen zur Zeit verweltlichten Abteien und an anderem Gut,¹⁴ sie sind Verwalter königlicher und Inhaber eigener Herrenrechte mit Grafentitel und Grafenvollmacht.

Diese Beobachtung findet in anderen Urkunden ihre volle Bestätigung. Wir greifen als Beispiel eine der wichtigsten Urkunden heraus, die wir aus dieser Zeit besitzen, die von Ludwig dem Frommen etwa 823—825 erlassene *Admonitio ad omnes regni ordines*.¹⁵ Sie zeigt deutlich die Doppelseitigkeit der Königsmacht und ebenso im Spiegel davon die der Grafschaften. Allgemein umfassendes Volksrecht steht neben einem auf Sonderverhältnissen basierendem Herrschaftsrecht. Die in der Urkunde anfangs definierte Hauptaufgabe des Königs und auch des Grafen in seinem Auftrage lautet einerseits: *ut defensio et exaltatio vel honor sanctae Dei ecclesiae et servorum illius con-*

10—13: Otto von Dugern, Adelsherrschaft S. 12, Mayer, Dt. u. franz. Verfgesch. II. 405. — Karl Rübcl, Die Franken S. 340 ff. Es ist fraglich, ob die Beauftragung der Grafen mit dem Wegebau und ähnlichen Arbeiten auf die eine oder die andere Seite zu rechnen ist. Nach mittelalterlichen Begriffen hat die Herrschaft in ihrem Gebiet dafür Sorge zu tragen, darüber hinaus besteht eine (allerdings im ganzen nur theoretische) Aufsicht des Königs für das ganze Reich. In dem vorliegenden Fall ist das nicht zu entscheiden, da es sich hier wahrscheinlich um unter Königsschutz stehende Gebiete handelt. Vgl. Notker der Stammler (M. G. SS. II. S. 745).

14. Heinrich Sproemberg, Die Entstehung der Grafschaft Flandern. = Histor. Studien, hrsg. v. Ebering, 282, 1935.

15. Cap. I. 150/303 von 823—825. Über die Bedeutung der Urkunde vgl. Hintze, Feudalismus S. 323, der sagt, diese Urkunde lege das Wesen des fränkischen Reiches dar.

gruus maneat . . . und andererseits: *pax et iustitia in omni generalitate populi nostri conservetur* . . . Der zweite Teil entspricht allgemeinem Volksrecht. Denn Friede und Recht aufrechtzuhalten, sah die germanische und deutsche mittelalterliche Welt als die vornehmste Aufgabe des Königs an. Daneben aber steht die andere Aufgabe und das andere Recht, der Königsschutz, der im vorliegenden Falle, wie besonders herausgestellt wird, die Kirchen umfassen soll, aber, wie der weitere Wortlaut der Urkunde zeigt, ebenso auch Witwen, Waisen und alle Machtlosen und Ungeschützten. Es steht also auch hier das Königsbannrecht neben dem allgemeinen Volksrecht, und zwar nicht nur für den König, sondern auch für den Grafen. Denn beide Aufgaben überträgt die genannte Urkunde den Grafen. Die in dem Diplom wiederholt vorkommenden Bezeichnungen *defensor* und *ministerium* charakterisieren die Doppelseitigkeit des Grafen, so wie ihn diese Urkunde sieht. Doch stammt sie, und das ist wohl zu beachten, nicht aus den Zeiten Karls des Großen, sondern seines Nachfolgers, ein Jahrzehnt nach Karls Tode. Was sie schildert, darf also nicht auf die Zeit Karls übertragen werden. Überhaupt bleibt trotz dieser den Grafen gegebenen Sonderaufträge herrschaftlicher Art der amtsrechtliche Charakter des Grafenamtes zum mindesten vom König aus, also seiner Idee nach, noch erhalten,¹⁶ wenn auch *de facto* der Adel bereits versucht, das Amt in der geschilderten Weise seiner Herrschaftsstellung einzugliedern, oder gar mit diesen Versuchen schon Erfolg gehabt hat. Die Tendenz der Entwicklung und ihre Abhängigkeit von der jeweiligen Macht der Könige ist jedenfalls deutlich zu erkennen.

16. Cap. I. 20/51 von 779 cap. 21. — 25/67 von 792 oder 786 cap. 6. — 148/301 von 821. — 136/283 von 818/9. — Cap. I. 25/67 v. 792 oder 786 cap. 4. — Cap. I. 33/93 von 802 cap. 7. — 77/171 von 801—13 cap. 9. — 165/133 v. 825 cap. 1. — Weitere Belege stellt Karl Wührer, *Der deutsche Staat d. Mittelalters* zusammen S. 219 ff. Cap. I. 77/171 von 801—13 cap. 9 . . . *ut comites in suo comitatu* . . . Cap. I. 20/51 von 797 cap. 21 . . . *si comis in suo ministerio iusticias non fecerit* . . . — Cap. II. 278/344 von 873 cap. 4 . . . *comites, in quorum comitatibus sunt* . . . — Cap. I. 20/51 v. 779 cap. 19. — 41/118 von 803 cap. 8. — 64/153 von 810 cap. 3. — 156/315 von 814—840 cap. 3.

Diese ganze Entwicklungslinie gilt jedoch nur mit einer wesentlichen Einschränkung, nämlich in vollem Umfang nur soweit, als das Land einmal in römischem Besitz war, und die römischen comitatus übernommen wurden. Wie die Frankenkönige vor Karl dem Großen Grafschaften auf neuem, gerodeten oder eroberten Land aufbauten, wissen wir nicht. Wo aber Karl solche neuen Grafschaften schuf, und wir Kenntnis davon haben, tragen sie ein durchaus anderes Gepräge: Es sind Königsbannbezirke unter einem Grafen als königlichem Beauftragten. Wir wissen das von den schon besprochenen sächsischen Grafschaften und denen der spanischen Ansiedler an der Pyrenäengrenze, die denen der Ostgrenze vollkommen entsprechen. Wie wir aus zwei Kapitularien und einer Urkunde Karls wissen,⁶ unterstehen diese Ansiedler als freie Leute königlicher Muntherrschaft, die in königlichem Auftrag von Grafen ausgeübt wird. Der Grund und Boden gilt als königlicher Fiskus, die Siedler sind zu fest begrenzten Abgaben verpflichtet, die aber ausdrücklich nicht als Zinsen betrachtet werden sollen, sie stellen also eine Muntsteuer und keinen Grundzins dar. Die Grafen üben das Hochgericht über die Siedler aus und führen den Heerbann, während das Niedergericht über ihre eigenen Hintersassen in den Händen der Führer oder Herren der Siedler selbst liegt. Es ist dabei für die im späten Frankenreich allgemein zu beobachtende Spannung zwischen Amtsrecht und Herrenrecht sehr bezeichnend, daß, wie wir hören, wiederholt Versuche gemacht werden, eine eigene Herrschaft im Rahmen der königlichen Schutzherrschaft aufzurichten, oder die Königsherrschaft durch eine eigene Herrschaft zu ersetzen; und zwar gehen diese Versuche sowohl von den königlichen Grafen wie von den Herren unter den Siedlern aus. Diese Versuche enthalten in nuce die ganze Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters. Denn auch diese ist dadurch charakterisiert, daß an die Stelle königlicher Schutz- und Muntherrschaft die Herrschaft derer, die diese Muntherrschaft im Namen des Königs auszuüben haben, tritt oder doch zu treten sucht. Der Unterschied liegt nur darin, daß unter Karl eine starke Königshand beizeiten solchen Versuchen Einhalt gebieten konnte, die im frühmittelalterlichen Deutschland nicht immer

zur Stelle war. Auch der soziale Unterschied unter den spanischen Siedlern ist wohl zu beachten. Sie bilden keineswegs eine homogene Schicht wirtschaftlich und politisch gleichgestellter Bauern, sondern ein ausgesprochenes Herrentum ist in ihrem Kreise deutlich bemerkbar. Vergleicht man diese Rechts- und Lebensverhältnisse der spanischen Siedler mit denen der sächsischen Grafschaften, so ergibt sich eine fast völlige Übereinstimmung. Nur scheinen in den Pyrenäen die Abgaben sehr niedrig gehalten zu sein, was sich aus den dort noch zu leistenden schweren Rodungsarbeiten u. dergl. leicht erklärt. Aber auch diese Erscheinung hat, da die Ermäßigung der Abgaben vor allem den Großen zugute gekommen zu sein scheint, in der Begünstigung der Schöffenbarfreien im Sachsenspiegel und der Großen im Poeta Saxo sein Gegenstück. Zusammengekommen beweisen aber das Bild aus dem Westen und aus dem Osten des Karolingerreiches, daß es neben volksrechtlichen Grafschaften auch Grafschaften munt herrschaftlichen Charakters im Reiche Karls gab, und zwar als Neugründungen auf neuerworbenem Boden. Da beide Grafschaftsgruppen von Karl selbst geschaffen worden sind, und zwar an Stellen eines erhöhten politischen Interesses, dürfen diese Königsmuntgrafschaften wohl als das eigenste Werk, als eine bewußte politische Schöpfung Karls gelten.

Die bei den Grafschaften auf römischer Grundlage bereits beobachtete Tendenz, dem Grafen zugleich die Ausübung munt herrschaftlicher oder verwandter Königsrechte zu übertragen, tritt uns also bei den Neugründungen auf neuem Boden in verstärktem Maße entgegen. Hier bestimmen Königsmunt und Königsbann Charakter und Inhalt der Grafschaft, und nur die äußere Form, daß der Richter im Hochgericht und Führer im Kampf „Graf“ heißt, stimmt noch mit den alten Grafschaften des Amts- und Volksrechtes überein. Die Grafschaftspolitik Karls des Großen ist also doppelseitig. Bei allen alten Grafschaften sucht er den amtsrechtlichen Charakter zu wahren, oder neu zu befestigen, eine gelegentliche Übertragung von Herrschaftsrechten auf den Grafen ergänzt, aber verändert dieses Bild nicht. Neugründungen aber werden auf der Grundlage königlicher Munt herrschaft aufgebaut. Da Karl hier frei schaf-

fen und gestalten konnte, müssen wir schließen, daß diese Form des Königsbannbezirkes sich ihm für Gebiete ohne römische Tradition als die zweckmäßigste, ja wohl als die allein mögliche darstellte. Vielleicht entsprach diese Form der Grafschaft seinem eigenen Denken auch mehr als die andere. Dabei hat man wohl kaum beide Arten der Grafschaften als einen scharfen Gegensatz empfunden, da auch die alte, römisch begründete amtsrechtliche Grafschaft in sich die Tendenz, zu einem herrschaftlichen Bezirk zu werden, hatte, und da die äußeren Formen und ein Teil der Funktionen beiden Typen von Grafschaften gemeinsam waren. Aber für jede kritische geschichtliche Betrachtung ist das scharfe Auseinanderhalten von beiden und die Betonung ihrer Gegensätzlichkeit eine Notwendigkeit.

Am Ende der Karolingerzeit stehen also römisch begründete, amtsrechtliche Grafschaften mit der Tendenz, sich zu Herrschaftskomplexen ihrer aristokratischen Inhaber zu entwickeln, und gelegentlich mit zugefügten Muntrechten neben Königsbannbezirken unter einem Grafen, die die gleiche Neigung zeigen, sich zu Herrschaftsbezirken ihrer Inhaber zu entwickeln. Ein starker König kann beiden ihm feindlichen Entwicklungen entgegentreten, und ebensowohl königlichem Amtsrecht wie königlichem Muntrecht Anerkennung und Geltung verschaffen. Aber unter schwachen Herrschern, wie sie auf Karl folgten, wächst die Macht des Adels, wächst die Erblichkeit und die Selbständigkeit der Grafen in ihren Gebieten. Die herrschaftliche Charakterisierung der Grafschaften macht also von Seiten der Grafschaftsinhaber seit Karl entschieden Fortschritte. Aber auch seitens des Königs läßt sich eine gewisse Tendenz zur Ausdehnung der Königsherrschaft an Stelle des Amtsrechtes innerhalb der Grafschaften deutlich beobachten, vor allem, wo man von römischem Boden und römischer Tradition weit entfernt war. Beide Tendenzen, die von seiten der Grafen und die von seiten des Königs verstärken sich. Der herrschaftliche Charakter der Grafschaften ist also im Ganzen stark im Steigen.

Es muß auffallen, wie sehr dies Bild der spätkarolingischen Grafschaft dem gleicht, das wir uns von der Zersetzung der Grafschaft im 12./13. Jahrhundert zu machen pflegen: Schwäche des Königtums und aufsteigende Herrschaftsmacht des Adels,

Schwinden des Amtscharakters und zunehmende Erblichkeit, Nebeneinanderschaltung von gräflichem Amtsbezirk und privatem Herrschaftsgebiet mit der deutlichen Tendenz, beides zu einem einheitlichen Ganzen herrschaftlichen Charakters zusammenzuschließen. Alle diese Charakteristika bestimmen das Wesen beider Bilder, des gewonnenen der Spätkarolingerzeit und des überkommenen der Grafschaften des 12./13. Jahrhunderts. Wie ist das zu erklären?

Ich sehe unter der Voraussetzung, daß das soeben auf Grund der Quellenzeugnisse gezeichnete Bild der karolingischen Grafschaftsentwicklung richtig ist, nur zwei Möglichkeiten der Erklärung dieser auffallenden Ähnlichkeit der Bilder. Entweder trat der vielberedete Zerfall der karolingischen Grafschaftsverfassung schon in der Reichskrise vom Anfang des 10. Jahrhunderts ein. Dann ist das ererbte Bild der Grafschaftsentwicklung des 12./13. Jahrhunderts insofern falsch, als kein Amtsrecht und kein Volksrecht in der Grafschaft mehr zu zerbrechen war, da es lange nicht mehr in den Grafschaften herrschte, und keine Erblichkeit und kein Herrschaftsrecht in den Grafschaften sich mehr durchzusetzen brauchte, weil sie lange die Grafschaften bestimmten. Dann würde der Kampf des 12./13. Jahrhunderts ein Ringen von königlichem Herrschaftsrecht mit dem des Adels bedeuten. Dann müßte also die deutsche Grafschaft des 10.-12. Jahrhunderts einen anderen, herrschaftlich oder königsherrschaftlich bestimmten Charakter gehabt haben, der noch aufzuzeigen wäre.

Oder es müßte eine Rückentwicklung zu den Grafschaftsverhältnissen der Zeit Karls des Großen und seiner Vorgänger eingetreten sein, eine Wiederbelebung des geschwundenen und fast vergessenen Amtscharakters. Dieses neu erstandene Amtsrecht müßte dann von neuem etwa von 1050—1250 zerbrochen sein, ja die oben geschilderte vollständige Zerstückelung der Grafschaften um 1000 würde uns nötigen, anzunehmen, daß diese neue Zersetzung des wiedererstandenen Amts- und Volksrechts in der Grafschaft schon vor 1000 begonnen habe. An sich ist schon eine solche Wiederholung einer bereits einmal vollzogenen Entwicklung kaum glaublich. Aber auch die Einfügung dieser Erscheinung in das Gesamtbild der mittelalter-

lichen deutschen Geschichte führt zu ernststen Schwierigkeiten. Die Wiedererstehung des verlorenen Amtscharakters der Grafschaften wäre etwa auf 920—950 anzusetzen. Von den Zeiten eines karolingischen intakten volks- und amtsrechtlichen Grafschaftssystems würden diesen Zeitpunkt also mindestens 100 wenn nicht 150 Jahre trennen, ganz abgesehen von dem räumlichen Abstand des in Niedersachsen beheimateten Ottonenreiches von dem Frankenreich römischer Tradition. Ein solches Zurückgreifen auf eine zerfallene Institution über ein Jahrhundert hinweg scheint mir aber unmöglich. Zweitens aber müßte die Wiedereinführung amts- und volksrechtlicher Grafschaften in einer Zeit stattgefunden haben, in der es den Ottonenkönigen nur mit Mühe gelang, die Lehensoberhoheit über die einzelnen Herzöge ungestört aufrechtzuerhalten, in der man alle Kräfte gegen den drohenden äußeren Feind sammeln mußte, und nicht an die Wiedereinführung verschollenen Amtsrechtes diesen Herzögen gegenüber denken konnte. Drittens aber müßte der Abstieg schon begonnen haben, als kaum das alte Volks- und Amtsrecht in der Grafschaft wieder erstanden war. Es bleibt kaum ein Zeitraum für die ungestörte Geltung dieses wiederbelebten Amtsrechtes. Und dieser Abstieg müßte damals, als die Macht des Königtums dauernd stieg, einsetzen, und die neu gewonnene Konsolidierung der Königsmacht sich auszuwirken begann. Das aber scheint mir eine neue Unmöglichkeit zu sein, denn wir fragen ja nicht nach der Entwicklungslinie einer beliebigen Einrichtung des Reichs, die abseits von den großen Linien der Reichsgeschichte ihren eigenen Weg gehen könnte, sondern wir fragen nach dem Institut, das die stärkste Stütze des Reiches, und nach seinem Übergang in die Hände der Herren die entscheidende Grundlage für die aufsteigende Territorialstaaten gebildet haben soll. Die Entwicklungslinie eines solchen Institutes müßte eine gewisse Harmonie mit der des Reiches aufweisen.

Alle diese Schwierigkeiten stehen und fallen mit der zweiten oben aufgezeigten Erklärungsmöglichkeit, d. h. mit der Annahme einer Wiedererstehung der amts- und volksrechtlichen Grafschaft. Eine solche Annahme ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wie man oft anzunehmen schien, oder auch nur

naheliegend, sondern hat von vorneherein alle Wahrscheinlichkeit gegen sich. Sie könnte sich nur behaupten, wenn eindeutige klare Zeugnisse das Bestehen einer solchen amtsrechtlichen Grafschaft in der Ottonenzeit nicht nur als abseitige Ausnahme, sondern als herrschende Institution außer Zweifel stellten. Solche haben sich uns aber bis jetzt nicht ergeben. Jedenfalls aber hat, wer sich für eine solche auffallende Annahme einer Entwicklung, Rückentwicklung und Wiederholung der ersten Entwicklung entschließen will, die Beweislast dafür zu tragen.

Wir wenden uns nun wieder den frühmittelalterlichen Grafschaften zu, um zu untersuchen, ob sie einen amts- und volkrechtlichen Charakter aufweisen, oder ob herrschaftliche, speziell königsherrschaftliche Elemente in einem Ausmaße in sie eingedrungen sind, daß diese das Wesen der Grafschaften ausmachen. In einer großen Reihe von Fällen stießen wir bereits auf Grafschaften aus allen Teilen des Reiches, die durch Königsmunt und Königsbann in ihrer Art bestimmt waren, die also zweifellos herrschaftlichen und nicht amts- und volkrechtlichen Charakter aufweisen. Doch können diese Beispiele noch keineswegs genügen, um uns ein allgemeines Urteil zu bilden.

Eine Bemerkung muß aber solchen Untersuchungen noch vorausgeschickt werden: Unsere Frage schließt zugleich eine zweite in sich: Bleibt, wenn im Frühmittelalter königliche, kirchliche und aristokratische Herrschaftsbezirke unter dem Namen von Grafschaften an die Stelle volkrechtlicher Grafschaften getreten sein sollten, noch Raum für freie, keinem Herrschaftsbereich zugehörige, sondern nur vom Staat und seinen Organen geschützte Staatsuntertanen, und zwar speziell unter den Bauern? Beide Fragen hängen eng zusammen, und auch die zweite Frage meldet sich dringend an, seit sich uns die Bauern der königlichen Bannbezirke und die Freibauern der sächsischen Grafschaften als Königsbauern darstellen, d. h. als königlicher Muntherrschaft unterworfenen Bauern. Wir fragen also nach dem Vorhandensein einer den volkrechtlichen Grafschaften entsprechenden Schicht von Freien vornehmlich bauerlicher Art, und fragen damit nach dem Vorhandensein einer vollen Freiheit im sozialen wie im politischen Leben des Frühmittelalters überhaupt, und zwar zunächst in einem Sinn von „Freiheit“, der

sie mit jeder Abhängigkeit unter jede Herrschaft außer der volksrechtlichen vom Staate ausschließend kontrastiert. Gegen das Vorhandensein von Vollfreien spricht schon die Tatsache, daß gerade dort, wo die „Freiheit“ besonders betont wird, nämlich bei Freibauern, Freigerichten, Freigrafschaften, Freistädten u. a. das Wort nicht die Vollfreiheit, also Unabhängigkeit von jeder Herrschaft, sondern nur die von jeder nicht-königlichen Herrschaft bezeichnet. Mit dieser betonten Freiheit ist eine Herrschaft des Königs vereinbar und augenscheinlich notwendig verbunden, die einen über alles Volksrecht weit hinausgehenden herrschaftlichen Charakter im engeren Sinne hat. Wenn man aber Bauern unter königlicher Muntherrschaft, also doch in herrschaftlicher Untertänigkeit, als Freibauern bezeichnete, so bleibt konsequenterweise kein Raum mehr für eine noch freiere Gruppe von im vollen Sinne freien, keiner Muntherrschaft, auch der des Königs nicht unterworfenen Bauern, die nur der volksrechtlichen Hoheit des Staates untertan wären. Als solche dachte man sich aber meist den wichtigsten Teil des deutschen Volkes im Frühmittelalter. Beide Fragen, die nach dem Wesen der Grafschaften und die nach dem vollfreien Bauern hängen auf das engste zusammen. Mit der Untersuchung der Grafschaften wird auch ein wichtiger Beitrag zu der zweiten Frage zu gewinnen sein.

Wir wenden uns zunächst den an Bistümer geschenkten Grafschaften zu, also der Gruppe von Grafschaften, unter denen wir schon eine große Zahl von herrschaftlichen Grafschaften, d. h. von solchen, die den Charakter von Königsbannbezirken tragen, wahrscheinlich machen konnten. Die verhältnismäßig große Zahl von Schenkungen solcher Grafschaften beweist, daß wir damit nach einem nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Grafschaften fragen. Wir sondern dabei die einzelnen Bistümer und scheiden von vorneherein die sächsischen Bistümer Hamburg, Bremen, Halberstadt, Hildesheim, Paderborn und Magdeburg aus, da bei den zahlreichen diesen Bistümern geschenkten Grafschaften der Charakter als königliche Bannbezirke schon nachgewiesen werden konnte. Aus demselben Grunde lassen wir die uns auch schon bekannten Stadtgrafschaften der rheini-

schen und süddeutschen Bischofsstädte beiseite, in denen trotz der römischen Grundlage sich aus dem alten Bezirk der civitas ein Gebiet königlicher Schutz- und Muntherrschaft bildete. In allen diesen Fällen haben wir nur Grafschaften königlichen Schutzherrschaftsrechtes kennen gelernt. Wir werden nun unter anderen bischöflichen Grafschaften des Frühmittelalters nach rein volks- und amtsrechtlichen Grafschaften zu suchen haben.

Aus Utrecht kennen wir die Schenkung von drei Grafschaften oder Grafschaftskomplexen an das Bistum; die eine wird nur so kurz erwähnt, daß sich keinerlei Schlüsse aus den wenigen Worten ziehen lassen,¹⁷ bei den beiden anderen aber lassen, wie schon erwähnt, die Urkunden¹⁸ keinen Zweifel daran zu, daß diese Grafschaften als Königsbanngebiete zu fassen sind. Auch die der einen Grafschaftsübertragung zugefügte Schenkung eines Forstbannes, der als ein Teil der Grafschaft erscheint (in pago forestensi, quod est in comitatu Eberhardi)¹⁹ zeigt, daß den Inhalt dieser Grafschaft Eberhards zum mindesten neben anderem auch herrschaftliche Rechte bildeten, daß also von einer reinen Amtsgrafschaft hier nicht mehr gesprochen werden kann. Auf einen amtsrechtlichen Charakter weist nur noch das Wort Grafschaft hin (wenn dieses noch als solcher gelten kann); was wir sonst erfahren, verrät ein andersartiges Gepräge. Auch von der an das Bistum Lüttich geschenkten Grafschaft Huy²⁰ war bereits die Rede. Ihr herrschaftlicher Charakter konnte ebenfalls wahrscheinlich gemacht werden. Über die auch an Lüttich geschenkte Grafschaft Brunnengeruuz erfahren wir aus der Schenkungsurkunde²¹ fast nichts, was nach der einen oder der anderen Seite hin als Beweis dienen könnte, doch die Zusammenfügung mit Herrschaftsrechten, wie sie unter „et in Trajecto quicquid regalis jus fisci exigere poterat“ verstanden wer-

17. Dipl. III. Heinr. II. 504/645 v. 1024. Grafschaft Drenthe. Dipl. IV. Konr. II. 43/48 v. 1025. Grafschaft Drenthe.

18. Dipl. IV. Konr. II. 64 v. 1026. Grafschaft Testerbant. — Waitz, Urkunden 4/10 von 1089. Westergo und Ostergo. — Oorkondenboek van Holland I. 146/93 v. 1165, dasselbe.

19. Dipl. I. Otto I. 62/143 v. 944.

20. Dipl. II. Otto III. 16/413 v. 985. Const. I. 441/650 v. 1071.

21. Dipl. II. Otto III. 45/445 v. ca. 988.

den müssen, macht hier den herrschaftlichen Inhalt der geschenkten Grafenrechte wahrscheinlich. Es spricht also nicht nur in Sachsen und nicht nur in den rheinischen Bischofsstädten sondern auch im Gebiet der Bistümer Lüttich und Utrecht das Zeugnis der Urkunden eher für den gleichen muntherrschaftlichen Charakter dieser vom König geschenkten Grafschaften als für deren amts- und volksrechtlichen Inhalt, der dann mit den sächsischen und mittelhheinischen Verhältnissen in Gegensatz treten würde. Doch stehen sie damit nicht allein. Andere Beispiele fügen sich ohne weiteres an. Die von Heinrich II. an das Bistum Cambrai geschenkte Grafschaft kennen wir bereits.²² Völlige Klarheit ist auch hier aus den dürftigen Angaben der Urkunden nicht zu gewinnen, aber obwohl diese Grafschaft augenscheinlich aus einer römischen entstanden ist, hat man sie zur Zeit ihrer Schenkung an das Bistum mit aller Wahrscheinlichkeit als Königsbannbezirk aufgefaßt. Auch bei der ältesten deutschen Grafschaftsschenkung, die wir kennen, bei der Schenkung König Heinrichs I. an das Bistum Toul von 927²³ ist eine klare Entscheidung nicht zu fällen; die geschenkte Grafschaft könnte ebensowohl eine amtsrechtliche Grafschaft sein wie ein Königsbannbezirk, der aus der ursprünglich römischen Grafschaft erwachsen wäre, so wie sich dies in den rheinischen Bischofsstädten beobachten ließ. Diese Urkunde ist aber darum von besonderer Bedeutung, weil sie zeigt, daß diese Grafschaftsübertragungen an Bistümer nicht etwa Entartungserscheinungen sind, die erst nach dem sogenannten Zerfall der Grafschaftsverfassung einsetzten, sondern daß sie schon im Beginn der Ottonengeschichte stehen.

In Trier und Umgebung kennen wir schon die dortige Stadtgrafschaft, die auf dem Boden der römischen civitas stehend im Mittelalter zu einem Königsbannbezirk geworden ist. Aber auch die von Konrad II. 1031 Trier geschenkte Grafschaft Marienfels im Einrichgau²⁴ erweckt dem Wortlaut der Urkunde nach den

22. Dipl. III. Heinr. II. 142/168 v. 1007.

23. Dipl. I. Heinr. I. 16/52 v. 927 omnem exactionem comitatus eiusdem civitatis, annualis videlicet seu septimanealis thelonei quæstus pariterque vectigal quod vulgo vocatur rotaticum

24. Dipl. IV. Konr. II. 169/225 v. 1031.

Eindruck eines Komplexes von Herrschaftsrechten, da sich nur von solchen sagen läßt: ... eo ... tenore ut ... archyepiscopus ... comitatum habeant, teneant, vendant, commutent, vel quicquid sibi placuerit inde faciant ..., wie es in der Schenkungs-urkunde geschieht. Die Grafschaft des Rheingaues, die im 13. Jahrhundert Mainzer Lehen ist,²⁵ erweist sich nach dem Zeugnis späterer Weistümer²⁶ ebenfalls als Bezirk königlichen Herrschaftsrechtes. Über die Mainzer, Wormser und Speyrer Stadtgrafschaft ist dasselbe zu sagen wie von der von Trier. Worms erhält außerdem außerhalb seines Stadtgebietes 1011 von König Heinrich II. die Grafschaften im Lobdengau und Wingarteiba.²⁷ Bei beiden weist die Art der Übereignung (de nostro iure ac dominio in sue ditionis manum) und mehr noch die ausdrückliche Betonung der nutzbaren Einkünfte der Grafschaft und die Gewährung des völlig freien Verfügungsrechtes über sie (potestatem fruendi, habendi, vel quicquid sibi placuerit faciendi) mehr auf Herrschaftsrechte des Königs als auf ein volksrechtliches Amt hin. Die gleichen Gründe sprechen dafür, daß die beiden 1086 von Heinrich IV. dem Bistum Speyer geschenkten Grafschaften²⁸ ebenfalls solche Herrschaftsbezirke königlichen Muntrechtes sind, besonders da die eine „in Liutramsforste situm“ genannt, also damit einem königlichen Herrschaftsbezirke eingefügt wird. Der gleiche Schluß läßt sich für die 1041 von Heinrich III. an Basel geschenkte Grafschaft in zwei Gauen²⁹ ziehen, besonders da gerade bei dieser Schenkung

25. Sauer, Nass. U. B. I. 395/274 v. 1223.

26. Grimm, Weistümer I. 534, 536 und 549. — IV, 568, 570, 571, 572, 575, 576.

27. Dipl. III. Heinr. II. 226/262 v. 1011 u. 227/263 v. 1011; bestätigt: Dipl. IV. Konr. II. 50/57 v. 1026. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Grafschaft nicht etwa als Grafschaft des Lobdengaues sondern als comitatus in pago Lobodengowe situs bezeichnet wird.

28. Remling, U. B. z. Gesch. d. Bisch. v. Speyer I. 63/62 v. 1068.

29. Trouillat, Monuments de l'ancienne évêché de Bâle I. 113/175. quendam nostre proprietatis comitatum concessimus, de nostro iure in suum ius cum omni pertinentia in proprium tradidimus episcopus ... liberam de eodem comitatu habeant potestatem tenendi inbeneficiandi vel quicquid sibi placuerit inde faciendi

das volle Eigentums- und Verfügungsrecht klar und deutlich hervorgehoben wird.

Alle diese Urkunden ergänzen sich gegenseitig, da sie sich als völlig gleichartig geben. Ließ sich in dem einen oder anderen Fall der herrschaftliche Charakter der geschenkten Grafschaft nur wahrscheinlich machen, so sprachen andere um so deutlicher und lassen auch Schlüsse auf diejenigen Diplomata zu, aus deren wenigen Worten sich kein Schluß weder für noch gegen einen solchen Charakter der Grafschaft ziehen ließ.

Doch der Kreis dieser den Bischöfen geschenkten Königsherrschaften ist noch größer. Von der Churer Grafschaft, für die wir besonders ausführliche Zeugnisse haben, die an dem königsherrschaftlichen Gepräge keinen Zweifel lassen, war schon bei der Betrachtung des Königsbannes die Rede³⁰ und ebenso von den königlichen Bannrechten im Bergell, die ursprünglich einen Teil der Churer Grafschaft bildeten,³¹ und damit deren Charakter besonders deutlich kennzeichnen. Eine volle Parallele zu Chur aber bildet die 978 bereits im Besitz des Bischofs von Seben-Brixen befindliche dortige Grafschaft.³² Auch die dieser Kirche 1027 geschenkte Grafschaft hat augenscheinlich denselben Charakter.³³

Eine Freisinger Fälschung vom Anfang des 12. Jahrhunderts läßt den herrschaftlichen Charakter der drei in ihr genannten Grafschaften, die Freising erhält, deutlich erkennen. Denn gerade die echten Teile der Urkunde sprechen ausführlich vom Königsbann und königlichen Forstrechten dieses durchaus einheitlich behandelten Gebietes.³⁴ In Hessen erhält Fulda von Heinrich II. und Konrad II. die Grafschaften Stoddenstadt und Netra, wobei die Zurechnung zu den Gütern und Herrschaftsrechten des Klosters und die Worte der Urkunde: *ea videlicet*

30. Waas, Vogtei und Bede II. 55 ff. Vgl. auch oben S. 84. Zus.stellung der Belege bei H. Wießner, Twing u. Bann S. 43/4.

31. Dipl. I. Otto I. 209/287 von 960 ... *cum omni distictione placiti et banni hactenus ad comitatum pertinentis*

32. Dipl. II. Otto II. 178/203 v. 978.

33. Dipl. IV. Konr. II. 103/146 v. 1027.

34. Dipl. II. Otto II. 80/96 v. 974, teilweise Fälschung vom Anfang d. 12. Jhds.

ratione, ut ipse suique successores sicut de ceteris eiusdem abbatie bonis dehinc liberum habeant arbitrium quoquo modo desuper precipiendi seu quodlibet utile predictae ecclesiae inde faciendi . . .³⁵ kaum eine andere Deutung als die auf Herrschaftsrechte zuläßt. Für Hersfeld besitzen wir ein interessantes Seitenstück zu diesen Grafschaftsschenkungen aus der Karolingerzeit. Karl der Große schenkte dort die Einnahmen (Zehnten) aus zwei Grafschaften, die zwei genannte Grafen bisher von den „freien Leuten“ dieser Grafschaften erhoben haben.³⁶ Hier liegt die Parallele zu den benachbarten sächsischen Verhältnissen einerseits und den besprochenen Grafschaftsschenkungen der anderen Landschaften andererseits auf der Hand, einerlei ob hier die Gerichtsbarkeit mit den Einnahmen mitgegeben wurde oder nicht. In einer Bamberger Schenkung Heinrichs II.³⁷ lernen wir königliche Grafschaftsgüter kennen; „quedam nostrae proprietatis loca . . . ad eundem comitatum pertinentia“ sagt die Königsurkunde. Amtsgüter des Grafen im Sinne des karolingischen Grafenamtes können es nicht sein, denn ein „Graf“ Gebhard hat sie inne, während der zuständige Graf der Grafschaft, in der sie liegen, Pilgrim heißt. So können es nur Freigüter d. h. Reichsgüter einer Freigrafschaft, entsprechend den sächsischen Freigütern sein. Wahrscheinlich ist auch das in zwei Urkunden desselben Kaisers demselben Bistum geschenkte Reichsgut in zwei genannten Grafschaften Freigrafschaftsgut derselben Art.³⁸

Deutlicher noch reden die Würzburger Urkunden. Wir haben, als wir von den Beziehungen von Königsbann und Grafschaft sprachen, schon festgestellt, daß die mit dem Königsbann ausgestatteten Grafschaften Waldsassen und Rangau, die

35. Dipl. III. Heinr. II. 509/651 v. ca. 1024. — Dipl. IV. Konr. II. 23/26 von 1025.

36. Dipl. Karol. I. 129/179 v. 780 . . . decima de Hassega de comitatos, quos Albericos et Marcoardus nunc tempore tenere visi sunt, quicquid de ipsis ingenum hominibus exactaverunt . . . que de illos duorum comitatos comitates nostri exactaverunt. Um kirchliche Zehnten kann es sich dabei nicht handeln.

37. Dipl. III. Heinr. II. 315/395 v. 1014.

38. Ebd. 134/160 v. 1007 und 135/161 v. 1007.

Otto III. der Kirche zu Eigen schenkt (in proprium . . . de nostro iure et dominio in ius et dominium . . . episcopi)³⁹ und die in ähnlicher Weise von Heinrich II. geschenkte Banngrafschaft Bessungen⁴⁰ augenscheinlich Königsherrschaftsgebiete sind. Auf diese und andere entsprechende Übertragungen griff Heinrich V. zurück, als er 1120 dem Bistum Würzburg die von seinen Vorgängern übertragene „dignitas iudiciaria in tota orientali Francia“ bestätigte.⁴¹ Die oben genannten Grafschaften Waldsassen und Rangau stellen sicherlich nicht allein die „Gerichtsgewalt in ganz Ostfranken“ dar, die Heinrich V. in der genannten Urkunde bestätigt, müssen aber einen Teil davon ausmachen. Das beweist schon die gleiche Bezeichnung „orientalis Francia“, die den beiden genannten Urkunden Ottos III. und Heinrichs V. gemeinsam ist. Welche Gerichtsbarkeit Heinrich V. außer diesen Grafschaften 1120 mit der Bezeichnung „Gerichtsgewalt in ganz Ostfranken“ bestätigt hat,⁴² ersieht man aus dem berühmten Privileg Friedrich Barbarossas.⁴³ Denn diese Urkunde, die alle von seinen Vorgängern verliehenen Gerichtsrechte bestätigt, scheidet deutlich diejenigen in dem Bistum-Herzogtum von der Gerichtsgewalt der darin eingestreuten Grafschaften, die Otto III. geschenkt und Heinrich V. bestätigt hatte. Wir wissen also durch diese Bestätigung Friedrichs I., was schon aus der Heinrichs V. zu ahnen war, daß der Bischof von Würzburg auf Grund königlicher Schenkungen einerseits über die Grafschaften, die wir aus den Urkunden Ottos III. kennen, und andererseits über die herzogliche Gerichtsgewalt im Bereiche seines Bistums verfügte. Der Wortlaut der Urkunde macht es unmöglich, beides als zusammengehörig zu betrachten, etwa in der Annahme, daß diese Herzogsgewalt sich aus der Summe der ge-

39. Dipl. II. Otto III. 366/795 v. 1000. Siehe oben S. 99.

40. Dipl. III. Heinr. II. 268/318 v. 1013. Siehe oben S. 99.

41. Monumenta Boica Bd. 29 a. 444/238 v. 1120. = Stumpf, Reichskanzler 3164.

42. Daß Würzburg noch mehr Grafschaften besaß, beweist die Urkunde von 1008, in der Heinrich II. die Grafschaft im Rednitzgau von Würzburg eintauscht. Dipl. III. Heinr. II. 174/205 v. 1008.

43. Altmann-Bernheim 126/279 von 1168 = H. Breßlau, Diplomata centum S. 104.

nannten Grafschaften zusammensetze, oder aus der Oberhoheit über sie bestehe. Denn beides wird deutlich getrennt. Die Grafschaften liegen nur *infra terminos episcopatus vel ducatus*, wie die Urkunde ausdrücklich sagt.⁴⁴ Auch Adam von Bremen zieht, als er auf die Würzburger Verhältnisse zu sprechen kommt, den gleichen Trennungsstrich, und stellt in deutlicher Scheidung die Grafschaftsgewalt und die Gerichtsgewalt im Bistum-Herzogtum nebeneinander.⁴⁵

Doch das Barbarossa-Privileg gibt uns noch tiefere Einblicke in das Wesen dieser Würzburgischen (Frei-)Grafschaften.⁴⁶ Wir finden dort nebeneinander ein Hochgericht der Grafschaft, das seit der Schenkung in der Hand des Würzburger Bischofs oder des von ihm eingesetzten Grafen liegt, und ein Gericht über die in der Grafschaft wohnenden „Freibauern, die man Biergeldern nennt“. Es liegt in der Hand des Grafen oder des von ihm eingesetzten Zentgrafen. Auch für seine Einsetzung ist die Zustimmung des Bischofs als „Stuhlherren“, wie man es in Westfalen nennt, notwendig.⁴⁶ Diese Würzburger Grafschaften entsprechen also genau den sächsischen Freigrafschaften, dem Grafengericht über Schöffenbare und Pflughafte entspricht das dem Bischof oder seinem Grafen vorbehaltene Hochgericht, dem Schultheißengericht der Pflughafte in Sachsen, das Gericht des vom Grafen eingesetzten Zentgrafen. Daß dabei bedingt durch die verschiedene lokale Entwicklung gewisse Varianten der Rechtsverhältnisse vorliegen, ist nicht erstaunlich.

Über den inneren Aufbau der herzoglichen Gerichtsbarkeit im Bistum wissen wir leider weniger. „*Omnem iurisdictionem seu plenam potestatem faciendi iusticiam per totum episcopatum et ducatum Wirceburgensem*“ nennt sie die Ur-

44. Ähnlich an zwei anderen Stellen derselben Urkunde.

45. *Script. rer. Germ.* (1917) S. 188. Adam von Bremen III. 46 *ipse cum teneat omnes comitatus suae parrochiae, ducatum etiam provinciae gubernat episcopus*....

46.*hoc excepto, quod comites de liberis hominibus, qui vulgo „bargildi“ vocantur, in comitiis habitantibus statutam iustitiam recipere debent. Imperiali quoque precepto inhibemus, ne aliquis in prefato episcopatu et ducatu vel in comitiis in eis sitis aliquas centurias faciat vel centgravios constituat nisi concessione episcopi ducis Wirceburgensis*....

kunde. Die Beziehung auf die herzogliche Gewalt hilft hier auch nicht viel weiter, da sie im Grunde nur sagt, daß sie vor der Übertragung auf die Bischöfe in der Hand der fränkischen Herzöge lag; diese können aber im Besitz sehr verschiedener Rechte gewesen sein. Es könnte vizekönigliche, also volksrechtliche Gewalt hierunter zu verstehen sein. Jedoch wird man, da es sich um die Hochgerichtsbarkeit in dem ganzen Gebiet außer den gesondert betrachteten Grafschaften handeln soll, vermutlich vor allem an die Hochgerichtsbarkeit über das Kirchengut, das außer den Grafschaften sicherlich den größten Teil des Landes umfaßt, zu denken haben, das würde also heißen an im Namen des königlichen Vogt- und Immunitäts-herren ausgeübte Vogteigerichtsbarkeit. Die Einzelaufführung der unter diese Gerichtsbarkeit zu rechnenden Fälle in der Barbarossakunde bestätigt die Annahme von Herrschaftsrechten. Denn das Privileg nennt nicht nur „de rapinis et incendiis . . et de vindicta sanguinis“ sondern auch „de allodiis et beneficiis de hominibus“ Diese Zusammenfassung entspricht im Wesentlichen den sächsischen Verhältnissen der Königsbannbezirke, bei denen auch das Gericht über Eigen mit dem Hochgericht vereinigt ist. Aber auch ohne diese Parallele ließe sich das Gericht de allodiis, de beneficiis de hominibus nur aus königlichen Herrschaftsrechten verstehen. Denn über Lehen und Hintersassen zu urteilen, kann nicht Sache eines volksrechtlichen Gerichtes sein. Es wäre dann dies Herzogtum als eine Zusammenfassung königlicher Rechte zu fassen, unter denen die Herrschaftsrechte über Kirchengut oder anderes zum mindesten eine hervorgehobene Rolle einnehmen.

Doch selbst wenn wir die Frage nach dem Charakter des Würzburgischen Herzogtums im engeren Sinne offen lassen, so ist die Erkenntnis von dem herrschaftlichen Wesen der Würzburg geschenkten Grafschaften, und der Parallele zu den sächsischen Freigrafschaften für uns von der größten Bedeutung. Was wir in derselben Weise wie in vielen anderen an Kirchen geschenkten Grafschaften auch hier in Würzburg vermuten konnten, ließ sich durch das Barbarossaprivileg an dieser Stelle bestätigen. In anderen Bistümern ist die Überlieferung an Urkunden leider weniger günstig.

Durch die hier gefundene Gleichheit der rechtlichen Verhältnisse im Würzburgischen und in Sachsen wird es auch verständlich, warum die vergleichenden Blicke Adalberts von Bremen, als er sich um die Erwerbung von königlichen Bannbezirken in Sachsen mit allen Kräften bemühte, sich gerade auf dies fränkische Land richteten, wie wir aus der Darstellung Adams von Bremen erfahren.⁴⁵ Der Grund ist ohne weiteres einleuchtend. Denn dem Würzburger war gelungen, was der Bremer erstrebte: die Übertragung königlicher Bannbezirke unter dem Namen von Grafschaften. Diese Parallele, die Adalbert selbst zog, ist nur bei einer rechtlichen Gleichartigkeit beider Gruppen von Grafschaften verständlich.

Auch die Grafschaften Oberitaliens, die an die Bistümer Como,⁴⁷ Trient,⁴⁸ Novara⁴⁹ und Ravenna⁵⁰ geschenkt wurden, haben gleichen Charakter.

Von den an Kirchen geschenkten Grafschaften erweist sich also, soweit uns die Urkunden Einblick geben, keine als volkrechtliche Amtsgrafschaft. Bei vielen ließ sich jedoch der Charakter als königlicher Bannbezirk deutlich aufzeigen, vor allem in Sachsen, in Franken und den rheinischen Bischofsstädten. Die vielerorts nachgewiesene herrschaftliche Bindung der Einwohner einer Grafschaft, wie sie sich aus der Zahlung einer auf dem Gut lastenden Schutzsteuer ergibt, ist ein klarer Beweis. Die Vergabung der Grafschaften an Kirchen zu vollem Eigentum und mit dem Recht der uneingeschränkten Verfügung macht den herrschaftlichen Charakter außerdem in vielen Fällen sehr wahrscheinlich (selbst wenn wir diese Tatsache allein noch nicht als beweisend gelten lassen wollen). Außerdem spricht aber die Zusammenfassung in einem Schenkungsakt mit Gütern und anderen nutzbaren wirtschaftlichen oder herrschaftlichen

47. Dipl. III. Arduin 3/702 v. 1002: Grafschaft Chiavenna. Dipl. III. Heinr. II. 113/139 v. 1006: Grafschaft Veltlin.

48. Dipl. IV. Konr. II. 101/143 v. 1027: Grafschaft Trient; ebd. 102/145 v. 1027: Grafschaft Vintschgau und Bozen.

49. Dipl. III. Heinr. II. 320/400 v. 1014: comitatulum im Ossolatal.

50. Dipl. IV. Konr. II. 208/283 v. 1034: Grafschaft Faenza comitatum cum omni districto suo et legali placito et iudicio omnibusque publicis functionibus, angariis et reditionibus, teleoneis, fotris, ripaticis, aquis aquarumque fluxibus, molendinis et piscationibus cunctisque postremo

Rechten eine deutliche Sprache. Auch das Vorkommen des Königsbannes in diesen Grafschaften kann nach allem, was wir von diesem wissen, den königsherrschaftlichen Charakter erweisen.

Sicherlich sind diese Königsbannbezirke in einer Reihe von Fällen aus alten volks- und amtsrechtlichen Bezirken römischen Ursprungs erwachsen wie die Grafschaften der rheinischen Bischofsstädte oder die von Chur, Bergell und Brixen. Aber das ist für unsere Zeit schon Geschichte, das Frühmittelalter kennt sie nur als Königsbannbezirke, und es ist wohl anzunehmen, daß sie diesen Charakter schon seit der Inbesitznahme durch die Germanen tragen, wenn auch die römische Tradition modifizierend sich noch einige Zeit lang bemerkbar gemacht haben wird. Doch können wir diese Frage offen lassen. Für uns kommen sie nur als Bezirke königlicher Schutzherrschaft in Frage. Die genetische Herleitung ist für die Bestimmung des Wesens eines solchen Gerichtsbezirkes nicht entscheidend, sondern die rechtliche Auffassung, mit der die Herren dieses Bezirkes Gericht hielten und ihre Herrschaft ausübten, und die auch die Insassen des Gebietes, selbst wenn sie ihnen ursprünglich nicht eigen war, bald sich zu eigen machen mußten.

Damit ist der Kreis der als herrschaftlich oder königsherrschaftlich erkannten Grafschaften wesentlich erweitert. Doch noch ein anderes geschlossenes großes Gebiet mit Königsgrafschaften im herrschaftlichen Sinn fügt sich ihm an. Es ist das unter den Ottonen erworbene oder gesicherte Kolonialland an der Elbe. Dies Land ist in „Burgwarde“ eingeteilt, und zwar nehmen B. Knüll und S. Rietschel auf Grund ihrer eingehenden Untersuchungen⁵¹ eine vollständige Aufteilung dieses ganzen Landes in Burgwarde an, und uns scheint nichts gegen, sondern alles für eine solche Annahme zu sprechen. (Von der uns hier

ex eodem comitatu hactenus iuri regio legaliter attinentibus et a nostro iure et dominio in eius ius perpetuum dominiumque transfundimus..

51. Bodo Knüll, Historische Geographie Deutschlands im Mittelalter. Breslau 1903 S. 78 ff. Ders., Die Burgwarde. Holzminden 1895. Siegfried Rietschel, Das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit. Leipzig 1905. S. 215 ff. Ich halte die Hauptergebnisse Rietschels nicht für richtig, aber seine Einzeluntersuchungen enthalten ein großes Material und ergeben gute Einzelresultate.

nicht beschäftigenden Frage nach der Stellung des immunen Kirchengutes innerhalb dieser Burgwarde sei hier abgesehen.) Schon die stets wiederkehrende Bestimmung von Örtlichkeiten durch Angabe des Burgwards, zu dem sie gehört, spricht für eine solche allgemeine Verbreitung der Burgwardeinteilung. Bei den einzelnen Burgwarden wird dann weiter in der Regel die zugehörige Grafschaft angegeben.⁵² Daraus läßt sich erschließen, daß man jeweils mehrere Burgwarde zu einer „Grafschaft“ zusammenfaßte, wie dies auch Rietschel andeutet,⁵³ besonders da wir später ähnliche Zusammenziehungen zu größeren Burggrafschaften in demselben Gebiet vorfinden. Von diesen Burgwarden aber, von denen also immer mehrere eine Grafschaft ausmachen, geben uns die Urkunden ein ziemlich deutliches Bild. Zunächst geschieht ihre Schenkung von den Königen an die Kirchen in denselben Formen, in denen sonst im Reich Grafschaften (d. h. Bannbezirke) an Kirchen vergeben werden, wie wir aus vielen Königsurkunden wissen. Formeln wie „in proprium concedimus et de nostro iure ac dominio in eius ius et dominium omnino transmittimus ea videlicet ratione ut . . . archiepiscopus . . . de iam dicto burgwardio suisque utilitatibus potestatem habeant . . . quicquid eis placuerit faciendi . . .“⁵⁴ sind häufig bei den einen wie bei den anderen Schenkungen. Von herrschaftlichen Rechten innerhalb des Bezirkes ist oft die Rede,⁵⁵ besonders wird die Steuer, die alle Einwohner dieser Burgwarde zu zahlen haben, häufig genannt und bisweilen ausführlich angegeben.⁵⁶ Diese Steuer läßt auf herrschaftlichen Charakter der Burgwarde schließen. Dazu kommt, daß Deutsche und Slawen diese Abgaben an den König zahlen, als den Herren der Burgwarde.⁵⁷ Da wir aber wissen,

52. Dipl. II. Otto III. 106/517 v. 992. — 180/590 v. 995. — 246/663 v. 997. — 247/664 v. 997. — 344/774 v. 1000. — 346/775 v. 1000.

53. a. a. O. S. 253.

54. Dipl. III. Heinr. II. 237/274 v. 1011: Heinrich schenkt dem Erzbischof von Magdeburg den Burgward Dretzel. Ähnlich: Dipl. II. Otto III. 180/590 v. 995. — 246/663 v. 997. — Dipl. II. Otto II. 184/208 v. 983.

55. Dipl. II. Otto II. 184/208 v. 983: de exitibus et redditibus aquis aquarumque decursibus, molendinis, . . . vel omnibus utilitatibus . . .

56. Dipl. I. Otto I. 222b/306 v. 961. Dipl. II. Otto II. 184/208 v. 983 u. a.

57. Dipl. I. Otto I. 222b/306 v. 961.

daß die Steuerzahlung der Slawen unter dem Königsbann erfolgte,⁵⁸ können wir erschließen, daß diese Burgwarde des Elb- und Saalegebiets der Königsbann beherrscht und daß sie als königliche Herrschaftsbezirke anzusehen sind, d. h. als Bannterritorien, die mit den Freigrafschaften des Altgebietes des Reichs nahe verwandt sind. Sie gruppieren sich alle um eine Burg, die sich manchesmal zur Stadt auswächst. Der Umfang der Burgwarde läßt sich ungefähr aus der bisweilen gegebenen Aufzählung der zugehörigen Siedlungen erschließen.⁵⁹ Knüll nimmt für das Elb-Saale-Gebiet und für das Erzgebirge einen Umfang von etwa 30 Siedlungen an, während die zwischen Elbe und Oder gelegenen etwa 300 Burgwarde nur 12 bis 15 Dörfer umfaßt haben sollen.⁶⁰ Der Herr der Burgwarde ist überall zunächst der König, der häufig von seinem Eigentumsrecht redet. Durch Schenkungen gehen sie dann oft an Kirchen über. Ihre Verwaltung wird (mehrere zusammenfassend) Grafen oder Burggrafen übertragen, die wie alle Herren der Zeit die Tendenz haben, ihre eigene Herrschaft an Stelle der im Namen des Königs ausgeübten zu setzen. Die Grafschaften können also, da bei einer vollständigen Einteilung des Landes in Burgwarde keine anderen Zugehörigen ihnen verbleiben, als die Leute der Burgwarde, keine echten Grafschaften des allgemeinen Volksrechts, sondern nur Bezirke königlichen Herrschaftsrechts über deutsche und slawische Königsuntertanen (im engeren Sinn) sein. Das läßt sich heute schon mit aller Bestimmtheit sagen, wenn auch die Einzelheiten dieser Burgwardverfassung und ihrer Geschichte noch der Untersuchung bedarf.

Dies ist darum um so wichtiger, weil die Burgwarde das eigene Werk der Ottonenkönige sind. Hier waren sie an keinerlei vorhandene Einrichtungen gebunden, und konnten nach eigenem Ermessen aufbauen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man häufig wohl landschaftliche Zusammengehörigkeiten, die schon in slawischer Zeit bestanden, übernahm. Hät-

58. Const. I. Konr. II. 44/89 v. 1036 cap. 6.

59. z. B. Dipl. II. Otto III. 359/788 v. 1000.

60. Bodo Knüll, *Histor. Geograph.* S. 78 ff.; ders., *Die Burgwarde*. Holzminden 1895.

ten die Ottonen wirklich gerade in diesen Jahren ein geschlossenes Grafschaftssystem volksrechtlichen Charakters in ihrem ganzen Reich eingeführt, oder ein noch in Resten bestehendes solches System neu belebt und ausgebaut, so hätten sie es doch sicherlich dort, wo sie neu schaffen konnten, zuerst und am reinsten durchgeführt. Gerade hier aber im Neuland finden wir ein System von königsherrschaftlichen Grafschaften systematisch durchgeführt. Zwar übernahm man den alten angesehenen Grafentitel auch hier, wo er nicht zu Hause war, so wie man ihn in Sachsen eingeführt hatte. Aber dieses Grafenamt birgt in dem ottonischen Neuland einen anderen Inhalt, als das Grafenamt der karolingischen Zeit ihn aufwies, es ist die Erscheinungsform eines Bezirkes königlichen Herrschaftsrechtes geworden. Der Schluß liegt nahe, daß wir hier das vor uns sehen, was die Ottonen überhaupt unter einer „Grafschaft“ verstanden oder verstanden wissen wollten. Wie wir aus den Neugründungen Karls des Großen ähnliche Schlüsse ziehen konnten, so mit um so größerem Recht hier, da wir hier nicht einzelnen Grafschaftsgruppen sondern einem ganzen Grafschafts- und Burgwardsystem gegenüberstehen. Wenn man von einer Grafschaftsverfassung der Ottonen reden will, kann man es nur auf dieser Grundlage, also im Hinblick auf Burgwarde und Grafschaften königsherrschaftlichen Charakters.

Die Bedeutsamkeit dieser Feststellung wächst noch dadurch, daß auch in Livland und Kurland eine der Burgwardverfassung entsprechende Einteilung des Landes in „Burgsuchungen“ bestand, wie die eingehenden Untersuchungen von Helene Dopkewitsch gezeigt haben.⁶¹ Auch hier sind es kleinere Gebiete, die sich um eine Burg zusammenschließen in gemeinsamer Abhängigkeit von einem Herren, dem sie gemeinsam zu Steuer und Gerichtsfolge verpflichtet sind, in eben derselben Weise wie die Bewohner der Burgwarde des Elbegebietes. Der Charakter dieser Abhängigkeit als Gefolgschaftspflicht des Muntrechtes läßt sich hier besonders deutlich erweisen durch den Vergleich mit genau entsprechenden und mit demselben Wort bezeichneten

61. Helene Dopkewitsch, Die Burgsuchungen in Kurland und Livland vom 13. bis 16. Jhd. = Mitteilungen a. d. Livl. Gesch. 25, 1. 1933.

Einrichtungen der Angelsachsen, Dänen, Norweger und Isländer,⁶² die die Verfasserin überall auf die Wikingen zurückführen möchte. Einerlei nun, ob dieser letzte Schluß richtig ist oder nicht, eine Einrichtung des germanischen Muntgedankens stellen diese Burgsuchungen des Baltenlandes zweifellos dar, und zwar muß sie über die Grenzen von einzelnen Völkern hinaus ihre Geltung bewahrt haben. Eine Ableitung der Burgwarde des deutschen Kolonialgebietes aus slavischen Institutionen schließt sich damit von selbst aus. Zugleich fügt sich der Ring zusammen, der Burgsuchungen, Burgwarde, deutsche Bannbezirke, fränkische Zenten und Freigrafschaften, die sich ja oft an Burgen anlehnen, mit den entsprechenden Einrichtungen der Angelsachsen, Dänen, Norweger und Isländer als verwandte Institute desselben germanischen Muntrechtes zusammenfaßt. Alle „Grafschaften“ genannten Bezirke innerhalb dieses Ringes sind damit als Bannbezirke königlichen Muntrechtes charakterisiert. Aber noch bleibt die Frage offen, ob außerhalb dieses Ringes andere Grafschaften stehen, die keinen herrschaftlichen oder königsherrschaftlichen Charakter zeigen.

Auch andere Tatsachen warnen vor einem Schluß aus der Bezeichnung „Graf“ und „Grafschaft“ auf ein volksrechtliches Grafenamt. Bei den Kirchenvogteien kommt es häufig vor, daß „Grafen“, die wir in den Urkunden in richterlicher Tätigkeit vorfinden, bei näherem Zusehen sich als Kirchenvögte bestimmen lassen.⁶³ Sie nennen sich Grafen und nicht Vögte, weil der Grafentitel eine höhere soziale Wertung gab. Vielleicht besaßen sie an einem anderen Ort Grafenrechte, vielleicht waren sie aber auch nur Angehörige einer Grafenfamilie und damit der sozialen Grafenschicht. Von Dungen hat die Bedeutung der Zugehörigkeit zu den Grafengeschlechtern als weithin maßgebend für den Grafentitel aufgezeigt. Ebenso beobachtet Weller, daß Bezirke, auch wenn sie vom König erworben worden, also Reichsgut oder königliche Herrschaftsbezirke geworden sind,

62. Skandinavisch sokn = Gerichtsfolge, Angelsächsisch soc = Gefolgschaftspflicht. Norwegisch: Thingsokn.

63. Vgl. Waas, Vogtei und Bede II. S. 98 ff. — Ducange II. 451, zahlreiche Belege von 1069 an.

noch als Grafschaft bezeichnet werden.⁶⁴ Jedenfalls zeigen aber auch diese Fälle, daß nicht jeder in den Urkunden als Graf bezeichnete Richter auch als Inhaber eines volksrechtlichen Grafenamtes betrachtet werden kann.

Um Mißverständnisse auszuschließen, sei hier betont, daß sich diese Königsbanngrafschaften sehr wohl als Amtsgrafschaften bezeichnen lassen, doch niemals als volksrechtliche Amtsgrafschaften. Hier liegt die entscheidende Trennungslinie. Denn man kann, wenn man den Begriff weit genug von unserem Amtsbegriff abscheidet, auch die Vertretung des Königs in der Ausübung von Herrschaftsrechten ein Amt nennen, nur ist es dann ein *privates* Amt und kein volksrechtliches Reichsamt. Da wir aber bei der Bezeichnung Amt und Beamter an ein solches zunächst zu denken gewohnt sind, und auch das Grafenamt des fränkischen Reiches diesen volksrechtlichen Charakter hatte, tut man gut, diese Bezeichnung bei dem frühmittelalterlichen Grafen zu vermeiden. Das schließt nicht aus, daß man auch damals eine Erinnerung an den alten Amtscharakter noch hatte. Vielleicht war das mit ein Grund dafür, daß man so zäh an der alten Bezeichnung festhielt, und sie auch dort einführte, wo sie nicht herkömmlich war, wie beispielsweise im deutschen Osten. Doch selbst wenn eine solche historische Reminiszenz mitsprach, ist maßgebend für die Beurteilung der Grafenstellung nicht der alte Name und dessen ererbter Glanz sondern die faktische Rechtslage des Augenblicks, die über das Verhältnis des Grafen zu den Grafschaftsleuten und damit für das dieser zum König entscheidend war. Und das war die deutsche Schutz- und Muntherrschaft.

Wir fanden bisher in den Urkunden Grafschaften, die auf königlichen Bann- und Herrschaftsrechten ruhten. Doch diese bilden nicht allein den Kreis der herrschaftlichen Grafschaften. Rechtsbezirke adliger Herren treten neben solche des Königs. Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit zu beobachten, daß seitens des Adels stets die Tendenz bestand, königliche Herrschaftsrechte, die ihm zur Ausübung übertragen waren, in

64. Weller, Freie Bauern in Schwaben S. 191.

Herrschaftsbezirke eigenen Rechtes zu verwandeln. Das ließen bereits die uns erhaltenen Berichte über die Grafschaften der spanischen Siedler, ebenso aber auch die Kapitularien erkennen. Wo dies gelingt, stehen wir sogenannten allodialen Grafschaften gegenüber. Doch ist das nicht die einzige Quelle dieses Grafschaftstyps. Die Urkunden reden von ihnen verhältnismäßig selten, da wir aus dem Frühmittelalter fast nur Königsurkunden oder Urkunden kirchlicher Provenienz besitzen. So ist es nicht leicht, sich ein Bild von diesen allodialen Grafschaften zu machen. Das Buch von Otto von Dugern,⁶⁵ hat unsere Kenntnis dieser Verhältnisse und der Gesamtlage der frühmittelalterlichen Aristokratie wesentlich vertieft und erweitert. Wir wissen, daß die Besitzungen der „Dynasten“ (wie von Dugern sagt) eigene, von den Amtsgrafschaften gesonderte Herrschaftsbezirke bildeten, über die der dynastische Herr Grafengerichtsrechte ausübte, und zwar nicht kraft königlicher Verleihung, sondern kraft eigenen angestammten Rechtes. Es sind das die Herren, die nach dem Zeugnis des Schwabenspiegels „sprechen, daß das Gericht ihr eigen sei“.⁶⁶ Und zwar sind es die Familien der geschlossenen Blutsgemeinschaft dieses Adels, die kraft ihrer Machtstellung das Vorrecht haben, in ihren Herrschaftsgebieten Grafenrechte auszuüben. Ob der einzelne in den Urkunden einmal den Grafentitel führt oder nicht, ist belanglos. Denn als Mitglied seiner Klasse kann er Grafenrechte ausüben, wenn seine Stellung im Erbgang der Familie oder im Sippenkreise ihm diese Aufgabe zuweist. Wir sehen in vielen Einzelfragen noch nicht klar. Wir wissen z. B. nicht, wie weit der Besitz einer solchen gräflichen Herrenfamilie geschlossen und zusammengefaßt blieb, wenn mehrere erwachsene Glieder der Familie vorhanden waren, oder ob dann vollständige oder teilweise Teilung in mehrere Grafenherrschaften eintrat. Auch bleibt unklar, wie weit sich diese Grafenherrschaften den Machtbereichen Größerer, also etwa der Herzöge, einfügten. Eine Antwort auf solche Fragen wird überhaupt generell nicht zu finden sein. Jedenfalls aber waren diese größeren oder kleineren

65. Vgl. oben Anm. 13 S. 1 ff. und 17 ff.

66. Schwabenspiegel (Ausg. Gengler) LXXXV. S. 78.

Herrschaftsbezirke der Dynasten mit Grafenrechten ausgestattet, die ihren anderen Herrschaftsrechten zugerechnet wurden. Es bestand also eine Gruppe von Herrengrafen, die Otto von Dungen von Amtsgrafen des Volksrechtes deutlich unterscheidet. Aber auch den Grafen königlicher Herrschaftsbezirke gegenüber nehmen sie eine Sonderstellung ein. Diese Gruppe von Herren-Grafen muß groß gewesen sein, wenn Otto von Dungen mit seinem Ergebnis recht hat, daß „der Besitz der Dynasten noch im 12. Jahrhundert außerordentlich ausgedehnt, mindestens ebenso umfangreich wie die Besitzungen der Kirchen“⁶⁷ gewesen sein müsse. Mir ist es fraglich, ob diese Schätzung richtig ist, doch das bleibe dahingestellt. Ebenso wird später zu erörtern sein, wie diese Grafen-Herrenstellung im Ganzen des öffentlichen Lebens zu beurteilen ist. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß auch in karolingischer Zeit eine Immunität des Besitzes der Königsvasallen bestand, und zwar auf der doppelten Grundlage römischen wie germanischen Rechtes,⁶⁸ und daß, worauf v. Dungen mit vollem Recht hinweist, die einfache Machtfrage die faktische Gestaltung dieser Verhältnisse in den einzelnen Gebieten bestimmte. Wir finden solche Grafenherrschaften, sobald nur die Urkunden zahlreicher werden, überall in Deutschland, und zwar in solcher Zahl, daß sich ein Nachweis erübrigt. Bisher sah man in ihnen meist Zersetzungsprodukte der alten volkrechtlichen Amtsgrafschaften, die von dem fränkischen Reich her übernommen im Reich der Ottonen und Salier weiterbestanden haben sollten. Nach v. Dungen's Untersuchungen besteht aber die Möglichkeit oder gar die Wahrscheinlichkeit, daß diese Grafenherrschaften des Spätmittelalters auch im Frühmittelalter schon Herrschaften eigenen gräflichen Rechtes gewesen sind. In jedem einzelnen Fall ist also die Frage ihres Ursprungs aus einer frühmittelalterlichen Grafenherrschaft, aus einer Königsbanngrafschaft oder aus einem volkrechtlichen Grafenamt (wenn ein solches damals überhaupt noch bestand) zu untersuchen.

67. a. a. O. S. 12.

68. Vgl. Adolf Waas, *Vogtei und Bede* I. S. 109 ff. Alfons Dopsch, *Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit* II. S. 127 ff.

Diese Ergebnisse bestätigen sich durch zahlreiche zu ähnlichen Resultaten führende Untersuchungen. Neben älteren Forschern⁶⁹ sind hier Hans Hirsch,⁷⁰ Herm. Aubin,⁷¹ E. Mayer,⁷² A. Dopsch,⁷³ H. Glitsch⁷⁴ und H. v. Voltolini⁷⁵ zu nennen. Trotz aller Undurchsichtigkeit der Quellen gerade in diesem Punkte können wir doch auf Grund dieser Untersuchungen uns auf den Nachweis einer allodialen Grafengerichtsbarkeit stützen und, wenn auch mit aller Vorsicht, darauf aufbauen. Bei unserer Betrachtung der Rechtsverhältnisse des Mittelrheingebietes werden wir noch Gelegenheit haben, die Frage der allodialen Grafenschaften an der Hand von Einzelbeispielen nachzuprüfen.

Auch unsere Untersuchungen über den Königsbann wiesen bereits auf solche allodiale Grafschaftsbezirke hin. Denn wenn, wie wir sahen, der Königsbann der Karolinger außerhalb der speziellen königlichen Herrschaftssphäre (Reichsgut u. a.) dort eingreift, wo der Einzelne schutzlos außerhalb der Schutz- und Gerichtsrechte anderer steht, oder dort wo diese versagen, so setzt das Existenz und Anerkennung von Herrschaftsbezirken der Großen mit einer gewissen Gerichtsbarkeit voraus, da ihr Ersatz und ihre Ergänzung durch Muntrechte des Königs den verwandten muntrechtlichen Charakter dieser Herrschaftsbezirke der „Großen“ erweist. Zu ihrer herrschaftlichen Gerichtsbarkeit tritt aber in vielen Fällen noch die gräfliche Gerichtsbarkeit, da man, wie schon betont, nur Grundherren zu Grafen machte. Die Grafschaften haben zwar in der Karolingerzeit noch den Charakter von den Großen übertragenen Ämtern gewahrt, vor allem durch das dauernde Eingreifen des Königsboten, aber die Tendenz auch über die Grenzen der eigenen

69. Vgl. z. B. Georg Waitz, *Verfassungsgeschichte* VII, 14 bes. Anm. 3.

70. H. Hirsch, *Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter*; ders., *M. I. ö. G.* 35 (1914) S. 67 ff.

71. Herm. Aubin, *Historische Studien* (Ebering) 143 (1920) S. 39 ff.

72. E. Mayer, *Zs. d. Sav.stftg. f. R. G.* germ. Abt. 46 (1926) S. 447 ff., 457 ff.

73. Alfons Dopsch, *Die Wirtschaftsentwicklung d. Karolingerzeit* II. 91 und 131.

74. H. Glitsch, *D. alem. Zentenar u. s. Gericht.* = *Ber. ü. d. Verh. d. kgl. sächs. Ges. d. Wiss. z. Leipzig. Phil.-hist. Klasse.* 69, 2. 1917. S. 137 ff.

75. H. v. Voltolini = *Vierteljahrschr. f. Soz.- u. Wirtsch.gesch.* 19 (1926) S. 226.

Herrschaft hinaus die Grafschaftsrechte in herrschaftliche Rechte zu verwandeln, ließ sich immer wieder beobachten. Bei einer Schwächung der Königsgewalt ließ sich die ihnen auferlegte dünner werdende Schicht amts- und volksrechtlichen Charakters leicht abstreifen, so daß dann der Typus einer allodialen Grafschaft in Verschmelzung mit dem eigenen Herrschaftsrecht des Grafen deutlich in Erscheinung treten konnte.

Von diesem faktischen Vorhandensein der allodialen Grafschaften ist die Frage ihrer Anerkennung durch das allgemeine Rechtsbewußtsein deutlich zu unterscheiden, das heißt aber im Frühmittelalter die Anerkennung durch die Idee des geltenden und in seiner Geltung geheiligten Rechts. Es wäre ja möglich, daß eine solche Einrichtung gestützt auf reale Macht sich behauptete, obwohl sie von dem allgemeinen Rechtsbewußtsein der Zeit als Mißbrauch der Macht angesehen und damit verurteilt wurde. Augenscheinlich liegt hier dieser Fall vor, wenigstens im Hochmittelalter. Das läßt sich aus dem Schwabenspiegel erschließen. Denn dort lesen wir: Ir sult wizzen, daz man elliu diu gerihte, die werltlich sind, von einem romischen kunige muz enphahen. Da von mac niemand gesprechen, daz dehein gerihte sin eigen si. Swer des giht, der spricht wider reht.⁷⁶ Hier ist die Ablehnung jeder allodialen Grafschaft deutlich ausgesprochen. Ebenso deutlich verrät aber auch die Stelle, daß diese Anschauung des Spieglers damals nicht allgemein geltende Meinung war. Gewichtige Stimmen müssen ihr widersprochen haben, auf die hier hingewiesen wird. Schon das lehrhafte: Ir sult wizzen . . . deutet darauf hin. Ähnlich klingt ein Absatz des Sachsenspiegels: Den kuning kuset men zu richtere uber eigen unde lehen unde uber iewelchin mannis liph. Der keiser ne mach aber in allen landen nicht sin, unde al ungerichte nicht richten zu aller zit; da umme liet her den vorsten grave-schaph unde den greven schultichdum.⁷⁷ Beide Stellen zeigen in gleicher Weise den von beiden Spiegleren vertretenen theoretischen Grundsatz: Alle hochrichterliche Gewalt geht vom König aus. Sie zeigen in ihrer Polemik oder Erläuterung aber auch

76. Schwabenspiegel (Ausg. Gengler) LXXXV. S. 78.

77. Sachsenspiegel III. 52. 2.

die diesem Satz entgegenstehenden Widerstände des praktischen Lebens, und zwar zweifacher Art: Im Schwabenspiegel ist es die Existenz allodialer Grafschaften eigenen Rechtes,⁷⁸ im Sachsenspiegel ist es die Tatsache, daß Fürsten über Grafschaften verfügen und Grafen über Schultheißen, was der von den Spiegler vertretenen „reichsrechtlichen Theorie der Blutgerichtsbarkeit“, wie sie A. Gasser nennt, zu widersprechen scheint. Diese entgegenstehenden Tatsachen suchen beide Bücher aus dem Weg zu räumen. Eike sucht die zweite Tatsache dadurch zu erklären, daß der König nicht überall sein könne, und darum nicht alle Grafen selbst einsetzen könne. Darum habe er das Verfügungsrecht über die Grafschaften den Fürsten verliehen. Nur so wird der Satz Eikes verständlich. Das Gleiche gilt von dem Schultheißengericht, über das er rings um sich Grafen frei verfügen sieht. Man hält also an dem Satz der Herleitung des Hochgerichtes vom König grundsätzlich fest, sucht aber durch eine solche Erklärung die Brücke zu schlagen zu dem Bilde des in der Praxis herrschenden freien Verfügungsrechtes von Fürsten über Grafschaften. Der Schwabenspiegel sucht das ihm entgegenstehende Bild der allodialen Grafschaften, das er nicht wegleugnen kann, nicht zu erklären sondern zu bekämpfen. Auch der Deutschenspiegel kennt den Grundsatz, daß die erste Hand alles Gerichtes der König ist.⁷⁹

Man könnte auch daran denken, den Hagenauer Königsgerichtsspruch von 1274 in diesem Sinne zu deuten,⁸⁰ doch wohl mit Unrecht, da er sich, wie oben schon ausgeführt, mit aller Wahrscheinlichkeit nur auf den engeren Kreis königlicher Herrschaftsrechte bezieht.

Diese drei Spieglerstellen können aber keineswegs eine allgemeine Bannleihe für jedes Hochgericht beweisen. — Davon war schon an anderer Stelle die Rede. — Ebenso beweisen sie aber auch nicht, daß faktisch jedes Blutgericht in einer anderen Form vom König direkt empfangen werden mußte, oder gar, daß zur Zeit der Spiegler jedes vom König unmittelbar empfan-

78. Vgl. auch Adolf Gasser a. a. O. S. 138.

79. Deutschenspiegel 106/102/3.

80. M. G. Const. III. 27/28 von 1274. Vgl. oben S. 65 ff.

gen worden sei. Das schließt die Sachsenspiegelstelle geradezu aus, da sie ja die allgemein übliche Verleihung von Gerichten durch Fürsten und Grafen trotz des entgegenstehenden allgemeinen Grundsatzes zugibt und zu erklären sucht. Die Schwabenspiegelstelle enthält zwar die Forderung, zeigt aber doch, daß man sie in der Praxis nicht durchführte. Aber der Grundsatz des Ursprungs aller Blutgerichtsbarkeit im königlichen Recht muß doch zum mindesten im 13. Jahrhundert weithin — wenn auch nicht allgemein — gegolten haben. Jedoch haben wir kein Recht, dasselbe auch für frühere Jahrhunderte anzunehmen. Im Frühmittelalter haben wir keinerlei Belege für eine solche Auffassung. Auch H. Hirsch und A. Gasser nehmen ein Aufkommen dieser „reichsrechtlichen Theorie“ erst im 12./13. Jahrhundert an. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Gedanke, der dem Karolingerreich vertraut war, mit dem Schwinden der Karolingermacht verblaßte, um erst durch die Politik der Salier und Staufer, vielleicht, wie Hans Hirsch vermutet, im Zusammenhang mit der Landfriedensbewegung wieder aufzuleben, und zu einem Machtmittel in der Hand des Königtums zu werden, als es in hartem Ringen Macht und Existenz verteidigen mußte. Vom 10.—12. Jahrhundert wissen wir aber von einer solchen Theorie und einem Widerspruch gegen die Berechtigung allodialer oder herzoglicher Grafschaften nichts.

Den Königsmuntgrafschaften reiht sich also — wenn auch zeitweise nicht anerkannt — die Gruppe der Allodialgrafschaften des Adels an. Beide haben herrschaftlichen Charakter und beide zusammen umfassen große Teile der Grafschaften, von denen unsere Quellen berichten. Setzen wir außerdem in Rechnung, daß gar manche „Grafschaften“ genannten Bezirke Kirchenvogteien unter einem gräflichen Vogte sind, so ist die Frage nicht von der Hand zu weisen, ob überhaupt noch Raum für Reichsgrafschaften ohne herrschaftlichen Charakter bleibt, ob nicht alle Grafschaften ihren volksrechtlichen Amtscharakter, soweit sie je einen solchen besaßen, schon vor der Ottonenzeit verloren hatten.

Eine allgemeingültige Antwort auf diese Frage ließe sich am besten geben auf der Grundlage allgemeinverbindlicher Entscheidungen etwa durch die Rechtsbücher oder Reichsgerichts-

sentenzen. Leider besitzen wir aber keine solchen, die uns eindeutig auf unsere Frage antworten. Der Sachsenspiegel und der Schwabenspiegel reden zwar von der Notwendigkeit der Bannleihe, aber nur innerhalb der Königsherrschaftsgerichte. Sie kennen auch die reichsrechtliche Theorie aller Blutgerichtsbarkeit, ohne daß dieser Grundsatz allgemeine Anerkennung gefunden hätte. Aber auch dieser Satz sagt, selbst wenn er allgemein anerkannt gewesen wäre, nichts über den Rechtscharakter dieser vom König herzuleitenden Gerichte aus. Denn im Königtum fließen Volksrecht und Königsherrschaftsrecht zusammen. Es könnte, wie man bisher annahm, Volksrecht für alle maßgebend sein. Aber es wäre auch sehr wohl denkbar, daß man alle Hochgerichtsbarkeit der Grafen und Vögte (außer der der Allodialgrafen) aus königlichem Herrschaftsrechte, und zwar aus königlichem Munt- und Schutzrechte ableitete, wenn es volkrechtliche Amtsgrafschaften nicht mehr gab. Dann war eine einheitliche Charakterisierung aller Hochgerichte mit Ausnahme der Allodialgrafengerichte in der Königsmunt gegeben. Und daß man Allodialgrafschaften beiseite ließ, ist verständlich, da man diese, wie der Schwabenspiegel zeigt, ja gerade durch solche theoretischen Sätze bekämpfen wollte. Der Grundsatz der Spiegler von dem königsrechtlichen Charakter aller Hochgerichte kann also mindestens ebensogut für eine Herleitung aller Gerichte aus königlichem Munt- und Herrschaftsrecht sprechen, wie man ihn bisher lange als Zeugnis für eine Ableitung aus königlichem Amtsrecht und Volksrecht gedeutet hat. Auch der Satz des Schwabenspiegels, daß alle Gerichte vom König empfangen werden müssen, macht dann keinerlei Schwierigkeiten, wenn man ihn nur nicht im Sinne einer unmittelbaren Belehnung verstehen will. Selbst der Hagenauer Hofgerichtsspruch von 1274 könnte so gedeutet und eingereiht werden, wenn nicht alle Wahrscheinlichkeit für seine Deutung in einem engeren Sinne spräche.

Diese Sätze der Spiegler können also zunächst weder für die volkrechtliche noch für die herrschaftliche Deutung der Gerichte als Beweis herangezogen werden. Zwei Gründe können jedoch — von allen weiteren auf anderer Grundlage ruhenden Beweisen abgesehen — für die herrschaftliche Auffassung

sprechen: Einmal die Tatsache, daß nur auf diese Weise eine wirklich einheitliche Zusammenfassung der Hochgerichte, so wie sie in diesen Spieglerstellen vorliegt, möglich ist. Denn nur dann gab es den Gegensatz von Volksrecht und Herrschaftsrecht nicht mehr, der einer Zusammenfassung im vollsten Sinne entgegensteht. Herrschaftsgerichte (Vogteien) bestanden jedenfalls. Nur bei einem Fortfall der volkrechtlichen Hochgerichte war Einheitlichkeit gegeben. Zweitens aber spricht die weitgehende Verwendung des Königsbannes zur Übertragung der Hochgerichte ebenfalls für eine herrschaftliche Deutung. Wenn keine volkrechtlichen Grafschaften mehr bestanden, ist es sehr wohl möglich, daß der Königsbann zur Übertragung aller Grafschaften außer den Allodialgrafschaften angewendet wurde, eben weil alle Hochgerichte außer den Allodialgrafschaften auf königlichem Herrschaftsrecht begründet sind.

An dieser Stelle scheint sich die hier dargelegte Auffassung vom Aufbau des frühmittelalterlichen Staates so sehr dem alt-hergebrachten Bilde zu nähern, daß kaum ein Unterschied noch zu bleiben scheint: Alle Grafschaften, außer den Allodialgrafschaften, vom König hergeleitet, alle in beschränktem Maße als Vertretung des Königs, also als eine Art Amt zu betrachten, alle mit dem Königsbann ausgestattet — wo bleibt da der Gegensatz? Doch diese Übereinstimmung ist nur scheinbar. Denn es ist wesentlich, auf welchem Recht des Königs seine Gerichtsherrschaft ruht, ob die Grafschaft ein öffentliches, volkrechtliches Amt oder eine privatherrschaftliche Vertretung des Königs darstellt, und ob der Königsbann Kennzeichen eines allgemeinen Volksrechts oder königlichen Herrschaftsrechtes ist. Gewiß die äußeren Erscheinungsformen sind die gleichen, aber Sinn und Geist dieser Formen und damit das Wesen des deutschen Königtums ist ein anderes, je nachdem ob man diese Formen volkrechtlich oder herrschaftsrechtlich deutet. Das gerade erschwert die Beweisführung in dieser Frage so sehr, daß es nicht um die sichtbaren Formen geht, sondern um die Erkenntnis ihres Sinnes und der Rechtsgedanken, die sie tragen.

So führt also der Versuch vonseiten allgemeiner Bestimmungen und Rechtssätze aus, das Vorhandensein von volkrechtlichen Amtsgrafschaften zu erweisen, nicht zum Ziel sondern im

Gegenteil zu wichtigen und deutlichen Hinweisen auf die ausschließliche Existenz von königlichen Herrschaftsgrafschaften und Allodialgrafschaften, die beide herrschaftliches Gepräge tragen.

So bleibt uns nur der zweite Weg, uns überall im deutschen Frühmittelalter nach volksrechtlichen Grafschaften umzusehen. Die Landgrafschaften und Landvogteien des Spätmittelalters müssen dabei in den Hintergrund treten oder für unsere Untersuchung ausscheiden. Denn Adolf Gasser hat fußend auf den Arbeiten von H. Hirsch und H. Glitsch nachgewiesen, daß diese großräumigen, spätmittelalterlichen Landgrafschaften mit den alten karolingischen Grafschaften nichts gemein haben als den Namen (und auch diesen oft nicht, da man im Spätmittelalter mit Vorliebe in diesen Fällen von Landgrafschaften oder Landvogteien spricht). Gasser zeigt weiter, daß der Hauptstrom der Entwicklung von den Gaugrafschaften und mehr noch von den Zentenargerichten über Vogteirechte und Immunitäten zu den Gerichtsherrschaften und von da zur Landeshoheit der Territorialstaaten führt. Hierin hat G. augenscheinlich recht. Doch die Geschichte der frühmittelalterlichen Grafschaften, vor allem die Auflösung der karolingischen Grafschaftsverfassung liegt für Gasser außerhalb der eigentlichen Grenzen seines Themas. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß er sich von dem Überkommenen nicht frei machen kann, und viele Einzelheiten nur Vermutung bleiben. Aber was für ihn wesentlich war: Die Andersartigkeit und Zusammenhangslosigkeit von karolingischen und spätmittelalterlichen großräumigen Grafschaften darzutun, ist ihm zum mindesten für das Gebiet der Schweiz voll gelungen. Umgekehrt liegt für uns die spätmittelalterliche Grafschaft nur an den Grenzen unserer Untersuchung, so daß wir es uns versagen müssen, auf Einzelheiten der Gasserschen Arbeit einzugehen. Doch das Hauptergebnis, die scharfe Scheidung von karolingischer und spätmittelalterlicher Grafschaft, ist für uns von der größten Bedeutung, da es unsere Ergebnisse bestätigt.

In Ergänzung der Gasser'schen Arbeit ist darauf aufmerksam zu machen, daß Landgrafschaften und Landvogteien (soweit diese nicht nur Kirchengvgteien sind) miteinander sachlich und

genetisch in engstem Zusammenhang stehen, so daß es nur auf den verschiedenen lokalen Sprachgebrauch ankam, ob man den einen oder den anderen Ausdruck vorzog. Das unterscheidet die Landgrafschaften von volksrechtlichen Grafschaften, und unterstreicht andererseits in der Erklärung der Landgrafschaften nachdrücklich die herrschaftliche Komponente, die Gasser auch sieht, aber zu wenig beachtet. Gasser leitet diese Landgrafschaften nämlich im Anschluß an Hans Hirsch im wesentlichen aus der bereits mehrfach besprochenen reichsrechtlichen Theorie der Blutgerichtsbarkeit ab in der Weise, daß er nachzuweisen sucht, daß man Grafen und Landgrafen in großen Bezirken mit der Ausübung der Blutgerichtsbarkeit auf Grund dieser Theorie und der Landfrieden beauftragt habe. Doch bleiben, wie Gasser feststellt, diese neuen Gebilde meist kraftlos und ohne wesentliche Bedeutung für die entstehenden Territorialstaaten, wenn nicht die zweite von Gasser auch gesehene aber unterschätzte Komponente: die Zusammenfassung von älteren königlichen Herrschaftsrechten in den Landgrafschaften und Landvogteien, hinzutritt. Es ist einleuchtend, daß die von der Theorie geforderte königliche Blutgerichtsbarkeit dort ohne weiteres Wirklichkeit war, wo der König schon Herrschaft und Gericht besaß, also in allen königlichen Grafschaften, Bannbezirken und Kirchenvogteien. Dort bedeutete die neue reichsrechtliche Theorie nur ein Festhalten und Erneuern der alten Königsrechte. Dem entspricht es, wenn wir beobachten konnten,⁸¹ daß man im 12./13. Jahrhundert meist die Gerichtsrechte unter den Rechten des Königsbanns hervorhob und besonders nachdrücklich betonte. Auch in der Schweiz stellen alte königliche Herrschaftsbezirke, wie aus Gassers Darlegungen ersichtlich ist, oft große und besonders wesentliche Bestandteile der großen Landgrafschaften dar, sie bilden daneben aber auch die kleineren Grafschaften oft in engem Anschluß an Freigerichte und Regalien, und es ist sehr bezeichnend, daß diese den Gerichtsherrschaften nahestehenden herrschaftlichen kleineren Grafschaften eine bedeutend stärkere Kraft beweisen, als die großen Bezirke, in denen nach Gassers Ansicht die Forderung

81. S. o. S. 56 ff., 61 ff.

der Blutgerichtsbarkeit allein auf der reichsrechtlichen Theorie nur ein kraftloses Gebilde entstehen läßt. Oft teilen sich die alten königlichen Herrschaftsrechte zwischen Landgraf und Gerichtsherr als Ober- und Untervogt in der Weise, daß dem Landgrafen nur die Blutgerichtsbarkeit, dem Gerichtsherrn aber alle anderen obrigkeitlichen Rechte zustehen. Auch in diesem Fall ist die Landgrafschaft, die nur das Blutgericht innehat, nicht, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, aus der reichsrechtlichen Theorie sondern aus (zwischen Ober- und Untervogt geteilten) königlichen Herrschaftsrechten abzuleiten. Und es ist mir wahrscheinlich, daß der größte Teil der Schweizer Landgrafschaften, die nur über Blutgericht verfügen, in dieser Weise zu erklären sind. Diese Deutung erscheint mir einfacher zu sein und der allgemeinen Entwicklung mehr zu entsprechen als die Hirsch-Gasser'sche Erklärung. Doch diese Frage hat für uns hier nur peripheren Charakter und bedarf nochmaliger Untersuchung. Jedenfalls aber ist die Erneuerung und Befestigung alter königlicher Herrschaftsrechte als ein wesentlicher Faktor der Landgrafschaften und Landvogteien zu betrachten. So gesehen stellen sie die unmittelbaren Fortsetzungen der frühmittelalterlichen Königsgrafschaften und Königsvogteien dar, und sind bereiteter Ausdruck der staufischen und nachstaufischen Reichsgut- und Königsherrschaftspolitik. Sie hält Altes fest, erwirbt Verlorenes wieder und organisiert beides. Daneben sucht man damals wahrscheinlich im Anschluß an die reichsrechtliche Theorie der Blutgerichtsbarkeit und die Landfriedensbestrebungen die königliche Blutgerichtsbarkeit über die Grenzen alter Königsherrschaft auszudehnen. Doch das ist nicht von entscheidender Wirkung. Die Landgrafschaften der Schweiz, aus denen Gasser seine Schlüsse zog, stehen ja nicht allein, ihnen treten die Landgrafschaften Thüringens, Schwabens und des Elsaßes zur Seite und die Landvogteien der Wetterau und anderer Striche, und überall dort wissen wir von dem Vorhandensein von Königsgut und königlichen Herrschaftsrechten als Grundlage der Landvogteien. Unter diesen Gesichtspunkten muß die Entstehung der Landgrafschaften und Landvogteien in allen Teilen Deutschlands nochmals betrachtet werden. Doch das führte uns zu weit in das Hoch- und Spätmittelalter hinein.

Wesentlich ist aber für uns, daß die Landgrafschaften des Spätmittelalters keine Fortsetzung der karolingischen Grafschaften darstellen, daß also nicht von hier aus auf einen ununterbrochenen Weiterbestand auch im Frühmittelalter geschlossen werden kann. Und ebenso ist für uns das zweite Ergebnis von Bedeutung, daß diese Landgrafschaften neben Versuchen, auf der reichsrechtlichen Theorie eine allgemeine königliche Blutgerichtsbarkeit aufzubauen, Rekuperationen, Zusammenfassungen und Befestigungen königlicher Herrschaftsrechte ihre Entstehung verdanken. Der Nachweis frühmittelalterlicher, volksrechtlicher Grafschaften ist also aus Rückschlüssen aus diesen spätmittelalterlichen Landgrafschaften oder Grafschaften, selbst dort wo sie in ihrem räumlichen Geltungsbereich mit karolingischen Grafschaften übereinstimmen, nicht zu gewinnen.

So stehen wir denn erneut vor der Notwendigkeit, speziell im Frühmittelalter nach rein volksrechtlichen, von Herrschaftsrechten unabhängigen Grafschaften zu suchen. Freilich kann dieser Weg nicht zu einem endgültigen, das Gegenteil völlig ausschließenden Urteil führen. Denn wenn sich heute keine solchen Grafschaften finden lassen, könnte morgen der Nachweis auf Grund irgendwelchen neuen urkundlichen Materials gelingen. Aber auch wenn sich einzelne volksrechtliche Grafschaften im Frühmittelalter finden ließen, könnten diese als Ausnahmen für das Ganze nicht von wesentlicher Bedeutung sein. Ein weitgehender Wahrscheinlichkeitsbeweis ist jedenfalls zu führen, besonders da zahlreiche allgemein gültige Gründe für die herrschaftliche Deutung der frühmittelalterlichen Grafschaften und gegen das Weiterbestehen oder die Wiederbelebung der karolingischen Grafschaften sprechen.

Vor allem ist dies die Erblichkeit der Grafschaften und ihr Gebundensein an einen Herrensitz, meist an eine Burg. Sobald uns die Quellen genug Nachrichten vermitteln, um überhaupt Familienzusammenhänge erkennen zu können, finden wir im Frühmittelalter erbliche Grafschaften vor, und zwar nicht als Ausnahmen, sondern als die Regel. Georg Waitz hat zahlreiche Belege dafür zusammengestellt, geordnet nach den Einzelbeobachtungen, die auf Erblichkeit schließen lassen, wie z. B. die Weitergabe von Grafschaften vom Vater an den Sohn oder

Frauen und Knaben als Inhaber von Grafschaften.⁸² Daß in der Karolingerzeit⁸³ die Erblichkeit bereits vom Könige anerkannt wurde vor allem durch die Verfügungen des Reichstags von Quiercy von 877, wurde bereits oben festgestellt. Für das deutsche Frühmittelalter fehlen uns solche allgemeinen königlichen Bestimmungen, weil die Erblichkeit selbstverständlich war. Die ersten Fälle, in denen sie vom deutschen König ausdrücklich anerkannt und festgelegt wird, stammen erst aus dem 11. und 12. Jahrhundert.⁸⁴ Aber die wenigsten Verfassungszustände und Einrichtungen des Frühmittelalters sind in gesetzlichen oder ähnlichen Dokumenten festgelegt. Sie müssen in ihrer Gültigkeit in der Praxis erkannt werden. So auch die Erblichkeit der Grafschaften. Überall wo uns die Urkunden gestatten deutlicher zu sehen, finden wir sie. Wir verweisen dafür auf die Untersuchungen von Dugerns,⁸⁵ Aubins,⁸⁶ R. Werneburgs⁸⁷ und H. Sproembergs,⁸⁸ die die Erblichkeit in der Mitte des 10. Jahrhunderts sicher nachweisen oder zu Ende des 9. Jahrhunderts aus den dürftigen Angaben der Quellen erschließen, und ebenso auf die Arbeiten von A. Bauer und Karl Draudt,⁸⁹ die sie schon bis zur zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts zurück und von da ohne Unterbrechung nachzuweisen vermögen. Augenscheinlich setzt sich also die Linie zunehmender Erblichkeit ohne Richtungsänderung von der Karolingerzeit über die große Krise von

82. Waitz, *Verf. Gesch.* VII. S. 9 ff.

83. Waitz a. a. O. S. 210.

84. M. G. Const. I. 441/649 von 1071. *Infeodatio comitatus Hanoniae*. Bode, U. B. d. Stadt Goslar I. 241/274 v. 1158. Die Grafschaft wird in dieser Urkunde im Erbgang an den Besitz der Burg Einbeck gebunden. M. G. Const. I. 297/422 v. 1184. In einer Reichsgerichtssentenz wird mit dem gemeinsamen Besitz einer Grafschaft durch mehrere Grafen als häufig vorkommender Tatsache gerechnet. M. G. SS. XVII. 374. Hermann v. Nieder-Altaich ... filiis suis ... reliquit comitatum

85. Otto von Dugern, *Adelsherrschaft* S. 4.

86. Hermann Aubin, *Landeshoheit* S. 31 ff. (= *Histor. Studien*, hrsg. Ebering, 143. 1920.)

87. R. Werneburg, *Gau, Grafschaft und Herrschaft in Sachsen* S. 62 ff.

88. Heinr. Sproemberg, *Die Entstehung der Grafschaft Flandern*. 1935.

89. A. Bauer, *Gau und Grafschaft in Schwaben* S. 78 ff. (= *Darstellungen a. d. Württemb. Gesch.* 17, 1927.)

etwa 900 bis ins Frühmittelalter hinein fort. Als Beispiele einzelner solcher Grafengeschlechter seien etwa die Konradiner im Lahngau genannt, bei denen die Erbllichkeit zurück bis 833 sicher nachweisbar, bis 779 aber wahrscheinlich ist,⁹⁰ oder die Hattonen im Königssundergau, deren nachweisbar Ältester 756 gestorben ist,⁹¹ oder die Ardennischen Grafen, die Grafen von Flandern, die Rheingrafen, die Grafen von Nüring, die Grafen von Ahr und andere,⁹² deren Stammreihen sich bis in den Anfang des 10. Jahrhunderts verfolgen lassen. Auch die bereits im 10. Jahrhundert zu beobachtenden Häufungen von mehreren Grafschaften bis zu der erstaunlichen Zahl von 17 in einer Hand⁹³ sprechen deutlich für erbliche Herrschaft und gegen das intakte Fortbestehen der karolingischen Grafschaftsverfassung im 10. Jahrhundert. Diese Entwicklung erreicht ihre Höhe, wenn in Urkunden Grafschaften wie beliebige Herrschaftsrechte behandelt und verhandelt werden (z. B. 1016)⁹⁴ oder wenn *ius cometrie vel advocatie vel proprietatis* ohne Unterschied nebeneinander gestellt wird.⁹⁵ Du Cange kennt eine ganze Reihe von Belegen für rein privatwirtschaftliche Verwendungen des Begriffs Grafschaft,⁹⁶ die beredt für den herrschaftlichen Charakter der Grafschaft, also für mehr als für ihre Erbllichkeit Zeugnis ablegen. Aber auch diese ist für uns schon wichtig genug; denn wenn eine erblich gewordene Grafschaft theoretisch auch ein rein volksrechtliches Institut sein könnte, so macht doch faktisch eine durchgeführte oder auch nur die Regel gewordene Erbllichkeit das Weiterbestehen eines Grafenamtes als volles königliches Amt unmöglich, weil die Erbllichkeit dem König die Verfügung über das Amt und seinen Inhaber fast völlig entzog.

90. Karl Spielmann, Geschichte von Nassau. 1909—1926. I. 96.

91. Ebd. S. 97.

92. Vgl. den Nachweis: Beyer, Mittelrhein. U. B. II. LIII ff. LV. LXIV. In Königsurkunden wird im Jahr 997 Vater und Sohn als Inhaber einer Grafschaft genannt. Dipl. II. Otto III. 253/669 von 997.

93. Vgl. Waitz, Verf.gesch. VII. S. 32.

94. Dipl. III. Heinr. II. 348b/443 (von 1016).

95. U. B. der Stadt Goslar I. 301/321 v. ca. 1174—1195. Ähnlich: Remling 221/218 v. 1239 *salvo nobis iure comicie* ...

96. Du Cange, Glossarium II. *comitatus* S. 465 ff. Nr. 4. *comitia* S. 466/7. Vgl. dazu Waitz, Verf.gesch. VII. S. 18. „.... so bezeichnet Grafschaft jeden unter einem Grafen stehenden Bezirk oder Komplex von Land.“

Die Bindung der Grafschaften an eine Burg verrät noch deutlicher ihren Charakter. Denn sie bezeugt nicht nur Erbllichkeit, da die Burg als Familienbesitz sich forterbte, sondern sie weist auch auf den herrschaftlichen Charakter der Grafschaft hin, denn wir kennen aus dem späteren Mittelalter unzählige solche in den Schutz einer Burg sich schmiegende, von der Burg beherrschte Herrschaftsgebiete. Hier schuf, von allem anderen abgesehen, schon die Macht des Burgherrn eine herrschaftliche Sphäre. Nun finden sich solche Bindungen an Burgen natürlich erst von dem Augenblick an, in dem feste Burgen in größerer Zahl gebaut werden; Bindungen an den noch weniger gut befestigten Herrensitz, können aber auch weiter zurückreichen. Schon bei den alten innerdeutschen ottonischen Burgengründungen, bei der Muntburg an der Ocker,⁹⁷ finden wir 1013 die Zuordnung der Grafschaft zur Burg, ebenso in der Gründungsgeschichte des Klosters Muri bei dem Grafen Kanzlin von Altenburg,⁹⁸ und solche Verbindungen werden von da an sehr häufig.⁹⁹ Das legt den Schluß auf herrschaftlichen und nicht amtsmäßigen Charakter dieser Grafschaften sehr nahe, vor allem da wir wissen, daß in den ostdeutschen Grenzgebieten derselbe Schluß auf herrschaftlichen Charakter der einer Burg angegliederten Bezirke (Burgwarde, Burgsuchungen und Burggrafschaften) vollkommen berechtigt ist.¹⁰⁰ Als besonders klare Verbindungen von Burg und Grafschaft seien genannt die Urkunden Konrads II. und Friedrichs I., die eine Grafschaft am Harz dem jeweilig erbberechtigten Besitzer der Burg Einbeck zuerkennen,¹⁰¹ und ein Bericht aus Namur über einen Streit um den Hattuariergau,¹⁰² in dem jeder der beiden Prätendenten eine

97. Hildesh. U. B. I. 54/44 v. 1013 u. 60/52 ff. v. (nach 1013) ... de comitatu, quod pendet ad castellum Mundburg.... Vgl. dazu: Carl Schuchhardt, Die Burg im Wandel der Weltgeschichte. (1931) S. 210.

98. Kiem. Acta Murensia S. 16.

99. J. Friedrichs, Burg und territoriale Grafschaft 39 ff. G. Waitz, Verfgesch. VII. S. 21. H. Glitsch, Zentenar S. 122 ff. M. G. SS. XX. S. 14 v. ca. 1050. Sauer, Cod. dipl. Nass. I. 153 v. 1105 ... comitie de Arnstein ...

100. Siehe oben S. 176 ff.

101. Bode, U. B. d. Stadt Goslar I. 241/274 v. 1158.

102. M. G. SS. IV. S. 270 von ca. 1022.

Burg ad optinendam praefecturam (d. i. Grafschaft) erbaut oder besetzt, bis die beherrschende Lage der einen Burg den Streit entscheidet. Eine größere Liste solcher verkoppelten Burgen und Grafschaften aus dem Mittelrheingebiet gibt Friedrichs in seiner Schrift über Burg und territoriale Grafschaft.¹⁰³ Sie zeigt diese Verbindung als allgemein geltende Regel. An dieser Stelle deutet sich bereits die überragende Bedeutung der lokalen Machtverhältnisse gegenüber verfassungsmäßigen Satzungen im Frühmittelalter an. Das Leben in den engsten Kreisen hat damals die stärkste Kraft. Wer hier die entscheidende Macht hat, ist die gewichtigste Frage, hinter der alle allgemeinen Sätze und Theorien zurücktreten müssen. Nur so war die Entstehung und der Ausbau der herrschaftlichen Grafschaften der Aristokratie überhaupt denkbar.

Erblichkeit und Gebundenheit an Burgen sind aber nicht die einzigen Gründe, die für den herrschaftlichen Charakter der frühmittelalterlichen Grafschaften sprechen. Auch die enge Verbindung, in der Immunitäten und Grafschaften im ganzen Mittelalter stehen, wäre auffallend, wenn Grafschaften auf allgemeinem Volksrecht, Immunitäten aber auf Königsmuntrecht aufgebaut wären. Oft hören wir in den Urkunden von Grafen und Grafschaften, die sich bei näherem Zusehen als Immunitäten zu erkennen geben. Und so wenig scharf sind die Grenzen gezogen, daß lange Untersuchungen notwendig gewesen sind, um das Verhältnis beider zueinander zu klären. Die Immunitätsurkunden rechnen immer wieder mit der Grafschaft als der der Immunität nahestehenden Institution. Übergriffe der Grafen liegen augenscheinlich nahe und sollen verhindert werden. Gerade weil man diese Zusammengehörigkeit von Immunität und Grafschaft erkannte, konnte man sich solange nicht entschließen, die Immunitäten als Königsbannbezirke zu betrachten, weil dann die brüderliche Zugehörigkeit zur Grafschaft, wenn sie volkrechtliche Grafschaft war, zerrissen worden wäre. Das Verhältnis von Immunität und Grafschaft wird darum erst verständlich, wenn nicht nur die Immunität, sondern auch die Grafschaft

103. a. a. O. S. 39 ff. Die Liste nennt 32 solche Grafschaften. Vgl. auch R. Werneburg, Gau, Grafschaft und Herrschaft S. 54 ff.

des Frühmittelalters Königsbanngebiet (oder Allodialgrafschaft) ist. Von den Immunitäten wissen wir das seit geraumer Zeit schon. Sind es auch die Grafschaften, so treten Kirchenvogteien und Grafschaften (soweit es sich um Königsgrafschaften handelt) dann zusammen als Bezirke des Königsschutzes und des Königsbannes.

Von hier aus fällt ein neues Licht auf das Verhältnis von Grafschaft und Immunitätsgebiet in der Praxis. Denn nun ist nicht mehr die Frage nach dem Ausscheiden des Immunitätsgebietes aus der Grafschaft zu stellen, sondern nach der Konkurrenz sich berührender Gerichts- und Herrschaftsrechte. Am deutlichsten wird das, wo die Differenzen dem Nebeneinander von zwei königlichen Schutz- und Banngebieten entspringen, wo also ein Immunitätsbezirk und eine königliche Grafschaft aneinander grenzen. Dafür bieten die Wormser Streitigkeiten unter Heinrich II. ein gutes Beispiel.¹⁰⁴ Denn hier wissen wir, daß die benachbarten Grafschaften, deren Rechte abgegrenzt werden, königliche Bannbezirke sind. Gleichartig ist der rechtliche Aufbau auch bei der Nachbarschaft von Kirchenvogtei und allodialer Grafschaft, nur daß hier Königsmunt und Adelsmunt zusammenstoßen, Muntrechte waren es aber jedenfalls. Der Fall trat häufig ein, wenn etwa die Vogtei über entfernt gelegenes Kirchengut in die Hand eines benachbarten Allodialgrafen kam, wie das stets von diesen erstrebt wurde. Hermann Aubin und Hans Hirsch haben mit Recht darauf hingewiesen, daß über die Regelung solcher Streitigkeiten — wie über die ganze Wirklichkeit der Gerichts- und Herrschaftsverhältnisse der einzelnen Orte — nicht generelle verfassungsrechtliche Regelungen allein, sondern mindestens ebenso sehr reale Machtverhältnisse an Ort und Stelle entschieden. Doch wäre es verfehlt, die reale Macht dabei als allein maßgebend anzusehen. Ihr entgegen stand die Kraft der allgemeinen Rechtsgrundsätze, und zwar um so nachdrücklicher, je stärker der König war, der diese Rechtssätze schützen sollte.

Dem Ineinandergreifen von Immunität und Grafschaft entspricht auch die Zusammenfassung von beidem, die wir im

104. s. o. S. 105.

Sachsenspiegel und Schwabenspiegel beobachten konnten. Beides spricht für eine innere Verwandtschaft von beidem in Munt- und Herrschaftsrechten.

Eine andere Erwägung führt uns in dieser Richtung weiter: Wir konnten eine große Reihe von „Grafschaft“ genannten Königsbanngebieten neben adelsherrschaftlichen Grafschaften nachweisen. Bestünden nun daneben volksrechtliche Amtsgrafschaften, und zwar nicht nur als einzelne verbliebene, antiquierte Ausnahmen (was denkbar wäre), sondern als allgemeine Erscheinung des öffentlichen Lebens, so stünden in derselben Zeit zwei wesensmäßig verschiedene Typen von Grafschaften nebeneinander, ja in Konkurrenz miteinander, ohne daß in den Urkunden, Konstitutionen und erzählenden Quellen aber auch nur der mindeste Versuch gemacht würde beides zu unterscheiden. Denn *comitatus* und *cometia* sind nicht scharf voneinander abgegrenzt, sondern nur zeitliche und lokale Abwandlungen desselben Wortes, und auch die spät vorkommende Bezeichnung *frye grafschaft* kann diese Rolle nicht übernehmen. Es ist aber undenkbar, daß zwei Grafschaftstypen in einer Zeit mit unentwickelten rechtlichen Differenzierungen nebeneinander bestanden haben und sich getrennt voneinander gehalten haben sollten, und nun gar ohne deutliche Spuren davon in unserer Überlieferung zu hinterlassen, obwohl diese Gegensätzlichkeit an die Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens gerührt haben müßte.¹⁰⁵ Da nun ein Nebeneinanderbestehen zweier Grafschaftsarten im deutschen Mittelalter darum nicht vorstellbar ist, wir aber königsherrschaftliche und herrschaftliche Grafschaften allenthalben nachweisen konnten, und keine Gegenbeispiele für volksrechtliche Grafschaften vorliegen, kann der Schluß nur lauten, daß die Grafschaft des deutschen Frühmittelalters königsherrschaftliches oder herrschaftliches Gepräge trägt.

105. Das Eindringen des herrschaftlichen Charakters in die Grafschaften des fränkischen Reichs ist kein Gegenbeweis. Denn hier handelt es sich einmal um gesondert auf neuem Boden liegende Gebiete (wie Sachsen und die Pyrenäengrenze) und außerdem um ein langsames Eindringen des neuen Elements in die Gesamtheit der bestehenden Grafschaften entsprechend dem Eindringen und Sichdurchsetzen neuer Volkselemente.

Als Drittes sei auf die oben bereits aufgezeigte fehlende Übereinstimmung zwischen einem „Verfall der karolingischen Grafschaftsverfassung“ in der Zeit der Ottonen und Salier und der Gesamtentwicklungslinie des deutschen Königtums verwiesen. Eine von beiden Linien muß falsch gezeichnet sein.

Doch noch andere Gedankengänge sprechen gegen eine volksrechtliche Auffassung der Grafschaften. Sie galten und gelten als Gaugrafschaften. Daher hat man aus der im 10. Jahrhundert in den Königsurkunden stets festgehaltenen Gewohnheit, einen Ort nach Gau und Grafschaft zu benennen,¹⁰⁶ auf den ungebrochenen Fortbestand der angenommenen Gaugrafschaften geschlossen. Doch scheint uns diese Tatsache bei näherer Betrachtung eher für das Gegenteil zu sprechen. Denn man hätte in den mit jedem Wort sparenden, sachlichen Angaben der Urkunden nicht beide Angaben nebeneinander machen müssen, wenn die Grafschaft nur ein Teil (etwa die Hälfte oder ein Drittel) des Gaues oder gar mit ihm identisch war. Das Nebeneinandernennen von beidem ist nur verständlich, wenn damit verschiedenartige sich ergänzende Angaben gemacht wurden, wenn etwa Landschaft und Herrschaftsbezirk zusammen die Lage des Ortes bestimmen sollten. Doch wir wissen über diese Wahrscheinlichkeit hinaus, daß Gau (pagus) rechtlich farblos war, und nur den Landstrich bezeichnete wie heute noch „Gäu“ im Schwäbischen und Schweizerischen.¹⁰⁷ So allein erklärt es sich, daß man beides als geographischen und rechtlichen Begriff nebeneinander angab, ebenso aber auch daß die Größe der Gaue so sehr verschieden ist, und Gau den großen Ardennergau, Eifelgau und Rheingau ebensowohl bezeichnen kann wie die kleinen wenige Siedlungen umfassenden Bezirke, die wir an der Weser kennen gelernt haben, und daß die Grenzen dieser Gaue seltsam fließend sind von Jahrzehnt zu Jahr-

106. Alle Königsurkunden von den ältesten Konrads I. an enthalten zahlreiche Beispiele, meist formelhaft verwendet: in pago ... in comitatu (oder comitia) ...

107. H. Glitsch, Zentenar S. 51/52. Brunner, Rechtsgesch. I. 157 f. A. Bauer, Graf und Grafschaft i. Schwaben. S. 85.

zehnt, und von den Grafschaftsgrenzen sich scheiden,¹⁰⁸ und alles das schon im 10. Jahrhundert, wo doch die Gaugrafschaftsverfassung der allgemeinen Meinung nach noch intakt gewesen sein soll. So wird es aber auch verständlich, warum schon in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts Grafschaften sich über mehrere Gaue erstreckten, und Gaue mehrere Grafschaften umfassen konnten.¹⁰⁹ Auch die wiederholt vorkommende Bezeichnung einer Grafschaft als „in einem bestimmten Gau gelegen“¹¹⁰ ist mit dem Begriff einer Gaugrafschaft nicht vereinbar, wohl aber mit dem eines landschaftlichen Bezirkes. Daher scheint uns von dem Begriff des Gaues aus nichts für, aber alles gegen ein System von Gaugrafschaften¹¹¹ und gar manches auch gegen das intakte Bestehen eines geschlossenen Grafschaftssystems überhaupt zu sprechen. Man hat lokalgeschichtlich die Existenz von Gaugrafschaften meist vorausgesetzt, wo man den Gauenamen fand, und darauf seine Schlüsse aufgebaut. Konnte man einen „Graf“ genannten Herren in einem Gau nachweisen, womöglich noch in richterlicher Tätigkeit, so schloß man ohne

108. Otto Curs, Deutschlands Gaue S. 27 zitiert: Jakobs, Géographie de Grégoire de Tours: „Nichts übertrifft die Unregelmäßigkeit und Unbestimmtheit, mit welcher das Wort pagus zwischen dem 5. u. 9. Jhd. angewendet wird.“ Curs setzt dazu: Dasselbe gilt von dem 10. Jhd. (Das Werk v. Jakobs nicht eingesehen). — Fr. Thudichum, Gau- und Markverfassung in Deutschland. 1860. S. 4 u. 6. Als Beispiel kann die Grafschaft Walderfinga = Wallerfangen a. d. Saar dienen, die im 10. Jahrhundert bald als Teil (Beyer sagt Untergau) des Saargaues, des Maingaues oder des Rizzigaues aufgeführt wird. (Beyer, Mittelrhein. U. B. II, XVIII ff.) Ähnlich verhält es sich mit dem Auelgau, der bald mit dem Maifeldgau zusammengefaßt, bald in sich geteilt wird (Spielmann, Nassau S. 118). Entsprechende Beispiele lassen sich aus allen Teilen Deutschlands aufführen.

109. z. B. Dipl. I. Heinr. I. 34/68 und 35/69 v. 932 comitatus Meginwardi in drei Gauen (schon 932!), oder Dipl. I. Konr. I. 13/13 und 19/18 v. 912 u. 914(I). Otto Curs, „Deutschlands Gaugrafschaften“ gibt für das eine (mehrere Gaue unter einem Grafen) 18 Fälle, für das andere (Gau in Grafschaften aufgeteilt) 14 Fälle, alle aus dem 10. Jhd. Vgl. auch A. Bauer, Graf und Grafschaft S. 96/97 u. 106/107 mit zahlreichen Beispielen. Siehe auch oben Anm. 93.

110. Dipl. III. Heinr. II. 509/651 (von ca. 1024). Dipl. IV. Konr. II. 23/26 v. 1025. S. auch oben Anm. 27.

111. Für Sachsen vgl. Rud. Werneburg: Gau, Grafschaft u. Herrschaft in Sachsen. Diss. 1910.

weiteres, daß dieser Gaugraf sein müsse,¹¹² ja man sah dann darin die Theorie der Gaugrafschaften neu bestätigt. Traf man dann, als die Urkunden mehr erkennen ließen, diese Grafen als Herren einer Burg und einer um diese gruppierten, nach ihr sich benennenden Grafenherrschaft,¹¹³ so sprach man von dem Zerfall der alten Gaugrafschaft, obgleich nichts, aber auch gar nichts die Annahme einer so bedeutsamen Veränderung rechtfertigen konnte. Denn warum sollten die schon früher in der gleichen Weise in derselben Landschaft genannten Ahnen des Geschlechts nicht ebenso wie diese Grafen Herren gewesen sein? Es ist jedenfalls methodisch falsch eine solche große Veränderung anzunehmen, wenn das Quellenmaterial keinen Anlaß dazu gibt. Diese Schlußfolgerung ist aber nicht nur für eine, sondern für eine große Zahl von Untersuchungen charakteristisch.

In vielen Fällen läßt sich auch, was auf den ersten Blick eine Amts- oder Gaugrafschaft zu sein schien, bei näherem Zusehen deutlich als eine Freigrafschaft, also als königlicher Bannbezirk erkennen, obwohl der Bezirk als Gau bezeichnet wurde. Als Beispiel können die meisten der sächsischen Grafschaften und der oben in stattlicher Reihe genannten Schenkungen von Grafschaften an geistliche Stifter dienen, aus dem mittelhheinischen Gebiet z. B. die Grafschaft des Einrichgaues,¹¹⁴ der Rheingau,¹¹⁵ der Gau Königssundern,¹¹⁶ die Grafschaft der Konradiner im Lahngau¹¹⁷ und viele andere. An allen diesen Stellen ver-

112. Belege dafür anzuführen, erscheint unnötig, weil diese Erscheinung sich stets wiederholt. Siehe z. B. die Zusammenstellungen in der Einleitung des 2. Bandes von Beyer, *Mittelrhein*. U. B.

113. z. B. im Engersgau die Grafen von Hammerstein 1019 und die Grafen von Wied (1100), im Niedgau die Grafen von Nüring (1042), im Aargau die Grafen von Aar (1064 u. 1074), im Auelgau ist besonders bezeichnend, daß 1061 die Grafschaft bei der Übertragung der Burg an den Erzbischof von Köln mit übertragen wird. Belege stellt Beyer II. Einleitung zusammen.

114. Siehe oben Anm. 24.

115. Siehe oben Anm. 25 u. 26.

116. Karl Rübel, *Franken* S. 431.

117. Ebd. S. 207. Von diesen mittelhheinischen Gebieten wird unten ausführlicher die Rede sein. Dort sind auch die Urkundenbelege zu finden.

schwindet die als so sicher angesehene Grundlage für das Vorhandensein nicht nur von Gaugrafschaften, sondern auch von Amtsgrafschaften bei näherer Untersuchung der rechtlichen Lage der „Grafschaft“.

Das soll nun keineswegs heißen, daß nicht die uralten landschaftlichen Zusammengehörigkeiten der Gaue sich auch als Bezirke des öffentlichen Lebens das ganze Mittelalter hindurch gehalten hätten. Wir treffen, wie Aubin z. B. betont hat,¹¹⁸ oft Herrschaftsbezirke im späten Mittelalter, die die alten Gaugrenzen benutzen, aber das besagt nicht, daß diese Herrschaftsbezirke rechtlich mit einer alten Gaugrafschaft in Zusammenhang stünden. Der geographische stets beziehungsreiche Landschaftsbezirk war die gegebene Grundlage auch für eine allodiale Grafschaft, eine Kirchenvogtei oder einen königlichen Bannbezirk. Stets zeigt sich die Tendenz, innerhalb solcher Grenzen die Rechte zu vereinheitlichen. Beispiele dafür finden sich in den Schenkungen von geschlossenen Grafschaften an Kirchen, wie z. B. des Einrich an Trier, das einem alten Gau in landschaftlichem Sinne entspricht. Ebenso wissen wir von dem Fortbestand der uralten Gerichtsstätten wie Malstatt oder Kaichen in der Wetterau. Aber auch hier gilt, daß das Alter des Gerichtsortes nichts über die rechtliche Grundlage der Gerichtsbarkeit aussagt.

Doch beweist das Fehlen der Gaugrafschaft noch nicht das Fehlen einer volksrechtlichen Reichsgrafschaft in Deutschland. Wenn man bisher auch beides meist vermischt hat, und auf volksrechtliche Grafschaften im Bezirk des Gaues schloß, wo man Grafschaft und Gau in Verbindung miteinander fand, so bleibt doch die Möglichkeit einer volksrechtlichen Grafschaft auch ohne Beziehung zu dem rein landschaftlichen Gaubegriff bestehen. Nur dem herrschenden Grafschaftsbild, nicht aber jeder volksrechtlichen Grafschaft wird durch unser Ergebnis seine Stütze entzogen. Immerhin wird die Vorstellung einer Grafschaftsorganisation, d. h. eines Netzes von Grafschaften über ganz Deutschland hin, schwer erschüttert, wenn die Grenz-

118. Herm. Aubin, *Landeshoheit* (Histor. Studien, Hrsg. Ebering, 143, 1920), S. 34/35 u. a. a. Stellen.

ziehung, die man dafür gefunden zu haben glaubte, sich als irrig erweist.

Wenn also weder von allgemeinen Rechtssätzen aus noch von der Gauorganisation her das Vorhandensein von volksrechtlichen Reichsgrafschaften zu erweisen ist, und zahlreiche Gründe gegen ihre Existenz sprechen, bleibt uns nur noch die Frage nach dem Vorhandensein von eindeutigen Quellenzeugnissen für solche Grafschaften im deutschen Frühmittelalter.

Erschwert wird ein solcher Nachweis dadurch, daß die Urkunden nicht nach volksrechtlichem oder herrschaftlichem Charakter der Grafschaften fragen, daß man keine solche Unterscheidung der Grafschaften kannte. Aus diesem Fehlen der Unterscheidung lassen sich, wie wir gesehen haben, Schlüsse ziehen, aber ein urkundlicher Nachweis des vorliegenden Grafschaftstyps kann darum nur aus dem Tatbestand, nicht aber aus den Formulierungen der Urkunden erbracht werden.

Auch die Verknüpfung der Grafschaften mit dem Lehenwesen erschwert die klare Einsicht in die rechtlichen Verhältnisse. Denn es ist z. B. bei der dürftigen Berichterstattung über Prozesse meist nicht zu ersehen, ob die Absetzung eines Grafen wegen Verletzung seiner Lehenpflichten oder seiner gräflichen Amtspflichten oder wegen eines allgemeinen strafrechtlichen Delikts erfolgte, ob eine auf einem solchen Delikt beruhende Vermögenseinziehung einschließlich aller Herrschaftsrechte vorliegt oder eine Amtsentsetzung auf Grund eines Disziplinarverfahrens, oder eine Lehenentziehung wegen eines lehnsrechtlichen Vergehens. Aber selbst wenn wir Amtsentziehung und Disziplinarverfahren (um moderne, dem Mittelalter in dieser Form fremde Begriffe zur sachlichen Klärung zu verwenden) nachweisen könnten, so könnte das immer noch ein Verfahren gegen einen „Privatbeamten“ königlichen Herrschaftsrechts wie gegen einen volksrechtlichen Reichsbeamten sein. Aus diesem Grunde ist auch von den Prozessen gegen „Grafen“ aus keine eindeutige Antwort auf unsere Frage zu bekommen.

Doch wenden wir uns den Urkunden selbst zu. Die Altmann-Bernheim'sche Urkundensammlung führt, bemüht um ein Beispiel dafür, unter der Überschrift „Gräfliches Gericht“ zwei Urkunden an, die aber beide nicht aus dem Gericht eines Grafen

stammen oder davon reden. Die erste spricht von dem Gericht des comes Reciarum,¹¹⁹ den wir bereits als Verwalter einer königlichen Banngrafschaft kennen. Die zweite bezeugt im Jahre 968 das Gericht eines „Grafen“ Gottfried in Zürich.¹²⁰ Wir wissen aber, daß Zürich und sein Gebiet eine Reichsvogtei bildete, und daß der Vertreter des königlichen Schutzherren, der Hochrichter des Gebietes, bald Vogt bald Graf genannt wird. Und wenn in den Zeugenreihen der Züricher Urkunden auch gelegentlich ein Vogt und ein Graf nebeneinander auftreten, so kann das nicht beweisen, daß der hier „Graf“ genannte Herr wirklich ein Grafenamt in Zürich innegehabt habe. Denn wir sind gewohnt, den Obervogt neben dem Untervogt stehen zu sehen oder einen Vogt neben dem eines anderen Kirchengutkomplexes, oder den Richter eines weltlichen Bannbezirkes neben dem eines kirchlichen, oder einen Kirchenvogt neben dem Grafen irgendeines benachbarten Gebietes. Jedenfalls aber ist in Zürich als unter Königsschutz stehendem Gebiet kein Raum für eine Amtsgrafschaft allgemeinen Volksrechts, wenigstens nicht in den hier in Frage stehenden Jahrhunderten des Frühmittelalters.¹²¹ Damit entfällt auch der Hinweis von H. Glitsch auf das Züricher Gericht als Beispiel eines Grafengerichts.¹²²

Auch die Urkunde Kaiser Heinrichs II. für Worms,¹²³ die die bischöfliche Familia vor unberechtigten Ansprüchen von Grafen schützt, kann nicht als Zeugnis für eine volksrechtliche

119. Altmann-Bernheim 91/200 v. 807 = Wartmann. U.B. d. Abtei St. Gallen I. S. 177.

120. Altmann-Bernheim 93/203 v. (968) = Züricher U.B. I. S. 102.

121. Von den Schweizer Freigrafschaften und Vogteien wird unten noch die Rede sein. Wir verweisen einstweilen auf Fr. v. Wyss, Zeitschr. f. schweiz. Recht XVII, 1 ff. und die Anmerkung des Züricher U.B. I. S. 102. Die Doppelbenennung als Graf und Vogt siehe Züricher U.B. I. 200/92 und 202/94 v. 949—954 (Liuto). Oft tritt neben dem Grafen als Obervogt ein Untervogt oder Teilvogt eines Gutes auf. Zür. U.B. I. 192/83 v. 929. Das ändert an dem Gesamtbild nichts.

122. H. Glitsch, Zentenar S. 97.

123. Dipl. III. Heinr. II. 319/399 von 1014. Die Bezeichnung comites nostri findet sich auch sonst bei königl. Bannbezirken: Dipl. I. H. I. 17/53 v. 927. — Dipl. III. H. II. 247/284 v. 1012. — Beyer, Mittelrhein U.B. I. 155/219 v. 910.

Grafschaftsgewalt dieser Grafen dienen, denn wir erfahren aus der Urkunde selbst, daß die Grafen, denen das Verbot gilt, die 60-Schillingsbuße, also den Königsbann handhaben, was ihnen in der Urkunde auch keineswegs untersagt wird. Denn dies königliche Gebot verbietet nur Übergriffe und mißbräuchliche Verwendung des Königsbannes. Doch lassen wir diesen Gedankengang besser bei Seite, um auch den Schein eines Zirkelschlusses zu vermeiden. Der königsherrschaftliche Charakter dieser „Grafen“ läßt sich auch ohne das schon daraus wahrscheinlich machen, daß sie der König *comites nostri* nennt. Auch wissen wir, daß die Worms benachbarten Gaue (Lobdengau, Wingarteiba u. a.) als königliche Bannbezirke dem Bistum geschenkt wurden.¹²⁴ Vor allem aber erfahren wir aus der Festsetzung der Rechte dieser „Grafen“, daß sie das echte Schöffengericht über die freien Leute (*homines liberi*) des Bischofs abhalten. Sie sind also Vögte, die die Bezeichnung Grafen führen, oder Freigrafen in dem Bischof geschenkten Bannbezirken. Die vorliegende Urkunde soll ihre Rechte von denen des Bischofs und seines Untervogts abscheiden. Ob diese „Grafen“ außer ihren Vogtrechten etwa noch die Grafschaft über einen anderen königlichen Bannbezirk oder eine allodiale Grafschaft besitzen und daher den Namen Grafen führen, ist nicht zu beweisen, aber auch unwesentlich. Jedenfalls ist die Urkunde nicht als Zeugnis für die Existenz volksrechtlicher Reichsgrafschaften zu verwenden, da alle hier erörterten und entschiedenen Fragen innerhalb der Grenzen königlicher Bannbezirke (sei es nun über kirchliches oder weltliches Gut) verbleiben. Es braucht nach dem Gesagten kaum betont zu werden, daß auch der 1012 genannte Graf Poppo des Worms benachbarten Lobdengau¹²⁵ trotz seiner Bezeichnung als *dicti pagi comes* nicht als volksrechtlicher Gaugraf, sondern als Graf einer königlichen Bannherrschaft zu betrachten ist.

Daß Übertragungen von Eigentum vor dem Grafen unter Königsbann nicht als Zeugnis für die Tätigkeit eines Amtsgrafen gewertet werden dürfen, wurde bei der Untersuchung des

124. Siehe oben Anm. 27.

125. Dipl. III. Heinr. II. 247/284 v. 1012.

Königsbannes bereits festgestellt. Aber auch aus der Reihe der Zeugnisse für solche Eigentumsübertragungen vor dem Grafen, bei denen der Königsbann nicht genannt wird, müssen die zahlreichen Zeugnisse aus Sachsen,¹²⁶ auf die z. B. Rosenstock hinweist,¹²⁷ außer Betracht gelassen werden. Denn da wir dort (von den Allodialgrafschaften, Markgrafschaften und den von ihnen abhängigen Grafschaften abgesehen) nur königliche Bannherrschaften gefunden haben, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß wir auch hier Freigrafschaften vor uns haben. Doch bleibt als Zeugnis eine schwäbische Herzogsurkunde von 1185,¹²⁸ in der es um die Frage geht, ob es freien Leuten gestattet sein soll, Güter ohne Zustimmung des Grafen, in dessen Grafschaft sie liegen, einer Kirche zu schenken. Der Graf von Heiligenberg verlangt hier also nicht nur etwa Auflassung des Gutes im Grafengericht, sondern die Einholung seines Konsenses. Das weist aber deutlich auf herrschaftliche Abhängigkeit der „Freien“ von dem „Grafen“ hin, einerlei, ob es sich hier um eine Allodialherrschaft oder eine Freigrafschaft handelt. Die volle Bestätigung dafür gibt eine Nachricht des Salemer Codex traditionum aus der Zeit von 1208, in der ebenfalls ein Graf von Heiligenberg eine Schenkung anfiicht mit der Begründung: *asserens se illius predii esse advocatum, nec sine ipso donationem fieri potuisse*.¹²⁹ Die in dieser Urkunde gegebene Begründung seines Anspruches auf Konsens mit seinem Vogteirecht macht es gewiß, daß auch für denselben Anspruch in der älteren Urkunde Muntherrschaftsrechte maßgebend sind.

Auch eine Urkunde Ottos I., die berichtet, daß im Schöffengericht unter Vorsitz des Grafen Emicho Güter enteignet und für den Fiskus eingezogen worden sind, stellt keinen Beweis für ein volksrechtliches Grafengericht dar.¹³⁰ Denn es ist an sich

126. z. B. Osnabrücker U. B. I. 159/140 v. 1068—88. Ebd. 171/146 v. 1074—88. — 170/145 v. 1074. Halberstädter U. B. II. 681/16 v. (1238). Cod. dipl. Anhalt II 201a/155 v. 1253.

127. Eugen Rosenstock, *Herzogsgewalt* S. 59.

128. Fürstenberger U. B. V. 112/71 v. 1185.

129. G. Götz, *Linzgau* S. 95/96. *Acta Salemitana*, Zs. f. d. Gesch. d. Oberrheins 31, 92 ff.

130. Dipl. I. Otto I. 226/310 v. 961.

nicht ersichtlich, welchen Grafschaftstyp wir in diesem Fall vor uns haben. Die Verwendung des Königsbannes spricht nach den Ergebnissen unserer früheren Abschnitte für eine königsherrschaftliche Deutung auch dieses Grafengerichts.

Man hat in der Frage der Stellung der Grafen zum König wiederholt auf den Bericht Wipos über den Aufstand Herzog Ernsts von Schwaben¹³¹ hingewiesen,¹³² wo zwei schwäbische Grafen dem Herzog auf seine Aufforderung zum Anschluß an seine aufständische Sache erwidern, dem König treu bleiben zu wollen. Wipo läßt dabei diese Grafen sagen: *nunc vero cum liberi simus et libertatis nostrae summum defensorem in terra regem et imperatorem nostrum habeamus, ubi illum deserimus, libertatem amittimus...* Diese Stelle spricht jedoch eher gegen als für ein volksrechtliches Grafenamt, da sich die Grafen nicht, wie sie es dann tun müßten, auf ein ihnen übertragenes Reichsamt berufen. Dagegen macht der nachdrückliche Hinweis auf die *libertas* es wahrscheinlich, daß diese „Grafen“ Freigrafen eines königlichen Bannbezirkes sind, der unmittelbar der Schutzherrschaft des Königs untersteht. Auch hier liegt also kein Beweis für ein volksrechtliches Reichsgrafenamts vor.

Ebensowenig können die politischen Prozesse, die Absetzungen von Grafen aussprechen, uns sagen, ob allodiale königsherrschaftliche oder Amtsgraftchaften vorliegen. Denn hier stehen wir stets vor Ausnahmeverhältnissen, die zum Einschreiten des Königs berechtigen. Daß der König auf Richterspruch hin Grafen absetzen kann, ebenso wie er Vermögen einzieht, beweist nichts. Läßt sich für die Rechtslage auch nichts erschließen, so stellt sich bei diesen Anlässen erst oft klar heraus, wie stark der Machtanspruch eines Geschlechtes auf seine Grafenrechte ist, wenn etwa ein solches Dynastengeschlecht trotz aller Entziehung der Grafenrechte, sie doch wieder zu erlangen weiß, wie die Zähringer um 1077 oder 1079.¹³³

Soweit wir uns also nach Zeugnissen für das Weiterbestehen des karolingischen Grafenamtes umsahen, es gelang nicht einen

131 Scriptor. rer. Germ. (Schulausg.) 2. Aufl. S. 30 cap. 20.

132. Zuletzt Mitteis a. a. O. S. 420. Früher Waitz, Verf.gesch. VII. S. 157.

133. Hans Fehr, Entstehung der Landeshoheit im Breisgau Bd. I. S. 12/3.

einwandfreien Beleg zu finden. Denn auch die 1245 von Friedrich II. ausgestellte Ermächtigungsurkunde zur Ausübung des Gerichts über Eigen in einer genannten Grafschaft¹³⁴ kann hier nicht angeführt werden, da diese für einen Ministerialen¹³⁵ ausgestellt ist, und eine Ministerialenbestallung des 13. Jahrhunderts nicht als Beweis für die Grafschaften des Frühmittelalters dienen kann.

So bleibt es bei dem Fehlen von einwandfreien Belegen für volksrechtliche Amtsgrafschaften in den Quellen des deutschen Frühmittelalters.

Doch wir besitzen zahlreiche Schriften zur Geschichte der Grafschaft,¹³⁶ die das frühmittelalterliche Grafenamt nachweisen zu können glauben, oder mit ihm als feststehenden Faktor rechnen. Sie alle gehen von der Vorstellung der karolingischen Gaugrafschaft im frühmittelalterlichen Deutschland aus, auch da, wo ein Beweis dafür aus den Urkunden nicht gegeben werden kann. Meist weist man zunächst die Grenzen des Gaues, gegebenenfalls mit seinen Untergauen auf, untersucht dann, welche Grafen in diesem Gebiet genannt, womöglich gerichtlich tätig genannt werden, und schließt daraus, daß wir in ihnen Gaugrafen eines organisierten Reichsteiles, einer Gaugrafschaft

134. Monumenta Boica XXXa 294 von 1245.

135. Vgl. M. I. ö. G. Bd. 3. S. 559, Anm. 1.

136. Von dem Buche von Adolf Gasser (Entstehung u. Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft. Aarau u. Leipzig 1930) war bereits in anderem Zusammenhang die Rede. Bei G. liegt der Nachdruck auf der spätmittelalterlichen Grafschaft und auf ihrer Wesensverschiedenheit von der karolingischen Grafschaft. Auf seine Einzelbehauptungen über den Zeitpunkt der Auflösung der karolingischen Grafschaftsverfassung brauchen wir hier nicht einzugehen, da sie nur an der Peripherie seiner Untersuchungen liegen und daher mehr den Charakter von Erklärungsversuchen haben. Wesentlich ist der von ihm aufgezeigte Zusammenhang der karolingischen Grafschaft mit den Kreisen der frühmittelalterlichen Immunitäten, mit den Vogteirechten und durch Immunitäten und Vogteien mit den Gerichtsherrschaften des Spätmittelalters, ebenso aber auch das Gegenbild hierzu: die Zusammenhangslosigkeit von karolingischer Grafschaft und spätmittelalterlicher Landgrafschaft oder Großgrafschaft. Diese Hauptergebnisse Gassers fügen sich unserer gewonnenen Auffassung vom Wesen der frühmittelalterlichen Grafschaft leicht ein.

des Volksrechts, vor uns haben, ohne daß ein solcher Beweis damit irgendwie gegeben wäre. Denn daß Grafen in einem Gebiete richterlich tätig sind, sagt über die Rechtsgrundlage ihres Gerichts gar nichts aus, solange wir nicht die zu erweisende Gaugrafschaftsverfassung bereits voraussetzen. Dasselbe gilt von dem zweiten in allen diesen Schriften üblichen Beweis: daraus, daß im 12. und 13. Jahrhundert sich Grafschafts- und Herrschaftsbezirke finden, die zweifellos den Amtscharakter nicht mehr haben, in ihren Grenzen aber etwa mit einem alten Gaubegriff zusammenfallen, läßt sich keineswegs schließen, daß diese meist nach Burgen benannten Grafenherrschaften die Rechtsnachfolger früherer Gaugrafschaften sind. Denn da die Gaue geographisch und verkehrstechnisch zusammenhängende Landstriche darstellen, Herrschaftsbereiche sich aber naturgemäß am leichtesten in solchen eine natürliche Einheit bildenden Landstrichen bildeten, besagt der Zusammenfall gar nichts; aber selbst wenn eine solche Rechtsnachfolge bestehen sollte, ist noch nicht bewiesen, daß der Wandel nicht schon im 9. Jahrhundert eingetreten sei. Beide Arten des Beweises sind also durchaus nicht stichhaltig, kehren aber grundlegend in den zu nennenden Schriften immer wieder.

Die älteste Untersuchung stammt von Karl Heinrich Ritter von Lang (1830)¹³⁷ und behandelt die bayerischen Gaue. Doch hat sie für uns nur noch historisches Interesse. Ihr folgen die Arbeiten von Fr. Thudichum (1860),¹³⁸ die sich vornehmlich auf hessisches Material stützen, und die von Franz Ludwig Baumann (1879), und Julius Cramer,¹³⁹ die die Gaugrafschaften Württembergs behandeln. Thudichum kommt es vor allem darauf an, die innere Struktur der Grafschaften darzustellen. Dabei

137. Karl Heinrich Ritter von Lang, *Baierns Gaue*. Nürnberg 1830. — Ders., *Baierns alte Grafschaften und Gebiete als Fortsetzung von Baierns Gauen*. Nürnberg 1831.

138. Friedrich Thudichum, *Die Gau- und Markverfassung in Deutschland*. Gießen 1860. — Ders., *Rechtsgeschichte der Wetterau*. Bd. 1. 2. Tübingen 1867 ff. — Ders., *Wettereiba. Eine Gaugeschichte*. Gießen 1907.

139. Franz Ludwig Baumann, *Die Gaugrafschaften im württembergischen Schwaben*. Ein Beitr. z. hist. Geogr. Deutschlands. 1879. — Cramer, Julius, *Die Geschichte der Alamannen als Gaugeschichte*. = Untersuchungen z. dt. Staats- u. Rechtsgesch., hrsg. v. O. Gierke. Heft 57. Breslau 1899.

kommt er zu Einzelergebnissen wie z. B. über die Zusammenhänge von Grafschaft, Mark und Allmende, die ihm Zweifel an der Richtigkeit des Bildes der allgemeinen Gaugrafschaften hätten hervorrufen müssen, wenn dieser demokratische Charakter des Grafschaftsaufbaues nicht zu den Axiomen des verfassungsgeschichtlichen Denkens im 19. Jahrhundert gehört hätte. Deutlicher wird das noch in einer Untersuchung desselben Verfassers aus dem Jahre 1909, die nur einem einzelnen Gau, der Wetterau, gilt. Denn hier steht die Darstellung des volksrechtlichen Grafschaftsaufbaus, den er, beeinflusst von der Literatur seiner Tage, zu sehen glaubt, unvermittelt neben der Schilderung der in den Quellen vorgefundenen Rechtsverhältnisse der „freien oder reichsunmittelbaren Gerichte und Dörfer“, und zwar soll beides dieselben Bezirke umfassen, ohne daß der Verfasser darum zu dem Schluß käme, daß die Grafschaft solcher reichsunmittelbaren Sondergebiete dann auch ein königliches Sondergericht gewesen sein muß.

Im Gegensatz zu diesen Arbeiten haben sich Baumann und J. Cramer historisch-geographische Ziele gesteckt.¹³⁹ Mit guter Urkundenkenntnis stellen beide die Grenzen der Gaue im württembergischen Schwaben fest, eine Untersuchung der Grafenrechte ist nicht ihre Absicht. Sie ordnen darum, was sie an Nachrichten finden in das herrschende Schema des Gaugrafentums ein.

Auch die 1908 erschienene Dissertation von Otto Curs über „Deutschlands Gaue im 10. Jahrhundert“¹⁴⁰ hat in gleicher Weise nur die Absicht, aus den Diplomen der Zeit den Umfang der Gaue abzuleiten, ohne selbständig zu Rechtsfragen Stellung zu nehmen. Doch zeigt bei näherer Untersuchung gerade das hier übersichtlich zusammengestellte und durch eine Karte ergänzte Material die Unsicherheit des Gaugrafschaftsbegriffes. Die häufigen Zusammenfassungen und Teilungen, ebenso wie die relativ große Zahl der Schenkungen an Kirchen weisen deutlich in dieser Richtung. Irreführend ist es aber, wenn er in der Einleitung sagt, es sei „nur der Graf erwähnt, der nach den Urkunden in dem genannten Gau als Graf bestellt ist“, da auch

140. Göttinger philos. Diss. 1908.

die von ihm genannten Urkunden stets nur die richterliche Tätigkeit eines „Grafen“ an einem Ort des Gaugebietes erkennen lassen. So sind die Schriften von Baumann, Cramer und Curs für unsere Zwecke als Materialsammlungen zu verwerten, ebenso auch als Hinweise auf Herrschaftsgrafschaften, jedenfalls aber nicht als Zeugnisse einer amtsgräflichen Gaugrafschaftsverfassung.

Zu der Arbeit von Rudolf Werneburg über Gau, Grafschaft und Herrschaft in Sachsen¹⁴¹ ist an dieser Stelle wenig mehr zu sagen, da wir die darin behandelten sächsischen Verhältnisse bereits mehrfach besprochen haben. Werneburg nimmt ein unverändertes Bestehen volksrechtlicher Grafschaften in Sachsen von den Gesetzen Karls des Großen bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts an, obwohl er keinerlei Beweis dafür geben kann, daß die in den Urkunden und im Sachsenspiegel genannten Grafschaften volksrechtliche Amtsgrafschaften sind. Gar manches, was er selbst aufführt, wie die von ihm gezeigte Zerstückelung der Grafschaften, hätte ihn selbst an seiner Annahme volksrechtlicher Grafschaften irre machen müssen, wenn er sich die Frage überhaupt so gestellt hätte. Für uns kann die Arbeit Werneburgs kein Anlaß sein, von der gewonnenen Erkenntnis von dem königsherrschaftlichen Charakter der sächsischen Grafschaften abzugehen.

Eine Reihe neuerer verfassungsgeschichtlicher Arbeiten, die die Entstehung der Landeshoheit in einzelnen deutschen Territorien untersuchen, geben auch Beiträge zu unserer Frage. Die wichtigsten unter ihnen sind die von Hans Fehr über den Breisgau¹⁴² und von Hermann Aubin über niederrheinische Gebiete.¹⁴³

Im Breisgau stehen uns erst recht spät Quellen zur Verfügung, die einige Klarheit verbreiten können. Fehr ergänzt darum das Fehlende aus dem allgemeinen Bild der Gaugrafschaft. Sobald wir aber in einer Urkunde von 1356 Näheres über den Aufbau des Kerns der Breisgauer

141. Rudolf Werneburg, Gau, Grafschaft und Herrschaft in Sachsen bis zum Übergang in das Landesfürstentum. Göttinger philos. Diss. 1910.

142. Hans Fehr, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau. 1904.

143. Hermann Aubin, Die Entstehung der Landeshoheit nach nieder-rheinischen Quellen (Histor. Studien, hrsg. v. Ebering, 143). 1920.

Landeshoheit, der Markgrafschaft Hachberg, erfahren, gewinnen wir ein von dem Gaugrafschaftsschema durchaus abweichendes Bild: die „freien Leue“ in der „Herrschaft“ zahlen eine Abgabe (fryges habern geltes), die öffentliche Gewalt hat den Charakter der Vogtei, Vögte werden zur Verwaltung über die Vogtleute gesetzt, der Markgraf aber hat die Obermärkerschaft, die Vogtei über die Markgenossenschaft usw. Alles zusammen zeigt Herrschaftsrechte, wobei nur fraglich bleibt, ob dies im 14. Jahrhundert erworbene oder alte, auf der Übertragung königlicher Bannhoheit ruhende Rechte sind. Es spricht unseres Erachtens mancherlei für diese Annahme.

Im Rheinland glaubt Aubin Gaugrafschaften nachweisen zu können, dadurch daß er die geographischen Bezirke der Gaue ihren Grenzen nach aus den Urkunden bestimmt, und dann zeigt, daß im 10. Jahrhundert die Pfalzgrafen vom Rhein die Grafenrechte im Bonn-, Eifel-, Zülpich- und Auelgau haben. Das besagt aber nichts. Denn einmal sind Pfalzgrafen keine Grafen schlechthin, und wenn wir auch wenig über den Ursprung der Pfalzgrafenrechte wissen, so steht doch fest, daß sie mit königlichen Herrschaftsrechten und Reichsgut in engem Zusammenhang stehen. Außerdem bedeutet aber auch schon die Anhäufung von Grafschaften in einer Hand eine Zerstörung der amtsrechtlichen Grafschaftsverfassung, so wie sie Sohm seinem Aufbau des öffentlichen Lebens im fränkischen Reiche zugrunde legte.¹⁴⁴

Die Arbeit von Wilhelm Fabricius,¹⁴⁵ die speziell den Mayengau behandelt, geht dem Ursprung aller dort vorgefundenen Gerichtsbarkeit sehr sorgfältig nach, doch auf Gaugrafschaften als deren Grundlage weist keine sichere Spur hin. In Frage kommen dafür nur folgende Nachrichten: In Ochtendung nimmt er die alte amtsrechtliche Gerichtsstätte des Gaues an (S. 174), doch zeigt die nähere, angeschlossene Untersuchung, daß hier ein Bannbezirk des Erzstifts Trier vorliegt, also ein Bezirk ursprünglich königlicher Herrschaftsrechte, die nach dem Über-

144. Fränkische Reichs- u. Gerichtsverfassung S.155. Von ihm übernahmen alle anderen das Bild.

145. Wilhelm Fabricius, Die Herrschaften des Mayengaus, hrsg. v. H. Aubin = Publ. d. Ges. f. rhein. Gesch.kunde 12, 1913.

gang an Trier als Vogteirechte in die Hand der Pfalzgrafen und von diesen an die Grafen von Virneburg als Untervögte kamen. Auch die „Pellenz“, das Hochgericht auf dem Mendiger Berge, lag zuerst in der Hand der Pfalzgrafen und ging dann auf demselben Weg an die Grafen von Virneburg über (S. 48). Im Mayengau weist also nichts auf eine alte Gaugrafschaft hin, sondern nur einige Spuren auf einen Komplex königlich-pfalzgräflicher Herrschaftsrechte. Sonst deckt die Untersuchung von Fabricius nur zahlreichen Kirchenbesitz mit Vogteirechten von Dynasten, veräußertes Königsgut und Allodialgrafschaften in dem Gebiet auf.

Im badischen Linzgau liegen die Verhältnisse für uns günstiger. Georg Götz¹⁴⁶ nimmt zwar auch hier an, daß die Grafschaft Heiligenberg, die seit 1153 genannt wird, die alte Gaugrafschaft des Linzgaues unter neuem Namen sei. Aber wir erfahren hier aus Streitigkeiten aus dem Ende des 12. Jahrhunderts Einzelheiten über das Rechtsverhältnis des Grafen zu seinen Leuten, die nur aus einer Freigrafschaft oder einer Allodialgrafschaft erklärt werden können.¹⁴⁷ Hier ist also eine herrschaftliche Rechtsgrundlage der von Götz angenommenen Amtsgrafschaft erwiesen.

Im Hegau fehlen, wie aus der Schrift von Georg Tumbült¹⁴⁸ hervorgeht, von 920—1067 alle Zeugnisse. Vor dieser Lücke werden mächtige Grafen genannt, verwandt mit den schwäbischen Herzögen mit Grafschafts- und Herrenrechten in verschiedenen Gauen. Ihre Machtposition spricht in den Krisenzeiten des 9./10. Jahrhunderts weit eher für eine Grafenmacht eigenen dynastischen Rechtes als für eine königliche Amtsgrafschaft. Sobald wir nach langer Pause wieder Näheres erfahren, lernen wir die Grafen von Pfullingen und Nellenburg im Besitz von Grafenherrschaften kennen, die augenscheinlich allodialen Cha-

146. Georg Götz, *Niedere Gerichtsbarkeit und Grafengewalt im badischen Linzgau während des ausgehenden Mittelalters* (= Untersuchungen z. dt. Staats- u. Rechtsgesch. 121). 1913.

147. Siehe oben S. 207, wo das Urkundenmaterial bereits verwendet und zitiert wurde.

148. Georg Tumbült, *Die Grafschaft des Hegaus*. M. I. ö. G. Erg. bd. 3. S. 619—672.

rakter haben. Also auch hier kein Beweis für, sondern eher gegen das Bestehen von Amtsgrafschaften.

Für Ostfranken bleibt eine Untersuchung von Eugen Rosenstock für unsere Frage ohne wesentliches Ergebnis.¹⁴⁹

Die Arbeit von Wilhelm Marré¹⁵⁰ geht der Entstehung der Grafschaft Mark nach und weist zwei Quellen für deren Entstehung auf: einen Komplex von Vogteien um Werden, Essen und Kappenberg, und zweitens eine allodiale Grafschaft, die sich an die Burg Altena anlehnt. Also auch hier keine Amtsgrafschaft.

Für Hirschberg stellt H. Kalisch fest,¹⁵¹ daß dort eine echte und keine allodiale Grafschaft bestanden habe, ohne es aber beweisen zu können. Als nämlich 1304/5 die Grafschaft geteilt wird, hat sie, wie die Mühlen-, Brücken- und Bannrechte beweisen, zweifellos einen herrschaftlichen Charakter. Da das Zeugnis aber erst aus dem 14. Jahrhundert stammt, kann es keine Sicherheit für die Rechtslage der früheren Jahrhunderte geben. Ein Beweis für eine volksrechtliche Amtsgrafschaft ist hier also auf keinen Fall herauszulesen. Eher spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Rechtsverhältnisse, die wir im 14. Jahrhundert kennen lernen, schon in frühere Zeiten zurückgehen.

Für Württemberg haben die Untersuchungen von Antonie Mock das Dunkel, das über der ältesten Geschichte der Grafen von Württemberg liegt, kaum aufzuhellen vermocht.¹⁵² Aus Nachrichten des 13. Jahrhunderts läßt sich mit H. Glitsch und Fedor Schneider der allodiale Charakter der Grafschaft dieses Geschlechtes wahrscheinlich machen. Doch über Vermutungen war bisher nicht hinauszukommen. Neuerdings haben nun Untersuchungen von A. Bauer über „Gau und Grafschaft in Schwa-

149. Eugen Rosenstock, Herzogsgewalt u. Friedensschutz S. 180 ff. Exkurs.

150. Wilhelm Marré, Die Entwicklung der Landeshoheit in der Grafschaft Mark. Rostock 1907.

151. Hans Kalisch, Die Grafschaft und das Landgericht Hirschberg. Zs. d. Sav.stftg. f. Rechtsgesch. germ. Abt. 34 (1913) S. 141—194.

152. Antonie Mock, Die Entwicklung der Landeshoheit der Grafen von Württemberg. 1927.

ben"¹⁵³ gerade für die ersten Jahrhunderte des Mittelalters wichtige Erkenntnisse gebracht. Er zeigt nämlich, daß es in Schwaben zwar seit dem 6. Jahrhundert Grafen gibt, daß sie aber Herren und keine Beamten sind, daß die altgermanischen Fürsten, die in der Völkerwanderungszeit dem öffentlichen Leben der Alamannen ihr Gepräge aufdrücken, in ihnen weiterleben. Er nennt sie „eine Kombination des fränkischen Grafen mit dem altgermanischen Fürsten, in welcher das erste Element außerordentlich schwach ist“, und er nennt „die Bezeichnung comes lediglich ein Stilrequisit der königlichen Kanzlei“. Er weist in diesen Grafengeschlechtern volle Erblichkeit schon in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts nach, und nimmt an (untersucht es aber nicht als außerhalb seines Themas liegend), daß die Verfassung Karls des Großen dann einen neuen amtsrechtlichen Charakter des Grafenamtes geschaffen und auch in Schwaben durchgeführt habe. Aber auch für diese Grafschaften weist er nach, daß sie keine bestimmte räumliche Einteilung des Landes darstellen, sondern Herrschaftsbezirke, die je nach der Person des Grafen ihren Umfang ändern. So kann sich Bauer nicht ganz von dem traditionellen Bild der karolingischen Grafschaftsverfassung lösen. Doch bieten seine Ergebnisse wichtige Beweisstücke gegen die Durchführung der Grafschaftsverfassung und ihren Weiterbestand im deutschen Gebiet. Darum stellt diese Arbeit einen besonders wichtigen Beitrag zu unserer Frage dar.

Zu entsprechenden Ergebnissen kommt auf der Grundlage eines ganz anderen Urkundenmaterials und anderer landschaftlicher Verhältnisse die Arbeit von Heinrich Sproemberg: Die Entstehung der Grafschaft Flandern.¹⁵⁴ Auch er kann sich von dem überkommenen Bild der volkrechtlichen Grafschaften nicht ganz freimachen. Aber die Grafschaften des ausgehenden 9. Jahrhunderts, von denen er trotz der dürftigen Überlieferung ein plastisches Bild zu geben vermag, haben ein ganz anderes Gepräge. Ihre Macht stützt sich nicht auf ein Amt (Grafen-,

153. Albert Bauer, Gau und Grafschaft in Schwaben. = Darstellungen aus der württembergischen Geschichte 17, 1927.

154. Heinrich Sproemberg, Die Entstehung der Grafschaft Flandern = Histor. Studien (Ebering) 282, 1935.

Markgrafen- oder Herzogsamt) wie es die lokale Tradition wollte, sondern auf die diesen Herren übertragenen königlichen Besitz- und Herrschaftsrechte. Mit diesen stattet der westfränkische König seinen Schwiegersohn und die anderen Machthaber aus. Die Verfügung über die reichen Güter und Herrschaftsrechte der damals völlig verweltlichten Abteien St. Vaast, St. Bavo, St. Omer, St. Peter, St. Bertin, St. Amand und St. Donatus ist die Grundlage für die Machtstellung der flandrischen Grafen Balduin, Ingelram, Rudolf u. a. Von befestigten Herrensitzen aus leisten sie den Einbrüchen der Normannen Widerstand. Teilweise sind sie zugleich Laienabt und „Graf“ des Klostergrundes (Rodulfus comes et abba. 882). Wenn ihr Grafenamt nicht einfach der Verfügung über diese königlichen Herrschaftsrechte und der damit verbundenen Gerichtsbarkeit gleichzusetzen ist, so tritt das Amt diesen gegenüber doch völlig in den Hintergrund und wird von ihnen aufgesogen. Auch für die freie Vergabung dieser Rechtskomplexe und ihre Erblichkeit in den Händen der „Grafen“ gelten die Gepflogenheiten der Verfügung über Herrschafts- und Besitzrechte. In Holland bestanden in dieser Zeit, wie Sproemberg zeigt, entsprechende Verhältnisse.

Für den Mittelrhein hat die ältere Schrift von H. Baldes,¹⁵⁵ ohne zu allgemeineren Schlüssen vorzudringen (wie das auch Sproemberg im Gegensatz zu A. Bauer fernliegt), eine Reihe sehr großer und mächtiger Geschlechter als erbliche Inhaber der Grafenrechte über mehrere in wechselnder Weise zusammengefügte Gaue um die Zeit der Reichskrise von etwa 900 nachgewiesen, so daß das Gesamtbild dem von A. Bauer in Schwaben gewonnenen sehr ähnlich sieht. Als Beispiele seien die Hattonen, das Walaho'sche Geschlecht und die Salier genannt. Dieses Ergebnis ergänzt die Schrift von Karl Draudt¹⁵⁶ über die Grafen von Nüring für die ersten Anfänge dieses Geschlechts, das im Beginn des Mittelalters über eine bedeutende Machtstellung in Wetterau, Niedgau, Einrich, Trechirgau, Mayengau und Moselgau verfügt.

155. Heinrich Baldes, Die Salier und ihre Untergrafen in den Gauen des Mittelrheins. Marburger Dissertation 1913.

156. Forschungen zur dt. Gesch. 23. 1883. S. 367 ff.

Gerade in der Zeit also, die die Brücke zwischen der Karolingergrafschaft und der des Ottonenreiches darstellen müßte, zeigen uns die Quellen an Stelle von Amtsgrafen nur mächtige Grafenherren, so daß es schon von hier aus fraglich erscheint, ob die karolingische Grafschaftsverfassung in Schwaben und Franken jemals konsequent durchgeführt worden ist. Bestand sie aber hier, über die Grenzen der römischen civitates am Rhein hinaus, so muß sie um 900 verschwunden gewesen sein. Denn daß diese großen mächtigen Geschlechter in Zeiten eines schwachen Königtums mehr Herren eigener Machtvollkommenheit gewesen sein müssen als königliche Beamte, und daß ihr Herrschaftsbezirk, der beliebig Gau- und Grafschaftsgrenzen übersprang, ebensoweit ging als ihre Macht, ohne jede andere Begrenzung, bedarf keines Beweises, besonders da wir in allen anderen Gauen Deutschlands, soweit unsere Quellen überhaupt Schlüsse zulassen, in dieser Zeit ähnliche Zusammenballungen von Grafschaften beobachten, z. B. in Sachsen, am Rhein und in Lothringen. Auch das spricht deutlich für einen Zerfall der karolingisch-römischen Grafschaften in der dem Aufstieg der frühmittelalterlichen Königsmacht vorausgehenden Krise oder für eine nur sehr unvollkommene Durchführung der Grafschaftsverfassung im Ostteil des fränkischen Reiches.

Unsere Durchsicht der Literatur führte also zu demselben Ergebnis wie die Prüfung der Quellen: Überall wo wir einzelnen Grafschaften oder Gruppen von solchen nachgehen konnten, stießen wir auf Grafschaften herrschaftlichen Charakters, vor allem auf Königsbannbezirke. Da uns vorwiegend Urkunden kirchlicher Empfänger aus dieser Zeit erhalten sind, konnten wir diesen Herrschaftscharakter am deutlichsten bei den an Kirchen geschenkten Grafschaften aufzeigen. Dieser Gruppe stellen sich die Grafschaften Sachsens zur Seite. Das ist bezeichnend, da wir über diese durch den Sachsenspiegel besonders gut unterrichtet sind. Gerade dort also, wo wir mehr von den Rechtsverhältnissen einer Landschaft erfahren, sind wir auch in der Lage den herrschaftlichen Charakter der Grafschaften deutlicher als anderswo zu erkennen.

Ein endgültiges Urteil über den Charakter der frühmittelalterlichen Grafschaft wird sich erst gewinnen lassen, wenn die

Geschichte einzelner Landschaften speziell auf diese Frage hin untersucht ist. Im folgenden Kapitel soll dies für das Mittelrhein- und Untermaingebiet geschehen. Eine solche Probe wird weit größere Sicherheit in unserer Frage geben, besonders da schon Ergebnisse für umfassendere Landschaften wie Sachsen und Mainfranken gewonnen sind. Von besonderem Interesse würde auch im Anschluß an A. Gassers Arbeit die Prüfung des Charakters der Landgrafschaften und Landvogteien der Staufer und Rudolfs von Habsburg sein. Doch das muß außerhalb der Grenzen unserer Arbeit einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben. Vieles spricht heute schon für ihren königsherrschaftlichen Grundcharakter unbeschadet ihrer Tendenz die königliche Blutgerichtsbarkeit auf Grund der „reichsrechtlichen Theorie“ über die Grenzen der Herrschaftsbezirke hinaus vorzutreiben. Wir werden in der Wetterau eine Landvogtei kennen lernen, die nur eine neue straffere Form der alten königlichen Herrschaftsbezirke darstellt.

Ebenso ist nach dem Charakter der Markgrafschaften noch zu fragen. Sie scheinen abgespaltene Bezirke königlicher Bannherrschaft zu sein, in denen jedoch bald die ursprünglich königliche Banngewalt von den Markgrafen kraft eigenen Rechtes ausgeübt wurde. Daß Königsbann und Königsmunt in ihnen ursprünglich das aufbauende Element darstellten, zeigt das Beispiel der spanischen Siedler in den Pyrenäen. Daß der König aber im Laufe des Mittelalters nicht mehr kraft des Königsbannes in ihnen verfügte, beweist der Sachsenspiegel.

Ebenso ist die Frage der Herzogtümer und ihr Verhältnis zu den Grafschaften noch zu klären. Sie haben jedenfalls ihrer Entstehung nach keinen amtsrechtlichen Charakter, und stellen auch später noch in ihrer Gesamterscheinung die Verkörperung der dem König entgegenstehenden Herrschaftsmächte eigenen Rechtes dar.

Doch das alles bedarf noch eingehender Untersuchungen. Aber auch ohne das läßt sich heute schon sagen, daß die Grafschaft des Frühmittelalters keinen allgemein volkrechtlichen, sondern einen herrschaftlichen Charakter gehabt haben muß, daß sie entweder Ausdruck der Herrschaftsrechte des Adels, oder in viel mehr Fällen — und das ist für das Ganze weit

wichtiger — Ausdruck der Herrschaftsrechte des Königs, des Königsschutzes mit dem Königsbann, gewesen ist. Die Zersetzung der Grafschaft als volksrechtliche Amtsgrafschaft ist also eingetreten, wie man immer annahm, aber nicht erst im 11. und 12. Jahrhundert sondern bereits in der großen Reichskrise, die mit dem Tode Karls des Großen langsam einsetzt, und in den ersten Jahren des 10. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht. Es ist die Zeit, in der die Macht des Karolingerkönigtums schwand, und die Herrschaftsrechte der Großen an seiner Stelle den Schutz der Untertanen übernahmen, zugleich aber auch der Zeitpunkt, in dem für den sich ablösenden Ostteil des Reiches der unmittelbare Einfluß römischen Rechtsdenkens aufhörte, um erst später auf anderen Wegen sich wieder geltend zu machen. Doch besteht seit diesem Schwund des karolingischen Amtsrechts nur in der Krisenzeit ein Vakuum. Dann aber tritt die Königsmunt, die schon vorher dem Amts- und Volksrecht ergänzend zur Seite stand, als starkes aufbauendes Element an seine Stelle. Ihr zur Seite und zunächst in Konkurrenz mit ihr die Munt- und Herrschaftsrechte der Großen. Die Zukunft mußte entscheiden, wessen Einfluß der stärkere bleiben sollte. Damit veränderten auch die Grafschaften ihr Wesen. Das Gewand, die Amtsbezeichnung und die äußeren Erscheinungsformen blieben in vielem, aber der grundsätzliche Aufbau wurde ein anderer. Dieser Aufbau der Königsmacht auf den königsherrschaftlichen Banngrafschaften und den von der Königsmunt getragenen Kirchengvogteien und kirchlichen Bannbezirken und mit lockerer Eingliederung der allodialen und herzoglichen Grafschaften trug jahrhundertlang das Reich. Aber auch er hatte keinen dauernden Bestand. Unter den letzten Staufern und nach ihnen und ihren Nachfolgern tritt, wie so oft beschrieben, eine Zersetzung der Grafschaften ein. Aber was hier zerbricht, ist nicht die karolingische Amtsgrafschaft, sondern die königliche Herrschaftsmacht, das königliche Bannrecht. Geschwächt durch den Kampf mit der Kirche kann das Königtum nach mancherlei vorübergehenden Erfolgen diese Herrschaftsrechte gegenüber den aufstrebenden Territorialmächten weltlichen wie geistlichen Charakters nicht behaupten. Darum geht der Kampf der Staufer, den Rudolf von Habsburg mit aller Energie wieder-

aufzunehmen versucht. Auf die absteigende Linie der Königsmacht in der Grafschaft zur Zeit der späteren Karolinger und der Reichskrise folgt also ein neuer Aufstieg mit einer verwandelten Königsbanngrafschaft über weltliches und geistliches Gut unter den Ottonen, bis auch diese Linie vom 12./13. Jahrhundert an in mannigfach gebrochener wellenförmiger Bewegung wieder absteigt.

Doch bereitet sich der Wandel im Charakter der Grafschaft von der volksrechtlichen Amtsgrafschaft zu der Königsbanngrafschaft, oder wie es sich auch formulieren ließe: von der Grafschaft römischen Erbes zu der rein deutschen Muntgrafschaft, schon unter Karl dem Großen vor, besonders in gerodetem oder erobertem Neuland. Die Verfassungs- und Rechtsverhältnisse auch der Karolingerzeit bedürfen einer nochmaligen Durcharbeitung im Hinblick auf die gewaltige nie zur Ruhe gekommene, sondern nur unter den besten Königen beherrschten Spannung von Königskraft und Aristokratenmacht. Sie bildet das Grundmotiv auch der Karolingerzeit selbst auf ihrem Höhepunkt. Denn man hat bisher allzusehr die karolingische Verfassung als ein in sich ruhendes, von den Kämpfen und Spannungen der Zeit nicht berührtes Werk angesehen, im Sinn etwa einer gesetzlich festgelegten Verfassung des 19. Jahrhunderts. Aber erst die Erkenntnis des Nichtabgeschlossenseins, sondern sich stets Durchsetzenmüssen läßt die volle Größe der darum ringenden Könige ermessen. Wir haben kein theoretisch konstruiertes Staatsgefüge vor uns, sondern ein aus Schweiß und Blut des Kampfes und durch ihn geformtes Gebilde, das die Spannungen, auf deren Bezwungung es ruht, noch deutlich genug erkennen läßt, das auch nie abgeschlossen, sondern im stetigen Flusse ist, da der Kampf von König und Aristokratie kein Ende kennt.

Die Konsequenz dieser Labilität war, daß, als nicht mehr Karls starke Persönlichkeit die Stellung des Königtums wahren konnte, die Macht des Adels stieg, und damit auch das Grafentum einem immer mehr herrschaftlichen Charakter aufwies. Die Entstehung des Stammesherzogtums im deutschen Reichsteil kennzeichnet deutlich die Zerstörung des Gleichgewichts der Kräfte von Aristokratie und Königtum und den Aufstieg der

territorialen Adelsmacht. Auch die Entwicklung des Grafenamts zur Grafenherrschaft wurde durch die Zwischenschaltung des Herzogtums entscheidend gefördert. Denn nun wäre der Amtscharakter eines volksrechtlichen Grafentums nur noch indirekt aufrechtzuerhalten gewesen; was bei der damaligen Eigenständigkeit des Herzogs praktisch eine Unmöglichkeit bedeutete, oder aber das Grafentum wurde zu einer herzoglichen Funktion, wobei sein Charakter in unserem Urteil davon abhängig wird, ob man dem Herzogtum damals einen das Königtum ablösenden öffentlichen Charakter zugestehen will oder nicht. Jedenfalls aber war das Grafenamt für das königliche Amtsrecht verloren. Doch neues Königsrecht, königliches Muntrecht trat an seine Stelle und formte das Grafentum neu.

Die Bezeichnung Graf und Grafschaft bleibt trotzdem unverändert erhalten. Das ist nicht zu verwundern, da eine hohe soziale Wertschätzung sich mit dem Titel verband. Daß die allodialen Grafen des Frühmittelalters noch den Grafentitel führen, ist nur eine Kenntlichmachung der Intensität ihrer Herrschaftsstellung, bedeutet aber keine Kennzeichnung von deren Rechtsgrundlage. Man mag daneben daraus noch die stille Anerkennung eines latent vorhandenen volksrechtlichen Königsrechts herauslesen, dem der Grafentitel einmal seine Entstehung verdankte, aber ein Weiterbestehen der karolingischen Grafschaftsverfassung läßt sich daraus nicht erschließen. Denn die realen Machtverhältnisse und die faktische Begründung der Grafenmacht widersprachen solchen historischen Reminiszenzen völlig.

Entsprechend den drei Großmächten, die in gegenseitiger Spannung das frühmittelalterliche öffentliche Leben Deutschlands bestimmten: Adel, Kirche und Königtum, hat auch die Herrschafts- und Hochgerichtsgewalt dieser Zeit eine dreifache Erscheinungsform, und zwar als allodiale Grafschaft, Kirchengvogtei und Königsbanngrafschaft oder königlicher Bannbezirk. Denn auch die Kirchengvogtei hat denselben Rechtsinhalt wie die beiden genannten Grafschaftstypen mit gewissen Modifikationen durch das veränderte Rechtsobjekt. Es treten dabei mannigfache Überschneidungen dieser drei Mächte ein: 1. sind die Kirchengvogteien zu scheiden in Gründer- und Stiftervogteien

des Adels einerseits und des Königs andererseits. So betrachtet ordnen sie sich den beiden anderen Typen zu; 2. greift die Machtsphäre des Adels über die allodialen Grafschaften hinaus, da auch die Kirchenvogteien und Königsbanngrafschaften in den Händen von Mitgliedern des Adels liegen, wenn auch kraft besonderen Auftrags. Stets besteht darum bei dem Adel die Tendenz, die ihm übertragenen Kirchenvogteien mit seinen allodialen Rechten zu verschmelzen; 3. aber umfaßt die Königsmacht nicht nur die Vogteien aller Kirchen, die unter Königsschutz stehen, mit, sondern es scheint sich auch ein Rest von Erinnerung an die gerichtliche Gesamtorganisation des fränkischen Reiches erhalten zu haben. Den Tendenzen der Stauferzeit entsprechend verdichtete diese Erinnerung sich vielleicht zu der „reichsrechtlichen Theorie alles Blutgerichts“, d. h. zu dem Satz, daß alles Hochgericht von dem Könige herzuleiten sei, so wie ihn der Schwabenspiegel und, wenn auch weniger deutlich, auch eine Stelle des Sachsenspiegels enthält. Ohne einen solchen Erinnerungsnachklang erscheint die Aufstellung dieser Theorie schwer verständlich. Wie schwach aber ein solches Bewußtsein alten Königsrechtes gewesen sein muß, wenn es überhaupt vorhanden war, zeigt die Tatsache, daß die Reichs- und Provinziallandfrieden des 12./13. Jahrhunderts sich nicht auf eine allgemeine königliche Gerichtshoheit berufen können, sondern auf das Recht des Königsbannes und Königsschutzes zurückgreifen müssen, wie die deutliche Beziehung der Landfrieden zu den Bannfällen der Karolingerzeit in der gerade anfangs stark hervortretenden Forderung des Schutzes der Kirchen, der Frauen und Schwachen¹⁵⁷ deutlich beweist. Gerade diese Tatsache der Begründung der Landfriedensgesetzgebung auf dem Munt- und Bannrecht und nicht auf einer volkrechtlichen Gerichtshoheit zeigt, daß faktisch eine solche nicht mehr am Leben war und nur noch in dunklem historischen Erinnern lebte. Vielleicht aber auch das nicht einmal mehr. Dann müßte der Satz des Schwabenspiegels als eine völlige Neuschöpfung im Anschluß an die staufische Politik oder gar als eine literarische Entlehnung aufgefaßt werden. Das ist heute nicht zu entscheiden.

¹⁵⁷. Vgl. M. G. Const. I. Heinr. IV. 74/125 v. 1103. — Friedrich I. 277/380 v. 1179.

Diese drei genannten Abarten frühmittelalterlicher Hochgerichtsbarkeit und damit der Obrigkeit dieser Zeit entstammen dem Muntrecht. Es stellt die eigentliche Grundlage des frühmittelalterlichen Lebens dar. Denn Muntrecht trug alle drei Formen: Königsmunt die Freigrafschaften und die Vogteien königlicher Kirchen, Munt der Dynasten über ihre Leute formte deren Grafenherrschaften, sowie die kirchlichen Immunitätsbezirke selbst auf der Munt der Kirche über die kirchlichen Hintersassen aufgebaut war.

Wenn damit Muntherrschaften unter dem Namen von Grafschaften als tragende Faktoren des Reiches vor uns stehen, so ist trotz dieses herrschaftlichen Charakters die Gleichsetzung mit Grundherrschaften zu vermeiden. Sie führt völlig irre. Denn die Herrschaftsverbände des Frühmittelalters sind — und das ist wichtig — zunächst Personalverbände,¹⁵⁸ und ihr Recht von der personalen Bindung aus bestimmt. Wenn diese Rechtsverhältnisse sich auf den Boden übertragen (Freigüter), so ist das eine sekundäre Erscheinung und nicht mit dem Eigentum am Boden identisch. In sehr vielen Fällen gehen auch Grundherrschaft und Muntherrschaft völlig verschiedene Wege. Beispiele dafür bieten die meisten Kirchenvogteien, in denen das Stift die Grundherrschaft hat, die Muntherrschaft aber in der Hand des Königs oder eines Dynasten liegt.¹⁵⁹ Außerdem aber verführt der Begriff Grundherrschaft, wenn auch mit Unrecht, leicht zu der Vorstellung geschlossener Herrschaftsgebiete, die im deutschen Mittelalter nur selten sind.

Auch auf die Frage der Entstehung der Landeshoheit fällt durch unsere Ergebnisse neues Licht. Denn die so oft wiederholte Antwort, daß die „Grafschaft“ eine der wichtigsten Wur-

158. Otto von Dungern, Adels herrschaft S. 40.

159. Die Arbeit von Georg Götz (Linzgau) gibt ein gutes Beispiel dafür, wie in einem Gebiet die Grundherrschaft, die das Niedergericht besitzt, einerseits und die Grafenherrschaft, die wahrscheinlich einer königlichen Freigrafschaft entstammt und im Besitz von Hochgericht und Herrschaftsrechten ist, nebeneinander bestehen, in verschiedenen Händen liegen und miteinander in Konkurrenz treten können. Auch das Habsburger Urbar kennt zahlreiche Beispiele dafür.

zeln der Landeshoheit darstelle, bleibt oft zu Recht bestehen.¹⁶⁰ Auch die Gerichtsherrschaften, auf denen sich im späteren Mittelalter oft die entstehende Landeshoheit aufbaut, sind im ganzen als Teile oder Reste alter Banngrafschaften, Immunitäten oder Bannbezirke zu fassen, und so in die Linie, die von der frühmittelalterlichen Banngrafschaft zur Landeshoheit führt, einzubeziehen. Aber der von uns gewonnene Begriff der Grafschaft schließt das volksrechtliche Grafenamt aus dem Prozeß der Entstehung der Landeshoheit aus. Denn zwischen das karolingische Grafenamt und die spätmittelalterliche Landeshoheit schiebt sich die Ottonische Banngrafschaft mit den aus ihr erwachsenen Gebilden und die ihr gleichartige Kirchenvogtei ein. Aus ihnen erwächst die Landeshoheit und damit aus dem Muntrecht und insbesondere aus den dem König entgleitenden Königsmuntrechten über weltliches und geistliches Gut. Im einzelnen Falle bleibt dabei zu untersuchen, ob das entscheidende Schwergewicht bei dem Aufbau des Territorialstaates der Munt des Königs oder der von Allodialherren zukommt. Denn wenn die Königsmunt und ihre Ableitungen sich, wie wir annahmen, als die entscheidende Macht im Werden des Territorialstaates erweist, ist damit eine Zurückführung der Landeshoheit der Territorialherren auf private Herrschaftsrechte nicht berechtigt, da, wie noch zu zeigen sein wird, die Königsmunt nicht zu den Rechten gezählt werden darf, die wir als private zu bezeichnen gewohnt sind.

Die späteren Neugestaltungen wie Landgrafschaften und Landvogteien haben, wie aus Adolf Gassers Darstellung zu erschließen ist, für die Entstehung der Landeshoheit nur soweit Bedeutung, als sie alte gewachsene königliche Herrschaftsrechte enthalten. Wo dies der Fall ist, wie in vielen kleineren Landgrafschaften der Schweiz oder in Thüringen, haben sie meist (jedoch auch nicht immer, wie z. B. die Wetterau beweist) die Grundlage für eine Landeshoheit abgegeben. Die von H. Hirsch und A. Gasser aufgezeigten Versuche aber, auf einer rechtsrechtlichen Theorie der Blutgerichtsbarkeit eine weitergehende

160. Ein Gegenbeispiel gibt das in Anm. 159 genannte Buch von Götz, vgl. Zusammenfassung S. 112/113.

Gewalt der Landgrafen und Grafen aufzubauen, war, wie Gasser zeigt, für die Ausbildung der Landeshoheit ohne wesentlichen Einfluß.

Es wäre von allergrößter Bedeutung, wenigstens schätzungsweise die Ausdehnung der drei Arten von Hochgerichtsbarkeit im frühmittelalterlichen Deutschland feststellen zu können. Doch ist dies auch abgesehen von der Armut unserer Quellennachrichten durch den fließenden Charakter der Grenzen dieser Gruppen unmöglich, wie sich aus den aufgezeigten Überschneidungen ergibt. Denn es kann z. B. sein, daß in einer Kirchengogtei in der Hand eines Laien dessen Macht so überwiegt, daß dies Gebiet zu der herrschaftlichen Machtsphäre dieses Dynasten gerechnet werden muß. Aber trotz solcher Vorbehalte wird es eine wichtige Aufgabe der Lokalforschung sein, dieser Frage in den einzelnen deutschen Landschaften nachzugehen, so wie der folgende Teil unserer Arbeit einen Beitrag dazu aus dem Gebiete des Mittelrheins und Untermainns geben soll. Geht hier die Absicht auf Abschnitte längs der räumlichen Koordinate, so sind ebensolche in der zeitlichen nicht weniger wichtig. Es wird, um ein Beispiel zu nennen, die Freigrafschaftspolitik in den Regentschaftsjahren der Kaiserin Agnes und den ersten Zeiten Heinrichs IV. zu einem Thema von großer Bedeutung für das Verständnis Adalberts, des jungen Heinrich und der Sachsenkämpfe.

Viertes Kapitel.

Staat und Herrschaft am Mittelrhein und Untermain als Beispiel des Gesamtaufbaues.

Drei Typen: Bannbezirk an Saalhof angelehnt (Ingelheim) — Bannbezirk ohne Saalhof (Freigerichte des Vorspessarts) — Marken aus Königsforsten (Dreieich).

Das Rhein-Main-Gebiet: Der Forst Dreieich. — Odenwald und Rheinebene. — Die Reichsforsten um Hanau. — Der Büdinger Reichswald. — Der Vogelsberg. — Die Wetterau. — Die Grafschaft Bornheimer Berg. — Die Hohe Mark. — Der Rheingau. — Königssundra. — Das restliche südliche Nassau. — Das rechte Rheinufer bis zur Lahn. — Das Einrich. — Konradinische Herrschaftsbezirke an der Lahn: Haiger, Wetzlar, Weilburg, Dietz. — Rheinhessen und Pfalz.

Die Rechtsgrundlage der Königsherrschaften im Rhein-Main-Gebiet. — Königsbannbezirke in der Schweiz und an anderen Stellen.

Wenn wir uns nun den Rechtsverhältnissen des Rhein-Main-Gebietes zuwenden, so tun wir es unter ganz bestimmten aus dem Vorausgehenden sich ergebenden Gesichtspunkten. Wir wollen die sich hier bietenden Beispiele benutzen, um uns das Wesen königlicher Bannbezirke in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zu vergegenwärtigen. Wir werden festzustellen suchen, welchen Umfang diese im Ganzen des Gebietes einnehmen, in welchem Umfange Allodialgrafschaften sich hier finden, und welche Möglichkeiten für Amtsgrafschaften in diesem Gebiet verbleiben. Die Frage nach dem Ursprung der Landeshoheiten in dem betrachteten Raum wird sich ohne weiteres anschließen.

Um uns aber die Durchwanderung der einzelnen Landstriche unter diesen Gesichtspunkten zu erleichtern, stellen wir zunächst einige typische Beispiele heraus: den Ingelheimer Grund

als einen an einen Saalhof angeschlossenen Bannbezirk; solche Bannbezirke ohne Anlehnung an einen Saalhof sollen die Freigerichte des Kinzigtales veranschaulichen und den Typ der aus Königsforsten entstandenen Gebiete einige Marken der Main-Rhein-Ebene. Alle diese Formen werden sich in anderen Teilen des Rhein-Main-Gebietes wieder vorfinden.

Über das „Ingelheimer Reich“ sind wir recht gut unterrichtet.¹ Es stellt einen geschlossenen Bezirk dar, der sich fast ganz unverändert lange Jahrhunderte hindurch erhalten hat. Der Name „Reich“ bezeichnet heute noch diesen Landstrich. Er umfaßte die Ortschaften Nieder- und Ober-Ingelheim, Freiweihheim, Groß-Winternheim, Bubenheim, Elsheim und Schwabenheim (letzteres erst später dazugekommen). Innerhalb dieses Gebietes lag der Ingelheimer Saalhof mit von dort unmittelbar bewirtschaftetem Land, bei weitem der größte Teil des Grundes war aber in der Hand freier Reichsleute (des richs lute). Ihre Bindung an das Reich war sowohl persönlicher wie dinglicher Natur, beides in engster Verbindung miteinander, d. h. der König war Muntherr der Reichsleute und Obereigentümer des Landes, das sie bebauen. Die persönliche Muntherrschaft zeigt die bis ins Ende des 13. Jahrhunderts übliche Bezeichnung des Vertreters des Königs als „Vogt“, zeigt auch das Treugelöb-
nis der zum „Reich“ gehörigen Ritter und Bürger (handtrew tun) und ebenso die Tatsache, daß die Reichsleute auch nach Wegzug aus dem Grund, als des „Reiches Ausleute“ unter der

1. H. Loersch, Der Ingelheimer Oberhof. Bonn 1885. Dort sind auch die wichtigsten Urkunden abgedruckt, vor allem das Weistum des Ingelheimer Reichs (o. J.) S. 505, Beilage 24, der sog. Freiheitseid S. 498, Beilage 14, der Bürgereid S. 498, Beilage 15, der Eid des Amtmanns S. 496, Beilage 9, und das Verzeichnis der rechtssuchenden Orte, S. XXVIII ff. Dazu Beyer, Mittelrhein. U. B. I. 62/70 v. 835, eine Urkunde die beweist, daß die in dem Reichsweistum auftretenden liberi homines keine spätere Entwicklung darstellen. — Rudolf Kraft, Das Reichsgut im Wormsgau S. 215—240. (= Quellen u. Forschungen z. hess. Geschichte 16, 1934). — Sauer, Die ältesten Lehnstbücher der Herrschaft Bolanden. S. 17. — H. Niese, Die Verwaltung d. Reichsguts. (1905) S. 197. Die Organisation der Oberhöfe bedarf noch einer Untersuchung, die über den einzelnen Hof hinausgeht. Denn hier liegt wohl eine über ganz Deutschland sich erstreckende Gesamtorganisation vor.

Herrschaft des Reiches verbleiben, und daß jede fremde Untertänigkeit nachdrücklichst ausgeschlossen wird. Das dingliche Verhältnis geht aus der Bezeichnung des ganzen Bezirks als „das Reich“ hervor, und daraus, daß das „in dem Reich sitzen“ entscheidend für die Zugehörigkeit ist. Die Bedepflicht zeigt einen entsprechenden Doppelcharakter, da sie im Reich auf dem Grundbesitz lastet aber auch von „des Reiches Ausleuten“ erhoben wird, ebenso wie an den Adel kommende Grundstücke steuerfrei werden, da dieser das Vorrecht der Steuerfreiheit genießt. Der König als Grundherr und Muntherr ist Herr von Wald und Weide, doch steht traditionsgemäß den einzelnen Ortschaften Anrecht daran zu. Trotz dieser Abhängigkeit sind die Reichsleute frei. Darauf legt man großen Wert. Jeder neue Amtmann muß schwören, daß er es „bei freiheit und altem herkomem lassen und handhaben“ will. Augenscheinlich hat diese Freiheit den Sinn von Reichsunmittelbarkeit und Freiheit von herrschaftlicher Dienstbarkeit anderer Herren, wie wir ihn in den Bezeichnungen Freie Reichsstadt, Freigericht u. a. finden. Ein Schöffengericht mit drei ungeborenen Dingen im Jahr, zu dem 14 Schöffen gehören, stellt den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens in dem Grunde dar. Die Bezeichnung des Vertreters des Königs wechselt, Vogt, Procurator, Schultheiß kommen nacheinander vor. Augenscheinlich haben die Staufenkönige die Bezeichnung Vogt fallen lassen, als die Vogtei sich zu einer selbständigen Herrschaft auszuwachsen drohte.

Die Rechtslage des Ingelheimer Grundes charakterisiert sich auch durch die Tatsache, daß sein Gericht noch im späteren Mittelalter Oberhof für alle Streitigkeiten über ehemaliges Reichsgut in 67 verschiedenen Orten eines weiten Umkreises (meist des linken Rheinufer) ist, — wie Loersch wohl mit Recht vermutet, als altes Pfalzgericht, da über Reichsgut nur in königlichem Gericht gerichtet werden kann. Hier besteht also noch im Spätmittelalter der alte Satz von der Notwendigkeit von Königsbann und Königsgericht bei Streitigkeiten über Reichs- und Freigut, den wir in den sächsischen Freigrafschaften kennen gelernt haben. Ist dieser Rechtszustand alt — und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür —, so würde er beweisen, daß nicht, wie man bisher annahm, ein Teil der Gerichtsbarkeit dem Do-

mänengericht (Immunitätsgericht) entzogen war, und vor das Grafengericht gehörte, sondern daß umgekehrt bestimmte Fälle jedem anderen Gericht entzogen waren und nur im „königlichen“ Gericht gerichtet werden konnten, und zwar nicht nur vor dem König oder seinem Pfalzgrafen selbst, sondern auch vor den Pfalzgerichten unter anderem Richter.

Leider wissen wir über die Rechtsverhältnisse der Güter des Grundes und ihrer Bebauer, die durch königliche Schenkungen an Geistliche oder andere Herren kamen, kaum Bescheid. Wir wissen nicht mit Sicherheit, wie weit die Bede- und Gerichtspflicht auch hier erhalten blieb. Nach dem Weistum des Ingelheimer Reichs spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß ihm zufolge jeder „wer in dem rich wonet und gesessen ist“ an dem Reichsgericht dingpflichtig ist.

Wir wissen auch nicht mit Bestimmtheit, wie weit die aus dem Saalhof und aus dem „Reich“ dem König zufließenden Abgaben auseinander gehalten worden sind. In dem Reichssteuerverzeichnis von 1241² ist nur eine Bedesumme genannt, die vielleicht beides zusammenfaßt, wahrscheinlicher aber nur die Steuersumme des Grundes ohne den Hof darstellt. Dagegen scheinen die drei *servitia regalia*, die Ingelheim nach dem Tafelgüterverzeichnis von 1064/65³ schuldet, nur von dem Saalhof aufgebracht worden zu sein, da die dort geforderte Mannigfaltigkeit der Abgaben mit der stereotypen Gleichmäßigkeit, die die Bede der Reichsleute stets aufweist, nicht zu vereinbaren ist. Bannbezirke und Freigerichte scheinen vor der Stauferzeit nirgends im Reich zu den *servitia* der Tafelgüter herangezogen worden zu sein.

Ingelheim bietet so das klare Beispiel eines an einen Saalhof angelehnten königlichen Herrschaftsbezirkes, der aus karolingischem Reichsgut stammend, das ganze Mittelalter hindurch seinen Charakter gewahrt hat. Im 14. Jahrhundert wirkt sich das Absinken des Königtums und das Aufsteigen der Territorialmächte auch hier aus: Kurpfalz tritt an die Stelle des Reichs. Doch auch unter pfälzischer Herrschaft bleibt der Sondercharak-

2. Const. III. Friedr. II. S. 1 ff. von 1241.

3. Const. I. 440/646 ff. von 1064/65.

ter des „Ingelheimer Reichs“ deutlich sichtbar. Auch vorher schon ist die Herrschaft des Reichs hier nie ungefährdet gewesen. Immer bestand die Gefahr, daß königliche Vögte sich zu Herren eigenen Rechtes machten. Doch gelang es diese Gefahr bis zum 14. Jahrhundert zu überwinden.

Über die Freigerichte des Kinzinggrundes⁴ sind wir schlechter unterrichtet. Nur einige Urkundenangaben und eine Reihe von Weistümern späterer Jahrhunderte geben uns über sie Auskunft. Aber was wir erfahren, genügt, um uns zu zeigen, daß die hier liegenden vier Gerichtsbezirke, die wahrscheinlich früher eine Einheit gebildet haben, alle Reichslehen sind. Es sind die Freigerichte von Selbold, Gründau, Altenhaslau und Wilmundsheim (= Alzenau), von dem sich später die Gerichte zu Somborn und Krombach abgespalteten. Diese vier Gerichte zusammen umfassen als geschlossenes Gebiet das Kinzigtal von kurz oberhalb Hanau bis weit über Gelnhausen hinaus, in breitem Streifen weit ins Land hinein, im Süden die bewohnten Teile des Nordost-Spessarts und den Kahlgrund mit umfassend.

Sie stehen seit der Stauferzeit in enger Beziehung zu der Reichsstadt und Reichsburg Gelnhausen. 1349 verleiht Karl IV. den Gelnhäuser Bürgern Weidegerechtigkeit „in unsern und des richs gerichten“.⁵ Zu dieser Urkunde wurde in Gelnhausen zugefügt: „Item die Hasseler gerichte und Sonneborner gerichte heisen frihe gerichte und gehoren zum riche. Item man sal wizen, daz Grindawer gerichte gehoret zu dem riche. Item Selbolder gerichte mit den armen lüden an der Kalde“ (= Freigericht Wilmundsheim) „die man nennet die konigeslüde, sin von dem riche einem grafen von Wertheim verpfendet für ein

4. Über diese 4 Gerichte vgl.: Fr. Thudichum, Rechtsgeschichte der Wetterau (1867) II. 49 ff. — G. Simon, Die Gesch. d. reichsst. Hauses Ysenburg u. Büdingen. 1865. — Altenhaslau: Grimm, Weist. III. S. 410 v. 1354 u. S. 415 v. 1461. — Wilmundsheim: Heinrich Brückner, Das Freigericht Wilmundsheim. = Archiv d. Hist. Ver. v. Unterfranken u. Aschaffenburg 68, 1929. S. 143 ff. Dort ältere Literatur u. Quellen angegeben. — Selbold: Grimm, Weistümer III. S. 418—426 v. 1366. 1407. 1426. — G. Simon: Ysenburg u. Büdingen III. U. B. 279/280 v. 1425. — Gründau: Quellen bei Fr. Thudichum a. a. O. S. 65 ff.

5. Reimer. Hess. U. B. II. 794 v. 1349. Brückner S. 156.

geringes gelt, und dasselbe gerichte und die konigslüde sin mit wyben kommen an die Herrschaft von Isenburg“.⁶ Der ganze Komplex ist also als königlicher Bannbezirk oder als ein Gefüge von mehreren solchen zu betrachten. Über das südlichste von den vieren, das Freigericht Wilmundsheim (oder Alzenau) besitzen wir eine aufschlußreiche Untersuchung von Heinrich Brückner. Sie weist den Charakter dieses Freigerichts als königliches Banngebiet herrschaftlichen Charakters eindeutig nach, und deckt die Geschichte seiner Entfremdung vom König seit der Stauferzeit auf. Diese Charakterisierung des Wilmundsheimer Freigerichts macht zusammen mit der gemeinsamen Verbundenheit der vier Bezirke untereinander und mit Gelnhausen die gleiche königsherrschaftliche Rechtslage auch in den anderen Gerichten sehr wahrscheinlich. Die vorhandenen Urkunden bestätigen das.

Die Gerichte werden ausdrücklich des Reichs Gerichte genannt,⁷ das von Altenhaslau 1354 „des heyl. reichs frey gerichte“⁸ und heute noch ist der Name Freigericht dort lebendig. Außer dieser Bezeichnung und der Lehenrührigkeit vom Reich⁹ beweisen auch die für das Reich in Gelnhausen zu leistenden Dienste¹⁰ und die in Altenhaslau genannte Verpflichtung, dem Kaiser ein Pferd für eine Reise über den Spessart zu stellen, die herrschaftliche Zugehörigkeit zum König jenseits des Volksrechtes.

An der Spitze des Freigerichtes steht ein Amtmann oder auch Zentgraf, den der Herr, der das Gericht vom Reich zu Lehen hat, ernennt. In den einzelnen Dörfern sind meist (Unter-) Zentgrafen eingesetzt, die in kleineren Fällen selbst Gericht halten. Alles Blutgericht aber und alles Gericht um die Güter und meist auch deren Veräußerungen gehören vor das Freigericht oder Markgericht, das für den ganzen Bezirk dreimal

6. Brückner a. a. O. S. 156.

7. G. Simon, Ysenburg u. Büdingen III. S. 207 v. 1425. Reimer. Hess. U. B. II. 794 v. 1349. Böhmer-Lau II. 77/77 v. 1317. Lünig, R. A. fol. XIII. S. 806 v. 1429. Brückner. S. 156 u. 158.

8. Grimm, Weist. III. S. 410 v. 1354.

9. Brückner S. 148 ff.

10. Brückner. S. 158 ff.

im Jahre mit einer festgesetzten Zahl von Schöffen (meist sind es 14) abgehalten wird. Bezeichnend ist, daß dies Hochgericht zugleich auch Markgericht ist, da in jeden der vier Freigerichte gemeinsamer Besitz aller Dörfer an Wald und Weide besteht. Sie sind also nicht nur Gerichts- sondern auch Markgenossenschaften, und mannigfache gegenseitige rechtliche Verknüpfungen der Markrechte in den vier Gerichten untereinander¹¹ beweisen, daß sie ursprünglich eine einheitliche Markgenossenschaft gebildet haben. Die Gerichte sind überall echte Bauerngerichte, nur in der Besetzung des Gründauer Gerichts ist ein stärkerer Anteil von Rittern und Bürgern des benachbarten Gelnhausen zu bemerken. Überall zahlen die im Freigericht sitzenden Königsleute¹² Steuern, und zwar im Gründauer Gericht noch in späteren Jahrhunderten Rauchhafer, Rauchhühner und Bede, die hier den bezeichnenden Namen Herrengeld führt. Wie man sieht, entsprechen die Verhältnisse ganz denen der sächsischen Freigrafschaften. Daß wir hier nichts vom Königsbann hören, ist nicht verwunderlich, da unsere Nachrichten erst aus relativ später Zeit stammen. Der Ursprung dieser Freigerichte kann weder eine Allodialgrafschaft noch eine Amtsgrafschaft sein. Denn sie nennen sich des heiligen Reichs Freigerichte und der König ist ihr Lehensherr, als längst keine Amtsgrafschaften mehr von ihm vergeben wurden. Außerdem sind sie deutlich mehr als Gerichtsbezirke, sie sind Wirtschaftsdistrikte ehemals königlichen Herrschaftsrechts. Ein „Graf“ von Selbold wird 1109 genannt, aber augenscheinlich als Freigraf des Selbolder Freigerichts. Ebenso erweist sich eine 1024 an Fulda geschenkte Grafschaft Berbach schon durch diese Schenkung als königlicher Bannbezirk.¹³ Eine Gaugrafschaft im herkömmlichen Sinne ist schon darum ausgeschlossen, weil die vier Teile des ursprünglich einheitlichen Bezirks zu verschiedenen Gauen gerechnet worden sind, die Gaugrenzen also das

11. Rothenbergen im Gericht Gründau hat Mastrecht in der Selbolder Mark, Altenhaslau und Hailer (Mark Altenhaslau) haben Weiderecht in der Selbolder Mark.

12. So werden sie noch 1482 genannt (Simon, Ysenburg u. Büdingen III. Urk.B. 279/280 v. 1482.

13. Brückner S. 159 ff. — Schannat. Tradit. Fuld. S. 247.

Gebiet durchschneiden. Für eine Amtsgrafschaft ist hier kein Raum. Hier wohnen freie Königsbauern, aber keine Grafschaftsfreien im Sinne der karolingischen Grafschaftsverfassung.

Karl Glöckner erklärt die „Freiheit“ dieser Gerichte und Bauern hier und an anderen benachbarten Stellen als Freiheit von einer Landesherrschaft, wie sie sich hier unter besonders günstigen Verhältnissen habe durchsetzen können. Seiner Ansicht nach entstammt also diese Bezeichnung den Kämpfen um die entstehende Territorialmacht im Spätmittelalter.¹⁴ Das ist für das Spätmittelalter insofern richtig, als die Betonung der Freiheit sich damals stets gegen die Seite richtete, von der aus sie am stärksten bedroht war, und das war die Landesherrschaft. Denn diese Freiheit war der Schild, der in vielen Fällen vor einer drohenden Landeshoheit retten konnte, zum mindesten für eine gewisse Zeit, so wie dies in Kaichen in der Wetterau zu beobachten ist. Aber die Verwendung des Wortes „Freiheit“ in diesem Sinne sagt noch gar nichts über ihren Ursprung aus. Womit hätte man während des Ringens selbst die erstrebte Freiheit begründen sollen, wenn der Ursprung dieser Freiheit nicht älter war als der Kampf gegen die Landeshoheit? Oder sollte die Bezeichnung erst aufgekommen sein nach einem auf ganz anderer Grundlage ruhenden Kampf gegen die drohende territorialstaatliche Gewalt? Dann müßte die Bezeichnung Freigericht, Freibauer, Freigut usw. sich nur dort finden, wo man sich von einer Landeshoheit freizuhalten gewußt hat. Gerade die Freigerichte des Spessarts stehen aber alle unter Mainzischer oder Hanauischer Landeshoheit. Diese ganze Betrachtungsweise geht zu sehr vom Spätmittelalter aus. Man hatte nur dann Aussicht darauf, ohne territorialstaatliche Untertänigkeit bleiben zu können, also die „Freiheit“ zu erkämpfen, wenn man schon von jeher am König einen anderen stärkeren Herren hatte, der, solange er stark war, vor jeder anderen Herrschaftsuntertänigkeit bewahren konnte. Nur wer reichsunmittelbar, reichsfrei war, d. h. unter königlichem Schutz stand, konnte den Kampf für Freiheit von der Territorialherrschaft überhaupt auf-

14. Karl Glöckner, Das Reichsgut im Rhein-Main-Gebiet. Archiv f. hess. Gesch. u. Altertkde. N.F. 18. S. 211 ff.

nehmen. Die Freiheit war also Voraussetzung und nicht nur Ergebnis des Kampfes, (Freiheit dabei allerdings zweimal in einem etwas verschiedenen Sinne gebraucht). So wichtig darum auch der Kampf gegen die Landesherrschaft für die Erhaltung der Freigerichte oder doch für die Bewahrung eines Teiles ihrer Rechte auch unter der Landesherrschaft war, eine Deutung der Freigerichte ist auf diesem Wege nicht zu gewinnen. Sie kann auch nicht von dem einzelnen lokalen Fall, sondern nur von dem Gesamtbild der deutschen Freigerichte ausgehen.

Die gesamte Lage der Freigerichte des Vorspessarts weist auf den königsherrschaftlichen Charakter dieser Gebiete hin. Kinzigabwärts schließen sich die Reichswälder um Hanau an, auf der anderen Seite des Flößchens dehnt sich der große Büdinger Reichswald und die Wetterau. Auch Reichsgut ist im Kinzigtal in der Ottonenzeit schon nachweisbar, allerdings oberhalb Gelnhausen. Einen Saalhof, an den sie sich, ähnlich wie in Ingelheim der Freigerichtsbezirk, hätte anlehnen können, gab es zunächst augenscheinlich nicht. Erst die Gründung der Burg Gelnhausen schuf einen wirtschaftlichen Mittel- und militärischen Stützpunkt, der Rückhalt bot. Doch bekam Gelnhausen erst in der Stauferzeit Bedeutung. So können diese Freigerichte nicht als Zubehör eines Saalhofes angesehen werden, sie haben ihre selbständige Stellung innerhalb der Reihe königlicher Herrschaftsbezirke gehabt. Mit den Hanauer Königsforsten ist ein gewisser Zusammenhang unserer Freigerichte anzunehmen, doch nicht so, daß man ihre Entstehung aus Rodungen innerhalb des Königsforstes annehmen könnte. Denn der Kinziggrund und seine Seitenlandstriche sind, soweit sie nicht versumpft waren, altbesiedeltes Gebiet.

Anders steht es mit den Gerichts- und Herrschaftsbezirken, die innerhalb des Forstes Dreieich¹⁵ entstanden sind, der die ganze von Main und Rhein begrenzte Ebene bis zu einer Ost-

15. Grimm, Weistümer I. S. 498 v. 1338. — Otto Ruppertsberg u. Rudolf Welcker, Die Dreieich in: „Rund um Frankfurt“. Hrsg. v. H. Bingemer. Frankfurt a. M. 1924. S. 83 ff. — Karl Schumacher, Siedelungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande von der Urzeit bis in das Mittelalter. Mainz 1925. S. 206 ff. — Friedr. Scharff, Das Recht in der Dreieich. Frankfurt 1868. — H. Bingemer, Das nördl. Dekumatenland. S. 99 ff.

West-Linie, die südlich Darmstadt vorbeizog, umfaßte. Wir kennen seine Grenzen zwar erst aus einem Weistum von 1338, aber sie sind sicherlich als alt anzusprechen. Alle Kennzeichen der Reichsforste finden sich hier wieder: die königliche Jagdhoheit, die Herrschaft des Königs über Wald und Weide des Gebietes, aber auch über alle Rodungen und anderen Siedlungen und Grundstücke darin und die allgemeine Gültigkeit der Königsbannstrafe innerhalb seiner Grenzpfähle. Ein vom König eingesetzter Vogt hält das Gericht ab (hier gemeinsam mit dem Frankfurter Reichsschultheißen), alle Einwohner des Gebietes sind dort dingspflichtig. Es ist Schöffengericht, und zwar zugleich Blutgericht und Forstgericht. Alle Inhaber von Hufen des Gebietes sind zu bestimmten Abgaben verpflichtet. Alles in allem das wohlbekannte Bild des Königsforstes¹⁶ und Königsbanngebietes¹⁷.

Ursprünglich war das Gebiet der Feuchtigkeit des Bodens wegen nur stellenweise und dünn besiedelt, und ist es zum Teil auch heute noch. Aber in den etwas höher gelegenen Teilen, vor allem südlich von Offenbach und westlich und nordwestlich von Darmstadt, bestanden Siedlungen und entstanden durch Rodungen neue Dorfgemeinden und Gruppen von solchen, die bald ein Eigenleben entwickelten. Mit dem Zerfall der Königsmacht nach dem Interregnum fielen diese Teile verschiedenen Herren zu, die meist früher königliche Vögte waren. Weistümer berichten uns von den Rechtsverhältnissen dieser „Marken“¹⁷ oder „Centen“ genannten Dörfergruppen. So lernen wir kennen: das Gericht zu Oberrad,¹⁸ die Bieberer Mark,¹⁹ die Röder Mark,²⁰

16. Über die Rechtsverhältnisse der Forsten vgl. Hermann Thimme. *Forestis*. Archiv f. Urkundenforschung II. S. 124 ff., dazu ebd. S. 327 ff.

17. Daß häufig Königsbannbezirke als Marken bezeichnet wurden, wurde schon wiederholt besprochen. Siehe oben S. 87 und S. 232 und Anm. 187 von S. 87 und Anm. 4 von S. 231.

18. Grimm, Weistümer I. S. 520 v. 1452. Herr der Mark ist hier der Rat der Reichsstadt Frankfurt, deutlich als Erbe des Königs, denn die regelmäßig zu zahlende Bede heißt noch Königsbede.

19. Umfaßt: Bieber, Mühlheim, Dietesheim, Hausen, Obertshausen, Rembrücken, Heusenstamm, Offenbach, Bürgel und Rumpenheim. Herr der Mark ist der Erzbischof von Mainz, sie gehört später zu dem Steinheimer Landgericht (Grimm, Weistümer IV. 555. 16. Jhd.). Vogt ist der Herr von

die Dieburger Mark,²¹ die Zent Umstadt,²² die Mark Babenhause,²³ die Grafschaft Ostheim oder Grafschaft Bachgau,²⁴ die Auheimer Mark²⁵ und die Obermark.²⁶ Weiter östlich schließen sich die Grafschaft Bessungen,²⁷ die Gerauer Mark²⁸ u. a. an.

Falkenstein als Erbe der Münzenberger. Grimm, Weistümer I. 512 v. 1385. — IV. 554, 16. Jhd. Alfons Dopsch, Die freien Marken in Deutschland S. 28/29 u. 90/91. Fr. Thudichum, Rechtsgesch. d. Wetterau I. 324.

20. Umfaßt: Niederroden, Oberroden, Jügesheim, Hainhausen, Urberach, Messel, Dudenhofen, Dietzenbach. Märkerding zu Oberroden, Landgericht (dieselben Dörfer umfassend) zu Niederroden. In die Herrschaft über die Mark teilen sich Mainz und Hanau. 4 Märkergerichte im Jahr, mit Vogt, Schultheiß und Schöffen. Das Landgericht ist mainzisch. Grimm, Weistümer IV. 542, 544, 545, 549 u. 551; I. 542 ff. Fr. Thudichum a. a. O. S. 325.

21. Umfaßt: Dieburg, Holzhausen, Monfeld, Altenstatt, Münster, Klein-Zimmern, Groß-Zimmern, Spachbrücken, Georgenhausen, Zeilhard, Dilschhofen, Roßdorf, Gundershausen. Herr der Mark ist der Erzbischof von Mainz, er setzt d. Zentgrafen ein. Grimm, Weist. IV. 533 ff. v. 1429. Thudichum a. a. O. S. 326. H. Simon, Ysenburg u. Büdingen I. 149.

22. Die 27 zugehörigen Orte sind aufgezählt bei Thudichum a. a. O. S. 327. Pippin schenkt den Hof Umstadt mit der Mark an Kl. Fulda (Dipl. Karol. 21/30 v. 766). Karl d. Große bestätigt dies 771 (Dipl. Karol. 63/91 v. 771), ebenso Otto II., wobei die Bede, die vorher an den König gegeben wurde, und die Bannrechte ausdrücklich genannt werden (Dipl. II. Otto II. 15/412 v. 985). Die Vogtei über die Zent haben die Pfalzgrafen und von ihnen die Grafen von Katzenelnbogen (Wenck, Hess. Landesgesch. I. 47/33 v. 1267 und 29/35 v. 1257), die schließlich auch die Landeshoheit erlangen. Grimm, Weist. V. 237 v. 1455 = Baur, Hess. Urkk. IV. 99.

23. Umfaßt: Babenhausen, Altdorf, Harreshausen, Sickenhofen, Hergershausen, Eppertshausen u. zwei ausgegangene Orte. Herr der Mark ist der Graf von Hanau. Grimm, Weist. IV. 547 v. 1355. Thudichum a. a. O. S. 326. Alfons Dopsch a. a. O. S. 26/27. Gemeinsame Rechte mit Dörfern der Rödermark weisen auf ursprüngliche Zusammengehörigkeit hin.

24. Die 18 zugehörigen Orte zählt Fr. Thudichum a. a. O. S. 327 auf. Dort siehe auch die Angabe der Urkunden und der Geschichte der Grafschaft. Für uns ist wichtig, daß die Könige Adolf von Nassau, Heinrich VII. und Ludwig der Bayer bei ihrer Wahl jedesmal auf Anrechte des Reichs an der Grafschaft zugunsten des Erzbischofs von Mainz verzichten.

25. Umfaßt: Klein-Auheim, Hainstadt, Weiskirchen, Klein-Krotzenburg, Froschhausen. Grimm, Weistümer IV. 552 vom 15. Jhd. Thudichum, a. a. O. S. 325. Dopsch a. a. O. S. 28/29 und 90/91.

26. Umfaßt: Zellhausen, Mainflingen, Klein-Welzheim. Thudichum ebd.

27. Dipl. III. Heinr. II. 268/318 v. 1013: Heinrich II. verleiht dem Bistum Würzburg die Grafschaft Bessungen. Hier fehlen Nachrichten über die Markrechte.

Alle diese Marken sind Zerfallsprodukte des Reichsforstes Dreieich. Sie haben ein sehr verschiedenes Schicksal,²⁸ doch im Grunde alle den gleichen Charakter. Alle sind Hochgerichtsbezirke, doch zugleich auch Markgenossenschaften. Blutgericht und Markgericht fallen zusammen oder stehen nebeneinander. Jede Dorfgruppe hat gemeinsam Rechte am Wald der Mark und an Wasser und Weide darin. Alle Gerichte sind Schöffengerichte, wobei die einzelnen Schöffen von den verschiedenen Dörfern der Mark gestellt werden. Stets hat die Mark einen Markherren (als Nachfolger des Königs), der den Vogt oder Zentgrafen, wie er meist genannt wird, einsetzt, und Steuern von den Bewohnern der Mark bezieht. Nur selten wird der Herkunft aus königlichem Recht noch gedacht, so z. B. in der Schenkung von Umstadt an das Kloster Fulda, wo von Abgaben die Rede ist, *que . . . ad regium usum et fiscum a publicis exactoribus solite erant exigi . . .*, in dem Verzicht Adolfs von Nassau und seiner Nachfolger auf die Rechte des Reichs im Bächgau, und noch im 15. Jahrhundert in einem Weistum von Oberrad, wo die „konigsbede“ genannt wird. Meist jedoch wird entsprechend dem Interesse der an die Stelle des Königs tretenden neuen Herrschaften von dem ursprünglichen Königsrecht nicht mehr gesprochen. Auch hat das Reich die Reichslehnbarkeit dieser Bezirke hier nicht zu behaupten verstanden wie in den Freigerichten des Kinziggrundes und Vorspessarts. In zwei Fällen, in der Bieberer Mark und in Klein-Auheim wird sogar im 14. Jahrhundert ausdrücklich betont, daß die Märker die Mark „zu rechtlichem eigen“ haben, „von nymand zu lehen, weder von konige oder von keisern“, doch hat bereits Dopsch²⁹ nachgewiesen, daß das kein volles Eigentumsrecht der Markgenossen bedeuten kann, weil wir aus denselben oder verwandten Weistümern erfahren, daß der Erzbischof von Mainz Herr der ganzen Mark ist und als Vogt — das Wort ist bezeichnend — in Bieber den Herrn von Falkenstein einsetzt. Von den Falkensteinern aus aber führt eine direkte Linie über die Mün-

28. Die 16 zugehörigen Orte bei Thudichum a. a. O. S. 322. Grimm, Weist. I. S. 493 v. 1424. — 494 v. 1497. — V. S. 717.

29. Alfons Dopsch, Die freien Marken in Deutschland. 1933. Franz Varrentrapp, Rechtsgesch. u. Recht der gemeinen Marken in Hessen. 1909.

zenberger Ritter zu den Herren von Hagen (= Dreieichenhain, Mittelpunkt des Forstes Dreieich) hin, die wir als die ältesten kaiserlichen Vögte der Dreieich kennen. Diese Rückführung der genannten Marken auf den Reichsforst und sein Bannrecht erklärt die Rechtslage dieser Marken deutlicher noch, als es Dopsch ohne diese Ableitung vermochte. Die Ergebnisse von A. Dopsch und Herm. Wießner³⁰ bestätigen sich jedoch vollauf. Diese Marken sind also nicht Reste alter vollfreier Bezirke, sondern Herrschaftsgebiete, wie Dopsch nachwies, aber sie sind mehr als das, sie sind Gebiete alten Königsrechtes, Distrikte des Königsbannes, wohlverstanden nicht geschlossenen königlichen Grundbesitzes. Denn Herrschaftsrecht und Grundeigentum ist stets auseinanderzuhalten. Das erst macht ihre Sonderstellung erklärlich, und auch das Markgericht und den gemeinsamen Waldbesitz als Erbe königlicher Forstherrschaft und Forstgerichtbarkeit voll verständlich. Die von Dopsch und Wießner aufgezeigte Tendenz der Markgenossen, die Herrschaft des Herren über die Mark zu lockern und das eigene Verfügungsrecht zu steigern, und so herrschaftliche Marken in freie oder fast freie Marken umzubilden, rückt so auch erst in das rechte Licht. Denn wenn mit dem Absinken der Königsmacht seit dem Interregnum der eigentliche Herr der Mark in ihr fast bedeutungslos wurde, war es eine für die Markgenossen gegebene Gelegenheit zu versuchen, ihre Rechtsstellung in der Mark zu heben, wie andererseits auch die vom König eingesetzten Markherren versuchten, aus dem Schwinden der Königsmacht für sich Nutzen zu ziehen. Für den allenthalben zu beobachtenden Kampf um die Mark war jetzt der Raum gegeben, da das Königtum auswich. Auch die Bezeichnung des Gutes der Markgenossen als „freies Eigen“, die Dopsch und Wießner allenthalben nachweisen, erklärt sich so ohne weiteres als Ausdruck der alten Reichsunmittelbarkeit, d. h. der Zugehörigkeit zu einer Königsherrschaft, so wie wir diese Verwendung des Wortes frei schon wiederholt vorfanden. Man hielt an dieser Bezeichnung, wie so oft, zäh fest mit deutlicher Spitze gegen die drohende oder auch

30. Herm. Wießner. Sachinhalt u. wirtschaftl. Bedeutung der Weistümer im dt. Kulturgebiet. 1934.

schon bekannte Landesherrschaft, auch als die Mark faktisch schon längst einen anderen Herren hatte, und nur das Gedächtnis noch den alten Charakter königlichen Herrschaftsrechtes bewahrte. Diese Marken sind also nicht als Reste altgermanischer freier Markgenossenschaften zu betrachten — eine solche hat nie bestanden — sondern als Bezirke königlichen Herrschafts- und zwar Forstbannrechtes, in denen Siedlungen lagen und vor allem aus Rodungen Dörfer entstanden, die als Bestandteile des Forstgebietes Nutzungsrechte am Markwald hatten, und zur Ausnutzung und Regelung dieser eine Genossenschaft unter der königlichen Muntgewalt bildeten. Die Rechte der Markgenossen nahmen in dem Maße zu, in dem die Königsmacht sank, doch stand als Konkurrent und meist als stärkerer Konkurrent, ihnen der Herr gegenüber, der das Erbe des Königs in seiner Herrschaft antrat, und außerdem der Vogt oder Märkermeister, den dieser einsetzte. Wer zum Schlusse siegte, war eine Frage der lokalen Machtentwicklung. Wem das Grundeigentum des Gebietes zusteht, wird davon nicht berührt. Eigentum und Herrschaftsrecht gehen eigene Wege. Ursprünglich stand beides dem König zu. Doch das Eigentum ging schneller in andere Hände über (teils schon in karolingischer Zeit) als das Herrschaftsrecht. Das ist das Bild, das die Marken des Dreieichforstes uns bieten.

Von den anderen hessischen Markgenossenschaften wird unten zu reden sein. Weitere Quellenzeugnisse können aber jetzt schon das Gesagte bestätigen. Wir finden Zeugnisse für die Geschieke der Marken im Wesentlichen an drei Stellen, wenn wir die Frage der Markgrafschaften und der Grenzmarken eines Volkes als ein besonderes Problem beiseite lassen. Es sind dies die Weistümer, die Schenkungsurkunden der deutschen Könige, vor allem der Ottonen und Aufzeichnungen wie der Codex Laureshamensis. Die erste Gruppe haben wir teilweise schon besprochen. Andere Weistümer, wie die der Hohen Mark im Taunus werden wir bei der Durchwanderung unseres Gebietes zu betrachten haben. Die zweite Gruppe, die Königsurkunden, enthalten einmal oft die Angabe, daß ein vom König geschenktes Gut in der Mark X gelegen sei,³¹ in anderen wird angegeben,

31. Dipl. II. Otto III. 248/664 v. 997. — 249/665 v. 997.

daß die Mark X selbst vom König verschenkt wird.³² Diese Stellen zeigen also deutlich die Verbindung von königlichem Herrschaftsrecht mit den Marken, ohne allerdings deren Charakter näher erkennen zu lassen. Doch wir besitzen noch klarere Zeugnisse, vor allem in einer Urkunde Karls des Großen,³³ in der er eine „Waldstrecke aus der Mark unseres Fiskus Kinzheim“ verschenkt, die in der Urkunde dann *silva ex foreste nostra* genannt wird. Hier haben wir geradezu eine Definition von Mark in den Worten: *hoc est silva ex foreste nostra*. Eine genaue Grenzbestreibung folgt. Hier sind in aller Deutlichkeit die Bestimmungen des Begriffs gegeben: ein Stück des Königsforstes mit genau abgesteckten Grenzen, augenscheinlich zu Siedlungszwecken bestimmt. Ebenso werden in einer Urkunde Konrads II.³⁴ die königlichen Rechte in zwei Marken verschenkt mit dem Zusatz *cum banno nostro et fredo* und mit einer Immunitätsformel, die jede Gerichtsbarkeit und jede Steuererhebung anderer Gewalten ausschließt. Diese Marken bilden also Bezirke des Königsbannrechts unter königlicher Herrschaft mit Immunität, eigener Gerichtsbarkeit und eigener Abgabepflicht. Alles das bestätigt das oben gewonnene Bild auf das Beste. Nur ein Zusatz in einer Mark-Schenkungsurkunde Ottos II. von 982³⁵ scheint zunächst dem zu widersprechen. Denn die Urkunde setzt fest, daß die *fiscalini servi*, qui pertinent ad *predicta loca*, dasselbe Recht behalten sollen, das ihre Vorfahren unter königlicher Herrschaft gehabt haben, Unfreie passen aber zu dem gewonnenen Bild der Marken und Markgenossenschaften schlecht. Doch muß sich einmal die Notiz nicht auf die geschenkten Marken beziehen, da nicht nur diese sondern auch zwei Höfe in derselben Urkunde vergabt werden. Bezieht man *predicta loca* auf die Höfe, was schon des Plurals wegen alle Wahrscheinlichkeit für sich hat, so fällt jede Schwie-

32. Dipl. I. Otto I. 65/146 v. 945. — 95/178 v. 948. — 133/213 v. 951. — 134/214 v. 951. — 152/232 v. 952. — 196/277 v. 958. — 223/307 v. 961. — Dipl. II. Otto II. 15/22 v. 967 *marcam* . . . *sub emunitatis firmatione* mit Immunitätsformel für die Mark.

33. Dipl. Karol. I. 84/120 v. 774.

34. Dipl. IV. Konr. II. 4/5 v. 1024.

35. Dipl. II. Otto II. 284/331 v. 982.

rigkeit fort, da zu ihnen auch Unfreie als Kolonen oder Knechte gehören können. Wählt man diese Erklärung nicht, so beweist die Urkunde auch noch nichts gegen unsere Auffassung. Denn es können auch freie Hintersassen gelegentlich mit *fiscalini servi* bezeichnet werden. Für diese Erklärung spricht der Hinweis auf die Herrschaftsverhältnisse der Vergangenheit. Welche von beiden Erklärungen man also auch vorziehen mag, eine Notwendigkeit, das gewonnene Bild der Marken als Königsbannbezirke abzuändern, liegt keineswegs vor.

Die dritte Gruppe von Zeugnissen entstammt dem *Codex Laureshamensis*.³⁶ Dort finden wir sehr häufig dieselben beiden Gruppen von Belegen, die die Diplomata aufwiesen: die Angabe der Lage eines geschenkten Gutes nach der Mark, oder die Übertragung einer solchen. Auffallend ist, daß solche Angaben auch bei nicht königlichen Schenkern vorkommen, so z. B. bei der berühmten Schenkung Michelstadts durch Einhard.³⁷ Doch stellt, wie gerade dies Beispiel zeigt, dieser Umstand keinen Gegenbeweis dar, da diese Mark ebenso wie Michelstadt selbst ein Geschenk der Karolingerkönige an Einhard war, und ihren Charakter als Mark auch nach der Vergabung behalten hat. Außerdem liegen die im *Codex* immer wieder vorkommenden Marken stets in Gegenden, die, wie wir wissen, die großen Reichsforsten oder Königsgutsbezirke umfaßten. Das charakteristischste Beispiel stellt die Mark Heppenheim dar,³⁸ bei der der Ursprung aus einem königlichen Forste und die Entstehung durch Abteilung von anderen ebenfalls als Marken bezeichneten Teilen des Forstes feststeht. Man hat oft Anstoß an der Größe dieser Mark genommen, die einen beträchtlichen Teil des Odenwaldes vom Melibokus bis zum Neckar umfaßt, doch es ist nicht abzusehen, warum Bezirke des Königsforstes und Königsbann-

36. *Codex Laureshamensis* hrsg. v. H. Glöckner (= Arbeiten der hist. Kommission f. d. Volksstaat Hessen). Die Belege finden sich sehr häufig, wir nennen nur einzelne beliebig herausgegriffene Beispiele: I. 6/279. — 8/284. — 10/286. — 12/289. — 33/316. — 34/318. — 37/320. — 47/330. — 48/331. — 51/333.

37. *Cod. Lauresh.* I. 20/301. v. 819 (Reg. 3151). — Ebenso 10/286 (Reg. 501).

38. *Cod. Lauresh.* I. 6/277 v. 773.

rechtes eine Normalgröße haben sollten, warum man in dünn besiedeltem Gebiet nicht für bestimmte Zwecke auch größere Marken gebildet haben sollte. Der große Forst Dreieich ist im Grunde nichts anderes.

Auch Marken, deren Charakter wir bereits kennen, finden sich im Codex Laureshamensis zusammen mit den anderen wieder, so z. B. die Rödermark.³⁹ Sieht man dies Verzeichnis und im Vergleich damit die oben genannten Trierer Güterverzeichnisse⁴⁰ durch, so fällt die Parallele sofort auf: ebenso wie im Lorscher Verzeichnis die marca immer wiederkehrt, so dort der bannus, d. h. der Bannbezirk, den wir schon als ursprünglich königlichen Bannbezirk nachweisen konnten. Alle diese Zeugnisse bestätigen also den königsherrschaftlichen Charakter der Marken. Wenn die besonders wichtigen Marken des Taunus nicht ein anderes Bild ergeben, so können wir unsere Ableitung der Marken für unser Gebiet und mit Wahrscheinlichkeit auch darüber hinaus als bewiesen ansehen. Damit bestätigen sich einige Grundlinien der Rübel'schen Darlegungen,⁴¹ ohne daß allerdings alle die Einzelheiten, die Rübel so genau zu kennen glaubte, damit bestätigten. Jedenfalls sind diese Marken aber nicht das Gebiet wirtschaftlich und persönlich unabhängiger Markgenossenschaften vollfreier Bauern. Sie sind geschaffen durch königlichen Willen aus königlichem Herrschaftsrecht heraus. Königsbann formt diese Marken.

Ergänzend sei darauf aufmerksam gemacht, daß Wießner³⁰ auch in anderen Marken außerhalb unseres mittelhheinischen Gebietes entsprechende Verhältnisse nachweist. Eine gewisse Unklarheit entsteht bei Wießner nur, wo er von Bann und Königsbann redet. Da er den alten Begriff des Königsbannes zugrunde legt, kann er zu keinem scharfen Bilde kommen.

Eine Bestätigung findet unsere Erklärung der Marken auch darin, daß in Westfalen, das wir als Gebiet besonders ausgehnter königlicher Herrschaftsbezirke bereits kennen, sich ein dichtes Netz von Marken und Markgenossenschaften nachweisen

39. Cod. Lauresh. I. 12/289 v. 776 (Reg. 1952).

40. Siehe oben S. 236.

41. Karl Rübel, Die Franken. 1904.

läßt. Sie treten dort erst in Erscheinung, als die Königsmacht ihren Höhepunkt schon erreicht oder schon überschritten hat, wie Heinrich Schotte nachgewiesen hat.⁴²

Wir haben nun die Grundlage gewonnen, um die Wanderung durch die verschiedenen Teile unseres Gebietes antreten zu können. Wir beginnen mit dem uns schon bekannten Forst Dreieich. Seine Grenzen verlaufen von der Mainmündung den Main aufwärts bis Höchst, dann niddaaufwärts bis Vilbel (nördlich von Frankfurt) und von dort fast südlich zum Main zurück, so daß ein Frankfurt umschließendes Stück des rechten Mainufers einbezogen ist. Die Grenzen folgen dann dem Main bis einige Kilometer über Aschaffenburg hinaus, verlaufen von dort südwestlich auf den Otzberg am Rande des Odenwaldes zu und von dort ostwestlich nach dem Rhein bei Stockstadt (zuletzt dem Laufe der Modau folgend und etwa durch die Orte Reinheim, Ober-Ramstadt, Eberstadt, Pfungstadt und Stockstadt bestimmt). Von dort folgt die Grenze dem Rhein bis zur Mainmündung. In diesem Gebiet lagen in karolingischer Zeit dem Lorscher Reichsgüterverzeichnis zufolge⁴³ in unmittelbarer königlicher Verwaltung stehendes Reichsgut in Tribur, Frankfurt, Griesheim, Kelsterbach, Vilbel, Seckbach, Königsstätten, Nauheim, Gerau, Bischofsheim, Astheim, Sprendlingen, Rüsselsheim und Mörfelden. Dazu kommt von früh an Kirchen gegebenem Gut Steinheim bei Hanau, Seligenstadt und die unmittelbar Mainz gegenüberliegende Ecke zwischen Main und Rhein. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß das ganze Gebiet aus Reichsgut bestanden habe. Aber Königsherrschaft und Königsgut stehen meist in Verbindung miteinander.

Das ganze Gebiet des Forstes teilt sich in die genannten Marken, die wir als seine Zerfallsprodukte kennengelernt haben, auf, und zwar ohne Rest, wenn man die Freigrafschaften Wolfs-

42. Heinrich Schotte, Studien zur Geschichte der westfälischen Mark u. Markgenossenschaft. = Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 29. N.F. 17. 1908.

43. Cod. Lauresh. I. Nr. 3651—3675 (Nr. 3673) von 830—850.

kehlen⁴⁴ und Bornheimer Berg,⁴⁵ den Markwald der Dörfer Rüsselsheim, Raunheim und Bischofsheim,⁴⁶ das unmittelbar zu Dreieich gehörige Zentrum des Forstes⁴⁷ und die größten der genannten Reichsgüter: Frankfurt, Griesheim, Tribur, Steinheim und Seligenstadt zurechnet. In diesem nicht unbeträchtlichen Raum ist also für andere als königsherrschaftliche Gerichtsbarkeit oder deren Ableitungen kein Raum. Das ergibt sich schon von dem ursprünglichen Forstrechte aus. Umgekehrt läßt sich aber auch hier vom Spätmittelalter zurückblickend alle dort vorgefundene Gerichtsbarkeit und Markherrschaft auf die am Ausgangspunkt stehende Königsherrschaft zurückführen. Beides ergänzt sich gegenseitig, und zeigt daß für eine Amtsgrafschaft und für Grafschaftsfreie hier kein Raum bleibt. Das schließt jedoch nicht aus, daß Grundbesitz auch in diesem Gebiet in anderen Händen liegt, wie z. B. vieles Gut durch königliche Schenkung an Kirchen kam. Denn Grundbesitz und Herrschaft sind stets auseinanderzuhalten.

Diese Untersuchung ließe sich auch auf das nach Süden sich anschließende Gebiet, den Odenwald und die rechtsrheinische Tiefebene, das Ried, bis zum Neckar hin ausdehnen. Denn wir wissen, daß der Wildbann anschließend an den Forst Dreieich südlich sich hinziehend zwischen Rhein und Bergstraße bis zum Neckar Kloster Lorsch gehörte.⁴⁸ Augenscheinlich rührte er aus königlicher Schenkung her. Auch hier erwachsen Marken

44. Gudenus I. 260/625 v. 1252. Die Grafschaft liegt nur zum Teil im Dreieich (Stockstadt, Erfelden, Leeheim, Dornheim, Goddelau u. a.), reicht aber nach Süden weit darüber hinaus. Der Zusammenhang mit dem dazu gehörigen Wildbannrecht zeigt deutlich die Entstehung aus Königsbannrechten, entweder unmittelbar oder auf dem Umwege über Kloster Lorsch.

45. Die Grafschaft Bornheimerberg, die den ganzen rechtsmainischen Teil des Forstes Dreieich außer Frankfurt und Griesheim umfaßt, wird unten zu besprechen sein. Die Zugehörigkeit dieses Gebietes zum Dreieich zeigt, daß durchaus nicht nur Waldgebiete zur Dreieich gerechnet werden. Der Begriff ist also anders, und zwar weiter zu fassen.

46. Grimm, Weist. IV. 557.

47. Im wesentlichen Dreieichenhain und Umgebung, Langen u. Sprendlingen umfassend. In Sprendlingen befindet sich ein Untergericht unter einem Vogt. Vgl. Grimm, Weist. V. 243 v. 1578.

48. Grimm, Weist. I. 463 ff. von 1423.

aus dem königlichen Forstrecht. Wir kennen in diesem Gebiet die Marken von Heppenheim,⁴⁹ Bensheim,⁵⁰ Bürstadt,⁵⁰ Virnheim⁵¹ und Handschuhsheim,⁵² und die schon genannte Grafschaft Wolfskehlen.⁵³ Hier liegt auch das Kloster Lorsch, das auch enge Beziehungen zum König aufweist. Die sich östlich anschließenden Marken von Heppenheim und Michelstadt, die fast den ganzen südlichen Odenwald umfassen, entstammen, wie wir wissen, königlichem Herrenrecht. Außerdem hören wir, daß die ehemals königlichen Herrschaftsrechte im südlichen Odenwald lange Zeit zwischen Worms und Lorsch strittig waren.⁵⁴ Die Grafschaftsrechte in diesem Bezirk, dem Lobedengau, erhielt Worms 1011 von Heinrich II., und wenn wir nicht bereits den Charakter solcher an geistliche Fürsten geschenkten königlichen Grafschaften kannten, so würde der Zusammenfall mit den Marken von Heppenheim und Michelstadt dafür beweisend sein. Auch dies Gebiet teilt sich in die uns in späteren Jahrhunderten bekannten Mark- und Gerichtsbezirke fast restlos auf, so daß auch hier kein Raum für andersartige Bezirke bleibt. Es sind dies die Marken von Heppenheim,⁵⁵ Michelstadt,⁵⁶ Rodenstein,⁵⁷ Reichenbach,⁵⁸ die Cent Ober-Ramstadt⁵⁹ und die zu Kloster Lorsch gehörigen Gebiete um Bensheim.

Aus alledem wird deutlich, daß auch dies Land südlich der Dreieich im wesentlichen dieselbe Struktur hat, daß auch hier königliche Herrschaftsrechte die Grundlage der Rechtsentwick-

49. Cod. Lauresh. I. 6/277 v. 773. Schenkung Karls d. Gr. — Grimm, Weist. I. 469 v. 1430.

50. Cod. Lauresham. I. 10/286 (Reg. 501).

51. Ebd. 8/284 v. 77. — 65/347.

52. Ebd. 51/333 v. 891 (Reg. 3536).

53. siehe oben Anm. 44.

54. Dipl. III. Heinr. II. 22/263 v. 1011. Cod. Lauresh. I. 92/374 und 93/375. Dipl. Karol. 257/371 Fälschung d. 10. Jhds.

55. siehe auch Anm. 49.

56. Cod. Lauresh. I. 20/301 (Reg. 3151) v. 819. Ludwig der Fromme schenkte M. an Einhard, dieser an Lorsch.

57. Grimm, Weist. IV. 537. Thudichum, R.G. d. Wetterau I. 323.

58. Grimm, Weist. I. 475 v. 1514.

59. Grimm, Weist. I. 484—87 v. 1492. ebd. V. 541. Hochgericht und Gericht über Wasser und Weide.

lung bilden. Damit steht der große geistliche Besitz in diesem Gebiet, den K. Hattemer in seiner Territorialgeschichte der Landgrafschaft Hessen⁶⁰ zusammenstellt, nicht im Gegensatz, da diese Besitz- und Herrschaftsrechte, wie Hattemer zeigt, auf königliche Schenkungen an die Klöster Lorsch und Fulda und an die Bistümer Mainz, Worms und Würzburg zurückzuführen sind. Es würde aber zu weit führen, auch in diesem Landstrich den Einzelnachweis für die Herkunft der Rechte aller Gerichtsbezirke zu führen. Jedenfalls ist aber der Aufbau des öffentlichen Lebens auch hier nicht von Gaugrafschaften sondern von Herrschaftsrechten des königlichen Muntherrn aus bestimmt.

Dabei kann es offen bleiben, ob von den kleineren Dynastengeschlechtern des ganzen Gebietes die von Bickenbach-Tannenberg, von Frankenstein, von Gemmingen in Fränkisch-Crumbach und von Rodenstein als Dynasten eigenen Herrschaftsrechtes allodialen Besitzes oder als Vögte von Reichsgut, das sie unter ihre eigene Botmäßigkeit zu bringen wußten, hochgekommen sind. Unseres Erachtens hat das letztere viel mehr Wahrscheinlichkeit für sich, da nicht abzusehen ist, wie in einem so geschlossenen Gebiete königlicher Bannherrschaft Allodialherrschaften hätten entstehen sollen, wenn nicht durch Schenkungen oder Aneignungen königlichen Gutes. Von den Grafen von Hagen (Dreieichenhain) und ihren Erben, den Münzenbergern, ebenso aber auch von den Grafen von Katzenelnbogen wissen wir, daß ihre Herrschaften in diesem Gebiet aus Vogteien über Reichs- und Reichskirchengut gegründet wurden.

Im Süden schließen sich weitere Bannbezirke des Königs an, so zum Beispiel die von Heinrich II. an das Bistum Worms geschenkte Grafschaft im Gau Wingarteiba,⁶¹ nach Westen das Reichsgut des Wormsgaues. Doch wir wenden uns nach Nordosten über den Main hinüber.

In der Gegend des heutigen Hanau lagen große königliche Forsten.⁶² Der eine, die Bulau auf der linken Kinzig-

60. Karl Hattemer, Territorialgeschichte der Landgrafschaft Hessen. Darmstadt 1911. S. 58 ff.

61. Dipl. III. Heinr. II. 226/262 v. 1011.

62. Über die drei Forsten vergleiche Ernst J. Zimmermann, Hanau, Stadt und Land (1917) S. 350 ff. Dort sind auch die Quellen nachgewiesen.

seite, erstreckte sich mit seinen Bannrechten aufwärts bis zu dem Altenhaslauer Freigericht. Das Eigentum daran erhielt durch königliche Schenkung das Stift Mariengreden zu Mainz, den Wildbann jedoch — die Trennung von beidem ist beachtenswert — das Erzstift Mainz. Auf der rechten Kinzigseite umfaßte der Forst „die Hanau“ die Kinziginsel, die Strecke am Main an der Mündung der Kinzig und ein Stück weit die Kinzig hinauf. Auch hier hatte das Mariengredenstift das Eigentumsrecht erhalten, den Wildbann behielt aber zunächst das Reich selbst, und gab ihn erst im 12. Jahrhundert den Herrn von Hanau-Dorfelden zu Lehen, die auf der Kinziginsel im Gebiet des Forstes sich im Anfang des 13. Jahrhunderts eine Burg bauten. Ein drittes Forstgebiet, der Reichswildbann von Gelnhausen schloß sich kinzigaufwärts unmittelbar an. Er war als Reichslehen im Besitz der Grafen von Hanau, und stellte einen merkwürdig schmalen Streifen entlang der Kinzig von „der Hanau“ bis Gelnhausen dar an dem Freigericht von Selbold entlanglaufend, was wohl so zu erklären ist, daß von dem ursprünglich breiteren Waldbezirk seitens der auch königlicher Herrschaft unterworfenen Dörfer des Selbolder Freigerichts gerodet wurde, was irgend guten Boden ergab, so daß nur der allzu feuchte Streifen der Kinzig entlang übrig blieb.

An diese Forsten schließen sich lückenlos die uns schon bekannten vier Freigerichte des Kinzigtals und Vorspessarts an und jenseits Gelnhausens auf den zum Vogelsberg hinziehenden Höhen ein weiterer großer Reichsforst „der Büdinger Reichswald“. Über ihn sind wir sehr gut unterrichtet durch ein Weistum von 1380.⁶³ An seiner Eigenschaft als königliches Herrschaftsgebiet kann kein Zweifel sein, denn das Weistum stellt fest, daß „daz riche oberste märcker sy ober den walt“, „des riches recht“ wird festgestellt, und von der „friheit von des richs wegen“ gesprochen. Der König setzt einen Forstmeister über den Wald und dieser leistet dem König den Treueid. Es besteht

63. Grimm, Weist. III. 426—32 v. 1380. — Thudichum, R.G. d. Wetterau I. S. 2 ff. — E. Wippermann, Urkundl. Gesch. d. Büdinger Waldes. I. Marburg 1852. — Archiv f. hess. Gesch. u. Altert. XI. S. 202/3. — Thudichum, R.G. d. Wetterau I. S. 2 ff. — G. Simon, Geschichte d. reichsständ. Hauses Ysenburg u. Büdingen. I. 1865.

also wohl noch die Bannleihe. Der Wildbann wird wiederholt genannt, und die alleinigen Gerichts- und Hochgerichtsrechte des Forstmeisters als „Freiheit von des Reichs wegen“ ausdrücklich festgestellt. Alle Dörfer innerhalb seiner Grenzen gelten als geforstet, jeder Bewohner als „geforsteter Mann“, dem bestimmte Anrechte an dem Wald zustehen. Ähnlich wie in der Dreieich bildeten sich auch hier mit dem Zerfall der Königsmacht Marken und Zenten auf dem Boden des Reichsforstes. Die bedeutendste von ihnen ist das Gericht Büdingen,⁶³ das zusammen mit dem Gericht Wolferborn⁶⁴ die Mark Büdingen bildet. Das Gericht Büdingen bleibt zum mindesten bis 1495 anerkanntes Reichsgericht.⁶⁵ Die Herren von Büdingen werden von Friedrich III. 1442 zu Grafen ernannt, aber ausdrücklich als „des heiligen Romischen Reichs Greven und Grevinne“ bezeichnet,⁶⁶ in Erinnerung daran, daß sie Königsherrschaftsrechte zu verwalten hatten. Die Mark Büdingen umfaßte den Büdingen benachbarten Teil des Reichswaldes. Vielleicht war das Hubgericht von Calbach⁶⁷ das ursprüngliche Markgericht. Auch die an dieser Mark beteiligte Cent Wolferborn war noch lange königlicher Gerichtsbezirk. Noch 1286 spricht Rudolf von Habsburg von seinem officatus in Wolferborn.⁶⁴ Auch hier ist also die Zusammengehörigkeit von Markbezirk und Gerichtsgebiet noch deutlich erkennbar. Ähnliche auf dem Boden des Reichswaldes und aus Kreisen königlichen Bannrechts entstandene Bezirke sind das Gericht Wächtersbach,⁶⁸ Spielberg,⁶⁹ Reichenbach oder Birstein,⁷⁰ Wenings,⁷¹ Gedern,⁷² Ortenberg (zum

64. Simon I. 82 ff. — Thudichum a. a. O. I. 3 ff.

65. G. Simon a. a. O. III. 145a/255 v. 1434 (Kaiser Sigmund). — Thudichum a. a. O. I. 32.

66. G. Simon, a. a. O. III. 254/260 v. 1442.

67. Grimm, Weist. V. 262 v. 1525. — Thudichum a. a. O. I. 41 ff.

68. Simon a. a. O. I. 58.

69. Ebd. I. 64.

70. Ebd. I. 68 ff. Eigentum unter den Karolingern an Kloster Fulda. Die Vogtei haben die Büdinger.

71. G. Simon a. a. O. I. 76. Unverständlicherweise nimmt S. Büdingisches Allodialgut an.

72. G. Simon a. a. O. I. 117 ff.

Teil)⁷³ und Bergheim-Eckartshausen.⁷⁴ Auch hier gilt, was wir im Forst Dreieich feststellen konnten: alles Gerichts- und Herrschaftsrecht dieses Gebietes geht aus von der Muntherrschaft des Königs, und es gibt keine Gerichtsbarkeit, die nicht auf sie zurückgeführt werden könnte. Wie in Starkenburg ist es auch hier möglich, daß königliche Rechte schon früh an einzelne Adelsfamilien kamen, und so fest verankert wurden, daß sie als Allod der Familie galten, aber als letzte Quelle müssen alle solche Rechte innerhalb dieses Bezirkes auf den König zurückgeführt werden. Für Gaugrafschaften und Grafschaftsfreie bleibt auch hier kein Raum. Die Markgenossenschaften haben auch hier muntrechtlichen Charakter und leiten sich von Königsrechten her.

Der Büdinger Forst nimmt den Süd- und Südwesthang des Vogelsbergs ein bis zu seiner zentralen höchsten Höhe. Sein Norden und Osten befindet sich, als die ersten Urkunden uns Näheres erkennen lassen, in den Händen der Klöster Fulda, Neuenberg bei Fulda und Hersfeld. Doch wurde für das Schicksal dieser Landstriche nicht das Eigentumsrecht der Klöster sondern das Vogteirecht maßgebend, das in der Hand der Herren von Eisenbach (Riedesel) und Schlitz lag, teilweise als Erbschaft der Herren von Ziegenhayn. Es gelang hier den Vögten die Landeshoheit in den bevogteten Gebieten zu erwerben, wenn auch die Eigentumsrechte der Stifter noch lange anerkannt wurden. In Lauterbach lassen sich auch grundherrliche Bannrechte von Fulda deutlich erkennen, während die Gemeinde nur ein Nutzungsrecht besaß. Doch der maßgebende Machtfaktor ist auch hier der Vogt in dem benachbarten Eisenbach. So entstanden vier Gerichtsbezirke der Vögte auf dem Boden von Kirchengut: die Zent Lauterbach,⁷⁵ das Gericht Engelrod,⁷⁶ das

73. Ebd. I. 124 ff.

74. G. Simon a. a. O. I. 28, 107 ff.

75. Thudichum, R.G. d. Wetterau II. S. 2 ff. — Grimm, Weist. III. 360 ff. v. 1341. — 358 ff. 14. Jhd. — 366 ff. v. 1469. S. 368 ff. o. J. — Umfaßt im 14. Jhd. Lauterbach u. 8 Orte.

76. Thudichum, R.G. d. Wetterau II. S. 12 ff. Umfaßt 12 Orte und Schloß Eisenbach.

Gericht Schlechtenwegen,⁷⁷ und das von Moos.⁷⁸ Ähnliche kleinere Gerichtsbezirke als Unterdistrikte oder Absplitterungen der genannten vier Gerichte sind anzunehmen in Crainfeld, Freiensteinau, Altenschlirf, Herbstein, Stockhausen, Lüder und Schlitz.⁷⁹ Der Wald kam hier nicht in den Besitz der Gemeinden sondern in den der mächtigen Vögte, die so den Grundstein zu dem noch heute bestehenden stattlichen Waldbesitz des Geschlechtes Riedesel von Eisenbach legten. — Es ist anzunehmen, daß auch diese Besitzungen der Klöster ehemals königlichen Forsten entstammen, und so sich den vorher besprochenen Forstbezirken anreihen, nur mit dem Unterschied, daß diese schon unter den Karolingern den Klöstern geschenkt wurden, so daß das Königsrecht sich früh verlor. Aber Raum für eine Amtsgrafschaft wird auch hier nicht gewonnen, ebensowenig wie sich Rechtsnachfolger einer solchen feststellen lassen.

Nach Westen grenzt die Wetterau⁸⁰ an die besprochenen Gebiete. Sie galt geradezu als Musterbeispiel einer Gaugrafschaft. Wir besitzen außer älteren Arbeiten eine unter diesem

77. Thudichum a. a. O. II. S. 13 ff. — Grimm, Weist. III. 371 ff. v. 1417 das gericht heget man mit des probstes banne, des schultheissen und der hussgenossen . . . Umfaßt 10 Orte.

78. Thudichum a. a. O. II. S. 15 ff. Umfaßt 10 Orte.

79. K. Draudt, Die Grafen von Nüring = Forschungen zur dt. Gesch. 23, 1883 S. 426.

80. Über die Wetterau vgl.: G. Landau, Beschreibung des Gaues Wetteneiba. 1855. — Fr. Thudichum, Wetteneiba. Eine Gaugeschichte. 1907. — Adolf Waas, Zur Frage der Freigrafschaften vornehmlich in der Wetterau. = Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. 38 germ. Abt. 146 ff. — ders.: Vogtei und Bede II. S. 66 ff. — Fr. Scharff, Frankfurt, seine Umgebung, seine Bewohner VI. 1872. — O. Bethge, Bemerkungen zur Besiedelungsgeschichte des Untermainlandes in frühmittelalterlicher Zeit. = Jb. d. Humboldtschule Frankfurt a. M. 1910/11 u. 1913/4. — H. Bingemer, Das nördliche Dekumatenland. Frankf. philos. Diss. 1923. — Ernst Kolb, Die Grafschaft Bornheimerberg. Frankf. phil. Diss. — F. P. Mittermaier, Studien z. Territorialgeschichte d. südl. Wetterau. Gießen. phil. Diss. 1933. — Karl Glöckner, Das Reichsgut im Rhein-Main-Gebiet. Arch. f. hess. Gesch. u. Altertumsk. N.F. 18. S. 195 ff. (1934). — K. Draudt, Die Grafen von Nüring. Forsch. z. dt. Gesch. 23, 1883. — Aug. Schmitt, Das Königsgut in Hessen, Nassau, der Prov. Oberhessen u. d. Kreise Wetzlar. Nass. Annalen 47, 1926. S. 118 ff.

Gesichtspunkte aufgebaute Monographie von Friedrich Thudichum: „Wettereiba, eine Gaugeschichte.“ Und doch zeigt näheres Zusehen, daß auch dies Musterbeispiel die charakteristischen Züge eines königlichen Bannbezirkes aufweist.

Die Wetterau zeigt, sobald die Urkunden im 13. Jahrhundert zahlreicher werden, und ein einigermaßen deutliches Bild sehen lassen, ein Gepräge, das durchaus nicht dem volkrechtlichen Grafenamtsschema entspricht. Die ganze Wetterau ist seit den Staufern und erneut seit Rudolf von Habsburg zu einer Landvogtei zusammengeschlossen. Schon dieser Name (Vogtei) weist auf königliche Herrschaftsrechte hin. Deutlicher spricht noch, daß die Wetterau „terra imperii que dicitur Wederawe“ heißt⁸¹ und daß Feinde des Kaisers die Wetterau angreifen, um den Kaiser an einer empfindlichen Stelle zu treffen. Das alles ist nur verständlich, wenn die Landvogtei Wetterau im ganzen in einem engen herrschaftlich abhängigen Verhältnis zum König stand. Anderes noch weist darauf hin. Ihre Zusammensetzung läßt ihr Wesen und ihre Entstehung erkennen. Denn ihren Kern

— Julius Cramer, Die Geschichte der Alamannen als Gaugeschichte 1899, geht auch ausführlich auf die Wetterau ein. — Der Begriff Wetterau umfaßt im allgemeinen nur die heute noch so genannte Ebene der Flübchen Nidda, Nidder und Wetter zwischen Vogelsberg und Taunus ausschließlich oder auch einschließlich des Büdinger Reichswaldes und der Westhänge des Taunus. Die Hohe Mark im Taunus und die zum Forst Dreieich gehörige Grafschaft Bornheimerberg liegen außerhalb der Wetterau. Vgl. Wenck, Hess. Landesgesch. II. S. 497 u. Thudichum, Wettereiba. S. 5 ff. Dabei ist zu beachten, daß, wenn man den Büdinger Wald und die zugehörigen Teile des Kinziggrundes abzieht, im wesentlichen das vom Limes umschlossene Gebiet übrigbleibt. Die Grenzen der Wetterau greifen stets etwas über den Limes hinaus, und springen zur Höhe des Vogelsberges über, entfernen sich aber selten um mehr als 10 Kilometer vom Pfahlgraben. Daneben scheint sich ein weiterer Begriff der Wetterau zu finden, z. B. im sogenannten Wetterauer Landfrieden von 1359. Doch sind dort die Grenzen des Landfriedens, nicht aber der Wetterau angegeben (Gudenus III. p. 430 Nr. 295). Dasselbe gilt von dem Landfrieden Barbarossas. Die dort genannte Fuldabrücke bildet aber nicht, wie Karl Draudt (S. 428) annahm, die Grenze der Wetterau sondern der Grafschaft des Grafen von Nüring (Boehmer, Acta Imperii sel. 138/130 v. 1179). Es bleibt also bei der oben angegebenen mit dem heutigen Sprachgebrauch übereinstimmenden Begrenzung.

81. Annales s. Pantaleonis zu 1241. = Böhmer. Fontes. IV. 478.

bilden die Reichsstädte Frankfurt, Friedberg, Wetzlar und Gelnhausen (später auch Oppenheim) und die zahlreichen Reichsburgcn des Gebietes wie Burg Friedberg, Kalsmunt, Münzenberg, Lindheim, Glauburg, Höchst a. d. Nidder, Assenheim, Dorheim, Hanau u. a. Auch wissen wir, daß zahlreiches Reichsgut schon seit karolingischer Zeit in der Wetterau lag. Seit den Hohenstaufen hat man hier also königliche Eigentums- und Herrschaftsrechte organisatorisch zusammengefaßt unter dem Namen Landvogtei. Sie entspricht ihrem Wesen nach (allerdings nicht ihrem Umfange nach) königlichen Bannbezirken, wie wir sie sonst kennen. Schon das macht es wahrscheinlich, daß hier auch vor der Stauferzeit im Frühmittelalter königliche Bannbezirke bestanden. An sich wäre die Annahme, daß in der Stauferzeit aus anders gearteten Bezirken ein königlicher Herrschaftsbezirk geworden sei, schon außerordentlich unwahrscheinlich. Da aber keinerlei Anzeichen dafür da sind, daß die Bezirke der Wetterau im Frühmittelalter einen anderen Charakter gehabt haben sollten, als seit dem 13. Jahrhundert, ist die Annahme eines solchen Wechsels im rechtlichen Charakter der Wetterauer Gebiete abzulehnen, wenn nicht neue durchschlagende Beweise dafür erbracht werden könnten.

Die Wetterauer Landvogtei entspricht also dem von A. Gasser gezeichneten Bild der Entstehung der Landvogteien⁸² nicht, wohl aber unserer Annahme eines Ursprungs der Landgrafschaften und Landvogteien aus der Zusammenfassung von königlichen Herrschaftsrechten. Die im 13. Jahrhundert zu beobachtende Tendenz, die Blutgerichtsbarkeit des Königs auf Grund der „reichsrechtlichen Theorie“ über die Grenzen der Herrschaftsgebiete hinaus vorzutreiben, auf die A. Gasser hinweist, konnte die Grundlage sein, um die vorhandenen herrschaftlichen Gerichtsrechte des Königs zäh zu verteidigen, um sie zu betonen und zu sichern, auch um sie gelegentlich zu erweitern, aber nicht zur Begründung eines relativ so geschlossenen großen Herrschaftskomplexes wie ihn die Landvogtei Wetterau darstellt. Sie muß auf frühmittelalterlichen königlichen Herrschaftsrechten beruhen.

82. S. oben S. 190 ff., 209.

Ebendas beweist auch eine alte Tradition der Wetterau. Grimm hat uns in seinen Weistümern ein eigentümliches Dokument aufbewahrt, das von dem sogenannten „Wetterauer Wassergericht“ berichtet.⁸³ Es stammt zwar erst aus dem Jahre 1611, hält aber sicherlich eine alte Rechtstradition fest, was schon aus der uralten Bestimmung des Gebietes nach Wasserläufen und Wasserscheiden hervorgeht. Ein kaiserliches Gericht, dessen Richter sich „kayserliche reiche herrn wasserwieger oder richter“ nennen, halten Gericht über alle mit der Wassernutzung im „wetteraugischen bezirk“ zusammenhängenden Fragen, wie Ficherei, Mühlenbann, die Anlage von Wehren und Brücken, die Sauberhaltung der Flößchen u. a. An der Spitze steht als Hauptmann der derzeitige Inhaber der Burg von Dorheim, die Reichslehen ist. Eine „kayserliche reichsordnung“ setzt alle Einzelheiten fest, und alle Handlungen des Gerichts geschehen „aus kais. majestät und des heiligen reiche macht und gewalt und freyheit“. Ohne Zweifel war also der König hier Herr über das Wasser der drei die Wetterau bestimmenden Flößchen Nidda, Nidder und Wetter. Wir wissen aber, daß dies Recht herrschaftlichen Charakter hat, und den Bannbezirk kennzeichnet. Da die Wetterau fast gar keinen Wald und wenig Weideland hat, blieb aus dem herrschaftlichen Bannrecht über Wasser, Wald und Weide, das sich in so vielen Weistümern findet, nur das über das Wasser als Rest. Das Gebiet muß also einen alten königlichen Bannbezirk darstellen.⁸⁴

Zu demselben Ergebnis führt auch die Untersuchung der auf dem Boden dieses „wetteraugischen bezirks“ entstandenen Gerichts- und Herrschaftsgebiete. Außer der Reichsstadt und Reichsburg Friedberg ist das uns am besten bekannte das Freigericht Kaichen, da uns darüber zwei Weistümer des 15. Jahrhunderts berichten.⁸⁵ Es umfaßt 18 Dörfer der Nidda- und

83. Grimm, Weist. III. S. 463 ff. v. 1611.

84. Auch der Königsbann wird 1064 in der Wetterau genannt. Gudenus I. 24 v. 1064.

85. Grimm, Weist. III. S. 457 und 459. Thudichum, Geschichte des freien Gerichts Kaichen 1858. Über das falsche Bild, das K. Glöckner von dieser wie von anderen Freigrafschaften entwirft (Archiv f. hess. Gesch., N.F. 18. S. 211 ff.) siehe oben S. 234.

Nidder-Niederungen zwischen Frankfurt und Friedberg im reichsten Ackerland der Wetterau. Es hat den seinen Charakter kennzeichnenden Namen Freigericht beibehalten. Auch aus dem hier wiederkehrenden „Dienst des Reichs von Wasser und Weide“ läßt sich der königsherrschaftliche Charakter erschließen. Das Freigericht war wohl von jeher⁸⁶ angelehnt an die Reichsgutskomplex von Frankfurt und den der Reichsburg Friedberg, den wir als die spätere seit den Staufern bestehende Form der im Reichsgüterverzeichnis des Codex Laurensianensis genannten Domänen von Florstadt ansehen dürfen. Nach langen Auseinandersetzungen mit dem zweiten großen Reichsgutkomplex der Gegend, mit der Stadt Frankfurt, gelang es der Burg Friedberg die Landeshoheit im Freigericht Kaichen zu erringen. Wohl unter dem Einfluß der aristokratischen Burgmannschaft von Friedberg hat sich in diesem Freigericht das aristokratische Element voll durchgesetzt, eine Entwicklungstendenz, die wir schon in den sächsischen Freigerichten beobachten konnten. Es befanden sich hier alle Hufen in der Hand von adligen Herrn, die sie zu Landsiedelrecht an Bauern weitergaben, und zwar sind es dieselben Familien, aus denen sich auch die Burgmannschaft der Burg Friedberg rekrutierte. So bezeichnete man die ganze Gemeinde geradezu als „Lehnherren“, da die Zahl der adligen Herren die der bäuerlichen Hufenbesitzer überwog. Die Landsiedelleute scheinen nicht zum Gericht des „obersten Grafen“ verpflichtet gewesen zu sein. Außer diesem Hauptgericht hatte jedes einzelne Dorf sein eigenes Gericht unter einem Dorfgrafen, zu dem alle Bauern des Dorfes, auch die Landsiedelleute dingspflichtig waren. Das Hauptgericht aber fand unter den „obersten Grafen“ in Kaichen unter der Linde statt. Es war Blutgericht und Gericht um Eigen und urteilte mit Schöffen. Alle Bauern zahlten eine Abgabe, nur die Lehnsherrn waren steuerfrei. Aus einzelnen Dorfgruppen des Gerichts haben sich Marken gebildet. Hier fallen also Hochgerichtsbezirk und Mark nicht zusammen, sondern die letzteren sind Unterbezirke der ersteren, stehen aber doch in genetischem Zusammenhang.⁸⁷ Die

86. 1273 unterstellt Rud. v. Habsburg Kaichen Friedberg; Kaichen ist unter den Staufern wohl erst aus der Gesamtwetterau ausgeschieden.

Verwandtschaft der Verhältnisse mit denen der sächsischen und der anderen hessischen Freigrafschaften leuchtet ohne weiteres ein, aber auch die aristokratischen Abwandlungen: die Zurückdrängung der „Pfleghaften“ und die Beschränkung der Schöffenbaren fast ganz auf den Kreis des Adels hat auch anderwärts in Freigerichten seine Parallele.

Mit dem Kaicher Freigericht eng verbunden⁸⁸ war die benachbarte Grafschaft Assenheim, über die uns ein Weistum von 1409 Auskunft gibt.⁸⁹ Da jeder Grafschaftszugehörige auch hier „walde, wasser, weyde notzet“, wir aber wissen, daß der König Herr dieser Rechte ist, und Assenheim Reichsburg war, muß in gleicher Weise wie in Kaichen ein Teilgebiet des großen Königsbannbezirkes auch hier vorliegen, das den Charakter des Ganzen bewahrt. Auch die einzelnen angegebenen Steuerverpflichtungen wie auch die nahen Beziehungen zu Kaichen lassen denselben Schluß zu.

Nördlich schließt sich an die Kaichener und Assenheimer Freigerichte die Reichsstadt und Reichsburg Friedberg und die Grafschaft Malstatt an,⁹⁰ die Kaiser Heinrich III. 1043 an Fulda schenkte. Sie wird im 11. Jahrhundert wiederholt genannt, ohne daß sich aber ihr Umfang genau feststellen ließe. Sie scheint die mittlere und südliche Wetterau zeitweise mit Einschluß der Gerichte von Kaichen und Assenheim umfaßt zu haben. Die Gerichtsstätte Malstatt liegt in diesem Gebiet bei Bauernheim in nächster Umgebung Friedbergs. Wir hören nichts über den Inhalt der Grafenrechte, aber die Schenkung vom König an ein geistliches Stift⁹¹ und die Zugehörigkeit zu dem Ge-

87. Vgl. Grimm, Weist. III. 453 v. 1485: Mark Altenstadt. Grimm, Weist. III. 462 v. 1499: Karber Mark. Thudichum, Wettereiba 14: Markgenossenschaft Eichen, Windecken, Ostheim.

88. Dem Kaichener Weistum von 1439 zufolge wird ein im dortigen Freigericht ertappter Dieb in der Burg Assenheim in Verwahr gehalten. Das andere Kaichener Weistum nennt ausdrücklich die Burg Assenheim als zu dem Freigericht zugehörig.

89. Grimm, Weist. III. 450 v. 1409.

90. Thudichum, Kaichen S. 16/17. Draudt, Forschungen z. dt. Gesch. 23, 425. Dipl. V. Heinr. III. 101/128 v. 1043.

91. s. oben S. 175.

samtkomplex der Wetterau zeigen, daß dies Gebiet ebenso wie seine Nachbarbezirke eine Freigrafschaft darstellte.

Nach Norden und Osten — stets im Gebiet der Wetterau — schlossen sich 5 weitere Gerichtsbezirke an: die Fuldische oder Bingenheimer Mark, die im 11. Jahrhundert durch königliche Schenkung an Fulda kam,⁹² die Hersfelder Mark (mit Hungen und Laubach),⁹³ das Gericht Staden⁹⁴ und das Gebiet von Nidda,⁹⁵ die ebenfalls Fulda gehörten, und die Zent Schotten, die früh schon an ein Straßburger Schottenkloster kam.⁹⁶ In diesen fünf Bezirken, die einen großen und reichen Teil der Wetterau einnahmen, ist die Rechtslage völlig klar. Wir haben Königsgut vor uns, das früh schon zu Kirchengut wurde, und über das die Vögte, da es weit von den Klöstern ablag, im Laufe der Zeiten die Landeshoheit errangen. Fuldische Marken liegen in diesem Gebiet in Nidda, Ulfa (Stornfels) und Burkhardts,⁹⁷ in ähnlicher Weise, wie wir dies auf dem anderen Abhange des Vogelsberges schon vorfanden.

Daß das Herrschaftsgebiet der Burg Münzenberg,⁹⁸ das die fruchtbare Ebene der Nordwetterau umfaßt, ebenfalls auf Reichsrechten aufgebaut ist, macht schon die Tatsache wahrscheinlich, daß die Münzenberger als Reichsministerialen von der Verwaltung von Königsrechten im Dreieich und Frankfurt aus zu der Machtstellung aufstiegen, die sie im Auftrage der Staufenkaiser als Verwalter ihrer Rechte im Main-Rhein-Gebiet innehatten. Auch das Gericht Oberohmen im äußersten Norden der Wetterau,⁹⁹ das sich auch in der Hand der Münzenberger

92. Grimm, Weist. III. 439 ff. Draudt, Forschg. z. dt. Gesch. 23, 425.

93. Thudichum, Wettereiba S. 28. Draudt a. a. O. 426.

94. Thudichum, Wettereiba S. 33.

95. Hattemer, Territorialgeschichte 45/46.

96. G. Simon a. a. O. I. 153.

97. Draudt a. a. O. 23, 426.

98. Zu Münzenberg gehörten: Münzenberg, Amt Dorheim mit Nauheim, Schwalheim u. Rödgen, Langenhain, Huftersheim, beide Mörle, Münster, beide Weisel, Hausen, Butzbach, Griedel, Eberstadt, Grüningen, Oberhörger, Dorfgüll, Wölfersheim, Lich, Hungen u. Laubach (als Hersfelder Vogtei).

99. Thudichum, R.G. d. Wetterau II. 16. Baur, Hess. U.B. I. 1158/772 von 1385.

befand, geht wohl auf Reichsgebiet zurück, über das die Münzenberger im königlichen Auftrag Vogteirechte ausübten.

Ein kleines Gebiet im Südosten der Wetterau, das Gericht Udenhain,¹⁰⁰ wurde zwar nicht zum Büdinger Reichswald gerechnet, ist aber ihm aufs engste benachbart. Es zählte noch im 13. Jahrhundert zu den Gerichten des Reichs. Es ist wohl trotz seiner Sonderentwicklung dem Reichswald ursprünglich zuzurechnen. Das Gericht Ortenberg entstammt augenscheinlich zum Teil dem Büdinger Reichswald, zum Teil dem Wetterauer Königsbannbezirk. Der Südostzipfel der Wetterau kam unter die Herrschaft des auch im Reichsdienst aufgestiegenen Geschlechtes der Grafen von Hanau¹⁰¹ zusammen mit der Herrschaft über die ehemaligen Reichsforsten an der unteren Kinzig und dem Main. Diese Herrschaft Hanau verriet durch ihre Zugehörigkeit zu Frankfurt als Oberhof und die Geltung Frankfurter Rechts ihren ursprünglichen königsherrschaftlichen Charakter noch lange.¹⁰² — Im äußersten Westen der Wetterau liegt das Gericht Stockheim bei Usingen,¹⁰³ das ebenfalls als alter Reichsvogteibezirk gedeutet werden muß. Es ist noch 1398 und 1401 in seinen beiden Teilen als Reichslehen nachweisbar. Als solches fiel es damals an Kurpfalz.

Damit ist unsere Wanderung durch die Wetterau beendet. So wie im Eingang das Wassergericht den Charakter dieses Gebiets als königlichen Herrschaftsbezirk aufdeckte, so ließ sich jedes der kleinen Partikel, in die dies Land zerfiel, auf solche Königsvogteirechte oder auf Königseigentum zurückführen. Die Grafen, die wir vom 9.—12. Jahrhundert hier als Vorläufer der Landvögte finden,¹⁰⁴ können also keine Amtsgrafen eines volkrechtlichen Grafschaftsbezirkes sein, sondern nur königliche Bann- oder Freigrafen. Sie entstammten dem mächtigen, noch in vielen anderen Gauen des deutschen Westens als Grafen vorkommenden Geschlecht der Grafen von Nüring.¹⁰⁵ Nach ihrem Er-

100. G. Simon a. a. O. I. 62.

101. Grimm, Weist. V. 247 v. 1452.

102. S. oben S. 247 ff. Vgl. E. J. Zimmermann. Hanau. S. XL und 109 ff.

103. Spielmann, Nassau I. S. 104. Umfaßt 14 Orte.

104. Thudichum, Wettreiba S. 10 führt sie auf, ebenso Draudt a. a. O. Seite 367 ff.

105. s. oben S. 217.

löschen verteilte sich — wohl unter königlichem Einfluß — ihr Erbe in mehrere Teile. Nur den Münzenbergern und Eppsteinern gelang es noch einmal, eine machtvolle Herrschaftsstellung zu erringen, die aber auch bei diesen beiden Geschlechtern nicht von langer Dauer war. Den Staufenkaisern gelang es noch einmal die königlichen Rechte zu sichern und zusammenzufassen. Aber dieser Erfolg war nicht von langer Dauer. Auch kein Dynastenhaus wußte mehr das Erbe der Könige voll zu nutzen, sondern es teilten sich viele Machthaber darein.

Nach Süden schließt sich, von der Wetterau nicht immer scharf geschieden, der Niedgau an, und zwar zunächst sein wichtigster Teil: Die Grafschaft Bornheimerberg bei Frankfurt. Über ihre Rechtslage sind wir durch zwei Weistümer von 1303¹⁰⁶ und von etwa 1435¹⁰⁷ gut unterrichtet. Danach kann dies Gebiet geradezu als Musterbeispiel für eine königsherrschaftliche Freigrafschaft dienen. Denn das Herrschaftsrecht des Königs ist hier besonders deutlich erkennbar. Das Gebiet heißt ausdrücklich „des kuniges grashafft“ und man dient überall in ihr dem König „von wazzere und fon weide“. Und wenn dann von dem Recht des Königs „an felde, an wazzere unde weide“ die Rede ist, und eine spätere Stelle zeigt, daß bestimmte Zinsen unter diesem Dienste zu verstehen sind,¹⁰⁸ und wenn jeder andere Dienst als der dem König geschuldete ausdrücklich ausgeschlossen wird, so haben wir hier eine selten klare Aufzeigung der Rechtslage dieser Grafschaft vor uns. Auch die Verpflichtung der zugehörigen Dörfer, wenn ein „rich“ zu Frankfurt ist, d. h. bei Anwesenheit des Königs dorthin Brennholzfuhren zu leisten (um 1435), beweist solches königliche Herrschaftsrecht. Den gleichen Schluß läßt die Verpflichtung der Zentgrafen des Born-

106. Grimm, Weist. III. S. 481 ff. v. 1303. = Lau, Urkb. d. Reichsst. Frankf. I. 833. Literatur s. o. Anm. 80. Dazu: Eduard Pellicier und Heinrich Bingemer, Die Grafschaft Bornheimerberg in „Rund um Frankfurt“ 1924. Die Grafschaft umfaßt Fechenheim, Bischofsheim, Gronau, Massenheim, Berkersheim, Bergen, Enkheim, Seckbach, Preungesheim, Eschersheim, Ginnheim, Eckenheim, Bockenheim, Bornheim u. zeitweise: Griesheim, Nied, Oberrad, Hausen, Vilbel u. Offenbach.

107. E. Kolb, Die Grafschaft Bornheimerberg S. 179 ff.

108.wazzzer und weide deme konege sollint verzinzen

heimerbergs zur Romfahrt zu. Auch die Tatsache, daß diese ganze Grafschaft innerhalb der alten Grenzen des Reichsforstes Dreieich liegt, fügt sich der Reihe dieser Beweise an. — Die einzelnen Dörfer haben eine gewisse Gemeinsamkeit in der Ackerwirtschaft des einzelnen Dorfes und der Dörfer untereinander, alles aber unter der Herrschaft des königlichen Amtmannes. Dasselbe Bild einer relativen Selbständigkeit der Teile in dem doch straff zusammengefaßten Ganzen wiederholt sich in dem Gerichtswesen. Dorfgerichte bestehen neben dem Gericht des Amtmannes, dem das Blutgericht vorbehalten ist, und der auch alle anderen Fälle vor sein Gericht ziehen kann. Die Dorfgerichte unterstehen den Schultheißen. Zentgrafen heißen hier nicht die Dorfrichter, sondern sie werden als Schöffen von den einzelnen Dörfern zum Hauptgericht am Bornheimerberg entsandt.

Die Freigrafschaft Bornheimerberg gehört zu der Gruppe, die Anschluß an einen Reichsgutskomplex haben, ähnlich wie das Ingelheimer Reich. Denn die Stadt Frankfurt hat einen beträchtlichen Einfluß in ihr. Sie soll die Grafschaft schützen. — Ähnlich wie in Kaichen scheinen auch hier die das Land Bauenden in Landsiedelrecht, also in Abhängigkeit von „Lehnsherren“ zu leben, so daß ähnlich wie in Kaichen die Gerichtsgemeinde aus „Lehnsherren“ und nicht aus der bäuerlichen Bevölkerung besteht, und zwar hier hauptsächlich aus Frankfurter Bürgern und aus den Vertretern der Frankfurter Stifter. Diese letzteren müssen besonders ihre Macht geltend gemacht haben, denn gegen solche Kirchenvögte richtet sich die Abfassung des Weistums von 1303. Als kaiserlicher Landvogt übt damals Ulrich von Hanau die Königsrechte dort aus. Die Vogtei verblieb in seinem Hause, und wurde zur Landeshoheit, wie in so manchen ähnlichen Fällen. Augenscheinlich ist die Grafschaft als Fortsetzung des alten fiscus Frankonofurd, d. h. eines an den Königshof sich anlehnenden Herrschaftsbezirkes zu betrachten als Gegenstück zu dem Ingelheimer Grund.

109. Die Mark umfaßt 32 Orte am Südwestabhang des Taunus und erstreckt sich von den Grenzen Frankfurts bis zur Taunushöhe, ja noch über den Hauptkamm hinaus in das Quellgebiet der Weil.

Besonderes Interesse hat von jeher der dem Bornheimerberg benachbarten Hohen Mark¹⁰⁹ gegolten, da sie lange als das charakteristische Beispiel einer wohl erhaltenen alten Markgenossenschaft galt, in der man Reste altgermanischen Lebens zu sehen glaubte. Löw, Maurer, Thudichum, Otto von Gierke und Varrentrapp haben ihre Rechtsverhältnisse darum untersucht und dargestellt.¹¹⁰ Neuerdings hat sich nun Alfons Dopsch gegen diese Auffassung gewandt.¹¹¹ Er zeigt, daß, obwohl in dem Weistum von 1401 ausdrücklich festgestellt wird, daß die Mark „der obgeschr. dorffer vnd mercker rechtlich eigen sy“,¹¹² doch die Bauern großenteils als Landsiedel in Abhängigkeit von Lehnherren leben, daß die Mark einen adlichen Obermärker hat, hier Walpode genannt, der den Wildbann besitzt, das Markgericht abhält, dem — kurz gesagt — die Mark in jeder Weise untersteht. Und zwar ist Walpode, wer Herr der die Mark beherrschenden Burg Homburg ist. Dopsch schloß daraus, daß das „eigen“ der Märker nur ein Nutz eigen aber kein volles Eigentum sein könne, daß die Dörfer ehemals zu Homburg als Fronhof und Burg gehört, sich aber eine gewisse Selbständigkeit errungen haben, daß die Mark also im ganzen herrschaftlichen Charakter habe, und schon im 9. Jahrhundert als gemischte Mark mit Grundherren mit Landsiedeln neben freien Grundeignern zu betrachten sei. Diesen Ergebnissen Dopschs ist voll zuzustimmen.

Allein wir können noch einen Schritt weiter gehen. Die Verwandtschaft mit ähnlichen Rechtsverhältnissen in den zahlreichen besprochenen Marken legt den Gedanken nahe, daß auch diese Mark auf königlichem Herrschaftsrecht aufgebaut ist. Die Tatsache, daß die damaligen Inhaber der Markherrschaft diese von den Herren von Hanau gekauft haben, führt auf denselben Weg, da wir diese schon wiederholt als königliche Vögte in Ausübung königlicher Muntrechte angetroffen haben. Andere

110. Eine Zusammenstellung der zahlreichen Literatur gibt Franz Varrentrapp, Rechtsgeschichte und Recht der gemeinen Marken in Hessen S. IV./V. (= Arb. z. Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht (Heymann) 3, 1909.)

111. Alfons Dopsch, Die freien Marken in Deutschland, 1933. S. 19 ff.

112. Grimm, Weistümer III. S. 488 v. 1401.

Gründe scheinen darüber hinaus jede andere Möglichkeit auszuschließen. Denn Grafschaftsrechte im volksrechtlichen Sinn können diese Rechte an der Hohen Mark nicht sein, da, was wir kennen lernen: die Bezeichnung „oberster Herr und Walpode der Mark“, der Wildbann in seiner Hand und die Verfügung über die Nutzungsrechte an dem Wald den herrschaftlichen Charakter der Rechte beweist. So bleibt nur die Möglichkeit eines Allodialbezirkes der Herren von Hanau oder eines Königsbanngebietes, also eines Königsforstes bestehen. Eine Allodialgrafschaft der Hanauer, die wie wir wissen, als Verwalter königlicher Rechte um Dorfelden und Hanau groß geworden sind, ist so gut wie ausgeschlossen. Auch weist der Wildbann auf königlichen Ursprung der Rechte hin. Er bleibt so als letzte mögliche Annahme. Sicherheit in dieser Frage gibt uns ein Weistum über das Ried, eine den Dörfern Massenheim, Haarheim und Vilbel gemeinsame Weide.¹¹³ Diese Weide hat ihr Recht „von des Reichs wegen“. Da die drei Dörfer aber Glieder der Hohen Mark sind, ist anzunehmen, daß die Herkunft von dem Reich nicht nur für den Teil, sondern für das Ganze gilt. Im Interesse der derzeitigen Inhaber der Markherrschaft liegt es hier wie anderwärts, daß der königliche Ursprung der Rechte in den Weistümer nicht mehr genannt wird, wenn er nicht überhaupt schon fast in Vergessenheit geraten war. Auch die fließenden Grenzen zwischen der Hohen Mark und der Grafschaft Bornheimer Berg lassen auf die Gleichartigkeit der Rechtsgrundlage beider Gebiete schließen.

Zu der Hohen Mark gehörte aller Wahrscheinlichkeit nach anfänglich auch die Seulberg-Erlenbacher Mark¹¹⁴ und die Rodheimer Mark,¹¹⁵ die beide ihr eng benachbart sind. Mit aller Bestimmtheit gilt das für die Obereschbach-Kirdorf-Gonzenheimer Mark,¹¹⁶ da diese drei Dörfer selbst auch zur Hohen Mark gerechnet werden. Was also für die Hohe Mark gezeigt wurde, gilt auch für diese wahrscheinlich erst später abgesplitterten kleinen Marken.

113. Grimm, Weist. III. S. 473 v. 1509.

114. Grimm, Weist. III. 490 v. 1493. Thudichum. R.G. d. Wetterau I. 273.

115. Grimm, Weist. V. 248 v. 1454.

116. Thudichum. R. G. d. Wetterau I. 264 ff.

Wie in der Heppenheimer Mark ist die Größe der Hohen Mark, die 32 Dörfer umfaßt, aufgefallen, doch mit Unrecht. Denn vergleicht man sie nicht mit Splittergebieten sondern mit den großen alten Banngebieten, wie Dreieich, dem Büdinger Reichswald und der Wetterau, so ist ihr Ausmaß nicht mehr erstaunlich. Absplitterungstendenzen von Teilen sind auch hier zu beobachten, haben aber die Einheit der ganzen Mark im wesentlichen nicht tangieren können.

Die Trennung von Muntherrschaft und Eigentum ist auch hier, wie in anderen Bannbezirken deutlich zu beobachten. Nicht alle Orte sind in der Frage der Landeshoheit der Muntherrschaft gefolgt, in vielen Fällen war das Eigentumsrecht stärker. Wie-der entscheiden die Machtverhältnisse in jedem einzelnen Fall. — Da die Dörfer hier von dem Waldbezirk getrennt mehr nach der Ebene zu liegen, ist hier das Hochgericht in den Dörfern von dem des Markwaldes getrennt im Gegensatz zu der Entwicklung der kleineren Marken.

Sehen wir uns weiter im südlichen und südwestlichen Nassau um, so stoßen wir auf zwei Gebiete, deren Charakter als ursprünglich königliches Herrschaftsgebiet ganz außer Zweifel steht; es ist der Rheingau¹¹⁷ und der Gau Königssundra,¹¹⁸ der in seinem Namen noch den alten Rechtscharakter verkündet. Vielleicht hat man allgemein alle die Königsbannbezirke, die wir besprochen haben, als Königssundern bezeichnet. Wir wissen es leider nicht. Doch wir kennen die Rechtsverhältnisse dieser Landstriche.

Im Rheingau sehen wir das Grundeigentum schon früh Stück für Stück in die Hände des Mainzer Erzbistums übergehen, des mächtigen Nachbarn des begehrten reichen Bezirks. Die Grafschaft des Gaues, von deren herrschaftlichen Charak-

117. Grimm, Weist. I. 534 v. 1324. — 549 ff.; IV. 572 ff. Dazu ebd. IV. 568, 570, 571, 575, 576. Sauer, Cod. dipl. Nass. I. 395/274 v. 1223. Der Rheingau, später eingeteilt in drei Ämter, umfaßt den Landstrich zwischen dem Rhein und der Höhe des Taunusgebirgszugs von Nieder-Walluf, kurz unterhalb Wiesbaden, bis Aßmannshausen. Daran schließt sich rheinabwärts das Lorcher Amt. Vgl. Manfr. Stimming, D. Entstehung d. weltlichen Territoriums d. Erzbistums Mainz 1915. S. 94 ff. Paul Richter, Der Rheingau. Wiesbaden 1913. s. o. S. 169.

ter schon die Rede war, erwarb Mainz unter den Ottonen. Die Rheingrafen, die in den folgenden Jahrhunderten die Grafschaft des Rheingaus zu Lehen hatten, versuchten im 13. Jahrhundert eine eigene Herrschaft daraus zu bilden aber vergeblich. Mainz hielt an seiner Herrschaft fest. Das Rheingauer Landweistum von 1324 und andere Weistümer der Zeit lassen die Struktur der Grafschaft erkennen: Sie ist wie alle königlichen Bannbezirke Gerichtsgemeinde und Markgenossenschaft zu gleicher Zeit ohne aber beides zu verschmelzen. Das Landgericht tagt dreimal im Jahr auf der Lützelau, einer Rheininsel, das Haingericht einmal im Jahr in Eltville; beide umfassen aber denselben Bezirk, dessen herrschaftlicher Charakter damit gekennzeichnet ist. Auch aus der Bezeichnung des Erzbischofs von Mainz als „oberster Herr und Vogt“ (1324) tritt uns dieser Charakter klar entgegen, ebenso wie in dem Bederecht dieses obersten Herrn und Vogts im ganzen Rheingau, von der uns die Befreiungen, die Klöstern gewährt werden, Kunde geben. Vor der Schenkung an Mainz hat die Grafschaft, oder deutlicher gesagt, Königsvogtei des Rheingaus augenscheinlich durch königliche Verleihung in der Hand der Hattonen gelegen verbunden mit der des Gaus Königssundra.

Dieser setzt sich aus zwei Teilen zusammen, dem sogenannten Mechtildshäuser Gericht (Königssundra im engeren Sinn) und der Mark Grefenhöhe um Wiesbaden. Im Mechtildshäuser Gericht¹¹⁸ lag zahlreiches Königsgut, wie Karl Rübel nachgewiesen hat, wie so oft in Verbindung mit königlichen Herrschaftsrechten. Den herrschaftlichen Aufbau des Bezirks zeigt besonders deutlich eine Urkunde Ottos I., in der einem Vasallen seines Sohnes 6 Königshufen in Wallau und Breckenheim geschenkt werden, oder si in supra dictis villis . . . plenitudo nostre proprietatis sex regalium hobarum non invenitur, in proxima, quod est Nornesta, ex nostra proprietate omnino eidem restitatur. Es befinden sich also überall in diesem Bezirk Königshufen, so wie wir auch sonst Freigut in den Freigrafschaften kennen. Das

118. Grimm, Weist. I. 554 v. 1476; 566 v. 1426. Dipl. I. Otto I. 125/206 v. 950. Wenck, Hess. Landesgesch. II. 523 v. 1270. Thudichum, R. G. d. Wetterau I. 320. Bethge a. a. O. II. 8 ff. Karl Rübel, Die Franken S. 426.

Landgericht findet in Mechtildshausen statt unter der Leitung des „Obersten Vogts und Herrn“ oder seines Untervogts. Er erhebt, wie wir 1270 erfahren eine Abgabe, die wolga, quae centa vocatur genannt wird, und die später in den Weistümern unter dem Namen Vogtrecht erscheint.

Die Mark Grefenhöhe¹¹⁹ scheint ursprünglich mit dem Mechtildshäuser Gericht zusammengehört zu haben, sie erstreckt sich weit in die Wälder des Taunus hinein, meist jüngere Rodungssiedlungen umfassend. Hier besteht eine Markgenossenschaft, die im Mechtildshäuser Gericht zurücktrat, da in den Taunusbergen zahlreiche Wälder vorhanden sind, an den Hängen und in der Ebene aber sehr viel weniger. Der gemeinschaftliche Ursprung beider Bezirke ist wohl in dem fiscus Wisibad, der 882 genannt wird, zu suchen.

Nördlich an den Rheingau schließt sich die Grafschaft Naderne oder Netra an, später auch die „Überhöhigen Dörfer“ genannt.¹²⁰ Sie gehörte ursprünglich zum Rheingau. Erst 1025 trennt Konrad II. die jenseits des Gebirgskammes gelegenen Dörfer ab, um sie dem Kloster Fulda zu schenken. Später erwarb sie von diesem der Erzbischof von Mainz, den man 1489 als „eyn oberster herr und vaut der terminye“ bezeichnete. Der rechtliche Charakter von Gericht und Herrschaft entspricht also dem des Rheingaus, so daß also auch hier ein großer geschlossener Komplex königlichen Herrschaftsrechts vor uns liegt, dessen Länge etwa 35 km beträgt, während die Breite zwischen 10 und 15 km wechselt.

Aber auch das zwischen der Hohen Mark und diesem Gebiet gelegene Land kann als rechtlich gleichartig betrachtet werden.¹²¹ Denn hier liegen in der Ebene die großen Mainzischen Besitzungen mainaufwärts bis Höchst, von denen

119. Thudichum a. a. O. I. 320. Wenck, Hess. Landesgesch. II. 520.

120. Auch die Bezeichnung Landgericht Berstadt kommt vor. Dipl. IV. Konr. II. 23/26 v. 1025. Grimm, Weist. I. 549 v. 1489. Spielmann, Nassau I. 97 u. 113.

121. Thudichum, R. G. d. Wetterau I. 319. Karl Draudt, Forschungen zur dt. Gesch. 23, 454 ff. Wilhelm Frischholz, Alt-Höchst. Frankfurt a. M. 1926. Grimm, Weist. I. 561 v. 1482 — und S. 563 ff. Grimm, Weist. III. 492 ff. v. 1453

die um Höchst herum gelegenen später die beiden Mainzischen Gerichte Höchst und Hofheim bildeten, die beide zugleich Gerichtsbezirke und Markgenossenschaften sind. Das macht einen alten königlichen Bannbezirk dort wahrscheinlich. Auch der Mainzer Fronhof in Höchst ist wohl als ursprüngliches Königs-gut zu betrachten. Dem widerspricht es auch nicht, daß wir 790 von Schenkungen eines gewissen Thiotmann an Kloster Lorsch in Höchst wissen, da diese sehr wohl auf königliche Schenkungen an diesen Herren zurück gehen können. Sonst liegt Dunkel über diesem Gebiet in den Jahrhunderten des Früh-mittelalters.

Nach Norden schließen sich in diesem Raum eine Reihe kleinerer Marken an, den ganzen Zwischenraum zwischen der Hohen Mark und Königssundra ausfüllend. Es sind die Sulzbacher Mark mit den alten Reichsdörfern Soden und Sulzbach,¹²² die Cronberger, Liederbacher, Königsteiner und Eppsteiner Mark.¹²³ Nach Norden ist ihnen das Landgericht Heusels benachbart, das großenteils mit der Mark des Eichelsberges identisch ist.¹²⁴ Die Vogteirechte in diesen Marken liegen in mannigfachem Wechsel in der Hand der Herren von Königstein, Falkenstein und Eppstein, die wir alle als Erben der Münzenberger und als Verwalter königlicher Rechte im Dienste des Reichs im Untermaingebiet wohl kennen. Es ist anzunehmen, daß die Burg Königstein, die eine Verwandtschaft mit der Burg Münzenberg zeigt, und etwa aus derselben Zeit stammt, auch zu den in der Stauferzeit zum Schutze königlicher Rechte erbauten oder ausgebauten Burgen gehört, wie Münzenberg, Friedberg, Homburg, Hanau, Kalsmunt u. a. So hat die Annahme viel für sich, daß auch dieser schmale Landstrich die gleiche rechtliche Struktur aufweist, wie seine großen Nachbargebiete.

Setzen wir unsere Wanderung nun von Rheingau aus rhein-abwärts fort, so finden wir rechtrheinisch drei königliche Bann-

122. Vgl. Bethge, II. 30 ff. Beide Dörfer erscheinen 1282 als den Frankfurter Bürgern rechtlich gleichgestellt und unter ihrem besonderen Schutz. Frankf. U. B. (Lau) I. 466/225 v. 1282.

123. Spielmann, Nassau I. S. 112.

124. Thudichum, R. G. d. Wetterau I. S. 319.

bezirke: Kaub mit der Pfalz im Rhein, einer Burg und drei Dörfern, Kamp mit Bornhofen, Kestert, Wellmenich und Filsen,¹²⁵ und das Gericht Osterspays.¹²⁶ Dazwischen liegt auf dem linken Rheinufer Oberwesel mit einem großen Reichsgutskomplex, der auch auf das rechte Ufer übergreift und beiderseits des Rheins die Vogtei von St. Goar und St. Goarshausen mit einer Reihe zugehöriger Dörfer.¹²⁷ Das Eigentumsrecht gehört hier dem Kloster Prüm und dem Erzstift Trier, auch die Vogtei ist von dort lehenrührig, beides geht aber mit großer Wahrscheinlichkeit auf königliche Rechte zurück, die früh an die Stifter geschenkt wurden. Eine kleine Vogtei über Wallmenach bei St. Goarshausen,¹²⁸ die König Ruprecht den Pfalzgrafen übergibt, schließt sich an. Faßt man alles dies zusammen, so bildet das ganze rechte Rheinufer bis zur Lahn hin ein geschlossenes Band, das das Königsrecht des Rheingaus rheinabwärts fortsetzt. Da das Rheintal schmal ist, sind die zu den königlichen Fronhöfen gehörigen Bezirke hier nur klein.

Rheinabwärts an der Lahnmündung lag der Königshof Oberlahnstein, der aus konradinischem Hausgut stammt, und den Ludwig das Kind an das Erzbistum Mainz schenkte.¹²⁹ Lahn aufwärts ihm benachbart lag die Herrschaft Nievern¹³⁰ mit Mieden und Fachbach (an der Lahn unterhalb von Bad Ems), die noch jahrhundertlang reichsunmittelbar blieb. Im Winkel zwischen Taunus und Rhein auf der Taunushochfläche liegt die Grafschaft Einrich, die König Konrad unter der Bezeichnung Grafschaft Marienfels ganz oder teilweise an das Erzbistum Trier schenkte,¹³¹ was dem Wortlaut der Urkunde nach, wie schon oben besprochen, ihren königsherrschaftlichen Charakter zeigt. Dasselbe erweist die zweite Silbe des Namens, die als

125. Spielmann a. a. O. S. 112.

126. Spielmann a. a. O. S. 112.

127. Hattemer, Territorialgesch. S. 56.

128. Grimm, Weist. I. 584 v. 1408.

129. Siehe oben S. 168. Dipl. II. Otto II. 150 v. 977. Bestätigung der Schenkung. Ebenso Dipl. II. Otto III. 156 v. 994. Wenck, Hess. Landesgeschichte I. 244 ff.

130. Spielmann, Nassau I. 113.

131. Dipl. IV. Konr. II. 169/225 v. 1031.

„riche“ (wie es bei Nithart heißt) dem lateinischen *regnum* entspricht,¹³² und hier ein „Reich“ namhaft macht, d. h. einen Königsbannbezirk ebenso wie das „Reich“ von Ingelheim, von Cröv an der Mosel, Aachen u. a. oder das Königssundern mit einem gleichbedeutenden Wort. Auch ein Lehnensrevers der Isenburger von 1337¹³³ verrät die herrschaftliche Art der Grafschaft in den Worten: „die graffschafft von dem Einriche mit denen Mannen und der Herrschaft“. Eine Markgenossenschaft ist wenigstens an einer Stelle des Gebietes deutlich erkennbar.¹³⁴ Die Grenzen der Grafschaft Einrich sind nicht eindeutig festzustellen. 1774 umfaßt das sogenannte Vierherrengericht, das aus der Grafschaft Einrich stammt, noch 28 Orte, ohne aber daraus ein geschlossenes Gebiet zu bilden.¹³⁵ Da das zwischenliegende Gebiet aber größtenteils kirchlicher Besitz ist, und die Bezeichnung Einrich für den ganzen Bezirk zwischen Lahn und Rhein bis etwa zur Wisper mit Ausnahme des Rheinufer bei Kaub angewendet wird,¹³⁶ ist anzunehmen, daß dieses ganze Gebiet einmal das „Reich“ (Einrichi) gebildet hat.

Lahnaufwärts lag zahlreiches konradinisches Hausgut, wie Eggers¹³⁷ nachgewiesen hat. Oberlahnstein wurde schon genannt, Nassau mit zugehörigen Besitzungen folgt und schließlich Weilburg, das als Sitz der Familie gelten kann, und der Hof Rechtenbach. Wir haben aber allen Grund zu der Vermutung, daß nicht nur Eigengut sondern auch Herrschaftsbezirke zu dem Konradinischen Besitzkomplex gehörten. Sie stellen allodiale Bannbezirke dar, die mit dem Königtum Konrads zu Königsbannbezirken geworden sind. Wir wissen das mit Bestimmtheit von Haiger nördlich der Lahn im Dilltal. Denn Konrad I.

132. Vgl. A. Bach, Siedlungsnamen S. 94 ff. Auf Grund der Untersuchungen von Brenner, Nassauische Heimatblätter 17, 123. A. Bach selbst schließt sich dieser Namensdeutung nicht an.

133. Wenck, Hess. Landesgesch. I. 247 Anm.

134. Grimm, Weist. I. S. 579 v. 1383 und S. 580 v. 1444.

135. Spielmann, Nassau I. S. 106.

136. M. Sponheimer, Katzenelnbogen S. 4 ff. u. Karte.

137. Adolf Eggers, Der königliche Grundbesitz im 10. u. beginnenden 11. Jhd., Weimar 1909. S. 51 ff. Vgl. auch August Schmitt, Das Königsgut in Hessen-Nassau (= Nass. Annalen 47, 118 ff.).

schenkt an die Kirche Weilburg außer dem dortigen Hof mit allem Zubehör, der Kirche und dem Marktrecht *terciam partem modiorum regis in eodem pago vel comitatu cum omnibus utensilibus iuste legitimeque ad regias manus respicientes*.¹³⁸ Das kann nicht anders gedeutet werden als daß hier die Freizinse (Königsscheffel) d. h. die „Pflege“, wie es in Sachsen heißt, einer Freigrafschaft geschenkt wird, (Haiger ist damit die älteste uns bekannte Freigrafschaft Deutschlands). Für das Gebiet südlich der Lahn bei Wetzlar ist derselbe Rechtsstand zu erschließen. Denn in deutlicher Parallele zu Haiger heißt es in der Schenkung von Rechtenbach an Weilburg von 912: *curtem Rehtenbach . . . nec non in omni comitatu terciam partem modiorum regis . . .*,¹³⁹ und noch 1447 ist in einem Weistum für das nur wenige Kilometer von Rechtenbach liegende Kleeberg von Leuten die Rede, „die dem Reich zugehören“.¹⁴⁰ Auch wissen wir, daß eine Mark in derselben Gegend zu Oberkleen bestand.¹⁴¹ Alles läßt auf einen alten Königsbannbezirk, eine Freigrafschaft um Kleeberg und Rechtenbach schließen, die zum Konradinischen Gut gehörte.

Der dritte solche Herrschaftsbereich scheint um Weilburg gelegen und die Ausstattung der dortigen Kirche als Schenkung der Konradiner gebildet zu haben. Der Wortlaut der Urkunde, durch die Weilburg an Worms geschenkt wird,¹⁴² läßt darauf schließen, vor allem aber die Tatsache, daß die Vogtei über dies Gebiet, die später durch Erbschaft in die Hände der Grafen von Nassau kam, 25 Siedlungen rings um Weilburg umfaßte.¹⁴³ Eine vierte Konradinische Freigrafschaft hat wahrscheinlich den Kern der Grafschaft Diez gebildet, die beträchtliche Teile des nördlichen Taunus und des südlichen Westerwalds umfaßt. Das geht daraus hervor, daß sie noch 1424 ausdrücklich und nachdrück-

138. Dipl. I. Konr. I. 19/18 v. 914. Spielmann, Nassau I. 94 u. 96.

139. Dipl. I. Konr. I. 13/13 v. 912.

140. Grimm, Weist. III. 498 v. 1447.

141. Ebd. 498 ff. von 1480.

142. Dipl. III. Heinr. II. 21/24 v. 1002 . . . civitatem nomine Wilineburg et omnem dominicatum, quicquid regias respicit manus cum cunctis eorum usibus et pertinentiis, hoc est . . . cum banno regio . . .

143. C. D. Vogel. Beschreibung des Herzogthums Nassau (1843), S. 318.

lich Freigrafschaft heißt,¹⁴⁴ was wie wir wissen, auf Ursprung aus einem königlichen Bannbezirk hinweist, ebenso wie die in diesem Weistum angegebenen Rechte. Ein Westerwäldischer Teil derselben Grafschaft Diez führt die Bezeichnung Freigrafschaft Hadamar.¹⁴⁵ Auch der sehr wahrscheinliche enge genealogische Zusammenhang des Diezer Grafengeschlechtes mit den Konradinern, weist auf einen solchen Bannbezirk aus Konradinischem Gut hin.¹⁴⁶

Fassen wir dies alles zusammen, so ergibt sich als Gegenbeispiel für die von Anfang an königlichen Bannbezirke, die wir bisher kennen gelernt haben, hier ein großer ursprünglich rein allodialer Bannbezirk der Konradiner. Ob er ein ganzes geschlossenes Gebiet darstellte, erscheint zweifelhaft; aber auch ohne das stellen seine vier Teile beträchtliche in sich geschlossene Bannbezirke dar.

Über den verbleibenden Rest des Taunus, soweit er nicht zur Wetterau, Hohen Mark oder einem der genannten Bezirke gerechnet wird, wissen wir nur wenig. Doch das ist kein Zufall, da das gerade die dünn und spät besiedelten Gebiete des Taunus sind. Vergleicht man die Karte, die Adolf Bach seinen Ortsnamenuntersuchungen beigegeben hat,¹⁴⁷ so verbleibt außerhalb der von uns besprochenen Gerichtsbezirke fast nur im 11.—14. Jahrhundert neu besiedeltes oder kaum bewohntes Land.

Wir könnten und müßten unsere Wanderung von Mainz und Bingen aus nach Süden und von Worms aus nach Westen fortsetzen, wenn uns das kürzlich erschienene Buch von Rudolf Kraft: Das Reichsgut im Wormsgau¹⁴⁸ nicht dieser Pflicht enthöhe. Denn es bringt die für uns geforderte Untersuchung für

144. Grimm, Weist. I. 577 v. 1424 der frihen grafschaft von Dietz grafschaft, gericht, herrlichkeit, gebode hoch und nider mit wasser und weide und mit wildfang durch die frihe grafschaft

145. C. D. Vogel a. a. O. S. 217. Beyer, Mittelrhein. U.B. 912/681 v. 1247.

146. C. D. Vogel a. a. O. S. 203 ff.

147. A. Bach, Die Siedlungsnamen des Taunusgebiets (1927) S. 231.

148. Rudolf Kraft, Das Reichsgut im Wormsgau (= Quellen u. Forschungen z. hess. Gesch. 16). Darmstadt 1934.

das Gebiet von Rheinhessen und der Pfalz, ohne allerdings die Bedeutung der Bannbezirke klar zu sehen, und ohne die sich fast von selbst ergebenden Konsequenzen für den Aufbau der Königsmacht zu ziehen. Doch sammelt das Buch reichlich Material dafür aus einem weitfassenden Gebiet. Die beigegebenen Karten reden allein schon deutlich genug. Dieser Landstrich zerfällt für unsere Betrachtung in drei Teile; den größten Teil von ihm machen die königlichen Forsten aus, die die ganze Pfalz vom Gebirgsrand der Haardt westwärts bis zum Saargebiet hin einnehmen, ergänzt durch einen stattlichen Forst südwestlich Bingen und einen kleineren bei Mainz, im ganzen weit über die Hälfte des gesamten Gebietes. Auch der sich nach Westen daran anschließende Soon- und Idarwald ist ein einziges großes Forstgebiet; die dort vorkommenden Königshufen und die Bezeichnung „Reich“ für einzelne Bezirke weisen auf die Strukturierung auch dieser Gegenden durch königliches Muntrecht hin.¹⁴⁹

Den zweiten Teil bilden die größten Strecken des ebenen Landes von Rheinhessen und der Pfalz. Fast in allen Orten dieses Gebietes ist königlicher Besitz einmal nachweisbar, der größtenteils an Kirchen und Klöster geschenkt ward. Ein Teil des Landes zeigt den Charakter der Banngebiete, von ihm soll als dritter Gruppe die Rede sein. Sonst aber ist Besitz und Herrschaft viel zu zerstückelt, um ein klares Bild zu geben. Doch macht der große Umfang der überall nachweisbaren Reichsrechte ein ursprünglich geschlossenes Gebiet königlicher Herrschaftsrechte auch hier wahrscheinlich.

Den dritten Teil bilden die noch nachweisbaren königlichen Bannbezirke. Der markanteste darunter ist das uns schon bekannte Ingelheimer Reich. Doch auch Oppenheim, Nierstein¹⁵⁰ und Gernsheim¹⁵¹ sind Mittelpunkte solcher, wenn auch kleiner Bezirke, und ebenso die Burgen Gau-Odernheim,¹⁵² Pfedders-

149. Karl Rübel, Die Franken S. 196 ff. Dipl. I. Otto I. 10/97 v. 937; 51/134 v. 942; 71/151 v. 945. Dipl. II. Otto III. 105/516 v. 992.

150. Kraft a. a. O. S. 174 ff.

151. Kraft a. a. O. S. 170 ff.

152. Kraft a. a. O. S. 187 ff.

heim¹⁵³ und Osthofen.¹⁵⁴ Alzey war in karolingischer Zeit Zentrum eines Fiskalgebietes, und noch im 17. Jahrhundert besteht hier eine 17 Dörfer umfassende Mark in der Hand des Pfalzgrafen,¹⁵⁵ was deutlich auf einen alten Bezirk königlichen Herrschaftsrechtes schließen läßt. — In Wörrstadt haben 1220 die Rheingrafen die *comecia*, die ihnen eine beträchtliche Bede einträgt,¹⁵⁶ augenscheinlich auch die Fortsetzung einer königlichen Freigrafschaft; das wird um so wahrscheinlicher, da wir wissen, daß in Wörrstadt alter königlicher Besitz lag. Eine dem entsprechende Grafschaftssteuer bezieht der Rheingraf auch zu Sauerschwabenheim.¹⁵⁷ — Im Nordwesten Rheinhessens ist ein solcher Bannbezirk um Bingen durch königliche Schenkung an Mainz gekommen.¹⁵⁸ Diese verhältnismäßig kleinen auf das ganze Land verteilten Freigrafschaften dokumentieren sich durch ihre Häufung und durch die Verbindung mit Reichsgut als Reste einer früheren weitfassenden Königsherrschaft. Auch hier erfolgt der Aufbau des öffentlichen Lebens augenscheinlich nach Herrschaftsrechten; und es ist anzunehmen, daß die weitgreifenden Rechte der Salier, die sich bald als Grafen, bald als Nachkommen Herzog Konrads von Lothringen als Herzöge bezeichnen, im wesentlichen aus der Verwaltung von königlichen Herrschafts- und Eigentumsrechten bestanden, so wie wir das in Worms selbst deutlich beobachten können. Sie scheinen es verstanden zu haben, aus königlichem Besitz und königlichen Rechten eigene werden zu lassen. Zum mindesten wurde von ihnen der groß angelegte Versuch dazu gemacht. Dabei hat eigenes Allodialgut wohl einen Rückhalt geboten, doch ist nicht zu sagen, in welchem Maße. Denn wie wiederholt betont, schlossen königliche Herrschaftsrechte in einem Gebiet keineswegs Eigentumsrechte anderer aus.

153. Kraft a. a. O. S. 140 ff.

154. Kraft a. a. O. S. 136.

155. Kraft a. a. O. S. 15—53. Grimm, Weist. IV. 623 v. 15. Jhd.

156. Rheingräfl. Gefälle und Untertanen von ca. 1220. (= W. Fabricius, Güterverzeichnisse und Weistümer der Wild- und Rheingrafschaft. = Triebisches Archiv Erg.heft 12, 1911. S. 29 ff.)

157. Ebd. S. 7 u. 12.

158. Dipl. II. Otto II. 306/262 v. 983.

Fragen wir nun nach dem Ursprung dieser Königsrechte des gesamten Mittelrheingebietes und speziell der Wetterau, der Dreieich und der Nassauer Landschaften,¹⁵⁹ so ergibt sich die Antwort aus der Karte. Denn die Nordgrenze des Gebietes wird bei Nichtzurechnung des Büdinger Waldes im großen und ganzen vom römischen Limes gebildet. Streckenweise greifen die Königsbanngebiete nach Norden darüber hinaus aber kaum mehr als 5—10 Kilometer.¹⁶⁰ Da wir aber wissen, daß meist ein Ödstreifen dem Limes vorgelagert war, ist auch diese Verschiebung über den Pfahlgraben hinaus sehr wohl mit der Annahme vereinbar, daß der Limes für die Begrenzung dieses Königslandes maßgebend war. Danach ist anzunehmen, daß das Land an und hinter dem Limes als römisches Staatsland der unmittelbaren Herrschaft der Könige zufiel, als die Franken und Alemannen in der Völkerwanderungszeit das Land besetzten. Wir wissen auch, daß die civitates der Bischofsstädte am Rhein Muntbezirke der fränkischen Könige unter dem Namen von Grafschaften wurden.¹⁶¹ Dasselbe gilt augenscheinlich von allem vom Limes begrenzten Land in weitem Ausmaße. Nicht nur einzelnes Königsgut ist also, wie man lange wußte, auf die Rechtsnachfolge des römischen Staates zurückzuführen, sondern auch die Herrschaft über große Landstrecken. Wie weit das auch für die vom Limes weiter abliegenden Gebiete der Rheinebene gilt, ist zunächst nicht zu entscheiden. Allerdings blieb der Rechtscharakter bei dieser Nachfolge der germanischen Könige nicht gewahrt, sondern römische Begriffe wurden durch den deutschen Muntgedanken ersetzt, der allein die gedankliche Grundlage für

159. Vgl. dazu die genannten Arbeiten von Bingemer, Bethge, Kolb, Mittermaier, Glöckner (Anm. 80) sowie Georg Wolff, Die Bevölkerung des rechtsrhein. Germaniens = Quartalbl. d. Hist. Vereins f. d. Gr. Hessen N.F. I. 602 ff.

160. Eine Ausnahme macht eine Ausbiegung im Taunus und bedeutsamer die Stelle bei Nidda und Schotten, wo die Grenze der Wetterau zur Höhe des Vogelberges aufsteigt. Sie gewinnt so den Anschluß an die Grenze des Büdinger Waldes. Diese Tatsache erklärt auch wohl dies Abweichen vom Limes als spätere Verbindung mit dem Reichsforst.

161. Vgl. Adolf Waas, Königtum, Bistum und Stadtgrafschaft in den mittelhheinischen Bistümern. = Histor. Vierteljahrsschr. 1921 S. 398—425.

den Aufbau der Königsmacht in germanischen Verhältnissen liefern konnte.

In anderen Gegenden ist die Rechtsgrundlage der königlichen Herrschaftsrechte eine andere. In den Forsten des Vogelsbergs und der nördlich sich daran anschließenden Buchonia, aus der heraus das Land für Kloster Fulda gerodet wurde, ebenso wohl aber auch in den pfälzischen Forsten und im Soon- und Idarwald sind die allgemeinen königlichen Forstrechte die Grundlage der Königsbannherrschaft.

In noch einem deutschen Land außer Niedersachsen, dem Elb-Saale-Gebiet dem Land um Würzburg und dem Mittelrheinland sind uns Freigerichte in großer Zahl bekannt: in der Schweiz. Unsere Untersuchung hätte sich auch hier leicht weiter führen lassen; wir beschränken uns aber jetzt, um nicht zu viel Einzelmateriale zu geben, auf einen Hinweis auf die in der Schweiz aufgefundenen Freigerichte und Gruppen freier Bauern auf Freigut. Es wird Sache einer besonderen Untersuchung sein müssen, eine Darstellung dieser Bezirke zu geben. Von vorneherein ist dabei zu betonen, daß man diese „Freiämter“ im Mittelalter als eine eigene und einheitliche Rechtsercheinung ansah, wenn auch keine gemeinsame Bezeichnung dafür bestand, sondern sie uns bald als „freies Amt“, als „Grafschaft“ oder „Vogtei“ in den Urkunden entgentreten. Die Einheitlichkeit im Wesen zeigt mit besonderer Deutlichkeit ein Weistum von 1408,¹⁶² das auf die Identität der Rechtspflege in den freien Ämtern ausdrücklich hinweist. Die gleiche Unwesentlichkeit der Bezeichnung ergibt sich aus der Tatsache, daß dort, wo das Habsburger Urbar zwar freie Leute aber kein Freiamt oder Freigericht nennt, fast gleichzeitige Weistümer ausdrücklich solche namhaft machen.¹⁶³ Es ist also das Vorkommen des Namens „Freiamt“ oder einer ähnlichen Bezeichnung keineswegs erforderlich, um einen solchen Bezirk zu erweisen.

Für viele Schweizer Freiämter, z. B. Hochsol ist das Zusammenfließen von freien und Gotteshausleuten bezeichnend.

162. Grimm, Weist. IV. 386 v. 1408.

163. z. B. Willisau und Wolhusen, Habsb. Urbar I. 181 ff. und Grimm, Weist. IV, 386 v. 1408.

Das ist nur verständlich, wenn es sich in beiden Fällen um Muntrechte handelt, die der Freigraf oder Vogt das eine Mal im Namen der bevogteten Kirche, das andere Mal im Namen des königlichen Muntherrn ausübte.

Die ausdrückliche Berufung auf die königliche Schutzherrschaft ist in der Schweiz verhältnismäßig selten, doch ihr Vorhandensein ist oft nachweisbar.¹⁶⁴ Meist nennen uns die Öffnungen und das Habsburger Urbar nur Steuern und Gerichtsrechte, doch stehen an anderen Stellen z. B. in Kloten-Bassersdorf auch Markrechte daneben. Im Freiamt Affoltern¹⁶⁵ tritt aus Einzelbestimmungen der herrschaftliche Charakter der Freigrafschaft besonders klar hervor. Ein Anspruch des Landgrafen an erbenlosem Gut, seine Gerichtsbarkeit über Freigut, die Steuerverpflichtung eines jeden, „der in dem Freiamt sitzt“, die Dienstpflicht der Zugezogenen (doch diese nur wenn kein anderer Herr auf ihn Anspruch erhebt), alles das ist gar nicht anders zu deuten, als durch den muntherrlichen und nicht volksrechtlichen Charakter dieser Freigrafschaften.

Die von Dopsch betonte und auch in Hessen beobachtete Tendenz der Freigerichte von der grundherrlichen oder muntherrlichen Abhängigkeit zur Selbständigkeit oder doch wenigstens teilweisen Selbständigkeit bäuerlicher Genossenschaften aufzusteigen, ist in der Schweiz schon früh erkennbar. Als frühes Beispiel sei die Vogtei Ferrach (1238) genannt.¹⁶⁶ Doch auch der Freiheitskampf der Eidgenossenschaft selbst kann als eine Fortsetzung dieser Linie betrachtet werden.

Über die Schweizer Grafschaften und Landgrafschaften liegt heute eine Untersuchung von Adolf Gasser vor, von der bereits mehrmals die Rede war.¹⁶⁷ Ältere Darstellungen wie die Blumers¹⁶⁸ sind durch sie überholt. In unserem Zusammenhang ist

164. Fedor Schneider, Staatliche Siedelung im frühen Mittelalter. 1928.

165. Grimm, Weist. IV. S. 391 (v. 1309—1405). Das Muntrecht zeigt auch der Schlußsatz: und soll inn (d. i. einen Zugezogenen) dabey ein herr schirmen als ein andren fryen man. Datierung: H. Glitsch, Zentenar S. 63.

166. Züricher U. B. II. 516/16 v. 1238; 517/18 v. 1238.

167. Siehe oben S. 190 ff., 209, 253.

168. Paul Blumer, Das Landgericht und die gräfliche Hochgerichtsbar-

von den Ergebnissen Gassers der Nachweis wesentlich, daß diese spätmittelalterlichen Landgrafschaften und großräumigen Grafschaften keinen Zusammenhang mit den karolingischen Grafschaften haben. Das Vorhandensein dieser spätmittelalterlichen Grafschaften dort, wo auch in der Karolingerzeit Grafschaften bestanden haben oder bestanden haben müssen, beweist also keineswegs den Weiterbestand der karolingischen volkrechtlichen Amtsgrafschaften bis ins Spätmittelalter hinein. Damit ist der Weg für eine neue Deutung der Freigerichte und Freiamter, wie wir sie versuchen, ebenso aber auch für eine solche der Landgrafschaften und spätmittelalterlichen Grafschaften, wie sie Gasser vorlegt, offen. Darüber hinaus scheinen mir die Darlegungen Gassers den engen Zusammenhang von Landgrafschaften und Landvogteien mit älteren königlichen Herrschaftsbezirken zu beweisen. Augenscheinlich sind auch hier in der Schweiz Landgrafschaften und Landvogteien aus einer Zusammenfassung von einzelnen königlichen Herrschaftskomplexen entstanden. Daß dabei die Blutgerichtsbarkeit zuweilen völlig isoliert ohne Verbindung mit irgendwelchen Herrschaftsrechten erscheint,¹⁶⁹ erklärt sich aus einer Teilung der Rechte zwischen dem Landgrafen als Obervogt und seinem Untervogt oder aus einer Trennung von Gerichtsherrschaft und Schutzherrschaft, wenn wir nicht hier vor Fällen stehen, in denen es gelungen ist, die Blutgerichtsbarkeit des Königs entsprechend der „reichsrechtlichen Theorie der Blutgerichtsbarkeit“ über die Grenzen königlicher Herrschaftsbereiche hinaus vorzuschieben. Doch eine solche Isolierung der Blutgerichtsbarkeit ist nicht die Regel, selbst wenn man in Rechnung setzt, daß das Habsburger Urbar solche vereinzelte Blutgerichtsbarkeit oft gar nicht aufführt. An anderen Stellen verbindet sich die Grafenhochgerichtsbarkeit mit Herrschaftsrechten mannigfacher Art, mit Steuern und Re-

keit der Landgrafschaft im Thurgau, S. 31 ff. Vgl. auch den Eid des Untervogts von 1446 (S. 95), der den herrschaftlichen Charakter deutlich zeigt.

169. Habsb. Urbar I. 116 ff.; dazu wie Gasser nachweist, an anderen im Urbar nicht genannten Stellen.

galien,¹⁷⁰ oder schließt sich unmittelbar an Freigerichte an.¹⁷¹ Große alte königliche Herrschaftsgebiete wie die Reichsvogtei Zürich, die Grafschaft Lags, das Freiamt Affoltern u. a. gehen in diese neuen Landgrafschaften ein. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Frage der Landgrafschaften nochmals untersucht werden. Heute läßt sich aber schon sagen, daß unsere Auffassung von dem königsherrschaftlichen Charakter der Freigerichte von hier aus keine Schwierigkeiten wohl aber Unterstützung und Bestätigung zu erwarten hat.

Zu untersuchen bleibt auch das Schicksal vieler königlichen Bannbezirke. Zahlreiche scheinen an kirchliche Institute geschenkt worden zu sein, und dort allen Zusammenhang mit dem Königtum verloren zu haben.

An sich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß einzelne dieser Freibauerngerichte sich auf dem Boden von Allodialgrafschaften oder von kirchlichen Herrschaften gebildet, und dann nach Analogie der königlichen Freigerichte der Nachbarschaft sich entwickelt haben. Doch spricht die Bezeichnung Freigerichte oder Freiämter, wo diese sich findet, gegen eine solche Entwicklung. Außerdem aber wären solche Analogiebildungen im Grunde ohne prinzipielle Bedeutung. Auch darf man zur Annahme eine Analogie erst greifen, wenn andere Deutungen versagen.

Die wichtigsten Freigerichte hat im Anschluß an Fr. von Wyß H. Glitsch in seinem Buch über den Zentenar zusammengestellt,¹⁷² und auch südbadische Nachweise zugefügt. Doch bedarf die Reihe für die Schweiz noch wesentlicher Ergänzungen, wobei ich mir bewußt bin, daß Einzeluntersuchungen noch weitere Freigerichte aufdecken und auch anderes noch abändern werden.

170. Habsb. Urbar I. 56 ff., 777 ff., 100 ff. Im Amt Schwarzwald besteht die Steuer nur aus einem Fastnachtshuhn, aber wie angegeben, besitzt die „Herrschaft“ hier nur einen Bruchteil des Gerichts.

171. Gasser a. a. O. S. 122, 252 u. a.

172. a. a. O. S. 58, 60 ff.

Es finden sich solche Freiämter, Freigrafschaften oder Genossenschaften von Freibauern in Affoltern,¹⁷³ Arburg,¹⁷⁴ Binzikon-Grünigen,¹⁷⁵ Durnten,¹⁷⁶ Engwil,¹⁷⁷ Ferrach,¹⁷⁸ Frauenfeld,¹⁷⁹ Grindelwald-Wilderswil,¹⁸⁰ Gundolfingen,¹⁸¹ Hasle,¹⁸² Hochsol¹⁸³ (jenseits der Grenze in Baden), Kloten-Bassersdorf,¹⁸⁴ Kyburg-Brünggen,¹⁸⁵ Meienberg,¹⁸⁶ Mettendorf,¹⁸⁷ Muri,¹⁸⁸ Nossikon-Greifensee,¹⁸⁹ Reuſtſtal-Aargau,¹⁹⁰ Richensee,¹⁹¹ Rotenburg,¹⁹² Schännis,¹⁹³ Schwyz,¹⁹⁴ Siggental-Weiningen,¹⁹⁵ Tannegg-Fischin-

173. Grimm, Weist. IV. S. 391 v. 1309—1415. Habsb. Urbar I. 147 ff. und III. 570 ff.

174. Habsburger Urbar I. 491.

175. Grimm, Weist. IV. 270 v. 1435. Habsb. Urbar I. 275 ff. u. III. 579 ff.

176. Grimm, Weist. IV. 276 v. 1480.

177. Grimm, Weist. I. 284 v. 1532. Fr. v. Wyss, Die freien Leute S. 223.

178. Züricher U.B. II. 516/517 S. 16 ff. v. 1238. Fr. v. Wyss a. a. O. S. 183 ff.

179. P. Blumer, Thurgau S. 90 ff.

180. Habsb. Urbar I. 478 ff. und 480.

181. Ebd. S. 180.

182. Fr. v. Wyss S. 251.

183. Habsb. Urbar I. S. 69. Grimm, Weist. IV. 496 v. 1315. Das gleichfalls im Habsb. Urb. (S. 377) genannte Hohen-Tengen liegt zu weit von der Schweiz ab, um hier herangezogen zu werden.

184. Grimm, Weist. IV. 279 v. 1400. Habsb. Urbar I. 243 ff. und III. 594.

185. Habsb. Urbar I. 287 ff. III. 585.

186. Ebd. I. 144 ff. und III. 577.

187. Ebd. I. 396.

188. Ebd. I. 139 ff. und III. 577.

189. Ebd. III. 584/585 fehlt im Habsb. Urbar I.

190. Trouillat, Monuments de l'histoire de l'ancien évêché de Bâle I. 549 von 1238—1240. Fr. v. Wyss a. a. O. 210 v. 1273.

191. Habsb. Urbar I. 220 ff. und III. 577.

192. Grimm, Weist. IV. S. 386. Habsb. Urbar I. 196 ff. und 198 ff.

193. Habsburger Urbar I. 498 ff.

194. Ebd. II. 133/134. Habsburger Pfandrodel von 1281. Habsb. Urbar III. 570. Fr. v. Wyss a. a. O. S. 231, 248. Fedor Schneider a. a. O. S. 28. Gagliardi, Ernst, Geschichte der Schweiz S. 177.

195. Habsb. Urbar III. 579. Züricher U.B. III. 594/39 von 1255.

gen,¹⁹⁶ Temprikon,¹⁹⁷ Under der Thürlinden,¹⁹⁸ Im oberen Thurgau,¹⁹⁹ Unterwalden,²⁰⁰ Uri,²⁰¹ Urseren,²⁰² Vilmergen,²⁰³ Wilisdorf,²⁰⁴ Willisau,²⁰⁵ Wolhusen²⁰⁶ und Zürich.²⁰⁷ Dazu kommt abseits liegend die Grafschaft Lags²⁰⁸ und das Bergell.²⁰⁸

Macht man sich an Hand einer Karte die Lage dieser Freigerichte klar, so ergibt sich, daß abgesehen von den beiden letztgenannten rätischen Gebieten alle sich auf dem verhältnismäßig kleinen Gebiet der Nordostschweiz zusammendrängen, das sich von der Umgebung des Vierwaldstättersees bis zum Bodensee und bis zur Aar hinzieht, ein Gebiet das auch reich an Kirchengut ist, das aller Wahrscheinlichkeit nach auf königliche Schenkungen an Stifter zurückzuführen ist. Fedor Schneider nahm

196. Grimm, Weist. I. 273 v. 1432. Fr. v. Wyss a. a. O. S. 219.

197. Habsb. Urbar I. 223 ff. und III. 577.

198. Grimm, Weist. I. 257 von 1458. Fr. v. Wyss S. 218.

199. Grimm, Weist. V. 192 v. 1436 (Oberuzwil). Fr. v. Wyss. S. 220 f. H. Glitsch, Zentenar S. 72 f.

200. Fr. v. Wyss S. 248 ff. Fedor Schneider a. a. O. S. 29.

201. Züricher U.B. I. 68/22 v. 853; 203/95 v. 955; 467/344 v. 1231; 483/357 v. 1233; 489/361 v. 1234. Züricher U.B. II 723/203 v. 1248. Züricher U.B. III. 1034/119 v. 1258. Fedor Schneider a. a. O. S. 26. Fr. v. Wyss S. 68 ff. Gagliardi a. a. O. S. 177 ff.

202. Habsb. Urbar I. 285. Fedor Schneider a. a. O. S. 42 f.

203. Habsb. Urbar I. 163 ff. und III. 577.

204. Ebd. I. 340.

205. Grimm, Weist. IV. S. 386 v. 1408. Habsb. Urbar I. 181 ff. und III. 573 ff.

206. Grimm, Weist. IV. 386 v. 1408. Habsb. Urbar I. 191 ff. u. III. 575 ff.

207. Fr. v. Wyss, Die Reichsvogtei Zürich in Zeitschr. f. Schweizer Recht 17. S. 1 ff. Fedor Schneider a. a. O. S. 25. Ders., Burg und Landgemeinde S. 59 ff. Eggers, Der königliche Grundbesitz S. 121.

208. Über Lags und das Bergell vgl. die Dtrstellung in Adolf Waas, Vogtei und Bede II. S. 56—62. Das dort Gesagte haben folgende neueren Untersuchungen bestätigt und ergänzt: Fedor Schneider, Staatliche Siedlung S. 39 ff. und Burg und Landgemeinde S. 67 ff. Die Anschauungen Schneiders über die italien. Verfassungsverhältnisse stehen hier nicht zur Diskussion. Über Rätien vgl. Richard Heuberger, Rätien im Altertum und Mittelalter 1932.

bereits an, daß die Frankenkönige hier römisches Staatsland übernahmen, und konnte sich dabei auf zahlreiche Einzeluntersuchungen stützen. Die Parallele mit dem mittelhheinischen Königsbanngebiet erhöht noch die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme, besonders da sie in der Entwicklung von Rätien,²⁰⁸ über die wir ausnahmsweise gut unterrichtet sind, ihre volle Ergänzung findet.

Überblickt man rückschauend noch einmal das, was wir von den Schweizer Freigrafschaften wissen, so ist die Übereinstimmung mit Niedersachsen, Franken, dem Elbe-Saale-Gebiet und dem Mittelrhein trotz aller lokalen Sonderentwicklungen auffallend, und legt die Vermutung einer gleichen oder ähnlichen Entwicklung auch in anderen deutschen Landschaften nahe.

Wir könnten unsere Wanderung noch weiter ausdehnen, etwa in das der Schweiz und andererseits der Pfalz benachbarte Elsaß, wo in Hagenau ein größerer Bannbezirk bestanden zu haben scheint,²⁰⁹ doch wir übersehen bereits ein genügend großes Stück Land, um sagen zu können, daß der hier vorgefundene Aufbau des öffentlichen Lebens keine lokale Sonderentwicklung darstellen kann. Es soll zwar keineswegs der Schluß gezogen werden, daß das ganze Deutschland nur aus Königsbannbezirken bestanden habe, und alle obrigkeitliche Gewalt von daher abzuleiten sei. Das wäre sicherlich ein Trugschluß. Denn die bis zur Ausschließlichkeit sich teilweise steigernde Häufung der Königsbanngebiete am Mittelrhein, in der Pfalz, in der Schweiz, in Niedersachsen und dem Elb-Saale-Gebiet ist sicherlich auf besondere Ursachen zurückzuführen. Andere Gebiete haben, wie wir das an der Lahn kennen gelernt haben, allodiale Bezirke als maßgebende Bestandteile aufzuweisen, die die Grundlage der Adelsmacht gebildet haben. Denn die Machtstellung der Adelsgeschlechter, die uns v. Dungern nachgewiesen hat, gründet sich keineswegs nur auf die Verwaltung königlicher Rechte und deren allmähliche Überleitung in eigene Herrschaftsrechte, wie dies bei den Saliern anzunehmen war, sondern daneben stehen in großem Umfang allodiale Herrschaftsbezirke, wie das z. B. für

209. H. Niese, Reichsgut S. 173/174.

Schwaben A. Bauer nachgewiesen hat.²¹⁰ Keine dieser beiden Quellen der Adelsmacht darf unterschätzt werden, erst ihre gegenseitige Ergänzung macht Bedeutung und Macht des Adels verständlich. Die Kirchenvogteirechte treten ergänzend zu beiden Gruppen. Auch sie haben diese Doppelseitigkeit, je nachdem, ob einem Adelsgeschlecht die Ausübung einer Königsvogtei übertragen wurde, oder ob eine eigene Eigenkirchenherrschaft ihm aus seinem Allodialbesitz erwuchs.

Allen diesen Adelsrechten gegenüber aber muß die Machtstellung des Königtums auf Grund des eigenen königlichen Muntrechts sehr hoch veranschlagt werden, wie unsere lokalen Einzeluntersuchungen immer wieder ergaben. Allerdings ist dabei zu beachten, daß es sich oft um „auf dem Papier“ (wenn dieser Anachronismus erlaubt ist) stehende Rechte des Königs handelt. Ob in der faktischen Handhabung der Charakter königlicher Rechte gewahrt werden konnte, hing von den jeweiligen Machtverhältnissen örtlicher Art und von der sich Anerkennung erzwingenden Persönlichkeit des Königs ab. Denn der einzige Weg zur Ausübung der Königsrechte ist ihre Übertragung an einen Dynasten oder eine Kirche, bis die Schaffung des Reichsministerialenstandes dem König neue Möglichkeiten bot.

Jedenfalls aber ist die Summe der dem König zustehenden Herrschaftsrechte groß, weit größer als man bisher annehmen konnte. Das konnte die Untersuchung Niedersachsens, des Mittelrheingebietes und der Schweiz bereits zeigen. Doch damit sind die Reihen dieser Bannbezirke keineswegs abgeschlossen. Wir erinnern an die zahlreichen an geistliche Stifter besonders auch an Würzburg geschenkten Grafschaften,²¹¹ an die Burgwarde und Burgsuchungen des Ostgrenzengebietes,²¹² an das „Reich“ bei Cröv a. d. Mosel²¹³ und das „Königreich“ bei Horchweiler a. d. Saar,²¹⁴ oder an die zu Boppard,²¹⁵ Sinzig,²¹⁶ Aachen

210. Siehe oben S. 215 ff.

211. Siehe oben S. 166 ff., 171 ff.

212. Siehe oben S. 176 ff.

213. Grimm, Weist. II. S. 370 ff.

214. Grimm, Weist. II. S. 40 f. von 1550.

215. Siehe Waas, Vogtei und Bede II. S. 64 Anm. 1.

216. Siehe Waas, ebd. S. 63 Anm. 6.

und Oberwesel am Rhein gehörigen Herrschaftsgebiete.²¹⁷ Besonders zahlreiche Beispiele für Freigüter und Freigutsabgaben bieten außerdem die Erfurter Urkunden,²¹⁸ die unter diesem Gesichtspunkt eine besondere Bearbeitung verdienen. Vielleicht sind auch die von Fedor Schneider untersuchten und schon zu den Freigrafschaften in Parallele gestellten Arimannien des langobardischen Oberitalien²¹⁹ hier anzufügen. Für das Elsaß, das Neckartal und den Niederrhein werden Einzeluntersuchungen mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls das Bestehen solcher Bannbezirke erweisen; einen deutlichen Hinweis darauf gibt schon die Reichssteuerverzeichnis von 1241.²²⁰ Erst wenn lokale Einzeluntersuchungen hierüber vorliegen, läßt sich der Umfang der Königsmuntherrschaft voll übersehen, aber einen Begriff von ihrem Ausmaß bekommen wir auch heute schon.

Vor allem aber bestätigt das Ergebnis dieser lokalen Untersuchungen unsere auf anderen Wegen gewonnenen Erkenntnisse vom Aufbau des frühmittelalterlichen Staates. Denn es ist unmöglich, daß andere Teile Deutschlands eine volksrechtliche Struktur staatlichen Lebens in der Organisation von Amtsgrafschaften aufwiesen, wenn das sächsische Land, das Elb-Saale-Gebiet, Hessen, Nassau, die Pfalz und die Schweiz eine rein herrschaftliche muntrechtliche Strukturierung des gesamten öffentlichen Lebens aufweisen, besonders da wir auch am Obermain große Bannbezirke vorgefunden haben, die Würzburg und Bamberg geschenkt wurden. Ein solcher „Dualismus“ müßte sich als solcher klar zu erkennen geben, wozu aber jeder Ansatz fehlt. Außerdem aber bleibt überhaupt kein Raum mehr

217. Beyer, Mittelrhein, U. B. III. 18/22 von 1213.

218. Erfurter U. B. I. 9/8 v. 1108; 13/15 v. 1120; 80/41 v. 1217; 88/45 v. 1222; 222/138 v. 1267; 244/154 v. 1270; 311/201 v. 1281; 232/146 v. 1269; 263/165 v. 1273; 359/234 v. 1285; 397/269 v. 1290. Erfurter U. B. II. 39/26; 81/66 v. 1329; 517/407 v. 1359; 627/459 v. 1368. Kirchhoff, Weistümer 3/8 ff. Die Erklärung, die Kirchhoff S. 224, 230 und 233 gibt, ist falsch. — Die Münzen, in denen man den Freizins zahlte, werden noch im 17. Jhd. in der Art der alten Brakteaten geschlagen, sie heißen „Erfurter Freipennige“.

219. Fedor Schneider, Entstehung von Burg u. Landgemeinde in Italien. Ders., Staatliche Siedelung im frühen Mittelalter.

220. Const. III. Friedrich II. S. 1 ff. von 1241.

für „die andere Seite“, d. h. für volksrechtliche Grafschaften, wenn neben den zahlreichen Königsmuntgebieten das Kirchengut und die Allodialherrschaften einen sehr beträchtlichen Teil des deutschen Bodens beanspruchen. Auch hätte eine amtsrechtliche Grafschaftsorganisation, die nur einen kleinen Teil des Volksraums umfaßte, in sich schon Sinn und Bedeutung verloren. Denn in die Ausnahmestellung herabgedrückt hörte ein allgemeines Volksrecht auf solches zu sein. Doch haben wir selbst zu solchen Erörterungen keinen Anlaß, da wir keinen Beweis haben für die Existenz solcher restlichen Enklaven volksrechtlicher Struktur in einem herrschaftlich und königsherrschaftlich aufgebauten Volksleben. Die Annahme einer einheitlichen muntrechtlich-herrschaftlichen Strukturierung des gesamten frühmittelalterlichen deutschen Volks- und Staatslebens ist hiernach unabweisbar.

Fünftes Kapitel.

Der muntrechtliche Charakter des frühmittelalterlichen Staates.

§ 1. Staat und Herrschaftsrecht.

Herrschaftliche und volksrechtliche Machtmittel des Königs. — Das Königsgut. — Die Kirchenherrschaft. — Eigenkirche und Kirchenvogteien. — Die Vogteibezirke. — Die Reichsstädte. — Die Einheit aller Bannbezirke und Vogteien. — Bannbezirke und Vogteien als Steuerquelle. — Lehnswesen und Königsmunt. — Die Gesamtheit der Muntrechte des Königs.

§ 2. Staat und Volksrecht.

Die Heerführung. — Der Untertaneneid. — Auch das volksrechtliche Verhältnis von König und Volk wird als Munt gedacht, ohne Munt zu sein. — Volksrecht und Muntrecht des Königs in ihrem Verhältnis zu einander. — Geringe Machtmittel des Volksrechts. — Legitimation und Erhöhung der Herrschaftsrechte des Königs durch das Volksrecht. — Volksrecht und Landfriedensordnungen.

§ 3. Fragen des Sozialaufbaues.

Der Adel. — Das Fehlen des vollfreien Grafschaftsbauern. — Der Freibauer. — Die Königsmunt rettet den freien Bauern. — Vogtleute als Masse der Bauern. — Der Bürger. — Der germanische Sozialaufbau.

§ 4. Charakteristika des frühmittelalterlichen Staates.

Germanischer Grundcharakter. — Verblassen des römischen Elementes. — Verwandtschaft mit dem germanischen Gemeinwesen.

Staat oder Anarchie des Adels? — Die Königsmunt sichert den Charakter als Staat. — Die Rechtsidee stärkt die Stellung des Königs. — Das Fehlen von demokratischen Elementen. — Keine reine Monarchie, keine reine Aristokratie, sondern Monarchie muntherrlichen und aristokratischen Charakters. — Feudalstaat im Sinne des Muntstaates, nicht im Sinne des Lehnstaates. — Volkstümlichkeit des Rechts. — Einheit des Rechts. — Schattenseiten des herrschaftlichen Aufbaues. — Notwendigkeit eines allgemeinen Staats- und Volksbewußtseins. — Notwendigkeit einer umfassenden Ziel-Idee.

Der Genossenschaftsgedanke — des Adels — der Bauern — der Bürger — der Kirche — des Gesamtvolkes. — Die Spannung von Genossenschaft und Herrschaft und ihr Kampf.

Weltlicher germanischer Staatsaufbau und kirchlich-römische Gedankenwelt. — Konservatives und revolutionäres Recht. (Gewohnheitsrecht und Naturrecht).

Das Kaisertum. — Notwendigkeit der Kaiserpolitik um der Eigenkirche, der Autorisation und Weihe willen und als sammelnde Idee.

§ 1. Staat und Herrschaftsrecht.

Wenden wir uns nun nach in die engen Kreise territorialer Forschung führenden Einzeluntersuchungen wieder der Frage nach dem Wesen des Königtums im Ganzen zu, auf die unsere Arbeit abzielen soll, so ist es notwendig, zunächst nach der faktischen realen Macht des Königs zu fragen, ehe der Charakter des Königtums erörtert werden kann. Denn entscheidend für das Bild des Staatslebens ist in letzter Linie die verfügbare Macht. Von ihr zeugt die Geschichte. Erst wenn wir sie kennen, werden wir die Eigenart des frühmittelalterlichen Königtums in Begriffen zu fassen vermögen.

Nun ist die faktische Macht des einzelnen Königs das Produkt aus den vorhandenen Machtmitteln und seiner persönlichen Kraft zu handeln, die selbstverständlich nicht allein von seinen persönlichen Fähigkeiten, sondern ebenso von einer Fülle äußerer Umstände und Verkettungen bestimmt wird. Unsere Aufgabe kann es hier nur sein, den ersten Faktor, die dem König zur Verfügung stehenden Machtmittel klarzustellen, und eine allgemeine Übersicht über das zu geben, was deutsche Könige mit ihnen zu schaffen gewußt haben. Die Einzelbilder der Verwendung dieser Machtmittel in den Händen einzelner Könige zu zeigen, und den Einzelursachen von Stärke und Schwäche der Königsmacht einzelner Jahrzehnte nachzugehen, muß Sache einer späteren Untersuchung bleiben.

Wir werden dabei die königlichen Machtmittel zweckmäßig in zwei Gruppen einteilen, d. h. zwischen herrschaftlichen und volksrechtlichen unterscheiden. Diese Unterscheidung kann nicht mit der gewohnten in private und öffentliche Rechte gleichgesetzt werden, da auch Herrschaftsrechte unter Umstän-

den einen öffentlichen Charakter bekommen können. Sie ist dadurch gegeben, daß Volksrecht alle Volksgenossen in gleicher Weise umfaßt kraft des überall sich ausspannenden Königsrechts ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einem engeren Kreis, Herrschaftsrecht aber auf Grund besonderer Beziehungen besondere Abhängigkeiten und Verpflichtungen, unter Umständen aber auch besondere Bevorrechtigungen der mit dem Herrn besonders verbundenen Gruppen schafft, von denen andere Volksgenossen ausgeschlossen sind. Volksrecht kann nur dem König zustehen, Herrschaftsrecht auch anderen Großen, wenn es auch in der Hand des Königs eine besondere Gestalt gewinnen kann. Das spätere Mittelalter kannte diese Unterscheidung innerhalb der den Kaisern zustehenden Rechte in der Gegensatzlichkeit von kaiserlichem Recht (speziell kaiserlichen Reservatrechten) und Rechten der Hausmacht. Dabei ist zu betonen, daß, wenn auch Herrschaftsrechte in der Hand des Königs eine besondere Gestalt annehmen können, königliche Herrschaftsrechte darum doch Herrschaftsrechte bleiben.

Diese Königsherrschaftsrechte lassen sich scheiden in solche über das Reichs- und Königsgut, die Reichskirchen, die Reichsvogteien (Bannbezirke und Freigrafschaften) und die Reichsstädte einerseits und den ganzen Komplex des Lehnswesens andererseits. Dabei bleibt noch zu untersuchen, wie weit die Regalien im engeren Sinne, d. h. Markt, Münze, Zoll und Geleit hier einbezogen werden können. Dieser Gruppe herrschaftlicher Rechte stehen als volksrechtliche Auswirkungen des Königsrechts im eigentlichen Sinn gegenüber: die Heeresführung des Volksaufgebots, der allgemeine Friedensschutz und allgemeine Untertanenverband, dazu die Regalien, wenn sie sich als hier zugehörig erweisen sollten. Zu untersuchen bleibt, wie weit die Herzöge ein über das Lehensverhältnis hinausgehendes Band, das dem Volksrecht zuzurechnen wäre, mit dem König verknüpfte. Beiseite gelassen sind hier zunächst alle Folgerungen, die sich seit 962 aus dem wieder aufgenommenen Kaisertum der deutschen Könige ergeben. Davon wird später noch zu reden sein. Zunächst aber ist es wichtig die Stellung des deutschen Königs ohne die Verwicklungen, die das Kaisertum brachte, zu sehen.

Das Königsgut (Haus- und Reichsgut) ist die Stelle, an der das Herrschaftsrecht des Königs sich am stärksten verdichtet. Denn es ist hier fast stets mit unmittelbarem Eigentum am Boden und an hörigen Leuten verbunden. Die Fronhöfe machen seinen Hauptbestandteil aus. Ihre unmittelbare Dienstbarkeit dem König gegenüber tritt am klarsten in Erscheinung, wo sie als Tafelgüter unmittelbar dem königlichen Haushalt eingegliedert sind. Der aufschlußreiche Aufsatz von Bruno Heusinger¹ hat uns ein lebendiges Bild der Verwendung des Reichsguts für den Unterhalt des Hofes gegeben und der Schwankungen, denen diese Verwendung ausgesetzt war. Immer wieder drohte unter schwachen Königen das Reichsgut ihren Händen zu entgleiten, und immer wieder greift dann die starke Faust eines kraftvollen Herrschers neu zu. Die stets drohende Gefahr ist die Verminderung des Reichsguts durch Vergabung als Eigen oder als Lehen, da die eigentümliche Struktur des mittelalterlichen Staatslebens solche Vergabungen immer wieder verlangt. Doch bedeutet, wie wir längst wissen, nicht alle Vergabung einen Verlust, denn auch an Kirchen vergabtes Gut verbleibt bei starken Herrschern in der Herrschaft des Königs und kann, wenn der König diese auszunutzen weiß, ihm auf diesem Weg vielleicht von größerem Nutzen sein, ja auch einen besseren und gesicherteren Ertrag gewähren als bei unmittelbarer Ausnutzung, da auch bei dieser die Hand eines Laien eingeschaltet werden mußte. So nur ist die Reichsgutspolitik der Ottonen, insbesondere Heinrichs II. zu verstehen.

Innerhalb der königlichen Fronhöfe ist zunächst nur für Eigentumsrechte Platz, denen auch die Unfreien unterworfen sind. Erst im Laufe des Mittelalters festigt und verbessert sich deren Stellung, vor allem wo ein genossenschaftlicher Zusammenschluß dem Einzelnen Halt gab so, daß dann auch innerhalb des Fronhofsverbandes besser von Herrschaftsrechten als von Eigentumsrechten über diese unfreien fiscalini geredet werden kann. Doch sind die meisten mittelalterlichen Königshöfe nicht nur Fronhöfe, sondern um sie gruppiert sich an kleinbäuerliche

1. Bruno Heusinger, *Servitium regis* in der deutschen Kaiserzeit.
= Archiv für Urkundenforschung VIII, 1922 S. 26—51.

Siedler ausgetanes Gut, das dem Hofe zugehörig bleibt. Hier schließen sich also Herrschaftsrechte im engeren Sinn an den Fronhof an, da die Stellung solcher Siedler auf Fronhofsgut, auch wenn sie ursprünglich unfrei waren, sich der freier Siedler angleicht, und da auch Freie unter diesen von vorneherein zahlreich vertreten waren. Wo diese Art der Bewirtschaftung größeren Umfang annimmt, entstehen Vogteibezirke im Anschluß an den Fronhof, wie wir dies in vielen Fällen am Mittelrhein beobachten konnten. Je größer der Bannbezirk ist, um so leichter erlangt er Selbständigkeit dem Fronhof gegenüber. Beispiele dafür sind: die Grafschaft Bornheimer Berg neben Frankfurt, das Ingelheimer Reich oder in kleinerem Umfang Gernsheim und Nierstein, während in Tribur (Trebür) nur die ersten Ansätze dazu bemerkbar sind. Da hier jedoch rechtliche Bildungen eigener Art vorliegen, tut man gut, diese getrennt zu behandeln und Reichsgut von Reichsvogteien zu scheiden, im Sinne von Grundherrschaft und Muntherrschaft, von Unfreiheit und Freiheit, obwohl man im Mittelalter diese Scheidung meist nicht durchführte.

Auch die Frage der Immunitätsgerichtsbarkeit der Domänen bekommt erst eigentliche Bedeutung, wo Bannbezirke sich an die Fronhöfe anlehnen, da für die unfreien Fronhofsknechte die Frage der Zugehörigkeit zu einem Grafschaftsgericht gar nicht in dieser Weise gestellt werden kann. Im Verhältnis des Königs zu seinen Reichsgütern tritt eine prinzipielle Änderung im Laufe des Mittelalters nicht ein, wohl aber ein Wechsel im Grad der Ausnutzung und der dafür angewandten Methoden vor allem unter den Saliern und Staufern.

Ganz anders bei den Reichskirchen. Hier hat der Investiturstreit oder besser gesagt der große Kirchenkampf, von dem der Investiturstreit nur ein Ausschnitt ist, umwälzende Änderungen gebracht, die den Bestand des Königstums bis in die Tiefe erschütterten. Wir können hier nur kurz zusammenfassen, was an anderer Stelle seine ausführliche Darstellung gefunden hat.² Die Zeitspanne von den Ottonen bis zum Investi-

2. Adolf Waas, Vogtei und Bede I. und II. (= Arbeiten z. dt. Rechts- u. Verfassungsgeschichte Heft 1 u. 5) 1919 u. 1923.

turkampf erhält ihr Gepräge durch eine voll durchgeführte Unterwerfung der Kirche unter die Herrschaft des Königs (Eigenkirche). Diese Herrenstellung der Könige ist das ganz bewußte Werk der Ottonen. Unter ihren Urkunden nehmen die Immunitätsurkunden, die die Königsmunt über die Kirche begründen oder bestätigen, bei weitem die erste Stelle ein, und spiegeln damit die Bedeutung, die diese Politik für die Ottonen hatte. Die Immunität ist allerdings keineswegs eine neue Institution, aber sie bekommt einen neuen Charakter dadurch, daß die Gleichsetzung von Königsmunt und Immunität voll durchgeführt wird, und daß — ausgesprochen von den niederdeutschen Königen — das Wort Immunität der Königsmunt gegenüber nur noch einen Schmuck, einen Hinweis auf die traditionelle Linie aus dem römischen Recht her bedeutet, ohne noch Wesentliches auszusagen. Denn auch die gerichtliche Sonderstellung des „immunen“ Instituts folgt aus der Königsmunt mit derselben Notwendigkeit wie aus der römischen Institution. Man braucht also den Gedankengang der Immunität nicht mehr zu bemühen, da der Königsmuntgedanke für jeden unmittelbar bereit lag. Durch ihre ungeheure Ausdehnung bekommt aber unter den Ottonen die Königsschutz-Immunität eine ganz neue Stellung im Staatsganzen. Man hat also unter Beibehaltung der alten Formen doch völlig Neues geschaffen, und dem Staat damit eine starke Stütze gegeben. Es ist bezeichnend hier wie in parallelen Fällen, daß die ununterbrochene Linie, die von dem mittelalterlichen Institut rückwärts zu dem römischen hinführt, über das Wesen der mittelalterlichen Einrichtung noch nichts aussagt; entscheidend ist, was die damals und dort handelnden deutschen Menschen daraus gemacht haben, wie ihre Gedanken dies Institut mit dem alten römischen Namen nun fassen, und wie ihre deutschen Hände es handhaben. Darüber aber sagt der römische Name nichts aus. In unserem Falle gibt die immer wiederkehrende Einführung des neuen deutschen Wortes *mundiburdium* in die altererbten Formeln beredtes Zeugnis von der neuen Denkweise.

Der verschiedenen geschichtlichen Entwicklung wegen tut man gut, hier Bistümer und Reichsklöster getrennt zu betrachten, obwohl der zugrunde liegende Rechtsgedanke der Eigenkirche

der gleiche ist. Bei den Reichsabteien ist es deutlich zu erkennen, daß die Herrschaft des Königs über die Kirche ebenso wie die des Adels über seine Eigenkirchen sich in doppelter Weise auswirkt: in dem Eigentumsrecht an der Kirche und ihren Pertinenzien und in der Munt über ihre Kleriker und Hinterlassen. H. Planitz hat in einer Besprechung meiner „Vogtei und Bede“³ ein schärferes Auseinanderhalten beider Begriffe verlangt, und mit gewissem Recht, da sich mannigfache Mißverständnisse von hier aus ergeben haben.⁴ Um solche zu vermeiden, wurde auch oben bereits bei der Darstellung des Rechtes der Bannbezirke nicht mehr von einem „Obereigentum“ des Muntherren sondern von seinen Herrschaftsrechten gesprochen, so daß Muntherrschaft und Eigentum einander (allerdings in mannigfacher Verstrickung) gegenüberstehen. Beide sind Ausfluß eines beides umfassenden Herrenrechtes des Königs, und

3. Die wichtigsten Besprechungen sind: Hans Planitz, Zs. d. Sav.stfg. f. R.G. germ. Abt. 41. S. 421—433 und ebd. 44. S. 462—465. Herm. Aubin, Vierteljahrsschr. f. Soz. u. Wirt.gesch. 16. S. 409—414. Hans Fehr, Histor. Zeitschr. 124 S. 107 ff. und 133 S. 93 ff. G. v. Below, Vierteljahrsschr. f. Soz. u. Wirtsch.gesch. 18 S. 239—41. Karl Hampe, Wissenschaftl. Forschungsber. VII, S. 65—67. Manfred Stimming, Jahresber. d. dt. Gesch. 2, 1919 S. 46 ff. Hans Hirsch, Jahresber. f. dt. Gesch. 2, 1926 S. 371. Bernhard Schmiedler, Zeitschrift für Kirchengeschichte 43 N.F. 6, S. 274 f. Die gemachten Einwände lassen sich, abgesehen von der Frage der Bede, von der unten die Rede sein wird, in drei Gruppen zusammenfassen, die sich um die Probleme des Königsbanns, des Verhältnisses von Eigenkirchenrecht und Vogtei und Beamtenvogtei der Bischofskirchen formieren. Die erste Frage ist oben ausführlich in größerem Zusammenhang behandelt worden, zur Klärung der zweiten sollen die nachfolgenden Darlegungen dienen. Ebenso soll von der Beamtenvogtei später die Rede sein. Auch diese Bedenken hoffe ich zerstreuen zu können. Für die Haltung von Herm. Aubin, der die meisten Einwände erhebt, ist der Schlußsatz seiner Besprechung sehr aufschlußreich. Er lautet: „Soviel ist schon jetzt zu erkennen, daß sich in Konsequenz von W.s Auffassung eine Herleitung fast aller Herrschaftsrechte aus der Munt ergibt, daß von öffentlichen Herrschaftsrechten fast nichts mehr übrig bleibt.“ Hier sieht A. klar unsere heutigen Untersuchungen voraus, und es drängt sich die Frage auf, ob nicht diese vorausgesehenen Konsequenzen ihn zur Verschärfung seiner Einwände veranlaßt haben, was methodisch nicht richtig wäre.

4. Ich sprach absichtlich in Vogtei und Bede fast stets von Eigenkirchenherrschaft in diesem Sinne, und soweit ich sehe nur einmal mißdeutbar von Eigenkirchenrecht (S. 52).

zwar sowohl bei weltlichen wie bei kirchlichen Herrschaftsobjekten. Bezeichnet man dieses umschließende Recht als Eigenkirchenrecht, so sind das Eigentum an der Kirche ebenso wie die Munt Herrschaft als Ausfluß dieses Eigenkirchenrechts zu betrachten. Verwendet man dagegen dies Wort speziell zur Bezeichnung des Eigentumsrechtes an der Kirche, so stehen Vogtei und Eigenkirchenrecht nebeneinander und sind voneinander zu trennen, beide als Auswirkungen der Kirchenherrschaft. Die Formulierung des Verhältnisses von beiden ist also davon abhängig, welchen Sinn man dem Wort Eigenkirche geben will, und eine Diskussion der Frage ohne Klarstellung dieser Vorfrage, oder bei verschiedener Stellung zu ihr muß erfolglos bleiben. Die Munt Herrschaft erscheint in dem einen Fall (den ich vorziehe), als der Sohn, im anderen Falle als der Bruder des Eigenkirchenrechts. Die damals von mir im Anschluß an ungenau definierende Urkunden gewählte Bestimmung des Verhältnisses von beidem als Zusammenfall ist allerdings jedenfalls irreführend. Selbstverständlich können in den Kämpfen um das Eigenkirchenrecht und die Vogtei das Eigentums- und das Munt Herrschaftsrecht eine verschiedene Entwicklung einschlagen, doch das beweist nichts gegen ihre ursprüngliche wesenhafte Zusammengehörigkeit. Wesentlich ist dabei vor allem, daß diese Kirchenherrschaft und mit ihr Eigentums- und Herrschaftsrechte nicht etwa in einer allgemeinen Kirchenschutzpflicht des Königs auf volksrechtlicher Grundlage ruht, sondern durch das zwischen König und Kirche bestehende Sonderrechtsverhältnis der Königsmunt begründet ist. Die Muntbriefe, die wir nicht gerade glücklich meist als Immunitätsurkunden zu bezeichnen pflegen, zeigen deutlich immer wieder die Begründung eines Sonderrechtsverhältnisses.

Das Eigentumsrechtes an der Kirche wird stets dem Heiligen der Kirche übertragen. Auf diesem Weg bildet sich eine Anstaltspersönlichkeit heraus, zunächst ganz real gesehen in der Gestalt des Heiligen. Nur in dieser an die reale Person anknüpfenden Form konnte der deutschem Rechtsdenken nicht ohne weiteres zugängliche Gedanke einer Anstaltspersönlichkeit oder ein dafür geschaffener Ersatz in dem Rechtsleben des Mittelalters von Bedeutung werden. In dem Maße, in dem das

geschah, verblaßte das Eigentumsrecht in der Hand des Königs, und die Herrschaftsrechte stiegen an Bedeutung. Von diesem Eigentumsrecht des Königs an der Kirche ist sein Verhältnis zum Boden der freien bauerlichen Hintersassen zu scheiden; denn dies ist sekundärer Natur, ist eine Folge des Herrschaftsrechtes über die freien Hintersassen. Bei weltlichen Vogteien vollzieht sich ein ähnlicher Vorgang wie bei den Kirchen. Das „Eigen“ erhalten hier die Freibauern, die Herrschaftsrechte aber verbleiben dem König oder seinem Vogt.

Bei den Bischofskirchen liegen die Verhältnisse anders, da hier die Machtverhältnisse anders gelagert sind, und ein gewisses Erbe von Selbständigkeit vorhanden ist. Doch halte ich — im Gegensatz zu Planitz — den Unterschied keineswegs für grundsätzlich. Denn Munt herrscht hier wie da. Daß eine Munt-herrschaft des Königs über die Bistümer bestand, kann gar nicht zweifelhaft sein. Sie wurde zunächst seitens der Bistümer lebhaft begehrt, wie die sich stets wiederholenden Bitten um Muntbriefe beweisen. Freilich griff der König bei den alten Bistümern weniger straff durch, wie G. Weise am Einsetzungsrecht der Bischöfe bewiesen hat. Doch das ist m. E. kein grundsätzlicher Unterschied sondern eine politische, eine Machtfrage. Die Absichten des Königs und seine prinzipielle Einstellung werden daraus deutlich, daß bei allen neugegründeten Bistümern die Munt-herrschaft in vollem Maße durchgeführt erscheint, und daß diese Linie konsequent von Heinrich I. bis zu Heinrich II. und darüber hinaus durchgehalten wird, und dabei ein deutliches Anspannen der Herrschaft zeigt.

Das gleiche gilt für die Untervögte im Bereich der Bistümer. Wir hören in den gesetzlichen Bestimmungen des Merowinger- und Karolingerreiches zwar von *advocati* und *defensores*, die den römischen Beamtenvögten zu entsprechen scheinen, wissen aber nicht, wie weit hier schon Veränderungen eingetreten sind, wie sie die auf allen Gebieten vorhandenen Zersetzungen römischer Einrichtungen durch germanische Rechtsverhältnisse möglich, ja sogar wahrscheinlich machen. Im deutschen Frühmittelalter ist die Zersetzung und Umdeutung jedenfalls eingetreten. Hier ist kein Beamtenvogt mehr nachweisbar, trotz der zweifellos vorhandenen Kontinuität der römischen Formen. Was davon das Schick-

sal der engsten Umkreise der rheinischen Bischofsstädte, wir wissen, daß hier aus den römischen civitates königliche Grafschaften, d. h. Königsbannbezirke geworden sind. Und zwar finden wir sie zu Beginn des deutschen Mittelalters durchgehends in den Händen machtvoller Adelsgeschlechter, wie beispielsweise der Salier in Worms, so daß diese Vögte weder der Theorie noch der Praxis nach, sich als Beamtenvögte der Bischöfe darstellen. Die entscheidende Frage lautet hier nicht bischöflicher oder königlicher Beamtenvogt sondern Herrschaft des Adels oder des Königs durch die Vogtei. Es sei denn, daß, wie wir es in Chur kennen, und in anderen Fällen vermuten können, königliche Schenkung die Herrschaft über diese Bannbezirke dem Bischof übertrug. Dann kann der Bischof allerdings den Vogt einsetzen, und ihn in Abhängigkeit zu halten suchen, aber nicht als Beamtenvogt im alten Sinn sondern kraft der Übertragung königlicher Herrschaftsrechte auf ihn. Solche Übertragungen aber gehören zu den wesentlichsten Faktoren ottonischer Politik. Wir lernten sie bereits in zahlreichen Fällen als Schenkungen von Grafschaften und Bannbezirken kennen. Sie erstrecken sich über das ganze Reich und ihre Zahl wächst von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Das ist aber kein römisches Erbe, sondern bewußter Neuaufbau. Karl der Große ging in einzelnen Fällen schon diesen Weg, aber mit vollem Nachdruck beschreiten ihn erst die Ottonen. Er ist gleichbedeutend mit der Übertragung der Ausübung königlicher Muntherrschaftsrechte an die Bischöfe. König und Bischof stehen hier in gemeinsamer Front gegen den Adel. Diese Kampfstellung ist bezeichnend für das deutsche Frühmittelalter von Otto dem Großen bis zum Investiturstreit. Es gilt die königlichen Herrschaftsrechte vor der begehrliehen Hand des Adels zu retten, eben weil es keine Beamtenvögte sondern nur Herren gab, die stets bereit waren, aus der Ausübung königlicher Rechte eigene zu machen. Die Kirche wird, weil sie selbst in der Herrschaft des Königs steht — aber nur deshalb —, Träger königlicher Herrschaftsrechte.

Noch viel mehr aber bedrohte die Macht des Adels die Vogteien der Außenbezirke geistlicher Besitzungen. Denn wenn hier Schenker sich die Vogtei eines geschenkten Gutes vorbe-

hielten, wenn Herren oder Grafen die Vogteien benachbarter kirchlicher Güter an sich zu bringen wußten, so war die Gefahr der Entfremdung weit größer als bei dem nächsten Umkreis des Bischofssitzes vor allem bei mittelalterlichen Verkehrsverhältnissen. Es lag auch hier nur im Interesse der Kirche wenn Königsmunt auch diese Außenbezirke umfaßte, und damit der Dynast als Untervogt des Königs erschien zum mindesten in der Theorie; wie weit die Praxis dann dieser Theorie entsprach, war eine Machtfrage. So hatte auch die Kirche ein lebhaftes Interesse an einer starken Königsmunt.

Die Kirchen — und zwar Bischofskirchen wie Klöster und auch Pfarrkirchen — waren aber nicht nur Objekte sondern auch Träger von Herrschafts- und Bannrechten. Einmal waren dies Rechte, die ihnen der König oder ein anderer Schenker übertrug. Daneben aber stand ein kirchliches Bannrecht, das das Monopol zur Gründung kirchlicher Anstalten in einem Bezirk festlegte. Ulrich Stutz wies das vor kurzem als Parallele zu dem germanischen Bannrecht nach.⁵ Außerdem zeigte er, wie aus der ursprünglich rein kirchlichen Androhung des Anathems ein kirchliches Bann wurde, den man handhabte und empfand als Parallele zu dem Bann von weltlichen Großen. Hier wiederholen sich in ähnlicher Weise die Entwicklungen, die in der Sphäre der königlichen Rechte zu beobachten waren.

Durch solche Ausbildung kirchlicher Herrschaftsrechte, besonders durch die Übertragung königlicher Herrschaftsbezirke wuchs die kirchliche Macht beträchtlich. Aber mit ihr wuchs die königliche Kirchenherrschaft und damit die Macht des Königs. Darum beförderten gerade die starken Könige wie Heinrich II. die Macht der Kirchen. Die Zahl seiner Grafschaftschenkungen an Kirchen ist besonders groß. Er konnte es, weil er stark genug war, die stark gemachte Kirche zu beherrschen.

Aber gerade aus diesem äußeren und inneren Wachstum der Kirche entsprang ihr neues Selbstbewußtsein, ihre innere Auflehnung gegen die Abhängigkeit und ihre Revolution gegen die Königsherrschaft. Kein Wunder, daß auch der alte Konkurrent des Königs, der Adel, den bisher die gemeinsame Front

5. Zeitschr. d. Savstftg. f. R.G. 57, 1937 germ. Abt. S. 289 ff.

von König und Kirche in die Defensive gebracht, und Schritt für Schritt zurückgedrängt hatte, gemeinsame Sache mit der erwachenden und aufstehenden Kirche machte. Der schwere jahrhundertefüllende Kampf begann. Man versuchte von der Kirche aus im großen Kreis aus der königlichen Muntherrschaft einen allgemeinen farblosen Kirchenschutz volksrechtlicher Art zu machen, und im kleinen Ring aus Herrenvögten kirchlicherseits beauftragte Beamtenvögte zu formen, ebenso wie aus Eigenkirchenherren Patrone. Der Adel aber versuchte die Gelegenheit zur Annexion königlicher Herrschaftsrechte zu benutzen.

Je mehr aber in diesem Kampf die starke Stütze des Königtums zerbrach, um so mehr Aufmerksamkeit mußte man dem Königsgut und den Vogteibezirken zuwenden, deren Umfang und Bedeutung bereits dargestellt wurde. Es ist bezeichnend, daß als ein Vorspiel zu dem großen Kirchenkampf Heinrichs IV. und Adalberts von Bremen Kampf um die Freigrafschaften Niedersachsens dem Investiturstreit unmittelbar vorausgeht. Denn darin bestand die von allen Betroffenen verdamnte Politik des jugendlichen Kaisers, daß er auch nach dem Kampf gegen das Streben Adalberts, die Freigrafschaften Sachsens an sich zu bringen, seine Machtstellung in den ihm verbleibenden Bannbezirken Sachsens schärfer auszunutzen versuchte, augenscheinlich auch auf Kosten der bäuerlichen Bevölkerung, so daß auch diese unruhig wird. Es ist, als ob der König, den kommenden Kampf ahnend, seine Macht zu konsolidieren suchte. Ebenso fußt später Heinrichs IV. Stellung auf mittelhheinischen städtischen und ländlichen Königsbannbezirken sowie auf Königsgut. Und was er begonnen, setzten die Staufer konsequent fort. Schon Barbarossas Vater fing damit am Ober- und Mittelrhein an, und Barbarossa ebenso wie Friedrichs II. Sohn Heinrich bauen in großem Maße das Begonnene aus. Damals wird z. B. die Wetterau straffer erfaßt, Burgen werden dort in Gelnhausen, Friedberg, Münzenberg, Büdingen, Hanau, Königstein und auf dem Kalsmunt bei Wetzlar gebaut; und diese Politik zieht sich in ähnlicher Weise durch große Teile des Reichs hin, um in der Einrichtung der Landvogteien zu enden. Wahrscheinlich sind auch die allenthalben in Mittel- und Süd-

deutschland, gerade dort, wo alle königliche Herrschaftsrechte lagen, eingerichteten Landgrafschaften diesen Landvogteien gleichzusetzen.⁶

Man sieht deutlich, wie die Freigrafschaften mit dem Zerschneiden der königlichen Eigenkirche in den Vordergrund treten stets in Verbindung mit dem Reichsgut und noch die städtischen Bannbezirke, die Reichsstädte, mit umfassend. Sie werden die vornehmste Stütze des Königtums mit dem Reichsgut zusammen. Auch diesem gegenüber haben sie aber augenscheinlich das größere Schwergewicht, wie am Beispiel des behandelten mittelhheinischen Gebietes sich leicht ablesen läßt.

Im Blick auf diese großen Herrschaftsbezirke bekommt der Verzicht Konrads I. auf die Krone für sein Geschlecht erst die volle Bedeutung. Denn erst die damit früher oder später gegebene Vereinigung der sächsischen Herrschaftsbezirke der Liudolfinger um den Harz und des karolingischen Guts, von denen wir einen Teil am Mittelrhein und in Hessen kennen gelernt haben, gibt — ergänzt durch das konradinische Hausgut — dem Königtum die Grundlage zu dem gewaltigen Machtaufstieg unter Otto I. Wie hoch aber in der Folgezeit die Ottonen bei aller Bevorzugung der Eigenkirchenherrschaft als Machtstütze diese Gebiete des Königsbanns geachtet haben, zeigt einmal die Anlage entsprechender Bannbezirke in dem den Slawen abgerungenen Ostland (Burgwarde) und die weitgreifenden Schenkungen dieser Bezirke an die Kirchen, die sie vor dem Zugriff des Adels schützen sollten. Denn von dort droht hier für den König Gefahr. Wenn wir zu Beginn unserer Epoche die Freigrafschaften Königssundra und Rheingau in den Händen der Walahonen und Hattonen finden, die Wetterau und den Niedgau in denen der Nüringer und die Bezirke um Worms in denen der Salier, die alle über weitere entsprechende Rechte in anderen Gauen zusammen mit ihrem Allod verfügen,⁷ so sehen wir diese Gefahr für den König deutlich vor Augen. Von

6. Vgl. dazu oben S. 190—193, 225. Landgrafschaften vor allem im Elsaß, in der Schweiz und in Thüringen, wo um Erfurt zahlreiche Freigerichte lagen.

7. Auf die entsprechenden Ergebnisse A. Bauers (Gau und Grafschaft in Schwaben) für Schwaben wurde bereits oben verwiesen.

hier aus allem sind die Grafschaftsschenkungen an die Kirchen zu verstehen. Doch beschworen diese die zweite Gefahr herauf, die den König ein gutes Teil seiner Bannrechte kosten sollte: die Entfremdung durch die Kirchen, eine Gefahr, die die Ottonen kaum ahnen konnten, da sie die Kirche fest in der Hand hatten. Doch in dem großen Kampf von Kaiser und Kirche veränderte sich die Lage völlig. Die der Kirche geschenkten Bannbezirke gingen im Lauf des Kampfes fast ausnahmslos verloren. In diesem Zusammenhang will es verwunderlich erscheinen, daß Barbarossa noch 1180 die große Masse der westfälischen Freigrafschaften an Köln schenkte.⁸ Damit war für die Zukunft die Machtstellung der Ottonen in Sachsen endgültig aufgegeben. Doch hoffte der König wohl damals noch die Kirche in der Hand behalten oder neu in die Hand bekommen zu können. Eine dritte Gefahr setzt erst so spät ein, daß sie nicht mehr so sehr den König sondern mehr die Landesherren trifft, die seine Nachfolge angetreten hatten: die Tendenz der Gebiete selbst, sich zu verselbständigen und die Herrschaft abzuschütteln, wie dies den Schweizer Eidgenossenschaften gelang. Auch der Kampf des Rheingaues gegen den Mainzer Erzbischof, der einen Teil des Bauernkrieges bildet, ist nur so zu verstehen,⁹ und steht auch keineswegs vereinzelt in der deutschen Bauerngeschichte da. Im Grunde ist dies eine ähnliche Revolution wie die der Kirche, jedenfalls aber völlig dieselbe wie die der Reichsstädte.

Leider wissen wir über die Verwaltung dieser Freigrafschaften im Frühmittelalter sehr wenig, wissen vor allem nicht, wie die Steuern dieser Bezirke an den König gelangten. Wo Anschluß an einen Fronhof vorhanden war, ist anzunehmen, daß sie von dort aus erhoben und weitergeleitet wurden. Anders

8. Const. I. Friedr. I. 279/385 v. 1180 unam partem cum comitatibus, cum advocatis....

9. Es sehr bezeichnend, daß der Rheingau bis zu seiner Unterwerfung im Bauernkrieg von einer starken Befestigung umgeben war, die „Des Landes Bannzäune“ hieß. Wie sehr man sie als Ausdruck des bauerlichen Eigenrechtes betrachtete, geht daraus hervor, daß man sie nach einem vorübergehenden Sieg der Bauern erweiterte, nach ihrer Niederwerfung aber zwangsweise niederlegte. Vgl. C. Spielmann, Nassau III. 39/75 und F. Luthmer, Die Bau- und Kunstdenkmäler des Rheingaus S. 4 ff.

ist es unter den Staufern. Sie faßten organisatorisch die Bezirke und vor allem ihre Einnahmen zusammen. Sicherlich dienten auch die durch die Staufer an vielen Stellen erbauten Burgen ebenso wie die der Ottonen im Osten nicht nur dem Schutze, sondern auch der Erhebung und Sammlung der Abgaben. So zeigen uns heute noch die großen mit der Gelnhäuser Pfalz verbundenen Speicher, daß hierher die Beden der rings um Gelnhausen liegenden Königsgebiete zusammenströmten. Denn wenn auch häufig keine Fronhöfe mit den Pfalzen und Burgen verbunden waren,¹⁰ so sind sie wie Gelnhausen doch oft die Sammelplätze der Grafschaftsbeden und anderer Einkünfte aus den Bannbezirken. Die Reichssteuerliste von 1241 zählt unter der Überschrift *precarie civitatum et villarum* augenscheinlich keine, (oder nur in zweiter Linie) Einnahmen aus Fronhöfen, sondern nur Beden aus Bannbezirken, und zwar aus städtischen wie ländlichen auf.¹¹ Seit der Stauferzeit schreitet die Organisation dieser Bezirke voran, vor allem Rudolf von Habsburg wußte geschickt zu halten und zu nutzen, was er hatte. — Der Vogt oder Freigraf hatte Anteil an diesen Steuern. Wir werden wohl nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die 1196 für die Stadt Nierstein getroffene Regelung, nach der $\frac{2}{3}$ der Beden und Gerichtseinnahmen an den König, $\frac{1}{3}$ an den Vogt fallen soll,¹² auch für den zugehörigen Bannbezirk Gültigkeit hatte, und in ähnlicher Weise sich auch in anderen Bezirken gleichen Rechts wiederholte.¹³

Über den Ursprung dieser Bannbezirke wissen wir Sicheres nur in Sachsen. Es ließ sich außerdem sehr wahrscheinlich machen, daß sie in der Wetterau und am Mittelrhein südlich des Pfahlgrabens auf römisches, beschlagnahmtes Staatsland zurückzuführen sind. Ebenso ist es am Rhein, wo in den Bischofs-

10. Vgl. B. Heusinger a. a. O. S. 62/63.

11. Const. III. Friedr. II. S. 1 ff. v. 1241. Meist werden nur die Ortsnamen genannt, seltener heißt es: *de officio in ... und de advocatia in ...*

12. Stumpf 5007 = H. Simon, Isenburg u. Büdingen III. 5/9 von 1196.

13. Im übrigen vergleiche man zu der Frage der Verwaltung der Bannbezirke die das Reichsgut behandelnden Werke von H. Niese, A. Eggers und A. Kerrl, die die Bannbezirke, soweit sie ihnen bekannt waren, mitbehandeln.

städten der Anschluß an die römische civitas deutlich bemerkbar ist, im Elsaß und in der Schweiz. Jenseits des Limes gaben entweder die großen Königsforsten, in denen der Königsbann wohl altes Volksrecht fortsetzt, oder Eroberungen slawischen Landes die Rechtsgrundlage für sie ab. Eine endgültige Antwort auf diese Frage ist aber erst möglich, wenn wir die entsprechenden Verhältnisse in anderen Landschaften vor allem in Franken, Thüringen, Bayern und dem Elsaß näher kennen.

Die Marken stellen einen Sonderfall dieser Bannbezirke dar. Sie sind Banngebiete auf der Grundlage königlicher Forsten. Innerhalb dieses Forstgebietes ist die Bewohnerschaft eines meist mehrere Dörfer oder Siedelungen umfassenden kleinen Kreises zu einer Markgemeinde zusammengefaßt. Es ist eine der kleinen Zellen des mittelalterlichen öffentlichen Lebens, wie sie sich mit großer Zähigkeit überall behaupten. Diese Markgemeinde steht zuerst wie der ganze Forst unter königlicher Schutz- und Muntherrschaft. Als die Macht des Königtums nachläßt, gelingt es diesen Marken oft eine gewisse Selbständigkeit und ein meist beschränktes Verfügungsrecht über das Markland zu erringen. Meist sind dazu schwere langwierige Kämpfe mit dem Adel der Nachbarschaft zu bestehen. Die Entwicklung gleicht in vielem der der Freigerichte, der Unterschied besteht darin, daß bei den Marken die wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten die daneben auch vorhandenen Gerichtsrechte an Bedeutung übertreffen, während es bei den Freigerichten umgekehrt liegt.

Auch die Reichsstädte bedeuten nur einen Sonderfall der Bannbezirke im allgemeinen. Wir haben bereits, als wir die Ottonenurkunden auf Zeugnisse für Bannbezirke hin durchmusterten, und ebenso bei der Besprechung der sächsischen Freigrafschaften die engen Zusammenhänge von Markt und Bannbezirk und die Gleichartigkeit ländlicher und städtischer Banngebiete kennengelernt. Entscheidend für die Differenzierung beider ist das Sonderleben der Marktsiedelung, das aus der andersartigen Arbeit und Lebensweise heraus erwächst. Es ließ die Schaffung eines Sonderbannbezirkes notwendig erschei-

nen. Aber immer wieder finden wir in den Verwaltungsmaßnahmen der Könige die Zusammenfassung oder besser die Nichtunterscheidung von städtischen und ländlichen Bezirken. Es ist bezeichnend, daß man so lange streiten konnte, ob der Sachsen-Spiegel sich auf städtische oder ländliche Bezirke beziehe, da er den uns geläufigen Unterschied nicht macht, und da die Einrichtungen wie Schöffengericht, Schultheißenamt, Vogtei und Steuern bei beiden sich entsprechen. Nur haben die Städte eine stärkere Entwicklungskraft und mit beginnendem Reichtum eine stärkere Widerstandskraft, so daß sie die Abschüttelung oder Lockerung der Herrschaft des Stadtherren in vielen Fällen durchführen konnten, die den ländlichen Bezirken erst sehr viel später und auch da nur in ganz wenigen Fällen gelang.

Diese vier Arten von Vogteien über Kirchen, Bannbezirke, Forsten und Städte bilden durchaus eine Einheit. Sie sind nur nach dem Objekt sich unterscheidende Erscheinungsformen desselben einheitlichen Rechtsinstituts, der Munt, oder wenn sie in der Hand des Königs lagen, der Königsmunt. Die deutschen Juristen des 17. Jahrhunderts waren sich dieser Einheit aller Vogteien im Muntrecht noch voll bewußt. Einer von ihnen, Mager von Schönberg, definiert in seinem 1625 erschienenen Werke: *De advocatia armata, sive clientelari patronum iure et potestate*¹⁴ folgendermaßen: *Advocatia est ius in clientelam susceptos eorumque bona contra vim et iniuriam de iure et de facto defendendi sub annuo plerumque honorario...* Er führt außerdem 15 Definitionen namhafter Juristen seiner Zeit an, die alle die Vogtei als einheitliches Institut fassen, nur einer von ihnen beschränkt sie auf die Kirchenvogtei, doch das weist Mager ausdrücklich als eine zu enge Definition zurück.

Dies Zeugnis des 17. Jahrhunderts könnte auf sich allein gestellt nichts beweisen, doch als Ergänzung und Bestätigung der anderweitig gefundenen Ergebnisse, ist es von großem Wert.

14. Mager von Schönberg, *De advocatia armata* ... Frankfurt a. M.: Egenolf 1625. Daß im 17. Jhd. der Muntbegriff für einen in römischem Recht geschulten Juristen nicht mehr scharf zu fassen ist, ist selbstverständlich, doch spricht die Gleichsetzung mit dem ihm geläufigen Begriff der *clientela* deutlich genug.

Doch davon abgesehen beweist die Einheitlichkeit des Königsbannes und seines Sonderrechtes in den verschiedenen Arten von Königsmuntgebieten und die fließenden Übergänge von einer Art der Königsvogtei zur anderen schon deutlich genug die Einheitlichkeit des Instituts.

Diese Muntbezirke sind auch darum von besonderer Wichtigkeit, weil sie und nur sie dem Königtum die Bede, also die ersten und zunächst einzigen Steuern lieferten.¹⁵ Das Königsgut im engeren Sinn bringt servitia, es bietet also seine Erträge unmittelbar zur Versorgung des königlichen Haushaltes, Steuern aber bieten die Bannbezirke, und zwar die selbständig organisierten wie die den Fronhöfen angegliederten, oder die dort in einzelnen Güthen bestehenden Ansätze. Die später eintretende Fixierung und Verwandlung der Naturalleistungen in Geldabgaben vermischt beides miteinander in vielen Fällen. Aber zunächst besteht eine Scheidung beider Abgaben als grundherrliche und muntherrliche. Allerdings ist in der Praxis diese

15. Vgl. Adolf Waas, Vogtei und Bede II. Von den Einwänden, die in den in Anm. 3 genannten Besprechungen gemacht werden, sind, abgesehen von den Planitz'schen, die anschließend besprochen werden, die von G. v. Below die ausführlichsten. Sie gruppieren sich im wesentlichen um die Begriffe: Vollfreiheit, Grafentum, Territorialsteuern und iurisdictio. Von dem Begriff der „Vollfreiheit“ wird noch zu reden sein, er bedarf der Klärung, ohne diese aber lassen sich aus ihm keine Schlüsse ziehen. Auch der Begriff der Grafensteuern verändert sein Gesicht durch die Erkenntnis des herrschaftlichen Charakters der mittelalterlichen Freigrafschaften. Aber auch ohne das beweist G. v. Belows Gedankengang nichts, denn ich hatte nicht gesagt, daß die Bede „meistens als die Bede eines Vogtes erscheint“ sondern stets (auf Vögte und Frei grafen bezogen). Die Gleichmäßigkeit der Steuererhebung im Territorialstaat besagt aber nichts, da nach der Entstehung des Territorialstaates, wie bekannt, eine Angleichung der Rechtslage aller Untertanen eintritt. Der Hinweis auf die Verbindung von Bede und iurisdictio ist bei dem oft sehr unscharfen Inhalt des Begriffes iurisdictio nicht beweisend, vor allem nicht gewichtigen Gegengründen gegenüber. Das Wort kann natürlich nur die Gerichtsbarkeit bezeichnen, aber es muß es nicht, wie klar gezeigt wurde. Doch alle diese Fragen verlieren ihre Bedeutung, wenn keine Grafenamtsgewalt volkrechtlicher Art bestand, von der diese Bede abgeleitet werden könnte. Doch sei das nicht in den Vordergrund gestellt. Denn der Beweis des muntrechtlichen Charakters der Bede ist auch ohne diesen Schluß klar zu führen.

Scheidung nicht stets durchgeführt, da häufig die Steuern von den Bannbezirken, die Fronhöfen zugeordnet sind, vom Fronhof aus erhoben werden, und wenn nur eine geringe Zahl von an Freie ausgetanen Königshufen vorhanden ist, diese und ihre Einkünfte unmittelbar zu dem Fronhof gerechnet werden. So ist es auch vielleicht möglich, daß die später im Habsburger Urbar auftretende Zusammenfügung von Vogtrecht und Vogtsteuer auf einer Vermischung von grundherrlichen und munt herrlichen Rechten beruht, wie Planitz entgegen meiner Herleitung von beiden Abgaben aus dem Muntrecht annimmt.¹⁶ Doch ist das noch endgültig zu klären, heute müssen noch beide Möglichkeiten offen bleiben. Steuern liefert aber jedenfalls das Muntrecht und zwar ausschließlich, einerlei ob eine Vermischung mit grundherrlichen Zinsen bisweilen eingetreten ist oder nicht.

Man wird vielleicht einwenden, daß doch auch die Abgaben von Juden und von unterworfenen slawischen Völkern Steuern, und zwar solche anderer Art darstellen. Doch sind auch diese als Muntsteuern zu betrachten, da sie in dem Schutzrecht des Königs über Juden und Fremde ihre Rechtsgrundlage haben. Die Muntbriefe zeigen die uns wohlbekannte Struktur: Königs-munt, Sondergerichtsbarkeit und Steuerverpflichtung,¹⁷ wie die Judenschutzbriefe oder die Urkunden der spanischen Ansiedler erkennen lassen. Wenn hier der König deutlicher als sonst als Führer seines Volkes handelt, so ändert das nichts an dem Rechtscharakter. Denn wie noch zu zeigen sein wird, sind alle königlichen Herrschaftsrechte durch das Volk anerkannt und als ausgeübt im Interesse des Volkes zu betrachten.

16. Planitz, Zeitschr. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 44, S. 462—65.

17. Man vergleiche zur Verdeutlichung dessen beliebige Judenschutzbriefe, etwa Const. I. S. 227 v. 1157; II. S. 247 ff. v. 1236. Hilgard Urk. z. Gesch. d. Stadt Speyer S. 12 ff. Für die Slawensteuern beweist schon die Einbeziehung in die Burgwardorganisation ihren herrschaftlichen Charakter. Eine einheitliche Untersuchung dieser Steuern ist eine Notwendigkeit. Ein deutliches Beispiel für die Munt Herrschaft des Königs, der diese Steuern entspringen, und zwar noch in der Karolingerzeit, stellen die oben besprochenen Rechtsverhältnisse der spanischen Ansiedler an der Pyrenäengrenze dar.

Zweifelhaft bleibt, ob die kleineren königlichen Rechte, die Verfügung über Markt, Münze und Zoll auch königlichen Herrschaftsrechten zuzurechnen sind. Das Geleitsrecht ist ihnen jedenfalls zuzuzählen. Bei den anderen erscheint mir dies jedoch sehr zweifelhaft. Aber einerlei wie man sich hier bei näherer Prüfung entscheiden will, von großer Bedeutung für den Aufbau der königlichen Macht sind diese Rechte nie gewesen.¹⁸

Eine Sonderart des Muntrechts stellt aber jedenfalls das Lehnrecht dar. Denn daß das Lehnverhältnis trotz allen Einflusses spätrömischer Einrichtungen, trotz aller dorthin weisenden Namensgleichheit schon unter den Karolingern wesentlich als ein Muntverhältnis zu betrachten ist, das die altgermanische Gefolgschaft mehr als das römische *patrocinium* fortsetzt, unterliegt keinem Zweifel. In viel größerem Maße gilt das aber für das deutsche Frühmittelalter. Gewiß man hatte ein Rechtsinstitut aus dem Römerreich übernommen, und es mit der germanischen Gefolgschaft verschmolzen, aber entscheidend für das Wesen der daraus erwachsenden Einrichtung ist, was die Männer, die in diesen Rechtsverhältnissen lebten, daraus machten, wie sie das Institut gedanklich faßten, und danach handelten. Das waren aber Germanen, die hier nur die ererbte, ihnen vertraute Gefolgschaft in „zeitgemäßem“ Gewande sehen konnten, aber keine ihnen fremde übernommene Einrichtung. Wir dürfen nicht unser eigenes Wissen um rechtsgeschichtliche Zusammenhänge in die Männer dieser Tage projizieren. Für sie

18. Die Zusammenstellung der königlichen Rechte in dem Vertrag Heinrichs V. mit Paschalis II. besagt für unsere Frage nichts, da hier alle königlichen Rechte bis zu den Fronhöfen hin zusammengestellt sind ohne Rücksicht auf ihren rechtlichen Charakter (Const. I. 85/138 von 1111 und 90/141 von 1111). Auch für die Roncalischen Beschlüsse gilt dies, wenn auch in geringerem Maße, denn für Deutschland wenigstens beruht die Einsetzung der städtischen Magistrate auf Königsmuntrecht. Außerdem aber ist hier der Einfluß römischen Rechtes so stark, daß diese Festlegungen für die deutsche Rechtslage in unserer Frage keinen Aufschluß geben können. Doch wird man die hier in Frage stehenden Rechte zu den staatlichen im engeren Sinne zu rechnen haben, da die herrschaftliche Verwendung eines Rechts noch nichts über seinen ursprünglichen Rechtscharakter aussagt.

war es die Munt, war es die Gefolgschaft, die ihnen die Gesetze ihres Handelns in alter Tradition vorschrieb, und diese hießen Gefolgschaftspflicht und Mannentreue auf der einen, Schirmpflicht und Herrentreue auf der anderen Seite. Und zwar ist Treue hier nicht als freie sittliche Verpflichtung, sondern als eine mit aller ethischen Kraft gefüllte Rechtspflicht zu fassen. Entscheidend ist für unser Bild dieser Tage nicht die rechtsgeschichtliche Verknüpfung nach rückwärts, sondern die Willenskräfte, die Herren und Mannen, Könige und Aristokraten in dies Rechtsinstitut hineinwarfen, und das konnte nur Gefolgschaftspflicht, Herrentreue und Mannentreue nach dem altererbten Ehren- und Pflichtenkodex sein.

Alle Kennzeichen der Munt stehen beim Lehen, wie bekannt, zusammen. Doch wird die Gegenleistung gegen die Schutzherrschaft hier nicht in Abgaben sondern in Gefolgschaftsdienst gefordert. Der Steuer der bäuerlichen Muntverhältnisse entspricht die Blutsteuer der ritterlichen Gefolgsleute im Lehnswesen. Auch im Lehnrecht hat der Lehnsmann Nutzung und Gewere an dem Lehnsgut, wie wir dies bei bäuerlichen Muntleuten immer wieder finden. Auch hier besteht ein Heimfallsrecht, wie der Sachsenspiegel es für die Königsbauern aufweist.¹⁹ Es ist in der Auffassung der im Frühmittelalter mit diesen Begriffen Lebenden ungeachtet der viel komplizierteren genetischen Herkunft dasselbe Grundrecht der Munt, das sich je nach der Art des ihr Unterworfenen verschieden auswirkt. Darin prägt sich der ständische Charakter des mittelalterlichen Lebens deutlich aus: wer Fürst oder Ritter ist, unterliegt anderer Muntverpflichtung als der Bauer, und andere hat wieder der Bürger. Nur so ist auch das Nebeneinander von Landrecht und Lehnrecht zu verstehen; denn beides stellt zutiefst eine Einheit dar, unterscheidet sich aber nach der Art der zu fordernden Dienste. Von dem Volksrecht aber, das beides umspannt, wird noch zu reden sein.

Auch das Eindringen familienrechtlicher Einrichtungen in das Lehnrecht, wie z. B. die Lehnsvormundschaft, ist auf diese Weise leicht zu erklären. Denn wenn Lehnrecht als Muntrecht zu fassen ist, ist es nur konsequent, wenn der Familienrechtsmuntherr, also der Vormund, bei Minderjährigkeit des Erben

19. Sachsenspiegel III. 80, § 1. 2. und 81 § 1.

eine Lehnsvormundschaft übernimmt, Munt fügte sich in einen Muntrechtsaufbau ohne weiteres ein.

Bei der Verschiedenartigkeit der sozialen Lage, der geforderten Dienste und der Machtverhältnisse ist es nicht erstaunlich, daß dies im Grunde gemeinsam als Wurzel gefaßte Muntrecht verschiedene Formen annahm. So scheint der Königsbann im Lehnswesen nur in der Form des Heerbannes Anwendung gefunden zu haben, und umgekehrt der Treueid in bauerlichen Verhältnissen kaum verwendet worden zu sein. Aber ein lebendiges so weit sich ausspannendes und so verschiedenen Zwecken dienendes Rechtsinstitut mußte Elastizität genug aufweisen, sich verschiedenen Anforderungen anpassen und dafür verschiedene Formen entwickeln zu können. Es erwies gerade dadurch seine Lebenskraft.

Diese Verwandschaft von Lehns- und Vogteirechten in der gemeinsamen Auffassung als Munt und die Brüderschaft der verschiedenen Vogteirechte untereinander stellt die Gesamtheit dieser zusammengehörigen Muntrechte des Königs als eine Großmacht, ja als die Großmacht innerhalb der Summe aller königlichen Rechte dar. Sie sind die Grundlage der königlichen Macht. Das läßt sich jetzt mit aller Sicherheit sagen unabhängig von der Wertung der speziell staatlichen Rechte, denen wir uns jetzt zuwenden wollen.

§ 2. *Staat und Volksrecht.*

Das wichtigste der speziell staatlichen Rechte ist die Heerführung, das militärische Kommando und die allgemeine Befehlsgewalt im Kriege. Dies Recht stand unumstritten zu allen Zeiten dem Könige zu. Aber es hat seinen Charakter gewandelt. Wir wiederholen nur bekannte Dinge, wenn wir daran erinnern, daß die Aufbietung eines allgemeinen Heerbannes schon in den Karolingerzeiten selten ist,²⁰ daß sie immer selte-

20. Kürzlich hat Mitteis das Fortbestehen der „Grundlagen des fränkischen Heerbannes“ festgestellt, jedoch dies Ergebnis ausdrücklich auf das letzte Viertel des 9. Jhds. beschränkt, und damit eine deutliche Grenze gezogen, a. a. O. S. 193.

ner wurde, und daß im deutschen Mittelalter sich nur noch sehr wenige Fälle eines Aufgebots in einzelnen Landschaften zur unmittelbaren Landesverteidigung finden, und daß man sich sonst mit der Aufbietung des Lehensheeres begnügte. Es führte allein die Reichskriege, die Kämpfe in Italien und die Romzüge. Daneben verblaß das alte Landesaufgebot völlig. Dies Heer aber ist auf dem Lehnswesen, also auf einem herrschaftlichen, mit Muntelementen durchsetzten Vertragsverhältnis aufgebaut, es setzt das alte Gefolgschaftsheer fort, das stets schon in der germanischen Geschichte ein machtvoller Faktor war. Die Karolinger waren groß geworden als Führer eines solchen Gefolgschaftsheeres, und wie so oft in der Geschichte wurde die Macht, die den Aufstieg des neuen Herrschers gewährleistet hatte als tragender Faktor in das neugeformte Staatsleben eingebaut. Doch die Linien gehen weiter zurück zu den merowingischen Vasallen, zu den Gefolgschaften der germanischen Könige, die die treibende Kraft der Völkerwanderung bedeuteten, und zu den germanischen Gefolgschaftsscharen, die als solche in das römische Heer aufgenommen wurden und es umgestalteten. Immer schon ist der germanische Kampf in erster Linie durch die Gefolgschaften charakterisiert. Je mehr aber der Bauer unkriegerisch wird, um so mehr steigt die Bedeutung des Gefolgschaftsheeres und sinkt die des allgemeinen Volksheeres zur Bedeutungslosigkeit hinab. In deutlicher Parallele zu dem Gerichtswesen zeigt also auch das frühmittelalterliche Heerwesen die Zurückdrängung des allgemeinen volkrechtlichen Elementes durch die Königsherrschaft. Hier steht das Gefolgswesen im Vordergrund. Es ist entscheidend für den Heeresaufbau.²¹ Ein allgemeines Volksaufgebot verbleibt nur blaß noch im Hintergrund für den Fall der äußersten Not in Erinnerung an ein einmal bestehendes Volksheer. Daß dieser Schatten aber

21. Vgl. Const. I. 195/273 v. 1160. Aufgebotsbrief an den Erzbischof von Salzburg, in dem die Treuverpflichtung als entsprechende Grundlage der Heeresfolgepflicht deutlich wird, die hier allerdings als keine rein persönliche dem König geltende Verpflichtung sondern als eine solche zugleich dem König und dem Reich gegenüber. Auch vom Reich aus gesehen erfolgt der Aufruf zur Heeresfolge von 1160 sub debito fidelitatis, also auf Grund der Treuverpflichtung.

überhaupt noch vorhanden ist, zeigt, daß ein solches das ganze Volk ohne Rücksicht auf besondere Herrschaftsverhältnisse umfassendes Königtum noch bestand — wenn auch ohne daß das Leben von hier aus seine wesentliche Gestaltung empfing.

Aber auch die allgemeinen volksrechtlichen Beziehungen, soweit sie noch bestanden, erhielten dem ganzen Charakter des öffentlichen Lebens entsprechend muntrechtlichen Charakter. Gerade an den entscheidenden Punkten tritt das deutlich zutage: bei der Königswahl und dem Untertaneneid. Den König wählt man, wie Wipo uns ausführlich berichtet *ad dominum et regem*. Bei dem Kürspruch heißt es: *in dominum et regem atque rectorem et defensorem patriae*.²² Klarer läßt sich die Auffassung des Königs als Munt- und Schutzherren kaum aussprechen, und das an wichtigster Stelle in einem wohlabgewogenen formelhaften Text. Auch die Dichtung des Frühmittelalters schildert den König als Muntherren. Denn so lebte er im Denken seines Volkes.²³

Das gleiche Bild bietet der Untertaneneid,²⁴ den seit Karl dem Großen das ganze Volk dem König zu leisten verpflichtet ist. Karl griff damit eine alte Einrichtung der Merowingerzeit wieder auf, die seit dem 7. Jahrhundert augenscheinlich in Vergessenheit geraten war. Der Eid erhielt sich auch im deutschen Mittelalter, allerdings in abgewandelter Form, so daß ihn, wie Wipo berichtet,²⁵ nur diejenigen leisten, die „*alicuius momenti*“ sind, und zwar nach der Wahl. Die Gestaltung auch des allgemein volksrechtlichen Kreises des mittelalterlichen Königtums durch den Muntgedanken wird auch an dieser zweiten Stelle völlig deutlich. Wir kennen die Formeln dieses Eides aus der Karolingerzeit.²⁶ Sie zeigen volle Angleichung an die typischen Formen des Gefolgschaftseides. Man schwört, *treu zu sein, sicut*

22. Wipo, *Gesta Chuonradi imperator*. cap. 2. *Script. rer. Germ.* (Schulausg.) 2. Aufl. S. 11.

23. Hans Fehr, *Das Recht in der Dichtung* 1931, s. bes. bei der Behandlung von Otfrieds Evangelienbuch und dem Heliand. S. auch oben S. 121.

24. Mitteis a. a. O. S. 26 u. 50 ff. Fr. Kern a. a. O. Anh. XIII, XIV. Cl. v. Schwerin, *Der Geist des altgermanischen Rechts* S. 231.

25. Wipo cap. IV. *Script. rer. Germ.* Schulausg. 2. Aufl. S. 18.

26. Cap. I. 34/99 v. 802; 35/104 v. 802; 46/131 v. 806; 92, cap. 2—9 v. 802.

per strictum debet esse homo domino suo.²⁷ Wie aber in allem Muntrecht der Treupflicht des Mannen die des Herren korrespondiert, so entspricht auch hier ein Treueid des Königs dem Treueid der Untertanen.²⁸ Man hat nur einmal, zu Attigny im Jahre 854, versucht, den Untertaneneid seines Muntcharakters zu entkleiden, doch ohne Erfolg. Wenig später protestierte Bischof Hinkmar von Reims gegen den Eid, den man ihm 876 in Ponthion abnehmen wollte. Es wird dies dadurch verständlich, daß er in den Gedanken Augustins erzogen und geschult, und damit dem Denken in germanischen Rechtsformen entfremdet worden war. Doch drang er mit seinem Protest gegen den Treueid der Untertanen nicht durch. Er steht auf Jahrhunderte hinaus mit seinem Protest allein, wie in diesen Jahrhunderten nur wenige im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten ihm an römisch-kirchlicher Bildung gleichkamen.²⁹ Der Muntcharakter des Treueides ließ sich eben nicht auswischen. Denn das diesen Eid leistende Volk (oder später an seiner Stelle die Großen) empfand sein Verhältnis zum König als das eines Muntmannes zum Muntherren. Das läßt sich auch aus diesen Eiden deutlich ablesen.

Auch die Tatsache, daß das Muntrecht des Königs das eines Familienoberhauptes vertreten kann,³⁰ und daß das Recht des Königs dort seine Grenze findet, wo das Muntrecht des einzelnen beginnt, nämlich an der Grenze seines Hausrechtes,³¹ bezeugt die muntrechtliche Auffassung des Königtums. Ebenso wird auch das germanische Widerstandsrecht gegen den König³²

27. Cap. I. 34/101 v. 802. Entsprechend auch an anderen Stellen.

28. Cap. II. 276/338 v. 869. Fr. Kern, a. a. O. S. 355 ff.

29. H. Mitteis a. a. O. S. 61.

30. Fr. Kern a. a. O. S. 6, Anm. 8. Dort zahlreiche Belege.

31. Zu den allgemeinen rechtsgeschichtlichen Werken seien speziell genannt: R.G. Bindschedler, Kirchliches Asylrecht. = Kirchenrechtliche Abhandlungen 32/33, 1906. Josef Gröll, Die Elemente des kirchlichen Freiungsrechtes. = Kirchenrechtliche Abhandlungen Heft 75/76, 1911. Siegr. Rietschel, Die engere Immunität. = Vierteljahrsschrift f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. IX. 1911. S. 213 ff. Ders., Landleihen, Hofrecht und Immunität. M.I.ö.G. 27 (1906), 385 ff.

32. Fr. Kern, Gottesgnadentum u. Widerstandsrecht. 1914. Ders., Histor. Zeitschr. 120 (1919) S. 61 ff. Cl. von Schwerin, D. Geist des altgerm. Rechts S. 215.

erst durch den Munt- und Treubegriff recht verständlich, da dieser stets nicht nur getreue Untertanen, sondern auch einen „getreuen“ König verlangt, sodaß durch jede Handlung, die als „Treubruch“ des Königs gefaßt werden konnte, der Weg für ein Widerstandsrecht des Mannen frei wurde.³³

Das Frühmittelalter betrachtete ebenso die Aufgaben des Königtums in einer Weise, die solchem Denken in Muntgedanken entsprach. Denn so wie es Aufgabe des Muntherren ist, Schutz nach außen und Rechtssicherheit im eigenen Kreis zu schaffen, so erscheint immer wieder *pax et disciplina* oder *pax et iustitia* als die Umschreibung der Aufgabe des Königs,³⁴ so wie er nach dem Sachsenspiegel schwört, daz her recht sterke unde unrecht krenke unde daz riche vorstâ in sime rechte...³⁵ Diese Entsprechung von väterlich-muntrechtlicher und königlicher Gewalt gehört zum Bilde des deutschen mittelalterlichen Königtums, und zwar nicht erst durch kirchlichen Einfluß.³⁶ Die Wahl des Königs und ebenso das Geblütsrecht, d. h. die Forderung, daß der König aus dem edelsten Geschlecht stammen müsse, steht zu diesem muntrechtlichen Auffassungen nicht im Gegensatz, denn auch den Gefolghsherrn pflegte man, wie schon Tacitus berichtet, zu wählen, und zwar nach Maßgabe seiner Tüchtigkeit und des Adels seines Geschlechts.

Es ist bekannt, in wie starkem Maße man überall in der germanischen Welt, und so auch im fränkischen und frühmittel-

33. Besonders deutlich in der Zusammenfassung der Kern'schen Ausführungen durch Ulrich Stutz = Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 37 (1916) S. 555.

34. Cap. I. 9/22 cap. 11 v. 614; I. 8/18 v. 584; 628 cap. 11; I. 150/303 cap. 2 v. 823—825. Cap. II. 242/157 von 816 zeigt deutlich die Auffassung der königlichen Pflichten als Munt- und Treupflichten. Beispiele aus späterer Zeit ließen sich beliebig viele anführen. Wir nennen hier die ausführliche Einleitung zu der *Constitutio Pacis* Friedrichs II. v. 1235, die immer wieder die Sorge für *pax et iusticia* als die Aufgabe des Königs bezeichnet. Const. II. 196/241 v. 1235.

35. Sachsenspiegel III. 54. 2. Alles was Hans Fehr (Die Staatsauffassung Eikes von Repgau), als Aufgaben des Königs aufführt, läßt sich, wie es auch Fehr tut, zusammenfassen zu Friede und Ordnung. Und auch die nach Eike dazu anzuwendenden Mittel entsprechen dem Muntbegriff.

36. Fr. Kern a. a. O. S. 6, der den kirchlichen Einfluß dabei überbetont. H. Kelsen, Staatsform und Weltanschauung S. 20.

alterlichen Staat den Muntgedanken auch in der Außenpolitik verwendete, besiegte Gegner durch Unterwerfung unter sie und das damit sich verbindende Treugelöbnis zu binden suchte, und Bundesgenossenschaften durch Lehens- und Treuebande fester zu knüpfen wußte. In der Geschichte des Verhältnisses von Kaiser und Papst wurde ebenso der Muntgedanke stets von neuem in mannigfachen Abwandlungen verwendet. Alles das zeigt, wie stark er das staatliche Leben auch jenseits des engeren Kreises der Königsmunt bestimmte. Jedes neue Institut, jede neue Verbindung wird durch den Muntgedanken für das allgemeine staatliche Denken faßbar gemacht, und darum in seinen Begriffen gefaßt und gedeutet.

Und doch wäre es verkehrt, wie Kern mit Recht betont,³⁷ das Verhältnis von König und Volksgenossen nur als Munt, also als ein reines Vertragsverhältnis anzusehen. Hier besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Königsmunt im eigentlichen Sinne und dem auch durch Muntgedanken erfaßten allgemeinen Verhältnis von König und Volk. Die Königsmunt ist ihrem Wesen nach auszeichnend und nicht allumfassend, das Verhältnis von König und Volk ist dagegen in der allgemeinen Rechtsordnung verhaftet, die für alle gilt. Es ist seinem Wesen nach allumfassend, es ist Volksrecht und kein Sonderrecht. Es ist darum nicht mit dem bekannten mittelalterlichen Rechtsinstitut der Königsmunt gleichzusetzen; denn diese ist eine Potenzierung des allgemeinen Untertanenverhältnisses zu einem Sonderschutz in Sonderfällen. Bei der Untersuchung des Königsbannes haben wir schon diesen allgemeinen volkrechtlichen königlichen Schutz kennen gelernt. Er liegt hinter allen andern anerkannten Muntverhältnissen der Großen, bereit sich dann zur Königsmunt zu verdichten, wenn die Muntgewalt des einzelnen nicht ausreicht, oder der einzelne Muntherr seiner Muntpflicht, für Friede und Recht zu sorgen, nicht nachkommt, ebenso auch, wenn der einzelne Volksgenosse außerhalb dieser anerkannten Muntkreise steht. Das sind die Bannfälle der Kapitularien. Sie verbinden beide Rechtskreise. Aber auch im Kreise des Volksrechts denkt man in Muntbegriffen. Es gibt

37. Fr. Kern a. a. O. S. 157, 177 ff.

also eine allgemeine muntrechtlich gedachte königliche Schutzgewalt des Volksrechts und eine spezielle Muntgewalt königlichen Herrschaftsrechtes, die Königsmunt im eigentlichen Sinne. Wir tun gut, für das deutsche Frühmittelalter nur dieses herrschaftliche Muntrecht als Königsmunt zu bezeichnen, das Verhältnis des Königs zu allen Volksgenossen aber nicht, wenn es auch die Formen der Munt trägt, und so dem allgemeinen Rechtsdenken verständlich gemacht und nahe gebracht ist. Es läßt sich auch so formulieren, daß nur die Königsmunt im engeren Sinne eigentliche Munt ist, nur sie ruht auf Herrschaftsrecht. Der das ganze Volk umfassende Königsschutz ist in den Formen der Munt gefaßtes Volksrecht, er wird gedacht, als ob er volle Munt wäre, ohne es zu sein.

Doch dieser weite volksrechtliche Kreis königlicher Schutzrechte ist im deutschen Frühmittelalter kraftlos geworden, während die eigentliche Königsmunt die Grundlage für die Machtstellung des Königs bildete. Anders ist es noch im fränkischen Reich, da dort das von Rom ererbte Untertanenverhältnis diesen weiteren Kreis des Volksrechts stützt und verstärkt. Je stärker das germanische Element sich durchsetzt, um so größer wird die Bedeutung der Muntherrschaftsrechte des Königs und der Großen. Und je mehr die königliche Macht im 9. Jahrhundert zerfällt, um so mehr tritt auch der weitere Kreis allgemeinen volksrechtlichen Königtums zurück, während die intensiveren volkstümlicheren und darum widerstandsfähigeren Rechte der Königsmunt und der Adels-herrschaft bleiben, oder sogar durch das Schutzbedürfnis der Krisenzeit wachsen.

Dort wo im fränkischen Reich der volksrechtliche Königsschutz sich zur Königsmunt steigert zum Ersatz fehlender oder versagender anderer Schutzrechte (Bannfälle), wirkt der König durch den Königsbann. Dieser ist nicht Ausdruck der allgemeinen königlichen Gewalt, sondern stets der potenzierten Schutzgewalt der Königsmunt. Und wenn diese auch im Dienst des gesamten Staatsinteresses verwendet wird, ihr Charakter wird darum nicht anders. Der Bann entspringt stets dem Sonderrecht und nicht dem allgemeinen Volksrecht. Auch der Krieg hat als Zeit solchen Sonderrechtes, solcher potenzierten Königsgewalt zu gelten, wenn sich nicht, was nicht mit Sicherheit zu

sagen ist, der Königsbann auch hier sich nur auf das Gefolgsheer erstreckt. Jedenfalls stehen im Krieg Volk und Gefolgschaftsheer sich sehr nahe, so wie Tacitus von der engen Verbindung des germanischen Heeres durch Familien- und Gefolgschafts- also durch Muntbande zu berichten weiß. Für das fränkische Reich sind diese Fragen noch endgültig zu klären, besonders auch der nicht einheitliche Charakter der fränkischen Grafen. Für das deutsche Frühmittelalter sehen wir klar: der volksrechtliche Kreis der Königsmacht verblaßt, die Königsmunt wird zur speziellen königlichen Herrschaft über bestimmte Personen, Institute und Bezirke, und steigt außerordentlich, und der Königsbann bekommt seinen Sinn nur mehr von hier aus, die Bannfälle treten ganz in den Hintergrund. Die Stütze des Königtums wird die Königsmunt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen.

Wie schwach dieses allgemeine volksrechtliche Königtum im Bewußtsein des Volkes verankert war, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß man schon in der Merowingerzeit und mehr noch unter Karl dem Großen und im deutschen Mittelalter muntrechtliche Begriffe verwenden muß, wenn es gilt einer Tatsache staatlichen Lebens Lebendigkeit und Volkstümlichkeit zu geben. Munt und Treue sind jedem vertraute Begriffe und lösen — was noch wichtiger ist — starke Willensreaktionen aus. Sie waren im Volksbewußtsein wirklich verwurzelt, nicht aber der nur schwach entwickelte Gedanke der Verpflichtung einem alle Volksgenossen gleicherweise umfassenden Königtum gegenüber. Man mußte also mangels eines lebendigen allgemeinen Staatsbewußtseins zu dem volksnahen Gedanken der Munt greifen, um eine starke lebensvolle Bindung von Volk und König zu erreichen. Als Beispiel möge der Hinweis auf den Treueid oder die Königsmunt im Sachsenland und bei den spanischen Ansiedlern genügen.

Dies Denken von der Munt aus ist auch an anderen Stellen des staatlichen Lebens zu beobachten. So machte man die Verantwortlichkeit des Königs Gott gegenüber faßbar in den Gedanken eines mit Gott geschlossenen Treuvertrags,³⁸ der ganz

38. Cap. II. 196/40 cap. 38 von 829. Fr. Kern a. a. O. S. 158. Anm. 296.

real gedacht ist, so wie man auch das Verhältnis jedes Menschen zu Gott als Treuverhältnis ansah,³⁹ „fides“ dabei mit Treue und Glauben zugleich übersetzend. Was man in die Formen des Treuverhältnisses und der Munt bringen konnte, war dadurch volkstümlich, lebendig und verständlich gemacht. So entstand aus dieser Notwendigkeit heraus ein in den Formen des Muntverhältnisses gefaßtes Königtum, so wie wir es vorfinden. Wie weit diese Ausprägung des Königsgedankenens altgermanisch ist, bleibt zu untersuchen, für das deutsche Frühmittelalter ist es jedenfalls die zunächst allein vorhandene und allein mögliche, weil allein volksnahe Form, wenigstens so lange bis die kirchlichen Gedankenkreise neue Elemente ansetzten. So ist es denn nur selbstverständlich, wenn wir z. B. bei der Lektüre Widukinds von Corvey immer wieder auf Motivierungen politischer Handlungen aus dem Gedankenkreis der Munt heraus stoßen, „dem Herrn treu“ . . . „dem Freunde helfen“ . . . „den Herrn rächen“ usw. kehrt immer wieder. Immer sind es persönliche Treuverpflichtungen, persönliche Bindungen, die entscheiden. Dasselbe zeigen die deutschen Epen u. a. Quellen nicht-kirchlichen Charakters.

Doch was bedeutet dieses volksrechtliche Königtum muntrechtlicher Form für den frühmittelalterlichen König, für die Ottonen und Salier bis zu Heinrich IV.? Unmittelbar zunächst nichts als einen durch die Autorisation der Wahl, des Geblütsrechts und der Salbung legitimierten und gestützten Anspruch auf eine Königsherrschaft, die aber erst durch die Macht der Königsmunt und des Lehnswesens zu realisieren war. Gerichtsrechte gab dieses volksrechtliche Königtum abgesehen von dem königlichen Pfalzgericht (soweit nicht auch dort Königsmuntfragen erledigt wurden) nicht, sie ruhten fast ganz auf der Königsmunt und dem Lehnrecht, Lehnrechte ebensowenig, vor allem aber auch nur wenige Einnahmen, nur die Einkünfte von Münze, Markt und Zoll, von nach Volksrecht eingezogenen Gütern und einzelne Gerichtsgefälle, denn die alten *dona annualia* sind vergessen oder leben nur noch im engeren Kreise der Königsmunt als Muntsteuern weiter. Im Kriege aber hat die

39. Siehe oben S. 122.

Lehnspflicht das Lehnsheer geformt und die volkrechtlichen Heeresverpflichtungen vergessen lassen. In dem Verhältnis des Königs zu den Herzögen und Grafen liegt zwar noch etwas von dem alten Volksrecht, aber entscheidend ist auch an dieser Stelle das Lehnband und die damit verbundene Treupflicht. Und auch diese schwachen volkrechtlichen Bindungen ließen sich nur dann durchsetzen, ihre Zerreißen nur dann bestrafen, wenn der König die Macht dazu hat. Macht aber gab Königs-gut, Königsmunt und Lehnswesen. Sie entscheiden:

Und doch ist dieser Anspruch, ist diese Autorisation des Volksrechts keineswegs nur eine schöne Form, keineswegs belanglos. Denn die stärkste Stütze des Königtums, die Königsmunt ist nicht ein Muntrecht, wie jedes andere Muntrecht eines beliebigen Herrn, sondern sie ist erhöhte Munt, mit dem Königsbann ausgezeichnete Munt, die damit sich aus allen anderen Muntrechten heraushebt. Das volkrechtliche Königtum gibt also dem König zwar direkt nur sehr wenige Machtmittel, aber es erhöht sein Herrschaftsrecht, und das ist von außerordentlicher Bedeutung.

Dazu kommt, daß ein Teil der Muntrechte ebenso wie der Eigentumsrechte Recht der Krone und nicht des einzelnen Herrschers ist: die Muntherrschaft über die meisten Kirchen, die Bannbezirke zum großen Teil und später die Reichsstädte sind königliche Muntrechte und nicht nur die eines Herrschers oder seines Hauses. Auch im Lehnrecht gelten die entscheidenden Lehnbindungen dem König als solchem. So erhöht das Volksrecht nicht nur die Königsmunt, sondern es gibt auch die Herrschaft im Kreise der Königsmunt selbst, soweit es sich nicht um den Familienbesitz des Königs handelt, und dazu das Reichsgut. Die machtmäßig entscheidenden Rechte des Königtums sind also zwar herrschaftlicher Natur, aber an das volkrechtliche Königtum gebunden, und durch das Volksrecht legitimiert und erhöht.

Auch davon abgesehen bleibt der Begriff des volkrechtlichen Königtums (in seiner muntrechtlichen Einkleidung) im ganzen deutschen Frühmittelalter lebendig. Denn als man im 11. und 12. Jahrhundert daran ging der immer noch bestehenden großen Unsicherheit des öffentlichen Lebens gegenüber den Wir-

kungsbereich der Rechtspflege auszudehnen und sie zu intensivieren, griffen Heinrich III. und Heinrich IV. auf Rechtsansprüche aus dieser volksrechtlichen Sphäre zurück, auf die latente Schutzherrschaft, die zur Königsmunt verdichtet eingreifen kann, wo anderer Muntschutz fehlt oder versagt, so wie wir sie in den Bannfällen der Karolinger vorgefunden haben. Auf dieser Grundlage schuf man die Landfriedensordnungen, und damit eine neue Art der Rechtspflege und neue Rechtssatzungen.⁴⁰ Sie stand völlig abseits von der muntherrlich bestimmten Rechtspflege der Ottonen- und Salierzeit. Dies Zurückgreifen auf volksrechtliche Königsrechte war eine große von weitem Blick und zeitüberlegenem selbständigem Handeln zeugende Tat. Sie wäre unmöglich gewesen, wenn dieser Rechtskreis im Volksbewußtsein in Vergessenheit geraten wäre. Im Denken der Spiegler ist er auch noch lebendig, kräftiger wird er aber durch die Landfriedensbewegung. Diese hätte damit Ausgangspunkt für eine aufsteigende neue volksrechtliche Stellung des Königtums werden können, so wie diese Rudolf von Habsburg versuchte, wenn nicht das Königtum aus den Kämpfen des 13. Jahrhunderts so geschwächt hervorgegangen wäre, daß es nur noch ein Schatten des frühmittelalterlichen Königtums war. Dies „wenn nicht“ ist immer wieder der entscheidende Punkt der alten deutschen Geschichte.

§ 3. *Fragen des Sozialaufbaus.*

Ehe wir uns nun den Aufbau des mittelalterlichen Staates an einigen Fragestellungen zu verdeutlichen suchen, müssen einige Bemerkungen zum Sozialaufbau des frühmittelalterlichen Volkes vorausgeschickt werden.

Die Bedeutung des Herrenstandes, die die Arbeiten von Dugerns uns nachdrücklichst aufgezeigt haben, wächst noch und verändert sich durch unsere Ergebnisse. Er kann nun nicht mehr als Amtadel in irgendeiner Form gelten, es erweitert auch kein Volksamt seine Herrenstellung, sondern wenn ein Grafengeschlecht nicht Muntrechte des Königs in dessen Bannbezirken

40. Vgl. dazu Hans Hirsch a. a. O. S. 13 ff.

ausübt, kann es nur selbst als Allodialbesitz Grafenrechte haben. Die Kirchenvogteien schließen sich hier diesen beiden Rechtsarten an. Herrentum, und zwar entweder solches eigenen Herrenrechtes oder als Ausübung königlicher Herrenrechte trägt also allein den Herrenstand. Auch die Schichtung des Adels in der Heerschildordnung und speziell in der späteren Herausbildung des Fürstenstandes ist wesentlich von herrschaftlichen Gesichtspunkten aus bestimmt. Denn Fürst wird — wie uns die Mitteis'schen Untersuchungen gezeigt haben⁴¹ — wer „Ledigmann des Königs und Lehnsherr von Edelfreien ist“.

Wenn unsere Quellen auch nur spärlich sind, so zeigen sie doch deutlich, daß um die Wende des 9./10. Jahrhunderts eine kleine Zahl mächtiger Adelsfamilien weitausgedehnte Herrschaftsrechte auf allodialer und königsmuntrechtlicher Grundlage besaß.⁴² Das bedeutete aber eine ernste Bedrohung des Königtums, besonders da sich in diesen Fällen allzuleicht die Königsrechte, also die Freigrafschaften und Kirchenvogteien in Allodialrechte der Adelsgeschlechter verwandelten, und so dem König verloren gingen. Einige Jahrzehnte darauf war diese Gefahr überwunden. Die großen Komplexe von Adelsrechten waren außer wenigen im Schwinden. Der Grund für diese wichtige Änderung ist einmal in der häufigen Teilung der Rechte wachsender Familien zu suchen, außerdem aber auch in einer bewußten Politik des Königtums, die im ganzen noch viel zu wenig beachtet ist. Die Herabdrückung, teilweise sogar Zerstückelung der Herzogtümer ist nur ein Teil dieses großen Prozesses. Er setzt sich fort in der Verwendung von Reichsministerialen für die Handhabung königlicher Herrschaftsrechte, die damit den alten Dynastenfamilien entzogen wurden. Doch bleibt der Adel der große Gegenspieler des Königs. Seit dem Investiturstreit stellt ihn die Kirche als Gegner des Königs zwar in den Schatten, doch gerade durch die neue Verbindungsmöglichkeit von Adel und Kirche steigt wieder seine Bedeutung und Widerstandskraft.

41. H. Mitteis a. a. O. S. 437 ff.

42. Vgl. die Untersuchungen von Dugerns aber auch die von A. Bauer für Schwaben und die von H. Baldes für den Mittelrhein.

Das wichtigste Ergebnis unserer Untersuchungen für den sozialen Aufbau ist jedoch das gewonnene andere Bild der Grafenschaftsbauern.⁴³ Denn wenn es im Frühmittelalter keine volkrechtlichen Grafschaften gab, sondern an ihre Stelle Königsherrschaft oder Adels- und Fürstenherrschaft in Grafschaftsdistrikten getreten ist, gibt es auch den vollfreien, von jedem Herrschaftsrecht unbelasteten Bauern im Frühmittelalter nicht, den man stets als den eigentlichen Kern des deutschen mittelalterlichen Volkes ansah. An seine Stelle tritt der seinem Stande nach zwar freie, aber unter Munt- und Schutzherrschaft stehende Bauer. Augenscheinlich empfand man die Munt ebenso wie das alte Treu- und Muntverhältnis der Gefolgschaft nicht als eine Minderung von Stand, Freiheit und sozialem Ansehen. Ohne Schutz eines Stärkeren kann nur der König leben, und auch dieser faßt sein Verhältnis zu Gott oder Christus mit Vorliebe als Munt auf. Alle anderen schützt die Munt des Königs oder des Adels. Als wesentlich wird dabei aber betrachtet, wessen Munt man angehört. Die Qualität und das Ansehen des Muntherren zeichnen auch den Muntmann aus (in allem entsprechend den Schilderungen von Tacitus in früheren Jahrhunderten). So wird die auffallende Tatsache verständlich, daß wir dort, wo die Freiheit am lautesten hervorgehoben und am stärksten gerühmt wird, bei Freibauern, Freigerichten, Freistädten, Freigrafschaften, Freiamtern u. a. keineswegs herrschaftslose Vollfreiheit, sondern Königsmunt treffen. Ihre größere Freiheit vor anderen besteht also in der höheren Qualifikation ihres Muntherren, in der Freiheit von jeder anderen minderen Herrschaft außer der des Königs. Wer nur unter dem Schutz des Königs steht, ist der freieste Mann im Land. Freier d. h. ohne Munt oder der Munt Gottes untertan, ist nur der König selbst. So scheiden sich im bäuerlichen Leben des Frühmittelalters Bauer und Freibauer durch die Qualifikation ihres Muntherren. Soweit der Königsschutz und Königsbann reicht, gibt es Freibauern, die entsprechend ihrem Schutzverhältnis eine Munt-

43. Vgl. zu der Frage auch: Theodor Mayer, Die Entstehung des „modernen“ Staates im Mittelalter und die freien Bauern (Zs. d. Sav.-Fg. f. R.G. 57, 1937, S. 210 ff.).

steuer an den König zahlen. In allodialen Grafschaften besteht dasselbe Verhältnis zu dem adligen Muntherren. In kirchlichen Immunitäten schiebt sich die Herrschaft der Kirche zwischen den Bauern und seinen königlichen Schutzherren, ohne daß damit jedoch etwas grundsätzlich Neues gegeben wäre, Herrschaftsrechte und Herrschaftspflichten sind nur zwischen dem König und der Kirche geteilt. Bisweilen haben dort auch die bauerlichen Untertanen noch die alte Bezeichnung als Königsleute unter der neuen kirchlichen Herrschaft behalten, wie z. B. die Wormser fiscalini.⁴⁴ An sich ist das den Bauern bindende und schützende Verhältnis in allen genannten Fällen das gleiche. Aber dadurch, daß im ersten Fall der König der Muntherr ist, und Königsschutz und Königsbann eine besondere Qualifizierung und eine besondere Kraft haben, hebt sich die Stellung des Bauern in Königsbannbezirken über die anderer Bauern. Er ist Freibauer, sein Gericht Freigericht, seine Grafschaft Freigrafschaft, sein Gut Freigut. Diese Freibauern sind der Kern des Bauernstandes.

Äußerlich gleichen zwar die frühmittelalterlichen Königsgrafschaften volksrechtlichen Amtsgrafschaften: Freie unterstehen Grafen im Auftrage des Königs. Aber das sie verbindende Band ist herrschaftlicher Natur, ist ein besonderes nicht alle Volksgenossen umfassendes Vertragsverhältnis. Nicht deshalb, weil der einzelne Bauer Glied seines Volkes ist, gehört er zu der Grafschaft und ist dem Grafen untertan, sondern weil er in einem Schutz- und Muntverhältnis zu dem königlichen Herren der Grafschaft steht, den der Graf in seinen Herrschaftsrechten vertritt. Das tritt in Erscheinung in der Steuer (die Personalabgabe oder auf den Boden übertragen sein kann), in der Herrschaft des Königs über den Boden des Freibauern und der Gesamtheit (Almende) und seinen Bannrechten im Königsbannbezirk. Damit ist aber ein wesenhafter Gegensatz zu der volksrechtlichen Amtsgrafschaft gegeben.

Diese Freibauern sind gebunden durch die Munt, sind aber trotzdem frei in einem doppelten Sinne; einmal nach Volksrecht

44. Vgl. Adolf Waas, *Histor. Vierteljahrsschr.* 1921 S. 419 ff.

ihrem Stande nach, dann aber auch in dem Sinne der Reichsfreiheit oder Reichsunmittelbarkeit, so wie wir wiederholt im Laufe unserer Untersuchungen das Wort frei in diesem Sinne verwendet fanden. Freie Bauern ohne Schutzherrschaft des Königs, der Kirche oder des Adels gibt es nicht. Der französische Satz: „nulle terre sans seigneur“ ist auch für das deutsche Bauernland als völlig durchgeführt zu betrachten und zwar in einem wörtlichen Sinne von seigneur.⁴⁵ Es ist dies ja auch kein Wunder, da der Bauer stets starken Schutz braucht, wenn er ernten will, was er gesät hat. Besteht aber kein starker Staat mit machtvollen staatlichen Organen, so wie er im deutschen Frühmittelalter zunächst fehlte, und besteht nicht die Möglichkeit eines Selbstschutzes feindlichen Gewalten gegenüber, so muß der Bauer ein Schutzverhältnis eingehen, das ihm den notwendigen Schutz bietet. Hier liegt die große soziale Bedeutung der Königsmunt. Sie gab dem Bauern diesen Schutz und bewahrte ihn so vor der rein privaten Untertänigkeit unter einen adligen Herren.⁴⁶ Die Königsmunt hat „freie Bauern“ in Deutschland vor dem Untergang bewahrt, und damit die entwicklungsfähigste Schicht deutscher Bauern erhalten, doch nicht als vollfreie Bauern nur volksrechtlicher Staatszugehörigkeit und Untertänigkeit, sondern als Freibauern königlicher Muntbezirke als Untertanen der Munt Herrschaft des königlichen Herren. So hat die Königsmunt die „Freiheit“ des Bauernstandes begründet (wenn wir Freiheit in dem im Frühmittelalter üblichen Sinne von Reichsunmittelbarkeit nehmen). Andererseits macht aber die Ausdehnung der Königsmunt das Vorhandensein vollfreier nicht herrschaftlich gebundener Bauern unmöglich. Dies demokratisch-romantische Trug- und Wunschbild zerbricht endgültig.

Das ständische Problem des Frühmittelalters ist also nicht von dem Volksrecht allein aus zu erfassen. Es gibt allerdings den Begriff der Freiheit, den wir aus den Volksrechten kennen.

45. Für Frankreich gibt ein gutes Bild dieser Entwicklung das ältere Werk von Dareste de La Chavanne: *Histoire des classes agricoles en France*. 2. Aufl. Paris 1858.

46. Mit Recht betont dies — allerdings ohne Herausstellung der Königsmunt — Fedor Schneider bei der Betrachtung der schweizerischen Freigrafschaften (Staatliche Siedlung S. 451).

Diese Freiheit unterscheidet den Freien vom Unfreien. Aber im Frühmittelalter tritt in immer stärkerem Maße neben und vor diesen Freiheitsbegriff der der Reichsunmittelbarkeit. Diese Freiheit wird nicht gestaltet von der Grundherrschaft aus, sondern nur durch die Muntherrschaft des Königs. Sie bildet das Grundelement des mittelalterlichen Staates, und formt auch die Schichtungen des sozialen Lebens.

„Freiheit“ des Bauern hat aber im Laufe des Mittelalters noch einen dritten Sinn bekommen. Seit dem Absinken der königlichen Macht haben Königsbauern es überall in Deutschland verstanden, ihre eigene Macht und Unabhängigkeit zu steigern, allerdings in scharfer Konkurrenz mit dem vom König mit der Ausübung seiner Herrschaftsrechte betrauten Adel. Man kämpft darum, wer das Erbe der königlichen Herrschaftstellung antreten soll. Oft haben die Bauern einen teilweisen Erfolg. Solche Freiheit ist dann nicht ererbt sondern erworben, erkämpft. Es ist keine altgermanische Freiheit. Es kann politische Freiheit sein, wie sie am deutlichsten die Ferngerichte als relativ selbständig gewordene Königsgerichte erkennen lassen. Es kann aber auch wirtschaftliche Freiheit sein, wie sie die Markgenossenschaften auch aus dem Zusammenbruch königlicher Rechte vielerorts errungen haben. Die Arbeiten von Alfons Dopsch und Hermann Wießner zeigen das deutlich.⁴⁷ So gesehen wächst die Freiheit der Bauern. Ein großer Teil der Bauernschaft vor allem in den alten königlichen Bannbezirken steigt im Laufe des Mittelalters in zähem Kampf zu einem beträchtlichen Grad von Freiheit auf, bis der Bauernkrieg dem ein jähes Ende bereitet.

Fassen wir es noch einmal zusammen. Eine Vollfreiheit im Sinne des Fehlens aller herrschaftlichen Gebundenheit gibt es im deutschen Mittelalter und auch wohl im germanischen Altertum nicht. Dagegen besteht von jeher eine ständische volkrechtliche Freiheit, die den Freien vom Unfreien trennt, und eine königsgebundene Freiheit, die den Freibauern von anderen Bauern scheidet. Eine dritte Art der Freiheit im Sinne der Be-

47. Dies gilt trotz aller Einwendungen die gegen Wießners Arbeit reichlich zu machen sind.

freierung von Lasten und des selbständigen Handelns und Verfügens erobern sich die deutschen Bauern in mannigfachen Abstufungen und mit unzähligen lokalen Differenzierungen seit dem Niedergang der deutschen Königsmacht.

Leider sind wir über das zahlenmäßige Verhältnis der verschiedenen Gruppen von Muntleuten noch im Unklaren. Von den Königsmuntleuten und den Vogtleuten unter Königsschutz stehender Klöster,⁴⁸ die eng zusammen gehören, scheiden sich die Vogtleute weltlicher Herren und ihrer Eigenklöster.⁴⁹ Beide Gruppen zusammen bilden die entscheidende Schicht des deutschen Volkes, und unter ihnen hat, wie die lokale Entwicklung zeigt, die erste Gruppe die stärkste Entwicklungskraft bewiesen.

Dabei ist selbstverständlich weder die ganze Masse noch die beiden Gruppen der Vogtleute als in sich einheitlich zu denken. Wir kennen unzählige lokale Variationen, wie sie in den Bezeichnungen als Schöffenbare, Pflughafte, Bargilden, Biergeldern, Freibauern, Vogtleute und andere gegeben sind. Aber sie alle zusammen bilden den Kern des deutschen Volkes und unter ihnen steht die Gruppe der Königsleute oder Freibauern an erster Stelle.⁵⁰ Diese Tatsache ist sozialpsychologisch von der größten Bedeutung, da ein Element der „Untertänigkeit“ im Verhältnis des Freien zum Staat, d. h. zum Königtum sich entwickeln konnte, wenn die allgemeine Lage es begünstigte und keine Gegenkräfte sich dem entgegenstellten.

Auch die Bürger der entstehenden Städte sind dieser Gruppe der Vogtleute und zum Teil der der Königsvogtleute zuzurechnen. Die Differenzierung der Arbeit, die den Bauern und den Bürger sozial scheidet, bringt an sich noch keine Änderung der Rechts- und Soziallage mit sich. Erst das Erstarken des Bürgertums führt zur Sonderentwicklung der Stadt und der

48. Die Schweizer Weistümer bieten signifikante Beispiele für das spätere Ineinanderfließen von Freibauern u. Gotteshausleuten, z. B. Hochsol. Siehe oben S. 274.

49. Vgl. dazu die Schätzungen bei Hintze, Feudalismus S. 327.

50. Man vergleiche zu dieser ganzen Frage die sehr aufschlußreichen Untersuchungen von Karl Weller (Die freien Bauern in Schwaben), der von ganz anderer Seite aus zu Ergebnissen kommt, die sich mit unseren nahe berühren.

Städter, die aber der Entwicklungslinie der ländlichen Kreise parallel läuft. Der Freiheitskampf der Städte steht neben dem Freiheitskampf der Femgerichte, der Markgenossenschaften und der Schweizer Eidgenossenschaft.

Bei dem Adel liegen die Verhältnisse insofern anders, als es hier eine Schicht gibt, die auf Grund eigenen Rechts auf eigenem Boden sitzt und hier Herrschaftsrechte ausübt, d. i. die Adelsschicht, die von Dungen uns im Besitz allodialer Grafschaftsrechte und die Schicht, die uns V. Ernst als Bann- und Dorfherren nachgewiesen hat.⁵¹ Doch gelang es dem König diese Herrengruppe durch das Lehenswesen an sich zu binden, direkt durch Reichslehen oder indirekt durch die Lehnbarkeit der Herzöge. Das war die große Aufgabe, die das Lehenswesen erfüllte: sonst nicht oder nur durch den lockeren volkrechtlichen Verband dem Königtum verbundene Dynasten und Geschlechter durch eine Muntbindung mit dem König in Konnex zu bringen. Denn diese Herren benötigten den Schutz weit weniger, sie schützten sich und ihre Leute selbst und richteten sie kraft ihres Herrenrechtes. Doch die Not der schweren äußeren Bedrohungen in der Reichskrise von etwa 900, oft auch die Gefahr von stärkeren Adelsgeschlechtern erdrückt zu werden und auch die Tradition der Zusammengehörigkeit, die sich der Krise zum Trotz durchsetzte, machte dem König die Zusammenschließung des Adels im Lehensverband möglich. Damit ergab sich auch der Theorie nach eine nachträgliche Rechtfertigung der allodialen Grafschaftsrechte, da im allgemeinen den Königsvasallen das Recht der Immunität für ihre Hintersassen schon im fränkischen Reich zuerkannt wurde. Doch entscheidend für Entstehung und Bestand dieser Rechte war keine solche Theorie; sie standen ursprünglich auf sich selbst.

Auch in diesem Kreis zeigt der Begriff „frei“ in „Freiherr“ den besprochenen Sinn von Freiheit als Reichsunmittelbarkeit. Denn der Freiherr hielt darauf, neben Lehen von Fürsten oder Kirchen wenigstens ein Stück Allodialbesitz oder Reichslehen zu haben,⁵² das die Reichsunmittelbarkeit garantierte. Ist diese

51. Die Schriften sind oben genannt, S. 12. Anm. 10, S. 91, Anm. 203.

52. Von Dungen a. a. O. S. 63.

Auffassung richtig, so gibt es eine größere Gruppe von Herren des Adels, die alle durch ein persönliches Treuverhältnis an den König gebunden und reichsunmittelbar sind; unter ihnen heben sich als kleinere Gruppe diejenigen heraus, die selbst wieder Lehensherren von solchen Freiherrn sind;⁵³ sie bilden die sich allmählich abschließende Gruppe der Fürsten. So ist es auch zu verstehen, daß in gleicher Weise die auf ganz anderer Rechtsgrundlage stehenden Reichsministerialen sich „Freiherrn“ nennen können, sobald sie nur keine Hörigen mehr sind, denn auch sie sind dann reichsunmittelbar und — ihrem Beruf nach — Ritter. Die Antwort, die zwei schwäbische Grafen Herzog Ernst von Schwaben geben, als er sie zur Gefolgschaft für ihn gegen den König auffordert, spricht auch für diese Begründung des Freiherrntums. Denn hier wird ausdrücklich ihr Treuverhältnis zum König als die Voraussetzung, und das Bestehen dieses Treuverhältnisses als das unterscheidende Merkmal für ihre „Freiheit“ betrachtet. Die Grafen erklären nämlich: *Si servi essemus regis et imperatoris nostri, et ab eo iuri vestro mancipati, non nobis liceret a vobis separari. Nunc vero cum liberi simus et libertatis nostrae summum defensorem in terra regem et imperatorem nostrum habeamus, ubi illum deserimus, libertatem ammittimus.*⁵⁴ Es muß dabei offen bleiben, inwieweit der Adel und die Adelsgeschlechter im Besitz einer Grafengerichtbarkeit, einer allodialen Grafschaft oder eines Bannbezirkes waren. Untersuchungen im Anschluß an die von Viktor Ernst und O. v. Dungern werden hier Klarheit bringen müssen. In dem niederen Adel, wie ihn V. Ernst schildert, und in denjenigen Adligen, die etwa als Schöffen zu einem königlichen Bannbezirk gehörten, auch ohne selbst Freigrafenrechte zu haben, und in den Inhabern kleinerer Reichslehen scheint mir diese Schicht von Freiherrn ohne Grafschaftsrechte gegeben zu sein. Auf rein allodialer Grundlage konnten sie sich dagegen in ihrer ständischen Eigenart aller Wahrscheinlichkeit nur halten, wenn

53. H. Mitteis a. a. O. S. 437 ff. u. Rosenstock, Königshaus S. 181 ff., 193 ff.

54. *Script. rer. Germ.* Schulausg. 2. Aufl. S. 30. Auch die Immunitätsurkunden zeigen diesen Freiheitsbegriff, z. B. *Cod. Lauresh.* I. 3/273 v. 772 ... *rex privilegia libertatis et emunitatis contulit....*

sie sich einem Stärkeren anschlossen oder wenn sie selbst die Grafschaftsrechte über ihre bäuerlichen Hintersassen in der Hand hatten. Doch sind mannigfache Überschneidungen und Summierungen von Allod, Reichslehen, Kirchenlehen und Lehen von weltlichen Großen die Regel gewesen, wodurch die gesamten Rechtsverhältnisse der einzelnen oft ein unklares Bild ergeben. Auch sind alle Herrschaftskomplexe, und zwar Allodial- wie Freigrafschaften meist nicht als Gebiete mit festen Grenzen sondern als Summen einzelner Teilchen zu betrachten. Von allem Grundbesitz und allen Landeshoheiten weiß man das seit langem, aber es gilt in derselben Weise von den Grafschaften und Herrschaftsrechten, wie die Einzeluntersuchungen immer wieder zeigen. Sie haben oft in jeder Generation ein anderes Gesicht, da neue Teile erworben und andere verloren werden, sie setzen sich vielfach aus kleinen Partikeln zusammen ohne Rücksichten auf Landschaften und Gaue, wie man das von den Grundherrschaften seit langem weiß.⁵⁵

Die für die Kirche sich aus dem Muntrecht und aus der Vogtei ergebenden Folgerungen findet man bei Ulrich Stutz in seiner Eigenkirche und in meinen Untersuchungen zu Vogtei und Bede (Bd. 2) dargestellt.

Es liegt nahe zu fragen, wie weit dieser herrschaftliche Aufbau des sozialen Lebens im deutschen Frühmittelalter auch dem Zustand der vorausgehenden Epochen entspricht, oder wann und warum dieser Zustand sich herausgebildet hat. Eine solche Frage verlangt aber eine eigene Untersuchung, die hier nicht angeschlossen werden kann. Doch als Vermutung kann ausgesprochen werden, daß auch der Sozialaufbau des fränkischen Reiches herrschaftlich gewesen sein muß und nicht auf bäuerlicher Freiheit gegründet und organisiert gewesen sein kann,⁵⁶ wie ihn das 19. Jahrhundert so gern sah. Von seinen beiden Wurzeln, der römischen und der germanischen, kennen wir die römische in ihrem grundherrschaftlichen Aufbau recht gut, das Bild der altgermanischen Welt verschleiert aber noch viel Ro-

55. Vgl. A. Bauer- Gau und Grafschaft in Schwaben, 1927.

56. Noch Cl. von Schwerin (Geist des altgermanischen Rechts, S. 213) nennt die germanischen Völker „demokratisch organisiert“.

mantik. Augenscheinlich ist aber, wie schon die genauere Lektüre von Tacitus' *Germania* lehrt, auch diese aristokratisch aufgebaut, zwar nicht grundherrlich wie die römische aber munt-herrschaftlich. Die Großen (*principes*), d. h. die Gefolgherrn, sind der eigentlich tragende Faktor des sozialen Lebens, Sippen und Gefolgschaften — beides Muntherrschaften — formen das Heer, sind aber auch die starken Kernpunkte alles öffentlichen Lebens. Auch die Fragen der Politik werden im wesentlichen von dem Kreis der *principes* entscheiden. Diese Muntherrschaften schließt ein volksrechtliches Königtum, ein Herzogtum oder eine andere Staatsform zusammen, doch ändert dies an der Gesamtstruktur des öffentlichen Lebens, einerlei ob der Zusammenschluß in größerem oder kleinerem Kreis erfolgt, nichts. Die Stämme und Völkerschaften wechseln und wandeln sich, die Gefolgschaften, Sippen und Muntherrschaften bleiben. Der einzelne ist in jeder Weise als eingegliedert zu denken, ebenso die Familien im engeren Sinne. Ein Individualismus besteht nicht. Die freie Gemeinde vollfreier Bauern, von der man so gern als goldenem Zeitalter redete, findet sich auch hier nicht. Es gibt „freie“ Bauernschaften, aber nur im Rahmen der Munt-herrschaften. Diese lassen den einzelnen volksrechtlich frei, binden ihn aber durch Muntherrschaft und Treupflicht. Diese Bindung ist eine absolute Notwendigkeit, da das Gefüge des Staates und Volkes zu locker ist, um Schutz und die für jeden wirklichen Sozialaufbau notwendigen Bindungen zu geben. Das 19. Jahrhundert sah diese Notwendigkeiten nicht, da damals Staaten mit starker Organisation (man denke nur an den preußischen Staat) diesen Halt, diese Bindungen und diesen Rechtsschutz gaben. Aus dieser Welt heraus verstand man das herrschaftliche Schutzbedürfnis germanischen und frühmittelalterlichen Lebens nicht.

Diese herrschaftlichen Bindungen vollziehen sich zunächst in kleinen Kreisen: ein Tal, eine Gruppe von Dörfern, die landschaftlich zusammengehören, steht in dem gemeinsamen Schutz eines Herren. Diese kleinräumigen landschaftlichen Bindungen haben sehr große Lebenskraft. Die größeren Verbände wechseln im Laufe der Jahrhunderte ihre Zusammensetzung, diese kleinen Kreise aber erhalten sich oft einzeln oder

miteinander verbunden als Elemente der Grafschaften oder als Gerichtsbezirke von Schultheißen und Zentgrafen bis in die Neuzeit hinein, und aus dem aneinandergefügten Mosaik dieser kleinen Landesteile setzt sich im Grunde der Territorialstaat des Spätmittelalters zusammen.

Ist dies Bild des germanischen Lebens richtig, so treffen im fränkischen Staat römische Grundherrschaft und germanische Muntherrschaft zusammen, um zu verschmelzen, unter den Karolingern noch hintangehalten durch eine starke Königsmacht, nach der Reichskrise von 900 aber das Leben des Frühmittelalters in Deutschland und Frankreich bestimmend.⁵⁷

§ 4. *Charakteristika des frühmittelalterlichen Staates.*

Um eine weitere Klärung unserer Ergebnisse zu erreichen, werden wir im Folgenden von verschiedenen Fragestellungen aus an das gewonnene Bild des frühmittelalterlichen Lebens herantreten müssen. Wir beginnen mit der Frage, wie weit der frühmittelalterliche Staat germanischen Charakter trägt. Da wir wissen, daß das fränkische Reich eine eigenartige Mischung germanischer und römischer Elemente aufweist, ergibt sich diese Frage von selbst. Sie muß darüber hinaus an alle Staaten gestellt werden, die ganz oder teilweise auf dem Boden des alten Römerreiches entstanden sind, und irgendwie an seiner Kultur teilhaben. Als eines der wichtigsten Elemente römischen Erbes hat stets die Grafschaftsverfassung gegolten, da wir wissen, daß man Landeinteilungen von dem Reiche des Syagrius übernahm, und daß fränkische Grafen an die Stelle der römischen comites traten. Außerdem aber entspricht eine gleichmäßige organisatorische Einteilung des Landes in Verwaltungsbezirke durchaus dem organisierenden Staatsdenken des Römers oder Romanen, nicht aber dem des Germanen. Doch, wie wir nun wissen, be-

57. Um ein Mißverständnis zu vermeiden, ist zu betonen, daß mit der Herausstellung des Muntharakters des mittelalterlichen Staates nicht die Ableitung des Staates aus der Familie, und noch weniger seine Entstehung aus der Familie behauptet werden soll. Beide Verbände haben ihre eigene nicht zu bestreitende Ursprünglichkeit, jedoch sind beide miteinander verwandt, da sie mit denselben Gedankenkategorien aufgebaut sind.

stand die Grafschaftsverfassung im deutschen Mittelalter nicht mehr. Damit verschwindet ein sehr wesentliches römisch-romantisches Element. Gewiß die Grenzen einzelner civitates erhalten sich, aber es werden königliche Muntbezirke daraus. Gewiß übernehmen die fränkischen Könige als Erben das römische Staatsland, wie sich dies am Mittelrhein und in der Schweiz aufzeigen ließ, aber in der Form von Bezirken des Königsbannrechtes. Man verwendet allerdings die römische Bezeichnung Immunität für eine der wichtigsten Verfassungseinrichtungen des deutschen Reichs, aber es sind Königsmuntgebiete, die neben ihrem germanischen Namen (Munt) auch den römischen der Immunität führen in Erinnerung an eine frühere Verschmelzung der römischen und der germanischen Institution, oder besser einer Aufsaugung der römischen durch die germanische. Man liebt es allerdings in Geschichtswerken und Urkunden römische verfassungsrechtliche Bezeichnungen zu verwenden,⁵⁸ ohne daß aber darum auch nur auf den geringsten sachlichen Zusammenhang geschlossen werden dürfte. Die römische Bezeichnung sollte eine gewisse Würde geben. Darum redet Ekkehard von St. Gallen von *consul* und *senatus* in seinem Kloster⁵⁹ und Widukind von Corvey erzählt, man habe Heinrich I. und Otto I. zum „Vater des Vaterlands“ und „Imperator“ ausgerufen.⁶⁰ Das mahnt dazu, vorsichtig zu sein in dem Schluß von einer römischen Bezeichnung auf römischen Charakter einer damit bezeichneten Institution. So sind auch trotz der Bezeichnungen, die an Rom erinnern, die *comitatus* und *immunitates* als Bezirke germanischen Muntrechtes zu fassen.

Aber ist denn nicht die Muntherrschaft selbst auf römischen Ursprung zurückzuführen? Zweifellos sind im fränkischen Reich die in spätrömischer Zeit sehr ausgedehnten römischen Patrozinien und Klientelen mit der germanischen Munt zu einer Einheit verwachsen, und dort, wo in römischer Tradition erwachsene Menschen in ihren Rechtsgedanken lebten, kann das

58. P. E. Schramm, *Kaiser, Rom und Renovatio* 1929, S. 80, 223—225.

59. Vgl. Schramm a. a. O. S. 223 f.

60. *Script. rer. Germ. Schulausg.* 5. Aufl. S. 58, 63, 128. — Schramm a. a. O. S. 80.

aus beiden Quellen gespeiste Institut seinem Wesen nach mehr römisch als germanisch gewesen sein. Wo aber germanische Männer sich in diesem Rechtsverhältnis verbanden, und vor allem wo germanische Herren in seinen Formen das Leben gestalteten, da wird es in ihrer Hand trotz aller römischen Wurzel eine rein germanische Institution. Denn sie denken allein in germanischen Begriffen und gründen ihr Handeln auf diese. Die Frage, ob eine Institution auch aus römischem Recht abgeleitet werden kann, ist nicht wesentlich für die Bestimmung ihres Charakters, wenn sie ebensowohl auch aus der Begriffswelt der in ihr Lebenden und Handelnden heraus erklärt werden kann. Das waren aber schon im fränkischen Reich in immer steigendem Maße Germanen, und im deutschen Frühmittelalter nur Germanen, und zwar in den ersten Generationen im und um das Herrschergeschlecht Niedersachsen, die gar keine Beziehung zu römischen Begriffen hatten. Sie wußten nichts mehr von römischem Recht, wohl aber von deutscher Gefolgschaft und deutscher Munt. Diese Begriffe bestimmten darum ihr öffentliches Leben trotz alles römischen Aufputzes der Urkunden und trotz aller Parallelen der geschichtsschreibenden Mönche. Das ließ man sich gern gefallen, weil man die fremde Form als Dekoration schätzte, aber diese Männer handelten so, wie es zu ihren ererbten vertrauten Begriffen paßte.

Die frühmittelalterliche Munt ist also germanisch. Sie aber ist es, wie wir gesehen haben, die das Staats- und Volksleben aufbaut, das damit seinen rein germanischen Charakter an wesentlicher Stelle erweist.⁶¹

Auch das fränkische Reich kennt diesen germanischen Faktor in seinem Gesamtaufbau an wichtiger Stelle, aber er ist dort nicht allein bestimmend und herrschend. Im deutschen Frühmittelalter dagegen ist das römische Erbe im Staatsaufbau fast

61. Hintze, Feudalismus S. 324 betont das germanische Element „in dem persönlichen Charakter der politischen Herrschaft“, fügt aber hinzu: „was anstattlich ist an diesem Staat, das ist in der Hauptsache romanischer Herkunft“. Er übersieht dabei aber, daß das, was mit romanischen Anstalten in Zusammenhang steht, ein neues Leben bekommen hat, und daß es von der Kirche abgesehen kaum eine Einrichtung wirklich anstattlichen Charakters hier gibt.

völlig aufgesogen von dem germanisch-deutschen Element. Die Verlegung des Schwerpunktes im Ostreich von dem Rhein an den Harz ist dafür kennzeichnend.⁶² Die Zeit von 900—920 stellt nicht nur eine politische Krise sondern auch eine kulturell-politische Zäsur dar. Denn die für den fränkischen Staat bezeichnende Mischung und Durchdringung römischer und germanischer Elemente wird abgelöst durch einen rein germanischen Staatsaufbau. Es blieb nicht immer so. Von neuem drangen romanische Elemente ein, aber nie war eine Periode deutscher Geschichte in ihrem Staats- und Volksleben reiner germanisch als die der Ottonen besonders in den ersten Generationen. Und dieser Grundaufbau bestimmt das Leben des gesamten deutschen Frühmittelalters⁶³ auch dann noch, als durch die Romzüge, die römische Erneuerungspolitik Ottos III., von der uns P. Schramm ein farbenreiches Bild gegeben hat,⁶⁴ und durch kirchliche Einflüsse von neuem fremde Elemente eindringen. Denn diese bleiben, so sehr sie dem rückschauenden Betrachter auffallen, doch zunächst an der Oberfläche. Sie ergänzen das Ganze, aber sie gestalten es nicht in der Tiefe um. Das gilt bis hin zu den Tagen der Hohenstaufenkönige.

Auch in der Kunst dieser Tage spricht sich der germanische Grundcharakter des Lebens deutlich aus. Wir erinnern daran, daß, wie oben angeführt, Wilhelm Pinder diese Zeit von der Kunst aus als die „stärkste und beinahe deutscheste Periode“ unserer Vergangenheit charakterisiert.⁶⁵ Sie führt sehr mit Unrecht den Namen der „romanischen“ Kunstepoche. Denn die reich verschlungenen Ornamente, die trotzigen Kirchenbauten Niedersachsens u. a. atmen germanischen und nicht romanischen Geist. Eine Erscheinung, wie die so genannte „Ottonische Renaissance“ bleibt die deutlich im Gegensatz zum allgemeinen künstlerischen Empfinden stehende Angelegenheit eines kleinen

62. Vgl. dazu Aloys Schulte. Der deutsche Staat S. 18.

63. Der große römische Einfluß auf einzelnen Gebieten materieller Kultur, wie z. B. im Bauwesen, darf daneben nicht übersehen werden. Es ändert aber an dem Gesamtbild, vor allem an der gedanklichen Grundstruktur nichts.

64. P. E. Schramm, Kaiser, Rom u. Renovatio. 1929.

65. Siehe oben Anm. 38.

kirchlich und römisch gebildeten Kreises. Ebenso steht hinter der dünnen Schicht klösterlicher deutscher und lateinischer Dichtung, wie sie Hrotswitha von Gandersheim und der Heliand verkörpern — vielfach durch sie hindurch sichtbar, wie im Muspilli und Wessobrunner Gebet — die Welt des Heldenliedes und Heldenepos, die meist erst eine spätere Periode aufgezeichnet hat, die aber damals in voller Blüte gestanden und weite Kreise des Volks umfaßt haben muß. Auch unter den Persönlichkeiten der Zeit, die wir kennen, steht die große Schar der deutschen, derben Gestalten durchaus voran vor dem kleinen Kreis einzelner Persönlichkeiten des Kaiserhofs, die durch die Berührung mit Rom und Byzanz von dort beeinflußt sind, oder die man aus romanischer Kulturwelt hierher geholt hat. Auch der kirchliche Einfluß darf in dieser Richtung nicht überschätzt werden. Männer wie Widukind von Corvey sind trotz ihrer Mönchskutte in ihrem politischen Denken ganz Nachkommen und Nachfolger germanischer Kämpfer, und gar mancher der markanten Bischofsgestalten dieser Tage war (bei aller davon nicht berührten ausgeprägten Frömmigkeit) mehr deutscher Adelsherr als Geistlicher in seinem politischen Denken und Handeln. Römisch gebildete und in römischen Begriffen denkende Männer wie Gerbert von Reims fallen als fremde Elemente in der Reihe solcher rein deutschen Gestalten auf. Sie bleiben Fremdkörper. Es ist kein Wunder, daß der Staat, der auf diesem Boden wuchs, mit den Grundgedanken germanisch-deutschen und aristokratisch-kämpferischen Denkens gebaut ist: mit dem der Muntherrschaft.

Freilich drangen im Laufe des deutschen Mittelalters fremde Gedankenreihen in diese heimischen ein. Aber dies Eindringen bleibt an der Oberfläche bis zu den großen Erschütterungen des Investiturstreites und der kirchlichen Selbstbesinnungsbewegung der Kluniazenser und Hirsauer. Da erst beginnt man mit kirchlichem Denken Ernst zu machen und in die von Rom überlieferte alte kirchliche Gedankenwelt tiefer einzudringen. Von dieser Seite kam ein starker Einfluß. Aber es ist für die gesamtdeutsche Geistesentwicklung ein großer Unterschied, ob solche Einflüsse in nennenswerte Stärke, am Anfang einer Entwicklung wirksam wurden, oder erst als das Wesen des Staates sich

doch schon durch mehr als ein Jahrhundert seines Bestehens gefestigt hatte, bildlich gesprochen, ob die Kindheit unter erdrückenden fremden Einflüssen steht, oder ob sich erst der jugendliche Mann mit der ihm gegenüberstehenden Welt auseinandersetzen muß, und dann Gutes von Schlechtem scheiden kann. Das aber war die Lage des jungen deutschen Staates.

Ist dieser Staatsbau germanisch, so mußte er in den Grundzügen wenigstens dem germanischen Staat vor seiner Verschmelzung mit den Elementen des zerbrochenen Römerreiches gleichen. Da wir jedoch hier wieder außerhalb der engsten Grenzen unseres Themas liegendes Gebiet betreten, müssen wir uns auf die Ergebnisse anderer Arbeiten vorläufig verlassen. Wir entnehmen daher dem Buch von Walter Merck „Der germanische Staat“⁶⁶ folgende Charakteristika: die volkstümliche Grundlage des staatlichen Lebens, die genossenschaftliche Grundlage, die Mischung von Demokratie und Aristokratie, das Gleichmaß von Freiheit und Verantwortlichkeit, die Landschaftsstaaten ohne Städte, das ausgesprochene Einzelleben der Teile, die Rechtsgebundenheit und schließlich der stark persönliche Charakter des gesamten staatlichen Lebens. Die hier gegebenen Merkmale charakterisieren nun auch den geschilderten Staatsaufbau des Frühmittelalters mit folgenden Ausnahmen: 1. Die genossenschaftliche Grundlage ist im Frühmittelalter kein selbständiger Faktor. Es gibt allerdings Genossenschaften (z. B. Markgenossenschaften, Zünfte u. a.), aber zunächst nur unter herrschaftlicher Führung. Sie erkämpfen sich erst in langem Kampf teilweise oder vollständige Freiheit. Es ist aber mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß diese Entwicklungstendenz von der Abhängigkeit zur Freiheit auch über die Grenze des Frühmittelalters zurückreicht, und daß freie Genossenschaften auch im fränkischen und germanischen Staat nicht bestanden haben. 2. Ebenso steht es mit der angeblichen Mischung von Demokratie und Aristokratie. Auch hier kennt das Frühmittelalter nur aristokratische Herrschaft und Ansätze von demokratischer Gemeinschaft in kleinen zunächst abhängigen Kreisen.

66. Walter Merck, Der germanische Staat (= Fr. Manns Pädagogisches Magazin Heft 1151. 1927).

Es ist nicht anzunehmen, daß vom germanischen Staat zum Frühmittelalter eine Umkehrung der Entwicklungstendenz stattgefunden hat. Vor allem aber zeigt das von Tacitus entworfene Bild einen so starken Einfluß der Großen (*principes*) auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens, daß dieses nur als Aristokratie gekennzeichnet werden kann. Sind diese beiden von Merck abweichenden Annahmen richtig, so besteht keinerlei wesentlicher Gegensatz zwischen dem von ihm gezeichneten Bild des germanischen und unserem des frühmittelalterlichen Staates. Sollten unsere Anschauungen in beiden Fällen aber falsch sein, so würde das Frühmittelalter einen noch reiner aristokratischen Charakter haben als das von Merck charakterisierte germanische Staatswesen. Das wäre zwar durchaus unglaublich, würde aber unserer These von dem germanischen Grundcharakter des frühmittelalterlichen öffentlichen Lebens keinen Abbruch tun, sondern sie unterstützen. Auch von dem späten Römerreich her kam ein aristokratischer Lebensaufbau dieser Entwicklung entgegen, sie unterstützend und verstärkend. Doch für die ostfränkischen und deutschen Verhältnisse ist dies von geringerer Bedeutung.

Doch es kann fraglich erscheinen, ob unter solchen Verhältnissen im Frühmittelalter überhaupt von einem Staat im eigentlichen Sinne geredet werden kann. Denn wenn dort Herrschaftsbezirk neben Herrschaftsbezirk liegt in mannigfacher gegenseitiger Verzahnung nur durch den Lehensverband und ein schwach entwickeltes volksrechtliches Königtum miteinander verbunden, wenn die Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fast ausschließlich diesen Herrschaftskreisen überlassen bleibt, ist dann nicht der Kampf aller dieser Herrschaften gegeneinander der sich mit Notwendigkeit ergebende Zustand? Und wirklich finden wir das Leben des Mittelalters in allen Landschaften ausgefüllt mit Fehden und Kämpfen in kleineren und größeren Kreisen. Selbst im karolingischen Reich mußte man die Fehde als erlaubt anerkennen,⁶⁷ oder besser als eine nicht wegzuleugnende selbstverständliche Tatsache. Und die Schwäche des Königtums in der Reichskrise um 900 hat diesen Zustand noch verschärft. Hans Fehr redet daher von „dem

67. H. Mitteis a. a. O. S. 45.

Wiedererwachen von Rache und Fehde in nachfränkischer Zeit“, von „der Vernachlässigung oder dem vollen Aufhören der Rechtspflege“ von „dem Versagen des Staates und dem Überhandnehmen des Übermutes des Stärkeren“. ⁶⁸ Ebenso spricht Huizinga von „der Anarchie der Fehden um Ehre und Gut“ als „Hintergrund der Politik des Mittelalters“, ⁶⁹ und auch Hintze sieht die Zeit charakterisiert durch „eine unvollkommene Integration der verschiedenen Bestandteile des Reichs zu einem staatlichen Ganzen“. ⁷⁰ Auch die Urkunden und Chroniken bestätigen dies trübe Bild, obwohl von den meisten dieser unzähligen Fehden keine Kunde auf uns gekommen ist. Als Beispiel sei eine Urkunde Heinrichs II. genannt, ⁷¹ die einen langjährigen Streit zwischen den Leuten des Bistums Worms und des Klosters Lorsch schlichten will. Sie schildert *inveteratas et frequentes contentiones* und . . . *inmarcidas inimicitias* . . . *qui iam in tantum convaluerunt, ut etiam innumerabilia inter se fierent homicidia et in hoc maximum detrimentum utraque pateretur ecclesia* . . . Dies ist nur einer von unendlich vielen Fällen, von dem uns zufällig die Königsurkunde Heinrichs Kenntnis gibt. Auch die Landfriedensurkunde Barbarossas von 1186 ⁷² bestätigt die Allgemeingültigkeit einer solchen Zustandsschilderung. Denn wir lesen dort: *considerantes quae dampna quantaeque desolationes hominum et provinciarum per seditiones et incendia provenerint, et quantos praeterita futurorum timores reportent* . . . Sie bestimmt dann, daß jeder Brandstifter der kaiserlichen Acht verfällt, welches auch seine Entschuldigung sei, ob er auch sage „in eigener Fehde, für einen Freund oder für einen Verwandten“ gehandelt zu haben. Man sieht also, wie die allgemeine Rechtsanschauung in diesen Fällen dazu neigt die Brandstiftung für gerechtfertigt zu halten, und nicht jetzt einmal kann man das Verbot der Brandstiftung konsequent durchführen, sondern muß sie für straffrei erklären, wenn sie bei der Belagerung oder Erstürmung einer

68. Hans Fehr, *Staatsauffassung Eikes* S. 151.

69. Huizinga, *Herbst des Mittelalters* S. 19 ff.

70. Hintze, *Feudalismus* S. 322.

71. Dipl. III. Heinr. II. 501/639 v. 1023.

72. Const. I. Friedr. I. 318/449 v. 1186.

Burg in einer Fehde geschieht. Ebenso redet die Beschränkung des Verbotes der Fehden auf bestimmte Wochentage eine beredte Sprache von dem allgemeinen Rechtszustand. Auch die Bemerkung der Ursperger Chronik, daß die Landfriedensordnungen die einzigen Gesetze seien,⁷³ läßt ähnliche Rückschlüsse zu. Selbst Eike von Repgow muß die Fehde anerkennen, wenn er auch alle Tendenzen zu ihrer Einschränkung unterstützt.⁷⁴ Solche Beispiele zeigen deutlich den allgemeinen Rechtszustand und rechtfertigen die Frage, ob hier noch von einem Staate gesprochen werden könne, oder ob wir nicht vielmehr einer Anarchie der Herren gegenüberstehen. Doch so sehr man die Schwere dieser Bedenken bei einem klaren, unvoreingenommenen Blick in diese Zeit anerkennen muß, so geben sie doch noch kein Recht, dem öffentlichen Leben des deutschen Frühmittelalters die Staatlichkeit abzusprechen, und es als reine Adelsanarchie zu bezeichnen.⁷⁵ Und zwar ist es nicht der Volksrechtskreis sondern die Königsmunt, der die Bewahrung des staatlichen Charakters zu verdanken ist. Sie hat den Staat gerettet, und ihn vor der in der Krise der 9. Jahrhundertwende bestehenden Gefahr der Anarchie der Machthaber bewahrt, und zwar in vierfacher Weise: 1. umspannte sie in der Ausdehnung, die ihr über das karolingische Erbe hinaus die zielbewußte Politik der Ottonen gab, ein gut Teil des Reichsgebietes, wenn man alle ihr unterstehenden Kirchen und Stifter, alle Bannbezirke und Freigrafschaften einrechnet, und zwar nicht nur im Streubesitz

73. Scriptor. rer. German. (Schulausg.) 2. Aufl. S. 65 ... nec aliis legibus utuntur; sed nec eisdem recte utuntur ...

74. Hans Fehr, Die Staatsauffassung Eikes S. 147 ff.

75. Von einem Individualismus kann dagegen bei den Deutschen des Frühmittelalters keine Rede sein. Der Einzelne ist nichts. Die Gemeinschaften sind der entscheidende Faktor des Lebens. Denn erst durch die Bindung an Sippe, Staat, Lehnverband, Muntverhältnis usw. erhält der Einzelne die Möglichkeit zum Leben und Handeln im vollsten Sinne. Das 19. Jahrhundert trug seine eigene Welt in die des Frühmittelalters hinein, seinen Wunsch nach Lockerung der staatlichen Bindungen zugunsten der erstrebten freieren Entfaltung der Persönlichkeit. Darum schloß es auf Individualismus der Germanen und der Deutschen des Mittelalters, weil es schwach entwickelte staatliche Bindungen dort vorfand, ohne sich zu fragen, ob nicht andere Bindungen dafür an die Stelle traten.

sondern auch, wie in Sachsen und Hessen, in geschlossenen Komplexen. Die Königsgüter schließen sich ihnen an. Die Munt fesselte auch die Bistümer an das Reich, und verband ihm einen großen Teil der Klöster. Innerhalb dieses Gebietes konnte der König eine wirkliche Königsherrschaft schaffen, oder doch zu schaffen versuchen, je nach der Stärke seiner Macht und Persönlichkeit. Hier war er Herr in vollem Maße zum mindesten *de jure*. Da diese Gesamtheit von Königsmuntgebieten aber sicherlich den größten Teil des Reiches ausmachte, bedeutete das die Möglichkeit der Durchführung von „Recht und Frieden“ in weitem Umfange. 2. gab diese auf der Königsmunt gegründete Machtstellung dem König so viel Übergewicht, daß er die Möglichkeit hatte, auch außerhalb ihrer Grenzen dort einzugreifen, wo es nötig war, und sich eine rechtliche Gelegenheit bot. Denn wichtiger noch als die juristische Möglichkeit, die Ordnung herzustellen, war das Vorhandensein der dazu notwendigen Machtposition. 3. griff die Königsmunt überall in die eigenen Herrschaftssphären der adligen Machthaber hinein. Denn deren Herrschaft setzte sich in den meisten Fällen nicht nur aus Allöd, sondern auch aus ihnen übertragenen Kirchenvogteien, Freigrafschaften oder Lehen zusammen. Hier bot sich also einem kräftigen Königtum die Möglichkeit, durch anderweitige Zuweisung dieser Herrschaftsbezirke die Macht des Adels entscheidend zu schwächen. Die Schenkungen von Grafschaften an die Kirchen und die politischen Prozesse sind Zeugnisse solcher Politik. 4. bot das Lehnswesen, das vor allem von der Munt gestaltet war, die Mittel zum Aufbau des Heeres und zur Verknüpfung des Herrenstandes mit dem Königtum. Herzöge verbinden sich so dem König ebenso wie Grafen und Ritter, und wenn nicht direkt dann indirekt im Aufbau einer Lehenspyramide mit königlicher Spitze. Nun aber läßt sich der Dynast als Lehensmann des Königs zur Rechenschaft ziehen für sein Verhalten, weit mehr als das ohne Lehensbindung möglich war. Nun hat der König die Rechtsgrundlage, um wirksam eingreifen zu können, vorausgesetzt, daß er die Macht dazu hat, und daß er es für opportun hält. — So schafft die Königsmunt die rechtliche und sittliche Grundlage für den Aufbau einer Macht als Gegengewicht gegen die auseinanderreibenden Kräfte, und als

Verbindung von Kirche und König. Sie ermöglicht es dem König die Macht des Adels im Schach zu halten, wenn er die Rechtslage gut zu nutzen weiß. Gewiß ist die Königsmunt zunächst nur Recht oder Rechtsanspruch, aber dieser wird zum Machtfaktor durch die allgemeine Anerkennung, die der Muntgedanke bei allen Schichten zu finden sicher sein konnte.

Ein zweites Gegengewicht ganz anderer Art stellt die Idee des Rechtes dar.⁷⁶ Denn so unergiebig der Kreis des Volksrechtes für eine reale Machtposition auch ist, so ist doch durch ihn der Begriff des Rechtes als einer überlegenen, unerschütterlichen, alle umfassenden Macht aufgestellt, und in engste Verbindung mit dem Königtum gebracht. Es stellt dadurch nicht eine beliebige Herrschaft neben anderen dar, sondern der König ist Vertreter und Hüter der allgemeinen Rechtsordnung. Das gibt eine metaphysische Sanktion des Königs und macht seine Existenz, und zwar seine machtvolle Existenz zur gottgewollten Notwendigkeit. Sicherlich ist auch jeder kleine Dynast Hüter der Rechtsordnung, ja er ist es innerhalb seines eigenen Gebietes mehr als der König, aber seine Aufgabe ist wenigstens dem Gedanken nach eingebaut in die dem König zufallende Gesamtaufgabe. Ihm fehlt die Weihe und Würde die das Königtum von hier aus und daneben durch die kirchliche Lehre erhält. Es läßt sich das auch so formulieren, daß sich das speziellstaatliche Element dadurch wesentlich verstärkt, daß der Staat Rechtsstaat ist,⁷⁷ und dieser Begriff das volle Umfassen des

76. Vgl. dazu Walter Merck, Vom Werden und Wesen d. dt. Rechts. (= Fr. Mann's Pädagogisches Magazin, Heft 1026.) 1925. Cl. v. Schwerin, Der Geist des altgermanischen Rechts (in: Germanische Wiedererstehung. Hrsg. v. Nollau) 1926. O. Hintze, Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung, *Histor. Zs.* 143 S. 9 ff. Helene Wieruszowski, Vom Imperium zum nationalen Königtum. (= *Histor. Zeitschr.* Beiheft 30.) 1933. Hans Fehr, Die Staatsauffassung Eikes von Repgau. (*Zs. d. Sav.-stiftung f. Rechtsgesch. germ. Abt.* 37. S. 131 ff.)

77. Wir verwenden diesen Begriff hier in einem engeren Sinne als ihn Roland Freisler definierte mit den Worten: „Rechtsstaat ist uns die organisierte Lebensform des Volkes, die alle volkliche Lebenskraft zur Sicherung des Rechtes des Volkes auf Leben nach innen und außen zusammenfaßt“, eine Definition, der sich auch Koellreuter anschloß (*Der nationale Rechtsstaat* S 25). Für den mittelalterlichen Staat läßt sich der Begriff noch

ganzen Volkes in sich schließt, und ihm damit für das Gebiet des Rechts die für jedes staatliche Sein notwendige Souveränität gibt. Doch bleibt daneben die Tatsache bestehen, daß die faktische Macht, die die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung allein garantieren kann, die Königsmunt und das Königsgut für das Königtum fast ausschließlich bereit stellten.

Hier drängt sich die Frage auf, ob denn nicht die überwiegende Verwendung herrschaftlicher Machtmittel, die wir heute als private bezeichnen müssen, dem Ganzen den Charakter der Staatlichkeit nahm. Muß man nicht einer solchen königlichen Groß-Muntherrschaft den öffentlichen Charakter absprechen?, einem Gemeinwesen dessen tragende Machtmittel als private und nicht öffentliche angesehen werden müssen? Wir müssen hier auf Erörterungen unseres Einleitungskapitels zurückgreifen.⁷⁸ Das dort Gesagte läßt sich jetzt auf der der Grundlage unserer Ergebnisse bestätigen und ergänzen. Es sind allerdings herrschaftliche, also ihrem Wesen nach privatrechtliche Machtmittel, die diesen Staat in der Hauptsache gebaut haben, und zwar nicht nur herrschaftlich ihrer Form nach,⁷⁹ sondern auch ihrer Herkunft und ihrem Wesen nach. Solche Rechte haben den Staat der Ottonen in weit größerem Maße getragen, als man bisher annahm. Aber diese Machtmittel sind darum doch nicht mehr private, sondern die Bestätigung und Erhöhung der Königsmunt, die sie über alle anderen Muntrechte hinaushebt, macht sie (wie schon Mitteis betont hat) zu einem seiner Herkunft nach zwar privaten, seiner Funktion nach aber öffentlichen Recht.⁸⁰ Das bekommt einen erhöhten Sinn in dem Augenblick, in dem die karolingische Grafschaftsverfassung ausgefallen und zu ersetzen war. Diese Lücke ließ sich nur mit Rechtsinstituten ausfüllen, die volksnah und volksverwurzelt im vollsten Sinne waren. Das waren aber allein die Muntrechte. Aber dadurch daß sie als Königsmuntrechte den Staat bauen, verändern sie

in einem engeren Sinn fassen als Bezeichnung desjenigen Staates, der (zum mindesten nach innen) allein die Durchführung und Sicherung der Rechtsordnung sich zur Aufgabe gestellt hat.

78. Siehe oben S. 16 ff., 18 ff.

79. Wie H. Mitteis S. 8 ff. betont.

80. Mitteis a. a. O. S. 9.

ihre Art. Zweierlei gibt uns also ein Recht, diese herrschaftlichen Rechte als öffentliche zu bezeichnen trotz des darin liegenden inneren Widerspruches: die öffentliche Autorisierung und Potenzierung der Königsmunt und ihre Verwendung zum Aufbau des Staates.

Ein solches Einbauen herrschaftlicher Rechte war kaum verständlich und glaubhaft, solange man annahm, daß öffentliche volksrechtliche Institutionen neben solchen verstaatlichten Herrschaftsrechten gestanden hätten, also Grafschaften neben Vogteien. Unter dieser Annahme blieb sogar der muntherrliche Charakter von Kirchenvogteien und Freigrafschaften schwer verständlich, da sie mit Grafschaften gleichartig zusammengestellt erscheinen. Aber alles das ändert sich in dem Augenblick, in dem die Grafschaften des Amtsrechts ihren Charakter verlieren, in dem der volksrechtliche Kreis verblaßt, und Königsmunt, Königsgut und Lehnswesen fast allein auf dem Plan bleiben, um den Staat zu formen. Man muß sich gerade an dieser Stelle hüten die Vergangenheit nach den uns ererbten Begriffen zu beurteilen. Gerade der scheinbare Widerspruch von Öffentlichkeit und Herrschaftlichkeit erschließt das Wesen des mittelalterlichen Staates, denn er zeugt von der ihm zugrunde liegenden Not und von der für ihn charakteristischen Lösung. Gewiß wäre es einfacher gewesen, wenn der Staat des Frühmittelalters von rein öffentlichen Mitteln hätte getragen werden können. Aber um einen Staat in schwerer Krise vor dem Untergang zu retten, müssen auch andere als die gewohnten, müssen gegebenenfalls auch „herrschaftliche“ Mittel verwendet werden. Es gibt kein für alle Zeiten gültiges Schema der Abgrenzung staatlicher Machtmittel. Und gerade darin besteht die Tat des politischen Genies, wie es hier die Ottonen bewiesen, neue Machtmittel zu erfassen, und mit ihnen das Werk des Aufbaues zu leisten. Es mag dies als „Ersatz“ bezeichnet werden, wesentlich ist allein, ob dieser Ersatz den Staat aufzubauen und gut zu gestalten vermag. Die Leistung und die Qualität des Geschaffenen entscheidet.

Wie ist nun aber ein solches Staatswesen in unseren verfassungsrechtlichen Begriffen zu erfassen? Jedenfalls ist es

keine Demokratie, auch keine Vermischung von Demokratie mit einer anderen Form. Denn es fehlt die Mitarbeit aller am staatlichen Leben, die die Demokratie charakterisiert. Zwar ist die Macht des Königs beschränkt, denn die Aristokratie und die aristokratischen Bischöfe und Reichsäbte haben einen beträchtlichen Einfluß, aber diese Mitarbeit beschränkt sich auf einen sehr kleinen Kreis. Schon darum gibt es keine „Gleichheit“, wie sie Demokratie in irgendeiner Form erfordert. Die ständische Abstufung setzt jeder Gruppe ihre eigenen und besonderen Rechte und Pflichten. Am deutlichsten aber wird der undemokratische Charakter aus dem mittelalterlichen Freiheitsbegriff. Freiheit im Sinne des Nichtgebundenseins durch herrschaftliche Bande irgendwelcher Art gibt es dort nicht, solche Freiheit hat nur der König. Es gibt Freiheit in einem alten volksrechtlichen Sinne, der sich von dem Hörigen abscheidet und die Zugehörigkeit zum Volke mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten meint. Es gibt aber, wie gezeigt wurde, noch einen zweiten wichtigeren Freiheitsbegriff, der immer mehr an Bedeutung gewinnt, er meint die unmittelbare Bindung an den König, das Freisein von aller anderen herrschaftlichen Untertänigkeit: die Reichsunmittelbarkeit. Hier hat Freiheit in der Hauptsache nicht den negativen Sinn des Frei-seins-von sondern den positiven einer besondersartigen Bindung, die einen auszeichnenden Charakter hat, weil es der König ist, an den sie bindet, und darum als Vorzug begehrt wird. Daß diese Seite des Freiheitsbegriffs überwiegt, geht schon daraus hervor, daß der Herr, der herzogliche Lehen hat, aber für ein Stückchen Land unmittelbar dem König untersteht, trotzdem er nicht frei von anderen Bindungen ist, doch als „frei“ gilt durch die Bindung an den König. Hier stehen wir einem ganz unindividualistischen Freiheitsbegriff gegenüber, der aber im Gegensatz zu dem absoluten Freiheitsbegriff im Stande war, starke soziale Bindungen zu schaffen, da er Bindung und Losgelöstsein in sich vereinigt.

Ebensowenig ließe sich aber etwa von einer absoluten Monarchie reden. Der Staat ist zwar auf der Munt, also auf dem Gefolgschafts- und Führergedanken aufgebaut, aber keineswegs mit einer solchen Intensivierung des Führergedankens, daß er

dem König eine absolute Macht gegeben hätte. Das zeigt die Geschichte dieser Könige, die stets um ihre Macht gegen einen unbotmäßigen Adel und dann gegen die die Munt abschüttelnde Kirche kämpfen müssen. Das beweist aber auch der große Einfluß, den auf Hof- und Reichstagen die Spitzen des Adels und der Kirche stets gehabt haben, ebenso wie oft genug das Heer auf Romzügen und in anderen Kämpfen. Vor allem ist aber nicht zu vergessen, daß der König von dem Adel und später von den Fürsten gewählt wurde, was stets zu einer beträchtlichen Machtstellung der Wählenden führen konnte. Doch nicht nur *de facto* sondern auch *de iure* ist die Stellung des Königs keineswegs absolut. Denn das Treuverhältnis schließt die Möglichkeit der Untreue stets in sich, nicht nur der Tatsache nach, wovon zahlreiche Aufstände Kunde geben, sondern auch dem Rechte nach, da dem Widerstandsrecht zufolge die Treupflicht den Gefolgsmann nicht mehr bindet, wenn ein Treubruch des Königs vorliegt oder angenommen werden kann.⁸¹ Das Muntverhältnis hat darum durch die Gegenseitigkeit in sich selbst keinen absoluten Charakter.

Eher ließe sich der frühmittelalterliche Staat als Aristokratie mit monarchischer Spitze bezeichnen, so wie Johannes Haller den frühfränkischen Staat charakterisierte.⁸² Doch setzt diese Kennzeichnung, die für den germanischen Staat voll zutrifft, für das Mittelalter die Bedeutung des Königtums und Kaisertums zu gering an. Es ist eine Monarchie in vollem Sinne, aber eine muntherrlichen und aristokratischen Charakters. Die Spannung von Königtum und der seiner Munt unterstehenden Aristokratie und Kirche kennzeichnet das deutsche Mittelalter, und die Art, wie die Lösung hier gefunden wurde, unterscheidet die verschiedenen Zeitaabschnitte dieser Periode.

Damit ist auch schon die Frage beantwortet, ob der frühmittelalterliche Staat als Feudalstaat gelten könne. Die Frage

81. Vgl. dazu vor allem Fr. Kern, *Gottesgnadentum und Widerstandsrecht*. 1914.

82. Johannes Haller, *Der Eintritt der Germanen in die Geschichte* (in *Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik*), 1934, S. 40 ff.

muß mit nein beantwortet werden, wenn Feudalität und Lehnswesen einander gleichgesetzt werden. Denn das Lehnswesen gibt dem Staat keineswegs allein den Charakter. Die Frage muß aber in vollem Umfang mit ja beantwortet werden, wenn man den Begriff Feudalität weiter faßt, so daß er nicht nur das Lehnswesen, sondern alle Erscheinungsformen des Muntrechts, alle Ausprägungen des Gefolgschaftsgedankens in sich begreift. Mit der alterprobten Kraft der Munt hat man den Staat gebaut, und mit ihr fast allein. Denn der schwache Glanz des volksrechtlichen Königtums gab zwar dem Muntrecht erhöhte Leuchtkraft, hat aber selbst keine nennenswerte Macht. Darum ist der Staat Feudalstaat in dem Sinne des Munt-Staates. Auch die Charakteristika, die Hintze für den Feudalismus aufstellt,⁸³ treffen voll zu: „das Überwiegen des persönlichen über das anstaltliche Element“ und das „System persönlicher Herrschaftsmittel . . . beim Mangel anstaltlicher Einrichtungen“ finden sich im frühmittelalterlichen Staate in reinsten Form. Ebenso auch das Privattheer, die Grundherrschaft und die Übertragung obrigkeitlicher Rechte und Pflichten an die Teilgewalten, wie sie Hintze als typisch herausstellt. Das Bild wird sogar noch schärfer, als es Hintze sehen konnte, dadurch daß die Graf-schaftsverfassung, die sich diesem Bild des Feudalstaates nur schwer einfügen ließ, wegfällt.

Hintze⁸⁴ hat weiter festgestellt, daß an allen den Stellen der Weltgeschichte, die eine klare Ausprägung des Feudalismus zeigen, — es sind außer unserem Frühmittelalter Rußland, die Islamstaaten und Japan — eine sich entsprechende weltgeschichtliche Situation vorliegt. Er hat damit zweifellos das Richtige gesehen, wenn uns auch eine andere Umschreibung der weltgeschichtlichen Voraussetzungen vorzuziehen zu sein scheint. Die deutschen Stämme standen als weltgeschichtlich junges Volk mit relativ primitiven Rechtsbegriffen überraschend vor der ungeheuren Aufgabe aus einer zerbrechenden Welt eine neue zu schaffen, ohne aber die ihnen fernliegenden geistigen

83. O. Hintze, Feudalismus. S. 322 ff.

84. O. Hintze a. a. O. S. 333 ff. Ders., Repräsentativverfassung S. 28 ff.

Grundlagen der zerbrochenen Staaten und der zerbrechenden Kulturen übernehmen zu können. Sie mußten deshalb aus dem besten geistigen Aufbaugut, das sie besaßen, d. h. aus Gefolgschaft und Treuverhältnis sich einen Staat schaffen, wenn diese auch ursprünglich nicht für eine so umfassende Aufgabe entstanden und entwickelt worden waren. Anders gesehen; sie mußten, da die Gefolgschaft im Kampf groß geworden war, mit kämpferischen Grundgedanken eine große kulturelle Aufgabe lösen. Ebenso standen auch die islamitischen Mächte, das alte Rußland und Japan vor ähnlichen großen und neuen Aufgaben mit unzureichenden Mitteln. Überall mußte die zugrunde gehende Ordnung der Welt durch eine neue ersetzt werden, und konnte es nur durch eine ungeheure Anspannung des den Eroberern adäquaten Gefolgschaftsgedankens, und eine Verteilung der Aufgabe und damit auch der Macht unter Führung und Gefolgschaft. Diese weltgeschichtliche Aufgabe haben die genannten Staaten darum durch ein feudales System erfüllt, zum mindesten wie das frühmittelalterliche Deutschland für eine bedeutende Zeitspanne.⁸⁵

Noch von einer letzten Seite aus muß das Bild des frühmittelalterlichen Staates gesehen werden. Er erfüllt die beiden heute immer wieder nachdrücklichst gestellten Forderungen der Volkstümlichkeit des Rechts und seiner Einheit in vollem Maße. Volkstümlichkeit ist dabei nicht nur so zu fassen, daß die Formen der Rechtshandlungen dem Einzelnen vertraut sind, sondern sie muß darüber hinaus darin gesehen werden, daß der tragende Rechtsgedanke aller Institutionen des öffentlichen Lebens in jedem einzelnen wurzelt. Beides traf im Frühmittelalter zu, denn die Munt erlebte jeder einzelne im eigenen kleinen Rechtskreis, sie lebte in ihm nicht nur ihrer Form sondern auch ihrem Inhalt nach, und zwar nicht nur als theoretischer Gedanke sondern als eine der wichtigsten Grundlagen alles Wollens und Forderns im großen wie im kleinen Lebenskreise. Hier liegt die im weltlichen Denken begründete Einheitlichkeit

85. Selbstverständlich nicht in errechnendem Denken sondern in instinktivem Handeln unter Benutzung d. gegebenen Kräfte u. Möglichkeiten.

der mittelalterlichen deutschen Welt, der die des kirchlichen Wollens und Denkens zur Seite steht. Man muß sich die volle Schwere der Krise von 900 klar vor Augen stellen, um zu verstehen, welche Leistung dieser rechtlichen und sittlichen Grundforderung der Munttreue zu verdanken und welcher Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Geschichte ihr zuzuschreiben ist. Ohne sie ist das deutsche Mittelalter undenkbar. Sie gibt in ihrer alle Kreise des öffentlichen Lebens (auch die ihr fernstehenden des Volksrechts) umfassenden Weite dem mittelalterlichen säkularen Leben Schlichtheit, Einheitlichkeit und Monumentalität, durch ihre Volkstümlichkeit, Bodensicherheit, heimische Farbe sicher vorstoßende Kraft.

Doch ist bei aller Anziehungskraft dieser Gesamterscheinung auch ihre dunklere Kehrseite nicht zu übersehen. Sie liegt einmal in der Labilität des Treuverhältnisses, dessen Kontinuität bei jedem Wechsel des Königs und mehr noch des Königsgeschlechtes unterbrochen wurde. Aber auch innerhalb dieser Fristen bedrohte die Verbindung von Treupflicht und Widerstandsrecht den Bestand des Gesamtaufbaues sehr ernstlich. Denn jede größere Krise konnte dem Muntmann die Möglichkeit geben, eine Handlung des Königs als Treulosigkeit anzusehen, und so den eigenen Abfall zu begründen, wie die deutsche Geschichte immer wieder gezeigt hat. Dadurch beruht die Treue der Gefolgsmannen auf einem immer erneuten Entscheidungsakt für den Muntherrn. Das bedeutet einen großen Zustrom sittlicher Kraft persönlichen Wollens, solange die Entscheidung für den König ausfiel, aber auch die große Gefahr eines Abfalls und einer ebenso leidenschaftlichen Gegnerschaft, sobald diese Entscheidung nicht mehr positiv lautete. Hier offenbaren sich Licht und Schatten jeder rein persönlichen Bindung einem mehr anstaltlichen Aufbau des staatlichen Lebens gegenüber. — Außerdem aber hat jede persönliche und herrschaftliche Bindung im Gegensatz zu einer volksrechtlichen einen bevorzugenden und andere ausschließenden Charakter. Die volle Einheit aller Volksgenossen kann sich daher erst entwickeln, wo das Bewußtsein der persönlichen nur den Einzelnen erfassenden Bindung zurücktritt hinter dem Bewußtsein einer Kollektivverpflichtung aller dem Ganzen gegenüber, also hinter einem aus-

gebildeten Staats- und Volksbewußtsein.⁸⁶ Beides war aber im deutschen Frühmittelalter noch gering entwickelt. Man konnte darum den Staat nur auf der persönlichen Muntverpflichtung aufbauen, und mußte der deutschen Geschichte die entscheidende Aufgabe stellen, im Rahmen der persönlich-herrschaftlichen Bindung einen starken Gemeinschaftswillen aus den vorhandenen Anfängen zu entwickeln. Denn erst ein solcher gibt dem herrschaftlichen Staatsaufbau die notwendige Stabilität.

Außerdem aber bedarf jede Gefolgschaftsbindung eines bestimmten Zieles, um voll wirksam zu werden. Sie entfaltet ihre volle Kraft erst dort, wo man nicht führt, um des Führens willen sondern zu einem bestimmten, den vollen Einsatz des Einzelnen aufrufenden Ziele. Gefolgschaften entstammen dem Kampf, in dem diese Zielstrebigkeit am klarsten und bewußtesten ist, und sie behalten so gesehen immer etwas von dem Kampfcharakter. Sie verlangen stets ein Banner, das ihnen vorangetragen wird, d. h. eine alle Beteiligten erfassende Idee. Ohne sie bleibt die Gefolgschaft zwar nicht leer, aber stumpf. Auch von dieser Seite aus bedurfte also der muntrechtliche Staatsaufbau des Mittelalters der Ergänzung.

Von diesen Erwägungen aus ist es verständlich, daß stets Zeiten, in denen die persönliche Bindung in Vergessenheit geraten war, sehr lebhaft die Notwendigkeit einer solchen spüren, und sich mit aller Entschiedenheit gegen einen rein anstaltlichen Aufbau wehren, daß aber andererseits dort, wo staatliches Leben allein oder fast allein auf persönlich-herrschaftlichen Bindungen ruht, die Ergänzungsnotwendigkeit als dringende Lebensfrage gespürt wird. Denn der persönlich-bindende Staatsaufbau hat zwar stärkere innere Wärme und Kraft, aber auch um so größere Gefahren, die ihn ernstlich bedrohen, und sehr schnell seine Stärke in Schwäche wandeln können, wenn er nicht durch Gemeinschaftsbewußtsein und eine zündende ideale Zielsetzung Hilfe bekommt. Wo solche Notwendigkeiten zur Ergänzung der geistigen Grundlagen des Staatsaufbaues bestehen — wie im deutschen Frühmittelalter — sucht die Geschichte selbst Korrekturen zu schaffen. Es hängt dann sehr

86. Vgl. z. B. Hans Fehr, D. Staatsauffassung Eikes S. 213.

viel davon ab, ob diese Ansätze sich entwickeln können, und ob sie sich in das Ganze des Staatsaufbaues einfügen lassen oder nicht. Im letzten Falle können sie zu Gegenkräften von beträchtlicher Gefahr werden, wie das die Deutsche Geschichte zu wiederholten Malen gezeigt hat.

Solche gemeinschaftsbildenden Querverbindungen innerhalb des hierarchischen Aufbaus werden zuerst sichtbar bei dem Adel. Schon die Straßburger Eide werden nicht nur von den Königen abgeschlossen, sondern ebenso von den Vasallen und auch von ihnen gemeinsam beschworen. Bei Karl dem Kahlen hat man geradezu von einer Kontrolle der königlichen Politik durch den Adel gesprochen und das als „Syndizierung der Vasallen“ bezeichnet.⁸⁷ Macht und Einfluß des Adels bestanden das ganze Mittelalter hindurch fort, ohne daß es aber zu einem Zusammenschluß der in gleicher Weise unter Munt Stehenden gekommen wäre. Doch enthält jeder Lehnshof oder Reichstag ein Stück einer solchen Syndizierung, mehr noch der sich formierende Fürstenstand. Doch überwiegt auch hier noch bei weitem die eigene Initiative des Einzelnen über den genossenschaftlichen Gedanken. Die Zahl der Glieder des einzelnen Kreises war zu klein, ihre Einzelmacht zu groß und das Gemeinsame zu wenig erkannt, um es zu einem wirklichen Zusammenschluß kommen zu lassen. Erst das Kurfürstenkolleg und die Städte- und Ritterbünde stellen solche genossenschaftlichen Querverbindungen mit stärkerer Kraft und in organisierter Form dar. Ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, ein ausgeprägtes Standesbewußtsein ist allerdings für das ganze Mittelalter mit Sicherheit anzunehmen. Denn ohne das wäre das Entstehen einer eigenen ritterlichen Kultur mit eigener Standesehre, eigenen Lebensformen und eigenen geistigen Inhalten undenkbar.

Weit ausgeprägter ist der genossenschaftliche Zusammenschluß unter den Bauern. Denn die Sippen, Dörfer und Marken arbeiteten von jeher genossenschaftlich, jedoch, soweit wir zurücksehen können, unter der Führung und dem Schutz eines Muntherrn. Wir wissen seit den Untersuchungen von Alfons

87. Vgl. Heinr. Mitteis a. a. O. S. 84 u. 85.

Dopsch,⁸⁸ daß die Markgenossenschaften Deutschlands sich aus der herrschaftlichen Gebundenheit zur Freiheit entwickelt haben, und zwar durch die treibende Kraft einer kollektiv handelnden Genossenschaft, die mit wachsendem Selbstbewußtsein dem Herrn gegenübertrat. Ein großer Teil der Weistümer ist Zeugnis dieser Auseinandersetzungen von Markherrschaft und Markgenossenschaften; sie wurden aufgezeichnet entweder im Interesse eines Herrn, um ein Fortschreiten dieses Prozesses zu hemmen, oder im Interesse der Genossenschaften, um Erstrittenes sicherzustellen. In einigen hessischen Marken ließ sich dieser Vorgang des inneren Wachstums der Markgenossenschaften deutlich beobachten. Wo Markrechte fehlen, oder an Bedeutung zurücktreten, ist die Gerichtsgemeinde eines oder einer Gruppe von Dörfern Träger des genossenschaftlichen Gedankens. In analoger Entwicklung tritt diese dann dem Herrn gegenüber, bemüht, seine Rechte zu fixieren, einzuschränken oder gar abzuschütteln. Überall kennzeichnet bäuerliches Selbstbewußtsein, das in gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Schicksal innerhalb dieser Munkreise erwuchs, diesen Weg, so wie es in der Literatur etwa in Wernher des Gärtners „Meier Helmbrecht“ seinen Ausdruck gefunden hat. Die Fixierung der bäuerlichen Abgaben und gar die in Geld ist ein erster Schritt auf dieser Bahn, die Festlegung der Dorfverfassung im Weistum ein weiterer. Schließlich ist auch die über ganz Deutschland hingreifende Macht der Femgerichte Ausdruck der Kraft solcher bäuerlichen Gemeinschaftsbildung. Am Ende des Mittelalters unterstützt die Krise des Rittertums diese Bewegung und wird selbst von ihr verschärft. Dann aber setzt der Bauernkrieg mit seinem unglücklichen Ausgang dem allem ein jähes Ende. Die Geschichte des Rheingaus⁹⁰ ist ein erschütterndes Beispiel dafür. Unter königlicher und später unter Mainzischer Muntherrschaft erstarkte hier ein kräftiges, wohlhabendes Bauerntum zusammengeschlossen in der „Grafschaft“ des Rheingaus, innerhalb deren

88. Alfons Dopsch, Die freien Marken in Deutschland. 1933.

89. Vgl. Paul Richter, Der Rheingau. Wiesbaden 1913. Ich hoffe diese Entwicklung demnächst an anderer Stelle darstellen zu können.

90. Siehe oben S. 263/4, 297.

sich ein reges Eigenleben entwickelte, wie es im 15. Jahrhundert z. B. in Zusammenkünften auf der Wacholderheide mit lebhaften Diskussionen religiöser und sozialer Fragen seinen Ausdruck fand. Auf der Rheininsel tagt regelmäßig das Gericht dieser Grafschaft. Markwälder begrenzen sie gegen das Gebirge zu. Stolz überreichte 1525 diese „Landsgemeinde“ dem Erzbischof oder seinem Vertreter ihre Forderungen, stolz forderten sie das Erscheinen der Ritterschaft des Rheingaus in ihrem Kreis auf der Wacholderheide, eine Forderung die auch seitens der Ritterschaft unter Führung Friedrichs von Greiffenklau erfüllt wurde. Die Forderungen waren mäßig. Sie zielten auf eine Erweiterung der Selbständigkeit der bäuerlichen und kleinstädtisch-bürgerlichen Landsgemeinde ab. Die Befestigung, die als deutlicher Ausdruck der relativen Selbständigkeit den ganzen Rheingau umzog, spielte in diesen Forderungen und den sich daraus ergebenden Regelungen eine entscheidende Rolle. Es gelang, ohne Blutvergießen den Mainzer Erzbischof zur Annahme der rheingauischen Forderungen zu veranlassen. Dann aber brachte das Heranziehen des in Schwaben und Franken siegreichen Heeres des Fürstenbundes die entscheidende Wendung. Unter diesem Druck ward nun alle bäuerliche Selbständigkeit, wie sie sich in Jahrhunderten entwickelt hatte, gebrochen, alle ihre Organe vernichtet, ihre Führer hingerichtet. Dies Beispiel zeigt die Grundlinien der Gesamtentwicklung deutlich auf: der genossenschaftliche Gedanke unter der alle umspannenden Herrschaft der Munt erwachsen, schafft eine neue starke Bindung, eine Gemeinschaft im Denken, Fühlen und Handeln, und diese neue Bindung tritt mit den alten herrschaftlichen Banden in Konkurrenz, der zum offenen Konflikt führt. Im Rheingau endet er mit der Niederlage der Bauern und der Begründung einer nicht durch bäuerlich-genossenschaftliche Rechte eingeschränkten Landeshoheit des Mainzer Kurfürsten und seines Domkapitels, in der Schweiz führt derselbe Kampf zur Gründung der Eidgenossenschaft und zur Abschüttelung der habsburgischen Herrschaft. Denselben Kampf kämpft man in Dithmarschen und an anderen Stellen. So ergeben die herrschaftlichen Bindungen als Längsfäden und die genossenschaftlichen als Quersfäden das Gewebe des sozialen Aufbaues im späteren

Mittelalter. Das läßt sich auch auf das Frühmittelalter anwenden, nur daß hier die genossenschaftlichen Bindungen innerhalb der Grenzen der einzelnen Herrschaften verbleiben, noch sehr schwach sind, und noch kein Eigenleben haben, so daß die herrschaftlichen Bindungen dem Ganzen fast allein das Gepräge geben.

Noch markanter tritt diese Struktur und diese Entwicklung uns in den Städten entgegen. Da ihr schnellerer Aufstieg die verschiedenen Phasen der Entwicklung in kürzeren Abständen nebeneinanderstellte, und vieles zu voller Blüte sich entwickeln ließ, was im Bauerntum im Keime stecken blieb. Daß der Ausgangspunkt für städtische und ländliche Gemeinden und Bezirke nicht nur eine parallele sondern die gleiche Rechtslage der Unterordnung unter die Muntherrschaft des Schutzherrn ist, wurde bereits betont. Auch das Beispiel des Rheingaaues zeigt das Ineinandergreifen der städtischen und bäuerlichen Bewegung. Wenige Tage nachdem in Mainz die Bürger dem Erzbischof ihre Forderungen überreicht hatten, folgten die Rheingauer mit dem gleichen Schritt, und auch die Formulierung der Forderungen zeigt die Zusammenhänge zwischen beidem. Auch innerhalb des Rheingaaues ist das bürgerliche Element durch die Bürger von Eltville vertreten, ohne daß das einen neuen Faktor dem Ganzen zugefügt hätte. Aber das Selbstbewußtsein der Bürger erstarkte weit früher, ihr Gemeinschaftsgeist entwickelte sich weit schneller, bereit alles einzusetzen für die Rechte der Stadt und die Befreiung von der Muntherrschaft des Stadtherrn. Eine Revolution im wahrsten Sinne wurde durchgekämpft, jedoch nicht in ganz Deutschland gemeinsam oder nur gleichmäßig, sondern in jeder Stadt kämpfte man für sich, lange und zäh, mit mannigfachem Wechsel des Erfolges. Man spürt die Zähigkeit und den Stolz des aufsteigenden bürgerlichen Gemeinwesens, wenn man — um nur ein Beispiel zu nennen — die in das Erz der Mainzer Domtüren gegrabenen ersten in heißem Kampf errungenen Stadtprivilegien dort heute noch sieht. Sie sind beredte Zeugnisse des Kampfes genossenschaftlicher Gemeinschaft gegen die herrschaftliche Struktur des öffentlichen Lebens.

Eigentümlicherweise haben die deutschen Städte denselben Kampf von gegen Herrschaft sich empörenden Genossenschaften noch ein zweites Mal bald danach erlebt, als die Zünfte gegen die nun zum Träger der Herrschaft gewordenen Geschlechter aufstanden. Es sind zwei im Grunde gleichgeartete Revolutionen, die durch fast alle deutschen Städte hindurchgehen.⁹¹ Die erste hatte fast überall vollen oder teilweisen Erfolg, die zweite aber nur in einzelnen Städten wie Köln. Doch das gehört in die Geschichte der einzelnen Stadtgemeinden. Uns kann es nur darauf ankommen, die allgemeinen Entwicklungstendenzen und die Spannungen von Herrschaft und Genossenschaft als ein entscheidendes Problem mittelalterlicher Geschichte auch in den Städten aufzuzeigen.

Auch die Entwicklung der Kirche weist entsprechende Grundlinien auf, nur daß hier der mit wachsendem inneren Leben erwachende Wille zur eigenen Lebensgestaltung und zur Abschüttelung der Muntherrschaft sich über die Grenzen der einzelnen Munkreise hinaus zu einer Gesamtktion zusammenschloß, und nicht nur von der Genossenschaft der Kluniazenserbewegung und Hirsauer Kongregation getragen, sondern von einer organisierten und erstarkenden Hierarchie aufgefangen wurde. Aber trotz dieses Unterschiedes entspricht strukturell die große Revolution der Kirche, die wir Investiturstreit zu nennen pflegen, den Bemühungen bäuerlicher Markgenossenschaften und der ersten städtischen Revolution. Es ist ein einziger Kampf um die Muntherrschaft. Auf kirchlichem Gebiet war der Kampf für das Reich besonders gefährlich, denn hier wurde der Eigenlebenswille des bevogteten Instituts zum schlimmsten Gegner ja zum Überwinder des deutschen Königtums. Denn an diesem Kampf verblutete es sich. Es ist bezeichnend, daß auch hier die erste sich gegen die Herrschaft wendende Stoßkraft von genossenschaftlichen Faktoren, näm-

91. In Ansätzen folgt in einer Reihe von Städten eine dritte gleichgeartete Revolution den beiden genannten: der Aufstand der organisierten Zunftgesellen gegen die Zunftmeister. Doch kam diese Bewegung nicht zur vollen Entfaltung, da die im Anfange d. 16. Jahrhunderts einsetzende Krise der deutschen Wirtschaft sie nicht zur Entwicklung kommen ließ.

lich von den Klöstern der Reformbewegung ausging. Ohne sie wäre der Erfolg der Kirche als Ganzes unmöglich gewesen.

Im Gesamtkreis des frühmittelalterlichen deutschen Volkes bildete sich ein genossenschaftlicher Gemeinschaftsgedanke nur in geringem Maße aus. Es gab ein Volksbewußtsein, aber es umfaßt — von Ansätzen abgesehen — nur die Herrenschaft, denn der Hintersasse lebte ausschließlich in seinem engen dörflichen und herrschaftlichen Kreis. Nur durch ihn ist er mit dem Gesamtkreis des Volkes verbunden. Anders die Herrenschaft. Sie lebt im großen Kreis des Volkes, und entwickelte ein gewisses Volks- und Staatsbewußtsein. Erst als das Bürgertum erstarkend seinen Handel in größerem Maß über die engsten Grenzen hinaus trieb, konnte es auch zum Träger eines genossenschaftlichen Volksgedankens werden, und zwar dann vor anderen Gruppen des Volkes. Dafür legt die Geschichte der Hansa beredtes Zeugnis ab.

Im ganzen gesehen kann jedenfalls die Genossenschaft nicht den Aufbau deutschen frühmittelalterlichen Lebens charakterisieren. Sie ist zwar von Anfang an vorhanden, steht aber im Frühmittelalter nicht neben sondern unter der Muntherrschaft, und tritt erst langsam mit ihr in Konkurrenz, bis die zweite Hälfte des Mittelalters durch die Spannung von beidem ihr Gepräge erhält.

An sich wäre es sehr wohl denkbar gewesen, daß eine fruchtbare Lösung des Problems Herrschaft und Genossenschaft gefunden worden wäre, so wie man heute in der Gemeindeordnung eine solche von kommunaler Selbstverwaltung und Führergedanke gefunden hat. Es wäre das für das staatliche Leben von besonderer Bedeutung gewesen, da wir den Genossenschaften in Stadt und Land die erste starke Ausbildung des sozialen Gedankens, des Gemeinschaftsgedankens und des genossenschaftlichen Füreinandereintretens verdanken. Diese Kräfte kamen dem Gesamtstaat und Gesamtvolk nicht zu gute. Aber die städtischen und ländlichen Genossenschaften wurden trotz ihrer Schwäche die wichtigsten Bewahrer dieser Kräfte in dem Zusammenbruch des deutschen Gesamtstaates. In den einzelnen Territorialstaaten hat sich ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit herausgebildet, jedoch mit einem wesentlich anderen

Charakter. Diese Entwicklung gehört aber einer späteren Periode an.

Wir haben bisher bewußt von den kirchlichen Einflüssen auf den Staatsaufbau nicht gesprochen, da es für das Bild des Ganzen wichtig ist, die rein weltliche Konstruktion, die auch die Kirche mit umfaßt, zuerst klar und für sich zu sehen. Denn der Ottonische Staat ist durchaus weltlich aufgebaut. Allerdings ist die Tatsache, daß in der Krise von 900 das Königtum nicht verschwand, dem Einfluß der Kirche in erster Linie zu verdanken, aber wie das Königtum aufgebaut wurde, ist wenigstens in den ersten Jahrzehnten von kirchlichen Einflüssen kaum berührt (von einigen Formen und Formeln abgesehen). Wir wissen u. a. aus den Untersuchungen von Fritz Kern,⁹² daß die kirchliche Weihe das Ansehen des Königtums hob — von dem Kaisertum wird später die Rede sein — und darum von den deutschen Königen seit Otto I. erstrebt und dem Ganzen ergänzend eingefügt wurde.⁹³ Doch nicht mehr. Denn die Weihe tritt nur ergänzend zu Wahl und Geblütsrecht, sie vollendet erst Würde und Glanz des Königtums, aber sie modifiziert sein Wesen nicht.

Man war gewohnt den König als Hüter einer in der göttlichen Welt verankerten Rechtsordnung zu sehen. Dem entsprach es nur, wenn jetzt in christlichem Gedankenkreis das menschliche Recht aus göttlichem abgeleitet wurde.

Freilich ergaben sich aus dieser Gleichsetzung weltlich-germanischer und kirchlicher Gedanken für die Zukunft wichtige Konfliktmöglichkeiten und Gegensätzlichkeiten. Doch diese wurden damals noch nicht gesehen. Erst als die revolutionäre Kirche Anderes als Recht erklärte als der König, als sie ihr Recht auf freie und selbständige Entwicklung dem erbten Muntherrenrecht des Königs gegenüberstellte, standen die Gefahren auf, die darin lagen, daß man im König nicht nur

92. Fritz Kern, Gottesgnadentum u. Widerstandsrecht. Ulrich Stutz, Zs. d. Sav.stftg. f. R.G. germ. Abt. 37 S. 548 ff.

93. Die Frage, wie weit Heinrich I. an dieser Stelle in einem Gegensatz zu seinen Nachfolgern steht, wird hier bei Seite gelassen.

den Hüter menschlicher Rechtsordnung, sondern auch göttlichen Rechtes sah, so wie es die Kirche auffaßte und auslegte. Denn germanisches Recht ist Gewohnheitsrecht und garantiert den Fortbestand der gegebenen Rechtsverhältnisse, die Kirche aber leitet das Recht vom Naturrecht ab, sie arbeitet daran, daß dies Naturrecht als ewiges Recht sich durchsetzt auch dort, wo es noch nicht anerkannt ist und mit dem Gewohnheitsrecht in Gegensatz steht. Dem germanischen „Was Recht ist, muß Recht bleiben“ setzt sie ein „Was Recht ist, muß Recht werden“ entgegen, also eine revolutionäre gegen eine konservative Rechtsauffassung, und zwar eine ungemein gefährliche für den derzeitigen Machthaber, den deutschen Staat. Im Investiturstreit stehen beide Auffassungen einander gegenüber. Gerade dieser Umstand aber, daß in diesem entscheidenden Augenblick das Königtum zeigt, wie eng es mit dem germanischen Rechtsbegriff verbunden ist bis zur Gefahr des Zusammenbruchs mit ihm, beweist, wie wenig bis dahin die kirchliche Rechtsauffassung den frühmittelalterlichen Staat tangiert hatte. Das frühmittelalterliche Königtum ist auf deutschem Rechtsbewußtsein aufgebaut, es steht und fällt mit ihm. Der kirchliche Gedankenkreis bleibt bis zum Investiturstreit dem Königtum gegenüber peripher. Das setzt die Kraft der kirchlich-religiösen Gedankenwelt des Frühmittelalters im ganzen nicht herab, zeigt aber die Macht des weltlich-deutschen Gedanken.

Aber ist nicht der Kaisergedanke ein Fremdkörper in diesem Staatsaufbau, der fremde Elemente hereinbringt und damit störend und zerstörend wirkt? Dann wäre vom Jahr 962 an eine absteigende Linie des in den beiden vorausgegangenen Jahrzehnten aufgebauten Ottonenstaates anzusetzen. Wir können hier nicht zu dem vielumstrittenen Gesamtkomplex der deutschen Kaiserpolitik⁹⁴ Stellung nehmen, doch müssen von unserem Thema aus einige Tatsachen herausgestellt werden unter bewußter Vernachlässigung der außenpolitischen Gesichtspunkte.

94. Eine gute zusammenfassende Übersicht der neueren Beurteilungen gibt Friedrich Schneider: Neuere Anschauungen der deutschen Historiker zur Beurteilung der deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters. Weimar 1934.

1. Die Muntherrschaft des Königs über die Kirche, die seit dem Liudolfinischen Aufstand von 954 im Mittelpunkt der Ottonischen Politik stand, und wohl die stärkste Stütze des Königtums darstellte, verlangte als Konsequenz auch die Schutzherrschaft über die römische Kirche, so wie sie in dem Kaisertum von 962 und vorher in dem Karls des Großen Gestalt gewonnen hatte.⁹⁵ Wer seine Macht auf der Herrschaft über die deutsche Kirche aufbauen wollte, mußte auch Vogt der römischen Kirche sein, oder mußte die deutschen Kirchen von Rom losreißen, ein damals ganz unmöglicher Gedanke. Ein solches Kaisertum entsprang darum nicht allein kirchlichen Tendenzen, sondern war die letzte Konsequenz des herrschaftlichen Staatsaufbaues auf kirchlichen Gebiet. Es sollte nicht im Dienst der Kirche stehen, sondern die Kirche für den Dienst des Kaisers sicherstellen, und dafür schützen und stärken, so wie auch diejenigen Kaiser die Kirche am meisten gefördert haben, die am schärfsten Reichsdienste aller Art von ihr verlangten.

2. Das Kaisertum gab weit mehr noch als die kirchliche Weihe des Königs diesem Glanz und Ansehen, und zwar schon dadurch, daß es dem deutschen König als Rechtsnachfolger Karls des Großen die Autorität verlieh, die die Erinnerung an die schon sagenhaft gewordene Gestalt Karls traditionsmäßig übertrug. Das deutsche Königtum aber brauchte solche Weihe, Autorität und Würde besonders nötig, eben weil es dem Machtaufbau nach nur als eine Herrschaft unter Herrschaften dastand.

3. Vor allem aber wirkte das Kaisertum nicht nur nach außen sondern auch nach innen als Idee. Als solche war es allerdings ein Neues, das dem herrschaftlichen Staatsgedanken nicht entsprang, sondern weit darüber hinausging. Aber gerade das brauchte dieser Staat, wie oben ausgeführt wurde. Er brauchte ein Ziel, ein Banner, das den Gefolgschaften vorangetragen werden konnte, eine Aufgabe, für die zu kämpfen alle bereit waren. Das Kaisertum ist eine religiöse Idee, und als

95. Const. I. 11/24 von 962 nos in quantum possumus defensores esse testamur qui semel sub speciali defensione domni apostolici sive nostra ... 10/21 von 962 adiutor tui sit ad defendendam terram sancti Petri...

solche gelingt es ihr die jugendliche kämpferische Kraft des deutschen Christentums in die deutsche Kaiserpolitik einströmen zu lassen; denn mit dem Kaiser und durch ihn Schützer der Kirche, Vorkämpfer des Christentums zu sein im Gefolge des Kaisers, diese Gedanken ließen neben anderen Motiven deutsche Ritter willig dem Kaiser folgen, und gaben dem deutschen Führergedanken Inhalt und Ziel. — So gesehen war das Kaisertum zugleich eine Kämpferidee, und eine solche war in dem Feudalstaate gefordert. Denn die hier entscheidende Adelschicht verlangte nach Auswirkung ihrer Aktivität im Kampf, und verlangte von ihrem König, daß er ihr dafür ein Ziel aufzeige. Damit war aber das Kaisertum eine politische Idee von außerordentlicher Tragweite, die sich nicht durch eine andere, etwa durch die des Kampfes im Osten ersetzen ließ. Das zeigt die geschichtliche Entwicklung selbst sehr deutlich. Denn während man bis zu den Schlachten auf dem Lechfeld und an der Reckenitz (955) die deutschen Ritter zum Kampf gegen den Osten sammelte, ersetzte man nun dies Ziel durch ein anderes, da nach Beseitigung der akuten Gefahr der Ostkampf nicht mehr genügende entflammende Kraft hatte. Wohl aber lag solche in starkem Maße in der Kaiseridee. Kämpfte man unter dieser Fahne, so stand man noch im Strome der Völkerwanderung und in der Tradition der Karolinger, von denen die Heldenlieder sangen, so eroberte man reiche fremde Länder, und überließ dies Italien, an dem der alte Kaiserglanz und das Abendrot alter Kultur haftete, nicht anderen Völkern. Der feudalistische Aufbau des Reiches brauchte eine derartige Ideenrichtung, und konnte in dieser Zeit keine bessere finden als das Kaisertum.⁹⁶

Und wenn der Erfolg schließlich nach vielen Einzelerfolgen dieser Politik versagt blieb, so lag das nicht in dem Kaisergedanken selbst begründet, sondern in dem tragischen Schicksal, daß die Hauptstütze des Reichs, sein bevorzugter und vor allen anderen geförderter Vasall, die Kirche, gegen den König aufstand, und ihrer inneren Entwicklung zufolge aufstehen mußte.

96. Daß daneben die Hoffnung auf Beute und das Verlangen des Berufskriegers nach Kampf diese Ritter trieb, braucht nicht besonders betont zu werden.

In diesem Augenblick verändert aber auch das Kaisertum seinen Charakter. Denn nun verstrickt die Bindung, die der Herrschaft des Kaisers über seine Kirche dienen sollte, den Kaiser in das Netz der Politik seines jetzt schärfsten und bedeutendsten Gegners. Doch darf dieses tragische Geschick uns nicht vergessen lassen, daß das Ottonenreich nach diesem Kaisertum greifen mußte, weil es jung und stark war, und weil es große Ziele für die Entfaltung seiner Kräfte brauchte. Große Ziele, weiter Blick und heroischer Kräfteinsatz im Kampf für sie haben stets noch Zeiten groß gemacht, auch wenn der Erfolg dann den Fahnen nicht treu blieb.

Diese innere Notwendigkeit eines mitreißenden Kampfzieles ist so groß, daß nach dem Zusammenbruch der ersten Phasen des Ringens um die Kaiserpolitik ein anderes an seine Stelle trat, der Kreuzzugsgedanke.⁹⁷ Die Geschichte zeigt so fast experimentell, wie notwendig man eine solche Idee von mitreißender Suggestivkraft brauchte. Doch in diesem neuen Ziel ist alle praktische politische Zielsetzung verschwunden. Das religiöse Fernziel und das Abenteuer tritt an die Stelle des politisch geforderten Kampfes, und viel Blut floß für diese Idee. Zu manchen Zeiten hat man augenscheinlich kirchlicherseits bewußt die Kreuzzugs-idee benutzt um den vollen Einsatz der deutschen Kräfte für das Kaisertum zu verhindern, am deutlichsten wohl in den sich lange hinziehenden Verhandlungen der Päpste mit Heinrich VI. über den geplanten Kreuzzug. Sieht man von hier aus auf das Kaisertum vor dem Investiturstreit zurück, so muß man bewundern, in welchem Maße es hier gelang in dem Kaisergedanken ein aufrufendes mitreißendes Kampfziel mit einer durchdachten realpolitisch notwendigen Aufgabe zu verbinden.

97. An dieser Bedeutung des Kreuzzugsgedankens ändert auch die Tatsache nichts, daß dieser Gedanke aus Frankreich und Italien stammt, oder daß er zu sehr realen politischen Zwecken im Orient verwendet wurde. Er hat in Deutschland gewirkt, und das allein ist für uns hier von Bedeutung.

Sechstes Kapitel.

Das Werk der Ottonen.

Der Zusammenbruch des Karolingerreichs. — Die Reichskrise. — Der Neuaufbau. — Der Anteil Heinrichs I. — Erfolge des Neuaufbaus. — Deutsches Wesen des Staates. — Der Staat als Träger einer starken deutschen Kultur. — Karl der Große und Otto der Große. — Otto I. und Otto III. — Die Leistung der Ottonen.

Es verbleibt nun noch die Aufgabe das gewonnene Bild des frühmittelalterlichen Staates in den Ablauf der mittelalterlichen Geschichte hineinzustellen, keineswegs allerdings so, als ob wir unserer systematischen Untersuchung eine historische Darstellung anfügen wollten, sondern nur um zu zeigen, daß das gewonnene Bild des frühmittelalterlichen Staates mit dem Bilde des geschichtlichen Ablaufs und der führenden Persönlichkeiten nicht in Widerspruch steht. Denn wie eingangs betont wurde, kann nur eine solche Harmonie beider Bilder den gewonnenen systematischen Aufriß rechtfertigen.

Die Verhältnisse der Karolingerzeit, die nur an der Peripherie unseres Themas lagen, bedürfen einer nochmaligen Durcharbeitung. Doch soviel ist heute schon klar zu sehen, daß schon unter den Karolingern mit einem starken und auch wohl wachsenden Einschlag von germanischem und herrschaftlichem Wesen im Gewebe des fränkischen Staates gerechnet werden muß. Doch bestand unter Karl dem Großen trotzdem noch ein ausgesprochener Amtsstaat auf der Grundlage römischer Einrichtungen und des germanischen Volksrechts. Die Königsboten sind der deutlichste Ausdruck dieses Amtswesens, und auf den Aufbau dieses Instituts hat Karl, wie die Kapitularien zeigen, den allergrößten Wert gelegt, gerade deshalb weil diesem Amtsrecht die Macht der aristokratischen Herren gegenüberstand, die nur durch die ständige Kontrolle der missi niedergehalten und verhindert werden konnten, das Grafenamt vollständig herr-

schaftlich zu nützen. Doch nach Karls Tode zerbrach die amtsrechtliche und volksrechtliche Königsgewalt sehr schnell. Bezeichnend dafür ist die nun voll ausgebildete Erblichkeit der Grafschaften und das Ende der Königsboten. Dazu trat als dritter in der gleichen Richtung wirkender Faktor die Entstehung der Stammesherzogtümer im ostfränkischen Reichsteil. Sie waren, wenn sie auch vielleicht in genetischem Zusammenhang mit Ämtern der Karolingerzeit stehen, um 900 keine Ämter mehr sondern Machtpositionen eigenen oder angeeigneten Rechtes, den Allodialgraftchaften innerlich verwandt, doch ihnen weit überlegen. Die Herzöge waren nicht Funktionäre eines dem Erlöschen nahen Königtums, sondern seine Konkurrenten und präventiösen Nachfolger. Schon ihre Existenz allein beweist das Ende der karolingischen Grafschaftsverfassung als Reichsverfassung; denn sie hätte sich nur innerhalb der Herzogtümer als deren Verfassung noch halten können, aber auch damit ihren Charakter verloren. An die Herzöge verlorene königliche Rechte waren nicht ohne weiteres mehr zurückzugewinnen. Die Herzöge selbst waren aber bei der Schwäche der volksrechtlichen Bindung nur durch das Muntrecht in der Form des Lehens in eine wirkliche Verbindung mit dem Königtum zu bringen. So zerbrach mit dem Ende der Königsboten, der Umwandlung der Grafschaften und dem Aufkommen der Stammesherzöge der Staatsaufbau Karls des Großen.

Von den königlichen Freigrafschaften und Bannbezirken, die zweifellos auch in der Krise weiter bestanden, wissen wir leider nur sehr wenig. Da in den Reichsteilungsverträgen, z. B. in dem von 870¹ ausdrücklich einige von ihnen genannt werden, muß man, wie das von dem Ottonischen Staatsaufbau aus verständlich ist, den größten Wert auf sie gelegt haben. Auch zeigt das Vorhandensein von Teilen dieser Herrschaftskomplexe in der Hand Konrads I. und der Ottonen, und die dauernde Aufrechterhaltung des Rechtsanspruches an solchen Bezirken, daß man diese Rechte nachdrücklich zu bewahren suchte. Doch bei weitem nicht alle gelangten mit dem Hausgut der Karolinger

1. M. G. Leges I. (fol.) S. 516 ff. Vgl. auch M. G. SS. I. 434/435 Prudentii Trecensis Annales = Annales Bertiniani S. 2.

am Rhein zusammen in die Hand Konrads. Die großen Herrschaftskomplexe in Sachsen (Freigrafschaften) finden wir in der Hand der Sachsenherzöge, die in Alemannien (Zürich) in der der Schwabenherzöge.² Augenscheinlich wußte Konrad als Frankenherzog nur einen Teil der Königlichen Bannbezirke vor allem in seinem eigenen Herzogsgebiet zu behaupten. Schon von dieser Seite aus wird die Größe der Gefahr für das Reich deutlich. Die Schwere der damit sich verbindenden äußeren Krise ist bekannt, und braucht hier nicht dargestellt zu werden. Normannen und Ungarn drangen in das Reich ein, und die Königsmacht drohte völlig zu erlöschen. Auf kirchliche Initiative hin wählte man Konrad, da die Kirche den königlichen Schutz und den Zusammenhalt des Reiches brauchte. Doch Konrad vermochte nichts zu erreichen. Das konradinische Hausgut und karolingische Reichsgut am Rhein und in Franken genügten nicht, um eine Königsherrschaft zu begründen, auch nicht mit Einrechnung der zugehörigen Kirchenherrschaften und Bannbezirke, deren Vogtei großenteils in der Hand sehr mächtiger Adelsfamilien lag. Konrad sah das selbst, und bestimmte den Sachsenherzog zu seinem Nachfolger, der nun die großen sächsischen Herrschaftskomplexe mit dem karolingischen Reichsgut am Rhein vereinigen konnte, und so über eine beträchtliche Machtgrundlage verfügte, die sich noch erweiterte, als unter Otto I. das Herzogtum Franken nicht mehr besetzt wurde. Denn nun bildeten die fränkischen und sächsischen Herrschaftsbezirke und Königsgüter einschließlich des Liudolfinischen und Konradinischen Hausguts eine große Summe unmittelbar dem König zur Verfügung stehender Herrschaftsrechte. Unter Heinrich II. wurde diese durch beträchtliche Reichsguts- und Bannbezirke in Bayern ergänzt, und unter den Saliern kam deren Hausgut mit den großen königlichen Herrschaftsbezirken am Rhein dazu. So wuchs in stetem Aufstieg eine tragfähige Machtgrundlage des Königtums heran. Wo sie es konnten, entzogen die Könige die Verwaltung der Bannbezirke dem Adel und gaben sie der Kirche. Folgerichtig führt diese Politik erst Otto I. durch, aber

2. Die Verwaltung dieses Reichsguts ist als eine der bedeutsamsten Wurzeln dieser beiden Herzogtümer anzusehen.

Ansätze dazu finden sich schon bei Heinrich I., wie die Schenkung einer Grafschaft durch Heinrich I. an das Bistum Toul beweist.³ Hier liegt nur ein vereinzelter Fall vor, hervorgerufen aus den Notwendigkeiten der lothringischen Politik dieses Zeitpunktes. Unter Otto I. bedeutete diese Politik zugleich für die Ottonen eine Stärkung des sichersten Muntlings, den die Könige zu haben glaubten, der Kirche. Auch hier lassen die Urkunden der Sachsenkaiser, vor allem Ottos I. von Anfang an deutlich die stets konsequent durchgeführte Politik der Unterwerfung der Kirchen unter ihre königliche Munt und der Ausstattung dieser bevogteten Kirchen mit Eigentums- und Herrschaftsrechten erkennen. Von den 120 ersten Urkunden Ottos I. die wir besitzen, verleihen oder bestätigen 34 den Königsschutz über Kirchen, weitere 57 schenken diesen Kirchen Güter und bestätigen auch diese mit dem Königsschutz, weitere 8 geben ihnen in der gleichen Weise andere königliche Rechte, während nur 19 von den 120 Diplomen von Schenkungen an Laien berichten.⁴ Dabei baute Otto zunächst die alte Liudolfinische Machtstellung am Harz und in Sachsen aus. Denn in den drei ersten Jahren galten alle seine Urkunden (mit Ausnahme von zweien für Utrecht) sächsischen Stiftern, und die meisten und die ersten von ihnen sind Aufnahmen in die Königsmunt oder deren Bestätigung. Man sieht deutlich die von vorneherein zielbewußte Politik Ottos I.

Parallel damit ging die Unterwerfung der Herzöge durch das Lehensverhältnis. Und zwar benützte man augenscheinlich dabei die nach außen hin notwendigen Kämpfe. Denn niemals waren germanische Stämme geneigter, sich einer zusammenfassenden Königsgewalt zu unterwerfen als im Kriege, und niemals war der Gefolgschaftsführer und Lehnsherr so Herr im eigentlichen Sinne des Wortes wie im Kriege, und es ist sehr zweifelhaft, ob Heinrich und Otto der Herzöge so schnell Herr geworden wären ohne diese äußeren Kämpfe, die ihre Führung wenigstens zunächst notwendig machten, zunächst im Osten und

3. Dipl. I. Heinr. I. 16/52 von 927.

4. Dipl. I. Otto I. Zwei der Urkunden betreffen andere Angelegenheiten.

anschließend in Italien. Freilich blieb die Notwendigkeit, Herzöge mit Waffengewalt zu unterwerfen, trotzdem immer bestehen.

Wir kennen außerdem die Politik, die Otto in der ersten Zeit einschlug: die Besetzung der Herzogtümer mit nahen, seiner Munt als Familienoberhaupt unterstehenden Verwandten, um so die Munt (hier des engsten Kreises) zur Bindung der Herzogtümer an den König zu benutzen. Doch zeigte sich diese Politik nicht als fruchtbar. Otto ließ sie deshalb nach dem Liudolfinischen Aufstand merklich zurücktreten, um sich noch mehr als bisher auf die Kirche zu stützen, und diese Politik haben Otto II. und Otto III. stetig forgesetzt, am stärksten aber Heinrich II., der den Kirchen viel schenkt, um viel von ihnen verlangen zu können.

Wir wüßten gern, wie weit Heinrich I. schon die Grundlinien der Ottonischen Politik festgelegt hat. Doch wir sehen hier nicht klar, und es ist kaum anzunehmen, daß eingehende Untersuchungen uns die Person Heinrichs I. und seinen Anteil an dem Ottonischen Werk noch deutlich machen werden.⁵ Bei Otto I. sehen wir jedenfalls von Anfang an die Linien des konsequent durchgeführten Aufbaues des Muntstaates, wie wir ihn kennen gelernt haben.

Otto schuf die Mittel dieses Aufbaues nicht aus dem Nichts, er wandte nur konsequent an, und gestaltete aus, was er als germanisches Erbe vorfand. Denn augenscheinlich wies der germanische Staat eine Struktur auf, die der des Ottonenstaates sehr ähnlich sah, so wie wir eine solche Verwandtschaft im Sozialaufbau schon kennen gelernt haben. Allerdings fehlte dort die vom König bevogtete Kirche, und die königlichen Herrschaftsrechte hatten im Ottonenstaate eine weit größere Ausdehnung. Aber wir wissen heute, daß auch dort keine Gleich-

5. Abgesehen von dem Burgenbau, über den uns Ausgrabungen der letzten Zeit gute Aufschlüsse gegeben haben. Vgl. Werner Radig, Heinrich I. 1937. Über Heinrich I.: Franz Lüttke, König Heinrich I. 1936; Alfred Thoß, Heinrich I. 1936; Herm. Heimpel, Bemerkungen z. Gesch. König Heinrichs I. (= Berichte über d. Verh. d. Sächs. Akademie d. Wiss. z. Leipzig. Phil.-hist. Kl. 88, 1936.)

6. Robert Holtzmann, Kaiser Otto der Große. Berlin 1936.

heit sondern Muntherrschaft in Gefolgschaft und Sippe bestand, und daß das Staatsleben nach aristokratischen und nicht nach demokratischen Gesichtspunkten aufgebaut war, und daß das Königtum sich nur mühsam den Adelsgewalten gegenüber durchsetzen konnte. Einzelheiten sind hier belanglos, der Gesamtcharakter ist jedenfalls beiderseits der gleiche. Doch nur die Grundgedanken fanden die Ottonen vor, die konsequente Durchführung und mehr noch der Ausbau der Königsmunt bleiben allein das Werk dieses Königsgeschlechts.

Das so Geschaffene bewährte sich schnell. Denn während noch 911 das Reich zu zerfallen drohte, konnte wenig mehr als 50 Jahre später der neue Staat dem alten Weltreich von Byzanz gegenüberreten als die in Mitte und Westen Europas führende Macht, als der Repräsentant des Abendlands dem Orient gegenüber. Man spürt aus Liudprands Bericht über seine Gesandtschaft nach Byzanz heraus, wie man dort sich nur widerwillig mit der neuen Tatsache abfand, aber sie doch anerkennen mußte, wie dies in der Verheiratung Ottos II. mit einer byzantinischen Prinzessin seinen Ausdruck fand. Dieser schnelle und stetige Aufstieg verdeutlicht die große aufstrebende Kraft, die die Ottonen in ihrem Staat zusammenzufassen wußten. Unseren Augen will dies Staatsgebilde um seines lockeren Gefüges im Inneren willen schwach erscheinen, doch wir müssen uns hüten, mit unseren heutigen Maßstäben zu messen. Denn diese Zeit verlangte zum mindesten in Deutschland von ihrem Königtum im Inneren noch kaum mehr. Wie stark man sich dabei selbst innerlich fühlte, und wie sehr man von dem Wert des eigenen Staatsgefüges erfüllt war, zeigt die Tatsache, daß Otto I. deutsche Rechtsformen und Rechtsnormen auch in Italien an Stelle der dort heimischen einführte.⁷

Auch im deutschen Osten erreichte man, was unter damaligen Verhältnissen wünschenswert erschien, ebenso wie im Westen Ottos Wort sich über die Grenzen des Reiches hinaus Geltung verschaffte.

Dieser neue Staat aber ist der erste Träger deutscher Kultur, wenn man „deutsch“ im Gegensatz zu „germanisch“ nur das

7. Vgl. Schramm, *Renovatio* S. 275/276.

nennt, was mit der Herausbildung des deutschen Volkes als eigenem politischen Körper nach dem Zusammenbruch des Karolingerreiches dessen Wesen kennzeichnet. Deutsch ist aber der Charakter des politischen Lebens dieser Zeit trotz des in Rom erworbenen Kaisertums in vollem Maße. Denn, wie Schramm uns gezeigt hat, wollten die ersten Ottonen damit kein römisches Kaisertum wieder aufrichten, sondern das Werk Karls des Großen erneuern in neuer ihnen angemessener Form. Karl ist ihr Vorbild und kein römischer Kaiser, wahrscheinlich allerdings ohne viel von der römisch-germanischen Problematik seines Staatswerkes zu ahnen.⁸ Aachen ist der innere Konzentrationspunkt dieses politischen Wollens, Rom nur die Stätte der Ausführung (wenigstens unter den ersten Ottonen). Otto I. ist, wie wir aus Widukind wissen, seiner Wesensart nach, seiner Tracht, Lebensweise und Liebhabereien nach durchaus deutsch. Augenscheinlich hat er die Ablehnung, die Liudprand dem italienischen und byzantinischen Wesen entgegenbrachte, geteilt; es hätten sonst dessen Gesandtschaftsberichte nicht auf diesen Ton gestimmt sein können.

Unter seiner Führung entstand in seinem Reich eine Kultur ausgeprägt deutscher Art. Unter ihm und seinem Sohn und Enkel baute man die trotzigsten Kirchen in Westfalen und am Harz, und wenig später am Rhein die schönsten und in ihrer eigenen Art ausgeprägtesten Dome und Kirchen, die Deutschland kennt. Aus seiner Welt stammen die an Ausdruck überreichen Miniaturen, ebenso aber auch die phantasiereiche Ornamentik der Elfenbeinarbeiten und der Steinmetzkunst. Aber auch was die Salier- und Stauferzeit an kulturellen und künstlerischen Werken geschaffen hat, ruht auf der Grundlage des Ottonischen Staats- und Volksaufbaues. Von den Einzelpersönlichkeiten haben wir nur verhältnismäßig wenig Kunde, aber was wir wissen, stellt eine Fülle scharf umrissener, teilweise sehr eigentümlicher, eigenwilliger Charaktere vor unsere Augen. Die Zeit muß überreich an solchen markanten Gestalten gewesen sein. In demselben Zeitraum wurde in großen Rodungen der nutzbare Boden Deutschlands auf ein Vielfaches gebracht,

8. Vgl. Schramm a. a. O. S. 68.

und damit die Grundlage gelegt für die Entwicklung des deutschen Bauerntums, während von den Klöstern aus sich die Kenntnis landwirtschaftlicher und gewerblicher Technik verbreitete und das Heimische ergänzte. Die Ausgestaltung der Königsmunt garantierte dem Bauerntum den notwendigen Schutz und die gesuchte „Freiheit“, wie der Ottonische Muntgedanke die engeren Lebenskreise, in denen für den Bauern das Leben sich fast völlig abspielte, die Freigrafschaften, Markgenossenschaften, Bannbezirke, Vogteien usw. gestaltete, und in eine typische volksnahe Form brachte. Zugleich aber wurde damals in der Ausbildung des Lehnswesens die Grundlage gelegt für das deutsche Rittertum und seine Kultur. Rittertum und Bauerntum kolonisierten den neuerworbenen Landesteil. Auch die Vorstufen städtischer Arbeit und städtischer Kultur gehören dieser Periode an. Ebenso muß, was später aufgezeichnet wurde an Sagen, Heldenliedern und Märchen, in dieser Zeit in vollem Maße lebendig gewesen sein. Den Ottonen ist es zu verdanken, daß diese erste große deutsche Kulturblüte sich entfalten konnte.

Selbstverständlich soll der kirchliche Einfluß auf diese Kultur und die kulturelle Bedeutung der kirchlichen Institute und ihres von kirchlichen Gedanken bestimmten Lebens nicht verkannt werden. Diese Seite des Frühmittelalters hat wiederholt gute Darstellungen gefunden. Aber es ist dabei in Rechnung zu setzen, daß bis zum Investiturstreit auch diese kirchliche Welt selbst einen stark germanisch-deutschen und aristokratischen Charakter trug. Die streitbaren Bischöfe und Äbte aus adligem Geschlecht, die oft noch Rüstung und ritterliches Gewand trugen, erscheinen uns oft mehr als Vertreter deutschen Adels als der Kirche. Es läßt sich zeigen, daß sich selbst bei einem der bedeutendsten Führer der kirchlichen Reformbewegung, bei Papst Leo IX., die Abstammung aus einem deutschen Adelsgeschlecht in seinen politischen Gedanken und Absichten deutlich verrät.⁹ Erst mit dem Wachstum eines auf sich selbst sich besinnenden kirchlichen Bewußtseins in der Kluniazenserbewegung und dem großen das deutsche Königtum und seine

9. Adolf Waas, Leo IX. u. Kloster Muri, Archiv f. Urkundenforschung, Bd. 5, S. 241—268.

Vormachtstellung vernichtenden Kampf ändert sich das völlig. Doch damals war die Grundlage für das deutsche öffentliche Leben und für die innere Haltung des Deutschen zu seinem Staat schon gelegt. Und das ist für die deutsche Geschichte entscheidend.

In unserem geschichtlichen Urteil haben die Ottonen stets im Schatten Karls des Großen gestanden, da diesen das Mittelalter selbst als den Vater seiner Kultur und seines Staates verehrt hat. Doch ist diese Verehrung Karls selbst eine politische Tat, ein Werk der Ottonen, sachlich gefaßt von Otto I., schwärmerisch von seinem Enkel Otto III. Der Glanz des damals schon sagenumspunnenen Karl sollte dem deutschen Königtum zugute kommen. Gewiß sind auch die Elemente des deutschen Staates schon bei Karl dem Großen zu finden. Aber zwischen Karl und Otto liegt — oft unterschätzt — der tiefe Graben der Reichskrise von 900. Aber auch nachher haben die Ottonen nicht das Werk Karls ohne weiteres erneuert, sondern, da die alte amts- und volksrechtliche Grundlage zerbrochen war, mußte auf abgeänderter, größtenteils neuer Basis ein neues Werk geschaffen werden, zwar aus dem Rest der alten Gegebenheiten, aber neugeformt mit neuen Denkelementen, die Uraltes ausgestalteten. Das ist die Leistung der Ottonen.¹⁰

Auch die Gestalt seines Enkels, Ottos III., hat das Bild des Großvaters beschattet, doch, was diesen angeht, zu Unrecht. Denn er kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß der Enkel die von ihm eingeschlagene Bahn verließ, und damit das ganze Werk gefährdete. Denn wenn uns auch Schramms und Brackmanns Arbeiten gelehrt haben, Otto III. zu verstehen, so ändert sich darum das Urteil über das Verhängnisvolle seiner Politik nicht. Doch blieb glücklicherweise seine Zeit nur eine, wenn auch von bösen Folgen begleitete Episode, da Heinrich II.

10. Vgl. dazu Otto von Dungern, Adelsherrschaft S. 7: „Wir werden sehen lernen, daß Karls des Großen vereinheitlichende Verfassung nur ein wohlgebildeter aber römisch zugeschnittener Mantel war, den das deutsche Volk abgestreift hat, als die Karolinger die Macht verloren, um wieder auf alte eigene Einrichtungen zurückzugreifen und alle Beziehungen zwischen Mensch und Staat selbständig aufbauend fortzuentwickeln.“

wieder ganz auf den Boden Ottos I. tritt, sein Werk fortsetzend und ausbauend.

Doch stärkere Schatten als dies beides hat das unglückliche Ende des deutschen Königtums, sein Zerschellen in dem zähen Kampf, der die Jahrhunderte von Heinrich IV. bis zu Konradin umfaßt, auf den Begründer dieser deutschen Königs- und Kaiser-macht geworfen. Doch auch dies ohne Berechtigung. Denn wenn auch der Keim zu dem großen Kampf schon im Staats-aufbau der Ottonen lag, so sind diese für sein tragisches Schick-sal nicht verantwortlich zu machen. Der schnelle sieghafte Auf-stieg und die starke anderthalb Jahrhunderte überdauernde Kraft des auf der Ottonischen Grundlage ruhenden Staates rechtfertigt ihr Werk in vollem Maße. Auf Jahrhunderte hinaus für sein Volk die ihm gemäße Lebensform geschaffen zu haben, in der dies Volk groß und stark werden und eine lebensvolle ihm eigentümliche Kultur hervorbringen konnte, das bleibt der Ruhmestitel, den die Geschichte nur ihren Größten vergibt, und den sie auch den Ottonen nicht verweigern kann.

Erläuterungen zu der Karte.

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Oberlahnstein. 2. Nievern. 3. Osterspay. 4. Kamp. 5. Oberwesel. 6. Kaub. 7. Einrich. 8. Nassau. 9. Freigrafschaft Dietz. 10. Weilburg. 11. Bannbezirk um Rechtenbach. 12. Reichswald westlich von Bingen. 13. Rheingau: Amt Lorch. 14. Rheingau: Untersmt. 15. Rheingau: Mittelamt. 16. Rheingau: Oberamt. 17. Rheingau: Überhöfliche Dörfer. 18. Bingener Bannbezirk. 19. Reich Ingelheim. 20. Oberolmer Reichswald. 21. Königssundra: Grefenhöhe. 22. Königssundra: Mechtelshäuser Gericht. 23. Heusels. 24. Königsstein, Cronberg, Soden, Sulzbach, Liederbach. 25. Höchst. 26. Hohe Mark. 27. Gericht Stockheim. 28. Seulberger Mark. 29. Freigrafschaft Bornheimer Berg. 30. Münzenberg. 31. Bingenheimer Mark. 32. Assenheim. 33. Staden. 34. Freigericht Kaichen. 35. zu Hanau. 36. Eckartshausen. 37. Freigericht Selbold. 38. Hanauer Reichswald. 39. Freigericht Wilmundsheim (Alzenau). | <ol style="list-style-type: none"> 40. Freigericht Somborn. 41. Freigericht Krombach. 42. Freigericht Gründau. 43. Freigericht Altenhaslau. 44. Wirtheim (Reichsgut) 45. Büdingen u. Wolferborn. 46. Wächtersbach. 47. Birstein. 48. Wenings. 49. Ortenberg. 50. Nidda. 51. Schotten. 52. Tribur. 53. Bischofsheim, Rüsselsheim. 54. Mark Gerau. 55. Oberrad. 56. Dreieichenhain, Sprendlingen. 57. Bieberer Mark. 58. Steinheim. 59. Auheim. 60. Rödermark. 61. Obermark. 62. Dieburg. 63. Babenhausen. 64. Bachgau (Ostheim). 65. Umstadt. 66. Grafschaft Bessungen. 67. Dornberg. 68. Gernsheim. 69. Oberrämstadt. 70. Rodenstein und Kleine Marken. 71. Lorscher Wildbann. 72. Virnheimer Mark. 73. Heppenheimer Mark (Lobodengau). 74. Mark Michelstadt. 75. Schriesheimer Mark. 76. Alzey. 77. Alzeyer Forst. 78. Pfälzer Reichsforst. 79. Oppenheim und Nierstein. |
|---|---|



Inhaltsübersicht.

Kapitel 1: Unsere Fragestellung	Seite 5
<p>Die beiden Ausgangsfragen: 1. nach der germanischen oder römischen Wurzel des alten deutschen Staates. 2. nach seinen Mitteln: Herrschaftliche Bindungen oder rein volksrechtlicher Staat. — Ausgangspunkt für diese Fragen: 1. politische Erfahrung. — 2. Der Stand der Forschung: — A. Hinweis auf germanische Elemente. — B. Hinweis auf herrschaftliche Elemente des frühmittelalterlichen Staates: a) Züge aristokratischen Aufbaus gegen Demokratie und Staatsorganisation. — b) Das Lehnswesen. — c) Die Eigenkirche. — d) Freigrafschaften. — e) Die Natur herrschaftlicher Elemente im Staatsaufbau.</p> <p>Lücken im Gesamtbild des deutschen Frühmittelalters, die eine Nachprüfung des überkommenen Bildes notwendig machen. — Mangelnde Übereinstimmung der Verfassungsgeschichte mit der allgemeinen politischen und der Kulturgeschichte. — Die Frage nach Grafschaft und Königsbann als Voraussetzung zur Beantwortung der gestellten Fragen.</p>	
Kapitel 2: Der Königsbann.	
§ 1. <i>Der Königsbann der Karolingerzeit</i>	29
<p>Ältere und neuere Anschauungen über den Königsbann. — Der Königsbann der Karolingerzeit. — Die Bannfälle. — Die königliche Munt- und Banngewalt im fränkischen Reich. — Das Bannrecht als Ausdruck des germanischen Muntrechtes.</p>	
§ 2. <i>Der Königsbann des Frühmittelalters</i>	53
<p>Der Sprachgebrauch. — Königsbann, Gerichtsbarkeit und Munt. — Der Königsbann im Vermögensrecht. — Der Forstbann. — Der Marktbann. — Königliche Bannbezirke in Stadt und Land. — Der Burgbann. — Grundherrliche Bannrechte und Königsbann. — Königsbann und Grafschaft. — Königsbann und Immunität. — Ergebnis: Königsbann beweist Königsschutz, und kennzeichnet die Bannbezirke königlichen Muntrechtes. Daneben stehen Bannrechte anderer Herren.</p>	
§ 3. <i>Der Königsbann im Sachsenspiegel</i>	106
<p>Die Grafschaften Eikes als königliche Herrschaftsbezirke. — Der Königsbann des Sachsenspiegels als Ausdruck der Königsmunt. — Die Neuordnung Karls des Großen als Grundlage dafür. — Der Heliand. — Die altsächsische Volkstradition. — Die sächsischen Urkunden als Zeugnisse. — Der Königsbann im Schwabenspiegel. — Sachsenspiegel, sächsische Freigerichte und die anderer Landschaften. — Freigericht und Femgericht. — Die rechtsgeschichtliche Literatur zum Sachsenspiegel. — Der Königsbann, Zusammenfassung.</p>	

	Seite
Kapitel 3: Die Grafschaft	153
Die Grafschaften des fränkischen Reichs. — Herrschaftliche Tendenzen in ihnen. — Königsbanngraftchaften im Karolingerreich. — Karolingische und mittelalterliche Grafschaft. — Das Grafschaftsproblem und die Frage der Vollfreiheit. — Grafschaften, die der König an geistliche Stifter schenkt. — Die Würzburger Grafschaften. — Die Burgwarde des deutschen Ostens und ihre Grafschaften. — Burgsuchungen. — Einheitlicher Charakter aller dieser Königsbannbezirke. — Allodiale Grafschaften.	
Gibt es volkrechtliche Amtsgrafschaften? — Allgemeine Rechtsätze über Grafschaften. — Spätmittelalterliche Grafschaften und Landgraftchaften. — Erblichkeit und Gebundenheit der Grafschaften an Burgen. — Grafschaft und Immunität. — Grafschaft und allodiale Grafschaft. — Gau und Grafschaftssystem. — Fehlende Belege für volkrechtliche Grafschaften. — Der angebliche Nachweis von volkrechtlichen Grafschaften in der Literatur.	
Kapitel 4: Staat und Herrschaft am Mittelrhein und Untermain als Beispiel des Gesamtaufbaues .	227
Drei Typen: Bannbezirk an Saalhof angelehnt (Ingelheim), Bannbezirk ohne Saalhof (Freigerichte des Vorspessarts), Marken aus Königsforsten (Dreieich).	
Das Rhein-Main-Gebiet: Der Forst Dreieich. — Odenwald und Rheinebene. — Die Reichsforsten um Hanau. — Der Büdinger Reichswald. — Der Vogelsberg. — Die Wetterau. — Die Grafschaft Bornheimer Berg. — Die Hohe Mark. — Der Rheingau. — Königs-sundra. — Das restliche südliche Nassau. — Das rechte Rheinufer bis zur Lahn. — Das Einrich. — Konradinische Herrschaftsbezirke an der Lahn: Haiger, Wetzlar, Weilburg, Dietz. — Rheinhessen und Pfalz.	
Die Rechtsgrundlage der Königsherrschaften im Rhein-Main-Gebiet. — Königsbannbezirke in der Schweiz und an anderen Stellen.	
Kapitel 5: Der muntherbliche Charakter des frühmittelalterlichen Staates	284
§ 1. Staat und Herrschaftsrecht	285
Herrschaftliche und volkrechtliche Machtmittel des Königs. — Das Königsgut. — Die Kirchenherrschaft. — Eigenkirche und Kirchenvogteien. — Die Vogteibezirke. — Die Reichsstädte. — Die Einheit aller Bannbezirke und Vogteien. — Bannbezirke und Vogteien als Steuerquelle. — Lehnswesen und Königsmunt. — Die Gesamtheit der Muntrechte des Königs.	

	Seite
§ 2: <i>Staat und Volksrecht</i>	305
Die Heerführung. — Der Untertaneneid. — Auch das volkrechtliche Verhältnis von König und Volk wird als Munt gedacht, ohne Munt zu sein. — Volksrecht und Muntrecht des Königs in ihrem Verhältnis zueinander. — Geringe Machtmittel des Volksrechts. — Legitimation und Erhöhung der Herrschaftsrechte des Königs durch das Volksrecht. — Volksrecht und Landfriedensordnungen.	
§ 3: <i>Fragen des Sozialaufbaues</i>	315
Der Adel. — Das Fehlen des vollfreien Grafschaftsbauern. — Der Freibauer. — Die Königsmunt rettet den freien Bauern. — Vogtleute als Masse der Bauern. — Der Bürger. — Der germanische Sozialaufbau.	
§ 4: <i>Charakteristika des frühmittelalterlichen Staates</i>	326
Germanischer Grundcharakter. — Verblässen des römischen Elementes. — Verwandtschaft mit dem germanischen Gemeinwesen.	
Staat oder Anarchie des Adels? — Die Königsmunt sichert den Charakter als Staat. — Die Rechtsidee stärkt die Stellung des Königs. — Das Fehlen von demokratischen Elementen. — Keine reine Monarchie, keine reine Aristokratie, sondern Monarchie muntherrlichen und aristokratischen Charakters. — Feudalstaat im Sinne des Munt-Staates, nicht im Sinne des Lehnstaates. — Volkstümlichkeit des Rechts. — Einheit des Rechts. — Schattenseiten des herrschaftlichen Aufbaues. — Notwendigkeit eines allgemeinen Staats- und Volksbewußtseins. — Notwendigkeit einer umfassenden Ziel-Idee.	
Der Genossenschaftsgedanke — des Adels. — der Bauern. — der Bürger. — der Kirche. — des Gesamtvolkes. — Die Spannung von Genossenschaft und Herrschaft und ihr Kampf.	
Weltlicher germanischer Staatsaufbau und kirchlich-römische Gedankenwelt. — Konservatives und revolutionäres Recht. (Gewohnheitsrecht und Naturrecht).	
Das Kaisertum. — Notwendigkeit der Kaiserpolitik um der Eigenkirche, der Autorisation und Weihe willen und als sammelnde Idee.	
Kapitel 6: <i>Das Werk der Ottonen</i>	356
Der Zusammenbruch des Karolingerreichs. — Die Reichskrise. — Der Neuaufbau. — Der Anteil Heinrichs I. — Erfolge des Neuaufbaues. Deutsches Wesen des Staates. — Der Staat als Träger einer starken deutschen Kultur. — Karl der Große und Otto der Große. — Otto I. und Otto III. — Die Leistung der Ottonen.	

D 1 .H5 no.333



3 8198 311 854 747
Das germanische Altertum in de UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.334



3 8198 311 854 762
Der Einfluss der lutherischen UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.335



3 8198 311 854 788
Herrschaft und Staat im deutsc UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

FAC.		8	4	2	1	36	35	34	33
		MISC. CODE							
D	Historische Studien								
1									
H5									
no.333-335									
NAME & ADDRESS					IDENTIFICATION				

D

1

H5

Historische Studien

no.333-335

